Josef Strasser

Ausgewählte Werke

herausgegeben von Manfred Scharinger

Kleine Schriftenreihe zur österreichischen Arbeiter/innen/geschichte
Nr. 22

Organisation arbeiter.innen.kampf (ARKA)
Postfach 62
A-1152 Wien

Kontakt: arka.org@gmx.at
www.arbeiter-innen-kampf.org

Die Organisation arbeiter.innen.kampf wurde im September 2011 in Wien gegründet. Für das Redaktionskollektiv zur Herausgabe der Marxismus-Buchreihe, der Marxismus-Broschürenreihe, der Schulungstexte & Materialien und der Kleinen Schriftenreihe zur Geschichte der österreichischen Arbeiter/innen/bewegung bleibt der Name *Arbeitsgruppe Marxismus* erhalten.

Titelbild:
Josef Strasser (1870-1935), um 1910

Die *Kleine Schriftenreihe* setzt sich zur Aufgabe, schwer zugängliche Texte aus der österreichischen Arbeiter/innen/geschichte neu aufzulegen. Mit diesen Wiederveröffentlichungen soll es einer breiteren Leserschaft ermöglicht werden, sich mit wichtigen Positionen und Diskussionen der marxistischen Linken bekannt zu machen.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Redaktion:
Organisation arbeiter.innen.kampf, Postfach 62, A-1152 Wien, Druck: Riegelnik, Wie

---

Inhalt

Manfred Scharinger: Josef Strasser (1870-1935) 7
Eric Wegner: Josef Strasser und die nationale Frage 19
Manfred Scharinger: Zur Neuherausgabe 27

Josef Strasser – ausgewählte Werke 77
Die Schwäche als Entwicklungsfaktor (1908) 78
Was kann die "Freie Schule" noch leisten? (1908) 87
Der 31. Dezember in Budapest (1909) 96
Zum Internationalismus (1909) 100
Reichenberg (1909) 107
Die Werbekraft des Internationalismus (1910) 115
Die kriminelle Fruchtabtreibung (1911) 119
Kapitalismus und Kriegsrecht (1911) 122
I. Wesen und Geltungsbereich des kapitalistischen Kriegsrechts 122
1. Einführung 122
2. Wilde und Umstürzler 125
II. Das Privateigentum und die Familie im Landkriege und die indirekten Steuern 129
1. Ein Rückblick 129
2. Vom Pariser Konvent bis zur Haager Konferenz 133
3. Die Aufbringung der Kosten des Militarismus unter der Herrschaft des Kapitals 136
III. Das Privateigentum im Seekrieg; Deutschland und England 140
1. Englands Herrschaft zur See 140
2. England und Deutschland 146
3. Vom Haag bis London 157
IV. Das Menschenleben im Kriege 162
1. Der Geist der Humanität 162
2. Massenlehre und moderne Waffentechnik 163
3. Die moderne Waffe und das internationale Kriegsrecht 167
4. Das "humane" Mantelgeschoß 171
V. Der Schutz und die Pflege der Verwundeten im Kriege 175
1. Von Genf bis London 175
2. Waffentechnik und Barmherzigkeit 177
VI. Schluss 179

Nationalismus und Sozialismus (1911) 180
Der Arbeiter und die Nation (1912) 186
Die Frage 186
Die Größe und Macht der Nation 190
Die Sprache 196
Die heimatliche Scholle 200
Der Nationalcharakter 207
Das Nationalgefühl 211
Die nationale Autonomie 214
Der Internationalismus 220
Der Kampf gegen den Nationalismus 223
Ein Revolutionsroman (1914) 229
Eine Bismarckiade (1915) 234
Von der grauen Theorie zur feldgrauen (1915) 239
Zum ewigen Burgfrieden (1915) 252
Ein Brevier für Umlerner (1915) 263
Ein Jubiläum mit Hindernissen (1916) 270
Der Sohn (1917) 277
Was ist der Arbeiterrat? (1919) 281
Kommunisten und Arbeiterräte (1919) 284
Die Reichskonferenz. Das Referat über die Richtlinien der kommunistischen Politik. (1919) 287
Der fünfte Reichsparteitag der K.P.Ö. [Referat Gen. Strasser] (1922) 292
Die Musterpartei der internationalen Sozialdemokratie (1925) 298
Die Revolution von 1905 und der österreichische Wahlrechtskampf (1925) 305
Das Ende des Austromarxismus (1933) 309

Anhang 315
Otto Bauer: Der Arbeiter und die Nation (1912) 315
Gustav Eckstein: Josef Strasser, Der Arbeiter und die Nation (1912) 322
Die "Pressefreiheit" der Demokratie. "Die Rote Fahne" wieder konfisziert. (1922) 325
Auswahlbibliographie wichtiger Artikel Josef Strassers 327
Personenverzeichnis 328

Josef Strasser

(1870-1935)

von *Manfred Scharinger*

Josef Strasser[1] wurde am 11. September 1870 in Krakau geboren, wo sein Vater damals bei der *Kaiser Ferdinands-Nordbahn* beschäftigt war. Seine Mutter arbeitete als Dienstmädchen. Trotz schwieriger materieller Verhältnisse konnte der Sohn ein Gymnasium in Wien besuchen.

Das Elternhaus war nicht sozialistisch gesinnt, trotzdem entwickelte sich Josef Strasser bereits in der Schul- und Jugendzeit in diese Richtung. Er selbst beschreibt ein prägendes Erlebnis so: "*Einmal, als ich den Vater wieder einmal vom Kartentisch aus dem Wirtshaus holen musste, mischte ich, der zwölfjährige Bub, mich keck in die Kannegießerei der Spießer und erklärte: ‚Wenn es den Arbeitern schlecht geht, so liegt das daran, dass die Fabriken nicht ihnen gehören‘ – entwickelte sodann, quittiert durch eine Ohrfeige des Vaters, die Idee der ‚Expropriation der Expropriateure‘.*"[2]

Und seine spätere Ehefrau Isa Strasser[3] schildert ein weiteres Erlebnis so: In der siebenten Gymnasialklasse hatte Josef Strasser mit seinen Freunden Carl Lafite und Franz Blei einen *Verein zur Ermordung sämtlicher Potentaten Europas* gegründet. Da sie nicht wussten, wie sie diese Unternehmung anpacken sollten, wendeten sie sich an Victor Adler. Der bestellte die Gründer zu sich: "*Also, meine Herren*", so soll er die Unterhaltung eingeleitet haben, "*Sie sind von Beruf Mittelschüler...*".[4] Das Projekt wurde abgeblasen.

Die drei potenziellen Tyrannenmörder sollten in der Zukunft durchaus unterschiedliche Wege gehen: Carl Lafite[5] (1872-1944) wurde als Komponist, Organist und Musikpädagoge bekannt, Franz Blei (1871-1942) als Schriftsteller, Übersetzer und Literaturkritiker. Josef Strasser blieb hingegen ein Leben lang der Politik treu.

Nach der Matura studierte Strasser einige Semester Jus, zuerst in Wien, dann in Zürich, vollendete aber das Studium nicht. Die folgende, von Strasser selbst erzählte Episode aus seiner Studentenzeit charakterisiert die damaligen Lebensumstände recht treffend:

---

[1] Auch Joseph Strasser. Wir verwenden in diesem Vorwort durchgängig die auch vom *Österreichischen Biographischen Lexikon* verwendete Schreibung *Josef*. – vgl. dazu: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815-1950, Band 13, Lieferung 61, Wien 2009, S.363f.

[2] Strasser, Ida: Josef Strasser – ein Lebensbild. – in: Strasser, Josef: Der Arbeiter und die Nation. Anhang: Schriften zum Austromarxismus. – Wien 1982, S.102

[3] Isa Strasser, geb. 29.3.1891 als Klothilde Isadora von Schwartzkoppen in Coburg, gest. 23.8.1970 in Wien – Österreichisches Biographisches Lexikon, a.a.O., S.363

[4] Strasser, Josef Strasser – ein Lebensbild, a.a.O., S.102

[5] ebenda, S.102; die Schreibung des Namens bei Isa Strasser ist Karl Lafitte

"*Es war ein Jahr, nachdem meine Mutter gestorben war. Von meinem Vater nahm ich kein Geld, vom Stundengeben konnte ich nicht leben. So hatte ich fast täglich das Problem zu lösen: Wo nehme ich etwas zum Essen her? Eines Tages trieb ich vormittags einen Gulden auf und beschloss, einmal ein ordentliches Mittagessen zu mir zu nehmen. Auf dem Weg zu dem lukullischen Mahl sah ich in einem Antiquariatsschaufenster ‚Literarische Herzenssachen' von Ferdinand Kürnberger.*[6] *Preis 90 Kreuzer. Das Buch stach mir gewaltig in die Augen. Ich hatte schon damals von Kürnberger eine hohe Meinung. Er ist ein Charakter, und nichts kann man in Österreich schwerer sein. Er ist zwar ganz in bürgerliche Anschauungen eingesponnen, aber niemand hat dem österreichischen Bürgertum seine Verrücktheiten so vorgehalten wie er, keiner hat es gekannt wie er. Nach einem kurzen Kampf zwischen meinem vernünftigen Magen und meinem unvernünftigen Kopf wurde das Buch mein Eigentum. Für den Sechser, der mir noch blieb, kaufte ich ein paar gedörrte Pflaumen und eine Zigarre und las, las, bis in die Dunkelheit. Es war einer der glücklichsten Tage meines Lebens.*"[7]

Ab den 1890er Jahren konnte Strasser an der *Arbeiter-Zeitung* als externer Mitarbeiter des lokalen Teils mitarbeiten. Und 1901 bekam er die Chance, an der Victor Adler nicht unbeteiligt gewesen sein dürfte, den Posten des Chefredakteurs des sozialdemokratischen Parteiblattes *Freigeist* im nordböhmischen Reichenberg, dem heutigen Liberec, zu übernehmen. Karl Kreibich, später einer der Führer des deutschen Zweiges der KPČ und von Strasser um 1903 für die organisierte Arbeiter/innen/bewegung gewonnen, schilderte die Ankunft Strassers in Reichenberg:

"*Das Kreisblatt Freigeist in Reichenberg hat einen neuen Redakteur bekommen. Einen ‚Studierten', wo doch alle Redakteure nur Arbeiter waren. Das war eine Sensation. Und darum wurde das auch allen Parteiorganisationen zur Abstimmung vorgelegt, da ein solcher Redakteur ja auch ein höheres Gehalt bekommen sollte. Dazu noch: Strasser war der Typ eines Intellektuellen der Großstadt, für den unser provinzielles, kleinstädtisches und dörfliches Proletariat eine fremde Welt war. Und an der Spitze unserer Reichenberger Kreisorganisation standen damals einige alte Genossen, die bei all ihrer Ehrlichkeit und ihrem guten Willen den politischen und organisatorischen Anforderungen unserer damaligen Führung des Klassenkampfes nicht mehr gewachsen waren. Aus diesem Grund kam es in der Partei zu einem gewissen Gegensatz zwischen Alten und Jungen. Aber auch zwischen Partei und Gewerkschaften. Diese waren noch zu sehr ‚ideologisch' verbunden mit der Kleinindustrie...*"[8]

Der *Freigeist*, dessen Chefredakteur Strasser wurde, war das *Organ der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei für Nordböhmen* und erschien von 1889 bis 1911 mit wechselnder Periodizität – in der Zeit Strassers zweimal wöchentlich. Das Nach-

---

[6] Der Wiener Ferdinand Kürnberger (1821-1879) gehörte zu den literarischen Vertretern des bürgerlichen Liberalismus und Deutschnationalismus. In der Revolution von 1848 kämpfte er als Mitglied der *Akademischen Legion*, weshalb er nach der Niederlage der Revolution in Wien nach Deutschland flüchten musste. In Dresden wurde er nach dem Aufstand vom Mai 1849 verhaftet, er verbrachte zehn Monate im Gefängnis. Die *Literarischen Herzenssachen. Reflexionen und Kritiken* erschienen 1877.

[7] Strasser, Josef Strasser – ein Lebensbild, a.a.O., S.102f.

[8] ebenda, S.103f.; Hervorhebung im Original.

folgeorgan war der ab 1911 erscheinende *Vorwärts*, dann ab 1915 die *Reichenberger Abendpost* bzw. die *Reichenberger Tagespost*.

Innerhalb kurzer Zeit wurde Strasser zum Organisator der nordböhmischen Arbeiter/innen/bewegung – er fungierte nicht nur als Chefredakteur des Organs der Sozialdemokratie Nordböhmens, sondern auch als Initiator und Leiter der Partei-Bildungsarbeit, als Organisator der Jugendorganisation und später der Kinderfreunde sowie als Obmann der Krankenkasse. Als zentraler Organisator der Arbeiter/innen/bewegung Nordböhmens gelang es ihm, aus Reichenberg wieder ein (Organisations-) Zentrum der Sozialdemokratie in der gesamten Monarchie zu machen. Es war nicht zuletzt Strassers Verdienst, dass sich in Reichenberg – gegen den Widerstand von Anton Schäfer und anderen – eine Strömung herausbildete, die als *Reichenberger Linke* am äußersten linken Rand der Sozialdemokratie in Österreich-Ungarn stand. Andere bekannte Persönlichkeiten dieser Strömung waren Karl Kreibich und Alois Nemetz. Reichenberg konnte dabei schon auf eine gewisse Tradition als Hort einer radikalen Strömung in der Sozialdemokratie zurückgreifen: Hier war 1846 Josef Schiller geboren, der bald zu einer der populärsten Persönlichkeiten der nordböhmischen Arbeiter/innen/bewegung gehörte und sich am linken Rand der Sozialdemokratie positionierte.[9]

Die Herausbildung der *Reichenberger Linken* nach der Jahrhundertwende, die später zur Keimzelle des sudetendeutschen Zweiges der KPČ wurde, war ursächlich mit dem Namen Josef Strasser verknüpft. Unter seiner Führung wurde Reichenberg, die schon einmal – Ende der 1870er, Anfang der 1880er Jahre – das Zentrum der (deutsch-) österreichischen Sozialdemokratie war, erneut zu einem wesentlichen Organisationszentrum der sozialistischen Bewegung der Monarchie. Unter Strasser gelang es hier recht konsequent, die gemeinsamen sozialen Fragen in den Vordergrund über die drängender werdende nationale Frage zwischen Deutschen und Tschech/inn/en zu stellen. Strasser und die *Reichenberger Linke* führten hier einen Kampf auf mehreren Fronten: Einerseits gab es sowohl von der Wiener als auch der Prager Parteizentrale politische Unzufriedenheit mit der *Intransigenz*, also der *Unnachgiebigkeit*, der *Unbeugsamkeit*, mit der ein internationalistischer Standpunkt verfochten wurde. Andererseits stand die Sozialdemokratie gerade auch in den Sudetenländern in einem heftigen Abwehrkampf gegen den stärker werdenden Deutschnationalismus.

Ausdruck dieses unversöhnlichen, *intransigenten* Internationalismus war die zweifellos bekannteste Arbeit Strassers: die 1912 erschienene Broschüre *Der Arbeiter und die Nation*.[10] Strassers Schrift zur Nationalitätenfrage wurde von Lenin – auch wenn die strategische Grundausrichtung Strassers in der nationalen Frage eher der von Luxem-

---

[9] Allerdings überschnitten sich die Lebenswege von Schiller und Strasser in Reichenberg nicht: Beide waren zwar im *Freigeist* tätig, Schiller verließ jedoch nach schweren Konflikten mit der Reichenberger Parteileitung 1896 die Monarchie und ging in die USA, wo er 1897 verstarb. Seine Prosa und seine Gedichte gehören zum Bedeutendsten, was die frühe sozialistische Dichtung in deutscher Sprache hervorgebracht hat.

[10] Zu Josef Strasser und *Der Arbeiter und die Nation* siehe: Wegner, Eric: II. Die Diskussion in der Zweiten Internationale. – in: Nationale Frage und marxistische Theorie. Teil 1: Die "Klassiker", S.127ff. Der Artikel ist im Anschluss an diese Biographie hier abgedruckt.

burg als der eigenen glich – beachtet und positiv bewertet.[11] Innerhalb der SDAP vor dem Ersten Weltkrieg war dies die schärfste und bekannteste Kritik des austromarxistischen Reformismus in der nationalen Frage. Strasser sah den Nationalismus als eine Ideologie, die wie die Religion von der herrschenden Klasse dazu benutzt würde, die Arbeiter/innen gegeneinander auszuspielen. Durch die spezifischen Lebensverhältnisse der tschechischen Arbeiter/innen sei etwa die tschechische Sozialdemokratie stark in den Bann nationalistischer Anschauungen geraten. Die Nationalist/inn/en unter den deutschen Sozialdemokrat/inn/en seien freilich um nichts besser.[12] Wenn erstere oft rabiater aufträten als letztere, dann sei das lediglich auf die "*Verschiedenheit ihrer historischen Situation*" zurückzuführen, also wohl darauf, dass die Lage der Deutschen in der Habsburgermonarchie eine andere war als die der Tschech/inn/en.[13]

Strasser forderte in und von der bürgerlichen Gesellschaft das Recht auf nationale Autonomie. Das bedeutet für ihn "*das Recht der nationalen Selbstbestimmung*".[14] Auch wenn Strasser das nicht ausdrücklich als Recht auf Lostrennung definierte, so setzte er damit doch einen anderen Aspekt als Otto Bauer mit der nationalen Autonomie. Für Strasser war das nationale Selbstbestimmungsrecht vor allem ein Mittel, um Hindernisse für den Klassenkampf des Proletariats aus dem Weg zu räumen. Sicher war es ein Mangel in Strassers Arbeit, dass er zwar ein gewisses Verständnis für nationalistische Reflexe der gegenüber den Deutschen benachteiligten Tschech/inn/en zeigte, dass er aber im Wesentlichen den Nationalismus von unterdrückten und unterdrückenden Nationen als gleiche Übel behandelte.[15] Das *Manifest der österreichischen Radikalen* brachte Strasser eine Erwiderung Otto Bauers im *Kampf* ein[16] – dafür aber auch die Sympathie der deutschen Linken, von Rosa Luxemburg oder Franz Mehring, dazu von Karl Kautsky und wie gesagt auch von Lenin.[17]

Ebenfalls in die Reichenberger Periode seines Lebens fällt die Arbeit *Kapitalismus und Kriegsrecht*. Es war der einzige längere Artikel Strassers, der in der theoretischen Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, der *Neuen Zeit*, erschien, und zwar in einem eigenen *Ergänzungsheft*, das am 1. Dezember 1911 ausgegeben wurde. Mit 52 Seiten war es einer der umfangreichsten Artikel, die jemals in der *Neuen Zeit* erschienen. Wer den Herausgeber Karl Kautsky kannte, wusste, dass eine Publikation in diesem Umfang in "seiner" *Neuen Zeit* als große Auszeichnung gesehen werden musste.

Strasser geht davon aus, dass im Bereich der Rechtssprechung gerade das internationale Recht, und eben auch das Kriegsrecht, besonders klar den Einfluss des Kapitalismus widerspiegelt. Das internationale Recht schützt das bürgerliche Privateigentum, so wie auch das Kriegsrecht eingegliedert ist in das ganze politische Herrschaftssystem der

---

[11] So schrieb Lenin schrieb im Februar 1913 an Maxim Gorki: "*Es gibt zwei gute sozialdemokratische Broschüren zur nationalen Frage: von Strasser und von Pannekoek.*" – W.I. Lenin: Briefe, Band III, November 1910 – Juli 1914. – Berlin 1967, S.166.

[12] Wegner, a.a.O., S.130

[13] Strasser, Josef: Der Arbeiter und die Nation. – Reichenberg 1912, S.190 unserer Ausgabe

[14] ebenda, S.217 unserer Ausgabe

[15] Wegner, a.a.O., S.135

[16] Bauer, Otto: Der Arbeiter und die Nation. – in: Der Kampf, Jahrgang 5, Juni 1912, 401ff., S.315 unserer Ausgabe

[17] Strasser, Josef Strasser – ein Lebensbild, a.a.O., S.104

Bourgeoisie. Strasser zeigt auch die Heuchelei der bürgerlichen Humanität und der "Bemühungen" zur Humanisierung des Krieges. Selbst wenn sie ernst gemeint gewesen wären, waren sie begleitet von einer steten prozentuellen und zahlenmäßigen Zunahme der Opfer in modernen Schlachten, aber auch vom Überleben des Seebeuterechts. Sein Schlussgedanke ist letztlich das Programm des modernen Sozialismus in Bezug auf Kriege und das gesamte Kriegsrecht: Das Proletariat, der neue Typus Mensch, der an den Toren der kapitalistischen Zwingburgen dröhnend hämmert, habe das Ziel und die Aufgabe, die kapitalistische Lüge vom kultivierten und humanen Kriege durch die Wirklichkeit der krieglosen Humanität und Kultur ersetzen. Unseres Wissens gehört Strassers Abhandlung über *Kapitalismus und Kriegsrecht* zu den wichtigsten in diesem Bereich, die von sozialistischer Seite geschrieben wurde.

Völlig unerwartet für viele ging Strasser 1913 wieder zurück nach Wien. Der politische Organisator der *Reichenberger Linken* begann wieder in der *Arbeiter-Zeitung* – auf Honorarbasis – zu schreiben; diesmal nicht mehr im Lokalteil, sondern er hatte die *erste Notiz des Tages* zu verfassen. Dazu kamen Literaturpolemiken, die meist in der theoretischen Zeitschrift der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, im *Kampf*, veröffentlicht wurden, und satirisch-literarische Beiträge in den *Glühlichtern*. Letztere war eine politische Satire- und Karikaturenzeitschrift mit sozialdemokratischer Tendenz. Sie erschien ab 1889/90 unter dem Titel *Glühlichter*, dann ab 1896 bis 1909 als *Neue Glühlichter*, 1910 bis 1915 wieder unter ihrem ursprünglichen Titel. Dazu kam ein von der Partei bis dato wenig beachtetes Gebiet der Bildungsarbeit – die *Theaterkritik*, in die er sich gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Dichter und Bildungsarbeiter Josef Luitpold Stern (1886-1966) vertiefte.

Die zentrale Stellung, die Strasser in Reichenberg eingenommen hatte, blieb ihm in Wien, wo er sich auch in der sozialdemokratischen Bildungsarbeit engagierte, verschlossen. Das hing sicher auch damit zusammen, dass er nach Beginn des Weltkriegs 1914 als Kritiker der *Burgfriedenspolitik* der Parteiführung innerparteilich in Opposition ging. Der *Reichenberger Linken* gebührt übrigens das Verdienst, auch ohne seinen Führer Josef Strasser in der Kriegsfrage eine wesentlich korrektere Linie als die Parteiführungen der österreichischen sozialdemokratischen Parteien eingenommen zu haben. Die *Reichenberger Linke* hatte, begünstigt durch die geographische Nähe, Beziehungen zum linken Flügel der SPD, zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, unterhalten und Ende Juli 1914 in ihrem Organ *Vorwärts* einen energischen Protest gegen das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien veröffentlicht. Aufgrund dieses Artikels war der *Vorwärts*, in Deutschböhmen das einzige sozialdemokratische Tagblatt, am 28. Juli 1914 behördlich verboten worden.[18]

Josef und seine Frau Isa Strasser wurden Mitglied des oppositionellen Vereins *Karl Marx*, der sich gegen die Kriegspolitik der Parteiführung positionierte und mit der Zimmerwalder Linken sympathisierte. Der Gründung der KPÖ im November 1918 stand das Ehepaar Strasser allerdings anfänglich skeptisch gegenüber – ihm erschien eine Abspaltung von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs verfrüht. Erst An-

[18] Siehe dazu: Hautmann, Hans: Die Revolutionäre: Der Formierungsprozess der Linksradikalen. (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 4). – in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft. Dezember 2007, S.1

fang 1919 vollzogen die Strassers den organisatorischen Bruch mit der Sozialdemokratischen Partei[19] und traten der Kommunistischen Partei bei.[20] Strasser übernahm die Redaktion der Wochenzeitung *Die soziale Revolution* und später der *Roten Fahne*, dürfte aber Frühjahr 1919 in Opposition zum Direktorium unter Ernst Bettelheim gestanden haben – das legt auch Isa Strasser nahe, die ihren Mann als strikten Gegner jeder finanziellen Abhängigkeit der jungen Partei von außen darstellte.[21]

Am 3. Parteitag der KPÖ (7./8. Dezember 1919) positionierte sich Strasser gegen die putschistischen Tendenzen der Partei vom Frühjahr 1919 und entwickelte sich zu einem Vertreter des rechten Flügels der KPÖ, was ihm von einem Delegierten das Attribut, "*menschewistisch kompromittiert*" zu sein, eingetragen haben soll.[22] In den Parteivorstand wurde neben Franz Koritschoner, Karl Tomann, Johannes Wertheim, Leopold Maresch, Leopold Forst, Karl Frank und Siegmund Glass auch Josef Strasser gewählt.[23]

Knapp vor dem Parteitag hatte Strasser in dem Artikel *Kommunisten und Arbeiterräte* den klaren Grundsatz der *Kommunistischen Internationale*, dass das Ziel die "*Eroberung einer sicheren, bewussten kommunistischen Mehrheit innerhalb der Räte*" sein müsse, verteidigt.[24] Eine erste Voraussetzung einer erfolgreichen Politik der KP sei daher die "*unermüdliche Aufklärungsarbeit*".[25] Und am Parteitag selbst, auf dem Strasser das Referat über die *Allgemeinen Richtlinien der kommunistischen Politik* hielt, hieß es:

"*Die proletarische Revolution ist nur möglich als das Werk zielbewusster, organisierter Massen.* (...) *Darum muss die Kommunistische Partei ihr Hauptaugenmerk darauf richten, Einfluss auf die Mehrheit der Arbeiterschaft zu gewinnen, sie von der Richtigkeit der kommunistischen Anschauungen zu überzeugen. Das heißt natürlich nicht,*

---

[19] Strasser, Isa: Land ohne Schlaf. – Wien, Frankfurt, Zürich 1970, S.8f.

[20] Isa Strasser erzählt dazu eine Anekdote: Als Béla Kun, der Vorsitzende der ungarischen Räterepublik von März bis August 1919 und später ein führendes Mitglied der Kommunistischen Internationale, eines Tages in der *Arbeiter-Zeitung* erschien und ihn apostrophierte: "*Was hat Josef Strasser noch an diesem Schreibtisch zu tun, ich setze ihn an die Spitze der Kommunistischen Partei*", soll dieser erklärt haben: "*Eine Partei, in der ich von Ihnen oder sonst wem an die Spitze gesetzt werde, ist nichts für mich.*" Diese Geschichte ist nicht unbedingt glaubwürdig: Denn Kun war 1916 in russische Kriegsgefangenschaft geraten und am 17. November 1918 nach Ungarn entsandt worden, um dort im revolutionären Sinne zu arbeiten. Zu diesem Zweck begann er mit der Herausgabe der *Roten Zeitung*. Er wurde jedoch schon bald von der Regierung des Grafen Mihály Károlyi inhaftiert und erst am 21. März 1919 wieder freigelassen. Unmittelbar darauf wurde die Räteregierung gebildet, in der er als Volksbeauftragter für Außenbeziehungen eine zentrale Persönlichkeit darstellte. Die Möglichkeit, jemand an die Spitze der österreichischen KP zu hieven, hätte Kun wohl nur zurzeit der Räterepublik gehabt, als ein vierköpfiges *Direktorium* mit Ernst Bettelheim die KPÖ-Führung übernommen hatte. Zu dieser Zeit war Josef Strasser aber bereits Mitglied der KPÖ.

[21] Isa Strasser, Josef Strasser – ein Lebensbild, a.a.O., S.105

[22] ebenda, S.105

[23] Starch, Roland: Die KPÖ und die Komintern. – Wien 2009, S.144 [unveröffentlichte Diplomarbeit an der Universität Wien]; Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hrg.): Die Kommunistische Partei Österreichs – Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik. – Wien 1987, S.57

[24] Kommunisten und Arbeiterrat. – in: Die Rote Fahne, 6. November 1919, S.284 unserer Ausgabe

[25] Was ist der Arbeiterrat? – in: Die Rote Fahne, 10. Oktober 1919, S.1, S.281 unserer Ausgabe

dass jeder Arbeiter ein geprüfter Marxist sein muss. Es gilt aber, endgültig mit der Anschauung zu brechen, dass die proletarische Revolution das Werk einer erlesenen Minderheit sein kann und muss. (…) *Wenn wir sagen, dass die Arbeiterräte die natürlichen Träger der Revolution sind, so heißt das natürlich nicht, dass wir den Arbeiterrat für ein Wunderwesen halten, dem geheimnisvolle revolutionäre Kräfte innewohnen. Der Arbeiterrat kann nur revolutionär wirken im lebendigen Zusammenhang mit den Massen der Arbeiterschaft. Wer da glaubt, dass Arbeiter nur ihre Räte zu wählen brauchen und dass diese dann allein, isoliert eine revolutionäre Tätigkeit entfalten können, der ist natürlich auf dem Holzweg.* (…) *Die Frage: Was tun wir, wenn die Masse revolutionär ist, der Arbeiterrat aber nicht oder umgekehrt? beruht auf der unmöglichen Voraussetzung, dass der Arbeiterrat von der Masse abgesondert und unabhängig existiert. Wo der Arbeiterrat seinen Namen verdient, kann dieser Fall nicht eintreten: ein wirklicher Arbeiterrat kann nur die Stimmungen und Anschauungen der Massen zum Ausdruck bringen. Er kann und soll die Aktion der Massen leiten, aber er kann nicht an die Stelle der Massen treten.*"[26]

Damit wurde anerkannt, dass die Mehrheitsverhältnisse im Arbeiterrat ein im Wesentlichen richtiges Bild der Kräfteproportionen innerhalb des österreichischen Proletariats boten und dies von der KP in ihrem politischen Handeln illusionslos einkalkuliert werden müsse.[27]

Strasser war innerparteilich so weit abgesichert, dass er nicht nur als Chefredakteur der *Roten Fahne* in den achtköpfigen Parteivorstand gewählt worden war, sondern auch für die KPDÖ, die Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs, am II. Kongress der Kommunistischen Internationale (Juli/August 1920) anwesend gewesen sein dürfte.[28] Auch in den vom 4. (Einigung-) Parteitag von Januar 1921 wurde Josef Strasser wieder in den Parteivorstand gewählt – gemeinsam mit Johannes Wertheim, Karl Tomann, Siegmund Glass, Gruber, Franz Koritschoner, Josef Frey, Max Tober und Novotny.[29]

Frühjahr 1921 solidarisierte sich Strasser aber mit der Kritik von Paul Levi am missglückten deutschen Märzaufstand. Im März 1921 hatte die KPD durch bewaffnete Aktionen gegen staatliche Sicherheitskräfte, die das mitteldeutsche Industriegebiet besetzten, versucht, einen Aufstand in Deutschland auszulösen. Paul Levi, der 1919/1920 an der Spitze der KPD gestanden hatte, kritisierte die "Märzaktion". Nachdem er diese Kritik an der deutschen KP und der internationalen Führung der Komintern aufrechterhielt und mit der Broschüre *Unser Weg. Wider den Putschismus* öffentlich machte, wurde er auf Betreiben der Mehrheit der Komintern-Führung um Sinowjew aus der KPD ausgeschlossen. Nachdem Clara Zetkin in Deutschland oder Josef Strasser in Österreich trotz inhaltlicher Übereinstimmung mit der Kritik den Schritt, in die Öffent-

---

[26] Protokoll der 3. Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs am 7. und 8. Dezember 1919. Wien 1920, S.65ff., S.290f. unserer Ausgabe

[27] Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich. 1918-1924. – Wien 1987, S.621

[28] In der Delegiertenliste des Protokolls des II. Weltkongresses scheinen Strasser allerdings nicht auf, sondern Reisler, Karl Tomann, Karl Steinhardt, Strömer (gemeint ist Anna Ströhmer) und für die österreichische Poale Zion Kohn-Eber (im Protokoll: Cohn-Eber).

[29] Starch, Die KPÖ und die Komintern, a.a.O., S.175

lichkeit zu gehen, verurteilten, konnten sie im Unterschied zu Levi und seinen engsten Anhänger/inne/n, die die *Kommunistische Arbeitsgemeinschaft* bildeten, in der Kommunistischen Internationale verbleiben. Nachdem Strassers Position in einer KPÖ-Vertrauensmännerversammlung mit allen gegen 15 Stimmen in der Minderheit blieb,[30] trat er aber selbst von der Redaktion der *Roten Fahne*, gemeinsam mit weiteren drei Redakteuren, Eduard Kalischer, Valeriu Marcu und Leo Lania, zurück.

Von 22. Juni bis 12. Juli 1921 tagte der III. Weltkongress der Komintern. Die KPÖ wurde von 7 Delegierten vertreten. Auf einer Sitzung des *Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale* (EKKI) am 23. Juli 1921 wurde auch die Lage in Österreich und die Situation der KPÖ besprochen. Der innerparteilich isolierte Josef Strasser war zu den Verhandlungen zugezogen worden. Das EKKI empfahl der KPÖ, Strasser die Möglichkeit zu geben, *„in Stellungen, die seinen Fähigkeiten entsprechen, weiter der Partei zu dienen“*.[31]

Auf dem V. Parteitag (1922) profilierte sich Strasser als Sprecher der innerparteilichen Rechten, der sich hauptsächlich zur Verteidigung der innerparteilichen Demokratie äußerte. Er war direkt in die fraktionellen Auseinandersetzungen in der KPÖ involviert und verlor mit dem V. Parteitag Sitz und Stimme im Parteivorstand.

Frey, der inzwischen zum Motor der Parteireorganisation avanciert war, hatte nun eine stabile Mehrheit im Parteivorstand. Doch bis zum VI. Parteitag (März 1923) setzte sich ein prinzipienloser Block der Ultralinken um Tomann und Koritschoner, die sich vor allem auf die Arbeitslosen in der KPÖ stützten, gegen die Gruppe um Frey, die eine konsequente Einheitsfrontpolitik propagierte, durch. Mit den beiden Parteitagen von 1922 und 1923 waren nun nicht nur die Parteirechte, sondern auch die *Freyiten* ausgebootet.

Anfang 1923 wurden Josef Strasser gemeinsam mit Isa Strasser auf Anregung von Karl Radek und nach Einladung durch Lenin[32] als deutschsprachiger Redakteur der Zeitschrift *Die Internationale* nach Moskau berufen. Während Isa Strasser, die in der KPÖ Leiterin der Frauenabteilung gewesen war, in der *Roten Gewerkschaftsinternationale* (RGI) tätig wurde,[33] arbeitete Josef Strasser als Verlagslektor und Redakteur. Desillusioniert betrachtete Josef Strasser die Berufung in den Komintern-Apparat nicht als politischen Aufstieg, sondern wohl mit Recht als bürokratische Kaltstellung. Das Studium des Russischen, dem er sich zuerst mit Eifer hingab, indem er das *Kommunistische Manifest* in russischer Sprache auswendig lernte, gab er nach ein paar Wochen auf. Wenn einer nicht russisch verstehe, müsse er in der Parteizelle nicht für Stalin stimmen, so sein angebliches Kalkül. Er machte jedoch gewissenhaft seine Arbeit, zuerst eine redaktionelle, dann nur eine sprachliche Korrektur, nachdem ihm seine boshaften Witze über Sinowjew und andere Genossen den Zorn des "Apparates" eingetragen hatten.[34] Aber politisch sollte er keine Rolle mehr spielen.

---

[30] Hautmann, Geschichte der Rätebewegung…, a.a.O., S.660
[31] Starch, Die KPÖ und die Komintern, a.a.O., S.139
[32] Österreichisches Biographisches Lexikon 1815-1950, a.a.O., S.363
[33] Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hrg.)…, a.a.O., S.70
[34] Isa Strasser, Josef Strasser – ein Lebensbild, a.a.O., S.106

Sicher dürfte auch die persönliche Situation belastend gewesen sein: Isa und Josef Strasser wohnten zwar gemeinsam im Hotel Lux, in dem die internationalen Kräfte des Komintern-Apparats untergebracht waren. Aber der Aufenthalt in der UdSSR bedeutete gleichzeitig eine jahrelange Trennung von den Kindern, die bei den Großeltern mütterlicherseits in Deutschland blieben. Eines dieser Kinder, der am 3. Juli 1917 in Jena geborene Sohn Peter, sollte später eine große politische Hoffnung der SPÖ werden: Peter Strasser sei – so der spätere SPÖ-Justizminister Christian Broda, ein enger Freund von diesem – durch die Erfahrungen seiner Eltern gegen die "*kommunistische Versuchung immunisiert*" worden.[35] Peter Strasser wurde Mitglied der *Roten Falken*, der *Sozialistischen Mittelschüler* und der *Revolutionären Sozialisten*, 1937 der zentraler Leiter der *Revolutionären Sozialistischen Jugend* in Wien.[36] 1938 flüchtete er mit seiner ersten Frau Jenny nach Frankreich, wurde nach Kriegsausbruch zehn Monate interniert, floh aus dem Lager und hielt sich in der Folge mehr als ein Jahr illegal in Frankreich auf. Nach seiner Verhaftung wurde er 1942 mit seiner Familie nach Wien überstellt und musste in der Rüstungsindustrie arbeiten. 1945 wurde Strasser erster Vorsitzender der *Sozialistischen Jugend* (bis 1954), Mitglied des Parteivorstandes der SPÖ, 1948 Vorsitzender der *Internationalen Union der Sozialistischen Jugend* und 1949 der bis dahin jüngste Nationalratsabgeordnete. Ab 1956 Delegierter zum Europarat, interessierte er sich vor allem für Außen- und Rechtspolitik. Peter Strasser galt als große Nachwuchshoffnung der SPÖ, starb jedoch Juni 1962 44-jährig an Krebs.[37]

1928 bot sich nach fünf Jahren und einer Anforderung durch die KPÖ für Josef und Isa Strasser die Möglichkeit, nach Wien zurückzukehren. Dies soll Josef Strasser "*wie ein Internierter die Entlassung*" begrüßt haben.[38] Für ein Jahr hatte Josef Strasser dann wieder einen Sitz im Parteivorstand der KPÖ und leitete die Redaktion der *Roten Fahne*. Doch der Spagat zwischen Strassers politischer Linie und der inzwischen auf ultralinkem Kurs segelnden KPÖ dürfte immer schwieriger geworden sein. Die Redaktion der *Roten Fahne* fiel ihm immer schwerer, andere Redakteure mussten in letzter Minute einspringen, weil Josef Strasser den versprochenen Leitartikel einfach nicht ablieferte. Jenny Strasser, die Schwiegertochter Josefs und Peter Strassers erste Frau, erzählte dazu eine Anekdote, die zu den wohl treffendsten über Josef Strasser gehört: "*Als Strasser wieder einmal heftig bedrängt wurde, verschwand er in seinem Zimmer und lieferte binnen weniger Minuten seinen Artikel ab. Nach kurzer Zeit mussten seine Mitarbeiter jedoch feststellen, dass sein Beitrag nur aus dem Satz: ‚Auf vielfachen Wunsch wird der Leitartikel von gestern wiederholt‘ bestand.*"[39]

---

[35] Wirth, Maria: Christian Broda. Eine politische Biographie. – Wien 2011, S.166

[36] Ch.B. [Christian Broda]: Die Jugend und der Sozialismus – der Sozialismus und die Jugend. – in: Strasser, Peter: Sozialistische Initiative. Reden und Aufsätze. – Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1963, S.13. Christian Broda verschweigt im Vorwort zu dieser Buchausgabe verschämt Josef Strassers Mitgliedschaft in der KPÖ – Josef Strasser sei "*Revolutionär und Sozialdemokrat vor dem Ersten Weltkrieg*" gewesen. – Broda, Christian: Statt eines Vorwortes. – in: Strasser, Peter: Sozialistische Initiative. Reden und Aufsätze. – Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1963, S.8

[37] ebenda, S.166

[38] Isa Strasser, Josef Strasser – ein Lebensbild, a.a.O., S.106

[39] ebenda, S.106

1929 war jedoch auch für Josef Strasser das endgültige Aus in der stalinisierten KPÖ erreicht: Die *Brandlerkrise* in der deutschen kommunistischen Partei, der Ausschluss der deutschen "Rechten" 1929, war der Anlass, aus dem er die Redaktion der *Roten Fahne* niederlegte. Nachdem Ernst Thälmann die Führung der KPD übernommen und die ultralinke Wende initiiert hatte, war Heinrich Brandler Ende 1928 gegen den Widerstand der KPdSU-Führung, die ihn wegen seines Einflusses und seiner Beliebtheit von der KPD-Mitarbeit fernhalten wollte, nach Deutschland zurückgekehrt, wurde jedoch bald darauf wegen Kritik an der Sozialfaschismus-Theorie aus der Partei ausgeschlossen und gründete mit anderen Ausgeschlossenen und Ausgetretenen wie August Thalheimer, Paul Frölich oder Jacob Walcher die *Kommunistische Partei Deutschlands-Opposition*.

Im Unterschied zu Isa Strasser betätigte sich Josef Strasser nicht in der innerparteilichen Opposition in der KPÖ. Obwohl es politische Berührungspunkte gegeben haben musste, war Josef Strasser daher auch nicht unter den 49 Gründer/inne/n der *Kommunistischen Partei Opposition*, die sich am 14. und 15. Dezember 1929 unter Anwesenheit von Heinrich Brandler in Wien konstituiert hatte.[40]

Isa Strasser gehörte mit Raïssa Adler, Martha Nathanson, dem aus der UdSSR heimgekehrten Polzer und dem mutmaßlichen stalinistischen Spitzel Jakob Frank zu den Wortführern einer ominösen Opposition, der *Innerparteilichen Gruppe*. Dieser winzige und unbedeutende Zirkel war alles andere als einheitlich, ja im eigentlichen Sinne nicht einmal eine *Gruppe* und auch in der gesamten Partei praktisch unbekannt. Sie erhielt aber von Trotzki in den Versuchen, eine Einigung der linksoppositionellen Gruppierungen herbeizuführen, eine gewisse Beachtung.[41]

Isa Strasser, die allerdings eher der Parteirechten als der Linksopposition nahestand, wurde 1929 unmittelbar nach der KPÖ-Frauenkonferenz wegen "trotzkistischer Abweichungen" ausgeschlossen. Schon ihre vorsichtige Kritik, weshalb die KPÖ die ultralinke *Wendung* der Gewerkschaftspolitik der Komintern ohne vorherige Diskussion nachvollzogen hatte, wurden im Zusammenhang mit dem 10. Parteitag (16. bis 18. Februar 1929) in der *Roten Fahne* vom 16.2.1929 öffentlich als "*sozialdemokratische Verleumdungen*" qualifiziert.[42]

Im Unterschied zu Isa Strasser, zur deutschen Rechten um Brandler und zu allen wirklichen oder vermeintlichen Linksoppositionellen wurde Josef Strasser jedoch nie ausgeschlossen – obwohl er diesen Ausschluss förmlich provoziert hatte: In der Zellensitzung im Wiener 19. Bezirk, in der 1929 Isa Strasser ausgeschlossen wurde, soll er erklärt haben: "*Und wann schließt Ihr mich endlich aus? Ich gebe hiermit zu Protokoll, dass ich vom ersten Tag meines Beitritts an nie voll und ganz auf dem Boden der Komintern stand.*"[43] Für die KPÖ wäre der Ausschluss eines der wenigen bekannten Sozialdemokrat/inn/en, die nach dem Ersten Weltkrieg den Weg zur KPÖ gefunden

---

[40] Keller, Fritz: Gegen den Strom. Fraktionskämpfe in der KPÖ – Trotzkisten und andere Gruppen 1919-1945. Mit einer Einleitung von Helmut Konrad. – Wien 1978, S.115f.

[41] Siehe dazu: Österreichischer Trotzkismus. Band 1. Von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg. – Marxismus Nr.33, S.91ff.

[42] Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hrg.)…, a.a.O., S.70

[43] Isa Strasser, Josef Strasser – ein Lebensbild, a.a.O., S.S.107

hatten, das ungleich größere Risiko gewesen als der formale Verbleib eines innerparteilich völlig isolierten und an den Rand gedrängten Josef Strasser.

Strasser war im Unterschied zu Josef Frey eben nicht ein innerparteilicher Opponent gewesen, der aktiv versucht hatte, Mitstreiter/innen um sich zu sammeln – Strasser war damit bereits viel zu ungefährlich geworden. Die KPÖ-Führung begnügte sich damit, ihm die sprachliche Korrektur der deutschen Ausgabe der Lenin-Werke, von der er nach dem Ende seiner Arbeit als Redakteur der *Roten Fahne* gelebt hatte, zu nehmen…

Politisch fassbar wird Josef Strassers politische Aktivität erst wieder – und auch das nur für kurze Zeit – 1932/1933. Isa Strasser war in der Zwischenzeit in der mit Kurt Landau verbundenen *Mahnruf-Gruppe* aktiv und wurde damit in die erbitterten Auseinandersetzungen in der österreichischen Linksopposition hineingezogen. Auch wenn Isa und Josef Strasser 1926/1927 durch ihren Moskau-Aufenthalt nicht persönlich und direkt in die fraktionellen KPÖ-Auseinandersetzungen dieser Jahre involviert waren, konnte von der *KPÖ (Opposition)* um Josef Frey immer wieder genüsslich an die Rolle der (in Österreich politisch und personell schwachen) Rechtsopposition im Kampf gegen die Linke, da sie ja auch deren Ausschluss politisch mitgetragen hatte, erinnert werden.[44]

November 1932 meldete die *Arbeiter-Stimme* der KPÖ (O), dass Isa Strasser wie die Rechtsopposition der KPÖ den Weg zur Sozialdemokratie gefunden habe.[45] Das war offensichtlich im konkreten Fall falsch. Vielmehr schlossen sich Isa und Josef Strasser der *Linken Opposition der KPÖ (Bolschewiki-Leninisten)* an, die sich Oktober 1932 gegründet hatte und als österreichische Sektion der *Internationalen Linken Opposition* arbeitete. Die *Arbeiter-Stimme* der *KPÖ-Opposition* (bzw. seit Dezember 1933 *Linksopposition*) klagte nun Trotzki, mit dem Strasser auch in brieflichem Kontakt stand,[46] an, dass dieser mit "*Straßer, Polzer, Straßers Frau*" sich in Österreich auf jene Leute aus der KPÖ-Rechten stütze, die 1927 den Parteiausschluss der Opposition vertreten hätten.[47]

Noch einmal blitzte Josef Strassers politisches und journalistisches Talent Mitte 1933 auf. Anfang Juni 1933 schrieb er in der Exilzeitung der linksoppositionellen *Internationalen Kommunisten Deutschlands* (IKD), in dem damals in Prag erscheinenden *Unser Wort*, unter dem Pseudonym *Austriacus* einen längeren Artikel – *Das Ende des Austromarxismus*. Er zeigte nicht nur, dass er unbeugsamer Kritiker des sozialdemokratischen Reformismus geblieben war, sondern auch, dass er unbeirrt die Notwendigkeit einer proletarischen Diktatur bejahte, dass er Kommunist geblieben war. Mit beißendem Spott charakterisierte er den Weg der SP in die Niederlage. Acht Monate vor

---

[44] Österreichischer Trotzkismus. Band 1, a.a.O., S.113

[45] Rechtsopposition bei der SP gelandet. – in: Arbeiter-Stimme. Nr.113, November 1932, S.4

[46] Österreichisches Biographisches Lexikon 1815-1950, a.a.O., S.363. In der *Harvard University Library* sind mehrere Briefe Isa und Josef Strassers an Leo Trotzki sowie die Antworten dokumentiert. Briefe Josef Strassers an Leo Trotzki vom 19. Juni und vom 15. Oktober 1933, Briefe Trotzkis an Josef Strasser vom 15. Juni 1929, 13. Januar 1933 und 5. Juni 1933. – vgl. dazu: Trotsky, Leon, 1879-1940. Leon Trotsky exile papers. – http://oasis.lib.harvard.edu/oasis/deliver/~hou00301

[47] Bezeichnende Tatsache. – in: Arbeiter-Stimme, Nr.129, Juni 1933, S.4

dem 12. Februar 1934 schrieb Josef Strasser in dem letzten uns bekannten Artikel, den er für *Unser Wort* verfasst hatte:

Die Sozialdemokratie "*sieht überhaupt nicht, sie versteht die Welt nicht mehr, sie ist handlungsunfähig, und darum wird sie den Weg der Erniedrigung und Entmachtung bis ans bittere Ende machen, hirn- und lendenlahm wie die deutsche Sozialdemokratie. Die österreichischen Arbeiter haben von der Musterpartei der Zweiten Internationale nichts mehr zu erwarten als Schmach und Niederlage.*"[48]

Aber Josef Strasser war – wie auch Isa Strasser – nicht wirklich überzeugte Vertreter/innen der *Linken Opposition*. Noch 1933 dürften sie sich wieder von ihr getrennt haben. Aber den Weg zur Sozialdemokratie ging zwar ihr Sohn Peter, nicht jedoch Josef oder Isa Strasser. Am 15. Oktober 1935 starb Josef Strasser nach Jahren schwerer Krankheit, der Arbeitslosigkeit und Isoliertheit in Armut – Isa Strasser erinnert sich, dass sogar das Geld für das Begräbnis gefehlt hatte, und charakterisierte Josef Strasser in den Schlusspassagen ihrer Arbeit noch einmal liebevoll: "*Seine große geistige Leidenschaft war zeitlebens die Mathematik gewesen – aber er hatte sich mit Haut und Haaren der Politik verschrieben. Er wirkte zeitlebens in und für eine Partei – aber er war nie ein ‚Parteimensch'. Er war ein kritischer Kopf, ein überzeugter Atheist, ein unbarmherziger Polemiker – aber er hatte einen naiven Glauben an das Proletariat, an den Sozialismus. Er war ein kompromissloser Kämpfer, aber er verlor – wie im Schachspiel – so auch im Leben immer gegen den schwächeren Gegner.*"[49]

Erscheint vierzehntägig

Nach Konfiskation zweite Auflage

V. b. b

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER

LINKSOPPOSITION

10 Nummern S 1·50 (inkl. Postzustellung) Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119471

Redaktion und Administration XVI., Kirchstetterngasse 19/10. Tel. R-30-9-5

Preis 15 Groschen | Juni 1933 | 7. Jahrgang, Nr. 129

Unter Vorzensur!

Ueber die «Arbeiter-Stimme» wurde die Vorzensur verhängt.

Wie sehr dadurch das Erscheinen des Blattes erschwert wird, ist unseren Lesern bekannt. Das ist auch der Zweck der Verfügung.

Um so mehr erwächst allen, denen es um das Wiederaufersteben der Arbeiterbewegung geht, die Pflicht, unser Blatt mit aller Kraft zu unterstützen: durch Preßfondsspenden, durch regelmäßige Geldunterstützung, durch Abonnement, durch Werbung von neuen Abonnenten und vor allem durch weitesten Vertrieb der «Arbeiter-Stimme»!

Bezeichnende Tatsache

Trotzki stützt sich in Oesterreich gegen uns auf ein Gröppchen, dessen Achse sind die Straßer, Polzer, Straßers Frau. Das sind dieselben Leute, die im Bündnis mit der Stalin-Fraktion — sie waren damals im ZK. durch jenen Riess vertreten, 1927 uns alle aus der Partei geschlossen haben. Diese selben Rechten, die uns aus der Partei geschlossen haben, sind heute die Hauptstützen Trotzkis in Oesterreich . . . Diese Tatsache ist so bezeichnend, daß es nicht nötig ist das Geringste beizufügen.

Arbeiter-Stimme der Linksopposition (ehemals KPÖ-Opposition),
S.1 (mit Zensurstellen) und S.4 (mit dem Artikel "Bezeichnende Tatsachen) – siehe S.17

[48] Der Artikel ist in unserer Ausgabe abgedruckt.
[49] Isa Strasser, Josef Strasser – ein Lebensbild, a.a.O., S.107

Josef Strasser und die nationale Frage

von *Eric Wegner*[50]

Innerhalb der SDAP vor dem Ersten Weltkrieg war Josef Strasser der schärfste und bekannteste Kritiker des austromarxistischen Reformismus in der nationalen Frage. Der 1870 geborene, aus einer Eisenbahnerfamilie stammende Strasser war in Wien aufgewachsen. 1901 wurde er von der sozialdemokratischen Führung nach Nordböhmen geschickt, um die regionale Parteizeitung zu leiten. Er entwickelte sich zum zentralen Organisator und Führer der nordböhmischen Arbeiter/innen/bewegung und damit des linken Flügels in der österreichischen Sozialdemokratie. "Ohne ihn", stellte später Karl Kreibich, eine wesentliche Führungspersönlichkeit des sudetendeutschen und tschechoslowakischen Kommunismus in den 1920er Jahren, fest, "hätte es nie eine ‚Reichenberger Linke' gegeben."[51] Und seine Frau, Isa Strasser, meinte rückblickend: "In Reichenberg stand Strasser zum ersten und vielleicht zum einzigen Mal in seinem Leben an seinem richtigen Platz."[52]

Das Industriegebiet um Reichenberg war durch einen besonders scharfen Klassengegensatz geprägt, insbesondere zwischen den Wollbaronen und den Textilarbeiter/inne/n. Auf die aufblühende Arbeiter/innen/bewegung in Nordböhmen reagierte der habsburgische Staat mit Repressalien, die bürgerlichen Parteien mit Versuchen der nationalistischen Verhetzung. Darauf antwortete die regionale SDAP unter der Führung von Strasser mit einem offensiven Internationalismus – und war damit unter der mehrheitlich deutschen Arbeiter/innen/schaft der Gegend äußerst erfolgreich. Strasser konnte bald bilanzieren, dass der alte Opportunismus der Bildungsvereine verschwunden und die Proletarier "ruppige Gesellen" geworden seien, denen der Nationalismus "nicht die kleinste Konzession abgezwungen" hätte, denn der Internationalismus werde nirgends "so schroff betont wie in Reichenberg".[53]

"Als vor nun bald anderthalb Jahren die deutsche Volksseele in Böhmen zu kochen anfing und die Nationalen darangingen, die Arbeiterschaft für ihre ‚Organisationen', die völkische Arbeiterpartei und die Jungmannschaft, zu gewinnen, wurde auch bei uns manchen Genossen bang. Sie meinten, dass wir doch ‚ein bisschen' national wer-

---

[50] Der folgende Beitrag wurde erstmals veröffentlicht im Band: Nationale Frage und marxistische Theorie. Teil 1: Die "Klassiker". – Marxismus, Nr.23, Dezember 2003, S.127ff. Da der Artikel aus dem Jahr 2003 stammt, wurde nach der Ausgabe des Junius-Verlages von 1982 zitiert; wir haben die ursprüngliche Zitierung beibehalten und die Seitenangaben in unserer Ausgabe in eckige Klammern gesetzt.

[51] Isa Stasser: *Josef Strasser – ein Lebensbild*, in: Josef Strasser: *Der Arbeiter und die Nation*, Wien 1982, S. 103; Genaueres zu Karl Kreibich findet sich in unserer Broschüre: *Nationale Frage und Arbeiter/innen/bewegung in der Tschechoslowakei – der "Tschechoslowakismus", die nationalen Minderheiten und die Politik der KPČ*, Marxismus-Sondernummer 10, Wien 2002

[52] Isa Strasser, ebd.

[53] Josef Strasser: *Reichenberg – Nationalismus und Internationalismus in einer nordböhmischen Stadt*, in: Josef Strasser, *Der Arbeiter und...*, a.a.O., S. 75 [S.114]

den müssten, um den Ansturm der Nationalen besser abwehren zu können. Aber wir haben uns weder durch das Kriegsgeheul der Nationalen noch durch die Warnungen unserer Schwarzseher beirren lassen. Wir haben uns nicht dazu herbeigelassen, als ‚gute Deutsche' aufzutreten. Im Gegenteil, wir haben in unserer dogmatischen Verbohrtheit den Internationalismus nur noch schroffer hervorgekehrt. Wir sind von der Auffassung ausgegangen, dass die nationalistische Phrase im Proletariat nur auf das Gesindel und höchstens noch auf ein paar unreife junge Leute Eindruck machen kann, und der Erfolg hat uns recht gegeben."[54]

Diese Textstelle drückte bereits eine Kritik an den Sozialdemokrat/inn/en (z.B. Otto Bauer) aus, die sich als "gute Deutsche" kostümierten oder es sogar tatsächlich sein wollten. 1912 schließlich fasste Strasser seine Erfahrungen in Nordböhmen und seine theoretischen Positionen zusammen – in der etwa 50 Seiten starken Broschüre *Der Arbeiter und die Nation*, deren erste Auflage (3000 Exemplare) innerhalb weniger Wochen vergriffen war und die in der internationalen sozialistischen Bewegung große Aufmerksamkeit erregte.

Otto Bauer verfasste eine – ziemlich defensiv gehaltene – Erwiderung, die in der theoretischen Zeitschrift der SDAP erschien, und wertete Strassers Text als Manifest einer neuen linksradikalen Strömung in der österreichischen Partei, die der Richtung um Mehring und Luxemburg in Deutschland nahe stehe.[55] W. I. Lenin äußerte sich anerkennend[56] und die deutsche Linke (Rosa Luxemburg und Franz Mehring) bekundete ihre Sympathie. Kautsky teilte brieflich mit, dass ihm der Text "sehr gut gefällt", verbat sich aber gleichzeitig, dass Strasser dieses Urteil in seiner Replik auf Bauer verwendete.[57] Was waren nun aber die zentralen Überlegungen Strassers?

Strasser sieht den Nationalismus als eine Ideologie, die wie die Religion von der herrschenden Klasse dazu benutzt wird, die Arbeiter/innen gegeneinander auszuspielen. Durch die spezifischen Lebensverhältnisse der tschechischen Arbeiter/innen sei etwa die tschechische Sozialdemokratie stark in den Bann nationalistischer Anschauungen geraten. Die Nationalist/inn/en unter den deutschen Sozialdemokrat/inn/en seien freilich um nichts besser. Wenn erstere oft rabiater aufträten als letztere, dann sei das lediglich auf die "Verschiedenheit ihrer historischen Situation" zurückzuführen, also wohl darauf, dass die Lage der Deutschen in der Habsburgermonarchie eine andere war als die der Tschech/inn/en.[58]

Dann macht sich Strasser ausführlich über die "sozialistischen Nationalen" lustig. Anders als bei vielen Bürgerlichen, die den Nationalismus zur Durchsetzung ihrer Interessen einsetzen, sei ihre Begeisterung für "Größe" und "Macht" ihrer Nation naiv und echt. Die sozialdemokratischen "Realpolitiker" versuchten die Nationalen mit Natio-

---

[54] ebd., S. 77 [S.117]

[55] Otto Bauer: *Der Arbeiter und die Nation*, in: Werkausgabe Bd. 8, S. 647 [S.315]

[56] Nachdem Lenin die Broschüre im Juli 1912 bei Strasser in Reichenberg bestellt hatte, schrieb er an A. M. Gorki unter anderem folgende Zeilen: "Es gibt zwei gute sozialdemokratische Broschüren zur nationalen Frage: von Strasser und von Pannekoek. Soll ich sie schicken?", in: *Lenin Briefe III, 1910-1914*, S. 73 bzw. 166

[57] Wilfried Dubois: *Anmerkung Nr. 8* zu: Löwy: *Die Marxisten und...*, a.a.O., S. 81f

[58] Strasser, *Der Arbeiter und...*, a.a.O., S. 22-24 [S.188ff.]

nalismus zu übertrumpfen, indem sie – die Anspielung auf Otto Bauer ist hier überdeutlich – ihnen entgegenhalten,

"dass wir durch unsere politische, gewerkschaftliche und sonstige Arbeit für das deutsche Proletariat und damit für die deutsche Nation viel mehr leisten als alle nationalen Parteien zusammengenommen; dass wir uns also gute Deutsche nennen dürfen, ja sogar – siehste! – bessere Deutsche als die Nationalen; dass wir national im edelsten Sinne des Wortes sind.

Was man sich unter einem guten oder gar einem besseren Deutschen vorzustellen hat, ist dabei freilich ein dunkles Geheimnis geblieben, denn unsere Parteisachverständigen im Deutschtum bewahren ein hartnäckiges Stillschweigen darüber und wir profanen Internationalen verstehen nichts von der Sache. (...) Also: Welches Interesse hat die deutsche Arbeiterklasse daran, dass die deutsche Nation möglichst groß und mächtig wird, dass es möglichst viele Deutsche gibt? U.A.w.g. (…)

Wenn sich die Sozialdemokraten jeder Nation möglichst viele Landsleute wünschen müssen, wie soll sich dann das Proletariat einer Nation zum Wachstum und zum Machtstreben der anderen Nationen verhalten? Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder die deutschen Sozialdemokraten haben ein Interesse daran, dass sich auch die anderen Nationen entwickeln – dann ist es ein Rätsel, warum wir gerade unser Interesse für die Entwicklung des deutschen Volkes betonen sollen. Oder das Wachstum der anderen Nationen schädigt uns deutsche Sozialdemokraten, dann müssen die Arbeiter verschiedener Nationen einander bekämpfen, dann ist das ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!' ein heilloser Unsinn, dann hat der Separatismus recht."[59]

In der Realität gehe es bei "der Größe des deutschen Volkes" um die Größe der Profite der deutschen Kapitalistenklasse, um Militarismus und Imperialismus. All das müsse vom Proletariat abgelehnt werden, und die "Majorität der deutschen Arbeiter" sehe deshalb auch ihre Aufgabe "einzig und allein darin, ihre Klasse groß und mächtig zu machen."[60] Strasser geht dann auch auf die Fragen von Kultur und Sprache ein und setzt dabei andere Akzente als die Austromarxisten.

"Wie überall, so haben wir auch auf kulturellem Gebiet Klassengegensätze und Klassenkämpfe. Was die Proletarier an Kultur besitzen, hat ihnen entweder die Bourgeoisie gegeben, um die kapitalistische Ausbeutung rentabler zu machen (Volksschule!), oder sie haben es ihren Ausbeutern in hartem Kampf abtrotzen müssen. Die Arbeiterklasse hat andere kulturelle Interessen als das Bürgertum. Der Bourgeois will eine Kultur, die auf der Arbeit und Kulturlosigkeit anderer beruht und diese anderen im Zustande der Arbeit und Kulturlosigkeit erhält. Die Arbeiter streben einen Gesellschaftszustand an, in dem Arbeit und Kulturgenuss vereinigt, Ausbeutung und Kulturlosigkeit verschwunden sind."[61]

Der österreichische Nationalitätenstreit stelle sich freilich vor allem als Sprachenstreit dar: "Straßentafeln und Stationsaufschriften haben in unserem teueren Vaterlande

[59] ebd., S. 25f [S.192]
[60] ebd., S. 30 bzw. 26 [S.192]
[61] ebd., S. 29 [S.195]

schon wildere Stürme hervorgerufen als die ernstesten sozialen Dinge."[62] Besonders forciert werde dieser Konflikt von den "Spracharbeitern", den Staatsbeamten, Lehrern, Advokaten etc., für die die Größe des Sprachgebietes, im Unterschied zum industriellen Arbeiter, eine wirtschaftliche Bedeutung (im Sinne von Arbeitsmöglichkeiten) habe.

"Der Kampf um Amt und Schule entbrennt. Am hitzigsten führen ihn die Spracharbeiter und das Kleinbürgertum, aus dessen Nachwuchs sich die Spracharbeiterschaft ergänzt. (...) Der Sprachenstreit ist ein wirtschaftlicher Streit zwischen den Spracharbeitern und Kleinbürgern verschiedener Nationen."[63]

Auch wenn diese Analyse sicherlich etwas kurz greift, so setzt sich Strasser sehr vehement für tschechische Minderheitenschulen in den deutschen Mehrheitsgebieten und für die Möglichkeit der Verwendung von Minderheitssprachen in den Ämtern ein. Die Ämter des bürgerlichen Staates spielten ohnehin schon eine negative Rolle für die Arbeiter/innen, das dürfe für Proletarier von Minderheiten nicht noch verschärft werden. Die deutschen Arbeiter/innen müssten auch aus Eigeninteresse diese Forderungen nach Minderheitenrechten unterstützen, wenn sie verhindern wollen, dass ungebildete und rechtlose Tschech/inn/en als Lohndrücker und Streikbrecher eingesetzt werden.[64] Ein sozialistisches Weltparlament der Zukunft werde vielleicht eine Sprache zur globalen Vermittlungssprache machen, im Kapitalismus aber sei die Sprache eine "Quelle politischer Macht" der jeweiligen nationalen Bourgeoisie; unter diesen Umständen sei die Pflicht zur Assimilation gleichbedeutend mit der "Schikanierung der Minorität". Die Folge wären verschärfte nationale Konflikte. Das Proletariat müsse deshalb dafür eintreten, dass – im Kapitalismus! – die Nationalität als Privatsache behandelt wird. In diesem Punkt unterstützt Strasser durchaus die Vorschläge von Bauer.[65]

Was allerdings Bauers "Nationalcharakter" betrifft, so hält ihn Strasser für "das fragwürdigste aller nationalen Güter". Die Spaltung der Nation in Klassen, die jede dieselben Ereignisse anders erlebt und empfindet, stehe einem einheitlichen Nationalcharakter ebenso entgegen wie die Durchsetzung von verschiedenen Teilen der Nation mit unterschiedlichen fremden Elementen. "Man versuche doch einmal, jene Eigenschaften anzugeben, die dem Wiener Kaffeehausliteraten, dem Ostseefischer, dem Finanzmann in Berlin W., dem Reichenberger Weber (...) gemein sind. Die Mühe wird umsonst sein."[66] Es könnten durchaus in einer Nation bestimmte Eigenschaften überproportional vertreten sein und sich ein "Nationscharakter" bilden – durch eine bestimmte ökonomische und soziale Entwicklung, die sich auch weiter fortsetze.

"Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur die heutigen Nationscharaktere nicht erhalten, wir arbeiten geradezu an ihrer Zerstörung. (...) Und da die Schwächen und Fehler des deutschen, tschechischen, italienischen Proletariats zum deutschen, tschechischen, italienischen Nationscharakter gehören, so bedeutet das Ankämpfen gegen sie das be-

[62] ebd., S. 30f [S.196]
[63] ebd., S. 32 [S.198]
[64] ebd., S. 34f [S.199f.]
[65] ebd., S. 40-42 [S.205ff.]
[66] ebd., S. 44 [S.208]

wusste Arbeiten an der Ummodelung des deutschen, tschechischen, italienischen Nationscharakters."[67]

Der Kampf der deutschen Arbeiter/innen/klasse wirke sich dabei auch auf die Mentalität der anderen Klassen der deutschen Nation aus – "nicht indem sie ihnen von der Schönheit der sozialistischen Idee vorschwärmten, sondern durch den Klassenkampf; nicht durch die Stärke ihrer Argumente, sondern durch das Argument ihrer Stärke". So würden aus stolzen Herren unsichere und brutale Feiglinge. Und auch jeder Sieg des Proletariats in anderen Ländern ändere den deutschen Nationscharakter, indem er "den deutschen Proletarier aufrichtet und den deutschen Spießbürger niederdrückt."[68]

"Hinter der Forderung der Nationalen nach der Erhaltung des Nationalcharakters verbirgt sich – ganz genauso, wie hinter der Forderung der Klerikalen nach der Erhaltung der christlichen Moral – nur der Wunsch der herrschenden Klassen, nach wie vor ihre ‚Herrentugenden' betätigen zu können und dem Proletariat die Sklavenlaster, die Anspruchslosigkeit, die Unterwürfigkeit (die die Nationalen deutsche, die Klerikalen christliche Tugenden nennen) zu erhalten, das heißt den wirtschaftlichen und politischen status quo, das kapitalistische Eigentum und den bürgerlichen Staat, zu konservieren."[69]

Das sogenannte "Nationalgefühl" sei überhaupt eine Lächerlichkeit. Gerade die deutschen Kleinbürger, die die Arbeiter/innen nationalistisch verhetzen wollen, würde gerne ihre Häuser gewinnbringend an tschechische Zuwanderer verkaufen, tschechische Lehrbuben oder Dienstmädchen anstellen und bei tschechischen Händlern einkaufen, wenn diese billiger sind. Strasser ironisch: "Das schwächste ökonomische Interesse vermag über den Bürgerlichen mehr als das Nationalgefühl mit all seiner unwiderstehlichen Gewalt."[70]

Strasser fordert in und von der bürgerlichen Gesellschaft das Recht auf nationale Autonomie. Das bedeutet für ihn "das Recht der nationalen Selbstbestimmung".[71] Auch wenn Strasser das nicht als Recht auf Lostrennung expliziert, so ist damit doch ein anderer Aspekt gesetzt als bei Bauers nationaler Autonomie. Für Strasser ist das nationale Selbstbestimmungsrecht vor allem ein Mittel, um Hindernisse für den Klassenkampf des Proletariats aus dem Weg zu räumen. Damit kommt Strasser den Positionen der Bolschewiki nahe, auch was die Frage der innerparteilichen nationalen Autonomie betrifft.

Es sei laut Strasser ein "groteskes Missverständnis", aus der Forderung nach nationaler Autonomie im Staat die Konsequenz einer Autonomie von nationalen Gruppen in der sozialdemokratischen Partei abzuleiten. Hier sei vielmehr die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zu einer einheitlichen Aktion in einer einheitlichen Partei notwendig.[72] Die gegenteiligen Legitimationsversuche Bauers werden von Strasser gnadenlos zerpflückt. Das Schielen auf Stimmen von Mitläufer/inne/n durch Konzessio-

---

[67] ebd., S. 45 [S.209]
[68] ebd., S. 46f [S.210]
[69] ebd., S. 47 [S.210f.]
[70] ebd., S. 48 [S.211f.]
[71] ebd., S. 54 [S.217]
[72] ebd., S. 55 bzw. 52 [S.217 bzw. 214f.]

nen an den Nationalismus sei fatal, die Macht einer proletarischen Partei hänge nicht in erster Linie von der Zahl ihrer Mandate ab, sondern von ihrer Geschlossenheit und ihrer politischen Ausrichtung. Die "Zerreißung der Partei in autonome nationale Gruppen" habe ihr schwersten Schaden zugefügt: "Nur in einer straff zentralisierten internationalen Organisation ist auf die Dauer eine Politik des Internationalismus möglich."[73]

Die Revisionisten würden absurde Versuche unternehmen, die Nationalismen mit dem Internationalismus zu versöhnen. Renner beispielsweise habe "Wein in Jauche geschüttet, aber dadurch nicht, wie er wollte, die Jauche veredelt, sondern nur den Wein verdorben."[74] Als Ergebnis quatsche er nun von der "Gefahr" der tschechischen Zuwanderung nach Wien. Für den klassenbewussten Arbeiter hingegen sei der Proletarier das Maß aller Dinge, nicht der Deutsche, der Katholik etc.:

"Er beurteilt alles vom proletarischen, nichts vom nationalen, religiösen oder irgend einem anderen Standpunkt. Wo nationale Streitigkeiten entstehen, da ergreift er als Proletarier, nicht als Angehöriger dieser oder jener Nation Partei. Das bedeutet der proletarische Internationalismus."[75]

"Was soll die Phrase, dass wir gute Deutsche sind? (...) Wir können die Nationalen nicht aus dem Felde schlagen, indem wir es ihnen gleich zu tun, oder gar sie zu überbieten suchen. Wir können nur eines: der nationalistischen Ideologie die Ideologie des intransigenten (also "unversöhnlichen", Anm. E.W.) Internationalismus entgegensetzen."[76]

Diese Ausrichtung habe sich in Nordböhmen auch als sehr erfolgreich erwiesen:

"Der intransigente Internationalismus hat eine stärkere Anziehungskraft als selbst der schmackhafteste und süffigste Nationalismus. (...) Als die Regierung im Frühsommer mit ihren Steuervorlagen hervortrat, hielten wir in allen größeren Städten Protestversammlungen ab. Sie waren sehr mäßig besucht. Zur selben Zeit hielten wir eine Reihe von Versammlungen mit der Tagesordnung: National oder sozialdemokratisch? ab. Alle waren überfüllt, ja einige gestalteten sich zu leidenschaftlichen Massenkundgebungen gegen den Nationalismus. Die Arbeiter haben das richtige Gefühl, dass der Nationalismus in und außer dem Parlament unserer Partei die größten Hindernisse in den Weg wälzt, dass der Kampf gegen ihn die Hauptsache ist, und dass nur der intransigente Internationalismus in diesem Kampfe reüssieren kann."[77]

Die Erfolge in den mehrheitlich deutschsprachigen Industriegebieten Nordböhmens scheinen Strasser aber auch zu einem gewissen Automatismus verleitet zu haben, dass der Nationalismus in der Arbeiter/innen/klasse ohnehin keine Zukunft mehr habe. Die Bourgeoisie

"fruktifiziert die in der Arbeiterschaft noch lebendigen religiösen und nationalen Vorurteile. Aber sie mag die Entwicklung nur zu verzögern, nicht ihr Halt zu gebieten. Es

[73] ebd., S. 57 [S.220]
[74] ebd., S. 66 [S.227]
[75] ebd., S. 60 [S.222]
[76] ebd., S. 67 [S.227f.]
[77] Strasser, *Reichenberg – Nationalismus und...*, a.a.O., S. 78 [S.117f.]

kommt die Zeit, in der der Mahnruf des Kommunistischen Manifests: ‚Proletarier aller Länder vereinigt euch!' in tausend und abertausend Proletarierherzen ein Echo weckt."[78]

Damit in Zusammenhang steht wohl auch Strassers zu lineare Betonung, dass wirtschaftliche Interessen in der Regel stärker seien als nationale:

"Geraten die nationalen und die wirtschaftlichen Interessen eines Menschen miteinander in Widerspruch, so erweisen sich die wirtschaftlichen Interessen als die stärkeren. Vereinzelte Ausnahmen können vorkommen. Einzelne Individuen können sich von ihrer Klasse loslösen, die Masse kann es nicht. Und die Klasse stellt ihre wirtschaftlichen Interessen über die nationalen Interessen, jede Klasse ist nur soweit national gesinnt, als es ihre wirtschaftlichen Interessen erlauben. Warum soll gerade das Proletariat die nationalen Interessen den wirtschaftlichen voranstellen?"[79]

Das ist sicher als grobe Tendenz zutreffend, aber zu einseitig, weil es ausschließt, dass etwa nationalistische Entwicklungen eine Eigendynamik bekommen können, die durchaus gegen die ökonomischen Interessen der agierenden Klassen gerichtet sein kann. Wieweit sich im Proletariat Nationalismus durchsetzt, hängt auch stark vom Kampf der politischen Kräfte innerhalb der Arbeiter/innen/bewegung und vom Ergebnis von Klassenkämpfen ab.

Ein Schwachpunkt bei Strasser ist auch, dass er zwar für das Recht auf nationale Selbstbestimmung eintritt, aber in seiner Broschüre nicht explizit das Recht auf Lostrennung und die Zerschlagung des Habsburgerstaates fordert. Dabei ist aber sicherlich zu bedenken, dass es sich bei *Der Arbeiter und die Nation* um eine legal publizierte Broschüre handelte. Wenn Strasser die Nationalität vom bürgerlichen Staat als "Privatsache" behandelt sehen will, so schiebt er die nationale Frage damit weg von der ökonomisch-politischen Ebene hin auf eine kulturell-ideologische und weist damit erst recht wieder einen Berührungspunkt mit Bauer & Co. auf.

Der massivste Mangel in Strassers Arbeit ist aber, dass er zwar ein gewisses Verständnis für nationalistische Reflexe der benachteiligten Tschech/inn/en zeigt, dass er aber im wesentlichen den deutschen und tschechischen Nationalismus als gleiche Übel behandelt. Auch wenn Strasser sein Feuer fast ausschließlich gegen den "eigenen", den deutschen, Nationalismus richtet, so fehlt doch eine klare Unterscheidung zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen und eine entsprechend unterschiedliche Bewertung ihrer Nationalismen.

Insgesamt freilich heben sich die Positionen Strassers mit seiner klassenkämpferischen und antikapitalistischen Perspektive von den klassenunspezifischen und halbnationalistischen Rülpsern der Austromarxisten äußerst wohltuend ab. Seine Ausrichtung war auch die Grundlage dafür, dass Nordböhmen während des Ersten Weltkrieges zu einer Hochburg der Kriegsgegner/innen wurde und dass die Reichenberger Linke nach dem

---

[78] Strasser, *Der Arbeiter und...*, a.a.O., S. 22 [S.188] ("fruktifiziert" bedeutet soviel wie "für sich fruchtbar machen"); siehe auch S. 46 [S.210], wo vom "unaufhaltsamen Aufstieg des Proletariats" die Rede ist.

[79] ebd., S. 60 [S.221]

Krieg zu einer der Gründungsbasen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ) werden sollte.[80]

Strasser selbst übersiedelte 1913 zurück nach Wien, wurde dort zu einem der entschiedensten Gegner der Burgfriedenspolitik, sympathisierte mit der Zimmerwalder Linken, schloss sich 1919 der neugegründeten KPÖ an. Als Kritiker der Bürokratisierung wurde er bereits ab 1922 an den Rand gedrängt bis er schließlich 1929 die Partei verließ. In den darauffolgenden Jahren arbeitete er an der Presse der trotzkistischen Bewegung mit, schloss sich aber – anders als seine Frau Isa – keiner ihrer Organisationen an.

Josef Strasser

[80] siehe die erwähnte Marxismus-Sondernummer 10: *Nationale Frage und Arbeiter/innen/bewegung in der Tschechoslowakei – der "Tschechoslowakismus", die nationalen Minderheiten und die Politik der KPČ,* a.a.O.

Zur Neuherausgabe

von *Manfred Scharinger*

Wir legen hiermit ausgewählte Werke von Josef Strasser der linken Öffentlichkeit vor. Seit einer Publikation des damaligen Junius-Verlages aus dem Jahr 1982 ist damit wieder das Hauptwerk von Josef Strasser, *Der Arbeiter und die Nation*, zugänglich. Im Vergleich zur damaligen ist unsere nunmehrige Ausgabe der Werke Josef Strassers jedoch wesentlich umfangreicher: Wir konnten nicht nur die ausführliche Arbeit *Kapitalismus und Kriegsrecht* aus der theoretischen Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, der von Karl Kautsky redigierten *Neuen Zeit*, aufnehmen, sondern unter anderem auch eine ganze Reihe von Publikationen, die in der Zeit des Ersten Weltkriegs erschienen und Josef Strassers mit viel Hintersinn geführten Kampf mit der Zensur dokumentieren, sowie Artikel aus der *Roten Fahne*, der Tageszeitung der jungen *Kommunistischen Partei*, der sich Josef Strasser angeschlossen hatte. In dieser Hinsicht ist diese Buchausgabe also auch repräsentativer und dokumentiert den Weg Josef Strassers von der Sozialdemokratie über die Kommunistische Partei, deren Opposition bis zu einem kurzfristigen Engagement im Umfeld der Linken Opposition.

Allerdings soll das nicht unkommentiert geschehen. Auf den folgenden Seiten wollen wir die einzelnen Artikel, soweit dies geboten erscheint, kritisch kommentieren – vor allem bei den unbekannteren Arbeiten unter den mehr als 20 hier aufgenommenen Texten dürfte dies notwendig sein.

Psychologie, Unterricht und Sexualpolitik

Die erste Gruppe von Texten, auf die hier näher eingegangen werden soll, stammen aus den Jahren 1908 und 1911. Es handelt sich um solche, die in den theoretischen Organen der deutschen Sozialdemokratie, der *Neuen Zeit*, und der österreichischen Partei, dem *Kampf*, erschienen.

Die ersten beiden Texte erschienen 1908 im *Kampf*, und zwar im ersten Jahrgang der neuen theoretischen Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie, die auch später noch mehrfach Artikel von Strasser publizierte.

Beide Arbeiten des Jahres 1908 waren nicht in den Kernbereichen der sozialdemokratischen Diskussion der damaligen Zeit angesiedelt, sondern in Randsegmenten. Im ersten, ***Die Schwäche als Entwicklungsfaktor***,[81] beschäftigte sich Strasser mit den Thesen des Individualpsychologen Alfred Adler.

Als praktizierender Arzt, der körperliche Leiden behandelte, und als Teilnehmer an Sigmund Freuds psychoanalytischen Diskussionsrunden hatte sich Adler die Frage gestellt, wie bei den Lebensäußerungen der Menschen körperliche und seelische Vorgänge zusammenspielen. Seine These, die bis heute die Grundlage der *Psychosomatik*

[81] Strasser, Josef: Die Schwäche als Entwicklungsfaktor. – in: Der Kampf, Jg. 1, S.135ff.; S.78ff. in unserer Ausgabe

bildet, war, dass diese körperlichen und seelischen Vorgänge immer gemeinsam wirksam seien und eine unteilbare Einheit, eben das *Individuum*, bilden würden. Die Grundzüge seiner Lehre sollte Adler in seinem theoretischen Hauptwerk *Über den nervösen Charakter* 1912 formulieren.

Bei der Beobachtung von *Organminderwertigkeiten* konnte Alfred Adler die Tendenz von Körper und Psyche feststellen, diese Defizite auf irgendeine Art zu kompensieren. Und ähnlich wie bei der Kompensation einer Organminderwertigkeit sei auch die menschliche Psyche bestrebt, einen Zustand der Unterlegenheit durch *Geltungsstreben* zu überwinden. Wie gut der Mensch in der Lage sei, solche Herausforderungen des Lebens zu bestehen, hänge in erster Linie davon ab, wie er die erste Unterlegenheitssituation, seine Hilflosigkeit als Säugling, bewältigen konnte.[82]

In seiner *Studie über Minderwertigkeit von Organen* publizierte Adler 1907 die neuen Ideen, aus denen sich später die Schule der *Individualpsychologie* entwickeln sollte. *Individualpsychologie* deswegen, weil er in seiner Arztpraxis feststellte, dass alle Patient/inn/en als *Unwiederholbar-Einmaliges*, als Individuen und als Ganzheit *körperlich* zu behandeln und *psychisch* zu verstehen seien. Ein zentraler Punkt war in der 1907 publizierten Studie der Zusammenhang zwischen der *Organminderwertigkeit* und der körperlichen und psychischen *Kompensation*, ja *Überkompensation* dieses physischen Defizits. Für Strassers ausführliche Rezension war besonders Adlers Gedanke wichtig, dass die – geringgradige – *Minderwertigkeit eines Organs nicht selten die Ursache einer höheren Leistungsfähigkeit dieses Organs* werde.[83]

Strasser scheint von dieser neuen Theorie Alfred Adlers fasziniert gewesen zu sein. Er versuchte, diese mit der Methode der Dialektik zu erklären und Adlers Ansatz in eine dialektische Betrachtung zu integrieren. "*Das Unentwickeltere*", so Strasser, sei "*auch das Entwicklungsfähigere, da alle Entwicklung zugleich Verminderung der Entwicklungsmöglichkeiten ist*".[84] Für das Einzelindividuum sei die Organminderwertigkeit zwar ein großer Nachteil, für die Art jedoch gelte das nicht – sie werde durch jene "*minderwertigen Individuen*", denen "*die Ausgleichung gelingt, hinauf gezüchtet*". Strasser gerät da sichtlich auf dünnes Eis. Nicht nur sprachlich kommen da andere Einflüsse als die des Materialismus und der dialektischen Betrachtung der Natur zum Tragen, Strasser gerät in eine bedenkliche Nähe zu biologistischen Strömungen, auch wenn er die Wichtigkeit von *Erziehung* und *Selbsterziehung* betont.

So zitiert Strasser – offensichtlich zustimmend – Adler, der davon ausging, dass sich die Anpassung an geänderte Lebensverhältnisse "*in erster Linie nicht im Kampfe ums Dasein durch das Überleben des zufällig Stärkeren, sondern auf Grundlage der Veränderungsmöglichkeit und gesteigerten Wachstumstendenz minderwertiger Organe*" vollziehe.[85]

Strasser will nun beweisen, dass sich Adler "*in seiner Schrift nur auf naturwissenschaftlichem Boden*" bewege. Aber "*die Entdeckung, die er gemacht hat, ist keine bloß*

---

[82] Alfred_Adler – http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Adler
[83] Strasser, Die Schwäche als Entwicklungsfaktor, a.a.O., S.79 in unserer Ausgabe
[84] ebenda, S.81 in unserer Ausgabe
[85] Adler, Alfred: Studie über die Minderwertigkeit von Organen. – http://de.wikisource.org/wiki/Studie_%C3%BCber_Minderwertigkeit_von_Organen

naturwissenschaftliche; der Gedanke, dass die Natur, um verlorengegangene Entwicklungsmöglichkeiten wieder zu gewinnen, von Entwicklungsformen, die sich nicht bewährt haben, auf frühere, also unentwickeltere Formen zurückgeht und von da aus neue Bahnen einschlägt, ist eine Bereicherung der Entwicklungslehre überhaupt."[86]

Problematisch wird Strassers Ansatz, wo er die Grundsätze der Naturbetrachtung auf das Verhältnis von Bourgeoisie und Proletariat, der *Klasse der Minderwertigen*, überträgt und damit eine Erklärung des Klassenkampfs gibt, die bedenklich nahe an biologistische Muster heranreicht. "*Unsere Organe gehen auf Lustgewinn aus. Der Bourgeois ist nun in der Lage, seine Lust zu büßen, der Proletarier nicht. Der Bourgeois hat es nicht nötig, nach Möglichkeiten zur Befriedigung seiner Bedürfnisse zu suchen, denn diese Möglichkeiten sind vorhanden.* (...) *Dem Proletarier versagen die äußeren Verhältnisse die Befriedigung seiner Bedürfnisse. Er muss sie sich in der Phantasie verschaffen, muss in der Zukunft leben, da ihm die Gegenwart nichts bietet, er hat Geist nötig. So entsteht die Weltanschauung des Proletariats, die ja nichts anderes ist als der abstrakte Ausdruck seiner unbefriedigten Bedürfnisse – so erlangen die Arbeiter* (...) *die seelische Überwertigkeit, deren sie zum erfolgreichen Kampfe gegen die Bourgeoisie bedürfen.*"[87]

Strasser bringt hier eine psychologisierende Erklärung, dass es eine *natürliche Tendenz* zum Sozialismus gebe. Die Entstehung der *Weltanschauung des Proletariats* naturwissenschaftlich erklären zu wollen, muss ein unproduktiver Versuch bleiben. *Naturwüchsig* entsteht nur der Klassenkampf, er ergibt sich aber nicht aus einer psychischen Disposition der Proletarier/innen, sondern ist das Ergebnis der Spaltung der Gesellschaft in feindliche Klassen und reproduziert sich daher auch immer wieder von neuem.

Strasser sieht in den neuzeitlichen Patrizier/inne/n nicht den *Magen*, in den Proletarier/inne/n zwar nicht die Glieder des Körpers der Gesellschaft wie bei Konsul Menenius Agrippa.[88] Sein Ziel ist auch ausdrücklich nicht auf den *Ausgleich* der Interessen zwischen *Gliedern* und *Magen*, zwischen modernem Proletariat und moderner Bourgeoisie gerichtet. Er sieht im Proletariat die *minderwertigen Organe*, die zur *Höherentwicklung* berufen seien, in der Bourgeoisie die *Vollwertigen*. Das sei auch genau die Verbindung von Sozialismus und Adlers neuer Theorie: "*Denn unbewusst und halbbewusst hat der Sozialismus die Richtigkeit dessen, was Adler nun in klaren Worten sagte, immer vorausgesetzt. Es wäre wenigstens schlechterdings nicht einzusehen, wie das Proletariat, diese Klasse von Minderwertigen, sonst hoffen könnte, sich aus seiner körperlichen, geistigen und moralischen Erniedrigung zu erheben und* (...) *die Macht zu erobern. War es nicht eine der genialsten Leistungen von Marx, dass er – im Gegensatz zu den Utopisten, die die Verwirklichung der sozialistischen Ideale von dem Vollwertigen, ja Überwertigen erwarteten und sich vom Volke nichts versprachen – die Behauptung aufstellte: in den halbverhungerten, verblödeten, vertierten Proleta-*

[86] Strasser, Die Schwäche als Entwicklungsfaktor, a.a.O., S.82 in unserer Ausgabe
[87] ebenda, S.83 in unserer Ausgabe
[88] siehe dazu S.83 in unserer Ausgabe

riern (also den Minderwertigen!) schlummern die Keime von aller Kraft und Schönheit der Zukunft?"[89]

Strassers Beweisführung steht wohl auf zu dünnen Beinen, als dass mit gutem Gewissen auch seine abschließende These unterstützt werden könnte:

"*So hat Marx den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft erhoben, indem er uns die wirklichen Triebkräfte der sozialen Entwicklung zum Bewusstsein brachte. Vielleicht führt der Weg, den Adler eingeschlagen, zu demselben Ziel in der Biologie. In dieser Beziehung ist eine gewisse Übereinstimmung zwischen der Marxschen Theorie und der Organminderwertigkeitslehre unverkennbar. Und wie der wissenschaftliche Sozialismus, eröffnet nun auch die Organminderwertigkeitslehre großartige Ausblicke.*"[90]

Die Schwäche als Entwicklungsfaktor steht unter den von uns hier publizierten Texten auch alleine da. Strassers politische Stärke war zweifellos nicht die Naturwissenschaft, sondern die Verteidigung der proletarischen Klassenprinzipien gegen opportunistische Verflachung und die Illusion, durch Klassenharmonie und soziale Partnerschaft den historischen und aktuellen Zielen der Arbeiter/innen/schaft zu dienen.

Im zweiten Text argumentiert Strasser in dieser Hinsicht schon sicherer und überzeugender: ***Was kann die "Freie Schule" noch leisten?***[91] war ebenfalls 1908 im *Kampf* publiziert worden und hatte die Auseinandersetzung um den *Verein 'Freie Schule'* zum Inhalt. Hier blitzt auch viel schärfer Strassers polemisches Talent auf als im ersten hier abgedruckten Artikel.

1905 war die *Freie Schule* gegründet worden, und zwar als nicht parteipolitisch gebundene Initiative mit dem Ziel, das rückständige österreichische Bildungssystem grundlegend zu reformieren und den übergroßen Einfluss der katholischen Kirche im Schulwesen zurückzudrängen.

In der *Neuen Freien Presse*, der bürgerlich-liberalen Tageszeitung Wiens und Vorläuferin der heutigen *Presse*, wurde die Initiative damit begründet, dass es notwendig sei, sich "*gegen den die nationale und kulturelle Entwicklung hemmenden Klerikalismus im ganzen Reiche*" zu stellen. Dem *Deutschen Schulverein*, der an den Sprachgrenzen die Germanisierung vorantreiben wollte, und dem *Katholischen Schulverein* sollte also ein antiklerikales Pendant zur Seite gestellt werden.[92]

Im Gründungsaufruf hieß es weiters: "*Wir wenden uns an alle, die bereit sind, mit uns den Kampf für eine freie Schule zu führen, an alle Nichtklerikale ohne Unterschied der Parteirichtung* (...). *Auf dem Gebiete der Schule können sich Männer und Frauen der verschiedensten Anschauungen zu einträchtiger Wirksamkeit zusammenfinden.*" Proklamiert wurde eine "*aus den Lebensbedingungen der modernen Gesellschaft entspringende Notwendigkeit einer tüchtigen Schule als Voraussetzung der Entwicklung*

[89] Strasser, Die Schwäche als Entwicklungsfaktor, a.a.O., S.83 in unserer Ausgabe
[90] ebenda, S.85 in unserer Ausgabe
[91] Strasser, Josef: Was kann die "Freie Schule" noch leisten? – in: Der Kampf, Jg. 1, Nr. 11, 1. August 1908, S.493ff.; S.87ff. in unserer Ausgabe
[92] Verein "Freie Schule". Aufruf. – in: Neue Freie Presse. 5. März 1905, S.7

eines freien, starken, selbstbewussten, zum Kampf in dem Wettbewerb der Kulturnationen tauglichen Volkes".[93]

Die Liste der Persönlichkeiten, die den *Aufruf* unterstützten, war lang und deckte ein breites politisches Spektrum ab. Es reichte von Deutschnationalen, die sich den Antiklerikalismus aus der *Los von Rom*-Bewegung[94] erhalten hatten, über bürgerliche Liberale bis zu Sozialdemokrat/inn/en.[95]

Zentrale Persönlichkeiten des Vereins waren Paul von Hock, Hofrat beim Verwaltungsgerichtshof in Wien und prominentes Mitglied der Deutschnationalen Partei, der bekannte deutschnationale Jurist und Reichsratsabgeordnete Dr. Julius Ofner, Emil von Fürth, der für die bürgerlich-liberale *Sozialpolitische Partei* im Wiener Gemeinderat saß, aber auch Sozialdemokraten wie der aus der deutschnationalen Bewegung zur Sozialdemokratie gestoßene Engelbert Pernerstorfer, Ludo Moritz Hartmann, der Bildungspolitiker Otto Glöckel, der Lehrer und spätere Direktor der Schule der *Freien Schule* in Wien, Josef Enslein, die Vorkämpferin der proletarischen Frauenbewegung Adelheid Popp, oder Karl Seitz, im Weltkrieg Präsident der *Kriegswirtschaftlichen Kommission* und späterer Wiener Bürgermeister.[96]

Eine Person, die auch dem Zentralausschuss angehörte, soll hier noch genannt werden, Franz Bayer. Er hatte in Prag Medizin studiert, war einer der *Gründungsburschen* der *Landsmannschaft Hercynia Prag* und wurde ein bekannter Augenarzt in Böhmen. Seit 1885 war er Stadtvertreter der *Deutschnationalen Volkspartei* in Reichenberg/Liberec und von 1893 bis 1929 Bürgermeister dieser Stadt. Dies war insofern pikant, als Strasser ja in Reichenberg/Liberec als Chefredakteur des sozialdemokratischen Parteiblattes *Freigeist* tätig war und er in dieser Funktion den Bürgermeister sicher nicht nur als potenziellen antiklerikalen *Verbündeten* kennenlernen durfte.

Dasselbe galt von einem zweiten Reichenberger, Heinrich Prade. Er war 1889 bis 1901 Vizebürgermeister von Reichenberg/Liberec und ein Vierteljahrhundert sowohl böhmischer Landtags- als auch Reichsratsabgeordneter, Präsident der Industrie- und Handelsbank und Mitglied der deutschnationalen und antisemitischen *Deutschen Volkspartei*. Für Erbitterung und Verwunderung sorgte Prade, als er 1907 als Minister der Regierung Beck *gegen* die Einführung des allgemeinen (Männer-) Wahlrechts Stellung nahm.

Dass diese durch den Antiklerikalismus zusammengehaltene Koalition von deutschnationalen Rechten bis zu linken Intellektuellen wie Alfred Polgar und zur Sozialdemokratie Sprengstoff bergen musste, war klar. Die Entwicklung des Vereins verschärfte

---

[93] ebenda, S.7

[94] Die *Los von Rom*-Bewegung war eine antiklerikale Strömung in der k.&k. Monarchie um 1900, die die Förderung des Konfessionswechsels von der römisch-katholischen zur evangelischen oder zur altkatholischen Konfession zum Ziel hatte. Getragen wurde sie von deutschnationalen Kräften. Die Parole "*Los von Rom*" wurde vom Medizinstudenten Theodor Georg Rakus, einem engen Weggefährten des aggressiven Deutschnationalen und Antisemiten Georg Ritter von Schönerer, geprägt.

[95] Boyer, John W.: Culture and political crisis in Vienna: Christian socialism in power, 1897-1918. – Chicago 1995, S.174

[96] In der *Neuen Freien Presse* ist der am 19. März 1905 gewählte, mehrere Dutzend Mitglieder umfassende *Zentralausschuss* des Verein abgedruckt: Die "Freie Schule". – in: Neue Freie Presse. 20. März 1905, S.7f.

diesen inneren Konflikt weiter. Der Enthusiasmus des Gründungsaufrufs verflog recht rasch, sodass eine kleine Gruppe von *freisinnigen* bürgerlichen Liberalen wie von Hock oder Ofner übrig blieb. Es zeigte sich jedoch schon bald, dass sich die bürgerlich dominierte Führungsgruppe stark auf den sozialdemokratischen Anhang stützen musste – der größte Teil der Teilnehmer/innen ihrer Veranstaltungen kam von der Sozialdemokratie, die Mobilisierungskraft des bürgerlichen Liberalismus konnte da nicht mithalten.[97]

Unter den wütenden Anschuldigungen von katholischer Seite, die *Freie Schule* sei von den *Freimaurern* finanziert[98] und überhaupt eine jüdisch-sozialistische Verschwörung, konnte der Verein ein stetes Anwachsen der Mitgliedschaft sowie einige Erfolge unter der Lehrer/innen/schaft und in der Gründung einer eigenen Musterschule verzeichnen. Zum Beispiel wurde im Februar 1906 eine Massenversammlung von 400 Lehrer/inne/n in Wien abgehalten, auf der in Reden von Dr. Ofner und einigen sozialistischen Lehrer/inne/n die christlich-soziale Manipulation der Schule angeprangert wurde. 1908 hatte die *Freie Schule* jedenfalls 20.000 zahlende Mitglieder, 1910 26.000.[99]

Das Jahr 1908, in das Strassers Beitrag im *Kampf* fiel, war aus zwei Gründen nicht unwichtig für die *Freie Schule*: erstens war es das Jahr, in das die *Wahrmund-Affäre* fiel, in die der Verein stark involviert war, und zweitens war es das Jahr der Gründung der sozialdemokratischen *Kinderfreunde*-Organisation.

Die *Wahrmund-Affäre* wurde ausgelöst durch einen Vortrag des liberalen Innsbrucker Juristen Ludwig Wahrmund. Er hatte im Innsbrucker Stadtsaal am 18. Jänner 1908 eine Rede mit dem Titel *Katholische Weltanschauung und freie Wissenschaft* gehalten und wenig später auch als Broschüre publiziert. Gefordert wurden eine von der Religion unbeeinflusste wissenschaftliche Tätigkeit. Katholische Kräfte schossen mit antisemitischer Propaganda gegen den *Judenstämmling* Wahrmund. Beeinflusst vom *Kulturkampf* im Deutschen Reich und der von deutschnationalen Kräften getragenen *Los von Rom-Bewegung* folgten gewalttätige Zusammenstöße in Österreich, vor allem an den Universitäten und im Land Tirol, nachdem sich die Universität Innsbruck mehrheitlich hinter Wahrmund gestellt hatte. Im Parlament solidarisierten sich mit ihm deutschnational-liberale und sozialdemokratische Abgeordnete. Es folgte ein Generalstreik zahlreicher akademischer Einrichtungen. Die Unruhen konnten erst durch die Versetzung Wahrmunds an die Karlsuniversität Prag Mitte 1908 beigelegt werden.[100]

Der Verein *Freie Schule* war doppelt involviert: zum einen natürlich durch das Thema, andererseits aber auch, weil Wahrmund 1906 zum Obmann der Innsbrucker Ortsgruppe der *Freien Schule* gewählt worden war. Auch der öffentlich zugängliche Vortrag im Innsbrucker Stadtsaal war eine Veranstaltung der *Freien Schule* gewesen. In der *Wahrmund-Affäre* war noch einmal das unselige Bündnis von korporierten Studenten

---

[97] Boyer, a.a.O., S.174
[98] ebenda, S.174
[99] ebenda, S.174
[100] Bundschuh, Werner: "Wie der Teufel das Weihwasser ...". Die "Wahrmund-Affäre" und der Kampf der "Kasiner" gegen den liberalen Verein "Die Freie Schule". – http://www.malingesellschaft.at/texte/geschichte-19.-20.-jh/werner-bundschuh-1998-wahrmund-affaere; zur Wahrmund-Affäre siehe auch: Boyer, a.a.O., S.186ff.

und aggressiv-deutschnationalen Kräften einerseits und der Sozialdemokratie auf der anderen Seite wiederbelebt worden.

Das zweite Ereignis des Jahres 1908, das oben bereits angesprochen wurde und in genau die entgegengesetzte Richtung wies, war die Gründung des Vereins *Kinderfreunde*. Im Jahr 1908 rief Anton Afritsch in Graz den *Arbeiterverein Kinderfreunde* als Selbsthilfe- und Fürsorgeverein für notleidende Kinder ins Leben. An der Gründungsversammlung am 26. Februar nahmen insgesamt 72 Gleichgesinnte teil. Zwei Jahre später entstand in Wien die erste Ortsgruppe des Vereins. 1914, bei Ausbruch des Krieges, umfasste der Verein dann bereits 4.350 Mitglieder in 18 Ortsgruppen. Was aber die *Kinderfreunde* von der *Freien Schule* grundsätzlich unterschied, war die klassenmäßige Ausrichtung des ersten Vereins. Während die *Freie Schule* alle Gleichgesinnten auf der Basis eines *Kulturkampfes* gegen den übermächtigen Einfluss der katholischen Kirche zusammenfassen wollte, also ein klassenübergreifendes Konzept des politisch ungebundenen Antiklerikalismus und der Trennung von Kirche und Staat bzw. Schule verfocht, waren die *Kinderfreunde* von Anbeginn an in das proletarische Organisationsgefüge eingebunden. Die *Kinderfreunde* spielen bei Strassers Argumentation noch keine Rolle und hatten 1908 auch erst im Kronland Steiermark eine organisatorische Präsenz, aber der Unterschied in der Ausrichtung zwischen diesen beiden Vereinen gab doch den Hintergrund ab für die in der Sozialdemokratie laufende Debatte über die *Freie Schule*.

Strassers Beitrag stellte sich die Frage, ob der *bürgerliche Freisinn* überhaupt *bündnisfähig* sei, ob sich also "*Sozialdemokraten mit Bürgerlichen* <u>*überhaupt*</u> *zu einer Organisation vereinigen dürfen*". Strasser habe diese Frage diskutieren wollen, aber es habe keine Diskussion, keinen Streit gegeben, die Frage sei "*einfach stillschweigend durch den Eintritt in die 'Freie Schule'*" beantwortet worden. "*Und doch ist die Frage nach der Zulässigkeit einer gemeinsamen Organisation die Hauptfrage.*"[101]

Für Strasser war die Antwort klar: Es dürfe keine gemeinsame Organisation von Bürgerlichen und Sozialdemokrat/inn/en geben, überhaupt sei "*jede gemeinsame Organisation verwerflich*".[102] Statt dessen empfahl Strasser in seiner an den späteren Wiener Bürgermeister Karl Seitz gerichteten Antwort gemeinsame Aktionen:

"*Wenn sich das Bürgertum oder ein Teil des Bürgertums wirklich einmal zu einer antiklerikalen Aktion aufraffen sollte, so muss unsere Partei diese Aktion selbstverständlich mit aller Kraft unterstützen. Aber dazu bedarf es keiner gemeinsamen Organisation.*"[103]

Wir denken, dass Strassers Ansatz der strikten Klassentrennung gegenüber der Praxis der Klassenzusammenarbeit, wie sie vom Parteivorstand verfochten und in der Frage der *Freien Schule* umgesetzt wurde, Recht zu geben ist. Die Parteiführung handelte da auch – selbst nach den eigenen Maßstäben – inkonsequent und opportunistisch. Wir wollen das am Beispiel der proletarischen Frauenbewegung demonstrieren.

---

[101] Strasser, Was kann die "Freie Schule" noch leisten?, a.a.O., S.89 in unserer Ausgabe; Hervorhebung im Original.
[102] ebenda, S.90 in unserer Ausgabe
[103] ebenda, S.93 in unserer Ausgabe

Adelheid Popp hatte auf dem *Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress* in London 1896 eine Resolution eingebracht. Hier wurden die Grundprinzipien der Ziele der proletarischen Frauenbewegung niedergelegt und die Organisationsprinzipien fixiert. In der für die Arbeiterinnenbewegung wichtigen Resolution hieß es eindeutig:

"*Der Platz der proletarischen Frauen, welche ihre Befreiung erringen wollen, ist in Reih und Glied des kämpfenden Proletariats und nicht in den Reihen bürgerlicher Frauenrechtlerinnen.*"[104]

Schon am *Sozialistischen Arbeiterkongress* von Zürich hatte 1893 Louise Kautsky klargestellt: Die Proletarierinnen müssten zwischen sich und der bürgerlichen Frauenbewegung "*das Tischtuch* (...) *zerschneiden*".[105]

Auf die von Zetkin begründete Resolution des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie von 1896 mit ihrer klaren Abgrenzung vom bürgerlichen Feminismus und der *reinlichen Scheidung* von bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung berief sich auch in der Folgezeit die proletarische Frauenbewegung immer wieder:

"*Aber trotz aller Berührungspunkte in rechtlichen und politischen Reformforderungen hat die Proletarierin in den entscheidenden ökonomischen Interessen nichts Gemeinsames mit den Frauen der anderen Klassen. Die Emanzipation der proletarischen Frau kann deshalb nicht das Werk sein der Frauen aller Klassen, sondern ist allein das Werk des gesamten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts.*"[106]

Zumindest in der Theorie war damit die Linie klar: Es könne zwar eine begrenzte Zusammenarbeit zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung geben, aber eine organisatorische Verschmelzung müsse vermieden werden. So arbeitete auch die sozialdemokratische Frauenbewegung zum Beispiel mit dem bürgerlichen *Allgemeinen österreichischen Frauenverein* zeitweise und *punktuell* zusammen, eine organisatorische Vereinheitlichung, etwa im *Bund Österreichischer Frauenvereine*, fand jedoch nicht statt.

Das war genau die entgegengesetzte Linie als die, die in der *Freien Schule* verfochten wurde. Aber mit Adelheid Popp, einer Wortführerin der österreichischen sozialdemokratischen Frauenbewegung, und Auguste Fickert als Präsidentin des bürgerlichen *Allgemeinen österreichischen Frauenvereins* waren nun zwei Exponentinnen der beiden *reinlich zu scheidenden* unterschiedlichen Richtungen der Frauenbewegung im Zentralausschuss des Vereins *Freie Schule* vertreten![107]

Das alles war nur mit Verrenkungen seitens der Parteiführung zu erklären – etwa durch Otto Bauer, der in der Diskussion vorschlug, die Sozialdemokrat/inn/en sollten in der *Freien Schule* zwar verbleiben, aber eigenständig auftreten. In dieser Debatte verkörperte Strasser den gesunden Impuls der proletarischen Klassenunabhängigkeit.

---

[104] zitiert in: Scharinger, Manfred: Proletarische Frauenbewegung. Kritische Bilanz und politische Lehren. – Marxismus 31, S.125
[105] ebenda, S.147
[106] ebenda, S.165f.
[107] Die "Freie Schule". – in: Neue Freie Presse. 20. März 1905, S.7

"*Wenn wir den Arbeitern klarmachen, dass sie sich auch im Kampfe gegen den Klerikalismus nur auf die eigene Kraft verlassen dürfen, dass sie auf die Bundesgenossenschaft des bürgerlichen Freisinns nicht zu rechnen haben, so wird die sich daraus von selbst ergebende schroffe Scheidung vom bürgerlichen Antiklerikalismus uns viel mehr Mitkämpfer aus dem neuen Mittelstand zuführen als das Verbleiben in der 'Freien Schule'. Denn wenn wir aus diesem Verein scheiden, reißen wir den bürgerlichen Parteien die Maske vom Gesicht, die heute noch so viele täuscht. Und darum haben die sozialdemokratischen Arbeiter meines Erachtens in der 'Freien Schule' nur noch eines zu tun: eben auszutreten.*"[108]

Das waren klare Worte, die in eine andere Richtung wiesen als die immer weiter gehende Anpassung der sozialdemokratischen Parteiführung an den bürgerlichen Staat. Die Entwicklung der *Freien Schule* nahm letztlich eine andere Richtung, und zwar durch den schleichenden Auszug der bürgerlich-liberalen Elemente aus der gemeinsamen Vereinigung. Aber so wie wir hier keine umfassende Geschichte der *Freien Schule* geben konnten, sei auch die weitere Geschichte nur gestreift: Von Anfang an war ein großer Teil der Mitglieder der *Freien Schule* Sozialdemokrat/inn/en gewesen. Im Laufe der Jahre wurde das bürgerlich-liberale Engagement immer geringer, sodass im Ersten Weltkrieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit faktisch die Sozialdemokrat/inn/en übrig blieben.

Und so wurde der Verein *Freie Schule* nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in den offiziellen Schulverein der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* übergeführt – *ohne* dass ein scharfer Kampf um die proletarische Klassenunabhängigkeit hätte geführt werden müssen. Die Verbindung von *Freier Schule* und bürgerlicher Gesellschaft blieb aber auf der allgemeinen Ebene der reformistischen Koalitionspolitik aufrecht: Vereinsobmann Otto Glöckel, der die Schulreformen im *Roten Wien* vorantrieb, fungierte von 1918 bis 1920 in der ersten Nachkriegsregierung als Unterstaatssekretär für Unterricht. 1923 fusionierte der Verein *Freie Schule* mit den *Kinderfreunden* zum *Sozialdemokratischen Erziehungs- und Schulverein "Freie Schule-Kinderfreunde"*. 1925 erfolgte die Gründung der *Roten Falken* durch Anton Tesarek.[109] Beide Organisationen sollten nun helfen, die Politik der Klassenkollaboration dadurch abzusichern, dass die sozialdemokratische Politik auf die Ebene der kommenden Generation übertragen wurde.

Der dritte Text ist eine kurze Rezension. Das zweibändige Werk ***Die kriminelle Fruchtabtreibung***[110] war 1911 erschienen, ihr Autor war der Jurist Eduard Ritter von Liszt (1867-1961), der 1925 Universitätsprofessor in Graz werden sollte. Aus der Familie entstammten mehrere prominente Juristen, sein Bruder Franz Ritter von Liszt

---

[108] Strasser, Was kann die "Freie Schule" noch leisten?, a.a.O., S.95 in unserer Ausgabe; Hervorhebung im Original.

[109] 100 Jahre Kinderfreunde. 1908-2008. Jahrhundertidee im Interesse der Kinder [Flugschrift der Kinderfreunde]; und: "Orientierung für das 21. Jahrhundert" – Kinderfreunde. – *www.kinderfreunde.at/content/download/232/1626/.../Orientierungen.pdf*

[110] Strasser, J.: Die kriminelle Fruchtabtreibung. Von Dr. Eduard Ritter von Liszt. Wien-Zürich. 274 Seiten. [Rezension] – in: Die neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. 29. Jahrgang, 1910-1911, 2. Band (1911), Heft 50, S.869f.; S.119f. in unserer Ausgabe

war von 1898 bis 1917 Professor für Strafrecht und Völkerrecht an der Berliner Universität und Abgeordneter der bürgerlich-liberalen *Fortschrittlichen Volkspartei* in Preußen und im deutschen Reichstag. Auch sein Vater, Eduard von Liszt, war Jurist und hatte es bis an die Spitze der neugeschaffenen österreichischen Generalstaatsanwaltschaft gebracht.[111]

In seinem voluminösen Werk über den Schwangerschaftsabbruch ging Eduard von Liszt von mehrere Grundprinzipien aus: dass die Abtreibung straflos zu bleiben habe, wenn sie innerhalb einer bestimmten Frist zu Beginn der Schwangerschaft erfolgt, wenn bei ehelichen Schwangerschaften die Eltern, bei außerehelicher die Schwangere selbst mit dem Abbruch einverstanden ist, und wenn sie von sachverständiger und der Behörde verantwortlicher Seite vorgenommen wird. Seien diese Umstände nicht gegeben, so solle die Abtreibung auch weiterhin bestraft werden.

Strasser greift nun nicht Liszts Argumentation der Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs unter bestimmten Umständen auf – ganz im Gegenteil: Strasser wirft ihm vor, das Übel nicht bei der Wurzel zu fassen und nicht "*die Gesellschaft der Not, die Gesellschaft der zusammenbrechenden bürgerlichen Ehe und der sexuellen Lüge [zu] verdammen*".[112] Statt dessen solle der Schwangerschaftsabbruch "*neben der Prostitution das Sexualleben der bürgerlichen Gesellschaft würdig ergänzen*".[113]

Mit dieser moralisierenden Verdammung der Abtreibung, die Ausdruck einer konservativen Sexualmoral war, stand Strasser in der Arbeiter/innen/bewegung der damaligen Zeit nicht allein da, auch in der proletarischen Frauenbewegung war dieses Element, sich selbst zu Verteidiger/inne/n der Moral gegen das verlotterte Sexualleben der bürgerlichen Gesellschaft aufzuwerfen, stark spürbar. Das war alles andere als zufällig, wie wir an anderer Stelle bereits ausgeführt haben:

"*Der Druck, der auf der gesamten Arbeiter/innen/bewegung lastete, war in der proletarischen Frauenbewegung in einem besonderen Ausmaß spürbar. Als Zerstörer/innen der Familie gebrandmarkt, als diejenigen diffamiert, die das gesunde Volksempfinden untergraben würden, bedroht von Zensur und staatlicher Verfolgung, wäre es zwar korrekt, aber vielleicht zu viel verlangt gewesen, hätte die Frauenbewegung etwa die Forderung des Schwangerschaftsabbruchs mit dem Argument der Selbstbestimmung der Frauen über den eigenen Körper erhoben. Vor diesem Hintergrund müssen die Lücken in Agitation und Propaganda und die <u>blinden Flecken</u> als vielleicht sogar verständliches Ergebnis eines großen Außendrucks und einer noch unabgeschlossenen Theorieentwicklung interpretiert werden. Als partielle Anpassung an die Zeitumstände und an die herrschenden Moralvorstellungen ist auch der proletarische Mutterkult, und damit wären wir bei einem weiteren Kritikpunkt, zu verstehen. Viele Frauen, auch solche aus dem Proletariat, definierten sich viel stärker über ihre Mutterrolle als über den öffentlichen Bereich. Von höherer Schul- und Universitätsbildung faktisch ausgeschlossen, mussten vielen Frauen die Fesseln des Hauses und der Kleinfamilie als immer noch erstrebenswerter erscheinen als das Leben einer besonders ausgebeuteten Arbeiterin in den untersten Kategorien der Lohnhierarchie. Der Mutterkult erwies*

[111] Der Komponist Franz Liszt war Cousin von Eduard und Franz von Liszt.
[112] Strasser, Die kriminelle Fruchtabtreibung, a.a.O., S.869f.; S.119 in unserer Ausgabe
[113] ebenda; S.119f. in unserer Ausgabe

sich als Einfallstor für bürgerliche Ideologien in die Arbeiter/innen/bewegung, der Bereich der Mutterschaft war aber ebenso wie der gesamte Bereich des 'Privaten' einem besonderen Druck auf Anpassung und Integration in den vorherrschenden Normenkatalog ausgesetzt."[114]

Nationalismus und Internationalismus in der proletarischen Bewegung

In unsere Ausgabe haben wir fünf Texte aufgenommen, die in der recht kurzen Zeitspanne von 1909 bis 1912 publiziert wurden, vier davon in der theoretischen Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie, im *Kampf*, die vierte als selbständige Broschüre in Reichenberg/Liberec. Sie behandeln alle das Thema, für das Josef Strasser bis heute Bekanntschaft genießt, die nationale Frage.

Bei den vier Titeln handelt es sich um ***Zum Internationalismus*** (1909), ***Reichenberg*** (1909), ***Die Werbekraft des Internationalismus*** (1910), ***Nationalismus und Sozialismus*** (1911) und die 1912 erschienene Broschüre ***Der Arbeiter und die Nation***. Da wir in unsere Ausgabe einen eigenen Text zum Thema *Josef Strasser und die nationale Frage* wieder aufgenommen haben, kann eine besondere Behandlung in diesem Rahmen entfallen. Denn im Text von Eric Wegner sind die grundlegenden Informationen, die zum Verständnis der vier Texte notwendig sind, enthalten.

In der Ausgabe des *Junius-Verlages* von 1982 war zwar die Broschüre *Der Arbeiter und die Nation* wieder aufgelegt worden, er wurde auch im Text von Eric Wegner ausführlich behandelt. Insofern kann eine genauere Behandlung im diesem Vorwort entfallen. Anders verhält es sich mit den anderen vier Texten: Zwei davon sind unter dem Titel *Reichenberg - Nationalismus und Internationalismus in einer nordböhmischen Stadt* zusammengefasst worden, und zwar die beiden Arbeiten *Reichenberg* und *Die Werbekraft des Internationalismus* (letzterer allerdings ohne den ersten Teil). Da sie unter dem obigen Titel auch von Eric Wegner bearbeitet wurden, kann auch auf ihre Besprechung verzichtet werden.

Nicht in die *Junius*-Ausgabe aufgenommen wurden allerdings der historisch erste und der letzte Text: *Zum Internationalismus* von 1909 und *Nationalismus und Sozialismus* aus dem Jahr 1911. Dies ist auch im Nachhinein doch ein wenig bedauerlich, als es sich bei den beiden doch um nicht unwichtige Arbeiten handelt, die auf die innerparteiliche Diskussion zur nationalen Frage stark Bezug nahmen. Auf diese beiden Texte soll deshalb hier gesondert eingegangen werden.

Der Text *Zum Internationalismus* aus dem Jahr 1909 hatte die parlamentarischen Auswirkungen des Zerfalls der Sozialdemokratie Österreich-Ungarns entlang nationaler Linien zum Inhalt. Die Spaltung im Reichsrat war aber natürlich nur Ausdruck des Zerfalls der österreichischen Sozialdemokratie überhaupt.

Am Hainfelder Parteitag (1888/1889) war die SDAP als Partei des österreichischen Reichsteils gegründet worden. In der Praxis war die Eigenständigkeit der nationalen politischen Gruppierungen allerdings sehr groß. Sicher auch aus Rücksichtnahme auf die behördliche Überwachung und weil oppositionelle politische Aktivitäten strengen Bestimmungen unterlagen, war das Ergebnis von Hainfeld eher eine informelle Gesin-

[114] Scharinger, Proletarische Frauenbewegung..., a.a.O. S.525; Hervorhebung im Original.

nungsgemeinschaft als eine festgefügte Partei. Gleichzeitig war es jedoch ein wichtiger Schritt, um die unterschiedlichen Strömungen zusammenzubringen und zu vereinen.[115]

Andererseits aber war diese sehr verschiedene Handhabung von Aufgaben und Agitation auch die Basis dafür, dass sich die sozialdemokratischen Strömungen der verschiedenen Nationalitäten bald immer stärker auseinanderentwickelten. 1893 nahm der *Budweiser Parteitag* der tschechischen Sozialdemokratie ein Organisationsstatut an, das die Selbständigkeit der tschechischen Parteigruppierungen festlegte. Die 1891 gegründete galizische Sozialdemokratie spaltete sich 1896 bereits in einen polnischen und einen ruthenischen (westukrainischen) Zweig. Von Anbeginn hatte die galizische Partei auch schon – mit Bezug auf die Dreiteilung Polens zwischen Russland, dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn – einen autonomen Status innerhalb der österreichischen Gesamtpartei. Und der Gesamtparteitag der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (SDAP) hatte bereits 1895 in organisatorischen Fragen eine Abstimmung nach Nationalitäten beschlossen. Ungefähr zur selben Zeit begann auch in der Gewerkschaftsbewegung die nationale Differenzierung: Die tschechischen Genoss/inn/en forderten ein selbständiges Sekretariat, es kam zu ersten kleineren Spaltungen.[116]

1897 war die nationale Frage bereits so drängend geworden, dass ein neues Organisationsstatut verabschiedet werden musste: Der Gesamtparteitag sollte nun alle zwei Jahre stattfinden, dazwischen die nationalen Parteitage. Die politische Leitung der österreichischen Sozialdemokratie wurde ab nun aus den Exekutivkomitees der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und südslawischen Organisationen gebildet – an die Stelle einer zumindest auf dem Papier einheitlichen Partei trat eine Föderation nationaler Parteien mit einer dementsprechenden Leitung.[117] Der Separatismus war damit in der Sozialdemokratie institutionalisiert worden, der Spaltungsprozess war damit aber nicht gestoppt, sondern ging weiter. Im Zentrum der Auseinandersetzungen standen die deutsche und die tschechische Sozialdemokratie und zunehmend auch die Gewerkschaftsbewegung.

Seit 1896 war von tschechischer Seite ein eigenes Gewerkschaftssekretariat gefordert worden, was den *Separatisten* verwehrt wurde. 1906 jedoch war die Spaltung nicht mehr aufzuhalten, die Trennung in deutsche und tschechische Organisationen begann. Der Prozess fand 1911 seinen Abschluss, also erst nach der Publikation von Strassers Text *Zum Internationalismus*. In diesem Jahr erfolgte der Bruch zwischen deutscher und tschechischer Partei und die Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie in *Zentralisten*, die die Position der Gewerkschaftseinheit und der deutsch-österreichischen Partei vertraten, und in die *Separatisten*. Auf politischer Ebene blieben die *Zentralisten* eine kleine Minderheit, anders sah es bei den Gewerkschaften aus: 1913 waren in ganz Österreich etwa 70.000 tschechische Arbeiter/innen in zentralistischen Berufs-

[115] Sander, Günther: Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie. – Wien 2012, S.14

[116] Kulemann, Peter: Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur. – Hamburg 1979, S.121

[117] ebenda, S.121f.

verbänden organisiert, den *separatistischen* Verbänden gehörten etwas mehr als 100.000 tschechische Arbeiter/innen an.[118]

Die deutsch-österreichische Parteiführung wandte sich mit guten Gründen gegen die Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen. Die Parteiführung agierte aber aus zwei Gründen inkonsequent und falsch: Erstens hatte sie der Spaltung der Parteiorganisationen zugestimmt und damit bereits den Weg der Trennung beschritten. Und zweitens hatte die separatistische Politik auf tschechischer Seite die tiefere Ursache in der Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen durch die deutsch-österreichische Parteiführung, was immer wieder von Neuem den Verdacht nähren musste, dass sich hinter deren internationalistischen Phrasen letztlich nichts anderes versteckte als der Wunsch nach Aufrechterhaltung der deutsch-österreichischen Dominanz in Staat, Partei und Gewerkschaften.

Die Spaltung von Partei- und Gewerkschaftsbewegung war aber auch ein Symbol für das Scheitern des Austromarxismus in der nationalen Frage: War er nicht einmal in den eigenen Organisationen in der Lage, eine nationale Spaltung zu verhindern und die Solidarität zwischen deutschen und tschechischen Arbeiter/inne/n zu gewährleisten, wie sollte dann auf staatlicher Ebene das von der Parteiführung vorgelegte Programm der *national-kulturellen Autonomie* funktionieren und ein Auseinanderfallen des Gesamtstaates verhindern?

Zum ersten Mal waren sich schon 1905 bei den Gemeinderatswahlen in Brünn/Brno deutsche und tschechische Sozialdemokraten auf verschiedenen Listen konkurrierend einander gegenübergestanden – sie hatten sich nicht auf eine gemeinsame Kandidatenliste einigen können. Und auch im Parlament, und darauf nahm Strassers Artikel ja Bezug, kam es nun schon zu den ersten Abstimmungen, in denen tschechische und deutsch-österreichische Abgeordnete gegeneinander stimmten.[119]

Strassers Anliegen war es in diesem Artikel, wie dann später in der Broschüre *Der Arbeiter und die Nation*, den Internationalismus zu verteidigen. Aber er weigert sich auch hier, einen Unterschied zwischen dem Nationalismus unterdrückter Völker, in dem Falle eben den Tschech/inn/en, und dem der Angehörigen dominanter Nationen zu machen. Für Strasser war die "Schuld" an den nationalen Streitigkeiten innerhalb der Partei gleich verteilt: "*Nicht weil sie gute Deutsche und gute Tschechen sind, können deutsche und tschechische Arbeiter miteinander uneinig werden, sondern weil sie noch nicht so gute Sozialisten sind, wie sie sein wollen und werden müssen.*"[120]

Strasser sah nicht, dass auf tschechischer Seite die fortschreitende Übernahme nationalistischer Positionen in letzter Konsequenz ein Reflex auf die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen darstellte. Nur durch ein Zugestehen dieses grundlegenden Rechtes hätte der nationalistischen Demagogie der Wind aus den Segeln genommen werden können. Genau dieser Zusammenhang fehlt bei Strasser, er beschuldigt nun sogar die tschechische Arbeiter/innen/schaft, durch ihre nationalistischen Positionen (die doch in letzter Instanz ein Nationalismus der Verteidigung und

---

[118] ebenda, S.135f.

[119] vgl. dazu: Kulemann, a.a.O., S.135ff.

[120] Strasser, Josef: Zum Internationalismus. – in: Der Kampf, Jg. 2, S.294ff.; S.100ff. in unserer Ausgabe

der Abwehr war) dem Internationalismus auf deutscher Seite zu schaden. Und Strasser wollte einfach nicht wahrhaben, dass der "Internationalismus" auf deutscher Seite mit der Verweigerung nationaler Rechte einherging. Und so kommt er fataler Weise zur Position, dass nur die deutschen Arbeiter/innen den Internationalismus hochhalten würden:

"*In Österreich ist nur die deutsche Arbeiterschaft von der bürgerlich-nationalen Ideologie fast unberührt geblieben, die nichtdeutschen Arbeiter dagegen sind mehr oder weniger unter den Einfluss des bürgerlichen Nationalismus geraten.*"[121]

Auch Strasser ging davon aus, dass auch auf Seite der deutsch-österreichischen Parteiorganisationen immer offenere Konzessionen an nationalistische Ideologien gemacht wurden, aber dafür war der Nationalismus der nichtdeutschen Genossen verantwortlich – er habe "*nicht eben günstig gewirkt*". Die Folge sei, dass die deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Abgeordneten "*der deutschen Demagogie nicht so schroff Widerstand wie der tschechischen*" geleistet hätten.[122]

Strasser übt auch schon vorsichtige Kritik an der Parteiführung: "*Die Masse der deutschen Genossen hat sich nun bisher weder durch den Chauvinismus der Deutsch-Bürgerlichen noch durch die von den Einflüssen des bürgerlichen Nationalismus nicht völlig freie Politik der tschechischen Genossen in ihrem Internationalismus auch nur im geringsten beirren lassen. Aber weniger widerstandsfähig haben sich die vorne stehenden Genossen gezeigt, was sich ja aus ihrer unvergleichlich komplizierteren und schwierigeren Situation sehr einfach erklärt. Ist es aber auch erklärlich, so kann es uns doch keineswegs erwünscht sein...*"[123]

In den Schlusspassagen fordert Strasser allerdings wieder nur eine Änderung der Haltung seitens der tschechischen Genoss/inn/en: "*Stehen die tschechischen Arbeiter einmal zum Nationalismus, wie die deutschen seit jeher zu ihm gestanden sind, so werden wir in Böhmen die Chauvinisten beider Nationen mit Leichtigkeit an die Wand drücken.*"[124]

Dass das wirkliche Problem aber nicht allein oder zumindest vordringlich auf Seiten der tschechischen Genoss/inn/en liegen konnte, zeigt der zweite Text Strassers zur nationalen Frage, mit dem wir uns näher beschäftigen wollen.

Im zweiten Text, ***Nationalismus und Sozialismus*** aus dem Jahr 1911, stieß Strasser in das Herz der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie. Mit Engelbert Pernerstorfer war das Ziel des Angriffs die rechteste Strömung innerhalb der Partei. Es ist sicher von Vorteil, hier den politischen Werdegang Pernerstorfers nachzuzeichnen. Wie Victor Adler gehörte er in seiner Studienzeit und auch danach deutschnationalen, bürgerlich-demokratischen Kreisen an, war Obmann eines deutschnationalen Vereins bis 1883 und ab 1881 Herausgeber der *Deutschen Worte*. 1885 wurde er als Unabhängiger in den Reichsrat, das Parlament des österreichischen Reichsteils der k.&k. Monarchie, gewählt und setzte sich dort für soziale Belange ein. 1896 trat der er Sozialdemokrati-

[121] ebenda, S.104 in unserer Ausgabe
[122] ebenda, S.105 in unserer Ausgabe
[123] ebenda, S.106 in unserer Ausgabe
[124] ebenda, S.106 in unserer Ausgabe

schen Partei bei, schon im Jahr darauf rückte er in die Parteiführung auf, der er bis zu seinem Tod 1918 angehören sollte. Er nahm an verschiedenen Kongressen der Internationale teil, wurde 1907 Obmann der sozialdemokratischen Reichsratsfraktion und im selben Jahr Vizepräsident des Abgeordnetenhauses.[125]

Pernerstorfer hatte einerseits ein ausgeprägtes Interesse an der sozialen Frage, blieb aber andererseits auch nach seinem Beitritt zur Sozialdemokratie bis zu seinem Lebensende bekennender Deutschnationaler, der zwar den rabiaten Antisemitismus und Deutschnationalismus eines Georg Ritter von Schönerer ablehnte, im Grunde aber dieser Ideologie verbunden blieb. Für ihn war der Zerfall der Gesamtpartei in nationale Parteien eine Voraussetzung für seinen Eintritt in die deutsch-österreichische Sozialdemokratie, wie er freimütig am Parteitag 1902 bekannt hatte. Deutschtum und Sozialismus waren für Pernerstorfer stets untrennbar miteinander verbunden; die deutsche Nation war unter den geschichtsträchtigen Völkern für Pernerstorfer die hervorragendste – die Erbin dieser Größe die Sozialdemokratie. Der Sozialismus erschien ihm ganz natürlich an den Deutschnationalismus gebunden und als Vollendung der bürgerlichen Aufklärung, als Verwirklichung der sittlichen Ideale eines Friedrich Schiller und der bürgerlich-humanistischen Bildungsideale.[126]

Das alles hatte reichlich wenig mit Marxismus zu tun, viel eher schon mit dem politischen Vakuum, das in der österreichisch-ungarischen Monarchie herrschte: eine stärkere deutschnational-sozialliberale Partei gab es nicht; eine eigenständige, ausgeprägt liberale Tradition war nicht mehr vorhanden, seit der bürgerliche Liberalismus seinen Frieden mit dem Kaiserhaus gemacht hatte. Die Christlichsozialen waren klerikal und reaktionär, die Sozialdemokratie erschien als die einzige Partei, die den versprengten liberal-deutschnationalen Elementen eine Heimstatt bieten konnte. Der Anschluss Pernerstorfers an die Sozialdemokratie war damit kein historisches *Missverständnis*, sondern Ergebnis einer besonderen Kräftekonstellation in der zu Ende gehenden Donaumonarchie, in der eine starke bürgerlich-liberale Strömung im politischen Spektrum fehlte.

Und selbst Pernerstorfer oder Renner als Exponenten eines prononciert rechten Flügels in der Sozialdemokratie konnten in der Monarchie keine Bündnispartner/innen außerhalb der Sozialdemokratie finden. Somit konnte nach außen auch ein Pernerstorfer oder Renner mit "revolutionärer" Rhetorik operieren; für die Klassenkollaboration offene bürgerliche Parteien hätten da wohl eine frühere Scheidung in revolutionäre, reformistische und bürgerlich-liberale Strömungen der österreichischen Sozialdemokratie erzwungen. Letztlich war es der ungelöste Widerspruch im Denken Pernerstorfers (der hier natürlich nur für eine ganze Strömung in der Sozialdemokratie stand), dass er zwar an seinen bürgerlich-nationalistischen Auffassungen festhielt, gleichzeitig aber erkennen musste, dass diese nur in einer neuen Ordnung realisierbar gewesen wären – das erklärt auch den eigenartigen Charakter der österreichischen Sozialdemokratie, die mit radikaler Rhetorik die spießbürgerlichen Inhalte einer Reformpartei verkleistern konnte, einfach weil die bürgerlichen Kräfte nicht einmal zu einer bescheidenen Reformorientierung bereit waren, die Sozialdemokratie daher vor 1918 auch nicht in die

[125] Kulemann, a.a.O., S.132
[126] ebenda, S.133f.

Versuchung kam, an der Seite einer aufgeklärt-bürgerlichen Kraft ihre Reformkonzeption dem Test der Praxis auszusetzen.

Nationalismus und Sozialismus hatte jedenfalls diese verqueren Sozialismusvorstellungen der Marke Pernerstorfer zum Inhalt. Und Strasser bezog eindeutig dagegen Stellung – mit allen Stärken, allerdings auch mit allen Schwächen, die seine Positionen zur nationalen Frage insgesamt auszeichneten.

Einmal mehr legte Strasser ein Bekenntnis zum unbedingten Internationalismus ab: Alle Arbeiter gehören zusammen, "*gleichviel ob sie Deutsche oder Franzosen, Kathotiken oder Protestanten, Männer oder Frauen, qualifizierte oder unqualifizierte Arbeiter*" seien. Diese Wahrheit werde aber sehr oft missverstanden. Sie werde so aufgefasst, als ob es im Proletariat keine gegensätzlich interessierten Gruppen und Individuen gäbe, als ob alle Arbeiter dieselben Interessen hätten. Aber das sei falsch. "*Nur das Klasseninteresse ist allen Arbeitern gemein. Im übrigen bestehen im Proletariat, wie in jeder anderen Klasse, sehr viele Gegensätze.*"[127] Es dauere sehr lange, bis das Proletariat begreife, dass gegenüber dem Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat alle Gegensätze innerhalb des Proletariats belanglos seien, dass jeder Streit im Proletariat, möge er sich um wirtschaftliche, konfessionelle, nationale Dinge drehen, eine Schwächung des Proletariats und eine Stärkung seiner Gegner bedeute. Das Proletariat komme erst durch eine langwierige und schmerzliche Entwicklung zu dieser Einsicht. Es verstehe schließlich, "*dass der Proletarier alles nur vom proletarischen Standpunkt betrachten darf, dass er sich unter keiner Bedingung auf einen anderen (religiösen, nationalen etc.) Standpunkt stellen darf. Für den aufgeklärten Proletarier ist der Proletarier das Maß der Dinge, nicht der Deutsche, nicht der Katholik usw.*"[128]

Dieses uneingeschränkte Bekenntnis zum Internationalismus war die eine Seite. Die andere aber war, dass Strasser kein Verständnis für den Zusammenhang von einer Lösung der nationalen Frage und dem Kampf für den Sozialismus entwickelte. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wäre die Voraussetzung gewesen für eine wirklich internationalistische Verbindung von unterdrückten Nationen und der in der Habsburger Monarchie dominierenden deutschen Nation.

Bei Strasser ist der Gedankengang ein anderer: Er hat natürlich recht, "*dass die Proletarier aller Länder zusammengehören, dass die proletarischen Interessen über den nationalen stehen, dass nationale Gegensätze die Einheit des Proletariats nicht stören dürfen*".[129] Aber die Position Strassers, dass Internationalismus nicht "*die Anerkennung der Ansprüche aller Nationen auf eine freie, ungehemmte Entwicklung*" bedeute, denn "*eine solche Entwicklung ist unmöglich*",[130] musste das Proletariat der schwächeren Nationen, die um ihr Selbstbestimmungsrecht rangen, auch den internationalistischen Positionen gegenüber mit Misstrauen erfüllen. Dasselbe Problem ergibt sich auch mit Strassers Weigerung, einen Unterschied zwischen dem Nationalismus unterdrückter und dem unterdrückender Nationen zu machen: Strasser blieb stets bei der

[127] Strasser, Josef (Reichenberg): Nationalismus und Sozialismus. – in: Der Kampf, Jg. 5, Nr. 3, 1.12.1911, S.109ff.; S.182; Hervorhebungen im Original.
[128] ebenda, S.183 in unserer Ausgabe; Hervorhebungen im Original.
[129] ebenda, S.183 in unserer Ausgabe; Hervorhebungen im Original.
[130] ebenda, S.183 in unserer Ausgabe

abstrakten Position stehen, dass es "*keinen guten und schlechten, keinen wahren und falschen Nationalismus*" gebe.[131]

Die von Lenin formulierte bolschewistische Position, dass die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der unterdrückten Nationen seitens der Angehörigen der unterdrückenden Nationen die *Voraussetzung* für ein wahrhaft brüderliches, internationalistisches Verhältnis sei, kam da der Realität schon wesentlich näher als das Hochhalten der internationalistischen Prinzipien und das Insistieren darauf, dass dem Recht des Proletariats jedes andere Recht weichen müsse, so wie es Strasser formuliert hatte. Im Grunde blieb Strasser auch in *Nationalismus und Internationalismus* dabei stehen, Pernerstorfers offenem Nationalismus einen abstrakten Internationalismus entgegenzusetzen. Die fehlende Verbindung von nationaler Frage (genauer dem Kampf für die nationale Emanzipation unterdrückter Nationen) und dem Kampf um eine sozialistische Perspektive – neben der Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen ein Hauptcharakteristikum der austromarxistischen Positionen zur nationalen Frage - konnte auch Strasser nicht herstellen. Das war ihm auch in den anderen Texten zur nationalen Frage nicht gelungen.

Der 31. Dezember in Budapest

Betrachten wir die Arbeiten von Josef Strasser, so steht der 1909 in der *Neuen Zeit*, der theoretischen Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, erschienene Artikel ***Der 31. Dezember in Budapest***[132] etwas isoliert da. Es ist nicht nur der einzige, der sich mit der ungarischen Arbeiter/innen/bewegung beschäftigt, er hat auch nicht die von Strasser bevorzugt behandelten Themen, Nationalismus/Internationalismus bzw. Selbständigkeit der proletarischen Organisationen von der Bourgeoisie, zum Inhalt.

Ungarn war im 19. Jahrhundert ein zurückgebliebenes und unterentwickeltes Land (und sollte ein solches bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts bleiben). 1848/1849 wurde die Revolution blutig niedergeschlagen, Ungarn aller verfassungsmäßigen Rechte beraubt und als Provinz der zentralistischen österreichischen Verwaltung unterstellt. Die Leibeigenschaft war zwar in der Revolution formal aufgehoben worden, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebte aber nach wie vor als abhängige Bauern/Bäuerinnen, als Pächter/innen und als Landarbeiter/innen auf den Gütern des ungarischen adeligen Großgrundbesitzes und der größten Grundbesitzerin in Ungarn, der katholischen Kirche.

Die Entwicklung des Kapitalismus und der Industrialisierung blieb beschränkt und konzentrierte sich auf einige wenige große Zentren, allen voran auf Budapest und die Bergbaugebiete an den nördlichen Grenzen. Der staatsrechtliche Ausgleich von 1867 übertrug Ungarn auf der Basis einer Verständigung der deutsch-österreichischen Bourgeoisie und des ungarischen Großgrundbesitzes die Hälfte der Habsburger-Monarchie und ließ der ungarischen herrschenden Klasse freie Hand in der Ausbeu-

[131] ebenda, S.184 in unserer Ausgabe

[132] Strasser, Josef: Der 31. Dezember in Budapest. – in: Die neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. – 27. Jahrgang, 1908-1909, 1. Band (1909), Heft 21, S.753ff.; S.96ff. in unserer Ausgabe

tung und Unterdrückung der Arbeitenden und der entstehenden Nationen, legte aber gleichzeitig die Grundlage für eine raschere Entfaltung eines ungarischen Kapitalismus.

Am 7. und 8. Dezember 1890 wurde die Sozialdemokratische Partei gegründet. Landesgewerkschaften vor allem der Industriearbeiter/innen konnten gegründet werden, außerdem legte die Partei starkes Gewicht auf die Organisierung der Landarbeiter/innen.[133] Die Zahl der organisierten Arbeiter/innen stieg nach 1900 auf über 50.000. Im Unterschied zur österreichischen Arbeiter/innen/klasse gelang es der ungarischen Sozialdemokratie aber nicht, in der Zeit des Aufschwungs 1905/1906 politische Zugeständnisse zu erzwingen. Im Gegenteil: Ab 1907 gingen die herrschenden Klassen in Ungarn zu einer Offensive gegen die Arbeiter/innen/bewegung über. Im Dezember 1908 verbot die Regierung die Tätigkeit des großen Metallarbeiter/innen/verbandes, der mehr als 10.000 Mitglieder gezählt hatte. 1908/1909 lösten die Behörden rund 200 Gewerkschaftsgruppen auf. Zugleich schwächte sich die Massenbewegung der Arbeiter/innen ab – die Zahl der Streiks ging 1908 auf ein gutes Drittel von 1907 zurück. Parallel zu diesen Niederlagen stieg die Zahl der Emigrant/inn/en weiter an – 200.000 Menschen verließen 1907 den ungarischen Reichsteil der Monarchie, in den Vorkriegsjahren waren es 1,5 Millionen.[134]

Das war die wenig ermutigende Situation, die Josef Strasser in seinem Beitrag schilderte. Zur Zeit der Abfassung des Artikels bestand zwar noch die Hoffnung, dass mit den Massenaktionen vom Dezember 1908 ein Umschwung eingeleitet werden könnte, doch eine (Neu-) Belebung von Klassenkampfaktivitäten fand erst wieder ab 1911 statt. Sie erreichte ihren Höhepunkt am 23. Mai 1912, als 100.000 in Budapest gegen die Kriegsvorbereitungen und für einen unbefristeten Generalstreik für 1913 demonstrierten. Von diesem Zeitpunkt an geriet die Sozialdemokratie wiederum stark unter den repressiven Druck der Regierung.[135]

Ein Punkt, in dem Strasser unseres Erachtens zuzustimmen ist, könnte allenfalls noch diskutiert werden. Es geht um die Frage des Verhältnisses von Gewerkschafts- und Parteiorganisation, zwischen denen in Ungarn aus historischen Gründen ein engerer Zusammenhang bestand als in den meisten anderen Ländern nach der Jahrhundertwende. In der *Internationalen Arbeiter-Assoziation* waren verschiedenste Organisationstypen noch vertreten, die Herausentwicklung von Arbeiter/innen/parteien als durchgängiger Typus der politischen Organisationen des Proletariats gehörte in die Periode der Zweiten Internationale. Und nicht nur in der Entwicklung des Kapitalismus, auch in der Organisationsfrage war Ungarn ein *Nachzügler*. Strasser stellt lediglich fest, dass dieser enge Zusammenhang die Erhaltung der *Gewerkschaften* zur Existenzfrage der *politischen Partei* machte. Er legte auch hier offensichtlich das Hauptgewicht auf den *proletarischen Charakter* der Organisationen, nicht auf die konkrete Form. Auch für Strasser ist der Aufbau der *reinen* politischen Organisationen wichtig,

---

[133] Scharinger, Manfred: Eine kurze Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung. – Materialien der Gruppe Arbeiterstandpunkt 11, S.11ff.

[134] Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Institut für Geschichte (Hrg.): Die Geschichte der Zweiten Internationale. II. – Moskau 1983, S.216f.

[135] Scharinger, Eine kurze Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung, a.a.O., S.12f.

er legt aber – unseres Erachtens zurecht – das *Hauptgewicht* auf den Aufschwung der Arbeiter/innen/bewegung, nicht auf den konkreten Organisationstypus.

Der letzte Text, den wir aus der Periode vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs noch besprechen wollen, ist ebenfalls in der *Neuen Zeit* erschienen und gehört wohl mit *Der Arbeiter und die Nation* zu den wichtigsten Arbeiten, die uns Strasser hinterlassen hat.

Kapitalismus und Kriegsrecht

Josef Strasser wird heute in der Linken, wenn er überhaupt noch bekannt ist, mit dem Kampf gegen den Nationalismus und als linke Alternative zum austromarxistischen Arrangement mit der Habsburger Monarchie verbunden. Dass Strasser aber auch ein grundlegendes Werk zur Frage des Verständnisses von Humanität in Kriegen und dem Verhältnis von Kapitalismus und Kriegsrecht geschrieben hat, fällt dabei meist weitgehend unter den Tisch.

Strassers Arbeit zu *Kapitalismus und Kriegsrecht* erschien 1911 in der *Neuen Zeit*, der theoretischen Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Diese war international als führendes Theoriemagazin der Zweiten Internationale anerkannt und wurde bis 1917 von Karl Kautsky geleitet – ab 1902 gemeinsam mit Emanuel Wurm.[136] Nach dem Austritt der beiden aus der SPD im Jahre 1917 und nach deren Überwechseln zur USPD übernahm Heinrich Cunow[137] die Chefredaktion, bis sie 1923 eingestellt wurde.

Im Vergleich zu den *Sozialistischen Monatsheften*, der dem revisionistischen Flügel der SPD nahestehenden und seit 1897 erscheinenden *Internationalen Revue des Sozialismus*, stand die *Neue Zeit* weiter links und bot Raum für die theoretischen Debatten des Marxismus und Wissenschaftlichen Sozialismus. Es gibt wenige zeitgenössische sozialistische/sozialdemokratische Intellektuelle, die nicht Autor/inn/en gewesen wären: Belfort Bax,[138] Ramsay MacDonald[139] oder Eleanor Marx-Aveling,[140] Georgi Plechanow,[141] Rjasanow[142] oder Trotzki, Victor Adler oder Friedrich Adler, Henriëtte Ro-

---

[136] Emanuel Wurm (1857-1920); sozialdemokratischer Journalist und SPD-Politiker, später bei der USPD.

[137] Heinrich Cunow (1862-1936); sozialdemokratischer Ethnologe und marxistischer Theoretiker. Lehrer an der sozialdemokratischen Parteischule. Ab 1902 als Redakteur im Zentralorgan *Vorwärts* gehörte er zur anti-revisionistischen Linken. Im Ersten Weltkrieg entwickelte er eine Theorie des *Kriegssozialismus* und versuchte sich in einer marxistischen Begründung der Zustimmung zu den Kriegskrediten.

[138] Ernest Belfort Bax (1854-1926); britischer Journalist im Umfeld der Arbeiter/innen/bewegung. Frauenfeindlich und Vertreter der Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg.

[139] James Ramsay MacDonald (1866-1937); englischer Sozialdemokrat, 1924 erster Labour-Premierminister. Während seiner zweiten Regierungszeit ging er eine Koalition mit den Konservativen ein und wurde deshalb aus der Labour-Party ausgeschlossen.

[140] Jenny Julia Eleanor Marx (1855-1898); genannt *Tussy*; deutsch-englische Sozialistin, jüngste Tochter von Jenny und Karl Marx.

[141] Georgi Walentinowitsch Plechanow (1856-1918); russischer revolutionärer Journalist und Philosoph, wichtig für die Rezeption des westeuropäischen Marxismus in Russland.

[142] Dawid Borissowitsch Rjasanow (1870-1938); russischer Marxist, 1920-1930 Leiter des *Marx-Engels-Instituts* in Moskau.

land-Holst[143] oder Émile Vandervelde,[144] Jules Guesde, Paul Lafargue[145] oder Jean Jaurès,[146] Rosa Luxemburg, Antonio Labriola,[147] Pablo Iglesias[148] oder Hjalmar Branting,[149] Franz Mehring, Eduard Bernstein, Rudolf Hilferding und eben auch Josef Strasser – sie alle schrieben für die *Neue Zeit*, die spätestens nach dem Fall des Sozialistengesetzes zur Pflichtlektüre der europäischen sozialistischen Intelligenz geworden war.[150] Aber nicht zuletzt als Publikations-Forum der Schriften von Marx und Engels erlangte die *Neue Zeit* ihre internationale Bedeutung. Sie waren mit insgesamt 53 Titeln in der *Neuen Zeit* vertreten, am spektakulärsten wohl mit den *Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei* von Karl Marx, die posthum von Engels veröffentlicht wurden.[151]

Die erste Ausgabe der *Neuen Zeit* war am 1. Januar 1883 erschienen – mit dem Untertitel *Revue des geistigen und öffentlichen Lebens*. Dieser bewusst unpolitische Titel war der Verfolgung des *Sozialistengesetzes* geschuldet. Die Zeitschrift erschien Anfangs als Monatsschrift, ab Herbst 1890 wöchentlich. Drucker und Verleger war Johann Heinrich Wilhelm Dietz, Miteigentümer waren Heinrich Braun und Karl Kautsky. Erst 1901 wurde die Zeitschrift offiziell in das Parteieigentum überführt.

Im Jahr 1908 wurde die *Neue Zeit* um eine monatliche Feuilletonbeilage erweitert. Hinzu kamen einmal im Vierteljahr Ergänzungen zum Abdruck längerer Beiträge. In einem solchen *Ergänzungsband* erschien 1911 ***Kapitalismus und Kriegsrecht*** von Josef Strasser.[152]

Thema von Strassers Beitrag war der Zusammenhang von Kapitalismus und Kriegsrecht. Strasser wählt dafür einen materialistischen Ansatz, wie er gleich eingangs thesenartig feststellt: "*Das internationale Kriegsrecht umfasst die Sitten des Krieges, soweit sich diese durch internationale Vereinbarung zu Satzungen des Völkerrechts verdichtet haben. Diese Ausbreitung der gleichen Kriegssitte erscheint, wie die Ausbreitung des Völkerrechts überhaupt, als Folge der Ausbreitung gleicher Produktionsweisen und Klassengliederungen.*"[153]

---

[143] Henriëtte Goverdine Anna Roland-Holst (1869-1952); niederländische Dichterin, Sozialistin und Kommunistin, die sich 1930 religiös-sozialistischen Ideen zuwandte.
[144] Émile Vandervelde (1866-1938); belgischer Sozialdemokrat, Vorsitzender der Zweiten Internationale.
[145] Paul Lafargue (1842-1911); französischer Arzt und Sozialist, Schwiegersohn von Jenny und Karl Marx.
[146] Jean Jaurès (1859-1914); französischer Reformist, am 31. Juli 1914, unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, von einem französischen Nationalisten ermordet.
[147] Antonio Labriola (1843-1904); Philosophie-Professor an der Universität Rom. Einer der ersten und einflussreichsten italienischen Marxisten.
[148] Pablo Iglesias Posse (1850-1925); Gründer der *Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei* (PSOE) und der sozialistischen Gewerkschaft *Unión General de Trabajadores* (UGT).
[149] Karl Hjalmar Branting (1860-1925); schwedischer reformistischer Parteiführer, mehrfach Ministerpräsident zwischen 1920 und 1925.
[150] Schelz-Brandenburg, Till: "Die Neue Zeit" – Einleitung. – http://library.fes.de/nz/nz-intro.html
[151] ebenda – http://library.fes.de/nz/nz-intro.html
[152] Strasser, Joseph (Budapest): Kapitalismus und Kriegsrecht. – in: Ergänzungsheft zur Neuen Zeit, Nr.11, ausgegeben am 1. Dezember 1911, S.1ff.; S.122ff. unserer Ausgabe
[153] ebenda, S.122 unserer Ausgabe

Und immer noch in seiner *Einführung* zerreißt Strasser den mystischen Schleier der Humanität, den die Bourgeoisie über ihre angeblichen Bemühungen, Kriege zu humanisieren, gelegt hat. Das wird auch als Leitmotiv den gesamten Text durchziehen. Strasser über das Ziel seiner Arbeit:

"*Die Bourgeoisie hat auch im Kriegsrecht die heilige Scheu des Feudalismus abgestreift und ihre Profitinteressen nur notdürftig mit den Phrasen eines heuchlerischen Humanitäts- und Kulturnebels umkleidet. Die allgemeine Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise hat die politische Herrschaft der Bourgeoisie in der ganzen Kulturwelt zur Geltung gebracht und dieser so entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung des internationalen Kriegsrechtes gesichert. Es ist die Aufgabe dieser Betrachtung, die Schleier zu zerreißen, die diese Einflüsse der Bourgeoisie und die Ergebnisse dieser Einflüsse noch verhüllen.*"[154]

So seien, um nur ein Beispiel zu nennen, im selben Verhältnis, wie die Waffentechnik sich weiterentwickelt habe, auch die Bemühungen der Bourgeoisie gestiegen, diese Tatsache durch den Schleier einer *Scheinhumanität* zu verhüllen:

"*Diese furchtbarste Ausbildung der Waffentechnik, wie deren nur die kapitalistische Industrie fähig ist, schließt jede Wahl und Rücksichtnahme bei der Waffenwirkung aus, und deshalb ist es auch ein internationales Bedürfnis der Bourgeoisie, die betroffenen Massen durch Regelung einer internationalen Scheinhumanität irrezuführen.*"[155]

In diesen Zusammenhang ordnet Strasser korrekter Weise auch die Maßnahmen des *Kriegsvölkerrechts* ein, die im 19. Jahrhundert bis unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf internationaler Ebene gesetzt wurden.

Es ist hier vielleicht angebracht, nochmals etwas genauer auf das Kriegsvölkerrecht und die Konferenzen zu dessen Regelung einzugehen, die auch bei Strasser eine große Rolle spielen.

Unter dem Begriff *Kriegsrecht* oder *Kriegsvölkerrecht* werden normalerweise zwei verschiedene Aspekte der internationalen Jurisdiktion bezeichnet. Zum einen zählt zu diesem Bereich des Völkerrechts das Recht zum Krieg (*ius ad bellum*), also die Frage, inwieweit ein Krieg überhaupt gerechtfertigt ist. Mit dieser Frage beschäftigt sich Strasser nicht – er behandelt den zweiten Aspekt, nämlich das Recht im Krieg (*ius in bello*), worunter heute die Regeln für die Behandlung von Kämpfer/inne/n, Zivilist/inn/en, des Kulturguts und die Vorschriften des *humanitären Völkerrechts* verstanden werden.

Ursprünglich waren Kriege rechtsfreie Räume, wie es im antiken römischen Recht geheißen hatte: *Unter Waffen schweigen die Gesetze* (*inter arma enim silent leges*). Unter dem Einfluss der Kapitalinteressen wurde nun versucht, trotz Kriegsereignissen den Schutz des privaten Kapitals im internationalen Kriegsrecht zu verankern. Für Strasser war es daher auch kein Zufall, dass einerseits in Aufstandsbewegungen wie in der Pariser Kommune von 1871 und zum anderen im Kolonialkrieg diese Regeln nicht Anwendung finden sollten: Standen sich hier ja nicht die Repräsentant/inn/en der Kapitaleigner/innen verschiedener Nationen, also Klassenbrüder und -schwestern, gegen-

[154] ebenda, S.123 unserer Ausgabe
[155] ebenda, S.125 unserer Ausgabe; Hervorhebung im Original.

über, sondern *Anarchisten* und *Kommunisten*, die als dem Privateigentum feindliche Kämpfer/innen gesehen, oder eben Kolonialvölker, die als nicht ebenbürtige Gegner/innen eingeschätzt wurden. Ihnen gegenüber erscheinen alle Mittel als gerechtfertigt, die dazu dienen, das kapitalistische Privateigentum zu schützen und zu verteidigen bzw. diesem eine größere Einflusssphäre zu sichern oder zu erkämpfen.

In diesem Zusammenhang geht Strasser auch auf die internationalen Konferenzen ein, auf denen eine internationale Regelung des Kriegsvölkerrechts diskutiert wurde. Im Wesentlichen betraf dies die erste *Genfer Konvention* (1864), die *Petersburger Erklärung* (1868), die *Brüsseler Konferenz* (1874), die *Haager Friedenskonferenzen* (1899 und 1907) mit den *Haager Abkommen* und der *Haager Landkriegsordnung* sowie die Überarbeitung der Genfer Konvention im Jahr 1906 mit der expliziten Nennung von freiwilligen Hilfsgesellschaften zur Unterstützung bei der Versorgung der kranken und verwundeten Soldaten.

1864 war von zwölf Staaten die erste *Genfer Konvention betreffend die Linderung des Loses der im Felddienst verwundeten Militärpersonen* angenommen worden. Auslöser waren die Erlebnisse des Genfer Geschäftsmanns Henry Dunant nach der Schlacht von Solferino (1859), die er 1862 in *Eine Erinnerung an Solferino* veröffentlicht hatte. Im Buch waren Vorschläge für den Schutz und die Versorgung von Verwundeten und Kranken im Krieg enthalten. 1863 wurde das *Internationale Komitee der Hilfsgesellschaften für die Verwundetenpflege* gegründet, aus dem 1876 das *Internationale Komitee vom Roten Kreuz* hervorging. 1864 wurde auf einer diplomatischen Konferenz die erste *Genfer Konvention* von zwölf europäische Staaten beschlossen (darunter vier deutsche Staaten: Baden, Hessen, Preußen und Württemberg). England und Russland traten später der Konvention bei. 1868 waren erstmals Zusatzartikel für den Seekrieg zur *Genfer Konvention* vorgeschlagen worden. Trotz Unterzeichnung durch 15 Staaten wurde dieser Artikel von keinem Land ratifiziert und damit nie umgesetzt. Strasser zeigt sehr klar, dass die Genfer Konvention durch die größere Wirkung der modernen Feuerwaffen ad absurdum geführt wird: Sie führt dazu, dass eine Bergung von Verwundeten während der Kampfhandlungen kaum mehr möglich ist, das Ergebnis ist also ein "*Anwachsen der Zahl jener Gefallenen, die auf der Walstatt sterben, ehe ihnen überhaupt ärztliche Hilfe gebracht werden kann*".[156]

Strasser ging es darum, aufzuzeigen, dass es nicht das Ziel der Kriegführenden war (und ist), Kriege humaner und weniger leidvoll zu gestalten. Menschlichkeit war stets nur die Begleitmusik, die das kapitalistische Interesse an Kriegen verdeckte. Humanitäre Übereinkommen dienten (und dienen) nur dem Zweck, die Kriegsführung *effektiver* zu gestalten – für Strasser war damit auch dieser Teil des "*kapitalistischen Kriegsrechtes der irreführenden Phrase entkleidet: die Errungenschaft der Genfer Konvention, der wirklich neue Teil der Konvention erscheint auf das glatte Nichts reduziert*".[157]

Mit *humanitären Erwägungen* wurde auch der *Petersburger Kongress* von 1868 motiviert. Auf Initiative des russischen Zaren wurde mit der *Petersburger Erklärung* (auch *Petersburger Konvention*) ein Verbot von Sprenggranaten mit einem Gewicht von un-

[156] ebenda, S.178 unserer Ausgabe; Hervorhebung im Original.
[157] ebenda, S.179 unserer Ausgabe

ter 400 Gramm beschlossen. Erstmals in der Militär- und Rechtsgeschichte war vertraglich eine Beschränkung bei der Wahl der Mittel zur Kriegführung festgelegt worden. Dieses Prinzip der *Petersburger Erklärung*, dass es bei der Wahl der Mittel zur Kriegführung Beschränkungen gibt und dass der Einsatz von Waffen, die *unnötiges Leid* verursachen, verboten ist, wurde später in weiteren völkerrechtlichen Verträgen ausgeweitet und präzisiert.

Aber Strasser konnte zeigen, dass diese Ächtung besonders schmerzhafter Waffen alles andere als geeignet war, die Kriegsführung zu zivilisieren. Schon die quantitative Wirkung der neuen Geschoße werde durch Massenverwundungen und -tötungen erheblich fürchterlicher erscheinen als die Wirkungen der inhumanen Geschoße, die sie mit der *Petersburger Erklärung* ersetzen sollten. Der kapitalistische Krieg sei eben nicht *humaner* geworden. Es gelte nach wie vor das Prinzip:

"*Schonungslos, wie auf den Schlachtfeldern der Industrie, opfert der Kapitalismus auch auf dem Schlachtfeld der inneren und äußeren Kriege das Leben der proletarischen Massen auf, steht doch im modernen inneren und äußeren Kriege der kapitalistischen Staaten das <u>höchste</u> Gut auf dem Spiele: der Profit, während das Kriegsmittel, die proletarische Masse, am geringsten geschätzt wird. Dennoch wurde seit den Tagen der Petersburger Konferenz offiziell und inoffiziell verkündet, der kapitalistische Krieg sei 'humaner' geworden, die Ausgestaltung der Waffentechnik, die Ausgestaltung der Verwundetenpflege stehe im Zeichen dieser von den höchsten Stellen betriebenen Humanisierungsbestrebungen.*"[158]

Strasser zeigt dies nun auch an den Ergebnissen der *Brüsseler Konferenz* von 1874 und an dem *Haager Friedenskonferenzen* von 1899 und 1907. Die *Brüsseler Konferenz* von 1874 war auf Initiative des russischen Zaren Alexander II. einberufen worden und formulierte das Ziel, eine internationale Übereinkunft über Kriegsgesetze zu verabschieden. Die von 15 europäischen Staaten in der *Deklaration über die Gesetze und Gebräuche des Krieges* formulierten Beschlüsse enthielten Vorgaben zur Verwaltung von besetzten Gebieten und Definitionen von Kämpfer/inne/n und Zivilist/inn/en, führten aber nicht zu völkerrechtlichen Verträgen. Trotzdem gelten die Ergebnisse von Brüssel als wichtige Grundlage für die späteren Entwicklungen im Bereich des bürgerlichen Kriegsrechts.

Schließlich wären hier noch die *Haager Friedenskonferenzen* von 1899 und 1907 zu nennen. Als Ziele der Konferenzen wurde die Abrüstung und die Entwicklung von Grundsätzen für die friedliche Regelung internationaler Konflikte genannt. Die Konferenz von 1899 mit 26 teilnehmenden Staaten und die zweite Haager Konferenz von 1907 mit Vertretern aus 44 Staaten hatten das offizielle Ziel, eine internationale Rechtsordnung auszuarbeiten und Normen für die Lösungen internationaler Streitfälle zu erreichen. Sie konnten sich aber auf keine Abrüstungsschritte einigen, und sie scheiterten mit der Einführung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit wegen des Erfordernisses der Einstimmigkeit an der deutschen Ablehnung, der sich auch Österreich-Ungarn, die Türkei und einige kleinere Staaten anschlossen. In den zwei Konferenzen wurden Normen für die Land- und Seekriegführung ausgearbeitet, und es kam

[158] ebenda, S.162 unserer Ausgabe; Hervorhebung im Original.

Internationale Konferenzen zum Kriegsrecht (1863-1907)

9. Februar 1863 – Genf; Gründung des Internationalen Komitees der Hilfsgesellschaften für die Verwundetenpflege seit 1876: Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK).

22. August 1864 – Genf (Diplomatische Konferenz vom 8. August bis 22. August 1864); Abschluss der ersten Genfer Konvention (10 Artikel) "*betreffend die Linderung des Loses der im Felddienst verwundeten Militärpersonen*", in Kraft vom 22. Juni 1865 bis 1966; 57 Vertragsparteien.

20. Oktober 1868 – Genf (Diplomatische Konferenz vom 20. Oktober 1868); Annahme der Zusatzartikel zur ersten Genfer Konvention (15 Artikel) "*betreffend die Linderung des Loses der Verwundeten im Kriege*", mangels Ratifizierung nie in Kraft getreten; eine Vertragspartei (USA 1882). Von weiteren Staaten teilweise auf freiwilliger Basis respektiert.

11. Dezember 1868 – Sankt Petersburg (Internationale Militärkommission); Verabschiedung der Petersburger Erklärung "*über Verbot von Sprenggranaten mit einem Gewicht von unter 400 Gramm*", in Kraft seit dem 11. Dezember 1868; 20 Vertragsparteien.

27. August 1874 – Brüssel (Konferenz vom 27. Juli bis zum 27. August 1874); Annahme der Brüsseler Deklaration (56 Artikel) "*über die Gesetze und Gebräuche des Krieges*"; mangels Ratifizierung nie in Kraft getreten.

9. September 1880 – Oxford (Sechste Sitzung des Institut de Droit international); Annahme des "Manuel des lois de la guerre sur terre" ("Die Regeln des Landkrieges") (86 Artikel) Vorgesehen als Vorlage für nationale Gesetze.

29. Juli 1899 – Den Haag (Erste Internationale Friedenskonferenz vom 18.5.-29.7.1899); Abschluss der Haager Konvention II (5 Artikel) "*betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs*" mit Haager Landkriegsordnung (60 Artikel) als Anlage. In Kraft seit dem 4. September 1900; 49 Vertragsparteien.

Abschluss der Haager Konvention III (14 Artikel) "*betreffend die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention vom 22. August 1864 auf den Seekrieg*". In Kraft vom 4. September 1900 bis 1910; 49 Vertragsparteien.

6. Juli 1906 - Genf (Konferenz zur Revision der Genfer Konvention von 1864 vom 11. Juni bis 6. Juli 1906); Überarbeitung der ersten Genfer Konvention (33 Artikel) *"zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der bewaffneten Kräfte im Felde*". In Kraft vom 9. August 1907 bis 1970; 52 Vertragsparteien.

18. Oktober 1907 – Den Haag (Zweite Internationale Friedenskonferenz vom 15.6.-18.10.1907); Abschluss der Haager Konvention IV (9 Artikel) "*betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs*" mit Haager Landkriegsordnung (56 Artikel) als Anlage. In Kraft seit dem 26. Januar 1910; 35 Vertragsparteien, Abschluss der Haager Konvention X (28 Artikel) "*betreffend die Anwendung der Grundsätze des Genfer Abkommens auf den Seekrieg*". In Kraft vom 26. Januar 1910 bis 1949; 33 Vertragsparteien.

zur Errichtung des Schiedsgerichtshofs in Den Haag. Auf einer ursprünglich für 1914, dann für 1915 geplanten dritten Friedenskonferenz hätte über die obligatorische Gerichtsbarkeit nach dem Mehrheitsprinzip entschieden und Fragen einer internationalen Exekutive erörtert werden sollen.

Strasser zeigt die Verlogenheit dieser Abrüstungsinitiativen ebenso wie die wirklichen Hintergründe für die internationalen Konferenzen. Man werde, so Strasser, "*das phrasenhafte Humanitätsgerede auf das Maß reduzieren müssen, auf das es die militärische und medizinische Fachwissenschaft an amtlicher Stelle reduzierte. Die 'Humanisierung des Kriegsrechtes' soll nur dazu dienen, die fürchterlichen Neuerungen der Waffentechnik vor der Volksmasse gefällig zu verkleiden.*"[159]

Strassers Resümee zeigt klar den kapitalistischen Charakter der modernen Kriege:

"*Es gibt kaum ein Gebiet des Rechtes, auf dem klarer und unverhüllter die rechtsbildende Gewalt kapitalistischer Interessen hervorträte als auf dem Gebiet des Völkerrechtes. Da treten die Regierungen als abgeklärte Gesetzgeber selbst hervor, Geist vom Geiste ihrer Bourgeoisie, und dabei völlig unbeeinflusst von allen parlamentarischen Rücksichten. So zeigt auch das internationale Kriegsrecht vor allem die charakteristische Zwieschlächtigkeit der kapitalistischen Rechte: Es schützt das Privateigentum der Bourgeoisie im Landkrieg und gibt das Privateigentum der Eingeborenen im Kolonialkrieg dem kapitalistischen Räuber preis, es schützt das Leben des wehrlosen Nichtkombattanten, aber es liefert den waffenlosen Revolutionär, dessen Weib und Kind, der Schärfe des Schwertes aus. Die politische Herrschaft der Bourgeoisie setzt ein mit der Befreiung des bürgerlichen Eigentums von Kriegslasten, und diese Lasten werden auf das 'Eigentum' des Proletariats in der Form indirekter Steuern überwälzt. So wenig hat diese Heiligung des Privateigentums im Kriege mit dem "Fortschritt der Kultur" zu tun, dass im Seekrieg der Raub weiter herrscht, weil das anarchische Rivalisieren der Bourgeoisien die Schaffung eines Rechtszustandes auf diesem Gebiet verhindert. Und ebenso wenig darf in den kapitalistischen 'Humanisierungsbestrebungen' zur Milderung der Kriegsgräuel mehr als billige Heuchelei gesehen werden. Die Massenwirkung der modernen Waffe fordert zur Erzielung kapitalistischer Kriegszwecke die Heranziehung gewaltiger Truppenkörper, wodurch der Krieg somit quantitativ und qualitativ blutiger gestaltet wird. Auch die Errungenschaften der Verwundetenpflege wurden von diesen Fortschritten der Waffentechnik ausgeschaltet, die Zahl der die Armenfürsorge belastenden Verkrüppelungen wird nicht mehr durch das rasche Eingreifen der Feldsanitätspflege, sondern durch die tödliche Wirkung des Mantelgeschoßes herabgemindert.*"[160]

Und Strassers Schlusswort fasst seine sozialistische Perspektive zusammen: "*Das moderne Proletariat, der neue Typus Mensch, der an den Toren der kapitalistischen Zwingburgen dröhnend hämmert, er wird die kapitalistische Lüge vom kultivierten und humanen Kriege durch die Wirklichkeit der krieglosen Humanität und Kultur ersetzen.*"[161]

---

[159] ebenda, S.174 unserer Ausgabe
[160] ebenda, S.179 unserer Ausgabe; Hervorhebung im Original.
[161] ebenda, S.180 unserer Ausgabe

Kapitalismus und Kriegsrecht ist damit mehr als eine umfassende Studie über die Hintergründe der Kriegspolitik der bürgerlichen Staaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Sie ist ein gelungener Versuch, das Kriegsrecht auf die gesellschaftliche Basis, eben die kapitalistische Produktionsweise, zurückzuführen. Unseres Erachtens gehört dieser Text zu den besten von Strasser, der eben nicht nur als Internationalist und Kritiker nationalistischer Zugeständnisse der Führjngen der Arbeiter/innen/bewegung an bürgerliche Ideologien in Erinnerung bleiben sollte, sondern auch als scharfsichtiger Analytiker von Phrasen, dass es das Ziel der modernen Zivilisationen sei, Kriege humaner führen zu wollen.

Unter der Weltkriegszensur

Als am 26. Juni 1914 das Attentat auf das Thronfolgerehepaar in Sarajewo erfolgte, bei dem Franz Ferdinand und Sophie Chotek ermordet wurden, rief dies – wie in den anderen sozialdemokratischen Parteien – auch in der österreichischen *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* keine größeren Befürchtungen hervor. Der Sekretär der Partei, Friedrich Adler, hielt Überlegungen, dass die Vorkehrungen für den für September 1914 geplanten Internationalen Kongress der II. Internationale abgeändert werden müssten, für unbegründet.[162] Ab 22. Juli 1914 erkannte die Partei dann schließlich die Kriegsgefahr. In der Erklärung der Parteiführung, die am 28. Juli 1914 in der *Arbeiter-Zeitung* veröffentlicht wurde, fand sich keine Zeile über die Haltung zum Krieg, geschweige denn eine Antikriegslosung.[163] Das Hauptaugenmerk wurde auf die Erhaltung der Organisation gelegt – es gelte, "*gerüstet zu sein und gerüstet zu bleiben für die Zeit nach dem Kriege*". Das sei heute "*unsere wichtigste Aufgabe. Darum ist es eure Pflicht in dieser Stunde, die Organisation aufrecht zu erhalten*."[164]

Aber selbst darauf war, wie auch das SPÖ-nahe *Renner-Institut* etwas verschämt zugeben muss, die Parteiführung schlecht vorbereitet – denn: "*Auf die dem Kriegsausbruch politisch folgende 'Kriegsdiktatur' im Inneren, die nicht nur die verfassungsmäßigen Grundrechte aufhob (z.B. Presse- und Versammlungsfreiheit), sondern auch die Repressions- und Sanktionsmittel erheblich verschärfte, erwies sich die Sozialdemokratie nicht übermäßig gut vorbereitet.*"[165]

Von Beginn des Krieges an identifizierte sich die *Arbeiter-Zeitung* mit dem österreichisch-ungarischen Heer. Der Verweis auf die drohende Gefahr des Zarismus wurde dabei die wichtigste Begründung der SDAP für ihre Unterstützung der Herrschenden im Kriege und die *Burgfriedenspolitik*.[166]

Den vorläufigen Höhepunkt der Kriegsunterstützung auf ideologischer Ebene erreichte die SDAP mit zwei Artikeln vom 2. und 5. August 1914 in der *Arbeiter-Zeitung*. Chefredakteur Austerlitz positionierte sich im ersten klar gegen den *Weltkrieg des Zaren* und sprach damit Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich von der Kriegsschuld

---

[162] Kulemann, a.a.O., S.159
[163] ebenda, S.160
[164] Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich: Arbeiter, Arbeiterinnen! Parteigenossen! – Arbeiter-Zeitung, 28. Juli 1914, S.1; Hervorhebungen im Original.
[165] Sander, a.a.O., S.17f.
[166] Kulemann, a.a.O., S.161

frei.[167] Drei Tage später erschien der Leitartikel *Der Tag der deutschen Nation*, in dem die Einigkeit des deutschen Reichstages und die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten gefeiert wurde als "*Tag der stolzesten und gewaltigsten Erhebung des deutschen Geistes*".[168]

Im Unterschied zur deutschen Sozialdemokratie hatte die österreichische den parlamentarischen Offenbarungseid allerdings nicht zu leisten: Schon vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges war der österreichisch-ungarische Reichsrat wiederholt aufgrund der *Obstruktionspolitik* als Ausdruck der nationalen Spannungen lahmgelegt gewesen. Am 16. März 1914 wurde der österreichische Reichsrat erneut von der Regierung Stürgkh auf unbestimmte Zeit vertagt – die sozialdemokratischen Parteiführer/innen kamen daher nicht in die delikate Situation, ihre *Burgfriedenspolitik* vor dem Reichsrat verteidigen zu müssen.

Gegen diese Politik der *Klassenkollaboration* im Kriege, wie sie unter anderem Karl Renner oder Fritz Austerlitz vertraten, gab es in der Partei zunächst wenig Opposition. Zu dieser gehörte eine kleine Gruppe um Friedrich Adler, den Sohn des Parteivorsitzenden Victor Adler, Teile der *Reichenberger Linken*, und auch Josef und Isa Strasser.

Josef wie Isa Strasser wurden Mitglieder des oppositionellen *Vereins "Karl Marx"*, Josef Strasser – in geringerem Ausmaß auch Isa Strasser – betätigte sich literarisch und hatte dabei mit der staatlichen Zensur, die im Weltkrieg erheblich verschärft wurde, zu kämpfen.

Schon 1912 waren die Grundlagen für die Ausnahmegesetzgebung des Weltkriegs gelegt worden. Deren Durchführung wurde durch den Paragraphen 14 des Notverordnungsrechts ermöglicht, mit Kriegsbeginn wurden nun in der Realität die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte zugunsten militärisch definierter Maßnahmen eingeschränkt. Mit Verordnung vom 25. Juli 1914 wurde das Recht der Freiheit der Person sowie die Unverletzlichkeit des Hausrechtes suspendiert, außerdem kam es, für das Zensurwesen ausschlaggebend, zur Aufhebung des Briefgeheimnisses, des Versammlungs- und Vereinsrechts sowie der Rede- und Pressefreiheit.[169] Alle Industriebetriebe der österreichischen Reichshälfte wurden unter das im Jahr 1912 verabschiedete *Kriegsleistungsgesetz* gestellt. Damit wurden alle kriegswichtigen Industriebetriebe einer militärischen Leitung sowie die Belegschaft einer militärischen Disziplinar- und Strafgewalt untergeordnet.[170] Hans Hautmann charakterisiert diese Maßnahmen wohl zutreffend dahingehend, dass "*Österreich-Ungarn im Vergleich zu allen anderen kriegsführenden Mächten die weitaus schärfsten Kriegsgesetze*" hatte, "*nirgendwo anders*" waren "*die Normen des Ausnahmezustandes so weitreichend und einschneidend*".[171]

---

[167] Der Weltkrieg des Zaren. – Arbeiter-Zeitung, 2. August 1914, S.1
[168] Der Tag der deutschen Nation. – Arbeiter-Zeitung, 5. August 1914, S.1
[169] Rebhan-Glück, Ines: "Wenn wir nur glücklich wieder beisammen wären..." Der Krieg, der Frieden und die Liebe am Beispiel der Feldpostkorrespondenz von Mathilde und Ottokar Hanzel (1917/18). – Wien 2010 [Diplomarbeit], S.34
[170] Hautmann, Hans: Kriegsgesetze und Militärjustiz in der österreichischen Reichshälfte 1914-1918. – in: Weinzierl, Erika / Stadler, Karl R. (Hrg.): Justiz und Zeitgeschichte. – Wien 1977, S.105
[171] ebenda, S.105

Auch nach Gustav Spann, der über *Zensur in Österreich während des 1. Weltkrieges 1914-1918* dissertiert hatte, legte sich *"ein fast lückenloses und auch im Vergleich zu anderen kriegsführenden Staaten nahezu als perfekt zu bezeichnendes Zensurnetz über die gesamte Monarchie*".[172] Das beim Kriegsministerium eingerichtete *Kriegsüberwachungsamt* beinhaltete eine *Zensurgruppe*, welche sich wiederum in Untergruppen mit jeweils eigenen Aufgabenbereichen aufgliederte. Diese umfassten die Pressezensur, welche in eine politische wie militärische Pressezensur untergliedert war, die Briefzensur sowie die Telegrammzensur.[173]

Grundsätzlich galt für die Zensor/inn/en der Briefzensur, dass sie "*alle dem Staatswohle und den Staatsinteressen, somit auch militärischen Interessen entgegenlaufende Bestrebungen und Nachrichten*", sowie "*alle Nachrichten die das militärische Ansehen der Monarchie schädigen könnten, oder Nachrichten, welche die militärischen Interessen schädigen und dem Feinde wertvolles Material liefern*", zu unterbinden hätten.[174] Verdächtig erscheinende Briefe kamen zu einer der *Dechiffriergruppen*; solche mit unleserlich zu machenden Stellen zu den *Remediergruppen*.[175]

Natürlich hatte unter dem Zensursystem ganz besonders auch die sozialdemokratische, aber auch die gewerkschaftliche Presse der Monarchie zu leiden. Schon Ende Juli 1914 war der *Vorwärts*, die einzige deutschsprachige sozialdemokratische Tageszeitung in Böhmen, behördlich verboten worden. Die *Arbeiter-Zeitung* konnte durch die kriegsbefürwortenden Artikel bei Kriegsbeginn einem ähnlichen Schicksal entgehen,[176] war aber letztlich von der strikten Zensur während des Kriegs stark betroffen.[177] Das galt natürlich gleichermaßen für die anderen sozialdemokratischen Medienprodukte, wie die theoretische Zeitschrift, den *Kampf*, oder die illustrierte satirische Zeitschrift *Neue Glühlichter*. Sie richtete ihre Polemiken vor allem gegen Lueger und die Christlichsozialen, aber auch gegen Adel und Klerus und hatte im Weltkrieg eine pazifistische Linie eingeschlagen. Ende 1915 musste die Zeitschrift eingestellt werden.

Direkt existenzbedrohend wurden natürlich die ständigen Beschlagnahmungen von Presseorganen; einzelne Artikel oder die ganze Ausgabe verfiel der staatlich organisierten Verfolgung. Erst am 30. Oktober 1918, nach dem Ende des Habsburger Monarchie, beschloss die provisorische Nationalversammlung, dass jede Zensur in Österreich aufgehoben wird. In diesem Beschluss hieß es, dass sie *dem Grundrecht der Staatsbürger* widerspreche.

Natürlich war auch Josef Strasser von der Verfolgung der Arbeiter/innen/bewegung im Weltkrieg stark betroffen. Aus dieser Periode wurden von uns insgesamt sieben Arbei-

---

[172] Spann, Gustav: Zensur in Österreich während des 1. Weltkriegs 1914-1918. – Wien 1972 [Unveröffentlichte Dissertation], S.149
[173] Rebhan-Glück..., a.a.O., S.35
[174] Spann..., a.a.O., S.133 und Rebhan-Glück..., a.a.O., S.35
[175] Spann..., a.a.O., S.125 und Rebhan-Glück..., a.a.O., S.36
[176] Schwendinger, Christian: Kriegspropaganda in der Habsburger Monarchie zur zeit des Ersten Weltkriegs. Eine Analyse anhand fünf ausgewählter Zeitungen. – Hamburg 2011, S.155
[177] ebenda, S.48

ten in unsere Ausgabe aufgenommen, die Josef Strasser zwischen 1914 und 1917 verfasst hatte, die erste davon noch unmittelbar vor Kriegsausbruch im Juli 1914.

Dieser erste Text, ***Ein Revolutionsroman***,[178] war eine politische Literaturkritik und beschäftigte sich mit dem 1912 publizierten und damals viel gelesenen Roman *Als wär es nie gewesen* von W. Ropschin. Das war das literarische Pseudonym des einstigen Terroristen und Sozialrevolutionärs Boris Sawinkow (1879–1925), der sich später zu einem erbitterten Gegner der Bolschewiki entwickelte. Er schrieb zwei Romane, der erste davon *Das fahle Pferd* (1909), in dem er mit großer psychologischer Schärfe einen Terroristen zeichnet, dem das Morden zu einer Passion geworden ist und der aus dem psychischen Gleichgewicht kommt. Im zweiten Roman, *Als wär es nie gewesen* (1912), demonstrierte er an den Schicksalen dreier Brüder, die alle ihr Leben im Dienste des Terrorismus lassen, die Ursachen des Misslingens der ersten russischen Revolution von 1905.

Ropschin schildert, wie die Herrschenden über den revolutionären Terrorismus ihre Stabilität und Legitimität zurückgewinnen konnten, indem sie dagegen Staat und Repressionsapparat organisierten und das *Volk* gegen die *Revolutionäre* aufwiegelten. Thema ist der menschliche Verschleiß und vor allem die politische Instrumentalisierung der Illegalen durch die Geheimpolizei, die den revolutionären Geheimbund unterwandert und im Sinne der staatlichen Gewalt instrumentalisiert.

Was Strasser an Ropschin kritisierte, war vor allem seine politischen Schwächen – die Konsequenzen, die Ropschin aus dem Scheitern des Terrorismus (nicht) zog. Denn er machte "*nicht den leisesten Versuch, die Schwächen der revolutionären Bewegung, die Irrtümer und Fehler ihrer Führer mit der ganzen geschichtlichen Situation in einen ursächlichen Zusammenhang zu bringen. Wo geschichtliche Notwendigkeiten aufzuzeigen wären, sieht er nur zufällige individuelle Unzulänglichkeiten.*"[179]

Der zweite Text wurde 1915 publiziert, fiel also bereits in die Kriegszeit. Die ***Bismarckiade*** war eine als Literaturkritik verkleidete politische Abrechnung mit dem Hurra-Patriotismus von Gustav Frenssen, aber auch mit Bismarck, zu dessen 100. Geburtstag Frenssen ein verklärendes Epos verfasst hatte. Gustav Frenssen gehörte im deutschen Kaiserreich, aber auch noch in der Zeit des Nationalsozialismus zu den meistgelesenen Schriftstellern, der in seinen Werken kolonialistische, rassistische und antisemitische Vorurteile bediente.[180] In seinem Roman *Die drei Getreuen* von 1898 hatte er bereits die Parole vom *Volk ohne Raum* geprägt und damit Kolonial- und Angriffskriege des Deutschen Reiches literarisch-ideologisch vorbereiten geholfen.

Als Frenssen zu Beginn des Weltkriegs sein als *Nationalepos* gedachtes und in Hexametern abgefasstes Werk *Bismarck* publizierte, war die Aufnahme eher kühl: Er bekam dafür nicht nur vernichtende Kritiken, sondern sah sich auch persönlichen Angrif-

---

[178] Strasser, Josef: Ein Revolutionsroman. – in: Der Kampf, Jg. 7, Nr. 10, 1. Juli 1914S.477ff.; S.229ff. unserer Ausgabe

[179] ebenda, S.232 unserer Ausgabe

[180] Bezeichnend erscheint in diesem Zusammenhang wohl auch, dass er die Tatsache, dass er nicht für den Literatur-Nobelpreis ausgewählt wurde, nicht auf seine möglicherweise mangelhafte Qualität als Schriftsteller zurückführte, sondern dafür die "*Kabalen einer Judenclique*" verantwortlich machte. – Gustav Frenssen. – http://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Frenssen

fen ausgesetzt, er beherrsche die Form des Epos im Allgemeinen sowie des Hexameters im Besonderen nur stümperhaft. Frenssen veranlasste die Zurücknahme des Werkes aus dem Buchhandel, was er damit begründete, dass er in Kriegszeiten dem deutschen Volk nicht zusätzlichen inneren Zwist bescheren wolle.[181]

Mit beißendem Spott legte Strasser die Hohlheit von Frenssens Epos dar. Der abschließende Rat – knapp nach einer von der Zensur konfiszierten Stelle – wies jedoch über den gescholtenen Dichter weit hinaus: "*Wie wär's, wenn Herr Frenssen seinen Bismarck umdichtete? Er ist doch ein Mann, der schon gezeigt hat, dass er in verschiedenen Sätteln reiten kann. Und im Weltkrieg lernen doch auch die bockbeinigsten Doktrinäre um.*"

Auch der folgende Artikel, ***Von der grauen Theorie zur feldgrauen***,[182] ebenfalls 1915 im theoretischen Organ der österreichischen Sozialdemokratie, im *Kampf*, erschienen, war von der Zensur gekürzt worden. Von Werber Sombart war 1915 in München und Leipzig *Händler und Helden. Patriotische Besinnungen* erschienen. Sombart hatte Rechtswissenschaft studiert, 1890 wurde er Professor für Staatswissenschaft. Berufungen nach Freiburg, Heidelberg und Karlsruhe scheiterten aber am Einspruch des badischen Großherzogs Friedrich II., der ihn als *radikalen Linken* ablehnte. Sombart wurde 1890 Professor in Breslau und lehrte dort bis 1906 Staatswissenschaften mit Spezialisierung auf europäische Wirtschaftsgeschichte. 1906 ging er an die Handelshochschule Berlin. In seinem Hauptwerk *Der moderne Kapitalismus* (1902) begründete er die Einteilung in die Entwicklungsphasen Früh-, Hoch- und Spätkapitalismus.

Sombarts Werk *Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert* aus dem Jahr 1896 hatte seinen Ruf, *Sozialist* zu sein, verstärkt. Das hinderte ihn aber nicht, in *Die Juden und das Wirtschaftsleben* (1911) Juden als kapitalistische Hauptakteure vorzuführen und an antisemitischen, rassistischen Vorurteilen anzuknüpfen. Dass er im Ersten Weltkrieg die deutsche Kriegsmaschinerie ideologisch unterstützte, war da wohl mehr als ein Zufall. Für Strasser war daher auch klar: "*Beim Lesen seiner patriotischen Besinnungen hat gewiss mancher Leser ausgerufen: Tiefer geht's nimmer. Aber das ist ein Irrtum. Sombart hat noch eine große Zukunft unter sich.*"[183]

Auch für die September-Ausgabe 1915 des *Kampf* waren zwei Artikel von Strasser vorgesehen – einer davon, *Der deutsche Professor auf dem Kriegspfad*, fiel der Zensur ebenso zum Opfer wie ein Artikel von Rudolf Hilferding und einer von Friedrich Adler. Um wenigstens ein "*Lebenszeichen der Zeitschrift*" geben zu können, wurde das Heft in "*stark reduziertem Umfang*" ausgeliefert, immerhin erstreckten sich die Beschlagnahmungen auf mehr als 18 Seiten.[184]

In diesem September-Heft 1915 konnte aber immerhin ein zweiter Artikel Strassers die Zensur passieren: ***Zum ewigen Burgfrieden***. Die beiden Herausgeber des Sammelbandes symbolisierten bereits die Klassenkollaboration in schwieriger Zeit, für den

---

[181] Brand, Gregor: Frenssen, Gustav (1863 – 1945). – http://www.angelfire.com/art/gregorbrand/Frenssen.html

[182] Strasser, Josef: Von der grauen Theorie zur feldgrauen. – in: Der Kampf, – in: Jg. 8, Nr. 7/8, 1. August 1915, S.297ff.; S.239ff. unserer Ausgabe

[183] ebenda, S.249f. unserer Ausgabe

[184] Der Kampf, Jg. 8, Nr. 9, September 1915, S.305

dieser Sammelband stehen sollte: Auf der bürgerlichen Seite Friedrich Wilhelm Karl Thimme, Sohn eines protestantischen Pfarrers und konservativ geprägter Leiter der Bibliothek des Preußischen Herrenhauses, der in zahlreichen Aufsätze das klassenübergreifende Ideal einer im Kriegswillen vereinten deutschen Nation und deren gesamtgesellschaftliche Harmonie beschwor, während Carl Rudolf Legien das proletarische Lager repräsentieren sollte. Legien war von 1893 bis 1898 sowie ab 1903 (bis 1920) Reichstagsabgeordneter sowie langjähriger Sekretär, dann ab 1913 erster Präsident des *Internationalen Gewerkschaftsbundes*. 1919 sollte er auf dem Nürnberger Gründungskongress des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* (ADGB) dessen erster Vorsitzender werden.

Wikipedia beschreibt seinen politischen Standort innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung kurz und prägnant: "*Es gelang ihm, den Gewerkschaftsbund von radikalen sozialistischen und kommunistischen Gruppen frei zu halten.*"[185] Während des Ersten Weltkriegs trat Legien im Reichstag für den *Burgfrieden* ein und betrieb den Ausschluss der Linken aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Thimme und Legien waren die Herausgeber des Sammelbandes *Die Arbeiterschaft im Neuen Deutschland*. Dieses Buch, das je zur Hälfte von zehn bürgerlichen *Gelehrten* und von ebenso vielen führenden Funktionären von SPD und Freien Gewerkschaften verfasst worden war, erschien 1915 als publizistisches Symbol für die *Volksgemeinschaft* während des Krieges. Strasser legte, so deutlich dies im Angesicht der Kriegszensur auch immer möglich war, am Ende seines Artikels ein Bekenntnis zu Klassenkampf und proletarischer Eigenständigkeit ab: "*Mag sein, dass die Zwanzig glauben, ihr Buch werde zur Neuorientierung des einheitlichen und einigen deutschen Volkes etwas beitragen, in Wirklichkeit wird es aber nur Wasser auf die Mühle jener sein, die nichts sehnlicher wünschen als die Desorientierung der Arbeiterklasse.*"[186]

Auch der nächste Artikel, ***Ein Brevier für Umlerner***,[187] erschien im *Kampf*, und zwar letzten Heft des Jahres 1915, und war der Auseinandersetzung mit dem Opportunismus und der Revision des revolutionären Marxismus gewidmet. Peter Joseph Dietzgen (1828-1888) war ein sozialistischer Theoretiker und Journalist der frühen deutschen Arbeiter/innen/bewegung bzw. der deutschsprachigen proletarischen Bewegung in den USA. Er war Teilnehmer der Revolution von 1848/1849 gewesen. 1852 wurde er Mitglied des *Bundes der Kommunisten* und gelangte selbständig zu den Grundsätzen des dialektischen Materialismus. Seit Mitte der 1860er Jahre korrespondierte er mit Marx, wurde einer der Propagandisten des Marxismus, Mitglied der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* und Delegierter des Haager Kongresses der *Internationalen Arbeiter-Assoziation* von 1872. Unter dem Sozialistengesetz verfolgt, übersiedelte er 1884 in die USA und wurde Redakteur des New-Yorker *Sozialist* und der Chicagoer *Arbeiter-Zeitung*. 1881 hatte er seinen damals 19-jährigen Sohn Eugen in die USA geschickt, nicht zuletzt um die Literatur seines Vaters vor dem staatlichen Zugriff in Sicherheit zu bringen. Diesem Sohn übereignete Joseph Dietzgen später die Rechte an der Veröf-

[185] Carl Legien. – http://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Legien
[186] Strasser, Von der grauen Theorie zur feldgrauen, a.a.O., S.262 unserer Ausgabe
[187] Strasser, Josef: Ein Brevier für Umlerner. – in: Der Kampf, Jg. 8, Nr. 11/12, November-Dezember 1915, S.411ff.; S.263ff. unserer Ausgabe

fentlichung seiner Schriften. Nachdem Eugene Dietzgen für eine deutsche Firma in New York gearbeitet hatte, zog er nach Chicago und begann mit dem Aufbau der *Eugene Dietzgen Drafting Company*, die auch heute noch existiert. 1912 übersiedelte Eugen[e] Dietzgen wieder nach Europa und ließ sich in der Schweiz nieder.

Marx war sich trotz der langjährigen Bekanntschaft mit Joseph Dietzgen dessen Grenzen sehr bewusst – als dieser Anfang der 1880er Jahre Hegel zu studieren begonnen hatte, kommentierte Marx dies Engels gegenüber kurz damit, er halte "*den casus für unheilbar*".[188]

Dietzgens Sohn Eugen hatte nun begonnen, die Schriften seines Vaters neu zu verlegen. Was Strassers beißenden Spott anzog, waren nicht so sehr die Texte von Joseph Dietzgen selbst, sondern deren "*Bevorwortung*" durch Eugen Dietzgen. Eugen Dietzgens Interesse ging dahin, die bleibenden Verdienste seines Vaters zu erhöhen, indem er die Leistungen von Marx und Engels relativierte. Bei dem Versuch, Marx und Engels gegen Joseph Dietzgen auszuspielen, setzt Strasser an. Eugen Dietzgens Einwände gegen den Marxismus seien nichts anderes als ein "*fröhliches Wiedersehen mit guten alten Bekannten aus dem opportunistischen Lager*", so etwa dessen revisionistische "*Ehrfurcht vor dem Kapitalismus*":[189]

"*Diese Ehrfurcht vor dem Kapitalismus ist das Um und Auf des proletarischen Opportunismus.* (...) *Der Opportunismus überschätzt alle Schwierigkeiten des Sozialismus und unterschätzt die Leistungsfähigkeit des Proletariats, beides in der maßlosesten Weise. So muss er natürlich dazu kommen, den 'revolutionären Klassenkampfstandpunkt' zu verwerfen.*"[190]

Alles in allem war das Jahr 1915 das produktivste von Josef Strasser, was seine Beiträge für die Theoriezeitschrift *Kampf* betraf. Im Jahr 1916 wurde ein einziger Artikel abgedruckt, 1917 und 1918 keiner mehr. Dies hing natürlich mit der Mitgliedschaft im *Verein "Karl Marx"* zusammen. Hier hatte sich unter Friedrich Adlers Führung 1916 die innerparteiliche Opposition gesammelt. Dem Verein schloss sich eine Gruppe von Linksradikalen an, die sich 1915/1916 in strikter Opposition zur sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik gesammelt hatte. Sie bestand aus Mitgliedern des *Verbandes jugendlicher Arbeiter*, sozialdemokratischen Mittelschüler/inne/n und Student/inn/en, zu ihnen gehörten Franz Koritschoner, Anna Ströhmer, Leopold Kulcsar oder Max Lazarowitsch.

Die Parteiführung, die den *Kampf* redaktionell in der Hand behalten hatte, hatte natürlich kein Interesse daran, der Opposition zusätzliche Publikationsmöglichkeiten zu geben. Oppositionelle hatten daher kaum mehr Möglichkeiten, ihre Positionen in der (Partei-) Öffentlichkeit zu publizieren. Dies wird sicher ein wesentlicher Grund dafür gewesen sein, dass von Strasser bis zum Kriegsende nur mehr ein einziger Artikel im *Kampf* zu finden sein wird. Das Kultur-Feuilleton der *Arbeiter-Zeitung* mit Theaterkritiken, Buchrezensionen usw. war da sicherlich die für die Parteiführung weniger problematische und weniger gefährliche Alternative.

---

[188] Marx an Engels. 5. Januar 1882. – in: MEW 35, S.31
[189] Strasser, Ein Brevier für Umlerner, a.a.O., S.267 unserer Ausgabe; Hervorhebung im Original
[190] ebenda, S.267

Der letzte Artikel von Strasser im *Kampf* erschien 1916, war mit ***Ein Jubiläum mit Hindernissen*** betitelt und hatte Franz Grillparzers 125. Geburtstag zum Inhalt.[191] Auch der Parteiideologe der patriotisch gewendeten KPÖ, Ernst Fischer, hatte sich mit Franz Grillparzer beschäftigt, nicht zuletzt darum, um der Theorie der österreichischen Nation eine ideologische Untermauerung zu geben. Fischer widmete als Leiter des *Staatsamts für Volksaufklärung, Unterricht, Erziehung und Kultusangelegenheiten* des Jahres 1945, das etwa mit dem heutigen Unterrichtsministerium vergleichbar ist, dem Dichter des Vormärz sogar eine im Parteiverlag *Globus* erschienene eigene Publikation.[192]

Strasser zeigt uns einen an der Bürokratie Österreichs gescheiterten Grillparzer: "*Streitigkeiten mit der Zensur, die Schikanen, Zurücksetzungen und Demütigungen, die er trotz der korrektesten Pflichterfüllung als Beamter erduldet hatte – und erduldet hatte, während protegierte Talentlosigkeiten und korrumpierte Talente im Staatsdienst mühelos emporgestiegen waren – dieses materielle, moralische und geistige Elend hatte ihn zermürbt.*" Und die Konsequenz: "*Österreich hatte seinen größten Dichter endgültig besiegt*."[193] Und das, obwohl Grillparzer der "*loyalste Untertan*" war, denn "*die Dynastie repräsentierte ihm das Vaterland*".[194] Der Sinn des Textes liegt also ganz offensichtlich darin, dass nicht nur die Schwierigkeiten des offiziellen Österreich-Ungarn mit diesem unbequemen Dichter gezeigt werden sollten, sondern an seinem Beispiel auch die Sinnlosigkeit der *Vaterlandsliebe* – selbst der *loyalste Untertan* wurde schließlich gebrochen... Im Weltkrieg konnte das natürlich von allen, die wollten, auch nur so verstanden werden.

Der letzte Beitrag, der in diese Gruppe der unter Weltkriegszensur erschienenen Arbeiten gehört, ist der einzige hier aufgenommene aus der *Arbeiter-Zeitung*, dem *Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie in Österreich*, und wurde hier 1917 publiziert.[195]

Der Sohn war nicht nur das bedeutendste Werk von Walter Hasenclever, sondern zählt zu den wichtigsten Dramen des Expressionismus überhaupt. Das Stück zeichnet die innere Reifung eines Heranwachsenden nach und thematisiert – wie *Die Koralle* von Georg Kaiser – den Generationenkonflikt. Beginnend als private Auseinandersetzung zwischen Vater und Sohn, entwickelt sich das Stück zu einem gesellschaftlichen Konflikt, der sich in einem revolutionären *Kampf gegen die Väter* entlädt. Am Schluss kehrt das Stück auf die private Ebene zurück. Strasser gab in seiner Theaterkritik eine feinfühlige psychologische Interpretation dieses Konfliktes und seiner natürlichen und gesellschaftlichen Ursachen.

---

[191] Strasser, Josef: Ein Jubiläum mit Hindernissen. – in: Der Kampf, Jg. 9, 1916, S.42ff.; S.270ff. unserer Ausgabe

[192] Fischer, Ernst: Franz Grillparzer. Ein großer österreichischer Dichter. – Wien 1946. Der Anfang der 1960er Jahre erschienene Essay-Band *Von Grillparzer zu Kafka* war da schon wesentlich differenzierter als die 44 Seiten des Jahres 1946. – vgl. dazu: Fischer, Ernst: Von Grillparzer zu Kafka. Sechs Essays. – Wien 1962

[193] Strasser, Ein Jubiläum mit Hindernissen, a.a.O., S.275f. unserer Ausgabe

[194] ebenda, S.271 unserer Ausgabe

[195] j.str.: Der Sohn. – in: Arbeiter-Zeitung, 28. Jänner 1917, S.9f.; S.277ff. unserer Ausgabe

Verfolgt man die Aufführungsgeschichte, wird klar, wie sehr das Drama mit seiner Thematisierung von Autoritätskonflikten den Nerv der Zeit traf. Bei der Premiere des Dramas in München kam es zu einem Skandal wegen des Abspielens der Marseillaise. Konservative Kreise reagierten daraufhin geschockt und mit Wut. Das Drama wurde letztendlich zum Diskussionsgegenstand im deutschen Reichstag. Im März 1918 wurde dann *Der Sohn* an den Berliner *Reinhardt-Bühnen* aufgeführt – allerdings nur einmal und unter Ausschluss der Öffentlichkeit![196]

Strasser zeigte mit seinen Theaterkritiken, in die er sich gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Dichter und Bildungsarbeiter Josef Luitpold Stern (1886-1966) vertieft hatte und die er für die *Arbeiter-Zeitung* verfasste, dass er sich auch in diesem Metier mit Witz, Charme und treffender Ironie bewegen konnte.

Dieser kurze Text beschließt unsere Dokumentation der Werke Strassers, die während des Weltkriegs entstanden waren. Die kommenden Arbeiten gehören bereits in eine neue Epoche – in die des endgültigen Bruchs mit der Sozialdemokratie und des Übergangs zur kommunistischen Bewegung.

In der KPÖ

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und im Gefolge der Russischen Revolution wurde im November 1918 die *Kommunistische Partei Deutschösterreichs* (wie die Partei bis 1920 offiziell heißen sollte) gegründet. Der neuen Partei stand das Ehepaar Strasser allerdings reserviert gegenüber – Josef und Isa Strasser erschien eine Abspaltung von der Sozialdemokratischen Partei verfrüht.

Die neue Organisation umfasste ursprünglich nur einen kleinen Teil jener politischen Kräfte, die links von der Sozialdemokratie standen und sich auf die Gründung einer neuen internationalistischen Kraft orientierten. So war es nicht gelungen, die Gruppe der "Linksradikalen" zur gemeinsamen Parteigründung zu bewegen: Franz Koritschoner, deren führender Kopf, orientierte sich auf eine Entrismus-Arbeit in der Sozialdemokratie, um größere Teile der Partei für eine Neugründung zu gewinnen. Zusätzlich war das bis zum 1. Parteitag im Februar 1919 tonangebende Ehepaar Paul und Elfriede Friedländer in der sich formierenden Bewegung äußerst unbeliebt, sodass auch persönliche Animositäten zum Nichtanschluss weiterer Teile der linksoppositionellen Strömung führten. Mehr aus Parteiräson, denn aus wirklicher Überzeugung fusionierten die Reste der "Linksradikalen" – denen das Wiederanknüpfen an ihre Traditionen vom Jännerstreik 1918 nicht mehr gelungen war und die nun genauso isoliert wie die soeben gegründete KPDÖ waren – am 7. Dezember 1918 mit der nun schon einmal gegründeten Partei. Allmählich traten der Kommunistischen Partei weitere, großteils isolierte Elemente bei, sodass im Frühjahr 1919 die KPDÖ trotz ihrer Kleinheit aus mehreren rivalisierenden Gruppierungen bestand.

Auch das Ehepaar Strasser vollzog den Anschluss an die KPDÖ erst im Frühjahr 1919. Josef Strasser dürfte wie seine Frau Isa in Opposition zur Linie der Partei im entscheidenden Frühjahr 1919 gestanden haben, übernahm aber die Redaktion der

[196] Kranig, Anne: Walter Hasenclever – Betrachtung der Werke "Der Sohn" und "Konflikt in Assyrien". [Seminararbeit Universität Potsdam, Wintersemester 2003/2004], S.28

Wochenzeitung *Die soziale Revolution* und später der *Roten Fahne*, ohne dass seine Gegnerschaft zum *Direktorium* unter *Ernst Bettelheim* dadurch gemindert worden wäre. Am 3. Parteitag der KPÖ im Dezember 1919[197] sprach Strasser gegen die putschistische Tendenzen, die die Partei noch im Frühjahr 1919 zeitweise dominiert hatten.

Der erste wichtige Text aus diesem Zusammenhang – ***Was ist der Arbeiterrat?*** – erschien in der *Roten Fahne* vom 10. Oktober 1919 auf der Titelseite. Er bezog sich auf die Neuwahlen der Arbeiterräte im November 1919. Liest man die *Rote Fahne* des Jahres 1919, lässt der neuen Ton, den Strasser hier anschlägt, aufhorchen:

Die Räteorganisation sei, so Strasser, "*berufen, in den gewaltigen Kämpfen, die der Arbeiterklasse bevorstehen, eine große, eine entscheidende Rolle zu spielen. Der Arbeiterrat wird sich als die wichtigste aller proletarischen Organisationen erweisen. Vor allem hat er vor allen anderen Organisationsformen das eine voraus. dass er auch den letzten, indifferentesten Proletarier erfassen kann.*" Der Arbeiterrat sei "*der Träger der proletarischen Revolution*".[198] Es gebe "*Ungeduldige und Schwärmer*", die zwar "*Alle Macht den Räten!*" sagen würden, ohne aber zu glauben, dass der Revolution durch die Schaffung einer starken Räteorganisation vorgearbeitet werden müsse; "*sie meinen allen Ernstes, erst müsse Revolution gemacht werden, die zur Ausübung der Diktatur erforderlichen Arbeiterräte würden sich dann schon finden*" – alles das sei eine "*Torheit*".[199]

Strassers Position hat widersprüchlichen Charakter. Einerseits war sie eine *realistische* Reaktion auf den Ultimatismus und Putschismus der frühen Kommunistischen Partei und somit ein *positiver* Ansatz. Auf der anderen Seite aber zeigte Strasser hier deutliche Abgleitflächen in Richtung einer spontaneistischen, rätekommunistischen Tendenz. Richtig war, dass die Gewinnung der Arbeiter/innen/räte als *Massen*organisation des Proletariats für eine revolutionäre Perspektive notwendig ist. Ebenso wahr aber ist auch, und das sagt Strasser bezeichnenderweise nicht, dass auch eine *bewusste Avantgarde*, also eine in diesen Massen verankerte revolutionäre Partei, für die proletarische Revolution unabdingbar sein wird.

Dieses Element des Spontaneismus war im Mikrokosmos des österreichischen Kommunismus nicht unbedingt eine *rechte*, eine *menschewistische* Position, wie der stete Vorwurf an Strasser lautete. Wichtigster Ausdruck dieser Richtung war eine eher ultralinke Strömung, die *Föderation revolutionärer Sozialisten 'Internationale'* (FRSI), die bis Februar oder März 1919 mehr Anhänger/innen als die KPDÖ hatte und auf die Soldatenräte und die Volkswehr einen nicht unbeträchtlichen Einfluss ausübte.[200]

Die FRSI ging (im Unterschied zur KPDÖ) davon aus, dass mit dem Ende des Weltkrieges und dem Aufschwung der revolutionären Bewegung eine neue Periode der proletarischen Bewegung begonnen habe, die auch neue Kampfformen hervorbringen werde. Die FRSI lehnte anfänglich die *Parteimacherei* des *Geheimkonventikels*, also

---

[197] Die *Reichsvertrauensmännerkonferenz* vom 6. und 7. Juli 1919, von der kein Protokoll existiert und die in die Zeit des Direktoriums fiel, wurde später als 2. Parteitag gezählt. – vgl. dazu: Historische Kommission..., Die Kommunistische Partei Österreichs..., a.a.O., S.57

[198] Was ist der Arbeiterrat? – in: Rote Fahne, 10. Oktober 1919, S.1; Hervorhebung im Original.

[199] ebenda, S.1

[200] Hautmann, Geschichte der Rätebewegung..., a.a.O., S.630

der KP-Führung, strikt ab. An deren Stelle sollte ein *übernationaler revolutionärer Bund* treten. Die FRSI zog also (unter anderem aus der besonderen Form der Gründung der KP von einem kleinen Zirkel aus) die fatale Konsequenz, dass Parteien überhaupt nicht mehr benötigt würden.[201] Die FRSI ging damit weiter als Strasser, aber eine auffällige *Unterbewertung* der Aufgaben einer Partei im revolutionären Prozess war auch bei ihm unverkennbar.

Gegen den Artikel erhob sich in der Partei sofort eine Front der Ablehnung. Strasser sah sich zu einem weiteren Artikel gezwungen, der am 6. November 1919 in der *Roten Fahne* erschien und in dem er auf die Kritik einging – immerhin hatte der Artikel *Was ist der Arbeiterrat?* in der Partei "*nicht überall Anklang gefunden*", nicht nur "*einzelne Genossen, auch ganze Organisationen*" hätten sich "*gegen ihn erklärt*".[202]

Kommunisten und Arbeiterräte stand also in einem direkten Zusammenhang mit dem ersten Artikel und führte dessen Thesen weiter aus. Strasser konzentriert sich auf den Punkt, dass die Kommunisten in den Arbeiterräten die Mehrheit werden müssten. "*Denn wir sind wirklich der festen Überzeugung, dass der Kommunismus erst möglich wird, wenn die Mehrheit der Arbeiter zum Bewusstsein ihrer Lage gekommen ist, also kommunistisch denkt, was natürlich darin zum Ausdruck kommen muss, dass die Kommunisten in den Arbeiterräten die Mehrheit werden.*"[203]

Strasser berief sich in dieser Frage, "*um nicht in den Verdacht des Menschewismus zu kommen*", auf die Autorität der *Kommunistischen Internationale*, des *Spartakusbundes* und von *Rosa Luxemburg*. In den *Leitsätzen über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur* hatte es auf dem ersten Weltkongress der *Kommunistischen Internationale* (2.-19. März 1919) unmissverständlich geheißen, "*dass die Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern, wo die Rätemacht noch nicht aufgerichtet ist in folgendem besteht: 1. In der Aufklärung der breiten Massen der Arbeiterklasse über die historische Bedeutung der politischen und praktischen Notwendigkeit einer neuen proletarischen Demokratie, die an Stelle der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus gesetzt werden muss. 2. In der Ausbreitung und dem Aufbau der Räte in allen Gebieten der Industrie, unter dem Militär, in der Flotte, wie auch bei den Landarbeitern und Kleinbauern. 3. In der Eroberung einer sicheren, bewussten kommunistischen Mehrheit innerhalb der Räte.*"[204]

Beide Artikel waren – entsprechend der Praxis der *Roten Fahne* – nicht namentlich gekennzeichnet. Trotzdem besteht an der Autorschaft von Josef Strasser nicht der geringste Zweifel. Sie werden von Isa Strasser in ihrer *Auswahlbibliographie wichtiger*

---

[201] Scharinger, Manfred: Vorwort. – in: Johannes Wertheim: Die Föderation revolutionärer Sozialisten 'Internationale'. Zur Frühgeschichte der KPÖ. – Kleine Schriftenreihe zur österreichischen Arbeiter/innen/geschichte, Nr.10, Wien 2003, S.11f.

[202] Kommunisten und Arbeiterräte. – in: Die Rote Fahne, 6. November 1919, S.3; S.284 unserer Ausgabe

[203] ebenda, S.3; S.284unserer Ausgabe

[204] Leitsätze über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur. – in: Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongress. – Hamburg 1920, S.44

Artikel Josef Strassers genannt,[205] Hans Hautmann lässt ebenfalls keinen Zweifel,[206] und indirekt bekannte sich auch Strasser auf der Reichskonferenz der KPDÖ am 8. und 9. Dezember 1919 zu diesen beiden Artikeln.[207]

Genau die hier vertretene Linie verteidigte Josef Strasser auch auf dieser Reichskonferenz, die später als dritter Parteitag gezählt wurde, wo er das ***Referat über die Richtlinien der kommunistischen Politik*** hielt.[208]

Auf der *Reichskonferenz* vom Dezember 1919 räumte Strasser mit Illusionen der Partei auf. So "*glaubten die Genossen, die Arbeiter würden sich in Massen der kommunistischen Partei anschließen. Einen weiteren Irrtum zeugte die sogenannte Novemberrevolution. Man glaubte, es könne ihr sofort die Errichtung der Rätediktatur folgen, obwohl für diese alle Voraussetzungen fehlten. Die falsche Abschätzung der Verhältnisse beeinflusste die Politik der Partei in der nachhaltigsten Weise. Die Partei ging von der Voraussetzung aus, sie werde nach nunmehr kurzem Kampfe die Macht an sich reißen und dauernd behaupten können. Niemand glaubte, dass die soziale Revolution ein Prozess ist, in dem auf Siege Niederlagen folgen, Rückschläge und Stockungen eintreten können.*"[209]

Aus dem leitete Strasser auch eine Kritik putschistischer Tendenzen ab: "*Die proletarische Revolution ist nur möglich als das Werk zielbewusster, organisierter Massen.* (...) *Darum muss die Kommunistische Partei ihr Hauptaugenmerk darauf richten, Einfluss auf die Mehrheit der Arbeiterschaft zu gewinnen, sie von der Richtigkeit der kommunistischen Anschauungen zu überzeugen. Das heißt natürlich nicht, dass jeder Arbeiter ein geprüfter Marxist sein muss. Es gilt aber, endgültig mit der Anschauung zu brechen, dass die proletarische Revolution das Werk einer erlesenen Minderheit sein kann und muss.* (…) *Wenn wir sagen, dass die Arbeiterräte die natürlichen Träger der Revolution sind, so heißt das natürlich nicht, dass wir den Arbeiterrat für ein Wunderwesen halten, dem geheimnisvolle revolutionäre Kräfte innewohnen. Der Arbeiterrat kann nur revolutionär wirken im lebendigen Zusammenhang mit den Massen der Arbeiterschaft. Wer da glaubt, dass Arbeiter nur ihre Räte zu wählen brauchen und dass diese dann allein, isoliert eine revolutionäre Tätigkeit entfalten können, der ist natürlich auf dem Holzweg.* (…) *Die Frage: Was tun wir, wenn die Masse revolutionär ist, der Arbeiterrat aber nicht oder umgekehrt? beruht auf der unmöglichen Voraussetzung, dass der Arbeiterrat von der Masse abgesondert und unabhängig existiert. Wo der Arbeiterrat seinen Namen verdient, kann dieser Fall nicht eintreten: ein wirklicher Arbeiterrat kann nur die Stimmungen und Anschauungen der Massen zum Aus-*

---

[205] Isa Strasser, Josef Strasser – ein Lebensbild, a.a.O., S.108 und Strasser, Josef: Der Arbeiter und die Nation. – Wien 1982, S.110

[206] Hautmann, Geschichte der Rätebewegung..., a.a.O., S.742

[207] Strasser, Die Reichskonferenz, Das Referat über die Richtlinien..., a.a.O., S.2
in: Die Rote Fahne, 12. Dezember 1919, S.2

[208] Die Parteigeschichte bewertet dieses Referat positiv, ohne allerdings Josef Strasser als Referenten zu nennen. – Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hrg.), a.a.O., S.56

[209] Strasser: Die Reichskonferenz. Das Referat über die Richtlinien der kommunistischen Politik. – in: Die Rote Fahne, 12. Dezember 1919, S.2; S.287 unserer Ausgabe

druck bringen. Er kann und soll die Aktion der Massen leiten, aber er kann nicht an die Stelle der Massen treten."[210]

Damit wurde anerkannt, dass die Mehrheitsverhältnisse im Arbeiterrat ein im Wesentichen richtiges Bild der Kräfteproportionen innerhalb des österreichischen Proletariats boten und dies von der KP in ihrem politischen Handeln illusionslos einkalkuliert werden müsse.[211] Und das konnte eben nur heißen, sich von der Theorie des Putschismus zu verabschieden, sich davon zu trennen, dass die KPDÖ stellvertretend für die Arbeiter/innen/klasse und an deren Stelle die proletarische Revolution als Aktion einer bewussten Minderheit durchführen könne.

Die Hauptaufgabe könne daher auch nur die geduldige Arbeit zur Erreichung einer Mehrheit in der Arbeiterklasse sein. Die Konferenzen der kommunistischen Arbeiterräte im Dezember 1919 und Januar 1920 sollten dann auch die Bereitschaft bekräftigen, im Arbeiterrat eine seriöse und nutzbringende Tätigkeit zu entfalten und in allen Arbeiterratskommissionen *aktiv* mitzuwirken.[212]

Letztlich konnte sich die KPDÖ – allerdings gegen den massiven Widerstand einer Minderheit, die sich auch am Parteitag nicht umstimmen ließ – auf eine Reihe wichtiger Grundsätze einigen. Dazu gehörte die Ablehnung der Theorie einer *aktiven Minderheit*, die Abkehr von einer hyperrevolutionären Phraseologie und die Hinwendung zu einer konkreten Aufklärungsarbeit unter den proletarischen Massen, die Hinwendung zur Eroberung einer kommunistischen Mehrheit in den Arbeiter- und Soldatenräten als Vorbedingung der proletarischen Revolution und die Inangriffnahme einer gewerkschaftlichen Arbeit mit dem Ziel einer Revolutionierung der Gewerkschaftsverbände.[213]

Unter den Gegner/inne/n auf dem 3. Parteitag war auch Paul Friedländer, der seit März 1919 im KPDÖ-Parteivorstand für die Rätearbeit verantwortlich war. Er war zwar Bettelheim und dem *Direktorium* der Partei im Frühjahr 1919 reserviert gegenüber gestanden, vertrat aber bis etwa 1920/1921 ähnliche Ansichten. Im Herbst 1919, als in der KPDÖ die Stimmung zur Überwindung der putschistischen Illusionen wuchs, war er Gegner dieses Kurses. Auf dem 3. Parteitag ging er in seiner Diskussionsrede in völliger Verkennung der relativen Stabilisierung der Situation nach dem Ende der ungarischen Räterepublik davon aus, dass sich die Krise in Österreich täglich zuspitze. Er tendierte in die Richtung der voluntaristischen *aktiven Minderheit* und plädierte dafür, den *Arbeiterrat*, diesen *Diskutierklub*, diese "*Vollzugsorgane der kapitalistischen Gesellschaft*", vor vollendete Tatsachen zu stellen: "*Die Proletarierdiktatur muss schon erobert sein, bevor der Arbeiterrat sein Ja und Amen sagen wird.*" Friedländer sollte diese Position bis Ende 1920 beibehalten und erst im Herbst 1920, nach dem Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 26. August 1920, eine grundlegende Korrektur vornehmen.[214]

---

[210] ebenda, S.2; S.290f. unserer Ausgabe
[211] Hautmann, Geschichte der Rätebewegung…, a.a.O., S.621
[212] ebenda, S.621
[213] Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hrg.), a.a.O., S.56
[214] Hautmann, Geschichte der Rätebewegung…, a.a.O., S.621

Innerparteilich sollte Strasser noch einmal auf einem Parteitag im Zentrum von Konflikten stehen. Der fünfte Reichsparteitag der KPÖ (25.-27. März 1922) stand ganz im Zeichen der Auseinandersetzung um das neue Organisationsstatut. Die revolutionäre Nachkriegskrise war vorbeigegangen, die KPÖ war zwar immer noch eine Minderheitsströmung innerhalb der organisierten Arbeiter/innen/bewegung, hatte allerdings Ende 1920 / Anfang 1921 ihre Basis um einiges verbreitern können. Die Partei konnte die *Tschechischen Zentralisten* gewinnen; und am vierten (Einigung-) Parteitag vom 23. bis 25. Januar 1921 wurde die Vereinigung mit der linken Opposition in der Sozialdemokratie, die sich um Josef Frey und die *Sozialdemokratische Vereinigung revolutionärer Arbeiterräte* (SARA) gruppiert hatte, vollzogen.

Josef Frey war Redakteur der *Arbeiter-Zeitung* und ab November 1918 Vorsitzender des Wiener Soldatenrates gewesen. 1920 hatte er sich zum endgültigen Bruch mit der Sozialdemokratie entschlossen und war Januar 1921 in die KPÖ eingetreten. Josef Frey war tief in den Fraktionskämpfen der kommenden Jahre in der KPÖ involviert. 1927 wurde er aus der KPÖ ausgeschlossen und war in der Folge die treibende Kraft in der Gründung der linksoppositionellen *KPÖ-Opposition* (KPÖ-O) und 1934 des illegalen *Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse*. 1938 musste er als führende Persönlichkeit der österreichischen Linksopposition aus "rassischen" Gründen flüchten und emigrierte in die Schweiz, wo er bis zu seinem Tod (1957) der linksoppositionellen Bewegung verbunden blieb.

Josef Frey war seit seinem Eintritt Mitglied des Parteivorstandes der KPÖ. Der Widerstand eines Flügels der KPÖ um Franz Koritschoner gegen die Linie der Kommunistischen Internationale änderte ab Herbst 1921 das Kräfteverhältnis langsam zugunsten von Frey, den allein schon seine politische Vergangenheit zum Exponenten der von der Komintern unterstützten Einheitsfrontpolitik und des Kurses eines *Heran an die Massen!* werden ließ. Frey wurde nun zum Motor der gesamten Parteireorganisation.[215] Der Status eines Propagandazentrums, "*um das sich herum 18.000 Mitglieder gruppieren*",[216] sollte überwunden, die finanzielle Unabhängigkeit von der Komintern erreicht werden.

Das alles waren Eckpunkte, die Josef Strasser hätten entgegenkommen müssen. Und trotzdem sollte der fünfte Parteitag vom März 1922 Frey und Strasser auf verschiedenen Seiten sehen. Die Komintern unterstützte in einem Schreiben die straffe Zentralisation, wandte sich gegen alle Tendenzen, dieses Gefüge zu lockern, plädierte für die Lokalorganisation als Basis und die Betriebszellen als Ergänzung des Parteiaufbaus, für eine einheitliche politische Führung und wies die Partei auf die Thesen zur Einheitsfronttaktik hin. In den Debatten am ***5. Parteitag*** verteidigte Frey in seinem Referat das neue Organisationsstatut mit aller Vehemenz gegen Strasser, der in Freys Entwurf eine Einschränkung der innerparteilichen Demokratie und die Einführung einer Parteivorstandsdiktatur sah.[217]

Strasser trug seine Argumentation mit schweren Geschützen vor: Sollte Frey mit seinen Organisationsmethoden recht haben, hätte er – Strasser – sich ganze 34 Jahre

[215] Keller, Gegen den Strom..., a.a.O., S.22
[216] Rote Fahne, 14.8.1921. – zitiert nach: Keller, Gegen den Strom..., a.a.O., S.22
[217] Keller, Gegen den Strom..., a.a.O., S.23

fälschlicherweise für einen Kommunisten gehalten; es sei die "*große Tragödie*" seines Lebens, dass Frey erst vor einem Jahr Kommunist geworden sei und ihn erst jetzt im ABC des Kommunismus unterweisen könne. Ohne das Prinzip des demokratischen Zentralismus zu verwerfen, stellte Strasser fest: "*Der Zentralismus darf nicht die Demokratie erschlagen, und ich habe den Eindruck, dass in diesem Organisationsstatut ein solcher Mordanschlag versucht wird.*"

Im neuen Organisationsstatut war auch ein Vetorecht des Parteivorstandes gegen Entscheidungen von Parteigremien vorgesehen. Die Voraussetzung dafür wäre eine nachgewiesene politische Autorität dieses Gremiums. Diese existiere in Sowjetrussland, nicht jedoch in der österreichischen KPÖ, der es an politischen Autoritäten mangle: "*In Russland gibt es eine große Anzahl Genossen, die in jahrelanger Arbeit bewiesen haben, dass sie alle Eigenschaften besitzen, die man von einem Kommunistenführer verlangen kann: Mut, Entschlossenheit, Scharfsinn, Umsicht, Opferwilligkeit. Wie steht es aber bei uns? Setzen wir den Fall: In jedem Mitglied unseres Parteivorstandes steckt ein Lenin und ein Trotzky. Dann müssen wir sagen: Sie haben bis heute noch keine Gelegenheit gehabt, es zu zeigen.*"[218]

Frey schoss ebenso scharf zurück: Strassers Gedankengänge seien "*liquidatorisch*", denn das zentralistische Prinzip müsse unabhängig von der politisch richtigen oder falschen Linie des Parteivorstandes gesehen werden. Besonders sitzen musste Freys Replik, dass die Kritik von Strasser, einem ausgewiesenen Exponenten des rechten Parteiflügels, "*absolut levitisch*" sei.[219] Der Bezug auf Paul Levi war ja auch bei Strasser selbst angeklungen, der sich gegen den Vorwurf verteidigte, "*ein Sozialdemokrat, ein Lewit, ein Menschewik, ein Saboteur, ein Liquidator*" zu sein.[220] Paul Levi hatte neben Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zur Gründer/innen/generation der KPD gehört, deren Vorsitz er von März 1919 bis Februar 1921 innehatte, als er nach Ablehnung der *Offensivstrategie*, die in der Leitung der Partei eine Mehrheit hatte, zurücktrat. In der Broschüre *Unser Weg. Wider den Putschismus* hatte Levi die putschistische Taktik der KPD beim Märzaufstand 1921 öffentlich kritisiert. Nachdem er diese Kritik aufrechterhielt, wurde er auf Betreiben der Mehrheit der Komintern-Führung um Sinowjew aus der KPD ausgeschlossen. *Lewit* zu sein, war zu dieser Zeit bereits ein Synonym für Sympathisant/inn/en des rechten Flügels innerhalb der Parteien der Kommunistischen Internationale geworden. Die Sympathien für Paul Levi waren sicher weiter verbreitet, als es nach außen hin schien, und *vom Inhalt her* war diese in ihrer Kritik an der Offensivstrategie ja auch durchaus angebracht gewesen. Nicht nur Clara Zetkin sympathisierte damit, ohne allerdings die organisatorischen Konsequenzen und den Bruch der Parteiloyalität, wie ihn Levi vollzogen hatte, mitzutragen.

Anfänglich scheint Strasser auch durchaus gewisse Sympathien am Parteitag gehabt zu haben. Das Protokoll vermerkt am Schluss seiner Rede "*Lebhafter Beifall*", und ein Genosse Pollak stellte fest, "*das vorliegende Statut atmet Geist des militärischen Zent-*

---

[218] Der fünfte Reichsparteitag der K.P.Ö. – in: Die Rote Fahne, 31. März 1922, S.4; S.294 unserer Ausgabe

[219] Der fünfte Reichsparteitag der K.P.Ö. – in: Die Rote Fahne, 2. April 1922, S.2

[220] Der fünfte Reichsparteitag der K.P.Ö. – in: Die Rote Fahne, 31. März 1922, S.3; S.292 unserer Ausgabe

ralismus".[221] Auch der am Parteitag anwesende Vertreter der *Kommunistischen Internationale*, Alois Neurath, sekundierte Strasser und charakterisierte das Statut mit "*schlimmer als ein militärisches Dienstreglement*".[222]

Dass Neurath als Vertreter der Kommunistischen Internationale am Parteitag für Josef Strasser – oder besser gegen das von Frey vorgestellte Organisationsstatut – sprach, dazu mag zumindest auch die langjährige Bekanntschaft von Strasser und Neurath beigetragen haben. Neurath war zwar 1886 in Wien geboren, profilisierte sich jedoch als Wortführer des linken Flügels der deutschböhmischen, sudetendeutschen Arbeiter/innen/bewegung, in dessen Zentrum Reichenberg/Liberec Strasser eine wichtige Rolle spielte. 1920 trat er aus der *Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* in der ČSR aus, um sich im Jahr darauf mit der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Linken zur *Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei* zusammenzuschließen. Es gab also durchaus Parallelen zwischen Strassers und Neuraths politischer Lebensgeschichte.[223]

Frey gelang es letztlich, eine überzeugende Mehrheit für seinen Entwurf zu bekommen. Er forderte die Delegierten in seiner langen Rede auf, mit dem Statut "*ein Schwert aus Stahl zu schmieden*".[224]

Als Frey zum *Entwurf des neuen Organisationsstatuts* sprach, legte er nach dem Bericht der *Roten Fahne* "*mit größter Schärfe und Klarheit*" den "*Gegensatz der Anschauungen zwischen dem Parteivorstand und der Opposition dar und zeigt, zu welchen geradezu auflösenden Tendenzen gewisse Anschauungen organisatorischer Natur, auch wenn ihre Vertreter sich dessen nicht bewusst sind, mit Notwendigkeit führen müssen. Gen. Frey zeigt, dass in dem Organisationsstatut das Höchstmaß an Demokratie verwirklicht ist, welches möglich ist, ohne den Zweck jeder kommunistischen Partei, ein Kampfmittel zum Siege über die Kapitalistenklasse zu sein, zu gefährden.*

---

[221] ebenda, S.5

[222] Der fünfte Reichsparteitag der K.P.Ö. – in: Die Rote Fahne, 1. April 1922, S.1. Das passt auch schön zu folgender Stelle in einem Interview mit Franz Drexler, einem langjährigen politischen Weggefährten Freys, über die Organisationsprinzipien der *Internationalen Kommunisten Österreichs* (IKÖ), der österreichischen Sektion der IV. Internationale, die organisatorisch auch nach 1945 sicher noch von Freys Organisationsperfektionismus geprägt war. Drexler erinnert sich: "*Wir waren wirklich straff organisiert! Der Mandel hat immer gesagt: 'Bei Euch muss man nur mehr einen Schritt weitermachen, dann ist schon Gefängnis!'*" – Interview mit Franz Drexler. – in: Österreichischer Trotzkismus. Band 2. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute. – Marxismus 33, Band 2, S.379

[223] 1921 bis 1926 gehörte Neurath dem ZK der KPTsch/KPČ an, Neurath, der als Anhänger Sinowjews galt, sprach sich 1926 für die Leningrader Opposition aus, verlor daraufhin seine Leitungsfunktionen und wurde Juni 1929 aus der Partei ausgeschlossen, als er sich offen als Trotzkist deklarierte. Neurath sympathisierte zwar mit der *Linken Opposition*, schloss sich jedoch vorerst mit seinen Anhänger/inne/n der tschechoslowakischen kommunistischen (Rechts-) Opposition an, bevor er 1932 seinen Übertritt zur *Internationalen Linksopposition* erklärte. In der schwedischen Emigration löste er sich nach 1945 vom Trotzkismus und ging zur Sozialdemokratie über. – Dahmer, Helmut u.a. (Hrg.): Leo Trotzki. Schriften 3. Linke Opposition und IV. Internationale. Band 3.2 (1927-1928). Hamburg 1997, S.1156f.; Anmerkung 20

[224] Der fünfte Reichsparteitag der K.P.Ö, Die Rote Fahne, 2. April 1922, a.a.O., S.2

Bemerkenswert ist die angespannte Aufmerksamkeit, mit welcher der ganze Parteitag und die Zuhörer dem ausführlichen Referate folgen."[225]

Sicher waren die von Frey vertretenen Organisationsprinzipien straff und die wahrscheinlich einzige Möglichkeit, aus der KPÖ eine wirklich handlungsfähige revolutionäre Partei zu machen. Aber Frey sollte auch später in der linksoppositionellen Bewegung für *organisatorischen Perfektionismus* stehen. Das hat sicher auch dabei geholfen, mit nur geringen Verlusten die langjährige Periode der Illegalität zu überstehen. Andererseits aber müssen Organisationsfragen immer auch vor dem Hintergrund der realen Kampfbedingungen gesehen und diskutiert werden. Und da war es wohl ebenfalls korrekt, die Frage zu stellen, inwieweit für eine kleine Organisation, die noch meilenweit vom Kampf um die Macht entfernt war, diese straffen Organisationsprinzipien angebracht waren. Strasser legte da sicher den Finger in eine Wunde – die zentralistische Wende der KPÖ, die über wenig reale Erfahrung und über keine im Proletariat bekannte und angesehene Führungspersönlichkeiten verfügte, barg immense Gefahren einer Bürokratisierung und eines die Demokratie erdrückenden Zentralismus in sich.

Jedenfalls waren die Mehrheitsverhältnisse eindeutig: Die von Frey vertretenen *Richtlinien* wurden mit allen gegen Strassers Stimme angenommen. Ebenso überzeugend war die Mehrheit für die vom Parteivorstand vorgelegte *Resolution zur Weltlage und über die Einheitsfront*.[226] Strasser war nicht nur in der Partei völlig isoliert, im neuen Parteivorstand war er, als Exponent der Parteirechten, wie auch Johannes Wertheim, Anhänger der Linksradikalen, nicht mehr vertreten.[227]

Der 5. Parteitag war nicht nur das wirkliche Ende von Josef Strassers aktivem Engagement in der KPÖ-Führung. Es war sicher auch ein entscheidendes Element in der tiefgehenden Entfremdung, die Josef Strasser (und seine Frau Isa Strasser) auch noch Jahre später von Josef Frey trennen sollte – eine Entfremdung, die auch die große Reserve erklären hilft, mit der Frey auf die langsame Annäherung von Josef und Isa Strasser an die österreichische Linksopposition Anfang der 1930er Jahre reagierte. Die Vorgänge am 5. Parteitag können aber auch dabei helfen, um zu verstehen, wie belastet das Verhältnis von Josef Frey und der Hauptströmung der Linken Opposition um Leo Trotzki, zu der sich Neurath (ab 1932) zählte, Anfang der 1930er Jahre war und mit welchem gegenseitigen Misstrauen man sich begegnete.[228]

---

[225] Ein Parteitag der Festigung und Klärung. – in: Die Rote Fahne, 28. März 1922, S.1f.

[226] Keller, Gegen den Strom..., a.a.O., S.23. Es ist nur konsequent, wenn die KPÖ-Geschichtsschreibung diese peinliche Entwicklung zu verschleiern trachtet. Alois Neuraths Verdikt wird zwar zitiert, aber sein Name nicht genannt; das Organisationsstatut wird verdammt, weil es durch "*administrative Verordnungen*" statt durch eine Verbesserung der "*politisch-ideologische[n] Qualifikation*" der Mitglieder und die Stärkung ihrer "*freiwillige[n] Disziplin*" eine Hebung der Qualität der politischen Arbeit zu erreichen versuchte. Dass aber der von Josef Frey vorgestellte und von der KPÖ im Nachhinein verdammte Entwurf mit Ausnahme einer einzigen Stimme, eben der von Josef Strasser, alle Delegiertenstimmen bekam, wird natürlich ebenfalls dezent verschwiegen. – Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hrg.), a.a.O., S.74

[227] ebenda, S.24

[228] vgl. dazu: Österreichischer Trotzkismus. Band 1, a.a.O., S.79ff.

Anfang 1923 wurden Josef und Isa Strasser nach Moskau berufen. Josef Strasser arbeitete als deutschsprachiger Redakteur der Zeitschrift *Die Internationale*. Auch Isa Strasser war in dieser Zeit publizistisch tätig: Sie veröffentlichte unter anderem im Verlag der *Roten Gewerkschafts-Internationale* 1924 die Broschüre *Arbeiterin und Gewerkschaft* und 1927 den umfangreicheren Text *Frauenarbeit und Rationalisierung*. Josef und Isa Strasser sollten bis 1928, als sich nach einer Anforderung durch die KPÖ die Möglichkeit zur Rückkehr nach Wien bot, in der Sowjetunion bleiben. Für ein Jahr hatte Josef Strasser dann wieder einen Sitz im Parteivorstand der KPÖ und leitete die Redaktion der *Roten Fahne*. Doch die Zeiten waren andere geworden – an die Stelle der Aufbruchsstimmung der Jahre nach dem Ende des Weltkriegs war bereits die bleierne Schwere der stalinistischen Degeneration getreten.

Aus der Zeit des Moskauer Aufenthalts wurden in unsere Ausgabe zwei Texte aufgenommen: ***Die Musterpartei der internationalen Sozialdemokratie*** von 1925 und ***Die Revolution von 1905 und der österreichische Wahlrechtskampf*** aus demselben Jahr. Beide Texte erschienen in der *Internationalen Presse-Korrespondenz* der *Kommunistischen Internationale*. Der erste Artikel war in der Nummer 2 der *Inprekorr* von 1925 enthalten, allerdings nicht in der *Wochenausgabe*, der zweite Artikel in der Sondernummer, die anlässlich des 20. Jahrestags der russischen Revolution von 1905 im Oktober 1925 herausgegeben wurde.[229]

Im Artikel *Die Musterpartei der internationalen Sozialdemokratie* gibt Strasser eine kurze, aber gelungene Einschätzung der politischen Physiognomie des sozialdemokratischen Reformismus österreichischer Prägung, des *Austromarxismus*. Schon nach den ersten Zeilen wird klar, dass hier ein intimer Kenner der österreichischen Sozialdemokratie spricht. Die Schlussfolgerung Strassers ist eindeutig: "*Man sieht: Der österreichische Reformismus weist dieselben charakteristischen Züge auf wie seine nichtösterreichischen Brüder, aber dank den besonderen österreichischen Verhältnissen sind sie viel stärker ausgeprägt. Das Gefühl der Unsicherheit, der Abhängigkeit vom Führer, der Mangel an Selbstvertrauen konnten in keinem Proletariat so groß gezogen werden wie in der einst so selbstbewussten, kampflustigen österreichischen Arbeiterschaft.*"[230] Strasser arbeitet schön heraus, weshalb es der Sozialdemokratie gelingen konnte, die übergroße Mehrheit der Arbeiter/innen/schaft auch nach 1918 weiter zu organisieren.

Zu diskutieren wäre allenfalls, inwieweit die Charakterisierung Kautskys und Otto Bauers als *Zentristen* wirklich den Kern der politischen Physiognomie der beiden treffen konnte. Das könnte allenfalls für Otto Bauer, um bei dem einen der beiden zu bleiben, in der Emigration nach 1934 zutreffen, aber doch wohl kaum für den tief in der Koalitionspolitik verstrickten Führer der reformistischen *Staatspartei*, wie Strasser die österreichische Sozialdemokratie so treffend charakterisierte.

Die optimistische Schlussfolgerung, dass die sozialdemokratischen Traditionen anfangen würden, ihre Kraft zu verlieren, und dass zu hoffen sei, dass bald breite Schichten

---

[229] Josef Strasser firmiert hier übrigens als *Straßer* – vgl. dazu: Internationale Presse-Korrespondenz. Nr.43, 24. Oktober 1925, S.1257

[230] Die Revolution von 1905 und der österreichische Wahlrechtskampf. – in: Internationale Pressekorrespondenz der Kommunistischen Internationale (deutschsprachige Ausgabe), Nr. 2/1925; S.304 unserer Ausgabe

der sozialdemokratischen Arbeiterschaft von diesem eingewurzelten Übel sich ganz befreien werden, diese Hoffnung erfüllte die gesamte *Kommunistische Internationale* und mit ihr die KPÖ.

Im zweiten Artikel *Die Revolution von 1905 und der österreichische Wahlrechtskampf* stellt sich Strasser die Frage, was nun wirklich dazu geführt hatte, dass die Wahlrechtskampagne 1905 siegreich geendet hatte.

Unter dem Eindruck der Ereignisse in Russland, als die liberalen Kräfte von Zar Nikolaus II. die Einführung eines Parlaments erzwangen, war es Ende Oktober / Anfang November 1905 auf der Wiener Ringstraße zu mehreren großen Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht gekommen. Nachdem die sozialdemokratische Partei mit Generalstreik gedroht und die Eisenbahner mit *passiver Resistenz* begonnen hatten, die den gesamten Verkehr lahmgelegt hatte, versprach die Regierung am 4. November 1905 eine Wahlrechtsreform. Ergebnis war das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Männerwahlrecht. Die Sozialdemokratie hatte also, wie das sozialdemokratische *Renner-Institut* in seiner Parteigeschichte schreibt, in einem "*historischen Kompromiss zwischen Krone, Bürokratie und Arbeiterklasse*" diesen Sieg, der allerdings die Frauen von der Wahlrechtsreform ausklammerte, erreicht.[231]

Strasser sieht die Sache da schon differenzierter: Es war nicht die "*staatsmännische Klugheit der führenden Sozialdemokraten*",[232] sondern das direkte Ergebnis der russischen Revolution, wie es Lenin in einer gleich eingangs in Strassers Artikel zitierten Rede ausdrückte: Die Nachricht vom konstitutionellen Manifest des Zaren habe in Wien zum "*definitiven Siege des allgemeinen Wahlrechts in Österreich gewaltig beigetragen*".[233] Gegen Ende des Artikels finden wir einen auch in der Sprache ungewohnt militanten Strasser, wenn er die Gründe für den (Teil-) Erfolg in den Wahlrechtskämpfen resümiert: "*Nicht die Waffe der Kritik schlug die Arbeiterfeinde, sie ergaben sich nur aus Furcht vor der Kritik der Waffen.*"[234]

Diese beiden Artikel beenden den KPÖ-Teil in unserer Ausgabe. 1929 wurde Isa Strasser aus der KPÖ ausgeschlossen, Josef Strasser legte im selben Jahr nach der *Brandlerkrise* in der KPD und dem Ausschluss der deutschen *Rechten* die Redaktion der *Roten Fahne* nieder. Er wurde aber nicht aus der Partei ausgeschlossen, er war bereits zu isoliert und zu ungefährlich geworden. Die KPÖ-Führung entzog ihm lediglich die Arbeit an der deutschen Ausgabe der Lenin-Werke, von der er nach Niederlegung der Redaktion der *Roten Fahne* gelebt hatte.

---

[231] Sandner, a.a.O., S.15

[232] Die Revolution von 1905 und der österreichische Wahlrechtskampf, a.a.O., S.305 unserer Ausgabe

[233] Lenin, Ein Vortrag über die Revolution von 1905, a.a.O., S.. – in: Lenin Werke, Band 23, S.260. Den *Vortrag über die Revolution von 1905* hielt Lenin in deutscher Sprache am 22. Januar 1917 im Züricher Volkshaus in einer Versammlung der schweizerischen Arbeiter/innen/jugend. – Lenin Werke 23, S.411, Anmerkung 92

[234] Die Revolution von 1905 und der österreichische Wahlrechtskampf, a.a.O., S.308 unserer Ausgabe

In der Linksopposition

Josef Strasser ging nicht den Weg zur Rechtsopposition, die sich am 14./15. Dezember 1929 in Wien als *Kommunistische Opposition Österreichs* (KOÖ) konstituiert hatte. Die KOÖ führte ihre Gründung auf den 15. Juli 1927 zurück. Innerhalb der KPÖ wendete sich damals eine Minderheit im Zentralkomitee und in der Parteimitgliedschaft gegen den ultralinken Kurs der Komintern. Die Politik der *Dritten Periode* wurde nicht zuletzt mit den Wiener Julikämpfen des Jahres 1927 und dem Justizpalastbrand gerechtfertigt. Im Organ der deutschen Rechtsopposition, in *Gegen den Strom*, wurde die österreichische (Rechts-) Opposition dahingehend charakterisiert, ihr Kampf währe zwar schon zwei Jahre, war aber bis vor kurzem "*keineswegs der Kampf einer organisierten, festgefügten, in der Arbeiteröffentlichkeit wirkenden Richtung. Parallel mit dem grotesken Zusammenbruch der österreichischen 'Linie', angesichts der unsäglichen Kompromittierung der KPOe. in einer für richtige kommunistische Politik objektiv überaus günstigen Situation (man denke nur an die umfassende Kapitulation der Austromarxisten in der Verfassungsfrage!), ergab sich die Notwendigkeit, den Kampf der österreichischen Opposition auf einer höheren Stufe zu organisieren. Die Opposition musste sich von einer losen Kampfgemeinschaft zu einer festgefügten Richtung entwickeln.*"[235]

Namentlich genannt wurden auf der Gründungskonferenz vom 14. und 15. Dezember 1929 mit ihren 49 Genossen und Genossinnen Jakob Riehs (im Artikel: Rieß), der für die KPÖ im Arbeiterrat Ottakring tätig war und auf der 2. Reichskonferenz der Arbeiterräte (Juni/Juli 1919) für die KPDÖ auftrat, Gustav Schönfelder, Willi Schlamm, der später mit dem Kommunismus gründlich brach und einen weiten politischen Weg zur politischen Rechten zurücklegte, der ihn an die Seite von Otto von Habsburg bringen sollte, und Heinrich Brandler, der als Delegierter der *Kommunistischen Opposition Deutschlands* teilnahm und im Anschluss an die Konferenz über die *Oktoberlegende* referierte.[236]

Weder Josef noch Isa Strasser dürften sich an der *Kommunistischen Opposition Österreichs* beteiligt haben. Auch Gerüchte in der KPÖ und den diversen Oppositionsgruppen, sie hätten sich der Sozialdemokratie angeschlossen, erwiesen sich als falsch. Statt dessen schlossen sich Isa und Josef Strasser wenig später der *Linken Opposition der KPÖ (Bolschewiki-Leninisten)* an, die sich am 19. Oktober 1932 gegründet hatte und als österreichische Sektion der *Internationalen Linken Opposition* arbeitete. Sie waren dabei nicht die einzigen der ehemaligen KPÖ-Rechtsopposition – auch Jakob Riehs dürfte zumindest kurze Zeit mitgemacht haben.[237] Dieses Engagement währte zwar nicht lange – weder aus Josef noch aus Isa Strasser dürften wirklich überzeugte Ver-

---

[235] Die konstituierende Konferenz der österreichischen Opposition. – in: Gegen den Strom. Organ der KPD (Opposition). 2. Jahrgang (1929), Nr.52, S.943

[236] ebenda, S.943. Unter *Oktoberlegende* verstanden Brandler, Thalheimer und vor allem die Rechtsopposition der Komintern die Ansicht, dass im Jahre 1923 die Verhältnisse vollkommen reif für den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland gewesen seien und nur die damalige Zentrale der *Kommunistischen Partei Deutschlands*, mit Brandler an der Spitze, den Sieg der Revolution verhindert habe. – vgl. dazu: Thalheimer, A.: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923. – Berlin 1931

[237] Konzentration der Rechten nach "links". – in: Arbeiter-Stimme, Nr.131, Juli 1933, S.4

treter/innen der *Linken Opposition* geworden sein. Noch 1933 scheinen sie sich wieder von ihr getrennt zu haben. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang, dass im Unterschied zur KPÖ-Opposition, die in der Tradition von Josef Frey über strikte Mitgliedschaftskriterien verfügte, die offiziell von der *Internationalen Linksopposition* mit Leo Trotzki als österreichische Sektion anerkannte *Linke Opposition der KPÖ* (*Bolschewiki-Leninisten)* eher lose strukturiert war, die Grenzen der Mitgliedschaft fließender waren.

Aus dieser Phase des kurzen Engagements bei der Linksopposition datiert die abschließend hier aufgenommene Arbeit aus den letzten Lebensjahren Strassers – ***Das Ende des Austromarxismus*** –, unter dem Pseudonym *Austriacus* Anfang Juni in *Unser Wort* publiziert. Es ist nicht auszuschließen, dass aus dieser Phase auch noch andere Artikel Strassers in dieser Zeitschrift publiziert wurden; dieser war jedenfalls der einzige unter einer ganzen Reihe von Artikeln mit Österreich-Bezug,[238] der namentlich gezeichnet war und bei dem Rückschlüsse auf Strasser als Verfasser vorliegen.

Unser Wort war die Exilzeitung der *Internationalen Kommunisten Deutschlands* (IKD). Die erste Nummer erschien im März 1933 in Prag, die letzte im Juni 1941 in New York. Die IKD-Exilleitung um Josef Weber (das *Auslandskomitee*) sollte um 1940 in die USA emigrieren, sich zunehmend vom Trotzkismus entfernen und dann ab 1947 die Zeitschrift *Dinge der Zeit* herausgeben. *Unser Wort* hatte jedenfalls eine große Bedeutung für die deutschsprachige Linksopposition, wohl auch deshalb, weil darin viele Texte von Leo Trotzki erstmals in deutscher Sprache publiziert wurden.

Im Artikel *Das Ende des Austromarxismus* von *Austriacus* war noch einmal Strassers polemische Ader spürbar. Hatte Stalin den Aufbau des Sozialismus in einem Lande in Angriff genommen, "*so machten sich die österreichischen Sozialdemokraten an eine noch verzwicktere Aufgabe, an den Aufbau des Sozialismus in einem Ländchen, ja in einer Stadt*".[239]

Strasser ging zwar davon aus, dass die österreichische Sozialdemokratie niemals den Kampf gegen den Austrofaschismus aufnehmen werde, aber hätte der zu dieser Zeit bereits verbotene *Republikanische Schutzbund* von Oberösterreich unter Richard Bernaschek ohne Weisung des Parteivorstandes eine provokative Waffensuche am 12. Februar 1934 doch noch hingenommen, hätte Strasser wohl auch mit dieser Voraussage Recht behalten:

"*Es kann nicht bezweifelt werden, dass der Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie nicht lange einzig dastehen wird. Die österreichische Sozialdemokratie wird bald ebenbürtig an ihrer Seite stehen. Sie wird den Krieg gegen den verhöhnten 'klei-*

---

[238] Hier einige Artikel des Jahres 1933: Unser Wort, Nr.6 (Anfang Juni 1933): *Zum Verbot der KPÖ, Stellungen, die geräumt wurden, Die SPÖ und der Faschismus*; Nr.8 (Anfang Juli 1933): *Trotz alledem und alledem: Demokratie!, Es geht gegen die Arbeiter!, Der Wiener Gemeindesozialismus am Ende, Opposition in der SPÖ?*; Nr.9 (Mitte Juli 1933): *Zum 15. Juli*; Nr.10 (Anfang August 1933): *Kampf oder Kapitulation?, Das Wiener Wunder, Schafft Klarheit*; Nr.12 (Ende September 1933): *Der Entscheidung entgegen!*

[239] Austriacus: Das Ende des Austromarxismus. – in: Unser Wort (Prag), Nr.6, Anfang Juni 1933; S.309 unserer Ausgabe

nen' Dollfuß verlieren. Sie hat ihn schon verloren. Denn sie hat ihn gar nicht aufgenommen und wird ihn nie, unter gar keinen Umständen, aufnehmen."[240]

Es liest sich wie eine Vorahnung der bitteren Entwicklung der austromarxistischen Politik des Zurückweichens: Die Sozialdemokratie "*sieht überhaupt nicht, sie versteht die Welt nicht mehr, sie ist handlungsunfähig, und darum wird sie den Weg der Erniedrigung und Entmachtung bis ans bittere Ende machen, hirn- und lendenlahm wie die deutsche Sozialdemokratie. Die österreichischen Arbeiter haben von der Musterpartei der Zweiten Internationale nichts mehr zu erwarten als Schmach und Niederlage*."[241]

Strassers letzter hier dokumentierter Artikel beweist, dass er bis zuletzt unbeugsamer Kritiker des sozialdemokratischen Reformismus geblieben war, dass er nicht mit den Idealen gebrochen hatte, denen er seit mehreren Jahrzehnten verbunden war. Am 15. Oktober 1935 starb Josef Strasser – Jahre schwerer Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut und Isolation hatten ihn gezeichnet.

Texte im Anhang

Abschließend wollen wir noch kurz auf drei Texte, die wir im Anhang dokumentieren, eingehen. Zwei davon sind Rezensionen zu Strassers wichtigstem Werk, *Der Arbeiter und die Nation*, der dritte ein kurzer Artikel in der *Roten Fahne*, dem Zentralorgan der KPÖ.

Die erste Rezension stammte vom sozialdemokratischen Parteiführer Otto Bauer persönlich.[242] Sie wurde im *Kampf* publiziert und war im wesentlichen defensiv gehalten. Die Entwicklung des Reformismus auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie habe überall die Bildung einer äußersten Linken innerhalb der Arbeiterbewegung zur Folge gehabt, womit sich Bauer auch gleich als Zentrum in der Sozialdemokratie positionierte, der die *Überspitzungen* von rechts und links ausgleichen wollte. Denn hätten bisher zwei Richtungen, Radikalismus und Revisionismus, um die Macht in der Partei gerungen, "*so scheint die Entwicklung jetzt zur Dreiteilung zu treiben: radikale Linke, marxistisches Zentrum, revisionistische Rechte*",[243] wobei Bauer für sich das *marxistische Zentrum* reservierte.

Otto Bauer gestand Strasser zu, dass seine Broschüre gemeinverständlich und witzig geschrieben sei. Sie fordere zum Widerspruch heraus, rege aber gerade dadurch zum Denken an und werde damit zur Entwicklung und Vertiefung unserer Ansichten über die nationalen Fragen beitragen. Im Kampf gegen den Nationalismus schieße sie zwar sehr oft über's Ziel, was Otto Bauer aber immer noch lieber sei als die "*feige Nachgiebigkeit an nationalistische Verlockungen*".[244]

---

[240] ebenda, S.310 unserer Ausgabe
[241] ebenda, S.314 unserer Ausgabe
[242] Bauer, Otto: Der Arbeiter und die Nation. – in: Der Kampf, Jg. 5, S.401ff.; S.315ff. unserer Ausgabe
[243] ebenda, S.315 unserer Ausgabe
[244] ebenda, S.321 unserer Ausgabe

Am Schluss der Erwiderung warnte Otto Bauer vor einer Zersplitterung der Kräfte – was als Werbung um ein Bündnis mit der von Strasser verfochtenen internationalistischen Linie gelesen werden konnte, ebenso aber auch als Schuldzuweisung, sollte diese Werbung erfolglos bleiben, denn Bauer halte "*die Tendenz, die sich in dieser Broschüre ankündigt, für nicht ungefährlich. Die Übertreibung stößt ab; sie stößt ins Gegenteil. Der Internationalismus darf nicht der Verständnislosigkeit für die geschichtliche Bedeutung der Nationen und der nationalen Kämpfe schuldig werden, wenn er nicht so manchen dem Nationalismus in die Arme treiben will.*"[245]

Und an anderer Stelle:

"*Gerade jetzt ist der Kampf gegen den nationalen Separatismus eine unserer wichtigsten Aufgaben. Es ist unklug, unsere Kraft in diesem Kampf zu zersplittern, indem man uns zwingt, nach zwei Fronten zugleich zu kämpfen. Manche Arbeiter werden verwirrt, wenn wir zugleich gegen die Überschätzung und gegen die Unterschätzung des Nationalen, gegen die Verwischung und gegen die Übertreibung des Internationalismus Krieg führen müssen. Der nationale Revisionismus innerhalb der deutschen Partei ist heute ungefährlich; der Angriff des Separatismus hat allen deutschen Genossen die Notwendigkeit festen Beharrens auf der internationalen Grundlage unserer Partei anschaulich demonstriert. Der nationale Separatismus ist heute der Feind. Zum Kampf gegen ihn müssen heute alle Kräfte vereinigt werden.*"[246]

Natürlich war Bauers Beharren darauf, dass der *nationale Revisionismus* in der Partei heute *ungefährlich* sei, eine Verniedlichung der opportunistischen Tendenzen innerhalb der Arbeiter/innen/bewegung. Und Otto Bauer konnte natürlich nicht den eigenen Opportunismus thematisieren, der in seiner Position der *nationalkulturellen Autonomie* angelegt war.

Denn nicht so sehr Strassers Beharren auf dem *Internationalismus* – zugegeben einem *abstrakten*, der kein Verständnis für das *Recht* der Nationen auf Selbstbestimmung aufbrachte – musste als Sprengsatz für die Arbeiter/innen/bewegung der Monarchie wirken. Als solcher wirkte schon eher ein Internationalismus der Marke Otto Bauer, der unter scheinradikaler *Maske* die nationalen Rechte der in der Monarchie unterdrückten Nationen negierte und die faktischen nationalen Vorherrschaften und Vorrechte in der Monarchie damit konservieren half.

Dass Parteiführer Otto Bauer selbst eine lange Besprechung von Strassers Broschüre verfasste, kann wohl als Kompliment aufgefasst werden. Auch die zweite Rezension stammte von keinem Unbekannten – nämlich von Gustav Eckstein. Der 1875 in Wien geborene Journalist und Wissenschaftler hatte sich schon als Student in den 1890er Jahren der Sozialdemokratie angeschlossen und wurde später in Deutschland Mitarbeiter des Berliner *Vorwärts*, des *Leipziger Volksblattes*, der *Neuen Zeit* und vom österreichischen *Kampf*. 1910 wurde er Lehrer an der Parteischule der SPD in Berlin, war Redakteur der *Neuen Zeit* und starb 1916 an Lungentuberkulose, an der er schon seit Jahren gelitten hatte.

[245] ebenda, S.321 unserer Ausgabe
[246] ebenda, S.321 unserer Ausgabe

Trotzki konzedierte Eckstein, der im Weltkrieg die internationalistische Opposition in der Sozialdemokratie unterstützte, in seinem Nachruf vom 3. August 1916 eine "*außergewöhnlich vielseitige Gelehrsamkeit*", sodass "*alle Genossen, die die Neue Zeit und den Kampf in den letzten Jahren verfolgt haben, diesen Namen kennen und sich mit Dankbarkeit an seine zahlreichen Artikel, von denen wir viel gelernt haben, erinnern werden*".[247] Eckstein habe nicht nur zu den "*besten marxistischen Kräften*" gehört, sondern sei überhaupt "*eine der edelsten Figuren in der internationalen Familie des Sozialismus*" gewesen.[248] Auch die *Arbeiter-Zeitung* widmete ihm einen freundlichen Nachruf, in dem der Verlust, den sein Tod dem "*wissenschaftlichen Zentrum*" um Kautsky bedeuten musste, hervorgehoben wurde.[249]

Gustav Eckstein veröffentlichte seine Besprechung 1912 in der *Neuen Zeit*, was ebenfalls als Würdigung aufgefasst werden konnte.[250] Strassers Broschüre sei keine gelehrte Abhandlung, sondern sei für die Agitation, für Massenwirkung geschrieben und versuche daher "*in packender, oft witziger Darstellung die Hauptzüge*" herauszuarbeiten. Dabei lasse sie allerdings viele Detailfragen unberücksichtigt und streife auch prinzipiell wichtige Fragen oft nur.[251]

Der einzige Kritikpunkt, der detailliert ausgeführt wird, ist die für Eckstein recht anfechtbare Behauptung, dem Sozialismus sei prinzipiell nichts Privatsache. Für Eckstein dürfte in diesem Fall "*der blendenden Antithese mit dem Liberalismus zuliebe, dem alles Privatsache ist, eine etwas zu schroffe Formulierung des Gedankens gewählt worden sein*".[252]

Lesen wir aber die entsprechende Stelle bei Strasser genauer, so sehen wir, dass sich Strasser erstens auf die Sprachenfrage bezieht und zweitens die Stellung des Sozialismus zur Frage des Privaten unserer Ansicht nach durchaus korrekt beantwortet wird: "*Prinzipiell ist, wie dem Liberalismus alles, so dem Sozialismus nichts Privatsache. Er betrachtet alles vom Standpunkt der Gesamtheit. Also muss er, was auf die Gesellschaft wirkt, der Leitung durch die Gesellschaft zu unterwerfen suchen. Und da die Sprache gesellschaftlich nicht gleichgültig, vielmehr höchst wichtig ist, so werden in der sozialistischen Gesellschaft die sprachlichen Verhältnisse als eine Angelegenheit der Gesamtheit behandelt werden.*"[253]

Tatsächlich wird eine sozialistische Gesellschaft zwar die Selbstverwirklichung der breiten Masse ermöglichen, andererseits aber immer die Frage stellen müssen, welche

---

[247] Naše Slovo, No.178, August 3, 1916. – zitiert nach: Trotsky, Leon: Gustav Eckstein. – http://www.marxists.org/archive/trotsky/profiles/eckstein.htm; Hervorhebungen im Original [Übersetzung Manfred Scharinger].

[248] ebenda – http://www.marxists.org/archive/trotsky/profiles/eckstein.htm [Übersetzung Manfred Scharinger]

[249] Gustav Eckstein gestorben. – in: Arbeiter-Zeitung, 28.7.1916, S.5

[250] Eckstein, G.: Josef Strasser, Der Arbeiter und die Nation. Reichenberg i. B. 1912, Druck und Verlag von Runge & Co. 61 Seiten. Preis 40 Heller : [Rezension] – In: Die neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. 30. Jahrgang, 1911-1912, 2. Band (1912), Heft 41, S.562ff.; S.322ff. unserer Ausgabe

[251] Eckstein, Josef Strasser, a.a.O., S.324 unserer Ausgabe

[252] ebenda, S.324 unserer Ausgabe

[253] Strasser, Der Arbeiter und die Nation, a.a.O., S.205 unserer Ausgabe

Auswirkungen das Handeln der einzelnen auf die Gesamtheit haben wird. Nicht nur in der Sprachenfrage, auch im Allgemeinen ist daher Strasser durchaus Recht zu geben, wenn er dekretiert, dass *dem Sozialismus nichts Privatsache* sei.

Aber trotz dieser Einschränkungen war für Eckstein eine Unterstützung des Ziels der Broschüre Strassers klar: Es sei deren Zweck, der "*nationalistischen Denkrichtung innerhalb der Partei mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, und es ist zu hoffen, dass die frisch und anregend geschriebene Schrift* (...) *viel zur Erreichung dieses Zieles beitragen wird*".[254]

Der dritte Text ist ein Sonderfall. ***Die "Pressefreiheit" der Demokratie. "Die Rote Fahne" wieder konfisziert*** erschien 1922 in der *Roten Fahne*.[255] In der *Auswahlbibliographie* wichtiger Artikel Josef Strassers[256] wird ein in der *Roten Fahne* am 26. Jänner 1922 erschienener Artikel, dessen Titel mit *für die Meinungsfreiheit der kommunistischen Redakteure* angegeben wird, genannt. Das Problem ist, dass die Angaben ganz offensichtlich nicht stimmen können – weder am 26. Januar 1922 noch in den Tagen davor oder danach ist uns ein Artikel dieses Namens aufgefallen. Der Text, der noch am ehesten dem von Isa Strasser angegebenen Titel entsprechen würde, ist der oben genannte. Es spricht auch einiges dafür, dass Josef Strasser der Verfasser sein *könnte* – vor allem springt auch der leicht ironisch gefärbte, erfreulich *unaufgeregte* und für die *Rote Fahne* dieser Jahre nicht unbedingt typische Sprachstil ins Auge.

Was war der Inhalt? Die KPÖ hatte Anfang 1922 ihre Kampagnen gegen die sich verschlechternden Lebensbedingungen intensiviert und mit einer Einheitsfrontpolitik auch einige Erfolge zu verzeichnen gehabt. In diesem Zusammenhang war die *Rote Fahne* wieder einmal konfisziert worden, was diese am folgenden Tag zum Protest und den Autor des Artikels zur Replik veranlasste, er müsse zu seiner Schande gestehen, "*dass der Inhalt unseres gestrigen Blattes selbst für einen österreichischen Staatsanwalt nicht die geringste Handhabe zu einer Beschlagnahme*" geboten habe.[257]

Da allerdings weder das Datum exakt mit dem in der *Auswahlbibliographie* genannten übereinstimmt noch sonst gesicherte Indizien über die Verfasserschaft Strassers vorliegen, wir andererseits aber den Artikel nicht völlig unter den Tisch fallen lassen wollten, haben wir uns entschlossen, ihn im *Anhang* abzudrucken. Der Artikel ist sicher auch, unabhängig davon, ob wir nun in Josef Strasser den Verfasser vor uns haben oder nicht, ein würdiger Abschluss dieser Ausgabe – war die Redaktionsarbeit in der *Roten Fahne* doch für Josef Strasser einige Jahre lang ein zentrales Element seiner politischen Tätigkeit nach dem Ersten Weltkrieg und seinem endgültigen Bruch mit der Sozialdemokratie, an deren linken Flügel er bis 1918/1919 gestanden und deren Profil er mit Arbeiten wie *Der Arbeiter und die Nation* zu schärfen mitgeholfen hatte.

---

[254] Eckstein, Josef Strasser, a.a.O., S.323 unserer Ausgabe
[255] Die "Pressefreiheit" der Demokratie..., a.a.O., S.325f. unserer Ausgabe
[256] Auswahlbibliographie wichtiger Artikel Josef Strassers, a.a.O., S.108
[257] ebenda, S.325 unserer Ausgabe

Josef Strasser

Ausgewählte Werke

Der Arbeiter und die Nation

Kapitalismus und Kriegsrecht

Schriften zu
Erziehung, Literatur und Austromarxismus

Die Schwäche als Entwicklungsfaktor (1908)[258]

Ich hatt' einen Kameraden, der mir unvergesslich bleibt, weil er mir eine Nuss zu knacken gab, an der ich mir lange vergeblich die Zähne ausbeißen sollte. Es war im Gymnasium; in einem österreichischen Gymnasium – man führte uns also jeden Sonntag in die Kirche und wir mussten dort auch noch singen. Die älteren von uns entzogen sich dieser Pflicht so gut es ging: die einen hielten das Singen eines religiösen Liedes für unvereinbar mit ihrem noch sehr jungen und darum noch etwas rabiaten Atheismus, die anderen fanden es unter ihrer künftigen Burschenschafterwürde, in Gemeinschaft mit Kerzelweibern und alten Betbrüdern ein Lied steigen zu lassen. Nur jener Kollege sang vorn Anfang bis zum Ende mit. Keine Note ließ er sich entgehen. Er sang mit einem selbstgefälligen Behagen, einem Eifer, einer Hingebung, die uns anderen unverständlich blieben: denn der unermüdliche Sänger konnte die Beweise vom Dasein Gottes ebenso schlagend widerlegen wie der wackere Ludwig Büchner,[259] er war auch kein Duckmäuser, der sich die Gunst unseres Seelenhirten und des unter dessen Kommando stehenden "Profaxen" hätte ersingen wollen, und schließlich hatte er keine Stimme. Vielmehr, er hatte eine schreckliche Stimme, die raueste, die ich in meinem Leben gehört habe. Warum sang er also? Diese bange Frage quälte mich, bis ich, nach der Maturitätsprüfung, den Unglücksmenschen aus den Ohren verlor. Ich war nicht wenig verdutzt, als ich ein paar Jahre später eines schönen Tages in der Zeitung las, dass er mit Erfolg in einem Konzert gesungen hatte. Welches Erstaunen aber den Mann, der mir ehedem durch sein gräuliches Grölen den Grimm geweckt, nicht hinderte, nach einigen weiteren Jährchen ein bekannter Wagnersänger zu sein. Wie war das möglich? Mit *der* Stimme?

Dieses Rätsel vexierte mich noch oft, ohne dass ich seiner Lösung näherkommen konnte. Endlich fand ich sie, wo ich sie am allerwenigsten gesucht hätte, in der von dem Wiener Arzt *Dr. Alfred Adler* (im Verlag von Urban und Schwarzenberg. Berlin und Wien 1907) veröffentlichten "*Studie über die Minderwertigkeit von Organen*".[260] Nach der Lektüre dieser kühnen Schrift wusste ich, dass mein Schulkamerad den Ha-

[258] Strasser, Josef: Die Schwäche als Entwicklungsfaktor. – in: Der Kampf, Jg. 1, S.135ff.

[259] Ludwig Büchner (1824-1899); Arzt, Naturwissenschaftler und Philosoph, der im deutschen *Materialismusstreit* einen naturwissenschaftlichen Materialismus vertrat.

[260] Alfred Adler (1870-1937); österreichischer Arzt und Psychotherapeut, Begründer der Individualpsychologie. Gemeint ist sein Werk: Adler, Alfred: Studie über die Minderwertigkeit von Organen. – Berlin, Wien 1907

gen[261] in Bayreuth jetzt deswegen so gut singt, weil er vordem Schuberts "Deutsche Messe"[262] so hartnäckig malträtiert hat.

Das mag burlesk anmuten. Aber neue Wahrheiten präsentieren sich immer fratzenhaft wenigstens dem, dessen Auge jede Abweichung von den klassischen Linien des Banalen als hässliche Karikatur empfindet. Und eine solche Abweichung gestattet sich Adler allerdings. Er behauptet, dass *die Minderwertigkeit eines Organs nicht selten die Ursache einer höheren Leistungsfähigkeit dieses Organs wird*.

Diese Annahme ist der vorläufig letzte Schluss aus einer Reihe von Untersuchungen, zu denen Adler offenbar angeregt wurde durch das Bedürfnis, den "dunklen Begriff" der Krankheitsdisposition durch einen klaren zu ersetzen. Er fand dabei, dass die Ursache, warum ein bestimmtes Organ erkrankt, fast regelmäßig in dessen angeborener Minderwertigkeit zu suchen ist. Ein besonders kennzeichnendes Merkmal der Minderwertigkeit findet Adler darin, dass das minderwertige Organ in Formenbildung und Betätigung dem unentwickelten Charakter näher kommt. Es bedarf keines Beweises, dass sich ein solches minderwertiges, also weniger leistungs- und widerstandsfähiges Organ im Kampfe mit den Krankheitserregern, die von allen Seiten auf den Organismus eindringen, nicht so leicht behaupten kann wie ein ausgebildetes, dass es also in diesem Kampfe leichter Schaden nehmen oder auch zugrunde gehen kann. Es kann auch, selbst auf längere Zeit, ja auf Lebensdauer, ein Ausgleich zustande kommen, das vorhandene Gebrechen kann ausgeglichen werden. Ja, es kann sogar mehr als seine Aufhebung stattfinden. Adler behauptet, dass "Organe von geringgradiger Minderwertigkeit zu größerer Leistungsfähigkeit heranwachsen können als die vollwertigen".

Als ich diesen Satz las, erinnerte ich mich sofort des Mitschülers, der Sonntag für Sonntag gegen das allgemeine Verlangen so fleißig gesungen hatte. Wer einen ähnlichen Fall nicht selbst beobachtet hat, dem fällt aller Wahrscheinlichkeit nach das Schulbeispiel, der Stotterer Demosthenes,[263] ein, der durch die Überwindung seiner Schwäche Griechenlands größter Redner wurde. Ein von Adler merkwürdigerweise nicht angeführtes, nicht minder klassisches Beispiel, wenn auch kein klassischer Redner, ist der deutsche Kaiser; der Kehlkopfkrebs, dem sein Vater erlegen ist, und der Halspolyp, den er selber überstanden hat, deuten darauf, dass seine Redelust durch minderwertige Sprachorgane verursacht ist. Adler weist darauf hin, dass man "selten eine solche Häufung von Sprachfehlern und Entartungszeichen des Mundes findet wie bei Rednern, Schauspielern und Sängern". Er führt des Weiteren an, dass die bisher angestellten augenärztlichen Untersuchungen in Malerschulen bis an 70 Prozent Augenunregelmäßigkeiten ergeben. Auch die musikalische Welt liefert ihm Beispiele: "Musiker leiden nicht selten an Ohrkrankheiten oder haben an solchen in der Kindheit gelitten. Der klassische Beleg ist Beethoven; Mozart soll ein verbildetes Ohr besessen haben." Adler teilt noch mit, dass er in seiner Praxis zu wiederholten Malen die Tatsa-

---

[261] Hagen von Tronje ist eine Figur der Nibelungensage und mit ihr verwandter Sagen. *Bayreuth* ist eine Anspielung auf Richard Wagners *Der Ring des Nibelungen*, dessen vier Teile in Bayreuth uraufgeführt wurden.

[262] Franz Peter Schubert (1797-1828); Wiener Komponist, die Deutsche Messe wurde 1826 komponiert.

[263] Demosthenes (384-322 v.u.Z.); für seinen Sprachfehler bekannter antiker athenischer Redner.

che konstatieren konnte, dass musikalischer Sinn und schwere Ohrenerkrankungen nebeneinander vorkommen.

Der "gesunde Menschenverstand", wie sich der solid bürgerliche Stumpfsinn zu nennen beliebt, wird mit einem mitleidigen Lächeln fragen; Also braucht man bloß keine Stimme zu haben, um ein berühmter Sänger zu werden? Am Ende hätte Tizian, wenn er ohne Augen geboren worden wäre, noch viel genialere Leistungen vollbracht? Der Kretinismus bestimmt den Menschen förmlich zur Genialität. Man kann auf solche Übertreibungen sogar großmütig verzichten und sich auf den ernsthaften Einwand beschränken: Wenn ein Farbenblinder und Kurzsichtiger, wie Matejko,[264] ein bedeutender Maler wird, wird er es wirklich wegen seines Gebrechens, nicht trotzdem?

Natürlich trotzdem. Aber auch wegen. Denn, sagt Adler, "die Ursache (der größeren Leistungsfähigkeit des minderwertigen Organs) liegt in dem *Zwang einer ständigen Einübung* in der den minderwertigen Organen oftmals *anhaftenden Anpassungsfähigkeit und Veränderlichkeit* und sicherlich auch in der *durch die innere Aufmerksamkeit und geistige Konzentration auf das schwächere Organ erhöhten Ausbildung des zugehörigen nervösen und seelischen Komplexes*". Dieser Gedanke wird dann in einem sehr interessanten und gedankenreichen Abschnitt über "die Rolle des Zentralnervensystems in der Organminderwertigkeitslehre" weiter ausgeführt. "Leistungsmögliche und gestaltige Ausbildung des Organs und seiner Nervenbahnen sind, wie bei normaler Entwicklung, teils Folge der Reizaufnahme, teils Ergebnis des andauernden Strebens, das minderwertige Material leistungsfähig zu machen. In der Regel wird das Zentralnervensystem den Hauptanteil an dieser Ausgleichung nehmen. Und nicht nur physisch, sondern vor allem auf psychischen Wegen dadurch, dass ein besonderes Interesse das minderwertige Organ zu behüten sucht und durch dauernde Aufmerksamkeit den Schaden zu verhüten trachtet, der vielleicht im kleinen jedesmal den Anstoß gibt, die Aufmerksamkeit zu wecken, zu steigern und an jenes Organ zu binden." "Eine weitere Verstärkung erfährt dieser seelische Antrieb, sobald das minderwertige Organ nicht mehr seinen eigenen Spuren folgen, sondern sich dem Joche der Kultur beugen soll. ... An den Kinderfehlern ... und deren Verlauf sind Minderwertigkeit und Ausgleichungsbestrebungen deutlich abzuschätzen. Jede freie Tätigkeit des Säuglings und Kindes ist mit Lust verbunden oder auf Lustgewinn berechnet, Spielen, Springen, Laufen, Sehen, Hören, Saugen, Urin- und Kotentleerung. Die daraus entspringenden Lustgefühle bilden recht eigentlich das Band, mittelst dessen das Kind an seine Umgebung, mit der äußeren Welt sozial verknüpft ist. ... Annähernd normale Organe, denen ein genügend aufnahmsfähiges Zentralnervensystem entspricht, fügen sich anstandslos in die Forderung der umgebenden Kultur. Kein Wunder, da sie selbst an dem Aufbau und der Richtung dieser Kultur mitgeholfen hatten. Andererseits können wieder geänderte und gesteigerte äußere Ansprüche, Enttäuschungen, Sorgen, traumatische Einflüsse, Erkrankungen, Milieuwechsel ein Organ und damit seinen zentralen Überbau als minderwertig entlarven, die mühsam aufrecht erhaltene Ausgleichung störe. Denn die minderwertigen Organe stoßen ringsherum auf Schwierigkeiten und Gefahren, was nur ihrem natürlichen Verhältnis zur Umgebung entspricht und die eigent-

[264] Jan Alojzy Matejko (1838-1893); polnischer Maler. Er gilt als der bedeutendste polnische Maler patriotischer Historiengemälde.

liche Grundlage der Naturalauslese Darwins[265] darstellt. Kommt es zur Bewältigung, so nur unter erhöhtem Kraftaufwand. Schon das vollwertige Organ steht vor der Aufgabe, sein uneingeschränktes lustvolles Walten dem Zwang der Erziehung zu unterwerfen. ... So wird das übergeordnete psychische Gebiet zu bestimmten Aufgaben genötigt, die anfangs nicht leicht fallen, im Durchschnitt aber durch Steigerung der Leistungsfähigkeit anstandslos gelingen. Im Falle der Minderwertigkeit des Organs aber und entsprechender Mangelhaftigkeit der zugehörigen Teile des Nervensystems bleibt die Einfügung des Organs und seiner Tätigkeit in die verlangte Natur zurück. Die Funktion geht dann nicht die geforderten kulturellen Bahnen, sondern arbeitet vorwiegend auf Lustgewinn." "Der psychomotorische Überbau des minderwertigen Organs führt einen unausgesetzten Kampf gegen die Lustbetätigung und für die 'moralische Mission' des Organs. Der Erfolg hängt von der Entwicklungsfähigkeit des ursprünglich minderwertigen Überbaues ab, von der angeborenen Wachstumsenergie der zugehörigen Großhirnzellen und von den auf dieselben wirkenden peripheren Reizen. Soll sich ein Fortschritt ergeben, so muss die ursprüngliche Minderwertigkeit der psychomotorischen Substanz eine Ausgleichung erfahren. Wir haben an anderer Stelle darauf hingewiesen, dass diese Ausgleichung recht häufig zu einer Überwertigkeit des Organs führt, und müssen nun diesen Schluss dahin ergänzen: *durch eine Überwertigkeit seines psychomotorischen Überbaues*."

Das minderwertige Organ ist gegenüber dem vollwertigen sowohl im Nachteil als im Vorteil. Im Nachteil durch seine Schwäche, wie das Kind gegenüber dem Manne. Im Vorteil, ebenfalls wie das Kind gegenüber dem Manne, durch seine größere Veränderungsmöglichkeit, durch die größere Anzahl der Entwicklungs-, also auch Anpassungsmöglichkeiten, die sich ihm bieten. Denn *das Unentwickeltere ist auch das Entwicklungsfähigere, da alle Entwicklung zugleich Verminderung der Entwicklungsmöglichkeiten ist*. Für die *Individuen* ist die Situation, in die sie durch den Besitz eines minderwertigen Organs versetzt werden, oft eine sehr ungünstige. Viele kommen nicht dazu, den ihnen anhaftenden Mangel auszugleichen oder gar noch mehr zu leisten; ihr Los ist Verkümmerung, Krankheit, vorzeitiger Tod. Für die *Art* liegt die Sache anders. Sie wird durch jene minderwertigen Individuen, denen die Ausgleichung gelingt, hinauf gezüchtet. Diese Hinaufzüchtung vollzieht sich nicht bloß auf organischen, sondern auch auf sozialen Wegen. Wagner[266] hat unser Gehör weitergebildet, indem er uns zwang, uns an seine Art zu hören zu gewöhnen.

Die Bedeutung der Organminderwertigkeitslehre für die Deszendenztheorie[267] liegt auf der Hand. Sie klärt manches auf, was Darwin unerklärt gelassen oder falsch erklärt hat. Darwin sagt: Der Starke siegt. Dieser Satz ist ja nicht falsch, aber in vielen Fällen erscheint er nach dem, was Adler sagt, nur als *formal* richtig: *der siegende "Starke" ist*

---

[265] Charles Robert Darwin (1809-1882); britischer Naturforscher. Wegen seiner Beiträge zur Evolutionstheorie gilt er als einer der bedeutendsten Naturwissenschaftler.

[266] Wilhelm Richard Wagner (1813-1883); deutscher Komponist und Dramatiker. Mit seinen Musikdramen wie *Der Ring des Nibelungen* gilt er als einer der bedeutendsten Erneuerer der europäischen Musik im 19. Jahrhundert.

[267] Die *Deszendenz-*, auch *Abstammungstheorie*, ist die naturwissenschaftliche Lehre, die davon ausgeht, dass alle Arten auf eine oder wenige Urformen als gemeinsamen Vorgänger zurückgehen, mit dem jedes Lebewesen in gerader Abstammungslinie verbunden ist.

oft der Schwache, der seine Minderwertigkeit überwunden hat. "Die Anpassung an geänderte Lebensverhältnisse vollzieht sich ... *in erster Linie nicht im Kampfe ums Dasein durch das Überleben des zufällig Stärkeren, sondern auf Grundlage der Veränderungsmöglichkeit und gesteigerten Wachstumstendenz minderwertiger Organe*." Der Kampf, den ein Lebewesen zu führen hat, ist nicht bloß Kampf gegen die Stärke des anderen, sondern auch *Kampf gegen die eigene Schwäche, Selbsterziehung*. So erscheint die organische Entwicklung als die Folge einer *Willenstätigkeit*. Wie die kulturelle, ist *auch die organische Entwicklung erarbeitet*. Adler sagt: "Mit der Loslösung vom mütterlichen Organismus beginnt für diese (die minderwertigen) Organe und Organsysteme der Kampf mit der Außenwelt, der notwendigerweise entbrennen muss und mit größerer Heftigkeit einsetzt als bei normal entwickeltem Apparat. Diesen Kampf begleiten die höheren Krankheits- und Sterbeziffern. Doch verleiht der fötale Charakter zugleich die *erhöhte Möglichkeit der Ausgleichung und Überausgleichung*, steigert die Anpassungsfähigkeit an gewöhnliche und ungewöhnliche Widerstände und sichert die Bildung von neuen und höheren Formen, von neuen und höheren Leistungen. Man gewinnt unschwer den Eindruck, als habe der Organismus an der fötalen Entwicklung gespart, an einer bestimmten Stelle der embryonalen Zeitigung abgebrochen, um dem Organ eine Wegzehrung fürs Leben, erhöhte plastische Kraft mitzugeben. Man kann sich der Auffassung kaum entschlagen, dass dieser neue Bildungsversuch an jenen Organen unternommen wird, *an denen eine Reihe der Vorfahren durch äußere Ursachen, durch geänderte Lebensbedingungen im Leben Schaden gelitten haben*. So stellen die minderwertigen Organe das unerschöpfliche Versuchsmaterial dar, durch dessen fortwährende Bearbeitung, Verwerfung, Verbesserung des Organismus mit geänderten Lebensbedingungen in Einklang zu kommen sucht." Die Entartung ist die Ursache des Zugrundegehens zahlloser Individuen, aber auch des Aufstiegs der Art.

Adler bewegt sich in seiner Schrift nur auf naturwissenschaftlichem Boden. Aber die Entdeckung, die er gemacht hat, ist keine bloß naturwissenschaftliche; der Gedanke, dass die Natur, um verlorengegangene Entwicklungsmöglichkeiten wieder zu gewinnen, von Entwicklungsformen, die sich nicht bewährt haben, auf frühere, also unentwickeltere Formen zurückgeht und von da aus neue Bahnen einschlägt, ist eine Bereicherung der Entwicklungslehre überhaupt.

Für die Wissenschaften, deren Gegenstand die menschliche Gesellschaft ist, hat die Minderwertigkeitslehre die größte Bedeutung, schon darum, weil auch der in den "unnatürlichsten" gesellschaftlichen Verhältnissen lebende Mensch ein natürliches Wesen bleibt und weil in der Gesellschaft jeder natürliche Vorgang zugleich ein sozialer Vorgang ist (wie Geburt, Krankheit, Tod) oder wenigstens durch seine Wirkungen sozial bedeutsam ist (Erdbeben, Missernte). In der menschlichen Gesellschaft haben die minderwertigen Organe nicht nur eine natürliche, sondern auch eine soziale Lehre von den Ursachen, und zu ihrer Überwindung müssen natürliche und soziale Voraussetzungen gegeben sein. Die Bourgeoisie entartet und das Proletariat entartet. Warum verläuft dieser Prozess bei der einen nicht so wie beim anderen? Warum geht die Bourgeoisie zugrunde, warum verliert sie immer mehr die Fähigkeit zu herrschen, wa-

rum kann sie ihre Minderwertigkeiten nicht überwinden? Und warum wird im Proletariat die Entartung zur Voraussetzung des Fortschrittes?

Unsere Organe gehen auf Lustgewinn aus. Der Bourgeois ist nun in der Lage, seine Lust zu büßen, der Proletarier nicht. Der Bourgeois hat es nicht nötig, nach Möglichkeiten zur Befriedigung seiner Bedürfnisse zu suchen, denn diese Möglichkeiten sind vorhanden. Zwar bedroht sie der Proletarier, aber der Bourgeois hat vorläufig noch die körperliche Kraft, seine Angriffe abzuwehren. Er hat Gewehre und Kanonen, benötigt also keinen Geist. Aber man muss Geist nötig haben, um Geist zu bekommen, man verliert ihn, wenn man ihn nicht mehr nötig hat. "Wer die Stärke hat, entschlägt sich des Geistes" (Nietzsche).[268] So verliert der Bourgeois die geistige Überwertigkeit, die ihm zum Siege über den Feudaladel verholfen hat. Seine Weltanschauung zerkrümelt, er verrät seine Prinzipien, er braucht kein Endziel, weil ihm die Gegenwart genügt. Kurz, er kommt auf den Hund.

Dem Proletarier versagen die äußeren Verhältnisse die Befriedigung seiner Bedürfnisse. Er muss sie sich in der Phantasie verschaffen, muss in der Zukunft leben, da ihm die Gegenwart nichts bietet, er hat Geist nötig. So entsteht die Weltanschauung des Proletariats, die ja nichts anderes ist als der abstrakte Ausdruck seiner unbefriedigten Bedürfnisse – so erlangen die Arbeiter den wissenschaftlichen Sinn, den kritischen Geist, die schöpferische Phantasie, kurz, die seelische Überwertigkeit, deren sie zum erfolgreichen Kampfe gegen die Bourgeoisie bedürfen und die am deutlichsten zum Ausdruck kommt in dem immer inniger werdenden Bund der Arbeiterklasse und der Wissenschaft.

Bei uns Sozialisten werden die Behauptungen Adlers auf den geringsten Widerspruch stoßen, so wunderlich sie sich auch darstellen. Denn unbewusst und halbbewusst hat der Sozialismus die Richtigkeit dessen, was Adler nun in klaren Worten sagte, immer vorausgesetzt. Es wäre wenigstens schlechterdings nicht einzusehen, wie das Proletariat, diese Klasse von Minderwertigen, sonst hoffen könnte, sich aus seiner körperlichen, geistigen und moralischen Erniedrigung zu erheben und – was den Besitz aller Herrentugenden voraussetzt – die Macht zu erobern. War es nicht eine der genialsten Leistungen von Marx, dass er – im Gegensatz zu den Utopisten, die die Verwirklichung der sozialistischen Ideale von dem Vollwertigen, ja Überwertigen erwarteten und sich vom Volke nichts versprachen – die Behauptung aufstellte: in den halbverhungerten, verblödeten, vertierten Proletariern (also den Minderwertigen!) schlummern die Keime von aller Kraft und Schönheit der Zukunft? Dass er die Befreiung des Proletariats nicht von den Edlen und Genialen erwartete, sondern von dem edel und genial gewordenen Proletariat selbst erwartete? Und was ist die Tätigkeit der Sozialdemokratie anderes als eine Organisierung der Überausgleichung im allergrößten Stile? In seiner Partei vollbringt das Proletariat das Werk seiner Selbsterziehung, der planmäßigen Überwindung aller proletarischen Minderwertigkeiten.

Es ist kein Zufall, dass die Lehre von der höheren Leistungsfähigkeit minderwertiger Organe in einer Zeit entdeckt wurde, in der eine Klasse von Minderwertigen mit dem Anspruch auf die Weltherrschaft auftritt, also der großartigste Versuch einer Überwin-

[268] Friedrich Wilhelm Nietzsche (1844-1900); klassischer Philologe und Philosoph.

dung von Minderwertigkeiten unternommen wird. Adler ist über Malthus[269]-Darwin theoretisch so weit hinausgekommen wie das kämpfende Proletariat praktisch über die siegreiche Bourgeoisie. Darwin hat die Anschauungen, zu denen Malthus durch die Betrachtung des innerhalb der Kapitalistenklasse wütenden Konkurrenzkampfes gelangte, naturwissenschaftlich verwertet. Das war nicht falsch, es war sogar genial, aber etwas einseitig. Adler hat die notwendige Korrektur vorgenommen, die, wie gesagt, nur möglich war in einer Zeit, in der eine Klasse von Schwachen, von Minderwertigen mit sichtlichem Erfolg gegen eine Klasse von Starken kämpft.

Die Zusammenhänge zwischen Entartung und Überleistung, zwischen Genie und Wahnsinn sind frühzeitig entdeckt worden. Die Griechen hielten die Verrückten für Propheten. Wir haben dafür nur ein überlegenes Lächeln, aber mit Unrecht; wie weit ist denn Lombroso[270] über die Griechen hinausgekommen? Sehr deutliche Vorstellungen von dem Zusammenhang zwischen Minderwertigkeit und Überwertigkeit finden wir auch bei den alten Germanen. Wir lesen darüber bei Adler: "Wie sehr unsere Auffassung von der Ausgleichung und Überausgleichung des minderwertigen Organes mit dem Volksgeist übereinstimmt, möge folgende Darstellung aus Grimms Deutscher Mythologie[271] bezeugen: "Wie bei den Göttern, so findet man auch bei den Helden Mangel an Gliedern: Odin ist einäugig,[272] Tyr einhändig,[273] Locki lahm,[274] Stöde blind, Vidar stumm,[275] nicht anders Stagano einäugig, Walkeri einhändig, Günthari und Wieland lahm;[276] blinde und stumme Helden gibt es viele. Aber das scheint heldenmäßig, dass die erste Kindheit und erste Jugend ein Fehler verunstalte und aus solchem Dunkel hernach plötzlich die leuchtende Erscheinung, gleichsam die zurückgehaltene Kraft vortrete." Dieses Zitat ist mehr als ein pikanter Aufputz. "Der Volksglaube," sagt Zimmermann einmal sehr richtig, "ist für die Erkenntnis der natürlichen Dinge eine sehr wichtige Quelle, denn er ist die Einstimmigkeit derjenigen Menschen, welche Augen und Ohren für sie haben und nicht mit Erwägungen ihnen beikommen wollen!" Freilich können erst die "Reflexionen" dem Volksglauben die rationelle

---

[269] Thomas Robert Malthus (1766-1834); seit 1805 Inhaber des weltweit ersten Lehrstuhls für politische Ökonomie. In seinem *Essay on the Principle of Population* (1798) definierte er die Überbevölkerung als grundsätzliches Problem einer sich entwickelnden Ökonomie und Gesellschaft.

[270] Cesare Lombroso (1835-1909); italienischer Arzt, Professor der gerichtlichen Medizin und Psychiatrie. Er gilt als Begründer der kriminalanthropologisch ausgerichteten sogenannten *Scuola positiva di diritto penale*, der *Positiven Schule der Kriminologie*. Praktische Anwendung seiner Theorie vom "geborenen Verbrecher" versprach er sich durch die "Früherkennung" verbrecherischer Neigungen bei Kindern und Jugendlichen, die entsprechende "kriminelle" Schädelformen aufwiesen.

[271] Die *Deutsche Mythologie* ist ein Werk des Germanisten und Volkskundlers Jacob Grimm. Er versuchte hier, die Mythologie der Germanen über Märchen, Rechtstexte und Volksbräuche zu rekonstruieren. Jacob Ludwig Karl Grimm (auch: *Carl*; 1785-1863); deutscher Sprach- und Literaturwissenschaftler; er gilt als Begründer der deutschen Philologie und Altertumswissenschaft.

[272] Odin (südgermanisch Wōdan), Hauptgott der germanischen Mythologie

[273] Tyr ist der Gott des Kampfes und des Sieges in der altisländischen Edda.

[274] Locki (eigentlich: Loki); Gott der nordischen Mythologie

[275] Vidar ist in der nordischen Mythologie ein Sohn des Gottes Odin und der Riesin Grid und trägt in der Dichtung den Beinamen *Der schweigsame Ase*.

[276] Wieland der Schmied ist eine Gestalt der germanischen Heldensage, die ursprünglich in der germanischen Mythologie als halbgöttliches Wesen erscheint. Über die anderen bei Adler genannten mythologischen Figuren ist uns nichts Näheres bekannt.

Form geben. So hat Marx den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft erhoben, indem er uns die wirklichen Triebkräfte der sozialen Entwicklung zum Bewusstsein brachte. Vielleicht führt der Weg, den Adler eingeschlagen, zu demselben Ziel in der Biologie. In dieser Beziehung ist eine gewisse Übereinstimmung zwischen der Marxschen Theorie und der Organminderwertigkeitslehre unverkennbar. Und wie der wissenschaftliche Sozialismus, eröffnet nun auch die Organminderwertigkeitslehre großartige Ausblicke. Wie jene uns zeigt, dass in einer sozialistischen Gesellschaft die Menschen die gesellschaftliche Entwicklung planmäßig lehren werden, so können wir auf Grund der Organminderwertigkeitslehre erwarten, dass eine Zeit kommen wird, in der der menschliche Geist nicht die organische Entwicklung ihrer Art bewusst lenken wird.

Josef Strasser: Die Schwäche als Entwicklungsfaktor

Ich hatt' einen Kameraden, der mir unvergesslich bleibt, weil er mir eine Nuss zu knacken gab, an der ich mir lange vergeblich die Zähne ausbeissen sollte. Es war im Gymnasium; in einem österreichischen Gymnasium — man führte uns also jeden Sonntag in die Kirche und wir mussten dort auch noch singen. Die älteren von uns entzogen sich dieser Pflicht so gut es ging: die einen hielten das Singen eines religiösen Liedes für unvereinbar mit ihrem noch sehr jungen und darum noch etwas rabiaten Atheismus, die anderen fanden es unter ihrer künftigen Burschenschafterwürde, in Gemeinschaft mit Kerzelweibern und alten Betbrüdern ein Lied steigen zu lassen. Nur jener Kollege sang vom Anfang bis zum Ende mit. Keine Note liess er sich entgehen. Er sang mit einem selbstgefälligen Behagen, einem Eifer, einer Hingebung, die uns anderen unverständlich blieben: denn der unermüdliche Sänger konnte die Beweise vom Dasein Gottes ebenso schlagend widerlegen wie der wackere Ludwig Büchner, er war auch kein Duckmäuser, der sich die Gunst unseres Seelenhirten und des unter dessen Kommando stehenden »Profaxen« hätte ersingen wollen, und schliesslich hatte er keine Stimme. Vielmehr, er hatte eine schreckliche Stimme, die rauheste, die ich in meinem Leben gehört habe. Warum sang er also? Diese bange Frage quälte mich, bis ich, nach der Maturitätsprüfung, den Unglücksmenschen aus den Ohren verlor. Ich war nicht wenig verdutzt, als ich ein paar Jahre später eines schönen Tages in der Zeitung las, dass er mit Erfolg in einem Konzert gesungen hatte. Welches Erstaunen aber den Mann, der mir ehedem durch sein greuliches Gröhlen den Grimm geweckt, nicht hinderte, nach einigen weiteren Jährchen ein bekannter Wagnersänger zu sein. Wie war das möglich? Mit der Stimme?

Der Kampf, 1. Jahrgang, S.135

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:

OTTO BAUER,
ADOLF BRAUN,
KARL RENNER

ERSTER BAND

(OKTOBER 1907 BIS SEPTEMBER 1908)

WIEN 1908

VERLAG VON GEORG EMMERLING

Was kann die "Freie Schule" noch leisten? (1908)[277]

Trotz einer jahrzehntelangen sozialistischen Agitation wird das österreichische Proletariat von der Gedankenwelt der radikalen kleinbürgerlichen Demokratie, wie sie etwa der alte Kronawetter[278] repräsentiert, noch immer stark beeinflusst. Unklare und bombastische Ausdrücke, wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit, das Wahre, das Gute, das Schöne, die höchsten Güter der Menschheit usw. sind unseren Arbeitern nur zu oft geläufiger als das einfache und eindeutige Wort Kollektivismus. Der Gegensatz zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten ist für viele Genossen identisch mit dem Gegensatz zwischen arm und reich und auf diesem Missverständnis baut sich ein Arme Leut'-Sozialismus auf, der theoretisch mit dem proletarischen Sozialismus sehr wenig gemein hat und in der Praxis, besonders in der Kleinarbeit, manchen groben Schnitzer verschuldet. Die verschiedenen Gruppen von Reichen werden noch sehr oft mit den Augen des Kleinbürgers angesehen: als der hassenswerteste Gegner erscheint der aristokratische Nichtstuer, der am Spieltisch und mit liederlichen Weibern märchenhafte Summen durchbringt; dann kommen die Gründer, die Spekulanten, alle, die vom "Giftbaum" der Börse goldene Früchte pflücken; fast als das kleinste, am wenigsten aufregende Übel wird das industrielle Kapital betrachtet, unter dem der Arbeiter doch täglich zu leiden hat. Das Seltsamste aber ist das Verhältnis unserer Arbeiterschaft zum Klerikalismus. Schier unausrottbar lebt in ihr die Neigung, die ideellen und materiellen Machtmittel des Pfaffentums zu überschätzen, und nicht selten artet diese Überschätzung in einen förmlichen Aberglauben an die "dämonische" Macht der Kirche über Menschen und Dinge aus – einen Aberglauben, der sich in den atheistischen Betbruderschaften, den Freidenkervereinen, eine eigene kleinbürgerlich-proletarische Organisation geschaffen hat.

Diese übertriebene Vorstellung von den "Mächten der Finsternis" wirkt vor allem dadurch schädlich, dass sie das Interesse, besonders das theoretische Interesse der Arbeiter von Dingen ablenkt, die ihnen am nächsten liegen: die Wahrmund-Broschüre[279] hat

---

[277] Strasser, Josef: Was kann die "Freie Schule" noch leisten? – in: Der Kampf, Jg. 1, Nr. 11, 1. August 1908, S.493ff. Zur "Freien Schule" siehe die Einleitung.

[278] Ferdinand Kronawetter (1838-1913); österreichischer bürgerlich-liberaler Politiker.

[279] Die *Wahrmund-Affäre* wurde 1908 durch einen Vortrag des liberalen Innsbrucker Rechtsgelehrten Ludwig Wahrmund (1860-1932) ausgelöst. Beeinflusst vom *Kulturkampf* im Deutschen Reich und der von deutschnationalen Kräften getragenen *Los von Rom-Bewegung*, entzündete sich die Affäre an der 1908 im Innsbrucker Stadtsaal gehaltenen Rede *Katholische Weltanschauung und freie Wissenschaft*. Wahrmund publizierte diese Rede kurze Zeit später auch als Broschüre, in der er die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Tätigkeit von der Einflussnahme der Religion, insbesondere der katholischen Kirche, forderte. Folge waren gewalttätige Zusammenstöße in Österreich, vor allem auf Universitäten und im Land Tirol, nachdem sich die Universität Innsbruck mehrheitlich hinter Wahrmund gestellt hatte. Die Affäre wurde unter Verwendung antisemitischer Propaganda gegen den *Judenstämmling* Wahrmund geführt. Nach einem Generalstreik zahlreicher akademischer Einrichtun-

in den wenigen Monaten, die seit ihrem Erscheinen verstrichen sind, unter den Arbeitern mehr Leser gefunden als das "Kommunistische Manifest" in ebenso vielen Jahren. Damit kommen wir auf eine zweite unerfreuliche Wirkung der kommunen Pfaffenfresserei, wie Victor Adler das Ding einmal treffend genannt hat: auf die *Überschätzung des bürgerlichen Antiklerikalismus*. Der glühende Wunsch, der Pfaffenherrschaft ein Ende zu machen, erzeugt in vielen Arbeiterköpfen den sehr naiven Gedanken, dass alles, was antiklerikal ausschaut, was antiklerikal tut, auch wirklich antiklerikal ist. Beweis dessen die Geschichte der "Freien Schule".

Als vor drei Jahren dieser Verein gegründet wurde, nahmen die Arbeiter die Kunde, dass sich ein neuer Streiter gegen den Klerikalismus erhoben habe, mit Begeisterung auf. Sie dachten gar nicht daran, zu fragen, ob denn der bürgerliche Freisinn bündnisfähig ist.[280] Sie fragten nicht, ob hinter jenen bürgerlichen Antiklerikalen, an deren Verlässlichkeit zu zweifeln kein Grund vorlag, auch eine Macht stehe, und sie fragten nicht, ob der Antiklerikalismus der bürgerlichen Parteien, deren Wortführer dem Verein beitraten, verlässlich sei. Und doch drängte sich diese Frage – selbst bei der flüchtigsten Durchsicht der Gründerliste – förmlich auf. Da hatten sich eine Menge Professoren unterschrieben – lauter brave Leute, die nur den kleinen Fehler haben, dass sie die politischen Fragen für Doktorfragen halten, die durch akademische Diskussionen gelöst werden können; dass sie zweitens deswegen und aus anderen Gründen nicht sehr streitbar sind; und dass sie drittens zwar sehr viele Kenntnisse, mitunter auch viele Gedanken, aber immer nur sehr wenige Anhänger haben. Da standen des Weiteren die Namen von sehr verdächtigen Persönlichkeiten. So befand sich unter diesen Vorkämpfern der "Freien Schule" – man wird mich hoffentlich nicht des Lokalpatriotismus bezichtigen, wenn ich ein Beispiel aus Reichenberg wähle; ich kann auch mit anderen dienen – der jetzige Minister *Prade*,[281] dessen Abneigung gegen die Pfaffen sich hauptsächlich darin äußert, dass er für klerikale Zwecke noch weniger Geld hergibt (aber doch gibt) als für antiklerikale. Aber die sozialdemokratischen Arbeiter zweifelten nicht an der Güte oder wenigstens Besserungsfähigkeit des bürgerlichen Freisinns. Noch mehr: sie legten sich nicht einmal die Frage vor, ob sich Sozialdemokraten mit Bürgerlichen *überhaupt* zu einer Organisation vereinigen dürfen. In der sozialistischen Internationale ist über diese Fragen schon viel und heftig gestritten worden. Bei uns

---

gen konnten die Unruhen erst durch die Versetzung Wahrmunds an die Karlsuniversität Prag Mitte 1908 beigelegt werden.

[280] Mit *Freisinn* wird eine politische Richtung innerhalb des bürgerlichen Liberalismus bezeichnet, die sich im späten 19. Jahrhundert entwickelte. Ein Grundkennzeichen war neben dem Nationalismus eine antiklerikale Richtung, ohne sich allerdings explizit gegen religiöse Einstellungen auszusprechen. Im deutschen Kaiserreich entstand 1884 die *Deutsche Freisinnige Partei*, sie spaltete sich 1893 in die rechtsliberale *Freisinnige Vereinigung* und die linksliberale *Freisinnige Volkspartei*. 1910 gingen beide Flügel in der *Fortschrittlichen Volkspartei* auf. In Österreich-Ungarn war das freisinnige Lager extrem zersplittert. So formierte sich 1920 das deutschnationale Lager als Zusammenschluss von siebzehn deutschnationalen, deutschradikalen und freisinnigen Parteien zur *Großdeutschen Volkspartei*.

[281] Heinrich Prade (1853-1927); Vizebürgermeister von Reichenberg/Liberec (1889 bis 1901), langjähriger Abgeordneter zum böhmischen Landtag (1885-1910) und zum Reichsrat (1885-1911), ab 1906 auch Minister verschiedener Kabinette. Mitglied der Deutschen Volkspartei, als Minister der Regierung Beck nahm er 1907 gegen die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts Stellung..

gab es keinen Streit, nicht einmal eine Diskussion – ich wollte eine anfangen, aber ich fand keinen Partner – unsere Genossen bejahten die Frage einfach stillschweigend durch den Eintritt in die "Freie Schule".

Und doch ist die Frage nach der Zulässigkeit einer gemeinsamen Organisation die Hauptfrage. Sehen wir, um das Problem zu vereinfachen, von der Nebenfrage, ob es in Österreich einen entschiedenen bürgerlichen Antiklerikalismus gibt, ganz ab. Nehmen wir meinetwegen sogar an, dass jeder Deutschfreiheitliche die antiklerikale Energie des Genossen Leuthner[282] besitzt. Dürften wir uns in diesem Fall mit Anhängern der freiheitlichen bürgerlichen Parteien in einer Organisation zusammenfinden?

Zusammenarbeiten muss die Sozialdemokratie mit anderen Parteien sehr oft. Es fragt sich also nur, welche Form der politischen Kooperation für das Proletariat die zweckmäßigste ist. Wie war es im Wahlrechtskampfe? Musste sich Genosse Adler[283] mit dem Kaiser und den Herren Gautsch,[284] Beck,[285] Lueger,[286] Kramař[287] usw. zu einer Wahlrechtsliga[288] zusammentun? Es ging ohne eine gemeinsame Organisation, das Zusammenwirken kam auch so zustande, weil der Wille zur Wahlreform eben nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch bei der Krone, bei der Regierung, bei den Christlichsozialen, den Tschechen vorhanden war. Eine gemeinsame Organisation wäre aber nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich gewesen. Es hätte auf die Arbeiter verwirrend und lähmend gewirkt, wenn sie in einer Organisation mit Leuten gewesen wären, die sie trotz aller Gemeinschaft unablässig bekämpfen, vorwärtspeitschen, am Leitseil halten, von Seitensprüngen abhalten mussten. Eine gemeinsame Organisation hindert uns, rücksichtslos aufzutreten. Gehen wir aber nicht rücksichtslos vor, so muss die Masse glauben, dass wir das billigen, was unsere Bundesgenossen tun, und diese gewinnen an Kredit oder der unserige nimmt ab – je nach der Urteilsfähigkeit der Masse; statt den Bürgerlichen unseren Willen aufzuzwingen, tun wir ihnen den

---

[282] Leuthner, Karl (1869-1944); sozialdemokratischer Politiker, Redakteur der *Arbeiter-Zeitung*, gehörte zum rechten Parteiflügel.

[283] Victor Adler (auch Viktor Adler; 1852-1918); führender österreichischer Sozialdemokrat und Gründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Unter ihm wurden die unterschiedlichen Strömungen der österreichischen Arbeiter/innen/bewegung 1889 in der SdAP vereinigt.

[284] Paul Gautsch von Frankenthurn (1851-1918); mehrmaliger Ministerpräsident, Vertreter des politischen Katholizismus und Gegner des Deutschnationalismus.

[285] Max Wladimir von Beck (1854-1943); österreichischer bürgerlicher Politiker, während der Staatskrise 1905/1906 wurde Beck nach dem Rücktritt von Konrad zu Hohenlohe-Schillingsfürst am 2. Juni 1906 vom Kaiser zum Ministerpräsidenten ernannt. Gegen den Widerstand des Thronfolgers Franz Ferdinand setzte er Ende 1906 die von der Sozialdemokratie geforderte *Reichratswahlreform* durch, die zum allgemeinen und gleichen Männerwahlrecht führte.

[286] Karl Lueger (1844-1910); bürgerlicher Politiker, 1893 Gründer der *Christlich-Sozialen Partei*, antisemitisch und antiliberal, Wiener Bürgermeister.

[287] Karel Kramář (1860-1937); tschechischer und tschechoslowakischer bürgerlicher Politiker, erster tschechoslowakischer Ministerpräsident, Vorsitzender der tschechoslowakischen *Nationaldemokratischen Partei* und Vorsitzender der *Nationalen Vereinigung*.

[288] Zur Erringung der von der Sozialdemokratie angestrebten Wahlrechtsreform verhandelte die Parteiführung mit bürgerlichen Parteien über die Schaffung einer gemeinsamen Wahlrechtsliga. Schon unmittelbar nach der Gründung der SdAP und in den 1890er Jahren wurden von Viktor Adler, Pernerstorfer und anderen die Gründung einer "interfraktionellen" Wahlrechtsliga mit bürgerlichen Partnern vertreten.

Ihrigen; statt sie zu zwingen, sich zu kompromittieren, laufen wir Gefahr, uns selber zu kompromittieren. Und darum ist jede gemeinsame Organisation verwerflich.

Die "Freie Schule" könnte also keinesfalls ein gutes Ende nehmen, auch dann nicht, wenn es in Österreich einen kampflustigen und kampftüchtigen bürgerlichen Freisinn gäbe. Da aber von einem solchen keine Spur zu entdecken ist, da sich auch unsere findigsten Genossen vergeblich bemüht haben, ihn zu erfinden, wird das Ende noch kläglicher sein und es noch früher eintreten. Es lässt sich nicht leugnen, dass die Arbeiter schon heute von der "Freien Schule" enttäuscht sind.

Vor allem hat diese nur sehr wenig von dem gehalten, was sich die Arbeiter von ihr versprochen haben. Ja, abgesehen von der Errichtung einiger Musterschulen, hat sie nicht eine Leistung aufzuweisen, die nicht auch ohne ihre Mitwirkung zu vollbringen gewesen wäre. Und wie sehr auch die Arbeiter eine gute Schule schätzen: Bloß um ein paar Dutzend Proletarierkindern einen ordentlichen Unterricht zu verschaffen, hätten sie für die "Freie Schule" gewiss nicht so viel Kraft, Zeit und Geld geopfert, wie sie tatsächlich getan haben.

Zweitens hat der bürgerliche Freisinn, den einige besonders unternehmungslustige Genossen in der "Freien Schule" ganz unmerklich, sozusagen hinter seinem Rücken, zum Ernst, zur Verlässlichkeit, zur Ehrlichkeit erziehen wollten, aller Erziehungskünste gespottet. An einigen beweiskräftigen Beispielen aus den Alpenländern hat das bereits Genosse Dr. *Schacherl*[289] dargetan. Es ließe sich auch aus den Sudetenländern eine stattliche Anzahl solcher Exempel anführen. Denn es handelt sich nicht bloß um "vereinzelte Vorkommnisse", wie Genosse Seitz in seiner Erwiderung auf den Artikel des Genossen Dr. Schacherl[290] behauptet, sondern um eine Erscheinung, die nachgerade typisch wird. Und es brauchte uns nicht erst die Wahrmund-Affäre zu demonstrieren, dass der bürgerliche Antiklerikalisrrıus wenn auch nicht in seinen Absichten, so doch in seiner Wirksamkeit nur *ein gemäßigter Klerikalismus* ist; die sich beständig erneuernden Konflikte in den Ortsgruppen der "Freien Schule" haben es schon so oft

---

[289] Michael Schacherl (1869-1939); sozialdemokratischer Politiker, Abgeordneter zum Reichsrat und Nationalrat sowie Landesrat in der Steiermark. Schacherl spielte in der steirischen Arbeiter/innen/bewegung als Publizist und Redner eine bedeutende Rolle. Führendes Mitglied des *Arbeiterabstinentenbundes*, gehörte während des Ersten Weltkriegs dem Antikriegsflügel der Sozialdemokratie an. Gemeint ist folgender Artikel: Schacherl, Michael: Gemeinsamer Kampfboden? – in: Der Kampf, Jg. 1, S.347ff.

[290] Karl Josef Seitz (1869-1950); sozialdemokratischer Politiker, Reichsratsabgeordneter, als Vorsitzender des Staatsrates von Deutschösterreich Staatsoberhaupt, Parteivorsitzender, Präsident des Nationalrats und Wiener Bürgermeister, gehörte dem rechten, "pragmatischen" Parteiflügel an. Gemeint ist sein Artikel: Seitz, Karl: Freie Schule und Sozialdemokratie. – in: Der Kampf, Jg. 1, S.352ff. Seitz hatte von der Redaktion des *Kampfes*, die offensichtlich Schacherls Argumentation sofort etwas entgegenstellen wollte, die Möglichkeit bekommen, noch im selben Heft auf Schacherl zu antworten. Seitz dazu unumwunden in der Einleitung seines Artikels: "*Die Redaktion des 'Kampf' gewährt mir in liebenswürdiger Weise knapp vor dem Erscheinen der Mai-Nummer Einblick in die Aushängebogen und verschafft mir so schon heute Kenntnis von dem vorstehenden Artikel 'Gemeinsamer Kampfboden'. Da es für die gute Sache immerhin von Nachteil sein könnte, wenn die Meinung des Genossen Schacherl über Zweck und Ziele der Freien Schule einen Monat lang unwidersprochen bliebe, will ich in Eile sofort darauf antworten.*" (ebenda, S.352)

bewiesen, dass die fortwährenden Wiederholungen bereits anfangen, langweilig zu werden.

Drittens hat das Mittun in der "Freien Schule" unsere Organisationsarbeit geschädigt. Wenigstens in Nordböhmen wird in vielen Orten, wo die Arbeiter der "Freien Schule" beigetreten sind, darüber geklagt, dass die Genossen in der Erfüllung ihrer Pflichten gegen die Partei lau geworden sind, dass sich ihre Aufmerksamkeit mehr auf die "Freie Schule" als auf ihre eigene Organisation konzentriert. Und so wird es, abgesehen von den großen Städten, wohl überall sein.

Das ist eine sehr unerquickliche Bilanz, und sie wird keineswegs erquicklicher, wenn man in die Rechnung noch den Gewinn einstellt, den der bürgerliche Freisinn in der "Freien Schule" gemacht hat. Die Arbeiter sind da mit den Bürgerlichen einen leoninischen Vertrag[291] eingegangen, nur mit einer ungewöhnlichen Rollenverteilung: der Löwe Proletariat trägt allen Nachteil und hat allen Vorteil seinem Kompagnon überlassen; ja er hat ihnen auch noch seine Haut geliehen. Die Klerikalen schreckt das leider nicht, sie wissen: Unter der Löwenhaut verbirgt sich der bürgerliche Freisinn. Aber andere Leute täuscht die Vermummung: die wirklich antiklerikalen Bürgerlichen. Der Eintritt der Arbeiter in die "Freie Schule" hat den antiklerikalen bürgerlichen Parteien die Möglichkeit verschafft, ihre Jämmerlichkeit noch eine Weile zu verbergen und sich so Anhänger zu erhalten, die sie sonst vielleicht schon verloren hätten. Sie machen sich unseren Kredit zunutze, ohne selbst irgendetwas zu leisten. Es ist also kein Wunder, dass die Begeisterung der Arbeiter für die "Freie Schule" merklich nachgelassen hat und dass Genossen, die den Verein gründen halfen und zu seinen eifrigsten Agitatoren gehörten, wie Genosse Schacherl, jetzt von einer gemeinsamen Organisation nichts mehr wissen wollen.

Genosse Seitz erklärt freilich Schacherl für einen Schwarzseher. Er behauptet, dass es auch im Bürgertum nicht nur einzelne Individuen, sondern ganze Schichten gibt, die antiklerikal denken. Nehmen wir an, das wäre so richtig, wie es, in dieser Fassung, falsch ist; was könnte es für die Notwendigkeit oder auch nur Zulässigkeit einer gemeinsamen Organisation beweisen, zumal wir ja, wie Seitz selbst zugeben muss, "eiserne Helden, die sich oder ihr Lebensglück opfern, wie kämpfende Proletarier" (das heißt, in ein schlichtes Deutsch übersetzt: wirkliche Antiklerikale) in diesen Schichten selten finden werden, und da diese bürgerlichen Antiklerikalen den Kampf gegen den Klerikalismus, wie Genosse Seitz mit einer nachsichtigen Umschreibung sagt, "in ihrer Art", das heißt, wie sich in der Affäre Wahrmund gezeigt hat, gar nicht oder in der zweideutigsten Weise führen?

Darauf antwortet Genosse Seitz: Aber die "Freie Schule" ist doch nur eine Zentralstelle für Schulfragen. "Der Irrtum des Genossen Schacherl besteht also vor allem darin, dass er die Organisation der 'Freien Schule' für eine Art höherer Parteiorganisation hält, in der sich Alldeutsche und Sozialdemokraten, Liberale und Nationale, kurz, alle antiklerikalen Parteien sozusagen in einer höheren Synthese zusammengefunden haben – auf einem 'gemeinsamen Kampfboden' – um nun als einheitlich organisierte

[291] Unter *Leoninischer Vertrag* (auch *Löwengesellschaft* oder *Societas leonina*) wird ein Gesellschaftsvertrag verstanden, nach dem alle Gesellschafter/innen das Risiko tragen, jedoch nur ein Gesellschafter / eine Gesellschafterin den Gewinn ausgeschüttet erhält.

Masse ein gemeinsames Ziel zu erstreben, einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen und dabei auf alle politischen, ja selbst auf alle Klassengegensätze zu verzichten, Wolf und Lamm an einem Strange." In der Tat, die "Freie Schule" ist kein politischer Verein – nach dem Vereinsgesetz. Nach diesem ist ja auch der Katholische Schulverein kein politischer Verein. Aber wie kein Mensch bezweifeln kann, dass der Katholische Schulverein eine politische Organisation ist, sogar eine sehr bedeutende politische Organisation, so kann auch nicht bestritten werden, dass die "Freie Schule" in diesem Sinne eine politische Organisation ist, wenn auch keine sehr bedeutende. Genosse Seitz selbst sagt ja, dass dieser Verein "den antiklerikalen schulfreundlichen politischen Parteien alles bieten soll, was sie für ihre Kämpfe benötigen". Was versteht aber Genosse Seitz unter einer politischen Organisation, wenn nicht eine Organisation, die politischen Zwecken (und die Zwecke der antiklerikalen schulfreundlichen politischen Parteien sind doch wohl politische Zwecke) dient?

Aber setzen wir den Fall, Genosse Seitz hätte recht, die "Freie Schule" wäre wirklich keine politische Organisation. Dann hätte er noch immer unrecht. Denn wenn auch er in der "Freien Schule" keine politische Organisation zu erblicken vermag, *die Masse der Arbeiter – und das ist das Entscheidende – hat sie nie für etwas anderes genommen*. Die Agitatoren der "Freien Schule" sollen einmal versuchen, die Arbeiter für "eine pädagogische Zentralstelle" zu enthusiasmieren. Sie werden sehr wenig Glück haben. Die Arbeiter sind dem Verein beigetreten, weil sie ihn wirklich für "eine Art höherer Parteiorganisation" hielten, die den Kampf gegen den Klerikalismus in der schroffsten Weise führen werde – und wenn Genosse Seitz sagt: "Ja wenn einem Parteigenossen die 'Freie Schule' so erschien, wenn ein Sozialdemokrat glauben konnte, dass Fabrikanten und Hausbesitzer etc. schnell auf ihre Klasseninteressen vergessen, weil sie in irgend einem Verein – sei es eine Organisation zum Studium der Alkoholfrage, der Wohnungs- oder der Schulfrage – mit Arbeitern beisammensitzen, dann musste er bitter enttäuscht werden", so bricht er den Stab über die "Freie Schule", denn sie ist den Arbeitern "so" erschienen.

Mit einem sehr merkwürdigen Argument sucht Genosse Seitz jene bürgerlichen Mitglieder der "Freien Schule" zu entschuldigen, die sich, ihrer antiklerikalen Überzeugung zum Trotz, bei verschiedenen Gelegenheiten mit den Klerikalen gegen die Sozialdemokraten verbündet haben. Er meint, darüber dürfe man sich nicht wundern, denn es sei nur natürlich. Sehr richtig! Nur ist das ein Grund nicht für, sondern gegen das Verbleiben der Arbeiter in der "Freien Schule". Die Arbeiter sind in den Verein eingetreten, weil sie meinten, dass sich, ebenso wie beim Proletariat, auch bei gewissen Schichten des Bürgertums das Interesse an der Schule, an der Niederwerfung des Klerikalismus und die wirtschaftlichen Interessen nicht widersprechen. Hat sich diese Meinung als irrig erwiesen, so kann das für die Arbeiter kein Grund sein, das Techtelmechtel des antiklerikalen mit dem klerikalen Bürgertum mit seiner Natürlichkeit zu entschuldigen, sondern nur ein Grund, eben wegen der Natürlichkeit dieses Bundes ihren Bund mit dem antiklerikalen Bürgertum aufzulösen.

Nun meint Genosse Seitz allerdings, dass man nicht alle Bürgerlichen in einen Topf werfen darf und dass wir "diesen besseren Elementen unsere Stütze zu entziehen und sie mit einem Stoß den reaktionären Führern in die Arme zu treiben" keinen Grund

haben. Aber vom Entziehen unserer Stütze hat ja niemand geredet. Wenn sich das Bürgertum oder ein Teil des Bürgertums wirklich einmal zu einer antiklerikalen Aktion aufraffen sollte, so muss unsere Partei diese Aktion selbstverständlich mit aller Kraft unterstützen. Aber dazu bedarf es keiner gemeinsamen Organisation. Und was an wirklichem Antiklerikalismus im Bürgertum vorhanden ist, das kann doch der Austritt der Sozialdemokraten aus der "Freien Schule" unmöglich "mit einem Stoß den reaktionären Führern in die Arme treiben". Da muss ich die "besseren Elemente" des Bürgertums gegen den Genossen Seitz denn doch in Schutz nehmen. Eine so schlechte Meinung darf er von ihnen nicht haben, besonders da er sonst vom bürgerlichen Antiklerikalismus nicht hoch genug denken kann. Den wirklichen Antiklerikalen im Bürgertum konnte es sogar nur gut tun, wenn ihnen die Sozialdemokraten durch ihren Austritt aus der "Freien Schule" mit einem Stoß aus dem süßen Traume hälfen, dass alle Bürgerlichen, die sich antiklerikal nennen, es auch wirklich sind.

Viel zurückhaltender als Genosse Seitz plädiert Genosse Karl *Mann*[292] für das Verbleiben der Sozialdemokraten in der "Freien Schule", während jener die Festung "Freie Schule" um jeden Preis halten will, scheint Genosse Mann uns nur die Möglichkeit eines Abzuges mit allen militärischen Ehren sichern zu wollen. Von den verschiedenen Ausbeutergruppen erwartet er keine Hilfe gegen den Klerikalismus. Dagegen verspricht er sich etwas vom neuen Mittelstand. Ich halte diese Hoffnung für übertrieben. Denn wenn auch nicht zu leugnen ist, dass diese soziale Schichte sehr rasch wächst, so hat Genosse Schacherl doch recht, wenn er von "ein paar Intellektuellen" spricht, die nicht in Betracht kommen. Denn: der neue Mittelstand ist keine einheitliche Masse. "Wir finden da die größten Unterschiede in Beziehung auf wirtschaftliche Lage, soziale Herkunft, Bildung, überkommene Ideologie, gesellschaftliche Zusammenhänge. Gewisse Schichten des neuen Mittelstandes – jene, die sich früher oder später ausgebeutet fühlen – gehören zu uns und wir haben sie nicht anders zu behandeln wie andere Proletarier. Die anderen Gruppen des neuen Mittelstandes aber werden sich – abgesehen von der Großstadt, wo sie in so großer Anzahl vorhanden sind, dass sie sich vom übrigen Bürgertum ablösen, bis zu einem gewissen Grad verselbständigen können – sozial und politisch immer jenen Ausbeutergruppen angliedern, denen sie nach ihrer Herkunft, nach der Höhe, wenn auch nicht nach der Art ihres Einkommens am nächsten stehen. Damit werden sie geistig abhängig von diesen Ausbeutern, trotzdem sie ihnen nicht selten an Intelligenz und Bildung weit überlegen sind. Es wird also aus dem neuen Mittelstand für den Kampf gegen den Klerikalismus wirklich nicht viel mehr zu holen sein als ein paar großstädtische Intellektuelle. Aber wenn auch mehr zu holen wäre, brauchen wir, um die Angestellten, Beamten etc. zum Kampf gegen den Klerikalismus zu sammeln, die "Freie Schule"? Genosse Mann antwortet mit Ja. Er erklärt, die Arbeiterschaft könne die antiklerikalen Tendenzen innerhalb der bürgerlichen Parteien verstärken, "indem sie parteilose Organisationen unterstützt, die geeignet sind, die antiklerikale Propaganda in jenen bürgerlichen Kreisen, die ihr noch zugänglich sind, also in den Schichten der Intelligenz, der Angestellten,

[292] Mann, Karl: Bourgeoisie und Klerikalismus. – in: Der Kampf, Jg. 1, S.385ff. Karl Mann war ein Pseudonym von Otto Bauer (1881-1938); sozialdemokratischer Parteiführer und führender Theoretiker des *Austromarxismus*.

der Beamten etc. zu betreiben. Diesem Zweck und keinem anderen kann die Beteiligung einiger Parteigenossen an den Arbeiten des Vereines 'Freie Schule' dienen". "Einige Parteigenossen" ist gut. Was bleibt von der "Freien Schule" übrig, wenn die Sozialdemokraten austreten? Weiß Genosse Mann nicht, dass die Arbeiter der "Freien Schule" scharenweise beigetreten sind? Dass in vielen kleinen Städten die Ortsgruppen der "Freien Schule" für die Arbeiter den Mittelpunkt des politischen Lebens bilden und, wie bereits erwähnt, das Interesse der Arbeiter so sehr in Anspruch nehmen, dass das Interesse an der Parteiorganisation darunter leidet? Bleiben aber wirklich nur "einige Sozialdemokraten" in der "Freien Schule", so wird unser Einfluss auf den Verein völlig schwinden. Er ist heute schon gering genug. Genosse Mann wird so gut wie ich wissen, dass nicht wenige Ortsgruppen in der Provinz trotz allen Bemühungen der Sozialdemokraten gar keine Tätigkeit entfalten, weil die Bürgerlichen keine wollen – ja, dass die Bürgerlichen jetzt schon anfangen, die Sozialdemokraten aus den Ortsgruppen hinauszuekeln. Ist also die Erziehung des neuen Mittelstandes zum Antiklerikalismus überhaupt möglich, so keinesfalls in der "Freien Schule".

Noch deutlicher als bisher wird sich das zeigen, wenn unsere Genossen – um die Gefahren zu vermeiden, die auch nach der Ansicht des Genossen Mann das Zusammenwirken in der "Freien Schule" heraufbeschwören kann – nun, wie er verlangt, anfangen sollten, "auch innerhalb der 'Freien Schule' als Sozialdemokraten aufzutreten" und "recht nachdrücklich zu betonen, dass der Kampf gegen den Klerikalismus für uns nur ein kleiner, wenn auch nicht unwichtiger Teil unseres großen Klassenkampfes, dass der antiklerikale Bürger, an dessen Seite wir gegen den Klerikalismus kämpfen, darum doch auf anderem Kampffelde unser Klassengegner ist und bleibt". Ob es übrigens dem Genossen Mann gelingen wird, diese ideale Forderung einzukassieren? Bisher schaut es nicht danach aus.

Gibt es doch eine esoterische Lehre, die da lautet: "Natürlich dürfen wir in der 'Freien Schule' nicht als Sozialdemokraten auftreten; man darf dort nur antiklerikal reden." Kommt man aber von diesem Grundsatz ab, so wird die "Freie Schule" – wenigstens als gemeinsame Organisation – sehr bald gewesen sein: Genosse Mann soll doch einmal vor Reichenberger oder überhaupt vor deutsch-böhmischen Spießbürgern sozialdemokratisch reden – nicht einen wird er für die "Freie Schule" gewinnen. Der Versuch, die Intellektuellen etc. zum Kampfe gegen den Klerikalismus zu mobilisieren, wäre definitiv misslungen. Allerdings findet Genosse Mann, dass auch dies seinen Wert hätte: "Dann ist einmal dem Bürgertum durch das Experiment bewiesen, was es bloßen Worten niemals glauben würde, dass nur noch die Sozialdemokratie den Kampf gegen den Klerikalismus führen kann." Genosse Mann irrt. Dem Bürgertum wäre gar nichts bewiesen. Es wäre um Ausreden für das Fiasko der "Freien Schule" nicht verlegen; macht es doch schon heute für die Konflikte, die die Zweideutigkeit des bürgerlichen Antiklerikalismus in der "Freien Schule" provoziert, die Unduldsamkeit der Sozialdemokraten verantwortlich. Ferner: Dürfen wir uns wirklich den Luxus gestatten, eine Experimentalpolitik zu treiben, um das Bürgertum über seine Nichtsnutzigkeit aufzuklären, *solange es noch unzählige Arbeiter gibt, die wir noch nicht aufgeklärt haben?* Und endlich: Das Bürgertum klärt man am besten auf, indem man die Arbeiter aufklärt. Wenn der Aufklärung des Proletariats die proletarische Tat folgt,

dann versteht das Bürgertum sehr rasch, so hartköpfig und begriffsstutzig es sonst ist. Jahrelang haben die Genossen Austerlitz[293] und Renner[294] Regierung und Bürgertum von der Vortrefflichkeit der Wahlreform zu überzeugen versucht. Sie predigten tauben Ohren. Als aber das Proletariat den Wahlrechtskampf eröffnete, kam die Erleuchtung über die Nutznießer des Wahlprivilegs im Nu. Wenn wir den Arbeitern klarmachen, dass sie sich auch im Kampfe gegen den Klerikalismus nur auf die eigene Kraft verlassen dürfen, dass sie auf die Bundesgenossenschaft des bürgerlichen Freisinns nicht zu rechnen haben, so wird die sich daraus von selbst ergebende schroffe Scheidung vom bürgerlichen Antiklerikalismus uns viel mehr Mitkämpfer aus dem neuen Mittelstand zuführen als das Verbleiben in der "Freien Schule". Denn wenn wir aus diesem Verein scheiden, reißen wir den bürgerlichen Parteien die Maske vom Gesicht, die heute noch so viele täuscht. Und darum haben die sozialdemokratischen Arbeiter meines Erachtens in der "Freien Schule" nur noch eines zu tun: eben *auszutreten*.[295]

---

[293] Friedrich Austerlitz (1862-1931); österreichischer Sozialdemokrat, langjähriger Chefredakteur der *Arbeiter-Zeitung*. Am 4. August 1914 sagte Austerlitz der kaiserlichen Regierung volle Unterstützung im Krieg gegen den Zarismus zu und begründete damit die Politik der Vaterlandsverteidigung. Am 5. August 1914 erschien sein Leitartikel *Der Tag der Deutschen Nation*. Darin hieß es: "*Diesen Tag des 4. August werden wir nicht vergessen. Wie immer die eisernen Würfel fallen mögen – und mit der heißesten Inbrunst unseres Herzens hoffen wir, dass sie siegreich fallen werden für die heilige Sache des deutschen Volkes; das Bild, das heute der Deutsche Reichstag, die Vertretung der Nation, bot, wird sich unauslöschlich einprägen in das Bewusstsein der gesamten deutschen Menschheit, wird in der Geschichte als ein Tag der stolzesten und gewaltigsten Erhebung des deutschen Geistes verzeichnet werden.* (...) *Nie hat eine Partei größer und erhebender gehandelt als die deutsche Sozialdemokratie*"...

[294] Karl Renner (1870-1950); führender österreichischer Sozialdemokrat, einer der Hauptvertreter des rechten Parteiflügels. Nach dem Ersten Weltkrieg von 1918 bis 1920 Staatskanzler, 1945 Chef der provisorischen Regierung, von Dezember 1945 bis zu seinem Tod 1950 erster Bundespräsident der Zweiten Republik.

[295] Eine Erwiderung auf die Argumente des Genossen Strasser, die die Diskussion über die Beteiligung der Parteigenossen an der "Freien Schule" abschließen soll, werden wir im nächsten Hefte veröffentlichen. D. Red. [Anmerkung der Redaktion des "Kampf"]

Der 31. Dezember in Budapest (1909)[296]

Am 31. Dezember des verflossenen Jahres stellten die Arbeiter Budapests die Arbeit ein, um so gegen einen neuen Gewaltstreich der ungarischen Regierung zu protestieren. Am 27. Dezember hatte der Minister des Innern den Eisen- und Metallarbeiterverband und dessen Fachsektionen, gleichzeitig die Tischlersektion des Holzarbeiterverbandes suspendiert und die Ausbreitung der angestellten "Untersuchung" auf den gesamten Holzarbeiterverband verfügt. Hierauf antwortete die Arbeiterschaft Budapests mit dem politischen Massenstreik zur Wahrung des Koalitionsrechtes. Der Massenstreik währte 24 Stunden, in einzelnen Branchen 36 Stunden, in anderen nur 12 Stunden, die Arbeiterschaft der siebenbürgischen Hauptstadt Klausenburg schloss sich spontan den Budapester Genossen an. Die Beteiligung der Arbeiterschaft war überraschend günstig. Am 31. Dezember 1907 waren in Budapest *65.123 Arbeiter organisiert*. Am 31. Dezember 1908 legten laut Bericht des offiziellen Gewerkschaftsorgans *62.260 Arbeiter die Arbeit nieder*. Da der Bericht der Gewerkschaftssekretäre für das Jahr 1908 nahezu ausnahmslos einen Rückgang der Mitgliederzahl konstatieren muss und da von den im Jahre 1907 noch mitgezählten Branchen einige dem Streik völlig fern blieben, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, *dass das Streiklager vom 31. Dezember eine beträchtliche Zahl nichtorganisierter Arbeiter anzog und umfasste*.

Die Vorbedingungen des Massenstreiks waren in der wirtschaftlichen Lage der ungarischen Arbeiter längst gegeben.

Die verelendete Lebenslage des ungarischen Proletariats hatte zu einer *außerordentlich raschen* Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung geführt, die Mitgliederzahl der Gewerkschaften war in den Jahren 1902 bis 1906 von 9.255 auf 197.829 gestiegen, die Zahl der Streiks von 346 im Jahre 1905 auf 652 im Jahre 1906; die Organisation der Feldarbeiter wurde in den ersten Tagen des Jahres 1906 gegründet, im Dezember1906 zählte sie 48.616 eingetragene Mitglieder, und in der ersten Hälfte des Jahres 1907 schon 72.562 Mitglieder. Den gewerkschaftlichen Organisationen ist jede Streikbewegung oder Unterstützung von Lohnbewegungen gesetzlich untersagt, die "illegale" Streikleitung, Tarifkontrolle und die Widerstandsfonds ordnet eine neben den Gewerkschaften fungierende "freie Organisation". Als im Jahre 1906 die enorme Lebensmittelteuerung zur Verstärkung der Streikbewegung führte, kam es auch in Ungarn zur Gründung der Unternehmerverbände. Die sonst industriefeindliche Regierung der Großgrundbesitzer unterstützte wohlwollend und mit *allen* Mitteln der Verwaltung diese Unternehmerverbände, um so die Lohnarbeitsverhältnisse der Industrie auf das Niveau der Feldarbeit herabzudrücken. Die Herabdrückung des Lebensniveaus der städtischen Arbeiter sollte mit Hilfe der Unternehmerverbände die Anziehungskraft

[296] Strasser, Josef: Der 31. Dezember in Budapest. – in: Die neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. – 27. Jahrgang, 1908-1909, 1. Band (1909), Heft 21, S.753ff.

der Städte aufheben, die Binnenwanderung verhindern und der durch permanente Abwanderung entstandenen Leutenot in der Landwirtschaft ein Ende machen. In dieser engen Umarmung von Agrariern und Industriellen wurde jeder gewerkschaftliche Kampf sofort zum politischen Ereignis, an Stelle des *Unternehmers* trat der kämpfenden Fachorganisation permanent die *Gewalt der Staatsregierung* entgegen, und den Einsatz eines jeden Kampfes bildete stets das "*Sein oder Nichtsein*" der kämpfenden Organisation. Die Regierung ließ die "freien Organisationen", die eigentlichen Führer der Streiks, beiseite und machte für alles die *Gewerkschaften* verantwortlich, aber tatsächlich trafen die Verfolgungen schwer schädigend auch die "freien Organisationen" und damit die der Gentry wie dem Hochadel gleich verhasste Sozialdemokratie.

Der Ansturm der Erfolg gewohnten jungen Gewerkschaften hatte bald zur Gründung der Unternehmerverbände geführt. Je mehr nun Lebensmittelwucher und Wohnungssteuerung der agrarischen Zollwucherei folgte und die Arbeiter zum Kampfe zwang, je starrer die Regierung an der brutalen Vergewaltigung der proletarischen Kampforganisationen festhielt, desto lauter und intensiver musste der Kampf der Arbeiter um politischen Einfluss werden. *Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht drängte sich in den Vordergrund der Geschehnisse*.

Er wuchs also aus den wirtschaftlichen Kämpfen, aus der drückenden Not des Tages heraus, und es war vorauszusehen, dass die von der *gemeinsamen* Not getriebenen und vom *gemeinsamen* Unterdrücker geknechteten Arbeiter bald jeden Eingriff in das Koalitionsrecht der wirtschaftlichen Organisationen *vereint* zurückschlagen würden. Trotzdem währte es lange, bis diese Erkenntnis endlich die *Massen* bewegte. Bereits im Jahre 1906/07 büßte der Verband der Bauarbeiter 33,80 Prozent seiner Mitglieder ein, der Verband der Feldarbeiter 50,37 Prozent. Das Jahr 1907/08 brachte die "*völlige Vernichtung*" der Budapester Gasarbeiterorganisationen und die behördliche Auflösung des Eisenbahnarbeiterverbandes, dem die Auflösung von 264 Ortsgruppen des Feldarbeiterverbandes vorausging. Die Zahl der Mitglieder dieses Verbandes betragt heute kaum 10.000 von 73.000 im Jahre 1907. Die Organisation der Fleischer wurde auf direkten Wunsch des Staatssekretärs für Handel verfolgt und schwer geschädigt, und die Sicherheit der übrigen Verbände und lokalen Organisationen konnte nur so lange währen, solange sie sich des Kampfes enthielten. Nachdem nun auch auf diese Art der Verband der Eisen- und Metallarbeiter, die Tischlersektion der Holzarbeiter durch die brutale Willkür der Regierung schwere Schläge erlitten hatten, *musste sich schließlich die Erkenntnis Bahn brechen, dass zum Schutze der wirtschaftlichen Organisationen, zum Schutze der drängenden wirtschaftlichen Interessen der Massen ein momentanes, unverzügliches Zusammenfassen aller vorhandenen Kräfte des Proletariats nottut, und dass der Kampf um das politische Recht der Koalition der Notwendigkeit gehorchend einsetzen muss*. In dieser Richtung unterscheidet sich der Massenstreik vom 31. Dezember von den Demonstrationsstreiks der Jahre 1906 und 1907.

Wir geben im folgenden die Daten der Streikbeteiligung der einzelnen Branchen, die Daten sind den offiziellen Berichten[297] des Gewerkschaftsrats der ungarischen Gewerkschaften entnommen und gestatten weitgehende Folgerungen:

[297] "Szakszervegeli Ertesitö", 5. Jahrgang Nr.5 und 6. Jahrgang Nr.1 [Anmerkung Josef Strasser]

	Zahl der Streikenden	Zahl der in Budapest gewerkschaftlich Organisierten am 31. Dez. 1907
Eisen- und Metallarbeiter	16.300	13.774
Buchdrucker	6.500	6.159
Holzarbeiter	4.580	8.545
Schuhmacher	3.000	2.210
Mühlenarbeiter	3.330	3.272
Schneider	2.660	2.850
Transportarbeiter	2.500	2.641
Buchbinder	1.950	2.327
Kaffeehausgehilfen	1.800	1.505
Textilarbeiter	1.800	488
Lithographen	1.000	988
Gasthofsgehilfen	600	750
Kaffeesieder	500	635
Schuhoberteilarbeiter	550	750
Riemer und Koffermacher	500	449
Maler und Anstreicher	350	1.189
Bauarbeiter	---	3.068
Gasarbeiter	---	1.800
Eisenbahnarbeiter	---	2.273
Feldarbeiter und zugehörende Hilfsarbeiter ...	---	910

Ziehen wir neben dieser Aufstellung noch in Betracht, dass – wie bereits bemerkt – die ungarischen Gewerkschaften nahezu durchgehend seit dem 31. Dezember 1907 eine beträchtliche Verminderung des Mitgliederstandes erfuhren, so ergibt sich folgendes:

Fast alle Gewerkschaften, die eben im Kampfe begriffenen Holzarbeiter und Anstreicher ausgenommen, waren nahezu *mit voller Kopfzahl*, ja in vielen Fällen mit einer starken *Überzahl* ihres Mitgliederstandes am Massenstreik beteiligt. Die Krise, die die Mitgliederzahl der sonst *intakten* Gewerkschaften verminderte, *verminderte also keinesfalls die politische Aktion der betreffenden Branchen*. Demgegenüber findet die Nichtbeteiligung der Bauarbeiter neben der allerdings ungünstigen Jahreszeit eine weitere Erklärung in dem Umstand, dass dieser Verbund als erster den Treibereien der Unternehmerverbände schwere Opfer bringen musste. Der Verband der Eisenbahner unterlag der Regierungsgewalt,[298] dasselbe gilt vom Verband der Feldarbeiter und von

[298] Dazu ein zeitgenössischer Gewerkschaftsbericht über die Streikkämpfe in Budapest: "*Die 6000 Bediensteten der elektrischen Straßenbahnen forderten Zuschläge für den Nachtdienst, an jedem sechsten Tag Dienstfreiheit, ein neues Pensionierungs- und Krankenkassensystem und ein unabhängiges Disziplinargericht. Die Direktion lehnte ab. Am 25. Oktober 1906, mittags 1/2 12 Uhr, traten deshalb die Angestellten der elektrischen Straßenbahn, der Untergrundbahn und der elektrischen Lokalbahnen in den Streik. Sie ließen die Wagen auf der Strecke stehen. Im Verlaufe des Streiks*

der Gewerkschaft der Gasarbeiter. Diese Organisationen, deren "*freie Organisationen*" mit der Gewerkschaft *zugleich* in ihren Grundfesten erschüttert wurden, wurden untauglich für den politischen Kampf.

Der Umstande, dass zwischen Partei und Gewerkschaft in Ungarn der engste Zusammenhang besteht, machte die Erhaltung der *Gewerkschaften* zur Existenzfrage der *politischen Partei*. Jeder Verlust in der *gewerkschaftlichen* Bewegung mindert die Kraft der *Partei*, und solange die eben in Angriff genommenen "reinen" politischen Organisationen nicht ausgebaut sind, wird der am 31. Dezember betretene Weg von der ungarischen Sozialdemokratie "*auf Leben und Tod*" verfolgt werden müssen, wenn die Kräfte der Partei und damit die Widerstandskraft der Gewerkschaften nicht weiter vermindert werden sollen.

Der 31. Dezember in Budapest.

Von **Josef Strasser** (Budapest).

Am 31. Dezember des verflossenen Jahres stellten die Arbeiter Budapests die Arbeit ein, um so gegen einen neuen Gewaltstreich der ungarischen Regierung zu protestieren. Am 27. Dezember hatte der Minister des Innern den Eisen- und Metallarbeiterverband und dessen Fachsektionen, gleichzeitig die Tischlersektion des Holzarbeiterverbandes suspendiert und die Ausbreitung der angestellten „Untersuchung" auf den gesamten Holzarbeiterverband verfügt. Hierauf antwortete die Arbeiterschaft Budapests mit dem politischen Massenstreik zur Wahrung des Koalitionsrechtes. Der Massenstreik währte 24 Stunden, in einzelnen Branchen 36 Stunden, in anderen nur 12 Stunden, die Arbeiterschaft der siebenbürgischen Hauptstadt Klausenburg schloß sich spontan

Die neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie.
– 27. Jahrgang, 1908-1909, 1. Band (1909), Heft 21, S.753

---

wurde Militär herangezogen und das Streiklager aufgelöst. Nach sechstägiger Dauer war der Streik mit einer völligen Niederlage der Straßenbahner beendet. Die entlassenen und wieder neu eingestellten Straßenbahner hatten durch den Streik die bisherigen Dienstalters- und Pensionsansprüche eingebüßt und mussten wieder mit dem Anfangsgehalt beginnen." – Internationale Transportarbeiter-Federation (Hrg.): Protokoll über die Verhandlungen des VI. Internationalen Transportarbeiter-Kongresses sowie der Konferenzen der Eisenbahner und Seeleute. Abgehalten in Wien vom 24. August bis 29. August 1908. Bericht des Zentralrats für 1906-1907-1908. – Hamburg 1909, S.26

Zum Internationalismus

(1909)[299]

Im Abgeordnetenhause haben am 21. Jänner, und zwar nicht zum ersten Mal, Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten gestimmt. Es handelte sich um die Dringlichkeitsanträge wegen der Stationsaufschriften. Die deutschen Sozialdemokraten stimmten gegen die dringliche Behandlung der Anträge Buřival[300] und Neumann[301] und verließen vor der Abstimmung über den Antrag Kindermann[302] den Saal; unsere tschechischen Genossen dagegen fanden die tschechischen Anträge dringlich, nicht aber den deutschen Antrag. Der Vorfall blieb unbeachtet, aber er ist nicht harmlos.[303] Denn wenn schon solche Lappalien die Einheit unserer Aktion zu stören imstande sind, wie soll es erst werden, wenn das Parlament einmal die wirklichen, ernsten nationalen Fragen verhandelt?

Dass bürgerliche Parteien die Abstimmung selbst über wichtige Angelegenheiten freigeben, ist eine alltägliche und bei dem demagogischen Charakter dieser Parteien selbstverständliche Erscheinung. Keine bürgerliche Partei vertritt bloß eine einzige Klasse; jede will mehrere oder alle unter einen Hut bringen. Das Rezept dazu ist sehr einfach: einer Klasse dient man, die anderen foppt man. Immer geht's aber mit dem Foppen nicht, manches Mal muss man doch auch für die Wählerschichten, die sonst mit Versprechungen abgespeist werden, etwas tun und dann wird, wenn kein Kompromiss gelingt, die Abstimmung freigegeben. Das geschieht um so häufiger, je weiter die Zerklüftung des Bürgertums in gegensätzlich interessierte Gruppen und Grüppchen fortschreitet. In der freigegebenen Abstimmung wird der Widerspruch offenbar zwischen Einheitsbedürfnis und Neigung zur Spaltung, zwischen dem gemeinsamen Interesse und den vielen, immer stärker werdenden Sonderinteressen.

So steht's im bürgerlichen Lager. Anders im Proletariat. Wenn Sozialdemokraten verschieden stimmen, so unmöglich deshalb, weil sie gegensätzliche Interessen vertreten. Die Sozialdemokratie ist eine reine Klassenpartei. Sie kann und will nur das Proletariat vertreten, und andere Klassen vertritt sie nur, soweit deren Interessen mit denen des Proletariats zusammenfallen. Sie ist also ihrem Wesen nach einheitlich. Aber ist auch die Tendenz zur Einheit in der Arbeiterbewegung überall von Anfang an vorhanden,

---

[299] Strasser, Josef: Zum Internationalismus. – in: Der Kampf, Jg. 2, S.294ff.

[300] František Buřival (1868-1929); Reichsratsabgeordneter, Vereinigung der böhmischen nationalsozialen, radikalfortschrittlichen und staatsrechtlichen Abgeordneten.

[301] Josef Neumann (1852–1915); Reichsratsabgeordneter, Böhmischer Klub.

[302] Franz Kindermann (1842-1921); deutschnationaler Reichsratsabgeordneter, Deutscher Nationalverband.

[303] Genosse Strasser knüpft hier an einen Vorfall an, der heute wohl schon fast vergessen ist – leider war es uns nicht möglich, seinen Aufsatz früher zu veröffentlichen. wir tragen dies nun nach, da wir es für sehr nützlich halten, dass diese Kritik in dem Diskussionsorgan der Partei zu Worte kommt. Die Redaktion. [Anmerkung der Redaktion des "Kampf"]

so setzt sie sich doch nur allmählich, oft in erbitterten Bruderkämpfen, durch. Wir müssen uns die Einheit mühsam erarbeiten. Das Proletariat wird freilich durch die Verhältnisse überall in dieselben Bahnen gedrängt, es treibt überall demselben Ziele zu, aber seine Meinungen über Ziel und Weg sind nicht immer und überall dieselben. Unsere Erkenntnis wird zwar beständig berichtigt, aber nicht durch Predigten, auch nicht durch die zwingendsten logischen Deduktionen, sondern einzig und allein durch Erfolge und Niederlagen; erst sie disponieren uns für Argumente. Unser Intellekt hat wohl seine Eigenbewegung, aber er ist doch dem Willen untertan – vergleichbar dem Pudel, der seinem Herrn apportiert, was dieser verlangt. Unsere geistige Entwicklung geht also einigermaßen umständlich vor sich: Wir lernen nie von anderen Geistern, sondern nur von den Dingen; fremder Geist kann da nur verdeutlichend und beschleunigend wirken, er kann uns aber keine Entwicklungsstufe überspringen lassen. Auch die geistige Ontogenie[304] ist eine Wiederholung der Phylogenie.[305] Die verschiedenen Phasen der geistigen Entwicklung, die das Proletariat durchlaufen muss, kommen darum nicht nur nacheinander, sondern, in verschiedenen Schichten des Proletariats, auch nebeneinander vor. Das heißt aber: Im Proletariat müssen Meinungsverschiedenheiten entstehen – Meinungsverschiedenheiten, die sich, je nachdem, sehr verschieden äußern: in der Bildung mehrerer proletarischer Parteien, wie in mehr oder minder heftigen Kämpfen in derselben Partei; in den abstraktesten Auseinandersetzungen über das Ding an sich so gut wie in den konkretesten Wirtshausschlägereien; in der Fronde einzelner Personen und ganzer Gruppen usw. Aber während im Bürgertum die zentrifugalen Tendenzen immer stärker werden, macht sich im Proletariat immer energischer die Tendenz zur Einheit geltend, weil es sich da eben nur scheinbar um Interessengegensätze handeln kann, in Wirklichkeit also stets um Meinungsverschiedenheiten zwischen Gleichinteressierten handelt, die nicht aus dem Willen, sondern aus dem Intellekt entspringen und früher oder später ausgeglichen werden müssen, weil die Jungen älter, die Unreifen reifer werden. Die geschichtliche Entwicklung wirkt auf das Bürgertum wie Sprengpulver, auf das Proletariat wie Kitt.

Das kann uns nun freilich nicht mit der Tatsache versöhnen, dass die Arbeiterschaft noch in vielen Ländern in mehrere Parteien zerfällt und dass auch bei uns die Übereinstimmung nicht so vollkommen ist, dass sie die Einheit der Aktion verbürgen würde. Die Uneinigkeit ist eine Vorstufe der Einigkeit, aber eine halsbrecherische. Sie führt zur Einigkeit, aber nur durch die verheerenden Wirkungen, die sie auf das Proletariat ausübt. Solange die Arbeiterklasse eines Landes in mehrere Fraktionen zerschlagen ist, hebt sie einen Teil ihrer Kraft durch den anderen auf. Sie verurteilt sich selber zur Ohnmacht. Wenn, was in Frankreich eine Zeitlang auf der Tagesordnung war, von den sozialistischen Abgeordneten bei einer Abstimmung die eine Hälfte ja, die andere nein sagt, so ist der Effekt derselbe, als ob überhaupt kein Sozialist im Parlament säße. Die Einheit ist das höchste Gut der Partei.

---

[304] Ontogenese oder Ontogenie (von griechisch ὀντογένεση); in der Biologie und Medizin die *individuelle* Entwicklungsgeschichte, also die Entwicklung des *einzelnen* Lebewesens.

[305] Phylogenese oder Phylogenie (von altgriechisch φῦλον *phýlon* ‚Stamm' und γένεσις *génesis* ‚Ursprung'); bezeichnet sowohl die Entwicklung der *Gesamtheit* aller Lebewesen als auch bestimmter Verwandtschaftsgruppen, also die Geschichte des Stammes *alles* Lebenden und dessen Verzweigungen.

Man könnte einwenden:

Das alles ist im allgemeinen ganz richtig, nur gerade in dem besonderen Fall, von dem wir ausgegangen, stimmt es nicht und kann es gar nicht stimmen. Denn die Arbeiterklassen verschiedener Nationen haben bei aller sonstigen Interessengemeinschaft verschiedene nationale Interessen und es ist darum nur natürlich, dass ihre Vertreter bei Abstimmungen über nationale Fragen gegeneinander stimmen. Es ist auch kein Unglück, denn die Einheit der Partei wird dadurch nicht angetastet.

Darauf wäre zu erwidern:

Deutsche und tschechische Arbeiter haben, das lässt sich nicht leugnen, verschiedene nationale Interessen. Aber *diese Verschiedenheit ist keine Gegensätzlichkeit* und es muss auch in nationalen Fragen eine vollkommene (das heißt: ein gemeinsames Vorgehen, eine einheitliche Aktion ermöglichende) Übereinstimmung zwischen deutschen und tschechischen Sozialisten herzustellen sein. Freilich kann sich die Arbeiterklasse einer Nation zu der einer anderen in Gegensatz stellen. Aber das ist dann ein Gegensatz, wie der zwischen den alten Tradeunionisten und der übrigen Arbeiterschaft: Er ist nur möglich, weil und so weit eine oder mehrere oder alle Schichten des Proletariats noch nicht proletarisch-sozialistisch denken. Also nicht die Verschiedenheit der nationalen Interessen ruft solche Gegensätze hervor, sondern der Mangel der Erkenntnis, dass die Interessen der Arbeiterklassen verschiedener Nationen identisch sind oder – wo das, wie in den nationalen Dingen, nicht der Fall ist – doch miteinander harmonieren. Nicht weil sie gute Deutsche und gute Tschechen sind, können deutsche und tschechische Arbeiter miteinander uneinig werden, sondern weil sie noch nicht so gute Sozialisten sind, wie sie sein wollen und werden müssen.

Diese Behauptungen stehen in Widerspruch mit einer Theorie, die in unseren Reihen, wenn sie auch noch keinen Theoretiker gefunden hat, doch viele, meist unbewusste Anhänger zählt und nicht ohne Einfluss auf unsere Praxis geblieben ist. Nach dieser Theorie ist der Mensch eine Art Amphibium. Er gehört einmal zu einer Klasse und einmal zu einer Nation. Er ist ein Bourgeois oder ein Proletarier oder ein Kleinbauer etc. und er ist ein Deutscher oder ein Tscheche oder ein Engländer usw. Diese beiden Wesen, die jeder in sich vereinigt, haben miteinander gar nichts zu schaffen. Man hat als Proletarier dieselben Interessen wie alle anderen Proletarier und als Deutscher dieselben Interessen wie alle anderen Deutschen. In nationalen Fragen stimmt man mit den Volksgenossen aus den anderen Klassen überein, wie in sozialen Fragen mit den Klassengenossen anderer Nationalität.

Diese Zweiseelentheorie ist falsch. Allerdings *können* Bourgeoisie und Proletariat einer Nation unter bestimmten historischen Umständen dasselbe nationale Interesse haben (zum Beispiel gemeinsam die Abschüttlung einer Fremdherrschaft anstreben) – genau so, wie Kapitalisten und Arbeiter gelegentlich auch in einer wirtschaftlichen oder politischen Frage denselben Standpunkt einnehmen können. Aber dass die verschiedenen Klassen, in die eine Nation zerfällt, immer oder auch nur in der Regel dieselben nationalen Interessen haben, ist nicht richtig. Man nenne uns doch ein einziges nationales Interesse, das die Kapitalisten, Proletarier, Bauern, Großgrundbesitzer, Intellektuellen, Kleinbürger einer Nation dauernd verbände. Welches Interesse haben alle Deutschen als Deutsche? Kein einziges. Nicht einmal an der Erlernung ihrer Mut-

tersprache sind alle Deutschen in gleicher Weise interessiert. Man denke an das schauerliche Bürokraten-Deutsch, man denke an die äh-äh-Grafen; es hat noch keinem geschadet, dass er nicht deutsch kann – sogar der verfassungstreue Stil des Stürgkh[306] konnte sich durchsetzen. Und selbst wenn jede Klasse ein Interesse an der vollkommenen Beherrschung ihrer Muttersprache hätte, so würde den deutschen Fabrikanten noch lange nichts daran liegen, dass auch ihre proletarischen Volksgenossen ordentlich deutsch lernen. *Verschiedene Klassen haben verschiedene nationale Interessen*.

Es ist darum auch ein Irrtum, dass Klasseninteresse und nationales Interesse in keinem Zusammenhang miteinander stehen. Die Klasse prägt ihren Stempel dem ganzen Menschen auf, die Zugehörigkeit eines Individuums zu einer bestimmten Klasse kommt in allen seinen Beziehungen und Verhältnissen zum Ausdruck. Sein Klasseninteresse ist die Summe seiner sämtlichen Interessen, *es schließt auch sein nationales Interesse ein. Und der Klassengegner des Proletariers ist darum auch sein nationaler Gegner, selbst wenn beide derselben Nation angehören*. Nicht die tschechische Nation hindert die nationale Entwicklung des deutschen Proletariats, sondern die deutsche Kapitalistenklasse.

Es ist des weiteren, wie bereits gesagt, nicht wahr, dass die Arbeiter verschiedener Nationen gegensätzliche nationale Interessen haben. Die gibt es nur im Bürgertum; da sind sogar Interessenkonflikte der verschiedensten Art möglich. Der Gegensatz zwischen den Bourgeoisien Deutschlands und Englands hat andere Gründe als der zwischen unserem deutschen und tschechischen Bürgertum. Jener entspringt der Konkurrenz auf dem Weltmarkt und steht mit der Nationalität nur in einem sehr losen Zusammenhang. Dieser dagegen entspringt der Konkurrenz der Spracharbeiter, das heißt jener Leute, in deren Arbeitsprozess die Sprache die Rolle eines Arbeitsmittels spielt; er hängt also mit der Nationalität aufs engste zusammen. Genosse Renner hat neulich im Parlament gesagt: Man kann von der Sprache nicht leben. Die Spracharbeiter sind anderer Meinung: gerade von der Sprache wollen sie leben. Und sie leben auch wirklich von ihr, wie der Weber vom Weben. Da sie aber nicht, wie die "gewöhnlichen" Arbeiter, proletarisch, sondern bürgerlich, sogar kleinbürgerlich-zünftlerisch denken, so führen sie auch den Kampf um die Verbesserung ihrer Lage ganz anders als andere Arbeiter. Sie verlangen ein *sprachliches Bannrecht*, dessen Gebiet sie immer erweitern möchten, zum mindesten aber nicht schmälern lassen wollen. Das ist vom Standpunkt der kleinbürgerlichen Denkweise sehr natürlich. Je größer der Geltungsbereich zum Beispiel der deutschen Sprache, desto mehr Deutsche haben Aussicht, als Lehrer, Beamte, Richter etc. eine Existenz zu finden. Das Sprachgebiet hat seine wirtschaftliche Bedeutung – so gut wie das Zollgebiet –, und das deutsche Bürgertum verlangt für die deutsche, das tschechische für die tschechische Sprache eine möglichst große Domäne.

[306] Karl Stürgkh (1859-1916); österreichischer Politiker, Mitglied einer alten Adelsfamilie und k.k. Ministerpräsident. Verantwortlich in der Julikrise 1914 für den Kriegseintritt der Monarchie ohne parlamentarische Beratungen. Wegen seiner diktatorischen Politik und als Symbol der Kriegspolitik 1916 vom Sozialdemokraten Friedrich Adler, Sohn des Parteivorsitzenden Victor Adler, erschossen.

Ihre sprachwirtschaftlichen Interessen kollidieren miteinander, der Nationalitätenstreit kann sich in seiner ganzen Klofáč-Wolfschen Lieblichkeit entfalten.[307]

Für das Proletariat ist die Spracharbeiterfrage natürlich nicht gleichgültig, aber es steht ganz anders zu ihr als das Bürgertum und es lässt sich an ihr deutlich zeigen, dass im Proletariat nur Interessenverschiedenheit, nicht Interessengegensätzlichkeit bestehen kann. Die Nationalisten stellen das Verhältnis zwischen Volk und Beamtenschaft auf den Kopf. Sie verlangen "für ihre Nation" so viele Beamtenstellen, als in ihrer Nation Anwärter auf solche Stellen vorhanden sind – ohne jede Rücksicht auf die andere Nation. Die Arbeiter dagegen stehen auf dem Standpunkt, dass die Parteien nicht für die Beamten, sondern die Beamten für die Parteien da sind, und sie verlangen so viele deutsch- und so viele tschechisch-sprechende Beamte, als das deutsche und das tschechische Volk brauchen. Die deutschen und die tschechischen Arbeiter haben da nicht gegensätzliche, sondern nur verschiedene, aber miteinander in Einklang zu bringende Interessen. Und so steht es für das Proletariat in allen nationalen Fragen.

Besonderheit der Interessen kommt übrigens im Proletariat auch sonst vor. Die Frauen haben gewisse besondere Interessen, und wir verlangen für sie besondere Schutzgesetze, weil der Schutz ihrer Besonderheit im Interesse der Allgemeinheit liegt. Das gilt auch von den nationalen Besonderheiten. Es ist für den deutschen Arbeiter nicht nur nicht schädlich, sondern nicht einmal gleichgültig, dass die nationalen Forderungen der tschechischen Arbeiter befriedigt werden. Der deutsche Arbeiter hat ein Interesse daran, dass das tschechische Proletarierkind eine tschechische Schule besucht. Die Einheit des Proletariats ist nicht durch die Identität der Proletarierinteressen bedingt, sondern durch ihre Vereinbarkeit, ihre Harmonie.

Ist das Gesagte richtig, so gilt von den nationalen Differenzen in der Partei genau dasselbe wie von der Uneinigkeit in politischen und wirtschaftlichen Fragen. Sie sind der Partei nicht weniger schädlich und deren nationale Fraktionen müssen früher oder später auch zu jener Übereinstimmung in nationalen Fragen kommen, durch die die praktische Einheit der Partei, die Einheit ihrer Aktion möglich wird. Bei uns hat es allerdings eine geraume Zeit hindurch nicht darnach ausgesehen, als ob wir auf dem Wege zu dieser Übereinstimmung wären. In Österreich ist nur die deutsche Arbeiterschaft von der bürgerlich-nationalen Ideologie fast unberührt geblieben, die nichtdeutschen Arbeiter dagegen sind mehr oder weniger unter den Einfluss des bürgerlichen Nationalismus geraten. Das hat seine triftigen historischen Gründe. Dem naiven tschechischen Arbeiter stellte sich der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wie auch der Gegensatz zwischen Staat und Volk als Gegensatz zwischen Deutschen und Tschechen dar.

---

[307] Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es fällt mir selbstverständlich nicht ein, die nationale Frage mit der Spracharbeiterfrage zu identifizieren. ich sage nur, dass die nationale Demagogie die nationale Frage auf die Spracharbeiterfrage reduzieren möchte. [Anmerkung Josef Strasser]; Václav Jaroslav Klofáč (1868-1942), Reichsratsabgeordneter, Vereinigung der böhmischen nationalsozialen, radikalfortschrittlichen und staatsrechtlichen Abgeordneten, einer der bekanntesten radikalen nationalistischen tschechischen Politiker der Habsburger Monarchie; Karl (Carl) Hermann Wolf (1862-1941), radikaler deutschnationaler Schriftsteller und Abgeordneter des Böhmischen Landtags, seit 1897 Reichsratsabgeordneter, Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung. Mit der *Klofáč-Wolfschen Lieblichkeit* sind die gegenseitigen Anfeindungen der beiden nationalistischen Parlamentarier gemeint.

Sein Klasseninstinkt äußerte sich darum zunächst als Nationalgefühl, und so konnten unproletarische Anschauungen den Weg in die Köpfe der tschechischen Arbeiter finden und theoretisch und praktisch auf die tschechische Partei desorientierend wirken. Aber: "Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt*. Es handelt sich darum, was es *ist* und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun *gezwungen* sein wird."[308] Für die Wahrheit dieses Marx'schen Satzes haben die letzten Vorgänge in der tschechischen Politik eine neue Bestätigung geliefert. Die Sprengung des Parlaments durch die von den Radikalen ins Schlepptau genommenen Tschechisch-Bürgerlichen war für das tschechische Proletariat ein viel eindringlicheres Plädoyer gegen den Nationalismus als die schönsten Leitartikel und Versammlungsreden. Wer den Prager Parteitag der deutschböhmischen Sozialdemokratie miterlebt hat, muss unter dem Eindruck stehen, dass der frivole Angriff auf das Parlament die Gegensätze zwischen dem tschechischen Proletariat und dem tschechischen Bürgertum verschärft und den Einfluss der nationalen Ideologie auf die tschechischen Arbeiter geschwächt hat. Das bedeutet natürlich noch nicht, dass wir nun in unserem Lager die Übereinstimmung in nationalen Fragen im Handumdrehen werden herstellen können, aber es bedeutet gewiss, dass wir auf dem Weg von den nationalen Differenzen zur internationalen Einheit mit einem Ruck ein gutes Stück weitergekommen sind.

Das ist um so erfreulicher, als die nationalen Neigungen der nichtdeutschen Genossen auf den Internationalismus der deutschen nicht eben günstig gewirkt haben. Sehen wir uns die Abstimmung über die früher erwähnten Dringlichkeitsanträge an. Wie immer man über den Inhalt dieser Anträge denken mag, niemand wird sagen können, dass sie für das Proletariat dringlich waren. Dennoch glaubten die tschechischen Genossen, für die tschechischen Anträge stimmen zu müssen – was wohl ihre Stellung gegenüber der tschechisch-bürgerlichen Demagogie nicht verbessert hat, die Stellung der deutschen Sozialdemokraten gegenüber der deutschbürgerlichen Demagogie aber zu verschlechtern geeignet war. Unsere deutschen Abgeordneten stimmten trotzdem nicht für den Antrag Kindermann, aber sie lehnten ihn auch nicht ab. Sie leisteten also der deutschen Demagogie nicht so schroff Widerstand wie der tschechischen, obwohl die eine für das Proletariat genau so viel bedeutet wie die andere. Auch sonst hat sich in der deutschen Sozialdemokratie, wenn auch nur schüchtern, die Tendenz bemerkbar gemacht, dem Nationalismus Konzessionen zu machen, sei es auch nur in der Terminologie. Wir bekommen jetzt des Öfteren zu lesen und zu hören, dass wir "gute Deutsche" sind. Natürlich meinen unsere Wortführer mit dieser Redensart etwas anderes als die Nationalen, aber das wird erstens nicht immer mit der erforderlichen Deutlichkeit festgestellt, und zweitens bleibt es unter allen Umständen eine missliche Sache, aus dem Schlagwörterschatz einer gegnerischen Partei zu schöpfen; man macht da Akquisitionen von sehr zweifelhaftem Wert. Wie es zum Beispiel mit den "guten Deutschen" steht, hat Otto Bauer in seinem Buch gezeigt.[309] Übrigens ist dieses Wort durch die Nationalen zum Glück so heillos kompromittiert, dass es – ich habe das zu

[308] Das Zitat findet sich in: Friedrich Engels und Karl Marx: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten. – MEW 2, S.38; Hervorhebung im Original.
[309] gemeint ist: Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. – Wien 1908

wiederholten Malen beobachtet – in Versammlungen gar keinen oder nur einen sehr schwachen Widerhall weckt, selbst wenn es aus dem Munde der populärsten Genossen kommt – während die Konfrontierung der nationalistischen Phrase mit der nationalistischen Praxis, die Aufdeckung des demagogischen Charakters der nationalen Parteien und die Betonung des proletarischen Internationalismus mit stürmischem Beifall aufgenommen werden. Ich sage: Das ist zum Glück so. Denn wäre es anders, so entstünde die Gefahr, dass mit der von den Nationalen übernommenen Phrase auch nationalistische Stimmungen und Gedankengänge ihren Weg in die Masse finden. Die Masse der deutschen Genossen hat sich nun bisher weder durch den Chauvinismus der Deutsch-Bürgerlichen noch durch die von den Einflüssen des bürgerlichen Nationalismus nicht völlig freie Politik der tschechischen Genossen in ihrem Internationalismus auch nur im geringsten beirren lassen. Aber weniger widerstandsfähig haben sich die vorne stehenden Genossen gezeigt, was sich ja aus ihrer unvergleichlich komplizierteren und schwierigeren Situation sehr einfach erklärt. Ist es aber auch erklärlich, so kann es uns doch keineswegs erwünscht sein, mit Freuden müssen wir es darum begrüßen, dass das tschechische Proletariat im Begriff steht, sich von der nationalen Ideologie, die es bisher mitgeschleppt hat wie eine Kugel am Fuß, zu befreien. Stehen die tschechischen Arbeiter einmal zum Nationalismus, wie die deutschen seit jeher zu ihm gestanden sind, so werden wir in Böhmen die Chauvinisten beider Nationen mit Leichtigkeit an die Wand drücken. Was das für die Reichspolitik bedeuten würde, bedarf wohl keiner Erörterung.

Synagoge in Reichenberg / Liberec

Reichenberg
(1909)[310]

Ich bin nicht aus Reichenberg und ich war darum einigermaßen verdutzt, als mir zum ersten Mal die Worte ans Ohr schlugen: "Ich bin ein Reichenberger." Wer diese Worte nur liest, wird das vielleicht nicht verstehen; man muss sie hören. Aus dem Munde eines Reichenberger Bürgers klingen sie, wie einst das eherne "civis Romanus sum"[311] geklungen haben muss: stolz, herrisch, drohend. Denn die spezifische Tugend des Reichenberger Bürgertums ist eine leidenschaftliche Selbstachtung. Sie offenbart sich in allen seinen Lebensäußerungen, und ihre Wirkungen sind erstaunlich. Zum Beispiel erscheint dem Reichenberger Spießer seine geliebte Vaterstadt, durch dieses Vergrößerungsglas gesehen, als die "Metropole von Deutschböhmen". In den Vororten ist das Ansehen der Stadt freilich schon etwas geringer, immerhin ist sie noch weit über deren Bereich hinaus berühmt als das deutschböhmische Manchester. Dieses Wort hat auch seine Berechtigung, wofern man das Attribut deutschböhmisch als Proportionsbestimmung nimmt. Reichenberg verhält sich zu Manchester wie Deutschböhmen zu England. Wer sich also unser Manchester als eine große schmutzige Fabrikstadt mit den zu einer solchen gehörigen öden Proletarierviertel vorstellt, der irrt unmenschlich. Reichenberg ist, nach europäischen Begriffen, ein Landstädtchen. Sehr hübsch zwischen bewaldeten Bergen gelegen, durch Fabriken und Zinskasernen nur wenig verunstaltet, mit einem koketten Villenviertel renommierend, da und dort eine schwache Neigung zu sächsischer Sauberkeit verratend, macht die Stadt viel weniger den Eindruck eines Industrie- und Handelszentrums als zum Beispiel Aussig. Diese kräftig aufstrebende Stadt war für die Reichenberger einst ein Gegenstand geringschätzigen Spottes; nun aber, da sie eine ernste Konkurrentin im Kampfe um den Rang der Metropole Deutschböhmens geworden ist, betrachten sie sie mit einer nur mühsam unter einem hochnäsigen Gehaben versteckten neidischen Unruhe. Denn Reichenberg stagniert. Die Bevölkerungszahl ist seit Jahren stationär, ungefähr 36.000. Reichenberg hat nämlich die niedrigste Geburtenfrequenz in Deutschböhmen (im Jahre 1908 13,5 Promille). Scheinbar ein Paradoxon: Die Weber sind berühmt durch ihren Kinderreichtum, und da haben wir ein Zentrum der Textilindustrie, dessen Bevölkerung keinen Geburtenüberschuss aufweist. Aber dieser vermeintliche Widerspruch erklärt sich sehr einfach. Reichenberg ist keine Arbeiterstadt. Die Masse der in Reichenberg beschäftigten Arbeiter wohnt in den Vororten und mitunter ziemlich weit entfernten Dörfern. Und das Bürgertum von Klein-Paris an der Neiße (wie der Reichenberger Bürger trotz der deutschesten Abneigung gegen welsche Art sein Reichenberg nicht ungern nennen hört) huldigt dem Zweikindersystem. In Reichenberg gibt es also mehr Todesfälle als Geburten. Aber auch die Zuwanderung kommt der Stadt nicht zugute. Ein eng anlie-

[310] Strasser, Josef: Reichenberg. – in: Der Kampf, Jg. 2, Nr. 12, 1.9.1909, S.569ff.
[311] "Ich bin ein römischer Bürger": Mit dem Satz *civis romanus sum* berief man sich im gesamten Römischen Reich auf sein römisches Bürgerrecht, das einem Vorrechte gewährte.

gender Gürtel von Vororten hindert ihre räumliche Entwicklung. Solange diese Vororte der Stadt nicht einverleibt sind, kann von einer nennenswerten Stadterweiterung keine Rede sein. Die Eingemeindung wird auch schon seit Jahrzehnten angestrebt, aber die Verwirklichung von "Groß-Reichenberg" liegt trotzdem noch in weiter Ferne. Denn die Herren der Stadt zeichnen sich durch eine Unfähigkeit aus, die es vielen als ein Mysterium erscheinen lässt, dass sie sich behaupten können. Die Gemeindevertretung der Industriestadt Reichenberg tut nichts für die Industrie – kein anderes Verkehrszentrum Österreichs hat zum Beispiel so erbärmliche Bahnverbindungen wie Reichenberg. Unsere Stadtväter tun nichts für den einen unverhältnismäßig großen Teil der Bevölkerung umfassenden neuen Mittelstand. Nichts für das Kleinbürgertum: die kleinen Leute werden von einem vormärzlich reglementierungswütigen und topfguckerischen Magistrat geschurigelt. Die Approvisionierung[312] der Stadt ist so miserabel, dass das Leben in Reichenberg so teuer ist wie in Wien, wenn nicht teurer.

Keine Klasse der Bevölkerung, am wenigsten natürlich die Arbeiterschaft, kommt bei der Reichenberger Gemeindewirtschaft auf ihre Rechnung – mit Ausnahme der Hausherren. Dennoch steht der herrschenden Clique keine kräftige Opposition gegenüber. Ein Gemeindewahlkampf ist in Reichenberg heute etwas Unerhörtes; als Ersatz wurde der Bevölkerung während der heurigen "Wahlkampagne" eine hitzige Zeitungspolemik über einen eben in Reichenberg gastierenden Zirkus geboten. Wie derartige Zustände möglich sind? Die Reichenberger Arbeiterschaft, die unter der Wirtschaft im Rathaus am meisten leidet, kann auf die Gemeindeverwaltung keinen Einfluss nehmen. Sie ist vom Gemeindewahlrecht ausgeschlossen, und der Kritik, die sie außerhalb der Gemeindestube üben kann, verleiht keine starke Organisation den erforderlichen Nachdruck. Reichenberg ist ja, wie schon erwähnt, eine Art City; von den Arbeitern, die in der Stadt beschäftigt sind, wohnt die Mehrheit draußen. Der Kleinbürger ist in Reichenberg, wie er überall ist, wo ihn der Kapitalismus bedrängt: verwirrt, ziellos, die Beute jedes Demagogen. Am Biertisch schimpft er jahraus, jahrein in der wütigsten und unflätigsten Weise auf die Leute, denen er mit dem Stimmzettel sein Vertrauen bezeugt hat; kommt aber der Wahltag, so wählt er sie wieder. Und der neue Mittelstand? Er ist in Reichenberg sehr stark, denn die Stadt beherbergt eine Menge Ämter, Lehranstalten, gewerbliche und kommerzielle Institute etc.; da er unter den Approvisionierungsverhältnissen und der Wohnungsmisere empfindlich leidet, sollte man glauben, dass er den Beherrschern der Gemeinde eine sehr energische Opposition macht, was ihm obendrein durch die Wahlordnung sehr leicht gemacht wäre. Aber es scheint, dass der neue Mittelstand ganz unfähig ist, ein gemeinsames Bewusstsein zu entwickeln oder sich gar zu einer gemeinsamen Aktion zusammenzuschließen. In Reichenberg wenigstens ist es mit der "Intelligenz" nicht so weit her. Ein paar Proben: Eine von den Reichenberger Intellektuellen gegründete "wissenschaftliche Gesellschaft" nimmt keine Frauen auf, weil darunter der Ernst der Reichenberger Forschung leiden könnte. Eine andere Schöpfung der Reichenberger Intelligenz, der "Verein für kommunale Angelegenheiten", ist auch nicht ohne. Dieser Verein sollte ein Sammelpunkt der kommunalen Opposition werden, ist aber ein Tummelplätzchen harmloser Narrheit und missvergnügter Impotenz geworden, trotzdem sich unter seinen Mitglie-

[312] Approvisionierung: Versorgung mit Lebensmitteln

dern, was besonders charakteristisch ist, auch einsichtige und kenntnisreiche Männer befinden. Kurz, die Reichenberger Stadtväter haben keine Opposition, können keine haben, und so ist dem jetzigen Regiment ein langes Leben verbürgt. Es wird nicht fallen, bevor nicht Eingemeindung und Wahlreform unvermeidlich geworden sind und so die Arbeiterschaft auf die Gemeindeangelegenheiten Einfluss bekommt. Bis dahin wird die idyllische Ruhe des Reichenberger Sumpfes – das Wort hat ein bürgerliches Blatt geprägt – nichts und niemand zu stören vermögen.

Das Reichenberger Bürgertum ist natürlich national. Aber entsprechend seiner behäbigen Schwerfälligkeit hat es sich für den rabiaten Radikalnationalismus nie sonderlich erwärmen können. Der lederne Prade ist der klassische repräsentative Mann des Reichenberger Nationalismus. In der letzten Zeit hat sich im nationalen Lager Reichenbergs freilich manches geändert: die Reichenberger Gassenjugend wird jetzt national organisiert, und die Herren Wolf und Stransky[313] haben bereits ihre Visitenkarten hier abgegeben. Ob die "Radikalisierung" des Reichenberger Nationalismus gelingen wird, bleibt allerdings noch abzuwarten. Im übrigen zeichnet sich der Nationalismus in der Metropole Deutschböhmens durch die gleiche Großzügigkeit aus wie überall: sein Gesichtskreis reicht nicht über die Stadtgrenze hinaus. Im letzten Wahlkampf war Prades Hauptargument gegen seinen deutschvölkischen Gegenkandidaten dieses: "Reichenberg braucht keinen Abgeordneten aus Harzdorf (ein Vorort von Reichenberg, in dem der Gegenkandidat wohnte). Das Steckenpferd des Reichenberger Nationalismus ist nun die Zweiteilung Böhmens. Unsere Nationalen schwärmen für sie aus zwei Gründen: erstens wegen der tschechischen Bürgerschule in dem Vorort Oberrosenthal, deren kaum noch zu verhindernde Errichtung ihnen schwere Sorgen macht, die sie durch die Zweiteilung mit einem Schlag loszuwerden hoffen. Und zweitens möchten sie für ihr Leben gern Hauptstädter werden und ihr Reichenberg nicht nur durch seine Räucherwürste, sondern auch durch seine aus Prag transferierte Universität berühmt sehen.

* * *

Und nun das proletarische Reichenberg, die Wiege der österreichischen Sozialdemokratie.

Nach dem Gesagten ist schon klar, dass Reichenberg nur ein geographisches und administratives Zentrum der Bewegung sein kann und die Rolle, die es in der Parteigeschichte spielt, nicht der Größe und Stärke seiner Organisation verdankt. Manches Städtchen von fünf- bis sechstausend Einwohnern hat eine fast ebenso große Lokalorganisation wie Reichenberg. Spricht man also von der Reichenberger Arbeiterbewegung, so ist immer das ganze Reichenberger Gebiet gemeint. Die Reichenberger Arbeiterschaft weist auch dieselben Charakterzüge auf wie die Arbeiterschaft auf dem Lande draußen; ein modernes städtisches Proletariat hat die Metropole von Deutschböhmen nicht hervorgebracht.

---

[313] Eduard von Stransky-Greifenfels (1869-1949); 1907-1911 deutschnationaler Abgeordneter zum Reichsrat für Böhmen, der für den aggressiven, handgreiflichen Stil der Auseinandersetzung bekannt war.

In den Reichenberger Textilarbeitern regte sich schon frühzeitig das proletarische Bewusstsein, und heute ist in großen Schichten der hiesigen Arbeiterschaft der Sozialismus schon Tradition geworden. Ursprünglich hatte dieser Sozialismus einen starken religiösen Einschlag. Die ersten sozialistischen Agitationsschriften, die nach Nordböhmen kamen, wurden fast christlich ausgelegt. Arm und Reich waren nicht ökonomische, sondern moralische Kategorien – wie in den Evangelien. Nicht als wirtschaftliche Notwendigkeit begriff man die sozialistische Gesellschaft, sondern als endliche Erfüllung einer moralischen Forderung, als ein Werk der ewigen Gerechtigkeit. Der "Zukunftsstaat" war nur eine neue Auflage des tausendjährigen Reiches.

Dass der nordböhmische Sozialismus in seinen Anfängen solche Formen annahm, hat natürlich seine guten Gründe. Den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit hatten die Reichenberger Textilarbeiter schon früh in seiner ganzen Schroffheit klar erfasst; dafür war durch die Wollbarone gründlich gesorgt. Wie diese Herren heute zu den rücksichtslosesten Scharfmachern gehören, so waren sie immer brutale Ausbeuter und Unterdrücker. Wie diese Ausbeutung und Unterdrückung überwinden? Die Arbeiter hatten keine Organisation, nicht einmal eine Organisationsmöglichkeit, keine politischen Rechte, nichts. Als eine Machtfrage konnten sie also die Arbeiterfrage nicht auffassen, wenn sie nicht an der Zukunft ihrer Sache verzweifeln wollten. Blieb somit nur die Hoffnung auf die "Idee". Es galt, so glaubten die ersten nordböhmischen Sozialisten, die Guten und Einsichtigen von der Erhabenheit der sozialistischen Idee zu überzeugen. Nur im Kampfe der Geister, ohne Gewaltanwendung, durch friedliche Propaganda sollte die sozialistische Gesellschaft vorbereitet werden.

Diese Auffassung musste sich umso eher ausbreiten, als sie den nordböhmischen Textilarbeitern "lag". Das waren keine Draufgänger, sondern Grübler, Sinnierer, ganz dem Geistigen zugewandt. Sie empfanden viel schmerzlicher die Unmöglichkeit, eine umfassende Bildung zu erwerben, als die Unmöglichkeit, sich ordentlich zu ernähren. Man fand unter ihnen viele, die, wenn sie auch ihren Magen nie ordentlich füllen konnten, doch einen wohlgefüllten Bücherkasten besaßen und sich mit allen möglichen und unmöglichen Problemen abplagten. Der Sozialismus interessierte sie – wie etwa die Kant-Laplacesche Theorie[314] oder der Darwinismus – ganz abstrakt, ohne praktische Beziehung auf ihr persönliches Leben. Dazu kam die stark ausgesprochene Neigung, für die Sache zu leiden. Für die Sache leiden und für die Sache wirken war ein und dasselbe.

Noch ein Umstand muss hier angeführt werden. So klar auch die Reichenberger Arbeiter erkannten, dass sie von ihren Ausbeutern eine unüberbrückbare Kluft trennte, so wenig begriffen sie damals den Unterschied zwischen Proletariat und Kleinbürgertum.

---

[314] ; Immanuel Kant (1724-1804), gehört als deutscher Aufklärer zu den bedeutendsten Vertretern der Philosophie. Seine *Kritik der reinen Vernunft* zählt als Beginn der modernen Philosophie. Pierre-Simon Laplace (1749-1827); französischer Mathematiker, Physiker und Astronom. Unter der *Kant-Laplace-Theorie* werden zwei verwandte, aber unabhängig voneinander entwickelte Hypothesen zur Entwicklung des Universums und die Entstehung des Planetensystems verstanden. Immanuel Kant entwickelte seine Theorie in der *Allgemeinen Naturgeschichte und Theorie des Himmels* (1755), die *Nebulartheorie* wurde Laplace 1796 im letzten Band seines fünfbändigen Werkes *Exposition du systeme du monde* (*Darstellung des Weltsystems*) entwickelt. Arthur Schopenhauer fasste beide Hypothesen unter dem Namen *Kant-Laplace'sche Theorie* zusammen.

Sie kannten nur Arme und Reiche, und die Armen gehörten natürlich zusammen. Litt der Handwerker nicht unter der Konkurrenz des Fabrikanten? Musste sich der Kleinbauer nicht für den Wucherer schinden? Waren nicht beide Stiefkinder des Staates? Und waren denn die einzelnen Klassen von Armen so streng voneinander geschieden? Viele Arbeiter waren Häusler, so mancher Bauer musste seine Kinder in die Fabrik schicken. Musste also nicht auch der kleine Geschäftsmann, der kleine Bauer leicht für den Sozialismus zu gewinnen sein? Und so agitierte man unter diesen Schichten ebenso eifrig wie unter den Arbeitern. Der Sozialismus verlor noch mehr alle proletarische Bestimmtheit, er wurde nun auch noch kleinbürgerlich missverstanden. Jedem ein "anständiges Auskommen", das heißt eine kleinbürgerliche Existenz – das erschien als das Ziel der sozialistischen Bewegung. Sozialdemokrat war – ich habe diese Definition noch selber von älteren Leuten gehört – "wer seine Lage verbessern wollte". Der Einwand, dass dann Rothschild[315] und Schwarzenberg[316] auch Sozialdemokraten seien, galt natürlich nicht; denn man meinte selbstverständlich nur eine "berechtigte" Verbesserung der Lage.

Es dauerte ziemlich lange, ehe sich die nordböhmische Arbeiterschaft von dieser Auffassung freimachte. Der *Freigeist*, der nun zwanzig Jahre erscheint, stand in seinen Anfängen noch in ihrem Banne. In seiner ersten Nummer – einer Programmnummer! – wird man die Ausdrücke Kollektivismus, Kapitalismus, Klassenkampf usw. vergeblich suchen. Desto mehr ist von Vernunft, Wahrheit und Gerechtigkeit die Rede. Die Neigung zu dieser Phraseologie des kleinbürgerlichen Radikalismus wurde unterstützt durch den freidenkerisch outrierten,[317] theoretisch an den seichtesten Rationalismus anknüpfenden Antiklerikalismus, der damals unter der nordböhmischen Arbeiterschaft gang und gäbe war, und an dem heute die Nationalen, die den Arbeitern gern das Gambettasche[318] "Der Klerikalismus ist der Feind" einreden möchten, vergebliche Wiederbelebungsversuche unternehmen.

Der kleinbürgerlich missdeutete Sozialismus trieb die absonderlichsten Blüten. In den Dörfern entstand, lange vor Bernstein und ohne allen Aufwand an Gelehrsamkeit, der Bernsteinianismus[319] in klassischer Reinheit und Schönheit. Die ganze revisionistische Blockpolitik wurde da antizipiert in den Gemeindeausschüssen. Unsere Dorfmille-

---

[315] Die Rothschilds waren seit dem 19. Jh. eine bekannte Bankiersfamilie mit dem Stammhaus M.A. Rothschild & Söhne in Frankfurt. Sie zählten im 19. Jahrhundert zu den einflussreichsten Bankiers und wichtigsten Financiers der europäischen Staaten und hatten beherrschenden Einfluss auf die österreichischen Staatsfinanzen. Noch heute ist das Bankhaus durch seine Nachfolgeinstitute eine international bedeutende, hauptsächlich im Investmentbanking tätige Bank im Besitz der Familie.

[316] Schwarzenberg (im tschechischen Sprachgebrauch *Schwarzenbergové*, früher auch *Švarcenberkové*) ist der Name eines böhmischen Adelsgeschlechts mit Großgrundbesitz. Die Familie zählt(e) zum europäischen Hochadel. Karel Schwarzenberg (deutsch Karl Schwarzenberg, 1937 geboren); 2007-2009 und 2010-2013 Außenminister der Tschechischen Republik.

[317] outriert: aufgebauscht, aufgeplustert

[318] Léon Gambetta (1838-1882); französischer bürgerlich-republikanischer, antiklerikaler Staatsmann der Dritten Republik.

[319] Eduard Bernstein (1850-1932); sozialdemokratischer Theoretiker und SPD-Politiker. Er gilt als Begründer des theoretischen Revisionismus innerhalb der SPD.

rands[320] karikierten im vorhinein den sozialistischen Minister. Doch davon ein andermal ausführlicher.

Heute sind von diesem verwaschenen Sozialismus nur mehr kümmerliche Reste vorhanden. Die Reichenberger Arbeiterschaft hat in nicht ganz zwei Jahrzehnten eine durchgreifende Metamorphose durchgemacht.

Den ersten Anstoß dazu gab die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung. Die Gewerkschaft hat sich im Reichenberger Gebiet nur sehr schwer durchgesetzt. Aus verschiedenen Gründen. Vor allem fand sie hier eine Jahrzehnte alte Bewegung mit einer festen, eingealterten Organisationsform, dem Bildungsverein, vor. Die Bildungsvereine waren lange die Träger der Bewegung gewesen, sie hatten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Bedeutendes geleistet, ja sie waren eine Zeitlang überhaupt die einzig mögliche Form der Organisation gewesen. Was Wunder, dass die älteren Genossen, die diese Vereine unter den größten Schwierigkeiten gegründet und in die Höhe gebracht hatten, sie nun mit Leidenschaft verteidigten. Ihr Hauptargument war der Hinweis auf die Unmöglichkeit, die kleinen Leute gewerkschaftlich zu organisieren. Sehr hinderlich waren der Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung auch die im Verhältnis zu den Weberlöhnen horrend erscheinenden gewerkschaftlichen Beiträge; sowohl die Bildungsvereine als auch die alten Fachvereine – eine merkwürdige Kreuzung von Zunft und Gewerkschaft – hatten lächerlich niedrige Beiträge eingehoben. Dazu kam noch, dass von den Arbeitern viele keineswegs ganz besitzlos waren; sie besaßen ein Häuschen, einen Kartoffelacker, es waren Bauernsöhne unter ihnen, die von der Landwirtschaft noch nicht losgelöst waren. Was sollte denen die Streikunterstützung, die Arbeitslosenunterstützung? Wenn sie einmal streikten oder gelegentlich ein paar Wochen ohne Arbeit waren, so blieben sie einfach zu Hause; sie hatten ja eine Kuh im Stall oder wenigstens einen Haufen Erdäpfel im Keller – da konnten sie schon eine Weile aushalten.

So entfesselte die Frage: Gewerkschaft oder Bildungsverein? einen erbitterten Kampf innerhalb der Arbeiterschaft. Er endete selbstverständlich mit dem Siege der Gewerkschaften. Dessen Tragweite erkannten damals wohl nicht einmal die Sieger. Heute lässt sie sich ermessen. Vor allem hatten die nordböhmischen Arbeiter in der Gewerkschaft endlich eine rein proletarische Organisation gewonnen – eine Organisation, die schon vermöge des Materials, aus dem sie gebildet war, von einem anderen Geist beherrscht sein musste als die alten Bildungsvereine. Zweitens war die Gewerkschaft eine Kampforganisation. Früher oder später musste ihren Mitgliedern klar werden, dass es in dieser Welt vor allem nicht auf die "Bildung", auf den "Geist" ankommt, sondern auf den Willen; dass nicht der Kampf der Geister, sondern nur der Klassenkampf die Arbeiter ans Ziel führen kann.

---

[320] Anspielung auf Alexandre Millerand (1859-1943), wichtiger französischer Politiker des letzten Viertels des 19. und des ersten Viertels des 20. Jahrhunderts, von 1920 bis 1924 Staatspräsident. Ursprünglich Sozialist, 1885 Abgeordneter und 1899 zum ersten Mal Minister gegen den Willen seiner Partei. Von 1899 bis 1902 gehörte Millerand der Regierung der *Verteidigung der Republik* unter dem linksgerichteten Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau an. 1904 wurde er aus der Sozialistischen Partei ausgeschlossen. Millerand bekleidete mehrere Ministerämter (unter anderem Kriegsminister). Millerand war Symbolfigur für eine Koalitionspolitik mit dem Bürger/innen/tum.

Kam die Wahlreform. Sie wirkte auf unsere politischen Organisationen wie ein reinigendes Gewitter, indem sie sie mit einem Schlag von den unverlässlichen bürgerlichen Elementen säuberte, die bis dahin mit der Partei "sympathisiert" hatten. Die Organisation ist darum nicht schwächer geworden. Im Gegenteil; die Zahl der politisch Organisierten ist heute weitaus größer als vor der Wahlreform – ganz abgesehen davon, dass die Organisationen durch jenen "Verlust" an Geschlossenheit und Schlagfertigkeit gewonnen haben.

Eine weitere Verschärfung der Klassengegensätze bewirkte die Entwicklung der Konsumvereinsbewegung. Sie brachte uns um die Sympathien der Krämer. Durch ein paar Bierboykotts haben wir es mit den Gastwirten verschüttet. Ein Milchkrieg, den wir vor einigen Jahren führten, brachte die Organisation um manchen Freund und das Parteiblatt um manchen Abonnenten.

So hat sich in Nordböhmen in den letzten Jahren ein gewaltiger Umschwung vollzogen. Die Klassengegensätze sind heute hier so schroff wie sonst wohl nirgends im Reiche. Sowohl die Arbeiter als auch ihre Ausbeuter und Unterdrücker sind heute ganz andere Menschen als vor zehn Jahren. Die Unternehmer gefallen sich von Tag zu Tag besser in der Rolle der Herren im eigenen Haus und passen, nach zwei kläglich missglückten Aussperrungen, ungeduldig auf eine günstige Gelegenheit zu einer neuen Machtprobe. Die bürgerlichen Parteien unterstützen das Scharfmachertum durch freilich mehr wütige als erfolgreiche Versuche, die geistig und moralisch minderwertigen Elemente der Arbeiterschaft völkisch zu organisieren, wie sie das Streikbrecherzüchten nennen. Und das Ideal unserer einst österreichisch-gemütlichen Bürokraten wird mehr und mehr der schneidige preußische Assessor. Polizeiliche und gerichtliche Drangsalierungen der Arbeiter werden immer häufiger.

Aber auch die Arbeiter sind heute andere. Anderthalb Jahrzehnte Organisationsarbeit haben ihnen nicht nur eine Macht gegeben, von der sie einst nicht einmal zu träumen gewagt hätten, sie haben auch ihre Psychologie vollständig verändert. Der Reichenberger Arbeiter ist kein Träumer mehr. Er weiß heute, worauf es ankommt und hat seine Kräfte gebrauchen gelernt. Die Organisation hat ihn, den einst so Bedürfnislosen, Ansprüche erheben und durchsetzen gelehrt. In der Organisation der Jugendlichen wächst ein Geschlecht von prächtigen Frechdachsen heran, das unternehmungslustig ist, ohne darum weniger zu denken. Denn der theoretische Sinn ist den Reichenberger Arbeitern geblieben. Man findet im Reichenberger Gebiet eine Menge junge Genossen, die in der sozialistischen Literatur wohlbeschlagen sind. Sie sind nur realistischer als ihre Väter. Sie grübeln weniger über die ewigen Fragen der Menschheit und befassen sich um so ernster mit den Fragen, die der Tag ihnen stellt. Auch die Frauen fangen sich zu rühren an. Seit kurzer Zeit findet man in den politischen Versammlungen auffallend viele Frauen, und in rascher Aufeinanderfolge entstehen Frauenorganisationen – in einem Gebiet, in dem die Textilindustrie dominiert, eine sehr bedeutsame Erscheinung.

Der alte Opportunismus, die zarte Rücksicht auf die Mitläufer, die "Solidität", wie die alten Genossen ihre beschauliche Gutmütigkeit nannten – all das ist heute fast völlig verschwunden. Die Reichenberger Arbeiter sind, wie die Gegner sagen, ruppige Gesellen geworden. Ihre Politik zieht immer mehr die Konsequenzen aus den tatsächli-

chen Verhältnissen. Sie haben kein Verständnis mehr für das Zusammenwirken mit dem bürgerlichen Freisinn, und der Nationalismus hat ihnen nicht die kleinste Konzession abgezwungen; nirgends wird der Internationalismus so schroff betont wie in Reichenberg. Diese Entwicklung zur Intransigenz hat bisher keine von den üblen Folgen gezeitigt, die man ihr so gern nachsagt. In unseren Organisationen herrscht ein reges Leben, sie werden täglich größer, stärker, schlagfertiger. Das proletarische Reichenberg stagniert nicht.

Reichenberg / Liberec um 1900

Die Werbekraft des Internationalismus (1910)[321]

In dem Aufsatz "Die starke Regierung oder die starke Demokratie" ("Kampf" III, 3)[322] kommt Otto Bauer zu dem Schlusse, dass der Kampf gegen den Nationalismus heute unsere wichtigste Aufgabe ist. In diesem Kampfe wird unser Internationalismus natürlich intransigent[323] werden müssen. Aber das schreckt Bauer nicht. Gelassen erklärt er: "Der intransigente Internationalismus mag heute *Scharen von Mitläufern aus unseren Reihen verscheuchen*...."

Die folgenden Bemerkungen zu diesem Satze scheinen mir nicht überflüssig zu sein. Es gibt leider noch immer Genossen, denen die Stärke der Fraktion, die Zahl der bei den Wahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen die Hauptsache ist. Sie teilen die Menschen (der Mensch fängt naturgemäß erst beim Wähler an) nicht in Parteigenossen und Gegner, sondern in sozialdemokratische und nichtsozialdemokratische Wähler ein. Das Wichtigste an einem Menschen ist ihnen, dass er am Wahltag den Namen unserer Kandidaten auf seinen Stimmzettel schreibt. Wenn er überdies noch Parteisteuer zahlt und das Parteiblatt hält, erscheinen ihnen selbst die strengsten Forderungen erfüllt, die man vernünftigerweise erheben kann. Ist einer dann auch noch Sozialdemokrat, so betrachten sie das als eine sehr, wirklich sehr angenehme Zugabe, aber es zu verlangen, würden sie für eine Gregor Werlesche Überspanntheit[324] halten.

Die Genossen, die so denken, werden den von Bauer so bagatellisierten Umstand, dass der intransigente Internationalismus Scharen von Mitläufern aus unseren Reihen verscheuchen kann, selbstverständlich als ein entscheidendes Argument gegen die Intransigenz ansehen; verdankt doch der national temperierte Internationalismus seine Existenz hauptsächlich der, bewussten oder unbewussten, Rücksicht auf die Mitläufer. Und alles, was Bauer in seinem Artikel zugunsten des intransigenten Internationalismus anführt, wird unseren Opportunisten den Verlust von Mitläufern, besonders wenn sie gleich scharenweise verloren gehen, nicht aufwiegen. Rehabilitieren könnte in den Augen dieser Genossen die Intransigenz nur eines: der Beweis, dass der Verlust, den wir durch sie erleiden, durch einen Gewinn – natürlich durch einen positiven Gewinn,

---

[321] Strasser, Josef: Die Werbekraft des Internationalismus. – in: Der Kampf, Jg. 3, Nr. 4, 1.1.1910, S.152ff.

[322] Bauer, Otto: Die starke Regierung oder die starke Demokratie. in: Der Kampf, Jg. 3, S.103ff.

[323] intransigent: unbeugsam, unnachgiebig, zu keinen Verhandlungen oder Konzessionen bereit

[324] Gregor Werle, Hauptperson in Henrik Ibsens Drama "Die Wildente". Werle kehrt nach Jahren zurück in sein Elternhaus. Lange hat er sich vom Vater, Konsul Werle, ferngehalten. Zu Hause trifft er nach langer Zeit seinen Jugendfreund Hjalmar Ekdal wieder. Er glaubt zu erkennen, dass Hjalmars Leben aus Lügen und Intrigen besteht und will nun seinem Freund die Wahrheit sagen, damit dieser daraus Wissen und Kraft für Höheres, für eine ideale Zukunft schöpfen kann. Doch damit zerstört er das Leben Hjalmars; er ist den hohen Idealen nicht gewachsen, die Gregor, Gerechtigkeitsapostel und Fanatiker im Kampf gegen die Lebenslüge, vorgibt.

einen Gewinn, der in den Mitgliederlisten unserer Organisationen oder in der Auflage unserer Parteiblätter zum Ausdruck kommt – wenigstens kompensiert wird.

In Reichenberg ist dieser Beweis erbracht worden. Dass die Reichenberger Arbeiter eine intransigente Politik machen, wird wohl niemand leugnen wollen; und man wird auch zugeben müssen, dass der Internationalismus nirgends so schroff, ja herausfordernd auftritt wie in Reichenberg. Haben wir uns doch dadurch des Öfteren den Spott, ja den Unwillen mancher staatsmännisch denkenden und handelnden Genossen zugezogen. Aber aller Spott hat uns nicht daran zu hindern vermocht, Erfolge zu erzielen, deren wir uns wirklich nicht zu schämen haben.[325] Wir haben im letzten Jahrzehnt – nachdem die Bildungsvereine, in denen das Mitläufertum systematisch großgezogen wurde, durch die Gewerkschaften überwunden waren – auf die Mitläufer nicht die geringste Rücksicht genommen. Wir haben ihnen nicht die kleinste Konzession gemacht, nicht einmal die, uns "gute Deutsche" zu nennen. Wir haben nicht nur leichten Herzens mit angesehen, dass sie der Partei den Rücken kehrten, wir haben ihren Exodus nach Kräften gefördert.

"Und das soll ein Erfolg sein?" wird hier so mancher Genosse ausrufen. "Die Leute vor den Kopf stoßen, statt sie zu erziehen?" Gemach, ich bin ja noch nicht fertig. Man weiß in Reichenberg zwischen Mitläufer und Mitläufer zu unterscheiden. Wir wissen, dass die Mitläufer in zwei Gruppen zerfallen: die eine besteht aus Leuten, die sich der Partei anschließen, weil sie den Sozialismus schon ein bisschen verstehen. Wesentlich anders ist die zweite Gruppe beschaffen; sie setzt sich aus Leuten zusammen, die mit der Partei sympathisieren, weil sie den Sozialismus missverstehen. Es ist nun – das hat die Reichenberger Praxis, die frühere, nicht die jetzige, bewiesen – ein grober Irrtum, dass die zweite Gruppe allmählich, so schön "pomali", zum Sozialismus erzogen werden kann, wenn man nur mit ihren Vorurteilen recht schonend umgeht; sie kann nur Verwirrung stiften und dadurch die Entwicklung der Partei hemmen. Dagegen wird – das haben wir in Reichenberg ebenfalls erfahren, und täglich erfahren wir es von neuem – die erste Gruppe von der Partei umso stärker angezogen, je rücksichtsloser wir die Parteigrundsätze propagieren. Wir haben ein Jahr des heftigsten Kampfes mit den Nationalen hinter uns, aber wir können mit diesem Jahre zufrieden sein. Es hat uns große Erfolge gebracht. Von der Erziehung der Masse zu sozialistischem Denken wollen wir gar nicht reden. Wir reden heute nur von der Entwicklung unserer Organisation und unserer Presse. Zu einer Zeit, in der zum Beispiel die *Arbeiter-Zeitung* (nach dem Bericht des Parteisekretärs an den Parteitag) zurückging, hat unser Parteiblatt, trotzdem in der Textilindustrie eine Krise herrschte, zweitausend Abnehmer gewonnen. Von diesen ging zur Zeit des bosnischen Abenteuers[326] und infolge der Verschärfung der Krise fast ein Drittel wieder verloren; im vergangenen Herbste haben wir aber, trotzdem die Krise noch immer nicht überwunden war, das Verlorene wiedergewonnen. Und unsere Organisationen entwickeln seit einigen Monaten eine so rege Tätigkeit, dass die Zentrale nur mit der Anspannung aller Kräfte den an sie gestellten An-

[325] In der Strasser-Ausgabe von 1982 fehlt der Beginn des Artikels bis zu diesem Satz. – vgl. dazu: Strasser, Josef: Der Arbeiter und die Nation. – Wien 1982, S.78

[326] Im Dezember 1908 annektierte Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina, seit 1878 von Österreich-Ungarn besetzt, aber formell noch unter osmanischer Oberhoheit.

forderungen entsprechen kann. Alle Organisationen haben in dieser Zeit Mitglieder gewonnen, und geradezu erstaunlich ist der Aufschwung der Frauenorganisation und der Jugendorganisation. Unsere heutige Organisation unterscheidet sich nicht nur qualitativ gewaltig von der Organisation in der Blütezeit des Mitläufertums, sie ist auch bedeutend größer, als jene war, und wächst jetzt in einem noch nicht da gewesenen Tempo. Wer nicht zugeben will, dass das der Intransigenz zu danken ist, der wird wenigstens zugeben müssen, dass es trotz der Intransigenz möglich ist. Als vor nun bald anderthalb Jahren die deutsche Volksseele in Böhmen zu kochen anfing und die Nationalen darangingen, die Arbeiterschaft für ihre "Organisationen", die völkische Arbeiterpartei und die Jungmannschaft,[327] zu gewinnen, wurde auch bei uns manchen Genossen bang. Sie meinten, dass wir doch "ein bisschen" national werden müssten, um den Ansturm der Nationalen besser abwehren zu können. Aber wir haben uns weder durch das Kriegsgeheul der Nationalen noch durch die Warnungen unserer Schwarzseher beirren lassen. Wir haben uns nicht dazu herbeigelassen, als "gute Deutsche" aufzutreten. Im Gegenteil, wir haben in unserer dogmatischen Verbohrtheit den Internationalismus nur noch schroffer hervorgekehrt. Wir sind von der Auffassung ausgegangen, dass die nationalistische Phrase im Proletariat nur auf das Gesindel und höchstens noch auf ein paar unreife junge Leute Eindruck machen kann, und der Erfolg hat uns recht gegeben. Die Reichenberger deutschvölkischen Arbeiter haben sich – was gewiss nicht der Fall gewesen wäre, wenn wir uns mit ihnen tiefer eingelassen hätten, als notwendig war – in zwei Parteien gespalten und dreschen nun aufeinander los, dass es eine wahre Freude ist. Und für die Jungmannschaft ist nach einem kurzen Wonnemond eine böse Herbstzeit angebrochen. Ihre besseren Elemente haben an Saufgelagen und Gassenjungenstreichen kein Gefallen gefunden und kehren ihr nun den Rücken: in den letzten Wochen ist eine ganze Menge Exjungmannen unserer Jugendorganisation beigetreten. Aber auch sonst hat die nationale Jugendorganisation schmerzliche Verluste zu verzeichnen. Die Spenden für Esswaren und Getränke – das ist die ökonomische Grundlage der Jungmannenbewegung – fließen nicht mehr so reichlich wie im Anfang, und dadurch hat die nationale Idee natürlich sehr an Reiz eingebüßt. Mit der Bekehrung der Arbeiter, der jugendlichen wie der erwachsenen, zum Nationalismus ist's also nichts. Der intransigente Internationalismus hat eine stärkere Anziehungskraft als selbst der schmackhafteste und süffigste Nationalismus. Aber Scherz beiseite: ich habe in der Agitation die Beobachtung gemacht, dass der Masse der Arbeiter der intransigenteste Internationalismus am verständlichsten ist und dass sie instinktiv der Auffassung zudrängt, die Genosse Bauer in seinem Artikel und schon auf dem Parteitag vertreten hat: dass der schroffste Kampf gegen den Nationalismus unsere nächste Aufgabe ist. Als die Regierung im Frühsommer mit ihren Steuervorlagen hervortrat, hielten wir in allen größeren Städten Protestversammlungen ab. Sie waren sehr mäßig besucht. Zur selben Zeit hielten wir eine Reihe von Versammlungen mit der Tagesordnung: National oder sozialdemokratisch? ab. Alle waren über-

[327] Mit der *Jungmannenbewegung* sollte die breite öffentliche Meinung für die Bewahrung des deutschen Charakters von Deutsch-Böhmen gewonnen und ein "gesunder Nationalismus" erzeugt und insbesondere jugendliche deutsche Arbeiter/innen zur Verteidigung ihrer Interessen gegen die Tschech/inn/en bewegt werden.

füllt, ja einige gestalteten sich zu leidenschaftlichen Massenkundgebungen gegen den Nationalismus. Die Arbeiter haben das richtige Gefühl, dass der Nationalismus in und außer dem Parlament unserer Partei die größten Hindernisse in den Weg wälzt, dass der Kampf gegen ihn die Hauptsache ist, und dass nur der intransigente Internationalismus in diesem Kampfe reüssieren kann. Trägt unsere Politik diesem Gefühl der Massen Rechnung, so werden wir wohl die Mitläufer verscheuchen, aber dafür die indifferenten Arbeiter in unsere Reihen zwingen. Mir scheint, das wäre – auch vom Standpunkt unserer Opportunisten – kein übler Tausch.

Reichenberg / Liberec um 1900

Die kriminelle Fruchtabtreibung (1911)[328]

Der moderne bürgerliche Kriminalist deckt schonungslos die Schäden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf, um diesen ein entsprechendes Strafensystem anzupassen. Er "revolutioniert" stets die Knute, doch rüttelt er niemals an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Erhaltung dieser Ordnung ist seines Strebens Ziel. Ein typischer Fall dieses Systems liegt in der obengenannten, sehr gründlichen Monographie des Wiener Bezirksrichters v. Liszt vor uns.

Das aufgebrachte statistische Material reicht nur aus, um die völlige Unzulänglichkeit der statistischen Daten nachzuweisen. Wenn in den Jahren 1882 bis 1908 die Zahl der Abtreibungen von 191 auf 773 pro Jahr gestiegen ist, so mag mit dieser Feststellung der Reichskriminalstatistik doch nur das rasche Anwachsen der Verbrechenszahl hervorgehoben erscheinen, wuchs doch die strafmündige Bevölkerung des Reiches im gleichen Zeitraum nur um etwa ein Drittel. Mit den *wirklichen* Zahlen hat diese Statistik nichts zu tun, die Zahl der "geheimen", in den zahlreichen dafür eigens bestimmten Anstalten vorgenommenen Abtreibungen übertrifft bei weitem die Zahl der Verurteilungen, die wegen krimineller Abtreibung erfolgten. Einen Begriff von der Wahrheit geben die Zahlen, die für New York 20.000 Abtreibungsfälle pro Jahr feststellen, für Konstantinopel 300 pro Monat, weiter die Jahresstatistiken der Jahre, in denen ein Institut ausgehoben wird. In solchen Fällen steigt die Zahl der offiziell bekannten Abtreibungsfälle plötzlich auf das Fünf- bis Zehnfache des normalen Jahresdurchschnitts. Die Unzulänglichkeit der Statistik des Verbrechens erklärt sich aus der Tatsache, dass das Verbrechen in seinem Vollzuge ebenso wie in seinem Erfolge die Öffentlichkeit auszuschließen vermag. Liszt verfolgt das Verbrechen bis zur gesellschaftlichen Wurzel. Von den Leichtfertigkeitsidealen der Weltdame bis zur ehernen Gewalt der Not, die die Besitzlose zur Abtreibung bewegt, werden alle gesellschaftlichen Ursachen der Tat aufgedeckt. Dieser gesellschaftliche Charakter offenbart auch die Gründe der *Massenhaftigkeit* des Verbrechens.

Man sollte meinen, v. Liszt werde nunmehr das Verbrechen bei der richtig erkannten Wurzel fassen, die Gesellschaft der Not, die Gesellschaft der zusammenbrechenden bürgerlichen Ehe und der sexuellen Lüge verdammen. Weit gefehlt! v. Liszt bekämpft die Rechtmäßigkeit des Anspruches auf Schutz des keimenden Lebens, weil die Gesellschaft für die Erhaltung des Kindes keine Sorge trägt. Fordert er deshalb vielleicht den Ausbau der staatlichen Kinderfürsorge? Auch nicht. *Er passt den Paragraphen der gegebenen Gesellschaft an!* Die Fruchtabtreibung soll, soweit sie menschliches Leben nicht gefährdet, *straflos* werden und bleiben und so neben der Prostitution das

[328] Strasser, J.: Die kriminelle Fruchtabtreibung. Von Dr. Eduard Ritter von Liszt. Wien-Zürich. 274 Seiten. [Rezension] – in: Die neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. 29. Jahrgang, 1910-1911, 2. Band (1911), Heft 50, S.869f.

Sexualleben der bürgerlichen Gesellschaft würdig ergänzen. Das ist das Schlussergebnis des Forscherwerkes.

Wir wollen v. Liszt nicht in dem edlen Handwerke juristischer Flohknackerei folgen, man müsste sonst fragen, warum die *lebensgefährdende* Abtreibung bestraft werden soll, ist doch deren gesellschaftliche Notwendigkeit nicht minder offenbar. Wozu die Scheu? Der höchste Zweck, die geheiligte kapitalistische Ordnung, heiligt auch dieses Mittel.

Die kriminelle Fruchtabtreibung. Von Dr. Eduard Ritter von Liszt. Wien-Zürich. 274 Seiten.

Der moderne bürgerliche Kriminalist deckt schonungslos die Schäden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf, um diesen ein entsprechendes Strafensystem anzupassen. Er „revolutioniert" stets die Knute, doch rüttelt er niemals an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Erhaltung dieser Ordnung ist seines Strebens Ziel. Ein typischer Fall dieses Systems liegt in der obengenannten, sehr gründlichen Monographie des Wiener Bezirksrichters v. Liszt vor uns.

Das aufgebrachte statistische Material reicht nur aus, um die völlige Unzulänglichkeit der statistischen Daten nachzuweisen. Wenn in den Jahren 1882 bis 1908 die Zahl der Abtreibungen von 191 auf 773 pro Jahr gestiegen ist, so mag mit dieser Feststellung der Reichskriminalstatistik doch nur das rasche Anwachsen der Verbrechenszahl hervorgehoben erscheinen, wuchs doch die strafmündige Bevölkerung des Reiches im gleichen Zeitraum nur um etwa ein Drittel. Mit den wirklichen Zahlen hat diese Statistik nichts zu tun, die Zahl der „geheimen", in den zahlreichen dafür eigens bestimmten Anstalten vorgenommenen Abtreibungen übertrifft bei weitem die Zahl der Verurteilungen, die wegen krimineller Abtreibung erfolgten. Einen Begriff von der Wahrheit geben die Zahlen, die für Newyork 20000 Abtreibungsfälle pro Jahr feststellen, für Konstantinopel 300 pro Monat, weiter die Jahresstatistiken der Jahre, in denen ein „Institut" ausgehoben wird. In solchen Fällen steigt die Zahl der offiziell bekannten Abtreibungsfälle plötzlich auf das Fünf- bis Zehnfache des normalen Jahresdurchschnitts. Die Unzulänglichkeit der Statistik des Verbrechens erklärt sich aus der Tatsache, daß das Verbrechen in

Die neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie.
29. Jahrgang, 1910-1911, 2. Band (1911), Heft 50, S.869

Ergänzungshefte zur Neuen Zeit

Nummer 11 ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ Ausgegeben am 1. Dezember 1911

Kapitalismus und Kriegsrecht.

Von Joseph Strasser (Budapest).

I. Wesen und Geltungsgebiet des kapitalistischen Kriegsrechts.

1. Einführung.

Das internationale Kriegsrecht umfaßt die Sitten des Krieges, soweit sich diese durch internationale Vereinbarung zu Satzungen des Völkerrechts verdichtet haben. Diese Ausbreitung der gleichen Kriegssitte erscheint, wie die Ausbreitung des Völkerrechts überhaupt, als Folge der Ausbreitung gleicher Produktionsweisen und Klassengliederungen. Wo Völker mit qualitativ oder quantitativ stark verschiedener Produktionsweise aufeinanderstoßen, fehlt gewöhnlich jede Spur gegenseitig beachteter Kriegsregeln. So im Altertum. Das allmächtige Rom schonte nie den Unbeteiligten, Schonung galt nur als Lohn rascher Unterwerfung. Aristoteles und Plato gewährten dem siegenden Griechen schrankenloses Willkürrecht gegenüber dem Barbaren, der sich hinwieder gegenüber der höheren Kultur auf den gleichen Standpunkt stellte. So tritt das bei den Zügen des jüdischen Volkes hervor, so bei den Germanen der Völkerwanderung, die sich vielfach die völlige Vernichtung des Feindes zum Ziele setzen mußten, um in dessen Erbe treten zu können. Nur wo es wirtschaftliche Interessen des Siegers empfahlen, fand die absolute Willkür einige Einschränkung. Daß das spätere Rom den Wehrlosen nicht tötet, sondern nur versklavt, daß der Germane nicht den ganzen Grund und Boden des Besiegten nimmt, sondern dem Besiegten gegen Abgaben oder Arbeitsleistung einen Teil seines einstigen Besitzes läßt, all das ist nur ein souveräner Zweckmäßigkeitsakt des Siegers und keinesfalls von der realen Macht des Besiegten bestimmt. Es erscheint überdies nicht als internationales Recht.

Erst wo sich Staaten mit gleichen Klassengliederungen und Interessen gegenüberstehen, entsteht ein internationales Kriegsrecht, dessen Inhalt von Schutzregeln für die Interessen der herrschenden Klassen gebildet wird. Das tritt bereits in der ziemlich allgemein herrschenden feudalen Gesellschaftsorganisation des Mittelalters in Erscheinung:

> Alle Gesellschaftsklassen der verschiedenen größeren nebeneinander gestellten Gemeinwesen, zumal die Geistlichkeit und nachmals der Adel ... standen im Zusammenhang einer internationalisierten Ideengemeinschaft, während sie sich politisch vielfach im Gegensatz gegen die ihnen räumlich näher gerückten, aber antagonistisch (feindselig) wirkenden Gesellschaftskreise desselben nationalen Gebiets begriffen fühlten (Holtzendorff, Handbuch des Völkerrechtes, 1. Band).

Besonders die im „Feuer" stehenden Ritter hatten sich das Kriegshandwerk durch eine kosmopolitische „Rittersitte" erleichtert, die in einer „der wüsten Massenvernichtung entgegengesetzten Kampfmoral gipfelte und den Mißbrauch physischer Überlegenheit verdammte". Freilich, es war nur die Ethik der Tiger des Juvenal, die einander schonen, weil sie alle gleich gestreift sind! Die Kreuzzüge des blühenden Rittertums nach dem Osten, sein Wirken

Kapitalismus und Kriegsrecht (1911)[329]

I. Wesen und Geltungsgebiet des kapitalistischen Kriegsrechts.

1. Einführung.

Das internationale Kriegsrecht umfasst die Sitten des Krieges, soweit sich diese durch internationale Vereinbarung zu Satzungen des Völkerrechts verdichtet haben. Diese Ausbreitung der gleichen Kriegssitte erscheint, wie die Ausbreitung des Völkerrechts überhaupt, als Folge der Ausbreitung gleicher Produktionsweisen und Klassengliederungen. Wo Völker mit qualitativ oder quantitativ stark verschiedener Produktionsweise aufeinanderstoßen, fehlt gewöhnlich jede Spur gegenseitig beachteter Kriegsregeln. So im Altertum. Das allmächtige Rom schonte nie den Unbeteiligten. Schonung galt nur als Lohn rascher Unterwerfung. Aristoteles und Plato gewährten dem siegenden Griechen schrankenloses Willkürrecht gegenüber dem Barbaren, der sich hinwieder gegenüber der höheren Kultur auf den gleichen Standpunkt stellte. So tritt das bei den Zügen des jüdischen Volkes hervor, so bei den Germanen der Völkerwanderung, die sich vielfach die völlige Vernichtung des Feindes zum Ziele setzen *mussten*, um in dessen Erbe treten zu können. Nur wo es wirtschaftliche Interessen des Siegers empfahlen, fand die absolute Willkür einige Einschränkung. Dass das spätere Rom den Wehrlosen nicht tötet, sondern nur versklavt, dass der Germane nicht den ganzen Grund und Boden den Besiegten nimmt, sondern dem Besiegten gegen Abgaben oder Arbeitsleistung einen Teil seines einstigen Besitzes lässt, all das ist nur ein souveräner Zweckmäßigkeitsakt des Siegers und keinesfalls von der realen Macht des Besiegten bestimmt. Es erscheint überdies nicht als *internationales* Recht.

Erst wo sich Staaten mit gleichen Klassengliederungen und Interessen gegenüberstehen, entsteht ein internationales Kriegsrecht, dessen Inhalt von Schutzregeln für die Interessen der herrschenden Klassen gebildet wird. Das tritt bereits in der ziemlich allgemein herrschenden feudalen Gesellschaftsorganisation des Mittelalters in Erscheinung: Alle Gesellschaftsklassen der verschiedenen größeren nebeneinander gestellten Gemeinwesen, zumal die Geistlichkeit und nachmals der Adel, standen im Zusammenhang einer internationalisierten Ideengemeinschaft, während sie sich politisch vielfach im Gegensatz gegen die ihnen räumlich näher gerückten, aber antagonistisch (feindselig) wirkenden Gesellschaftskreise desselben nationalen Gebiets begriffen fühlten (Holtzendorfs Handbuch des Völkerrechtes, 1. Band).[330]

---

[329] Strasser, Joseph (Budapest): Kapitalismus und Kriegsrecht. – in: Ergänzungsheft zur Neuen Zeit, Nr.11, ausgegeben am 1. Dezember 1911, S.1ff.

[330] von Holtzendorff, Franz: Handbuch des Völkerrechts: Auf Grundlage europäischer Staatspraxis. Erster Band. – Berlin 1885

Besonders die im "Feuer" stehenden Ritter hatten sich das Kriegshandwerk durch eine kosmopolitische "Rittersitte" erleichtert, die in einer "der wüsten Massenvernichtung entgegengesetzten Kampfmoral gipfelte und den Missbrauch physischer Überlegenheit verdammte". Freilich, es war nur die Ethik der Tiger des Juvenal, die einander schonen, weil sie alle gleich gestreift sind! Die Kreuzzüge des blühenden Rittertums nach dem Osten, sein Wirken als Entdecker und Eroberer neuer Welten, die Kriege des niedergehenden Rittertums gegen die Bauern zeigen, *wie* die ritterliche Selbstbeschränkung *außerhalb* des Rahmens korrespondierender herrschender Klasseninteressen zerbrach. Die kriegsrechtliche Interessengemeinschaft der herrschenden Klassen der mittelalterlichen Gesellschaft war eingehüllt in die Gemeinschaftsidee aller Christen. Das hinderte nicht, dass gegen die Reformationsbewegung des Bürgertums alle Willkür, die gegen die "Ungläubigen" zulässig erschien, freie Bahn gewann, wie denn auch Luthers Kriegsgeschrei gegen die aufständischen Bauern nichts von der Schonung verspüren ließ, auf die "evangelische Brüder" im Sinne der christlichen Gemeinschaftsidee rechnen durften.[331] Das Kriegsrecht, *eine Auswirkung international herrschender Klasseninteressen*, zerbrach im Klassenkampf.

Die Bourgeoisie hat auch im Kriegsrecht die heilige Scheu des Feudalismus abgestreift und ihre Profitinteressen nur notdürftig mit den Phrasen eines heuchlerischen Humanitäts- und Kulturnebels umkleidet. Die allgemeine Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise hat die politische Herrschaft der Bourgeoisie in der ganzen Kulturwelt zur Geltung gebracht und dieser so entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung des internationalen Kriegsrechtes gesichert. Es ist die Aufgabe dieser Betrachtung, die Schleier zu zerreißen, die diese Einflüsse der Bourgeoisie und die Ergebnisse dieser Einflüsse noch verhüllen.

Der Geist des bürgerlichen Kriegsrechtes wird schon in den formalen Bestimmungen gekennzeichnet. Das Kriegsrecht der Vergangenheit kennt noch die Unterscheidung zwischen dem "gerechten" und dem "ungerechten Kriege", und es gewährt nur jenem einen Anspruch auf die Beschränkung der Kriegswillkür durch das internationale Kriegsrecht. Anders die kriegsrechtliche Moderne. Die Völkerrechtstheorie unserer Zeit, allen voran Bluntschli,[332] verwirft die Auffassung, die zum Kriege und zur Anwendung des Kriegsrechtes irgendwelchen Rechtstitel forderte. Deshalb ist auch völkerrechtlich gegen eine Erweiterung des Kriegszweckes im Kriege nichts einzuwenden, und es kann jeder "Verteidigungskrieg" *im Laufe des Krieges* in einen Eroberungszug umgewandelt werden, wie der vorgebliche Verteidigungskrieg der Deut-

---

[331] Strasser bezieht sich auf Luthers Position in den Bauernkriegen von 1524/1525. Hier setzte sich Luther wortgewaltig für die Tötung der aufständischen Bauern ein. Er predigte nicht nur den Kampf gegen die Bauern als Pflicht der Obrigkeit, sondern machte dies zur allgemeinen Christenpflicht: "*wer am ersten kann und mag denselben [Bauern] erwürgen, recht und wohl tut. Denn über einen öffentlichen Aufrührischen ist ein jeglicher Mensch beides, Oberrichter und Scharfrichter*." Oder: "*Drum soll hier zuschmeißen, würgen und stechen, heimlich oder öffentlich, wer da kann, und gedenken, dass nichts Giftigeres, Schädlicheres, Teuflischeres sein kann, denn ein aufrührischer Mensch. Gleich als wenn man einen tollen Hund totschlagen muss*."

[332] Johann Caspar Bluntschli (1808 -1881), Schweizer Rechtswissenschaftler und Politiker. Werke u.a.: *Deutsches Staatswörterbuch* (Hrg.), 12 Bände. – Stuttgart, Leipzig 1857ff.; *Allgemeine Staatslehre*. – Stuttgart 1875

schen gegen Frankreich in einen Eroberungskrieg um Elsass-Lothringen ausmündete.[333] Das kapitalistische internationale Kriegsrecht hat die Sitte der Kriegsankündigung abgeschafft. Es ist dem schneidigen Vorgehen der reichsdeutschen Diplomatie zu danken, dass diese "Vereinfachung" des Krieges im Haag[334] internationale Rechtskraft gewann. Damit, durch das Bekenntnis zum gerüsteten Überfall, wurde deutlich dargetan, wie wenig in Wirklichkeit die Rüstungspolitik dem Frieden dienen soll.

Das Wesen des bürgerlichen Kriegsrechtes wird am treffendsten durch den Entwicklungsgang der Kriegsmittel und des Kriegszwecks illustriert. Das Soldheer, das auf den Trümmern der feudalen Heeresverfassung erstand, beruhte wesentlich auf Naturalverpflegung, die in Feindes- und Freundesland *von den politisch rechtlosen Klassen* mit Raub und Plünderung eingezogen wurde. Diese fortwährende Ausplünderung der am Kriege *unbeteiligten* Privaten bildet die materielle Grundlage des Krieges. Mit dem ersten freien Atemzug der kontinentalen Bourgeoisie, mit der französischen Revolution, setzt das Streben nach einer Umwälzung des Kriegsrechtes ein, die die aufstrebende Bourgeoisie von den Lasten des Krieges durch Beseitigung des Beuterechtes befreien sollte. In den Revolutionskriegen konnte eine praktische Durchführung dieser Bestrebungen nicht erfolgen, denn auf dem Festland standen dem bürgerlichen Frankreich feudale Staatswesen gegenüber, zur See aber ein in Manneskraft strotzender, übermächtiger und deshalb in der Raublust unbeschränkbarer kapitalistischer Staat. Erst im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts *verallgemeinerte* sich die kapitalistische Produktionsweise. Einst eine stumme Stütze des Absolutismus, rückt damit auch die kontinentale Bourgeoisie zum tonangebenden Faktor des Staates vor. *Sie* ist es, die nun allenthalben den Kriegszweck diktiert, wie sie auch allenthalben, von der Warenproduktion zum Zwecke des Profits getrieben, zum Kampfe um Absatzgebiete für ihre Waren drängt. Im stürmischen Ringen um den "Nationalreichtum" drängt die Bourgeoisie zahllose rebellische Massen der "Nationalarmut" in ihren Fabriken zusammen. Konkurrenz um den Markt und Furcht vor der Revolte veranlassen die Bourgeoisie,

---

[333] Während diese Zeilen in Druck gehen, liefert der eben entbrannte türkisch-italienische Konflikt eine klassische Illustration zur Frage des "ungerechten" Kriegs. Das Ultimatum, das der Graf di San Giuliano am 26. September dieses Jahres an die türkische Regierung richtete, fordert die Übergabe der türkischen Provinz Tripolis, *weil in dieser Provinz die italienischen Handels- und Industrieinteressen auf Schwierigkeiten stoßen*. Die Türkei ist als *souveräner* Staat *völkerrechtlich* befugt, ohne weiteres dem Handel fremder Nationen auf türkischem Gebiet Schwierigkeiten zu bereiten, *völkerrechtlich* setzt sie sich damit nur der Gefahr aus, "*Repressalien*" auf *handelspolitischem* Gebiet erdulden zu müssen. Der "Rechtstitel" des italienischen Angriffs ist selbst danach nichts anderes als ein flagranter Bruch des Völkerrechtes, den die *italienische* Regierung begeht, indem sie statt zu handelspolitischen Repressalien zum Landraub gegriffen hat. Der Wortlaut des italienischen Ultimatums ("Neue Freie Presse" vom 29. September 1911) stützt sich auch mit keinem Worte auf *Rechte*, sondern nur auf die "*Lebensinteressen*" des Handels Italiens. Es bildet, wie bemerkt, *formell* ein klassisches Dokument des Krieges ohne völkerrechtlichen Rechtsgrund. Nebenbei sei bemerkt, dass *sachlich* bereits im französisch-italienischen Vertrag vom Jahre 1901 die französische und italienische Regierung die Besetzung Marokkos und Tripolis‘ beschlossen hatten, wie das Tittoni auch im Jahre 1905 offiziell feststellte. Wozu also heute "Gründe"? [Anmerkung Josef Strasser]; Tommaso Tittoni (1855-1931), reaktionärer italienischer Diplomat und Politiker. 1903-1905 Außenminister, Frühjahr 1905 Ministerpräsident.

[334] gemeint ist Den Haag (amtlicher Name auch: ’s-Gravenhage), heute Sitz des *Internationalen Strafgerichtshofes*

ein Massenheer auf höchster Stufe technischer Vollkommenheit zu erhalten und die durch Beseitigung des Beuterechtes von sich abgewälzte Erhaltungslast auf die Schultern der politisch Entrechteten durch geeignete Steuer- und Schuldensysteme abzuwälzen. Dabei ist die moderne Kriegswaffe – wie die Industriemaschine – berufen, mit wenigen Händen ungeheure Wirkungen zu erzielen. Diese furchtbarste Ausbildung der Waffentechnik, wie deren nur die kapitalistische Industrie fähig ist, schließt jede Wahl und Rücksichtnahme bei der Waffenwirkung aus, und deshalb ist es auch ein internationales Bedürfnis der Bourgeoisie, die betroffenen Massen durch Regelung einer internationalen *Scheinhumanität* irrezuführen. Die Haager Friedenskonferenz hat ein internationales Kriegsrecht für den Landkrieg geschaffen, das dem Geiste der hier bezeichneten bürgerlichen Rechtsentwicklung wesentlich entspricht. Die Beschlüsse der Londoner Seekriegsrechtskonferenz (1908 bis 1909) haben diese Beschlüsse ergänzt, so dass wir im Folgenden auf diesen Kodex des internationalen Kriegsrechtes zurückgreifen können. Vorerst sei noch das Geltungsgebiet des modernen Kriegsrechtes festgelegt.

2. Wilde und Umstürzler.

Das Wirkungsgebiet des kapitalistischen Kriegsrechtes ist, wie der Kriegszweck, auf das Interessengebiet der Bourgeoisie beschränkt. *Sämtliche Regeln des Personen- und Sachenschutzes im Kriege fallen im Bürgerkrieg fort, wenn die aufständische Partei gegen die Ordnung des Klassenstaates kämpft*. Träger des internationalen Kriegsrechtes ist nicht das Volk oder die Nation, sondern nur der Staat, "kein ethnographischer, *sondern ein juristischer, politischer Begriff*",[335] im Bürgerkrieg aber nur die Partei, die "staatliche Tendenzen" vertritt. Nicht immer dachte die Bourgeoisie so! Die revolutionäre Theorie des bürgerlichen Völkerrechtes gewährte und forderte zur Zeit der bürgerlichen Revolutionen für alle Parteien des Bürgerkriegs kriegsrechtliche Behandlung, und die Rechtsgelehrten des deutschen Liberalismus hielten lange an dieser Auffassung fest. Erst als sich die blutige Praxis der Bourgeoisie bei der Niederwerfung der Pariser Kommune fürchterlich offenbarte, beeilten sich die juristischen Leuchten des deutschen Liberalismus, "Anarchisten und Kommunisten" des Anspruchs auf kriegsrechtliche Behandlung, also auf Schutz der Wehrlosen, Entwaffneten, Frauen, Kinder, Greise, des Privateigentums usw. zu entkleiden.[336]

Heute ist eine fortschreitende Verschärfung in dieser Richtung zu erkennen. Im Kriegsrecht Lueders[337] wird der bestehenden Staatsgewalt gegen Aufständische jedes Willkürrecht zuerkannt, und in Pillets Lehrbuch für die französischen Offiziersschulen

---

[335] *Rivier*, Lehrbuch des Völkerrechts. [Anmerkung Josef Strasser]; Rivier, Alphonse Pierre Octave (1835-1898); Schweizer Jurist und Rechtshistoriker. Gemeint ist: *Principes du droit des gens*. – Paris 1889; deutsche Ausgabe: *Lehrbuch des Völkerrechts*. – Stuttgart 1889

[336] Allen voran Bluntschli. [Anmerkung Josef Strasser]

[337] Band 4 in Holtzendorffs "Handbuch des Völkerrechts". [Anmerkung Josef Strasser]; von Holtzendorff, Franz: Handbuch des Völkerrechts: Auf Grundlage europäischer Staatspraxis. Vierter Band. Die Staatsstreitigkeiten und ihre Entscheidung. – Berlin 1889. Im vierten Band publizierte Karl Lueder (1834-1895), deutscher Jurist und Universitätslehrer, den Beitrag zu *Krieg und Kriegsrecht*, S.169ff.

wird sogar jede Unterhandlung "mit einer Macht, die nicht auf dem Gesetz fußt", untersagt. Für die deutsche Praxis spricht auch der kürzlich aufgedeckte v. Bissingsche Korpsbefehl gegen Volksaufstände, der die Bürger- und Kriegsrechte einfach suspendiert.[338]

Mehr aus Furcht denn aus Gerechtigkeit hüten die kapitalistischen Staaten den Frieden untereinander. Aber ihre Ruhe ist deshalb keine Ruhe. Fortlaufend begleitet der koloniale Krieg den Frieden des Kapitals, und es vergeht kaum eine Woche, die nicht Kunde von dem blutigen Vordringen des Kapitalismus in fernen Welten brächte. Wir haben als Grundzüge des kapitalistischen Kriegsrechtes festgestellt die Unverletzbarkeit des Privateigentums und der an der Waffenarbeit des Krieges Unbeteiligten. *Haben diese Grundzüge auch im Kolonialkrieg Geltung?*

Karl Marx hat im ersten Bande des "Kapital" darauf hingewiesen, dass der "ideologische Panzer" der bürgerlichen Rechtsgelehrten, der zu Hause die Unantastbarkeit des Privateigentums verficht, in der Kolonie "wie mürber Zunder" zerfällt, weil dort das Interesse des Kapitalismus die Expropriation der Eingeborenen fordert.[339] In der Kolonie raubt das Kapital, weil nur besitzlose Eingeborene für die "Segnungen" der Lohnsklaverei und des Schachers empfänglich sind, und weil überdies die Erwerbung des Kolonialbodens am einfachsten durch Beraubung und teilweise Ausrottung der eingeborenen Besitzer erfolgt. Wir lassen zwei Beispiele für die Zielbewusstheit dieses Systems sprechen. In Vigné D'Octons "La gloire du sabre"[340] finden wir folgende Szene aus dem Madagaskarkrieg der Franzosen verewigt:

Die Senegalesen stürmen die Häuser; das Blutbad beginnt.... Die ganze überraschte, nichts argwöhnende Bevölkerung ist der Schärfe des Bajonetts ausgeliefert. Die nicht dem ersten Stoß erliegen, versuchen zu fliehen; gehetzt von unseren schwarzen Kompagnien sieht man sie, voll von frischen Wunden und rieselndem Blute, wie irrsinnig rennen; sie werden ergriffen, von neuem getroffen und sinken auf die Leichen ihrer Kameraden. Alle Einwohner fallen. **Nicht ein Weib, nicht ein Kind wird von den Schützen verschont.** ... Eine tote Pfütze bedeckt die Erde. Am Ende des Nachmittags

---

[338] Der Korpsbefehl hebt zum Beispiel alle Wirkungen der Abgeordnetenimmunität auf. Während der kriegsgefangene Offizier alle Ehren seines Standes genießt, soll der "Rädelsführer (der Aufständischen) und wer mit den Waffen in der Hand gefangen wird, dem Tode verfallen". [Anmerkung Josef Strasser]; Moritz Ferdinand von Bissing (1844-1917), preußischer Offizier, im Ersten Weltkrieg Generaloberst. Im "Korpsbefehl" des Generals Bissing von 1911 wurde detailliert geschildert, welche Maßregeln bei der Bekanntmachung des Belagerungszustandes zu ergreifen sind. So sollten ohne Rücksicht auf die Immunität der Reichstagsabgeordneten alle sozialdemokratischen Führer/innen und Agitator/inn/en verhaftet werden.

[339] Das Zitat bei Marx heißt: "*Sein apologetischer Panzer zerbröckelt hier Stück für Stück wie mürber Zunder. Es ist das große Verdienst E. G. Wakefields, nicht irgendetwas Neues über die Kolonien, aber in den Kolonien die Wahrheit über die kapitalistischen Verhältnisse des Mutterlands entdeckt zu haben. Wie das Protektionssystem in seinen Ursprüngen die Fabrikation von Kapitalisten im Mutterland, so erstrebt Wakefields Kolonisationstheorie, welche England eine Zeitlang gesetzlich ins Werk zu setzen suchte, die Fabrikation von Lohnarbeitern in den Kolonien. Das nennt er 'systematic colonization' (systematische Kolonisation).*" – Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals. – MEW 23, S.793).

[340] Gemeint ist Paul Vigné d'Octon (1859-1943) und sein 1900 in Paris erschienenes Werk *La gloire du sabre.*

erhob sich unter der Einwirkung der Hitze ein Nebel. Das war das Blut von 5.000 Opfern, das in Dünsten zur sinkenden Sonne stieg.

Ein zweites Bild entnehmen wir der vom Großen Generalstab herausgegebenen Studie "Die Kämpfe der deutschen Truppen in Südwestafrika".[341] Da heißt es in einem Briefe des Oberstleutnants v. Beaulieu[342] über die Verfolgung der geschlagenen Hereros:

Die Szenen, die sich bei der Verfolgung unserem Auge darstellten, werden mir ewig unvergesslich sein. Mehrere Kilometer weit, längs des Hamakari Rivers, befindet sich Werft an Werft, die vielen Tausenden von Menschen und zahllosem Vieh als Wohnstätte gedient haben. Soweit unsere Geschosse gereicht hatten, waren sie in eine Trümmerstätte verwandelt..... Einen eigenen Anblick in dieser Wüstenei gewährte ein umhergestreuter Vorrat von Schreibheften, Schiefertafeln und Griffeln, wohl das Eigentum eines schwarzen Schulmeisters. Das ganze Nationalvermögen des Hererovolkes lag da an der Landstraße, uns bedingungslos preisgegeben. ...

Am 20. August erfährt man, dass der "Feind", halbtot gehetzt, vor dem Sandfeld steht. Trotha beabsichtigt nunmehr, die Hereros ins wasserlose Sandgebiet zu werfen. Sein Feuer vertreibt die Hereros von der letzten Wasserstelle. Die Hereros, die mit Weib und Kind vor Erschöpfung zusammengebrochen waren, lagen, vor Durst verschmachtend, in Matten hingekauert seitwärts im Busch, willenlos und halb blöde ihr Schicksal erwartend". Als Trotha über die Annahme der Unterwerfung befragt wurde, *verwarf er die Unterwerfung, weil sie "die Möglichkeit eines Wiederaufbaues der alten Stammesorganisation geboten hätte"*, was er "für den größten politischen Fehler" hielt.[343] Die Hereros wurden in die Durstwüste eingeschlossen, sie hatten nur mehr zwischen dem Tode durch Durst oder durch Gewehrfeuer zu wählen. Oberleutnant Graf Schweinitz, ein Patrouillenoffizier, schildert die Ergebnisse der Absperrung:

Die mit eiserner Strenge monatelang durchgeführte Absperrung des Sandfeldes vollendete das Werk der Vernichtung. Die Kriegsberichte des Generals v. Trotha aus dieser Zeit enthielten keine aufsehenerregenden Meldungen. Das Drama spielte sich auf der dunklen Bühne des Sandfeldes ab. Aber als die Regenzeit kam, als sich die Bühne allmählich erhellte und unsere Patrouillen bis zur Grenze des Betschuanalandes vorstießen, da enthüllte sich ihrem Auge das grauenhafte Bild verdursteter Heereszüge. Das Röcheln der Sterbenden und das Wutgeschrei des Wahnsinns, sie verhallten in der erhabenen Stille der Unendlichkeit.

Es war begreiflich, dass unter anderen auch das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie im Namen des Völkerrechtes gegen diese Gräuel Protest erhob, untersagt doch das Völkerrecht die Tötung des Unterworfenen sowie der am Kriege unbeteiligten Weiber und Kinder, fordert es doch weiter, dass Privateigentum auch im Kriege gewahrt bleibe. Internationaler Einfluss zwang vor kurzem die jungtürkische Regierung, den wilden *Hunden* Konstantinopels den Durstestod durch den schmerzloseren

---

[341] Die Kämpfe der deutschen Truppen in Südwestafrika. Auf Grund amtlichen Materials bearbeitet von der Kriegsgeschichtlichen Abteilung 1 des Großen Generalstabes. Band 1. Der Feldzug gegen die Hereros. – Berlin 1906; Band 2. Der Hottentottenkrieg. – Berlin 1907.

[342] Martin Franz Chales de Beaulieu (1857-1945); deutscher Offizier, in der *Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika* Chef des Generalstabes, im Ersten Weltkrieg General der Infanterie.

[343] Bericht Trothas an den Chef des Generalstabs. [Anmerkung Josef Strasser]

Tod durch Vergiften zu ersetzen. Konnte dieser Einfluss angesichts der *zielbewussten Herbeiführung des Verdurstens vieler Tausender von Menschen stumm bleiben*? Er blieb stumm, *denn das System Trothas ist allenthalben anerkanntes, gutes Völkerrecht!* Für das deutsche Heer ist das Werk "Kriegsbrauch im Landkrieg" maßgebend, das vom Großen Generalstab herausgegeben wurde. Es führt aus, gegen "Wilde und Barbaren" sei man "bis in unsere Tage mit Humanität nicht weit gekommen", der Schutz des Kriegsrechtes gelte also *selbstverständlich* nur dem "Kriege zwischen zivilisierten Staaten", während dem Wilden gegenüber "Verheerung der Saaten, Wegtreiben der Herden" usw. direkt unumgänglich sei. Für Frankreich gilt die Auffassung Pillets, nach der das Bewusstsein des Soldaten im Kolonialkrieg von dem Gedanken erfüllt sein muss, dass der "unzivilisierte" Gegner keines Anspruchs auf "Respektierung seiner Existenz" würdig ist. In dem Operationsplan, den der französische Generalstabschef *Frisch* für den letzten Zug nach Fez entworfen hat, heißt es, dass es nicht genüge, den Feind (die eingeborenen Stämme Marokkos) im Sinne des Reglements zu besiegen. "*Man muss den Besiegten an Hab und Gut schädigen; ein grausames, barbarisches, aber unbedingt nötiges Verfahren*" ("Neue Freie Presse" vom 18. Mai 1911). Die Theorie ist von Bluntschli bis v. Liszt dieser Auffassung gefolgt.[344] Im Haag, bei der internationalen Kodifizierung des Kriegsrechtes, wurde diese Frage in weisem Schweigen *unberührt* gelassen.

Die Bourgeoisie setzt im Kolonialkrieg das System fort, das im Morgengrauen ihrer Entwicklung Amerika und Indien mit Feuer und Blut bedeckte und ganze Weltteile in Gebiete für Menschenjagd umwandelte. Sie kann bei diesem Geschäft *ungestraft* der Kultur und der Humanität des bürgerlichen Kriegsrechtes entraten, und siehe – sie streift sie sofort in Theorie und Praxis ab.

Herero-Aufstand 1904, Deutsch-Südwestafrika / Namibia

[344] Bluntschli erklärt die Vogelfreiheit der Eingeborenen mit dem Hinweis, "sie gehörten nicht zu den großen Völkerfamilien, aus denen die zivilisierte Menschheit besteht". [Anmerkung Josef Strasser]; Franz Ritter von Liszt (1851-1919), Angeordneter der "Fortschrittlichen Volkspartei" und von 1898 bis 1917 Professor für Strafrecht und Völkerrecht an der Universität Berlin. Sein Lehrbuch *Das Völkerrecht. Systematisch dargestellt*, erlebte zwischen 1898 und 1919 elf Auflagen.

II. Das Privateigentum und die Familie im Landkriege und die indirekten Steuern.

1. Ein Rückblick.

Wie wir eingangs hervorhoben, kann im Altertum von einer internationalen Beschränkung der Kriegsgewalt kaum die Rede sein. Nach internationaler Sitte herrschte auch in Betreff des Privateigentums und der Familienehre schrankenlose Willkür der Partei, die den Platz eben behauptet. "Allen Raub sollst du unter dich austeilen und sollst genießen die Beute deiner Feinde, die dir Gott geben wird": dieses Wort des fünften Buches Moses klingt uns ebenso unverblümt aus den Schriften Platos oder Xenophons wie aus den Schriften der römischen Juristen entgegen. Das Prinzip gilt besonders für die Zeit der Völkerwanderung, und wenn auch hier und dort Einschränkungen des Beuterechtes erfolgen, so nur, weil es die unmittelbaren Interessen des Siegers erfordern.

Es genügt für unsere Zwecke, wenn wir auf die Geschichte des Dreißigjährigen Krieges zurückgreifen; dabei ist das Raubrecht der Armee im eigenen Lande vom Raubrecht im Feindesland zu unterscheiden.

Im Feindesland gilt absolutes Raubrecht. Hand und Gut, Weib und Tochter des Bürgers und Bauern sind der Lust des Soldaten preisgegeben. "Man ging von dem Grundsatz aus, dass... das okkupierte Land die notwendigen Bedürfnisse des okkupierenden Heeres bestreiten müsse."[345] Hugo Grotius zählt in seinem ersten Werke über internationales Recht[346] die in den einzelnen Ländern üblichen, staatlich anerkannten Systeme der Beuteteilung auf, indem er die Gegenstände aufzählt, die dem plündernden Soldaten ganz verbleiben, und feststellt, wo und wann dem König oder der Republik ein Anteil an der Beute zusteht. *Betroffen vom Beuterecht sind überall die politisch rechtlosen Klassen*: der Bürger und der Bauer. Sie tragen auf diese Weise die Kosten der Kriege, ein Los, das umso furchtbarer wurde, sobald auch *die eigene, die heimatliche Armee vom Raube* genährt wurde. In Holland und England hatte die bereits herrschende Bourgeoisie diesem internen Raubrecht ein Ende gemacht, der Soldat Cromwells[347] achtete Haus und Familie des englischen Bürgers, er dankte seine Existenz ebenso wie der holländische Soldat den Steuern, die allerdings die Schultern der Armen unvergleichlich schwerer drückten als die der Reichen. Wie anders lagen die Dinge zum Beispiel in Deutschland in der hier besprochenen Zeit!

---

[345] Lueder, Das Kriegsrecht. [Anmerkung Josef Strasser]

[346] "Drei Bücher vom Rechte des Krieges und des Friedens", 1625. [Anmerkung Josef Strasser]; Hugo Grotius, (1583-1645), frühbürgerlicher Philosoph, Theologe und Rechtsgelehrter. Gemeint ist offenbar das 1625 in Paris erschienene *De jure belli ac pacis – Über das Recht des Kriegs und des Friedens.* Strasser bezieht sich auf die deutsche Übersetzung dieses Werks: Des Hugo Grotius drei Bücher über das Recht des Krieges und Friedens, in welchem das Natur- und Völkerrecht und das Wichtigste aus dem öffentlichen Recht erklärt werden. Aus dem Lateinischen des Urtextes übersetzt, mit erläuternden Anmerkungen und einer Lebensbeschreibung des Verfassers versehen von J.H. v. Kirchmann. – Berlin 1869

[347] Oliver Cromwell (1599-1658), im Kampf des Parlaments gegen König Karl I. (1600-1649, König 1625-1649) Organisator, dann Feldherr des Parlamentsheeres. Trotz der Hinrichtung König Karls scheiterten die Versuche Cromwells, aus England dauerhaft in eine bürgerliche Republik zu machen.

Das feudale Heerwesen war zusammengebrochen, und die Junker schickten zur Belebung "des nationalen Defensivwerkes Klepper statt Hengste". Das Land fiel wehrlos dem Feinde zur Beute, und Bauer und Bürger hatten die Kriegsnot zu tragen; die Plünderungen, die als Kontribution bezeichneten, mit Waffengewalt erpressten feindlichen Auflagen und die als Requisition bezeichnete Naturalversorgung der Heere. Die Truppen, Freund oder Feind, erwarben ihren Unterhalt, von größeren Plünderungen abgesehen, durch das sogenannte "Parteigehen", von dem Grotius sagt, es sei ein kleiner Beutezug, bei dem die Beute ohne Beteiligung des Staates "nach eines jeden Würde und Eigenschaft" unter den Beteiligten verteilt wird.[348] Wo der Heimatstaat Truppen aus Sold organisiert, setzen sich diese aus hergelaufenen, beutelustigen Vagabunden zusammen, die ihr verzweifeltes Handwerk ausschließlich aus Erwerbsrücksichten betreiben. Wohl wird in ihren Verträgen ("Artikelbriefen") ein bestimmter Monatssold ausgesetzt, der bei Doppelsöldnern 8 bis 10, bei gewöhnlichen Landsknechten aber nur 4 Gulden betrug. Das reichte kaum, um den Söldner, der mit Weib und Kind im Felde lag, sich Waffen und Kleidung selbst schaffen musste und von den Lebensmittelwucherern im Lager ausgebeutet wurde, halbwegs zu ernähren; von Ersparnissen konnte natürlich keine Rede sein. Aber auch dieser kümmerliche Sold kam nur in den seltensten Fällen zu Händen des Landsknechtes, denn wenn schon der Staat in die seltene Lage kam, den Sold zahlen zu können, so fanden die als Großunternehmer fungierenden Feldherren und die als Zwischenmeister des Kriegshandwerkes wirkenden Offiziere private Verwendung für den Sold, während sie die Soldaten auf Raub und Diebstahl verwiesen.[349] Ein Unterschied zwischen Freund oder Feind trat höchstens bei großen Plünderungen ganzer Städte hervor.[350] In Grimmelshausens Simplicissimus-Roman[351] wird die Beschaffung der Nahrungsmittel, das "Fouragieren", oder im heute gebräuchlichen Ausdruck: das Requirieren,[352] also geschildert:

"Das Fouragieren aber ist nichts anderes, als dass man mit großer Mühe und Arbeit, auch oft nicht ohn Leib- und Lebensgefahr hinaus auf die Dörfer schwaiffet, drischt, mahlt, backt, stilt und nimmt, was man findet, trifft und verderbt die Bauern. Und wann den armen Bauern das Ding nicht gefallen will oder sie sich etwan erkühnen dörfen, einen oder den andern Fouragierer über solche Arbeit auf die Finger zu klopfen, wie es dann damals dergleichen Gäste in Hessen viel gab, so hauet man sie nieder, wann man sie hat, oder schicket aufs wenigste ihre Häuser im Rauch gen Himmel."

---

[348] Das Parteigehen diente vorzüglich dem Erwerbe flüssiger Geldmittel; es wurde von der Kavallerie am besten betrieben, die diesem Umstand hauptsächlich ihre vornehme Position zu danken hatte. In Grimmelshausens zeitgenössischem Roman schildert Simplizius Simplizissimus eine solche ,.Partei" mit den Worten: "Ha, die eisernen Männer haben ihn (den Bauern) angebunden, da hat ihm unsere alte Geiß die Füße geleckt, da hat mein Knän lachen müssen und hat denselben eisernen Männern viel Weißpfennige geben, große und kleine, auch hübsche gelbe und sonst schöne klitzerichte Dinger und hübsche Schnüre voll weißen Kügelein." [Anmerkung Josef Strasser]

[349] Delbrück, "Preußische Jahrbücher", November 1910. [Anmerkung Josef Strasser]

[350] Das Bild, das der wehklagende Bauer in Schillers "Wallensteins Lager" entwickelt, ist völlig zutreffend, auch Wallensteins Armee nährte sich von den unfreiwilligen Gaben des "Nährstandes". [Anmerkung Josef Strasser]

[351] Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausen (ca. 1622-1676). Der abenteuerliche Simplicissimus Teutsch (1668/1669).

[352] fouragieren, requirieren: für militärische Zwecke beschlagnahmen

Dieses Bild zeigt treffend, dass nicht nur die Erhaltung der Truppen die rechtlosen Klassen belastete, dass vielmehr auch Leib und Leben der am Kriege unbeteiligten Bauern und Bürger von der Soldateska bedroht und geschädigt war. Das galt naturgemäß auch von der bürgerlichen oder bäuerlichen Familienehre.

Auch ist es doch wahrlich je nicht feinn
Sie bschlaffn unse Weibr und töchterlein.

So klagt das "Bauernvaterunser", eine zeitgenössische Nürnberger Flugschrift. Hierzu trat das vielfache Auflassen der Soldheere nach dem Kriege oder auch oft nach je einer Kriegssaison. Ausschließlich aufs "Garden", das heißt Stehlen und Rauben verwiesen, entwöhnten sich die Beurlaubten des Kriegsdienstes und folgten später nur mehr als Marodeure ("Marodebrüder") dem Heere, nehmend, was die vorausziehenden Truppen dem Bauern noch ließen. "Sie spolieren[353] vor, neben und hinter der Armee, alles, was sie antreffen.... Sie wachen nicht, sie stürmen nicht, sie schanzen nicht und kommen auch in keine Schlachtordnung, und sie ernähren sich doch."[354]

Das stehende Heer der Hohenzollern schob das Einquartierungssystem für das heimische Heer in den Vordergrund; an dem Ernährungssystem selbst, namentlich an dessen Quellen, erfolgte keine wesentliche Änderung. Erst aus abendländischen Landläufern zusammengeworben, wird die Mannschaft später im In- und Ausland einfach zum Dienste "gepresst". Dieses Heer kann nur durch den Stock der Vorgesetzten, nur durch den gewalttätigen Drill zusammengehalten werden, ein Willkürsystem, das den Offizieren die Möglichkeit bietet, auch den kargen Sold der gezwungenen Soldaten *für eigene Zwecke* zu verwenden. Prellen die junkerlichen Offiziere den Landesherrn um die Werbegelder, indem sie "Mägde vor Soldaten gekleidet und in Hosen und Wams mit dem Gewehr durchspringen" lassen, so bietet ihnen die "Beurlaubung" der Solda-

---

[353] spolieren: plündern

[354] Aus einem zeitgenössischen Dokument. Selbstverständlich ist dieses ganze räuberische System des Heerwesens nicht auf Deutschland beschränkt. In Frankreich, wo die Spuren des stehenden Heeres auf das fünfzehnte Jahrhundert zurückführen, kam es trotzdem zur "gewaltsamen Aneignung", später zu Raub und Plünderung, weil die Soldzahlung äußerst unregelmäßig erfolgte. Im siebzehnten Jahrhundert ist es allgemeine Sitte in Frankreich, dass die Bauern und auch Handwerker ihre Erzeugnisse auf die Landstraße tragen, wo sich die Truppe versorgt. Über die Bezahlung und über die Einquartierung heißt es in einem Bericht des Intendanten der Auvergne (1680): "So oft Truppen in einem Etappenplatz eintreffen, schicken die Offiziere ihren Quartiermeister voraus, der von den Gemeindevorstehern so viel Quartierscheine fordert, wie ihm passt. Diese Armseligen wagen nicht, ihm etwas abzuschlagen, und nach Ankunft der Truppen verteilen die Offiziere die Scheine unter ihre Soldaten, die einen wie die anderen begeben sich dann zu ihren Wirten, die sie nicht allein beherbergen und beköstigen, sondern, um Frieden zu haben, noch gezwungen sind, Geld dazu zu geben… . Zugrunde gerichtet hat die Einwohner der Etappenorte der Umstand, dass die Etappe ihnen niemals vergütet worden ist und einzig die Gemeindeschulzen von der Entschädigungssumme Vorteil hatten" (Hauptmann Roeder, "Die militärische Verpflegswirtschaft im Frieden"). Zimmermann nennt in seinem Werke über "Die politischen Grundlagen der französischen Volkswirtschaft" diese Quartierlast als die drückendste Naturalsteuer. [Anmerkung Josef Strasser]. Hier dürfte eine Verwechslung vorliegen – Strasser meint offensichtlich: Liebermann, Wilhelm: Die politischen Grundlagen der französischen Volkswirtschaft am Ausgang des XVII. Jahrhunderts. Inaugural-Dissertation. – München 1909

ten zu handwerkendem Erwerb die Möglichkeit, die Verpflegs- und Soldgelder einzustecken. Freilich betrug dieser Sold nur 2 bis 3 Taler pro Monat, und der Soldat war von vornherein auf die Erwerbseinkünfte seines Weibes angewiesen. Dennoch musste der Bürger, der rechtlich nur zur Quartier-, Heizungs- und Lichtleistung verpflichtet war, unter dem Entfallen dieser Soldsummen schwer leiden, denn die Offiziere entschädigten den Soldaten, indem sie ihn im Quartier frei walten ließen. Das Martyrium der Bourgeoisie gipfelte denn auch nicht in den hohen Kriegskontributionen, die ihr der Feind, ein Hadik,[355] ein Totleben[356] auferlegte, sondern im Verpflegssystem des eigenen Heeres, das namentlich der preußische Militäradel kräftig ausnutzte. Das herrschende Quartiersystem "gab Gelegenheit zu den ärgsten Erpressungen von der Bevölkerung, während gleichzeitig die Regimentsinhaber mit dem fürstlichen Solde die Taschen füllten und ihre Leute in der kärglichsten Weise darben ließen" (Liebe). Die prüde Bürgersfrau stand im eigenen Hause unter dem Kommando der Soldatendirne, der Hausvater selbst musste oft die brutalste Misshandlung von den einquartierten Soldaten erdulden, die "Hefe der Gesellschaft", aus der noch nach der Werbeordnung vom Jahre 1708 das Heer durch gewalttätiges Ausheben ergänzt werden sollte, lag allmächtig im Hause des Bürgers und des Bauern. Die Institution der Kaserne fehlte damals noch fast vollständig, im Jahre 1722 existiert in Berlin erst eine Kaserne, und zwar für Reiterei;[357] auch diese dankt ihre Existenz dem Umstand, dass für die Pferde Versorgung geschaffen werden musste.

Träger der Kriegslasten waren demnach bis zur Bildung der jetzt bestehenden Bourgeoisstaaten allenthalben das Bürgertum und die Bauernschaft. Als wesentlichstes Mittel der Naturalversorgung gilt für die Feindesarmee: die Plünderung der eroberten Städte, Geldauflagen, Kontributionen, mit denen sich die eroberte Stadt Befreiung von der Plünderung erkauft, Requisitionen (Parteigehen, Fouragieren usw.), die namentlich gegen Bauern zur Beschaffung von Lebensmitteln unternommen werden. Die Ausführung erfolgt in allen diesen Fällen durch Androhung oder Anwendung roher Gewalt, von der weder Mann noch Weib noch Kind verschont werden. *Der Krieg greift also entschieden auch auf die nichtmilitärischen Glieder des Feindesstaates über, und dieses Übergreifen ist international anerkanntes, gutes Völkerrecht.* Die hiervon betroffenen, politisch rechtlosen Klassen tragen durch das System des "Fouragierens", später der Einquartierung, auch die Lasten der Naturalverpflegung des heimischen Heeres. So ist dieses international anerkannte Raubrecht die eigentliche Grundlage der feuda-

---

[355] Strasser bezieht sich auf den Feldmarschall-Leutnant der österreichischen Armee Reichsgraf Andreas Hadik von Futak (1710-1790). Im Siebenjährigen Krieg wurde unter ihm die preußische Hauptstadt Berlin am 16. Oktober 1757 für einen Tag besetzt. Sein Plan war, Berlin im Handstreich zu nehmen, eine reiche Kriegskontribution einzufordern und sich anschließend genauso schnell wieder zurückzuziehen ("Berliner Husarenstreich"). Die Stadt zahlte rund 200.000 Taler Kontribution und 25.000 Taler an die Truppe, um eine Plünderung zu vermeiden. Auch in Franfurt/Oder wurde durch eine Abteilung 30.000 Taler Kontribution eingetrieben.

[356] gemeint ist Graf Gottlob Kurt Heinrich von Tottleben, russischer Generalleutnant. Unter ihm besetzten russische Truppen im Siebenjährigen Krieg Oktober 1760 Berlin. Der Stadt wurden hohe Kontributionen auferlegt.

[357] Goldschmidt, Berlin in Geschichte und Gegenwart. [Anmerkung Josef Strasser]; Goldschmidt, Paul: Berlin in Geschichte und Gegenwart. – Berlin 1910

len und feudal-absolutistischen Heeresverpflegung im Krieg und Frieden. Die Eroberung der politischen Macht durch die Bourgeoisie hat die Grundlagen dieses völkerrechtlichen Systems und damit dieses selbst völlig umgestaltet.[358]

2. Vom Pariser Konvent bis zur Haager Konferenz.

Die nordamerikanische Erhebung hatte auch auf dem Gebiet des Völkerrechtes die Wege der bürgerlichen Entwicklung gewiesen. In seinem Schreiben über den preußisch-amerikanischen Vertrag vom Jahre 1785 fordert Benjamin Franklin,[359] dass die "Klassen" der Bauern, Handwerker, Kaufleute und Techniker in jedem zukünftigen Kriege unter dem Schutze beider Parteien ihrem Beruf weiter obliegen sollen. In diesem Sinne schützte der bezeichnete Vertrag die aufgezählten "Klassen" vor Mordbrennerei und Plünderung und berechtigte im Falle des Vertragsbruchs zu Schadenersatzansprüchen. Bedeutsamer als dieser platonische Vertrag ist die Verfügung Washingtons, die die Requisition von Lebensmitteln für das Militär nur gegen Quittungen erlaubte, die den Schadenersatzanspruch an den Staat legitimierten. Im "Contrat social"[360] verdichtet sich diese Tendenz zur Maxime: "Der Krieg ist kein Verhältnis zwischen Menschen, sondern zwischen Staaten", nach Mably[361] verkündet auch Galiani,[362] Filangieri,[363] Vattel[364] usw. das neue Prinzip: *dass alles bürgerliche und bäuerliche Privateigentum im Kriege geschützt werden müsse, dass Plünderung, Raub und raubmäßige Requisition, wie auch alle physische Vergewaltigung des Nährstandes unzulässig und völkerrechtlich verwerflich sei*, dass mit einem Worte das Heer nur gegen das Feindesheer gerichtet werde, *Kombattanten gegen Kombattanten*, dass aber der Frieden der Nichtkombattanten und deren Vermögenssicherheit gewährleistet sei. Gleichzeitig sollten die Missbräuche des Einquartierungssystems auch in dem heimi-

---

[358] Die Gefangenen wurden vielfach auch gegen Lösegeld freigegeben; das kam besonders im Soldheer als Gelderwerb in Frage, denn der Söldner repräsentierte Geldeswert und wurde deshalb auch ausgelöst. [Anmerkung Josef Strasser]

[359] Der Preußisch-Amerikanische Staatsvertrag von 1785 war der weltweit erste Vertrag zur Regelung der Kriegsgefangenschaft. Er wurde von dem preußischen Gesandten in Holland, Freiherr Friedrich Wilhelm v. Thulemeier (1736-1811) und den amerikanischen Gesandten Benjamin Franklin (1706-1790), Thomas Jefferson (1743-1826) und John Adams (1735-1826) in Frankreich, Holland und Großbritannien unterschrieben. Damit wurde auch die Anerkennung der Vereinigten Staaten von Amerika durch Preußen vollzogen.

[360] Jean-Jacques Rousseau (1712-1778); Wegbereiter der Französischen Revolution. In seiner staatstheoretischen Schrift *Du contrat social ou Principes du droit politique* (Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatstrechts, 1762) definiert Rousseau den Menschen als unabhängig und frei im Naturzustand, in der auf Konventionen beruhenden Gesellschaft aber als gefesselten Sklaven: *Der frei geborene Mensch liege überall in Ketten.* Im *contrat social* werden die Rechte der Individuen gegenüber dem Staat und dessen Ansprüche gegenüber den Individuen definiert und die *Volkssouveränität* begründet.

[361] Gabriel Bonnot de Mably (1709-1785); französischer Politiker und Philosoph der Aufklärung.

[362] Ferdinando Coelestinus Galiani (1728-1787); neapolitanischer Ökonom, Diplomat und Schriftsteller der Aufklärung.

[363] Gaetano Filangieri (1752-1788); italienischer Jurist und Philosoph.

[364] Emer(ich) de Vattel (1714-1767); Schweizer Jurist, der das zeitgenössische Völkerrecht maßgeblich prägte.

schen Heere verhindert werden. Der Theorie folgte die Gesetzgebung der französischen Revolution. Das französische Militärstrafgesetzbuch vom Jahre 1793 schützte bereits gegen den Quartierraub:

§ 16. Mit 10 Jahren Kerker wird der Soldat bestraft, der seinen Quartiergeber bestiehlt.

§ 17. Der Soldat, der sich durch Betrug und ohne Zahlung zu leisten an einer Wohnung, am Wege, auf der Station oder im Lager Ess- oder Trinkware aneignet, wird mit Gefängnis von 3 Monaten Dauer bestraft.

Auf den Krieg im Ausland bezieht sich die drakonische Bestimmung des Militärstrafgesetzbuchs vom Jahre 1796 (21. Brumaire V):

Der Soldat, der in Wohnungen gegen Personen oder im Gebiet der Einwohner irgendeines Landes im Verein mit anderen oder mit bewaffneter Hand Raub treibt, ist mit dem Tode zu bestrafen.

Schon im dritten Jahre der Republik wurde das Requirieren jeder Art an die Abgabe einer Quittung gebunden, die den Staat zum Schadenersatz verpflichtete.

Selbstverständlich handelte es sich bei diesen Akten der französischen Revolution um einseitige Verfügungen, die im feudalen Europa nicht nur keine staatliche Erwiderung finden, sondern die ungeheuersten Provokationen.[365] Nur Schritt für Schritt, in dem Maße, wie die Bourgeoisie von den Staaten des Kontinentes politisch Besitz ergreift, ringen sich die Ideen der französischen Revolution zum internationalen Rechtsgrundsatz empor. Nach einem misslungenen Versuch auf der internationalen Konferenz zu Brüssel im Jahre 1874 wurden im Jahre 1899 im Haag die Forderungen des Pariser Konvents zu anerkanntem Völkerrecht erhoben, nachdem die Unterscheidung der tatsächlich Kämpfenden von den nichtkämpfenden Bewohnern des Feindeslandes schon gewohnheitsrechtlich allenthalben als richtunggebend anerkannt war. In der betreffenden Konvention der Haager Friedenskonferenz wird ausgesprochen:

§ 9. Die Wegnahme oder die Zerstörung feindlichen Eigentums ist, mit Ausnahme der Kriegsnotwendigkeit, verboten.

---

[365] Für diese Auffassung spricht das großsprecherische Manifest des Legitimismus, das das revolutionäre Paris mit Mord und Brand bedrohte. Der feudal-absolutistische Geist des Kriegsrechtes offenbarte sich auch noch in den "Befreiungskriegen". Davoust hatte als Eroberer in Hamburg zweifellos furchtbare Ausbeutung getrieben. Als aber der Retter aus Franzosennot, der russische Oberst Tettenborn, mit Glockengeläute und unter Vorantritt weißgekleideter Jungfrauen in die Stadt einzog, da war sein erstes Wort an einen hohen Rat: "Sie kennen meine Finanzen"; und dieses Wort musste mit 5.000 Louisdor honoriert werden. "Die Legionskasse wurde zu Spiel, Launen und Wolllustbefriedigungen gemissbraucht, und Huren sah man mit dem Geschmeide, das ehrbarer Hamburgerinnen Patriotismus auf dem Altar der Vaterstadt geopfert hatte. Rechnung ward nie abgelegt, die Aufforderung danach übelgenommen, das Geld wohl auch anderweitig erpresst. Schließlich ging die ganze Kasse durch..." Dr. Gallois, Geschichte Hamburgs. [Anmerkung Josef Strasser]; Louis-Nicolas d'Avoût (auch: Davoust, 1770-1823), französischer General und Marschall von Frankreich. Harte Maßnahmen als Gouverneur von Hamburg (1813–1814) tragen ihm den Namen "Robespierre von Hamburg" ein; Friedrich Karl Freiherr von Tettenborn (1778-1845) war ein General in den anti-napoleonischen Kriegen; Johann Gustav Gallois (1815-1872), deutscher Politiker, Journalist und Historiker, verfasste eine Geschichte der Stadt Hamburg (1867).

§ 28 Es ist verboten, eine im Sturm genommene Stadt oder Ortschaft der Plünderung auszusetzen.

§ 46. Das Recht und die Ehre der Familie, das Leben und das Privateigentum der einzelnen, die religiöse Überzeugung und Kultur ist zu achten. Privateigentum kann nicht konfisziert werden.

§ 47. Die Plünderung ist entschieden verboten.

§ 49 bis 51. Kontributionen können nur für Kriegskosten – und zwar durch die lokale Verwaltung – eingezogen werden, sie sind schriftlich zu quittieren.

§§ 53 und 54 verfügen über den Schutz der Eisenbahnen und der im Privateigentum befindlichen Kriegsmittel. "Waffenlager und überhaupt alle Kriegswerkzeuge, die im Besitze Privater sind, sind als Kriegsmittel zu betrachten, doch müssen sie zurückgegeben werden, muss in dem Friedensschluss der Schadenersatz festgesetzt werden.[366]

Diese Beschlüsse der Haager Konferenz sind in den folgenden Jahren in die Militärstrafgesetzbücher aller Länder oder zumindest in die offiziellen Handbücher übergegangen, soweit diese Verfügungen nicht schon einseitig bestanden, wie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten. Für das Deutsche Reich besteht vor allem die Erklärung des Großen Generalstabs:

Aus der Anerkennung der Scheidung der Nichtkämpfenden von den "tatsächlich Kämpfenden" ergibt sich, das die ersteren "weder an Leib und Leben noch an Ehre und Freiheit gekränkt werden dürfen, und dass jede widerrechtliche Tötung, jede dolose[367] wie fahrlässige Körperverletzung, jede Beleidigung, jede Störung des häuslichen Friedens, ebenso jeder Angriff auf Familie, Ehre und Sittlichkeit, überhaupt alle rechtswidrigen und verbrecherischen Angriffe und Vergewaltigungen genau ebenso strafbar sind wie die gegen die Bewohner des eigenen Vaterlandes ausgeführten.

Jeder Einwohner des besetzten Landes ist ... ebenso wie in seiner Person auch in seinem Privateigentum zu schützen.[368]

Somit erscheint am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts das Privateigentum gegen alle räuberischen, dem Erwerb dienenden Angriffe im Landkrieg gesichert, die körperliche Sicherheit und die Familienehre der Nichtkombattanten nahezu jeder kriegerischen Bedrohung entzogen. Die Kriegssitte erfuhr damit eine wesentliche Umwandlung, mit dem Schutze des bürgerlichen Privateigentums allerdings auch – *die materielle Grundlage der Heeresverpflegung*. An die Stelle des Bauernhauses und des bürgerlichen Quartiers tritt im Kriege das Proviantmagazin und der pünktlich geleistete Sold, im Frieden die neue Institution der Kaserne. *Wo sind die Quellen, an denen diese neue Art der militaristischen Verpflegung ihre Nahrung zieht?*

---

[366] Auch die Kontributionen dürfen nur militärischen, keinen finanziellen Zwecken dienen. Selbst Staatsgut kann nur dann konfisziert werden, wenn es als bewegliches Gut erscheint, das zur Stärkung der Kriegsmacht geeignet ist, zum Beispiel Kriegskassen usw. Sonst tragen alle Aneignungen, zum Beispiel der Eisenbahnen, nur den Charakter einer zeitweiligen Gebrauchsentziehung; konfiszierte Kassen werden niemals im nehmenden Heere verteilt. [Anmerkung Josef Strasser]

[367] dolose: beabsichtigt, absichtlich

[368] Kriegsbrauch im Landkrieg. Herausgegeben vom Großen Generalstab 1902. [Anmerkung Josef Strasser]; Großer Generalstab (Hrg.): Kriegsbrauch im Landkrieg. Kriegsgeschichtliche Abteilung I. – Berlin 1902

3. Die Aufbringung der Kosten des Militarismus unter der Herrschaft des Kapitals.

Bei einem Vergleich heutiger und früherer Heereskosten fällt die Niedrigkeit der letzteren umso mehr ins Auge, je weiter wir zurückgreifen. Dabei enthalten die 30.000 Taler, die zum Beispiel das Heer des Großen Kurfürsten[369] in der Kur- und Neumark pro Monat "verschlang", die 12 Millionen Mark, die die Armee Friedrichs des Großen pro Jahr auszehrte, auch die Werbegelder, die heute wegfallen. Die preußische Armee kostet heute etwa vierzigmal so viel wie in den Tagen des "Großen Fritz",[370] aber auch kleine Zeiträume zeigen deutlich das Anwachsen der Heereskosten. Nach dem "Nautikus" ergab die Steigerung der Rüstungsausgaben im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts folgendes Bild nach den Etats:

		in 1.000 Mark			
Ausgaben für		Armee	Marine	Zusammen	In Mark pro Kopf der Bevölkerung
Deutschland	1900	656.041	157.366	813.407	14,45
	1909	810.958	399.300	1,210.258	18,85
England	1900	532.084	611.970	1,144.054	27,77
	1909	559,674	716.911	1,276.585	28,62
Frankreich	1900	538.190	297.596	835.786	21,60
	1909	638.662	290.354	929.016	23,53
Italien	1900	197.959	90.730	288.689	8,94
	1909	249.191	127.709	376,900	10,76
Japan	1900	157.160	122.377	279.537	5,79
	1909	184.237	151.259	335.496	6,44
Österreich	1900	338.482	38.505	376.987	8,80
	1909	305.169	53.922	459.091	9,00
Russland	1900	716.129	194.604	910.733	6,66
	1909	918.306	187.707	1,106.013	7,49
Vereinigte Staaten	1900	619.475	256.137	875.612	11,48
	1909	796.971	578.043	1,375.614	15,08

Greifen wir weiter zurück, so ergibt sich zum Beispiel für das Deutsche Reich nur seit 1893 eine Gesamtsteigerung der Rüstungsausgaben um 155 Prozent. Und diese Steigerung ist keinesfalls nur die Folge einer Erhöhung der Mannschaftszahlen. Auf *einen* Mann entfielen im Jahre 1657 (Großer Kurfürst) 264 Mark, 1780 (Friedrich der Große) 300 Mark, 1870 880 Mark, 1910 1265 Mark.

---

[369] gemeint ist Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1620-1688). Mit ihm begann der Aufstieg Brandenburg-Preußens zur Großmacht und der Hohenzollern zu einem der führenden deutschen Herrscherhäuser. Deshalb trug er ab 1675 auch den Beinamen *Großer Kurfürst*.

[370] gemeint ist Friedrich II. von Preußen ("der Große", 1712-1786)

Auf der zweiten Haager Konferenz konnte der englische Delegierte feststellen, dass in den sieben Jahren, die seit der ersten Haager Konferenz verstrichen waren, die Militärausgaben in Europa, den Vereinigten Staaten und Japan zusammen eine Erhöhung von 1.990 Millionen Mark im Jahre erfahren hatten. Und erst nachher! Im Jahre 1906 wurde der erste Dreadnought[371] vom Stapel gelassen, und bis zum Jahre 1916 werden bereits 150 Schiffe dieser Art auf der See schwimmen, was einem Kostenaufwand von rund 8 Milliarden gleichkommt. Das sind die Kostensteigerungen des Friedens. Ein Schuss aus einem 110-Tonnen-Geschütz stellt sich mit Einrechnung der Geschützabnutzung auf rund 8.000 Mark, ein Rohr des österreichischen 30,5-Zentimeter-Geschützes kostet 360.000 Mark, ein Schuss *ohne Geschützabnutzung* 3.000 Mark. Die Kosten der ersten Woche eines Krieges zwischen europäischen Großmächten werden nach fachmännischen Berechnungen in die Milliarden greifen und die Gesamtkosten jene 15 Milliarden weit überflügeln, die der Französische Krieg (1870/71) verschlang.[372]

Was bedeuten gegen solche Zahlen die Kriegskosten der Vergangenheit? Wo sind die Brunnen, aus denen der moderne Militarismus diese Mittel schöpft, denn nicht mehr "nährt der Krieg den Krieg" aus dem Eigentum der Bauern und Bürger! *Nun, der unerschöpfliche Brunnen, der das alte Verpflegsystem des kriegerischen Raubrechtes überreichlich ersetzt, heißt indirektes Steuersystem.*

Die Bourgeoisie hat das indirekte Steuersystem – wie Lassalle[373] feststellt – nicht erfunden, aber sie gab diesem System jene "skandalöse Extension", jene gewaltige Ausbreitung, die sich nahezu über alle Bedürfnisse des Proletariats erstreckt. Die indirekten Steuern haben auch in Deutschland nach Jena,[374] nach dem Hervortreten des Bürgertums, weite Verbreitung gefunden, und zwar als Bedürfnissteuern, während sie als Luxussteuern auf Pferde, Diener, Hunde, Schmuck usw. trotz aller Phrasen des bürgerlichen Patriotismus völlig versagten. Im Gegensatz zum Absolutismus sucht das bürgerliche Steuersystem nicht die Reichen, sondern die Armen zur Steuerleistung heranzuziehen, weshalb es denn auch nicht die Leistungsfähigkeit, sondern den unumgänglichen Bedarf des Steuernden durch Zölle und Auflagen erfasst. Die Belastung durch indirekte Steuern beträgt zum Beispiel im Deutschen Reiche (nach Wurm: "Die Fi-

---

[371] Mit *Dreadnought* (*Fürchtenichts*) wurde ein neuer Typ von Kriegsschiffen bezeichnet, der ab 1906 die bis dahin vorherrschenden Linienschiffe in den Schatten stellte. Amtlich als *Linienschiffe* bzw. *Großlinienschiffe* oder *Schlachtschiffe* eingestuft, setzte sich nach dem Ersten Weltkrieg der Begriff *Großkampfschiff* oder *Schlachtschiff* durch.

[372] Charles Richet, Le passé de la guerre. Herr Richet, eine modernste Leuchte des Pazifismus, will den Frieden durch schrankenlose Rüstungen sichern – etwa wie Wilhelm II. [Anmerkung Josef Strasser]; Richet, Charles: Le Passe de La Guerre Et L'Avenir de La Paix. – Paris 1907

[373] Ferdinand Lassalle (1825-1864, eigentlich Ferdinand Johann Gottlieb Lassal), Wortführer der frühen deutschen Arbeiter/innen/bewegung. Als Hauptinitiator und Präsident der 1863 gegründeten *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* (ADAV) zählt er zu den Vorläufern der Sozialdemokratie. Lassalles Idee des Sozialismus war genossenschaftlich und preußisch-nationalstaatlich orientiert.

[374] Nach der katastrophalen Niederlage in der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt (1806) gegen die französischen Truppen machte in Preußen den Weg frei für weitgreifende bürgerliche Reformen, die entscheidend dazu beitrugen, dass Preußen 1813 wieder in der Lage war, gegen das napoleonische Frankreich Krieg zu führen.

nanzgeschichte des Deutschen Reiches"):[375] Bei 1 Kilogramm Roggenbrot 5,8 Pfennig, Weizenbrot 6,4, Mehl 10,2, Fleisch 35,0, Kaffee (roh) 60,0, Tee 100,0, Salz 12,0, Zucker 14,11 und bei 1 Liter Petroleum 6,0 Pfennig.

Das Proletariat, *als Masse* des Staatsvolkes,[376] bestreitet mit den Abgaben auf diese und ähnliche Bedarfsartikel in allen kapitalistischen Staaten der Welt somit den überwiegenden Teil der Staatsausgaben, vor allem die Kosten des Militarismus. Schon die Organisation des Deutschen Reiches entspricht dieser Tatsache: *Das Reich, der wirkliche Träger des Militarismus, kennt überhaupt nur ein indirektes Steuersystem und Zölle, aus denen es die Riesenkosten des kapitalistischen Militarismus bestreitet,* denn längst haben sich die vielgenannten Beiträge der Einzelstaaten zu Reichsschulden "verdichtet", die in einer Höhe von 5 Milliarden Mark Verzinsung durch indirekte Reichsteuern heischen. Nach einer Berechnung Wurms werden von 1.629 Millionen Mark Reichseinnahmen nur 26 Millionen Mark aus Steuern beschafft, die wesentlich die Besitzenden treffen, aber auch in den Einzelstaaten wird bei einem Gesamtsteuereinkommen von 771 Millionen Mark kaum mehr als die Hälfte von Einkommensteuern aufgebracht, an denen allerdings auch die Besitzlosen erheblich beteiligt sind. Eine Aufstellung nach Plenge[377] ergibt für die Allgemeinheit dieses Systems reichliche Belege. Es erhoben pro Kopf der Bevölkerung in Mark Steuern im Jahre 1906:

	Direkte	Indirekte
Deutschland und die Bundesstaaten[378]	8,83	25,52
England	24,00	35,38
Frankreich	17,88	15,32
Österreich	10,91	28,35
Russland	2,69	19,20

Dieses System, das wirklich dem Besitzlosen umso größere Lasten auferlegt, je größer seine Not, das heißt seine Familie, ist schon deshalb das Produkt der bürgerlichen Herrschaftsära, *weil erst die kapitalistische Produktionsweise die Voraussetzungen seiner ergiebigen Anwendbarkeit schuf.* Weder der seinen Bedarf selbst erzeugende Bauer noch der im Hause des Meisters lebende Geselle konnte als ergiebige Quelle von Verbrauchssteuern in Frage kommen. Erst die industrielle Revolution, die der Bourgeoisie den Weg zur politischen Herrschaft bahnte, *stampfte jene Massenheere besitzloser, doch "unabhängiger" Lohnarbeiter aus dem Boden, deren "selbständiger" Haushalt die militaristischen Lasten übernahm, die bis zur bürgerlichen Revolution*

[375] Wurm, Emanuel: Die Finanzgeschichte des Deutschen Reiches. – Hamburg 1910

[376] In Preußen hatte zum Beispiel im Jahre 1908 die Hälfte aller Steuerpflichtigen ein Jahreseinkommen von weniger als 900 Mark, acht Neuntel aller Steuerpflichtigen hatten weniger als 1.800 Mark Jahreseinkommen. [Anmerkung Josef Strasser]

[377] Plenge, Die Finanzen der Großmächte. [Anmerkung Josef Strasser]; Johann Max Emanuel Plenge (1874-1963), deutscher Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler. Plenge, Johann: Die Finanzen der Großmächte. Eine Kritik neudeutscher Finanzstatistik. – in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Band 64, 1908, S.713ff.

[378] Durch die Finanzreform vom Jahre 1909 wurde die Höhe der indirekten Steuern, wie bekannt, noch enorm erhöht. [Anmerkung Josef Strasser]

das Haus des Bürgers und Bauern belasteten. Nur dass das Raubrecht des Krieges und die Quartierlast des Friedens jetzt die Form einer Verbrauchsbesteuerung angenommen hat.

Das moderne Kriegsrecht, vor allem der Schutz des Privateigentums, ist demnach nicht bloß der Zeit nach mit dem Aufstieg der Bourgeoisie verbunden: Das Klasseninteresse der Bourgeoisie drückte ebenso dem Kriegsrecht wie den Kriegszwecken den kapitalistischen Stempel auf. *Nur [die Aus]breitung des indirekten Steuersystems bildete die materielle Grundlage dieser juristischen Umwandlung und wirkte je nach dessen Entfaltungsmöglichkeiten auf die Rüstungsfreudigkeit der Bourgeoisie zurück.*

erste Reihe: Kaiser Wilhelm II. von Hohenzollern mit seinen sechs Söhnen; von links nach rechts: Kaiser Wilhelm II., Kronprinz Friedrich Wilhelm Victor August Ernst, Prinz Wilhelm Eitel Friedrich Christian Karl, Prinz Adalbert Ferdinand Berengar Viktor (in schwarzer Kleidung), Prinz August Wilhelm Heinrich Günther Viktor, Prinz Oskar Karl Gustav Adolf und Prinz Joachim Franz Humbert

III. Das Privateigentum im Seekrieg; Deutschland und England.

1. Englands Herrschaft zur See.

Im Seekrieg ist ein internationaler Schutz des Privateigentums bis auf den heutigen Tag nicht durchgeführt. Der Entwicklungsgang des Seekriegsrechtes zeigt deutlich das anarchische Wesen der kapitalistischen Rechtsordnung, es zeigt, dass das Profitinteresse der einzelnen Bourgeoisstaaten auch dort die Rechtsregeln des Völkerrechtes umstürzt, wo diese aus der Erkenntnis allgemeiner bürgerlicher Interessen hervorgegangen sind. Die *Quantitäten* seiner Rüstungen bestimmen, ob der kapitalistische Staat die *Qualitäten* eines völkerrechtlichen Rechtssubjektes oder eines Beherrschers des Völkerrechtes tragen soll.

Die Hansa, eine lose Verbindung annähernd gleich starker Interessenten, schaltete bereits das Seebeuterecht unter den eigenen Mitgliedern aus, brachte es aber um so schonungsloser gegen die außerhanseatische Konkurrenzschifffahrt zur Anwendung. Wie die Hansa im Norden, bildeten im Süden die italienischen Städterepubliken eine handelspolitische Interessengemeinschaft auf völkerrechtlicher Grundlage, deren Seekriegsrecht, das *Consolato del Mare*, ausspricht, dass feindliches Gut auch auf einem Schiffe nichtfeindlichen Charakters und weiter jedes feindliche Schiff trotz nichtfeindlicher Befrachtung weggenommen werden dürfe. Sehen wir hier die Einschränkung der Anarchie zur See angebahnt, so fegt die spanisch-portugiesische Herrschaftsära bald die Spuren jedes Seekriegsrechtes fort. Die Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Indien liefert Portugal und Spanien die Mittel und Ziele zur Schaffung einer Kriegsflotte, die gegenüber den nur von Fall zu Fall aus Handelsschiffen requirierten Flotten der übrigen Staaten in der Lage ist, das Seemonopol Spaniens und Portugals mit absoluter Gewalttätigkeit zu etablieren. Aber nicht für lange, denn bald stellten sich zwei neue Seemächte, Holland und England, als Konkurrenten an die Seite Spaniens, mit dem Unterschied, dass in England und Holland eine breite Schichte des Bürgertums um die Beteiligung am Seehandel ringt, den in Spanien ein niederbrechender feudal-klerikaler Absolutismus monopolisiert. Der Untergang der großen Armada bei dem Zuge gegen England, der Sieg Tromps über Spaniens zweite Armada bei dem Zuge gegen Holland zeigen, wie neben Spanien und Portugal neue Seemächte emporkamen, die an Bedeutung hinter diesen nicht zurückblieben, an *innerer* Kraft aber diese Ruinen absolutistischer Raubwirtschaft weit übertrafen. Im Jahre 1650 schloss sich Frankreich den Mächten an, die gegenüber dem spanischen Gewaltsystem zur See eine *internationale* Regelung des Seebeuterechtes anstrebten; den vereinigten Kräften der Niederlande, Englands, Frankreichs musste die spanische Übermacht weichen, und der Pyrenäenfriede (1659)[379] konnte bereits ein Seebeuterecht inaugurieren, das auch zur See dem Gedanken eines europäischen Gleichgewichts Ausdruck verlieh. Es wurde ausgesprochen, dass neutrale Schiffe nur dann genommen werden dürfen, wenn sie dem Feinde des nehmenden Staates "irgendwelche Arten von Feuerwaffen oder andere Waffenarten" zuführen. Damit war eine nahezu internationale Feststellung

[379] Der *Pyrenäenfriede* zwischen Frankreich und Spanien von 1659 beendete den seit 1635 andauernden *Französisch-Spanischen Krieg*. Spanien musste größere Gebiete an Frankreich abtreten, die Pyrenäen wurden als neue Grenze zwischen Spanien und Frankreich festgelegt.

des Konterbandebegriffs[380] gegeben, das heißt eine Aufzählung der Waren, deren Verfrachtung nach Feindesland zur Wegnahme des Schiffes berechtigt. Ausdrücklich wurde festgestellt, dass die Zufuhr von Getreide, Früchten, Öl, Wein, Salz und Gemüsen auch in Feindesland erfolgen dürfe, weil "überhaupt nichts, was zur Ernährung oder Erhaltung des Lebens gehört", als Konterbande behandelt werden sollte.

Aber zu sehr bildete das Seebeuterecht bereits einen Erwerb der herrschenden Klassen, zu sehr in den meisten Staaten eine Erhaltungsquelle des Marinismus,[381] zu sehr ermöglichte die rohe Gewalt die Beseitigung aufstrebender Handelskonkurrenzen, als dass die herrschenden Bourgeoisien Hollands und besonders Englands diesem Rechte im Sinne des Pyrenäenfriedens lange entsagt hätten. Schon nachdem der Frieden von Münster (1648)[382] die Ohnmacht Spaniens offenbart hatte, erkannte man in England, dass man fürderhin mit einem von Spanien nicht mehr gehemmten Aufstreben der holländischen Konkurrenz rechnen müsse, und die "Navigationsakte" Cromwells[383] setzte vor allem Holland im *Ostseehandel* außer Spiel.

Nach der Restauration der Stuarts wurde mit der Erneuerung der Navigationsakte ein vernichtender Schlag gegen den holländischen Kommissionshandel geführt. Aus Afrika, Asien und Amerika stammende Waren durften fürderhin nur direkt und unter englischer Flagge nach England eingeführt werden, und selbst ein Karl II. wagte mit Ludwig XIV. nur eine solche Verschwörung, die die Seemachtsinteressen der englischen Bourgeoisie vor allem gegenüber Holland achtete. In einer Verordnung Ludwigs

---

[380] Auch das römische Recht verbietet die Lieferung von Schleudern, Speeren, Schwertern usw. an "fremde Barbaren", doch das war keine internationale, sondern eine rein römisch-staatliche Maßregel. Eher hatte eine päpstliche Verfügung internationale Bedeutung, die die Lieferung von Eisen, Bauholz, Korn, Waffen und dergleichen an Ungläubige mit Bann belegte. Daher der Name Konterbande = contra bannum, das heißt "gegen das Verbot". [Anmerkung Josef Strasser]

[381] Welche Bedeutung in diesem Sinne dem Seebeuterecht zufiel, zeigen die Ausführungen in dem zeitgenössischen Werke des Hugo Grotius: .,Man findet auch Länder, allwo man die Einteilung derjenigen Sachen, welche man auf dem Meere erobert, nach dem Maße der geleisteten Dienste, der ausgestandenen Gefahr und der ausgewandten Unkosten macht; wie denn bei den Italienern der dritte Teil des eroberten Schiffes, durch welches jenes überwunden worden ist, zugehört; den anderen dritten Teil bekommen diejenigen, welche das siegende Schiff mit Waren beladen haben, und der letzte dritte Teil verbleibt denjenigen, welche gefochten haben. Es trueget sich wohl auch zu, dass jene, welche die Schiffe auf ihre Gefahr und Unkosten ausrüsten, nicht die ganze Beute hinwegnehmen dürfen, sondern einen Teil dem gemeinen ... Wesen überlassen müssen." So in Spanien dem König und dem Admiral, in Holland ein Fünftel der Republik und einen Teil dem Admiral, in Frankreich ein Zehntel dem Admiral usw. Noch im Norddeutschen Bundestag konnte man dem Wunsche Ausdruck geben, man möge die Flotte lieber aus Steuern erhalten als aus Einkünften des Seeraubs! [Anmerkung Josef Strasser]

[382] Der *Friede von Münster* beendete den 80-jährigen Krieg zwischen Spanien und den Vereinigten Niederlanden. Die Friedensverhandlungen fanden von 1646 bis 1648 im Rahmen des Westfälischen Friedenskongresses in Münster statt.

[383] Die "Navigationsakte" vom 9. Oktober 1651 verfügte, dass namentlich alle aus Asien, Afrika und Amerika stammenden Waren nur durch britische Schiffe in Großbritannien und Irland und den britischen Kolonien eingeführt und alle in Europa erzeugten oder verfertigten Waren im britischen Reiche nur auf britischen oder solchen Schiffen eingeführt werden dürfen, die Eigentum des Landes waren, von welchem die Waren ausgeführt wurden. Das Gesetz richtete sich in erster Linie gegen den Kommissionshandel Hollands. [Anmerkung Josef Strasser]

XIV. wird verfügt: "Alle Schiffe, die beladen sind mit Waren unserer Feinde, alle Waren unserer Untertanen und Verbündeten, die sich auf feindlichen Schiffen befinden, sind ausdrücklich als gute Prise erklärt." Holland bekämpfte diesen, seinen Kommissionshandel ins Mark treffenden Schlag mit der Forderung, dass zumindest die alte Bestimmung der Konterbande erhalten bleibe. Vergebens! Der lose Staatenbund rivalisierender niederländischer Handelsaristokratien brach zusammen, und nunmehr richtete England seine Macht *mit Hollands erzwungener Hilfe gegen die neueste drohende Konkurrenz, gegen das im Bürgerreichtum und Gewerbe vorschreitende Frankreich*. Der Hauptartikel der englisch-holländischen Allianz *vom Jahre 1689 forderte Störung des Handels aller* Nationen mit Frankreich. Damit war wieder die absolute Anarchie zur See etabliert, die neben Frankreichs Industrie ganz besonders Dänemark, Schweden, Norwegen und Hamburg zu fühlen hatten.

Bis zum Siebenjährigen Krieg blieb die Monopolstellung Englands zur See, gestützt durch ein anarchisches Seeraubsystem, unerschüttert aufrechterhalten. Im Siebenjährigen Krieg[384] tritt England zur See der ganzen Kulturwelt entgegen; die Befehlshaber aller englischen Kriegs- und Kaperschiffe werden in einer Proklamation aufgefordert, sich aller Schiffe zu bemächtigen, die "einige den Feinden Seiner Majestät gehörende Güter an Bord haben" oder solche Güter, die nach dem allgemeinen Völkerrecht für Konterbande gehalten werden. Nicht nur die damaligen Herrschaftsgebiete der Bourgeoisie, sondern auch die absolutistischen Staaten, die eine Förderung der Bourgeoisie aus fiskalischen und absolutistischen Rücksichten betrieben, schlossen sich gegen dieses System zusammen: Russland, Preußen, Frankreich, Amerika, Spanien, Schweden, Dänemark, Neapel, Portugal, Holland und der deutsche Kaiser schließen den Bund der sogenannten "bewaffneten Neutralität" (1780).[385] Die Prinzipien des Vertrags lauten:

---

[384] Im *Siebenjährigen Krieg* (1756–1763) kämpften Preußen und Großbritannien/Hannover auf der einen und die Habsburger-Monarchie und das Heilige Römische Reich, Frankreich und Russland, also alle europäischen Großmächte dieser Zeit. Preußen, die Habsburger/innen und Russland kämpften im Wesentlichen um die mitteleuropäische Vorherrschaft, für Großbritannien und Frankreich ging es auch um die Herrschaft in Nordamerika und Indien.

[385] Der Begriff der Neutralität im internationalen rechtlichen Sinne des Wortes tritt uns hier zuerst entgegen. Bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein ist der Begriff in jenem Sinne unbekannt, leihen sich die Staaten von unbeteiligten Staaten Heere zum Kriege und kämpfen sie auf den Gebieten fremder, unbeteiligter Staaten, ohne dass diese Tatsachen als Völkerrechtsbruch erscheinen. Erst nachdem das Prosperieren der Bourgeoisie zu einem allgemeinen Interesse der Herrschenden des Kontinentes geworden war, und als deren Gedeihen eben durch die Bedrohung mit Übergriffen durch das an nahezu allen Seewegen beteiligte England in Gefahr geriet, schlossen sich die Staaten zum bewaffneten Schutze der am Kriege Unbeteiligten zusammen. Dazu war allerdings die auf dem Kontinent einigermaßen gegebene, ziemlich gleichartige Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erforderlich.

Es ist bezeichnend, dass Friedrich der Große nicht nur die durch englischen Seeraub verursachten Schäden preußischer Kaufleute den Engländern von der schlesischen Staatsschuld abzog, sondern dass er im preußisch-amerikanischen Vertrag (Artikel 23) ebenso wie Amerika erklärte, keine Berechtigungen zur Wegnahme, Zerstörung von Kauffahrteischiffen oder zur Unterbrechung des Handels verleihen zu wollen: Wie die Bourgeoisie außerhalb Englands über das englische System dachte, zeigt folgende Auslassung Benjamin Franklins, die einem Schreiben an Vauban entnommen ist und die auf die Frage, warum in England die meisten Diebe sind, also antwortet: "Nicht weniger als 700 Kaper wurden im letzten Kriege ausgerüstet, und zwar von Kaufleuten, um andere Kaufleute zu be-

1. Die Zufuhr aller Güter, auch wenn sie dem Feinde gehören, ist mit Ausnahme der Kriegsbedarfsartikel frei und darf nicht als Veranlassung der Schiffswegnahme oder -zerstörung dienen.

2. Der Schiffsverkehr ist auch an feindlichen Küsten erlaubt, die Blockade (Absperrung) der Küsten oder Häfen darf nur dann zur Wegnahme oder Zerstörung eines durchbrechenden Schiffes berechtigen, wenn die Blockade "effektiv" ist, das heißt wenn die absperrende Flotte so stark ist, dass sie das Ein- und Auslaufen der Schiffe nach und aus dem blockierten Hafen wirklich zurückweisen kann.

Damit sollte die Konzentration der englischen Flotte an den blockierten Küsten erzielt werden und auf hoher See somit eine Schwächung der englischen Raubmacht. England hatte zur Lahmlegung der französischen Industrie und des holländischen Handels holländischen Kauffahrern den Transport französischer Waren verboten und auf Grund dieses Verbots auch holländische Schiffe gekapert, die zur holländischen Küste strebten, angeblich, um eine Weiterbeförderung bestimmter Waren zu Lande nach Frankreich zu verhindern. Dieses System, dass auch die über neutrale Länder führende Zufuhr von Waren an Englands Feinde zur Wegnahme neutraler Schiffe ausreichte, das System der sogenannten "einheitlichen Reise" (voyage continne), öffnete jedem Missbrauch gegen die Neutralen Tür und Tor, und auch dagegen richteten sich die obigen Bestimmungen der "bewaffneten Neutralität". Aber wie in der bewaffneten Neutralität das überwiegend absolutistische Regiment aus eigenem Machtbestreben bürgerliche Interessen vertrat, *musste mit der revolutionären Erhebung der Bourgeoisie gegen die Macht des Absolutismus dieses Schutzbündnis zerfallen*. Die Französische Revolution hob das Interesse des Absolutismus an einer Stärkung der Bourgeoisie auf und damit die kontinentalen Reformen des Seekriegsrechtes durch die bewaffnete Neutralität. Der nächste englisch-französische Krieg offenbarte diese Tatsache.

Die Anregung der gesetzgebenden Nationalversammlung Frankreichs auf Beseitigung des Seebeuterechtes wurde von den reaktionären Mächten mit der kühlen Antwort erledigt, dass mit dem Tode Ludwigs XVI. das Akkreditiv der französischen Gesandten erloschen sei. Der Raubzug gegen die französischen Schiffe und Waren setzte ein. England, das noch im Jahre 1780 die Freiheit der Lebensmittelzufuhr anerkannt hatte, behandelte nunmehr Lebensmittel als Konterbande und nahm die dänischen und amerikanischen Schiffe weg, die Lebensmittel nach Frankreich führten. Die deutschen Regierungen beteiligten sich an der räuberischen Isolierung Frankreichs durch das Lebensmitteleinfuhrverbot so enragiert, "als wollten sie lieber die Schiffe und Güter ihrer Untertanen gekapert sehen als nicht".[386]

---

rauben, die ihnen kein Leids getan. Derselbe Kaufmann in London, der auf solche Weise seine Kollegen in Amsterdam beraubt, würde wahrscheinlich noch bei seinem nächsten Nachbarn einbrechen, wenn er es ungestraft tun könnte. Die Habgier ist dieselbe, nur die Furcht vor dem Galgen hält ihn zurück." [Anmerkung Josef Strasser]; Sébastien Le Prestre de Vauban (1633-1707), französischer General und Festungsbaumeister.

[386] Johann Georg Büsch, ein Handelsgelehrter Hamburgs aus jener Zeit, ein ausgezeichneter Kenner des Seekriegsrechtes, erhebt diese Anklage in seinem Werk: "Über das Bestreben der Völker unserer Zeit, einander in ihrem Seehandel recht wehe zu tun"' (Hamburg 1800). Das Werk enthält Beiträge über die Art und die Folgen der legitimistischen Seeanarchie mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands. Wie wirkte dieses Beuterecht auf die Neutralen? Ein Schiff neutraler Flagge rettet sich

Ohne Macht und Mut, fremde Schiffe zu nehmen, versuchte zum Beispiel die Hannoversche Regierung, durch Wegnahme hamburgischer Schiffe dem kontinentalen Absolutismus zu dienen. Als sich der Konvent unter dem Drucke einer schlechten Ernte zu Repressalien erhob, galt bereits für alle reaktionären Staaten das Prinzip, das der russisch-englische Allianzvertrag vom Jahre 1798 in die Worte prägte: Man verbinde sich, "um alle möglichen Maßregeln zur Störung des französischen Handels zu ergreifen". Dennoch erklärte erst das Direktorium im Jahre 1798, dass die Beladung eines Schiffes mit englischer oder englisch-kolonialer Ware zur Wegnahme des Schiffes berechtige; angesichts der französischen Seeohnmacht eine platonische Erklärung! Die weitere Entwicklung ist bekannt. Im Mai 1806 setzte England die Küste des napoleonischen Herrschaftsgebiets von Brest bis zur Elbemündung unter Blockade, worauf am 21. November desselben Jahres das Berliner Dekret die Grundsätze der Kontinentalsperre verkündete:

Die britischen Inseln sind als blockiert zu betrachten. Aller Handel und alle Korrespondenz mit den britischen Inseln ist untersagt. Briefe und Pakete, die nach England oder an einen Engländer adressiert oder englisch geschrieben sind, werden von der Post nicht befördert und beschlagnahmt. Alle Engländer, die in den von Frankreich oder dessen Alliierten okkupierten Gebieten ergriffen werden, werden als Kriegsgefangene betrachtet. Alles englische Eigentum ist gute Beute. Der Handel, der mit englischen Waren betrieben wird, ist verboten, jedes aus England kommende Schiff ist von den französischen Häfen ausgeschlossen.

Im Jahre 1810 wird die Verbrennung englischer Waren dekretiert. Und der Erfolg? Die Übermacht des kapitalistischen Konkurrenten offenbart sich nicht nur in der Möglichkeit, übermächtige Produktionsmaschinen anzuwenden, sondern auch in der Möglichkeit, "Absatzmaschinen" in Aktion zu bringen. Die englische Flottenmacht war eine solche Maschine zur Bekämpfung des konkurrierenden Absatzes der kontinentalen Industrie, des kontinentalen Handels. *Dazu lag diese Maschine in England in der Hand der Bourgeoisie, während die kontinentale Staatsmacht und deren Seegewalt*

---

vor dem Sturme in den Hafen Dovers. Es wird erst nach 166 Tagen freigelassen, für die Kosten des Verfahrens muss es 26 Prozent seines Schiffs- und Ladungswertes abgeben, während ein anderes, gleichfalls unschuldig festgehaltenes Schiff 88,5 Prozent seines Gesamtwertes für Kosten zu geben hat. Ein Schiff, dessen Ladung 6 Fässer Blech im Werte von 450 Mark bildet, wird erst nach 14 Monaten und nach Zahlung einer Kostensumme von 1.969 Mark freigegeben. So verliert die Hamburger "Latona" im Hafen von Plymouth, den sie wegen Beschädigung anlaufen muss, 45 Prozent ihres Gesamtwertes. Es ist begreiflich, dass Büsch die Assistenz der deutschen Fürsten bei solchem Geschäft brandmarkt. In einem Briefe an den Direktor der französischen Republik, Reubel, ruft er im Namen Hamburgs gegen den englisch-legitimistischen Seeraub die Hilfe der Republik an, denn die deutschen Fürsten hätten mit den Interessen des deutschen Bürgertums nichts gemein. England reiße den ganzen Handel an sich, weil es die Macht besitzt, seinen Schiffen sicheres Geleite zu geben. Es könne auch billig die Handelsflotte vergrößern; die deutschen Schiffe, die sich nicht auf die See wagen dürften, seien jetzt billig zu haben. "In Hamburg wird ein Schiff nach dem anderen ausgeladen und wagt sich nicht auf See. Die große Zahl von Seeleuten aus Dänemark und der näheren Nachbarschaft, welche im Frühjahr Dienste auf unseren Kauffahrern suchten, ist traurig nach Hause gegangen ... , sie ziehen gewiss nach England über, denn wo sollen sie sonst hin." [Anmerkung Josef Strasser]; Johann Georg Büsch (1728-1800), deutscher Pädagoge und Publizist. 1768 gründete er die Hamburger Handelsakademie.

dem Verfügungsrecht der Bourgeoisie entzogen blieb! So endete die Kontinentalsperre damit, dass England am Schlusse den gesamten Seehandel monopolisiert hatte, seine Verbündeten und seine Feinde waren als Seehandelsmächte beseitigt.

Über die Wirkungen des legitimistischen Seebeuterechtes und der daraus folgenden Kontinentalsperre schreibt Dr. Gallois in seiner "Geschichte der Stadt Hamburg": Während der Beschlagnahme eines Schiffes "entbehrte der hiesige Kaufmann den Wert dieser von Engländern oder Franzosen genommenen Waren, und da die versicherten Waren Millionen betrugen, so entbehrten die Eigner derselben noch 30 Prozent an Prämie. Die Assekuradeure zahlten nicht eher, als das Prisengericht[387] entschieden hatte, und dies verzögerten die Franzosen aus Not, die Engländer in der Absicht, den Seehandel der Neutralen zu ruinieren. ... Der Diskonto, den 50 Jahre früher der solide Kaufmann scheute, stieg seit 1799 bis 15 Prozent. ... Über 80 Millionen lagen an Waren in hiesigen Speichern, die Preise fielen. ... Man versuchte sich zu halten und verschaffte sich den gern gesuchten Wechselkredit beim Hause Parsent & Baedecker in London, welches aber durch einen … Sturz einer hiesigen Firma seine Zahlungen einstellen musste. Dies erschütterte 54 hiesige Häuser, die Fallitmassen hatten 37 Millionen Mark Passiva, und bestürzt hielten solide Häuser mit ihren Zahlungen inne." Am 24. November wurde die Kontinentalsperre in Hamburg effektiv, bis Dezember betrugen bereits die Insolvenzen 2 Millionen Mark.

Zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts wurden bereits Rufe nach Beseitigung der Privatkaperei laut, das heißt, es wurde vielfach angeregt, die erwerbsmäßige Ausübung des Seebeuterechtes durch Privatschiffe zu untersagen und dieses Recht nur Kriegsschiffen zuzuerkennen. Das lag im Interesse Englands, weil es über eine große Kriegsflotte verfügte und, gestützt auf ein ergiebiges indirektes Steuersystem, die Erhaltung seiner Flotte betreiben konnte, ohne die einzelnen Kapitalisten besteuern zu müssen. *Aus eben diesen Gründen bedeutete die Abschaffung der Privatkaperei eine weitere Schwächung der Kontinentalmächte gegenüber Englands Seemacht.* Diese Schwächung erfolgte in dem Augenblick, als Russland Amerikaner mit Kaperbriefen ausrüsten wollte: Auf der Internationalen Konferenz zu Paris im Jahre 1856. Die Konferenz beschloss:

1. Die Kaperei (durch Privatschiffe!) ist und bleibt abgeschafft.

2. Das neutrale Schiff deckt die feindliche Ware, ebenso darf auf feindlichem Schiffe neutrale Ware nicht genommen werden, in beiden Fällen ist Konterbande ausgenommen.

3. Die Blockade muss effektiv sein, das heißt die Annäherung ans feindliche Ufer verwehren können.

Die Pariser Beschlüsse wurden von den Vereinigten Staaten mit der Begründung abgelehnt, dass man vorerst auch das Eigentum der Bürger und Untertanen der Kriegführenden – und zwar auch gegen die Wegnahme durch Kriegsschiffe – schützen müs-

[387] Das *Admiralitätsgericht* war ein dem Ministerium bzw. der Admiralität beigeordneter Gerichtshof, der über die in der Schifffahrt entstehenden Streitigkeiten Entscheidungen fällte. Im Kriegsfalle entschied es über die Wegnahme von Schiffen, Gültigkeit und Bruch einer Blockade usw. In diesem Fall wurde es auch *Prisengericht* genannt.

se.[388] "Mit der Privatkaperei muss auch die staatliche Kaperei ein Ende nehmen. Mit der Annahme der Pariser Deklaration würde die stärkste Flottenmacht die See monopolisieren."[389]

Die amerikanischen Befürchtungen hatten ihre juristische Grundlage in der Tatsache, dass jeder Staat selbständig durch sein eigenes Prisengericht in jedem einzelnen Falle feststellen ließ, welche Ware als Konterbande zu betrachten sei und so der Wegnahme unterliege. Eine internationale Feststellung des Konterbandebegriffs enthielt auch das Pariser Abkommen nicht, und man nützte diesen Umstand zur Aufrechterhaltung der englischen Seerechtsanarchie aus. Im Jahre 1859 erklärte das englische Auswärtige Amt auf eine Anfrage ausdrücklich: "Der Prisenhof ist das zuständige Tribunal, zu entscheiden, was Konterbande ist und was nicht." Als die Brüsseler Internationale Konferenz (1874) eine internationale Regelung dieser Frage anstrebte, erklärte die englische Regierung; sich nur dann an der Konferenz zu beteiligen, wenn von einer Erörterung dieser Fragen abgesehen würde. *Und doch zeigten sich bereits damals die ersten Regungen der Kräfte, die zwei Jahrzehnte später den Umsturz des englischen Seerechtsabsolutismus vollziehen sollten.*

2. England und Deutschland.

In den letzten drei Jahrhunderten war England in 69 Fällen, also weit mehr als die übrigen Staaten, an den Seekämpfen beteiligt, was reichliche Gelegenheit zum Seeraub und zur Ruinierung des konkurrierenden Seehandels bot. In 67 Prozent aller Fälle blieb England siegreich, eine festorganisierte Flotte hatte es in den letzten zwei Jahrhunderten nur im Kriege gegen Napoleon zu besiegen, auch diese war nach dem Kampfe bei Abukir[390] mehr eine Fiktion denn eine Macht. Erst als die englische Industrie nach der Aufhebung der Kontinentalsperre den europäischen Markt mit ihren Produkten überschwemmte, beschleunigte sie selbst jenen Prozess, der über die Trümmer des Handwerkes zur Maschinenproduktion und so zum Ringen um Absatzgebiete für die Massenware führt. Der zerrissene Kontakt zwischen den Interessen des innerdeutschen Gewerbes und denen der Küstenstädte wird wieder lebendig, und als im Jahre 1859 Bremer Kaufleute eine internationale Abschaffung des Seebeuterechtes anregen, antwortet ihnen bald die "Vossische Zeitung" mit dem Rufe nach einer Bundesflotte zum Schutze der Handelsflagge, während im Norddeutschen Bundestag der Antrag Ägydi den Bundeskanzler aufforderte, "die Freiheit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten zu einem vertragsmäßig anerkannten Grundsatz des Völkerrechtes zu erheben". Nur ein Vogel v. Falckenstein[391] stimmte gegen diesen Antrag. Als aber

---

[388] Walewskis Bericht an Napoleon III. [Anmerkung Josef Strasser]

[389] Minister des Äußern der Vereinigten Staaten, Marcy, in seiner Mitteilung. [Anmerkung Josef Strasser]; William Learned Marcy (1786-1857), US-amerikanischer Politiker, Senator und Außenminister.

[390] Die *Seeschlacht bei Abukir* (1798) fand vor der Küste von Abukir in der Nähe des ägyptischen Alexandria statt. Die britische Kriegsflotte besiegte die französische Flotte und sicherte sich damit ihre Seeherrschaft im Mittelmeer.

[391] Eduard Ernst Friedrich Hannibal Vogel von Fal(c)kenstein (1797-1885), preußischer General und Mitglied des Reichstages des Norddeutschen Bundes

die Seezeichen der Nordsee im Juli des Jahres 1870 eingezogen wurden, als unter dem Drucke der Nord- und Ostseeblockade die Panik der deutschen Handelsschifffahrt sich bemächtigte und deutsche Schiffe der Kaperung verfielen, da war es der Generalgouverneur der deutschen Küstenlande, Vogel v. Falckenstein, der durch des Prinzen von Hessen Mund dem französischen Nordseekommandanten zurief: "Sie haben die Feindseligkeiten mit der Wegnahme deutscher Kauffahrer eröffnet. ... Wohlan denn, kämpfen wir gegeneinander wie ritterliche Soldaten, zeigen wir uns ebenbürtig, achten wir das Privateigentum des ruhigen Bürgers."[392]

Je mehr die Industrie des Kontinents, vor allem des neuen Reiches, in schneller Entfaltung nach dem Weltmarkt drang, desto lauter widerhallte der Ruf nach Festlegung des Konterbandebegriffs und somit nach Beseitigung des Seebeuterechtes in den zwischenstaatlichen Abkommen der kontinentalen und der amerikanischen Staaten. Bismarck erklärt nach dem Kriege, dass nur fertige Kriegsmittel als Konterbande in Betracht kämen, die deutsch-amerikanischen Verträge setzen nur Waffen als Konterbande fest, und das italienische Handelsgesetzbuch gewährt jedem Staate auf Gegenseitigkeit die unbedingte Sicherheit des Privateigentums zur See im Kriege.

Andererseits treibt dieses Marktbedürfnis die kapitalistischen Staaten je nach dem Tempo ihrer industriellen Entwicklung zu bisher nie gekannten Flottenrüstungen.[393] Ermöglicht wurde dieser Schritt durch das internationale Durchgreifen der wissenschaftlichen Maschinentechnik, die alle natürlichen Vorteile der seefahrenden Völker beseitigte. Maria Theresia hatte noch ihre Flotte englischen Führern anvertrauen müssen. Palmerston bekämpfte die französische Fischerei, damit diese nicht zur Bildung seetüchtigen Marinematerials führe.[394] Der maschinenmäßige Schifffahrtsbetrieb unserer Zeit hat solche "natürliche" Vorzüge des Volkes aus den Vorbedingungen einer modernen Schifffahrtsentwicklung gestrichen. Gleichzeitig bereitete sich auch in England ein Umschwung vor.

---

[392] Die Folgen zeigten sich, nachdem Herr Fourichon mit Berufung auf das geltende Völkerrecht dieses Anerbieten *abgelehnt* hatte. Sie traten nicht nur in der Wegnahme deutscher Schiffe, sondern ganz besonders in der Lähmung des Handels zutage. "Die Schädigung, welche der deutsche Handel durch den ... Krieg erlitten hat, ist ganz außerordentlich; mit dem 17. Juli stockte die deutsche Schifffahrt fast in allen Gewässern der Welt, die deutsche Kauffahrteiflagge war für einige Zeit von dem Meere so gut wie verschwunden. Die bei weitem größere Mehrheit der Fahrzeuge liegt noch jetzt untätig in den Häfen. Keinem sonstigen friedlichen Betrieb hat der Krieg so unbedingt und rücksichtslos ein Ende gemacht." Eingabe des Delegiertentags der Handelskorporationen deutscher Seehandelsstädte an den Reichskanzler (Aktensammlung der Hamburger Handelskammer). [Anmerkung Josef Strasser]; Martin Fourichon (1809-1884), französischer Admiral und Marineminister.

[393] Den kapitalistischen Charakter der Reichsgründung zeigt auch Artikel 4 der Reichsverfassung, in dem das Reich die Aufgabe erhält, "die Organisation eines gemeinsamen Schutzes der deutschen Schifffahrt und ihrer Flagge zur See zu betreiben". [Anmerkung Josef Strasser]

[394] Auch im Sinne der inneren Politik konnte dieser Umstand schwächend auf die Kontinentalmächte wirken. Nach der eben erschienenen offiziellen "Geschichte der österreichischen Marine" setzte sich deren Mannschaft bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts aus der nahezu einzigen seegeübten Völkerschaft der Monarchie, aus den Söhnen der unterdrückten Italiener zusammen. Die Kommandosprache dieser Marine war notwendig italienisch. Am Tage der italienischen Erhebung zog diese Marine die italienische Rebellenfahne hoch und schlug sich begeistert zur Macht des neuen Italien – mit allen Masten und Kanonen. [Anmerkung Josef Strasser]; Henry John Temple Palmerston (1784-1865), britischer Premierminister (1855–1858 und 1859–1865).

Schon in der Entstehungszeit der Bremer Resolution richteten Liverpooler Kaufleute und Produzenten Warnungen an die Regierung Englands, indem sie auf die Gefahren des Seebeuterechtes für den englischen Handel aufmerksam machten. Nicht nur, dass kontinentale Flottenrüstungen diesen Schritt diktierten; wesentlicher erschien, dass mit der Entwicklung der Industrie auch die geschäftlichen Verbindungen zum Kontinent festere und breitere Formen angenommen hatten. Noch spotteten die "Times", dass nur "die Frösche quaken, weil die Ochsen unruhig werden", und dass die englischen Sympathiekundgebungen für die Bremer Resolution von drei Schneidern von Tolleystreet und vier Kaufleuten oder Kommis stammten, deren "Blöken" nur ihre Angst vor hohen Versicherungsprämien im nächsten Kriege andeute.[395] "Warum nicht gleich den Krieg abschaffen? Es ist ebenso unangenehm, in einer dem Bombardement ausgesetzten Stadt zu wohnen, wie Prämien zu bezahlen." In den letzten zwei Jahrzehnten, ganz besonders aber im letzten Jahrzehnt ist diese Beutefreude in England in das Gegenteil umgeschlagen, allerdings hat dafür die Abneigung der kontinentalen Bourgeoisie gegenüber dem Seebeutesystem abgenommen. Wie kam das? *Woher der Umschwung?* Betrachten wir nur die industrielle Entwicklung des Deutschen Reiches!

Von der Reichsgründung bis zur ersten Haager Konferenz stieg der Verbrauch der Baumwolle im Reiche auf das Fünffache, seit 1880 stieg die englische Roheisenproduktion von 8 auf 10 Millionen Tonnen, die deutsche Roheisenproduktion von 3 auf 15 Millionen Tonnen. Seit 1840 hat sich die Dampfkraft auf der ganzen Erde fünfzigfach, im Deutschen Reiche mehr als hundertfach vermehrt; in diesem Zeitraum hat sich der Welthandel mehr als verdreifacht, und der Handel des Reiches rückte an die zweite Stelle dieses Welthandels – neben England. Die deutsche Handelsflotte zählte 1871 982.000 Netto-Registertonnen, dagegen 1910 2,839.000, mehr als ein anderer Staat in Europa, England ausgenommen, das über rund 12 Millionen Tonnen verfügt. Der deutsche Hafenverkehr hatte einen Aufschwung aufzuweisen, dem weder England noch Russland oder Frankreich, noch auch Österreich oder Italien in die Nähe kam; er weist im Zeitraum von 1888 bis 1899 allein eine Zunahme des Eingangs von nahezu 100 Prozent auf. Und wie das Reich die industrielle Führung auf dem Kontinent mit der Führung im Handel erwarb, so scheint es auch im Rahmen des Dreibundes die Führung jener Politik zu vertreten, die im Interesse des kontinentalen Kapitalismus das englische Welthandelsprivileg zurückzudrängen und hier und dort das eigene Privileg zu etablieren bestrebt ist.

Diese Tatsache empfiehlt es, das Verhältnis Deutschlands zu England in den Fragen der Marinerüstung und des Seebeuterechtes besonders zu behandeln, wie ja auch auf der Haager Konferenz die Haltung Deutschlands und Englands das Los dieser Fragen entschied. Es wird nun im Reiche mit Vorliebe darauf hingewiesen, dass man im Interesse der deutschen Seehandels- und Industrieinteressen in die von England angeregte Flotteneinschränkung nicht willigen dürfe, weil Englands Antrag nicht ernst gemeint sei und weil die Gefahr des Seebeuterechtes unverändert drohe. Die Entwicklung der auswärtigen Politik und die Seerechtsgeschichte hat diese Argumente des deutschen Flottenpatriotismus zunichte gemacht, was mit der beredten Sprache der Zahlen hier

[395] In Wirklichkeit stellten sich Liverpool, Manchester, Leeds, Belfast, Hull, Gloucester auf den Boden der Bremer Resolution. [Anmerkung Josef Strasser]

erwiesen werden soll. Wir werden dabei die Haager Ereignisse noch eingehender berühren.

Das Bündnissystem Großbritanniens, das es an Frankreich und Russland knüpfte, musste England schon einer Regelung des Seebeuterechtes geneigter stimmen, denn keinesfalls wären diese schwächer gerüsteten Verbündeten geneigt gewesen, die Repressalien zu ertragen, die englische Beutezüge notwendig hervorgerufen hätten. Hierzu tritt die Schaffung eines Landwegs, der – denken wir nur an die Bagdadbahn – bis ins Innere Asiens usw. weite Gebiete der kontinentalen Industrie erschließt, während England diesen Weg nur durch die Fluten der Ozeane zu finden vermag. Ein Fortbestand des Seebeuterechtes könnte und müsste in einem Zukunftskrieg Englands Seehandel und damit seine Industrie gefährden, während die Industrie der Dreibundstaaten ungestört den Landweg nach Asien auszunutzen vermöchte. Vor allem aber ist es die Umwandlung, die sich in den Beziehungen und den Machtverhältnissen Englands und der kontinentalen Staaten vollzogen haben, die die Aufrichtigkeit der englischen Anträge vom Haag garantiert.

Die ergiebigste Art, den feindlichen Handel zu stören, ist die *Blockade*, deren Folgen für den Fall einer Blockierung der deutschen Küste durch England aus einigen Daten des Seeverkehrs hervorgehen. In dem Zeitraum von 1888 bis 1907 hat sich die Tonnenzahl des Einlaufs in englische Häfen verdoppelt, die Beteiligung des reichsdeutschen Handels an diesem Einlauf stieg jedoch im gleichen Zeitraum auf das Dreifache. Dabei gibt es Häfen, die, wie Plymouth, nahezu den ganzen oder, wie Southampton, den halben Verkehr der deutschen Flagge danken, wie denn auch die Hälfte des gesamten deutschen Hafeneinlaufs an fremden Schiffen unter englischer Flagge steht. Im Jahre 1908 umfassten die in deutschen Häfen einlaufenden fremden Schiffe 11,662.000 Registertonnen, darunter die unter britischer Flagge stehenden 5,732.000. *Sollte England diesen Verkehr durch eine Blockade stören wollen?*

England und seine Kolonien führen jährlich [für] rund 1.200 Millionen Mark Waren über die deutschen Zollschranken ein und ebenso viel aus, überdies ist der englische Handel überhaupt und notwendig Seehandel. *Aber nur die Allmacht zur See und niemals der bloße Vorrang vermag diesen Handel gegen ein Beuterecht zu schützen!* Wo aber ist diese Allmacht? Die Verteilung der Seemacht hat neue, bisher ungekannte Zahlen aufzuweisen, hier eine Berechnung der Seemacht aller größeren Staaten im Mai 1909:[396]

[396] Wir entnehmen die Daten dem "Nautikus", Jahrgang 1910. Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Zahl der bewilligten oder bereits in Angriff genommenen Bauten. [Anmerkung Josef Strasser]

Nation	Linien- und Panzerschiffe über 5000 Tonnen		Küstenpanzer und Panzerschiffe von 3000 bis 5000 Tonnen		Panzerkanonenboote und Schiffe unter 3000 Tonnen		Panzerkreuzer		Große geschützte Kreuzer über 5000 Tonnen		Kleine geschützte Kreuzer von 2000 bis 5000 Tonnen	
	Zahl	Deplacement	Zahl	Deplacement	Zahl	Deplacement	Zahl	Deplacement	Zahl	Deplacement	Zahl	Deplacement
Deutsches Reich	24 (10)	286 402	7	28 818	—	—	8 (4)	97 980	6	34 806	23 (7)	70 227
England	65 (12)	822 595	—	—	—	—	38 (1)	475 841	85	276 818	87 (2)	116 879
Frankreich	21 (6)	248 083	—	—	2	3592	21 (2)	193 461	4	30 122	—	—
Italien	10 (2)	124 112	—	—	—	—	8 (2)	59 869	—	—	—	—
Japan	11 (4)	155 244	2	8384	—	—	11 (2)	110 170	2	18 500	—	—
Österreich-Ungarn	9 (3)	73 620	—	—	—	—	3	180 000	—	—	—	—
Russische Flotte:												
Baltische Flotte	3 (6)	26 855	—	—	2	3416	4 (2)	51 167	4	27 107	—	—
Schwarze-Meer-Flotte	6 (1)	—	—	—	—	—	—	—	2	13 504	—	—
Sibirische Flotte	—	—	—	—	—	—	—	—	2	9153	—	—
Zusammen	8 (7)	95 251	—	—	2	3416	4 (2)	51 167	8	49 764	—	—
Vereinigte Staaten	25 (8)	339 506	5	17 257	—	—	15	189 540	16	65 270	—	—

Von den rund 1.500 Torpedofahrzeugen, über die die in unserer Aufstellung herangezogenen Staaten im Jahre 1905 fertig, im Bau oder bewilligt verfügten, entfielen 280 auf England, von 313 Unterseebooten 79. *Hiernach kann von einer Allmacht Englands zur See nicht mehr die Rede sein, sie hörte auf zu sein, als es durch das Anwachsen der nichtenglischen Flotten im Kriegsfall vor die Notwendigkeit gestellt wurde, seine Kräfte dem Prisengeschäft zu entziehen und zum Kampfe gegen die feindliche Flotte fortwährend beisammen zu halten.* Die Pariser Konferenzbeschlüsse, die das Ausüben des Seebeuterechtes auf Kriegsschiffe beschränkten, gewannen erst durch das Entstehen nichtenglischer Flotten einschränkende Bedeutung; allerdings wird diese Einschränkung durch den Umstand befestigt, dass in Anbetracht der Dimensionen und Ausrüstung der modernen Handelsdampfer die Ausübung des Seebeuterechtes überhaupt nur durch gut bewaffnete Kriegsschiffe denkbar ist. Hierzu tritt die erhöhte Gefährdung eigenen Gutes, denn durch die notwendige Konzentration der Seekräfte ist die *Ausübung* nicht nur des Seebeuterechts, sondern auch des *Geleitschutzes* wesentlich erschwert. Dabei hätte heute ein englischer Kreuzer 190 Handelsschiffe[397] zu schützen, während noch im Jahre 1808 ein Kreuzer auf 66 Handelsschiffe entfiel. Der englische Handel aber ist vor allem Fernhandel: So stehen zum Beispiel zwei Drittel

[397] In Deutschland käme ein Kreuzer auf etwa 120 Handelsschiffe. Dabei ist die deutsche Handelsflotte infolge schwächerer Beteiligung der Segelschiffe widerstandsfähiger. [Anmerkung Josef Strasser]

des nichtunionistischen Hafeneinlaufes der Vereinigten Staaten unter englischer Flagge, die Hälfte des ausländischen Hafeneinlaufs in Japan ist desgleichen englisch.

Und auch den Werten der gefährdeten Flotte kommt Bedeutung zu. Die Tonnage der englischen Handelsflotte betrug im Jahre 1908 rund 12 Millionen Netto-Registertonnen von rund 28 Millionen der gesamten Welthandelsflotte, was einem Schiffswert von rund 60 Millionen Pfund Sterling entspricht.[398] Der Buchwert der Schiffe einzelner Gesellschaften (Cunard, P. and D. Co., British India Navigation Co., Leyland usw.) steigt auf die Höhe von über 4 Millionen Pfund Sterling, Höhen, die in Deutschland nur ganz vereinzelt (Hapag, Norddeutscher Lloyd, Hansa) nachzuweisen sind. Dabei zählt die englische Handelsflotte siebzig Dampfer mit über 10.000 Registertonnen, also um zwanzig mehr als die restliche Welthandelsflotte zusammen, sie hat mit dem Bau der "Lusitania" und "Mauretania" Raumgehalte von über 30.000 Tonnen überstiegen und Räume geschaffen, die bisher noch nirgends überboten wurden. Schon diese Konzentriertheit und das kostbare Inventar seines Transportgeschäftes empfahl dem englischen Bürgertum angesichts der bezeichneten Verschiebung der Machtverhältnisse zur See den im Haag angeregten Umschwung des Seekriegsrechtes. Man nehme hierzu, dass die Gefährdung dieses Schiffsmaterials in einer Steigerung der Versicherungskosten zutage treten müsste, die, auf die Waren geschlagen, auf dem Kontinent und in Asien zum Beispiel die Konkurrenzfähigkeit der englischen Erzeugnisse gegenüber den kontinentalen Erzeugnissen wesentlich *herabsetzen* würde.[399]

Das Netz der Beziehungen, die die moderne industrielle Entwicklung zwischen England und dem Kontinent gesponnen, böte überdies ganz andere Möglichkeiten zur Entschädigung für englische Seebeuteübergriffe, als wie sie etwa zur Zeit Friedrichs "des Großen" vorhanden waren, sind doch 60 Prozent des im Ausland werbenden englischen Kapitals in Unternehmungen angelegt, die staatliche Konzessionen erfordern, und es wirbt heute im Ausland ebenso viel englisches Kapital wie in den englischen Kolonien.[400] Solche Anlagen schaffen eine Abhängigkeit von dem Justizwesen jenes Landes, wo die Anlage wirbt, und leicht könnte auf ein Willkürurteil des englischen Prisengerichtes über ein weggenommenes türkisches, deutsches oder italienisches Schiff ein Willkürurteil türkischer, deutscher oder italienischer Gerichte in englischen Anlagesachen repressalienmäßig antworten.

Erscheint so das Seebeuterecht in Englands Händen als zweischneidige Waffe, so würde es vom militärischen Standpunkt aus geradezu selbstmörderisch wirken. Im Zeitraum von 1891 bis 1906 verminderte sich in England die mit Weizen, Gerste, Ha-

---

[398] Die Tonne mit 5 Pfund Sterling gerechnet. [Anmerkung Josef Strasser]

[399] Die Versicherungsprämie stieg zum Beispiel im Spanisch-Amerikanischen Kriege pro Tonne von 80 auf 120 Schilling. Im Ostasiatischen Kriege betrug die Extraversicherungsprämie bis 10 Schilling pro 100 Pfund. (Halle, Die Weltwirtschaft; 1907.) Bekanntlich zeigte sich bei den Marokkowirren im Jahre 1911 die gleiche Erscheinung. [Anmerkung Josef Strasser]; von Halle, Ernst (Hrg.): Die Weltwirtschaft. Ein Jahr- und Lesebuch. II. Jahrgang, 1907

[400] "Großbritanniens Kapitalanlagen usw.'" Vortrag George Paishs, mitgeteilt in der "Kreuzzeitung". [Anmerkung Josef Strasser]; George Paish (1867-1957), britischer bürgerlich-liberaler Ökonom. Die Die *Kreuzzeitung* (1848-1939) hieß eigentlich *Neue Preußische Zeitung*, wurde aber nach dem Eisernen Kreuz im Titel allgemein *Kreuzzeitung* genannt. Galt als streng konservative, antidemokratische Unterstützerin der preußisch-deutschen Monarchie.

fer bebaute Fläche um weit über 600.000 Acres, ebenso fiel die Zahl der Schweine, Schafe und anderer Nutztiere.

Im dem gleichen Zeitraum stieg dagegen die Einfuhr von Weizen von rund 70 Millionen englischer Meterzentner auf rund 87 Millionen, in Gerste von rund 22 Millionen auf rund 24 Millionen, in Hafer von 15 auf 17, in Mais von 33 auf 46 Millionen englischer Meterzentner. Während der Vergleichszeit stieg weiter die Einfuhr von Kartoffeln um 5, von Butter um 2, von frischem Rinderfleisch um 2, von frischem Hammelfleisch um 2, von frischem Schweinefleisch aber um 3 Millionen englischer Meterzentner. Die Eiereinfuhr hatte sich in gleicher Zeit um rund eine Milliarde Eier erhöht. Von dieser Einfuhr entfielen auf den Kopf der Bevölkerung zum Beispiel 229 englische Pfund Weizen, 47 Pfund Mehl, 46 Pfund Schlachtfleisch, 13 Pfund Butter, 19 Pfund Kartoffeln usw. Nur 14 Prozent des englischen Lebensmittelkonsums werden in England erzeugt. Man erkennt aus diesen Zahlen die katastrophale Bedeutung, die einer konterbandemäßigen Behandlung der englischen Lebensmittelzufuhr für dieses Land zukäme. Nach Generalmajor Sir Alfred Turner[401] wäre England durch eine solche Absperrung so gefährdet, das "nicht einmal ein gut geschultes Heer von einer Million Soldaten es retten könnte; denn der Hunger, ein mächtigerer Feind als jede gegen England gerichtete Koalition von Nationen, würde sich bald fühlbar machen und das Land unvermeidlich zur Unterwerfung zwingen".[402] Dazu führt England neben den Lebensmitteln Roh- und Halbprodukte ein: Im Jahre 1908 zum Beispiel für fast eine Milliarde Baumwolle, für 345 Millionen Mark Wolle, für 77 Millionen Häute und Felle, für 400 Millionen Zucker, für 122 Millionen Kupfer, für 100 Millionen Eisenerze, wie ja auch die Getreide-, Milch-, Fleischeinfuhr zum Teil zur Weiterverarbeitung in der Lebensmittelindustrie bestimmt ist. Es könnte also die Absperrung der Lebensmittelzufuhr mit der Unterbindung der Lebensadern des Industrielebens zusammen erfolgen, die Lebensmittelnot und Teuerung sich mit massenhaften Betriebseinstellungen und Arbeiterentlassungen paaren. *Dieses Zusammenwirken aber wäre leicht geeignet, den äußeren Krieg Englands durch die Revolte im Innern zu komplizieren.*

Alle diese Opfer und Gefahren, mit denen England die Aufrechterhaltung des Seebeuterechtes bezahlen müsste, vermöchten dabei nicht, es sein durch lange Zeit angestrebtes Ziel, die Vernichtung der kontinentalen Industriekonkurrenz, erreichen zu lassen; hat sich doch diese Konkurrenz heute über alle Länder und Weltteile verbreitet. Sie beruht auf der Weltherrschaft des Kapitals und seiner Technik, sie würde sich, wie San Francisco, in kurzem sogar aus den Trümmern der Fabrikschornsteine erheben, denn je größere Arbeitslosigkeit im Gefolge des Ruins erschiene, desto profitablere Aussichten böten sich der kapitalistischen Auferstehung. Die Verallgemeinerung der Maschinentechnik war es auch, die die Schaffung der modernen Kriegsflotten ermöglichte, damit der englischen Allmacht zur See ein Ende machte und – wie wir zeigten – in direkter Folge der weiteren Ausübung des Seebeuterechtes Sinn und Bedeutung nahm.

---

[401] Generalmajor Sir Alfred Edward Turner (1842-1918); englischer Offizier, unter anderem als Verwaltungsoffizier in Irland.

[402] Im Juliheft der "Deutschen Revue", Jahrgang 1909. England war noch am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts das Land der Getreidezölle! Es produzierte seinen Bedarf nahezu *allein*. [Anmerkung Josef Strasser]

Wir haben noch auf die Frage zu antworten, *warum in England seine Seeallmacht nicht durch überwältigende Rüstungen erhalten hat, warum es sogar mit Anträgen auf Einschränkung der Seerüstungen formell und aufrichtig vor die internationale Haager Konferenz getreten ist*.

Nach Vizeadmiral Ahlefeld[403] vermöchte ein modernes Linienschiff, "ohne auch nur einen Mann zu verlieren, alle Flotten Nelsons trotz ihrer Tapferkeit spielend zu vernichten".[404] Das Streben nach wachsender Schnelligkeit der Schiffe, verbunden mit gewaltiger Konzentration großer Angriffs- und Widerstandskräfte, bedingte eine fortlaufende Vergrößerung der Kriegsschiffsdimensionen. Mussten schon deshalb die Flottenausgaben wachsen, so umso mehr noch durch die technische Ausgestaltung der Bauten, die zum Beispiel den Preis des Linienschiffes pro Tonne in den letzten zwanzig Jahren von 10.000 auf 20.000 Mark steigerte. Damit ist auch gesagt, dass die Bauten schon in 10 bis 20 Jahren veralten und dienstuntauglich werden.

Zu diesen allgemeinen Momenten tritt noch wesentlich kostensteigernd das stürmische Rüstungstempo der früher seeohnmächtigen Staaten. Es stiegen die Marinebudgets im Zeitraum 1875 bis 1906 im Deutschen Reiche um 544,4 Prozent, in Österreich-Ungarn um rund 400 Prozent, in England um 311,4 Prozent, in Frankreich um 243,8 Prozent. Die Steigerung der letzten Jahre wird besonders in einer Berücksichtigung der Neubauten offenbar. Nach den Zahlen des "Nautikus" betrugen die Marineausgaben in Mark:

	Im Jahre 1908/09		Im Jahre 1909/10		
In	Für Neurüstung	Zusammen	Für Neurüstung	Zusammen	Zunahme der Gesamtausgaben
England	191,151.412	659,317.300	222,655.106	716,911.080	57,593.280
Deutschland	159,340.000	399,118.349	207,810.090	399,218.160	99.811
Frankreich[405]	86,388,325	255,946.177	100,586.083	290,354.008	34,407.831
Italien	36,527.192	126,717.633	36,327.776	127,708.824	991.191
Österreich-Ungarn	14,620.000	48,808.054	17,000.000	54,246.235	5,438.181
Vereinigte Staaten	127,000.000	515,182.489	163,000.000	575,127.836	59,945.397

[403] Hunold von Ahlefeld (1851–1919); deutscher Vizeadmiral der Kaiserlichen Marine sowie Wirtschaftsmanager, der maßgeblich zur Hochrüstung der Deutschen Marine und das daraus resultierenden deutsch-britische Flottenwettrüsten beitrug.

[404] Im Septemberheft der "Deutschen Revue", Jahrgang 1909. [Anmerkung Josef Strasser]; Horatio Nelson (1758-1805), britischer Admiral, zu seinen viel beachteten Seesiegen gehörten St. Vincent 1797 (vor der Küste Portugals), Abukir 1798, Kopenhagen 1801, Trafalgar 1805.

[405] Mit Nachtragsetat. [Anmerkung Josef Strasser]

Eine rückgängige Bewegung ist im Vergleichszeitraum nur in Russland und Japan festzustellen, sie folgt aus der Erschöpfung durch den Krieg und erscheint heute bereits überwunden. Die Aufstellung zeigt, dass England nicht nur im Anwachsen des Etats die Führung an das Deutsche Reich und an die Vereinigten Staaten abgetreten hat, sondern dass die Union bald die Höhe des englischen Etats erreicht haben wird, und dass Deutschland, trotzdem es nur über die Hälfte des englischen Etats verfügt, nahezu ebenso viel für Neubauten auswirft wie England. Dabei versorgt der englische Etat noch doppelt so viel Mannschaft wie der deutsche, auch sind die Ausgaben der englischen Marine für Instandhaltung der Flotte ungemein hoch. Die Zukunft wird durch die Entwicklungsgeschichte der Dreadnougths veranschaulicht. Das erste Schiff dieser Art wurde im Jahre 1906 in England gebaut, die Kosten eines solchen Schiffes sind mit 55 Millionen anzunehmen. Bis zum Jahre 1915 werden nach den vorliegenden Programmen der kapitalistischen Staaten etwa 150 solche Schiffe dienstbereit stehen, was nahezu 8 Milliarden Mark an Kosten gleichkommt. Wo bleiben die Ausgaben für Kreuzer, Torpedos, Unterseeboote und – Küstenbefestigungen? Und diese Rüstungen, die nach v. Juraschek die sechs Seemächte allein von 1899 bis 1907 rund 15 Milliarden kosteten, werden in Deutschland, Österreich, Italien, Amerika usw. viel vehementer, überstürzter betrieben als in England. England vermöchte selbst seine *verhältnismäßige* Machtstellung von heute nur dann zu behaupten, wenn es alle Steuerquellen des Landes enorm anspannen und in den Dienst der Marinerüstungen stellen würde! Hier aber tritt der herrschenden Klasse Englands ein unüberwindliches Hindernis entgegen: das *englische Steuersystem*.

Die parlamentarische Vertretung der englischen Bourgeoisie hat die gewaltigen Anforderungen des Marineetats in dem Bewusstsein zu bewilligen, dass diese Summen, im Gegensatz zum Deutschen Reiche, zu einem sehr erheblichen Teile durch direkte Steuern gedeckt werden müssen. Nach Plenge[406] entfielen in England:

Im Jahre	Steuern auf den Kopf der Bevölkerung in Mark	Auf eine Mark direkter Steuern entfielen indirekte Steuern in Mark
1892	45,30	6,05
1878	42,53	3,07
1908	59,38	1,41

Bei aufsteigender Besteuerung ist demnach im Verhältnis der indirekten zur direkten Besteuerung eine erhebliche Besserung zugunsten der Besitzlosen eingetreten. Ohne stehendes Heer im kontinentalen Sinne des Wortes, beruht die Herrschaft der englischen Bourgeoisie im eigenen Lande wesentlich auf der Pflege eines Solidaritätsbewusstseins, die Arbeiter und Bourgeois auf dem angeblich gemeinsamen Boden englischer Staatsinteressen einigen soll. Brüchig, wie diese Ideologie schon ist, vermöchte sie keinesfalls den Stoß einer Reaktionisierung der Staatslastenverteilung zu ertragen. Also vor die Frage gestellt, die Lasten einer Fortsetzung des Flottenwettrüstens mit zu tragen, wäre es ein Glück für die englische Bourgeoisie, wenn sie die Erhaltung ihres heute noch so respektablen Einflusses durch eine internationale Einschränkung der

[406] a.a.O. [Anmerkung Josef Strasser]

Flottenrüstungen oder Flottenausgaben durchsetzen könnte. Sie bietet eigentlich nur eine schartige Waffe zum Tausch, wenn sie als Gegenleistung auf das Seebeuterecht verzichtet!

Völlig anders liegen die Dinge in den kapitalistischen Staaten, die erst zu vorgerückter Stunde mit dem Kampfe um Absatzgebiete einzusetzen vermochten, vor allem im Deutschen Reiche.

Wir haben gezeigt, dass das Deutsche Reich mit einer Ausgabensteigerung von 555,4 Prozent für Marinezwecke im Zeitraum von 1875 bis 1906 weitaus den höchsten "Fortschritt" unter allen kapitalistischen Staaten aufzuweisen hat. Im Zeitraum von 1908 bis 1909 betrug die Steigerung der Ausgaben für Neurüstungen nach den oben aus dem "Nautikus" mitgeteilten Zahlen im Deutschen Reiche um 16 Millionen Mark mehr als in England; Deutschland gab mehr als die Hälfte seiner Marineausgaben für Neubauten und Marinebewaffnung aus, England nur rund zwei Siebentel. Dass Deutschland ein weit weniger wertvolles Material der Handelsflotte zu schützen hat als England, wurde oben hervorgehoben; die Tonnage der englischen Handelsflotte betrug im Jahre 1908 rund 43 Prozent der Gesamttonnage der Welthandelsflotte, die Tonnage der deutschen Handelsflotte nur 10 Prozent, die Leistungsfähigkeit der englischen Handelsflotte übertrifft die der deutschen Handelsflotte um das Fünffache.[407] Hierzu tritt die Tatsache, dass das ausschließlich auf Seeverkehr angewiesene England im Jahre 1909 Waren für rund 19 Milliarden ein- und ausführte, während Deutschlands Ein- und Ausfuhr kaum die Hälfte ausmachten, allerdings *bei großen Verkehrsmöglichkeiten auf dem Festland*.

Wenn trotzdem die deutschen Rüstungen unverhältnismäßig anwachsen, so ist das mit Bedenken über die handelspolitischen Gefahren des Seebeuterechtes schon deshalb nicht zu entschuldigen, weil erstens der Schutz der deutschen Handelsflotte durch Kreuzer um 33 Prozent besser gestellt ist als der englische Seehandelsschutz, *und weil weiter eine effektive Vermehrung der Einheiten der deutschen Handelsflotte in den letzten fünfunddreißig Jahren überhaupt nicht erfolgt ist*. Durch die Ausschaltung kleinerer, besonders der durch Segel bewegten Fahrzeuge, durch die Konzentration des Schifffahrtsmaterials überhaupt ist dieses Ergebnis entstanden: die Zahl der deutschen Seehandelsschiffe betrug im Jahre 1876 nach dem "Nautikus" 4.745, sie beträgt heute 4.658. Das in England entscheidende Argument, die Gefahr der Lebensmittelabsperrung, kommt im Deutschen Reiche nicht nur wegen der eigenen Lebensmittelproduktion, sondern auch wegen der Zufuhrmöglichkeiten aus Österreich-Ungarn, Rumänien usw. nicht in Frage. Eine Hinderung des Seehandels würde schließlich eher zur Monopolisierung der deutschen denn der englischen Industrie auf dem Kontinent und wenigstens im Nahen Osten führen.

Das Seebeuterecht kann demnach keinesfalls als Argument für die Flottenpolitik des Reiches gelten, und jene, die es als Argument anwenden wollen, scheinen selbst nicht daran zu glauben. Das kam zur Erscheinung, als die Sozialdemokratie im deutschen Reichstag am 29. März 1909 anregte, "die erforderlichen Schritte zu tun, um eine in-

[407] Nach Berechnungen des Bureaus "Veritas" im "Nautikus", Jahrgang 1910. [Anmerkung Josef Strasser]

ternationale Verständigung der Mächte zur gegenseitigen Begrenzung der Rüstungen zur See sowie zum Verzicht auf das Prisenrecht in die Wege zu leiten". Der sozialdemokratische Antrag wurde *abgelehnt*, abgelehnt mit *allen* bürgerlichen Stimmen, eine ausgenommen. Das Wort Bülows: "In kritischen Zeiten pflegt die Lücke des Seerechtes durch Seemacht ausgefüllt zu werden",[408] hatte die Seele der bürgerlichen Reichsvertreter voll erfasst.

Warum? Weil die deutsche Bourgeoisie heute, gestützt auf die festländischen Verkehrswege des Dreibundes, vor allem aber auf ihre Rüstungspolitik, *mehr Nutzen als Schaden vom Fortbestand des Seebeuterechtes erwartet*, weil sie weiter in der unbeschränkten Ausbreitung ihrer Flottenpläne ein Mittel sieht, ihren Durst nach Absatzgebieten auch mit Gewalt zu stillen. *Am schwersten fällt aber ins Gewicht, dass sie tun kann, was sie will!* Die Flotte des Deutschen Reiches wurde und wird ausschließlich aus indirekten Steuern gebaut, kennt doch das Reich nur indirekte Steuern. Aber auch wenn wir die bundesstaatlichen Steuern direkter Art heranziehen, ergibt sich, dass außer in Russland in keinem Staate der Welt "das Verhältnis der indirekten Steuern zu den direkten so ungünstig ist wie in Deutschland, wo es doppelt so ungünstig ist wie in Großbritannien".[409] Es fielen nach Plenge in Deutschland:

Im Jahre	Auf den Kopf der Bevölkerung Steuern in Mark	Auf 1 Mark direkte Steuern kam indirekte Steuer in Mark
1829 (Preußen)	9,09	1,36
1878	17,14	1,63
1906	34,21	2,94

Man vergleiche dieses Bild mit dem oben mitgeteilten Entwicklungsbild der englischen Steuern! Während sich in England das Verhältnis der indirekten zu den direkten Steuern um das Vierfache verbesserte, verschlechterte es sich im Deutschen Reiche um das Doppelte. Es fällt nach Plenges Berechnung für das Jahr 1906 auf 1 Mark direkter Steuer indirekte Steuer in England 1,41 Mark, in Italien 1,53, in Japan 1,55, in Österreich-Ungarn 2,24, in Frankreich 2,55 und in Deutschland 2,99 Mark. *Daher die Flottenfreude der deutschen Bourgeoisie!*[410]

---

[408] Bernhard Heinrich Martin Karl von Bülow (1849-1929), Staatssekretär (Minister) des Äußeren und von Oktober 1900 bis Juli 1909 Reichskanzler des Deutschen Reiches. Unter ihm wurde die auf Grundlage der *Flottengesetze* die Aufrüstung der Kaiserlichen Marine vorangetrieben.

[409] Plenge, a.a.O. Das Bild verdüstert sich noch erheblich, wenn die inzwischen durchgeführte "Finanzreform" in Rechnung gezogen wird. [Anmerkung Josef Strasser]

[410] Zweifellos hat das Lieferantentum viel Schuld an dem Flottenlärm, doch handelt es sich dabei keinesfalls um den entscheidenden Faktor. Es folgt dem kapitalistischen Imperialismus wie die Haifische dem Ozeanfahrer. Dennoch sei ein Bild aus der Geschichte *dieser* Flottenenthusiasten festgehalten. Als es bekannt wurde, dass die österreichisch-ungarische Regierung den Bau von sechs Dreadnoughts plane, hoben sich die Aktien des Stabilimento Tecnico in Triest, der Kriegsschiffswerft, von 2.400 auf 4.700 Kronen. Das war im Januar dieses Jahres der Kurswert. Im Februar er-

Auf den beiden Haager Friedenskonferenzen trat dieser Gegensatz zwischen England und Deutschland klar zutage. Es empfiehlt sich schon deshalb, auf diese Verhandlungen einzugehen, weil nur diese Verhandlungen eine Erklärung für die Beschlüsse bieten, mit denen das Privateigentum im Seekrieg durch die Londoner Konferenz 1908 bis 1909 "geschützt" werden sollte.

3. Vom Haag bis London.

In den Tagen, da die bürgerlichen Parteien des deutschen Reichstags den sozialdemokratischen Antrag auf Beseitigung des Seebeuterechtes und auf Einschränkung der Rüstungen niederstimmten, antwortete im englischen Unterhaus der erste Lord der Admiralität auf einen ähnlichen Antrag der Arbeiterpartei, man würde der Abschaffung des Seebeuterechtes näher treten, sobald für eine internationale Einschränkung der Land- und Seerüstungen Garantien geboten würden. Englands und des damals eng verbundenen Japans Vertreter gaben denn auch auf der Haager Konferenz das Seebeuterecht preis, indem sie der Errichtung eines international organisierten Prisenhofes im Haag zustimmten, der nach einem international festgestellten Kodex des Seekriegsrechtes über die Rechtmäßigkeit der einzelnen Prisen als letzte und höchste Appellationsinstanz urteilen sollte. Dafür sollten bestimmte internationale Konflikte *obligatorisch* durch das internationale Schiedsgericht geschlichtet und ein internationales Abkommen auf Einschränkung der Rüstungen getroffen werden. Die Situation war günstig. Russland stand bankrott vor einem Verzweiflungskrieg und ließ durch Oberst Gilinszki unveränderte Beibehaltung der Militärbudgets auf fünf Jahre beantragen. Der erste Lord der Admiralität, Sir Goschen,[411] begrüßte die Haager Konferenz im englischen Unterhaus mit den Worten: "Unser Wunsch, dass es der Konferenz gelingen möge, die entsetzlichen Lasten zu verringern, *welche gegenwärtig alle europäischen Nationen niederdrücken*, ist aufrichtig."

Wie antworteten die deutschen Vertreter auf diese Manifestationen? Schon der brüske Ton, in dem sie die englischen Anträge zurückwiesen, schon ihr bloßes Benehmen auf der Konferenz erregte das missbilligende Erstaunen der Vertreter aller westlichen Staaten.[412] Tatsächlich lehnte Professor Zorn[413] am 4. Juli 1899 das *obligatorische*

---

schien die Annahme der Pläne in der Delegation gesichert – die Aktie aber stieg am 11. Februar auf 6.151 Kronen. [Anmerkung Josef Strasser]

[411] George Joachim Goschen (1831-1907); britischer Politiker, unter Gladstone 1871-1874 Marineminister (erster Lord der Admiralität)

[412] Der einstige Berliner Botschafter der Vereinigten Staaten Andrew White, ein Delegierter auf der Haager Konferenz, erzählt in seinem Buche "Aus meinem Diplomatenleben", man habe den deutschen Delegierten Grafen Münster für die "bedeutendste Persönlichkeit" gehalten. Der Graf *sei durchaus gegen permanente Schiedsgerichte, weil* – wie er in einem Gespräch erklärt – *Deutschland zum Kriege gerüstet sei wie kein anderer Staat*. Am 9. Juni berichtet White, offenbar auf Grund der Mitteilungen des italienischen Delegierten Grafen Nigra: Augenscheinlich ist jetzt der Deutsche Kaiser fest entschlossen, jedem Schiedsgerichtsprojekt sich zu widersetzen. Er will von keinem ständigen Tribunal etwas hören." White erzählt dann, der Deutsche Kaiser habe ihm in Berlin gesagt, er schicke den Grafen Münster nach dem Haag, weil "gesunder Menschenverstand" dort ganz besonders vonnöten sein würde. Wie offenbarte sich dieser "gesunde Menschenverstand"? White berichtet: Als im Haag beim Speisen von Telegraphen und Telefonen gesprochen wurde, meinte Graf Münster,

Schiedsgericht im Namen der deutschen Delegation ab, nur auf besondere auswärtige Verwendung in Berlin erlaubte der Kaiser der Delegation, für die Illusion des *fakultativen* Schiedsgerichtes zu stimmen. Dieses wurde denn auch zur Institution des Völkerrechtes erhoben, es fristet aus hingeworfenen "Angelegenheiten" und aus Geschenken reklamelustiger Millionäre ein nur den Pazifisten teures Scheindasein. Die Schiedsgerichtsverträge, die inzwischen Frankreich und England, England und Deutschland und mehrere andere Staaten schlossen, schließen alle Fragen von der schiedsgerichtlichen Entscheidung ausdrücklich aus, die "vitale Interessen", die Unabhängigkeit oder die "Ehre" der Kontrahenten betreffen. Darunter kann man sich alles denken! Und nach dem Wortlaut der Beschlüsse der zweiten Haager Konferenz ist das Schiedsgericht nur für Sachen zuständig, "die auf Grund einer allgemeinen Schiedsabrede oder einer besonderen Vereinbarung vor dasselbe gebracht werden". Somit blieb alles, außer der Etablierung eines ständig feiernden Gerichtshofs, beim Alten.

Ohne alle diplomatische Verhüllung traten die deutschen Vertreter den Abrüstungsanträgen entgegen. Es genügt, wenn die Rede des deutschen Vertreters Oberst Groß v. Schwarzhoff[414] mit den englischen Erklärungen verglichen wird. Die Rede lautet im Wortlaut des amtlichen Protokolls:

Wer schweigt, scheint beizustimmen, und ich wünsche nicht, dass mein Schweigen als Zustimmung erscheine. Ich nehme nicht an, dass auch nur einer der hier anwesenden Kollegen zugeben wollte, sein Souverän, seine Regierung sei im Begriff, an dem unausbleiblichen Verderben, an der langsamen, aber sicheren Vernichtung ihres Vaterlandes zu arbeiten. Ich habe keinen Auftrag, für meine verehrten Kollegen zu sprechen, über Deutschland aber kann ich dessen Freunde völlig beruhigen und alle wohlgemeinten Besorgnisse zerstreuen. *Das deutsche Volk ist nicht zermalmt von der Last der Steuern, es ist nicht an den Rand des Abgrundes geschoben und jagt weder dem Ruin noch der Erschöpfung entgegen. Im Gegenteil, der öffentliche und private Reichtum wächst, das allgemeine Wohlsein, der Standard of Life hebt sich von Jahr zu Jahr.*[415]

Und weiter:

Was aber die mit diesen Fragen eng verknüpfte obligatorische Dienstpflicht betrifft, so wird diese von dem Deutschen nicht als drückende Last betrachtet, sondern als heilige

---

diese Erfindungen wären für die Beziehungen der Nationen zueinander ein Fluch, denn sie kreuzten die Wege der Diplomaten. ... "Sehr setzte mich in Erstaunen, dass der Graf, als die Rede auf Bakterien und Mikroben kam, auch diese für Humbug erklärte." Fünf Minuten früher hatte der Graf auch die Schiedsgerichtsidee als Humbug bezeichnet. "*Unbestritten ist Graf Münster… gesättigt mit Ideen, die vor fünfzig Jahren maßgebend waren.*" So White. [Anmerkung Josef Strasser]; Andrew Dickson White (1832-1918), US-Diplomat, Botschafter in Berlin, Mitbegründer der Cornell-Universität; Graf Georg Herbert zu Münster (1820-1902), deutscher Diplomat und Botschafter in Paris; Costantino Nigra (1828-1907), italienischer Philologe und Diplomat.

[413] Philipp Zorn (1850-1928); deutscher Kirchen- und Staatsrechtler, wissenschaftlicher Delegierter des Deutschen Reiches auf den beiden Haager Friedenskonferenzen (1899, 1907) und auf der Genfer Konferenz von 1906.

[414] Julius Groß von Schwarzhoff (1850-1901); preußischer General

[415] "Conférence Internationale de la Paix." Haag, herausgegeben vom niederländischen Ministeramt des Äußern. [Anmerkung Josef Strasser]

und patriotische Pflicht, deren Erfüllung er seine Existenz, sein Eigentum und seine Zukunft verdankt.[416]

So sprachen die Vertreter jenes Reiches, das auf dem Gebiet des indirekten Steuerwesens ebenso führt wie auf dem Gebiet des militaristischen Drills. Sie fanden verständnisinnige Unterstützung bei den Kulturstaaten Österreich, Rumänien, Türkei usw. Die erste und die zweite Haager Konferenz entschied sich demnach für eine Resolution, die das "ernste Studium" der Abrüstungsfrage empfiehlt."[417]

England hatte der Errichtung des internationalen Prisengerichtes zugestimmt und so sein nationales Prisenrecht *preisgegeben*. Die folgende Londoner Konferenz sollte ihm ein neues Mittel liefern, nicht das entwertete Seebeuterecht einzuschmuggeln, sondern die internationale Einschränkung der Rüstungen zu erzwingen.

Ein Krieg, wesentlich in der Absicht, das Deutsche Reich zur Einschränkung seiner Seerüstungen zu zwingen, wäre in keiner Weise zu rechtfertigen. *So war es ein nicht ganz schlechtes Mittel, nur durch Verschärfung des Seekriegsrechtes eine allseitige weitere Steigerung der Marinerüstungen und damit eine Verschärfung der finanziellen Bedrängnisse auch des Deutschen Reiches herbeizuführen, in der Hoffnung, dass das Deutsche Reich um so schneller in dem Wettkampf der Ausgaben mit dem reicheren England unterliegen werde.*[418]

Die Ergebnisse der Londoner Seekriegsrechtskonferenz, die das Gesetzbuch für das internationale Prisengericht schaffen sollte, haben mehr als die oben bezeichnete Absicht Englands mit deutscher Assistenz verwirklicht. Der Wortlaut der Beschlüsse liegt im Weißbuch des Reichskanzlers an den deutschen Reichstag vor.

Die Beschlüsse unterscheiden relative und absolute Konterbande. Absolute Konterbande sind die Kriegsbedarfsartikel, weiter "Gegenstände und Stoffe, die ausschließlich für den Krieg verwendet werden" und in einer besonders zu erlassenden Erklärung als Konterbande bezeichnet sind. Die absolute Konterbande kann auch beschlagnahmt werden, wenn die Zuführung zum Feinde *nicht unmittelbar* erfolgt, *sondern noch einer Umladung oder Weiterbeförderung zu Lande bedarf.* "Es nützt nichts, wenn die

---

[416] ebenda. [Anmerkung Josef Strasser]

[417] Am 18. März 1911 befürwortete der englische Minister des Äußern, Sir Edward Grey, *wieder* den Abschluss *ausnahmsloser* Schiedsgerichtsverträge, also den Abschluss von Verträgen, die für alle Fälle die schiedsgerichtliche Entscheidung vorsehen, Am 30. März antwortete der deutsche Reichskanzler, indem er die Verallgemeinerung solcher Verträge als unmöglich bekämpfte. Zu den Abrüstungsanregungen Greys bemerkte der deutsche Reichskanzler bei dieser Gelegenheit: „Meine Herren, wer die Frage der allgemeinen Abrüstung einmal sachlich und ernsthaft durchdenkt, bis in ihre letzten Konsequenzen durchdenkt, der muss zu der Überzeugung kommen, *dass sie unlösbar* (!) ist, solange die Menschen Menschen und die Staaten Staaten sind." [Anmerkung Josef Strasser]; Edward Grey (1862-1933), britischer Außenminister von 1905 bis 1916

[418] Wir entnehmen diese Zeilen der Studie des Göttinger Professors v. Bar über die Londoner Seekriegsrechtskonferenz. Dass die englische Bourgeoisie eine Zertrümmerung der deutschen Flotte im Kriege nicht versuchen will, folgt nicht aus "Rechtfertigungsrücksichten". Vielmehr ist die englische Bourgeoisie zu sehr mit den drohenden Revolten in den ergiebigsten Kolonien beschäftigt, als dass sie in einem kontinentalen Kriege heute alles aufs Spiel setzen dürfte. Denn darauf käme es dabei an. Siehe Salomon, Die auswärtige Politik Englands. 1910. „Zeitschrift für Politik". [Anmerkung Josef Strasser]

Ware auf einem Schiffe verladen ist, das sie in einem neutralen Hafen ausladen soll",[419] der Beweis für die feindliche Bestimmung der Ware ist erbracht, wenn das Schiff einen feindlichen Hafen berühren soll oder muss, bevor es sein Ziel erreicht. *Ein Gegenbeweis ist in diesem Falle überhaupt unzulässig.* Damit ist das gefürchtete Prinzip der "einheitlichen Reise" ins Kriegsrecht eingeführt und der Vexation[420] des Handels überhaupt jede Beschränkung genommen. Das System, das einst die Kontinentalmächte zur Bildung der bewaffneten Neutralität bewogen hatte, wurde in London als internationaler Rechtsgrundsatz fixiert.[421]

Neben der absoluten Konterbande gilt als relative Konterbande nur jene Gruppe von Waren, die der Wegnahme erst unterliegt, wenn die feindliche Bestimmung der Waren aus den Schiffspapieren hervorgeht. Unter diese Verfügung fallen überhaupt *alle* Gegenstände, *ob sie zu friedlicher oder feindlicher, kriegerischer Verwendung bestimmt sind, sobald sie eine der Parteien als Konterbande erklärt.* Ohne besondere Erklärung gelten als Relativkonterbande: *Lebensmittel, Futtermittel, Kleidungsartikel, Verkehrsmittel, Feuerungsmaterial, Werkzeuge, Gold* usw.

Wie reaktionär diese Beschlüsse sind, wird offenbar, wenn wir daran erinnern, dass zum Beispiel Lebensmittel, Feuerungsmaterial, weiter Geld im Privatbesitz längst gewohnheitsrechtlich vom Konterbandebegriff ausgenommen sind.[422] Dazu kommt, dass sich das Geld durch das moderne Wechselverfahren dem Seeraub entziehen kann, dass aber die Absperrung der Lebensmittelzufuhr dem "humanen" Kriegsrecht ins Antlitz schlägt, denn sie trifft Frauen, Kinder, Greise, mit einem Wort die Nichtkombattanten, die am Kriege Unbeteiligten. Henrik Ibsen hat in seinem prachtvollen "Terje Vigen" dargestellt, wie fürchterlich einst die Absperrung der Lebensmittelzufuhr Norwegens durch die Engländer gerade die Ärmsten traf. Die Herren Deutschlands erblicken in diesem System heute ein Mittel zur Aushungerung Englands. Wenn sie dafür einer Erweiterung des Seebeuterechtes durch eine grenzenlose Fassung des Konterbandebegriffs zustimmten, wenn sie durch das Zugeständnis der "einheitlichen Reise" der

---

[419] Begründung zu den Londoner Beschlüssen. [Anmerkung Josef Strasser]

[420] Vexation: Belästigung, Ärger

[421] Man erinnere sich des Burenkrieges. Damals hielten die Engländer den deutschen Dampfer „Bundesrat" auf Grund der "einheitlichen Reise" fest. Graf Hatzfeld, der Londoner Gesandte des Reiches, fand damals Töne eines Marquis Posa, um die Unmenschlichkeit eines Systems zu brandmarken, dessen Kodifizierung später der Reichskanzler dem Reichstag unterbreitete. [Anmerkung Josef Strasser]; Melchior Hubert Paul Gustav Graf von Hatzfeldt zu Trachenberg (1831-1901), deutscher Botschafter in London (1885-1901). Sein Sohn Hermann (1867–1941) war seit 1891 ebenfalls an der deutschen Botschaft in London als Attaché und als Dritter bzw. Zweiter Sekretär beschäftigt.

[422] "Es ist nun namentlich in Betreff zweier Artikel heute allgemein anerkannt, dass der Begriff der Konterbande früher nur missbräuchlich auf dieselben ausgedehnt wurde, Geld und Lebensmittel" (Geffcken im Handbuch des Völkerrechtes von Holtzendorff). England selbst hat, aus wohlerwogenem Interesse, die Behandlung von Lebensmitteln als Konterbande seit dem chinesischen Kriege entschieden bekämpft. Überhaupt konnte Geffcken am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts feststellen: "Für den Usus (Brauch) und die Consuetudo (Gewohnheit) kann man nur auf die neuen Vorträge gehen, *welche unzweifelhaft die Tendenz haben, nur Waffen und was zum Kriege dienen kann, zu verbieten*." (a.a.O) [Anmerkung Josef Strasser]; Friedrich Heinrich Geffcken (1830-1896), deutscher Jurist, Diplomat und Publizist; Franz von Holtzendorff (1829-1889), deutscher Strafrechtsexperte. Das *Handbuch des Völkerrechts* war 1885 erschienen.

Rückkehr des anarchischen Zustandes verflossener Jahrhunderte auf dem Meere den Weg bahnten, bezeugten sie damit, dass die Herren Deutschlands eine Ausbreitung des Seeraubs nicht fürchten, und dass sie hoffen, gestützt auf die Steuerfreudigkeit der Massen, dieses Raubsystem mit Hilfe weiterer Rüstungen *für eigene Zwecke* auszunutzen.

Nach der Durchsetzung des Prinzips der "einheitlichen Reise" ist es gleichgültig, dass in London erklärt wurde, die Blockade berechtige nur im Falle wirklicher Wirksamkeit zur Wegnahme von Durchbrechern. Es dürfte zum Beispiel ein nach Hamburg strebendes Schiff bei Bruch der Blockade nur genommen werden, wenn die zur Blockade der Elbemündung berufene Feindesflotte zur wirksamen Blockade ausreicht. Hingegen könnte jedes nach Vlissingen strebende Schiff im Falle eines deutsch-englischen Krieges schon auf hoher See festgenommen werden auf Grund der "einheitlichen Reise" und weil es – wie jedes Schiff – Waffen, also absolute Konterbande, an Bord führt. Man sieht, wo der Anarchie Riesentore geöffnet werden, verlieren einzelne einschränkende Bestimmungen jede ernste Bedeutung. Hierzu gehört wohl auch der Artikel 48 der Londoner Beschlüsse, in dem das beschlagnehmende Schiff ermächtigt wird, das beschlagnahmte kurzerhand zu "*zerstören*", sobald das normale Verfahren "den Erfolg der kriegerischen Operationen", in denen das nehmende Schiff begriffen ist, "beeinträchtigen" würde.

Die Londoner Konferenz endete mit der Zerstörung auch des bisher geltenden Seekriegsrechtes, mit der Etablierung der absoluten Anarchie im Seekrieg.

1. Weltkrieg: Das britische Schlachtschiff HMS Audacious fuhr am 27. Oktober 1914 auf eine deutsche Mine und sank.

IV. Das Menschenleben im Kriege.

1. Der Geist der Humanität.

In der Besprechung der kolonialen Kriegssitte und des Seebeuterechtes wurde gezeigt, wie der Kapitalismus seine ganze Erziehung augenblicklich vergisst, sobald der kapitalistische Kriegszweck solches Vergessen empfiehlt. Im Großen und Ganzen gilt das auch vom "humanitären Geiste unserer Zeit". Schonungslos, wie auf den Schlachtfeldern der Industrie, opfert der Kapitalismus auch auf dem Schlachtfeld der inneren und äußeren Kriege das Leben der proletarischen Massen auf, steht doch im modernen inneren und äußeren Kriege der kapitalistischen Staaten das *höchste* Gut auf dem Spiele: der Profit, während das Kriegsmittel, die proletarische Masse, am geringsten geschätzt wird. Dennoch wurde seit den Tagen der Petersburger Konferenz offiziell und inoffiziell verkündet, der kapitalistische Krieg sei "humaner" geworden, die Ausgestaltung der Waffentechnik, die Ausgestaltung der Verwundetenpflege stehe im Zeichen dieser von den höchsten Stellen betriebenen Humanisierungsbestrebungen. Es gilt nun, diese Bestrebungen kritisch zu beleuchten, doch sollen vorher einige Fragen des persönlichen Kriegsrechtes Erledigung finden.

Damit, dass das Erhaltungssystem des bürgerlichen Militarismus von Raub an den Besitzenden auf die indirekte Besteuerung der Besitzlosen hinübergeschoben wurde, war einer körperlichen Bedrohung der Nichtkombattanten durch Soldaten jeder Grund entzogen. Die heute geltende Sicherstellung von Leib und Leben der am Kriege Unbeteiligten ergab sich als Folge der kapitalistischen Kriegsverpflegung.

Die Haager Konferenz hat ausgesprochen, dass Kriegsgefangene, weiter Soldaten, die sich ergeben, die Waffe strecken ... , an Leib und Leben nicht gekränkt werden dürften, eine Erklärung, dass Pardon nicht gegeben wird, ist untersagt. "Die Kriegsgefangenen ... sind wie die eigenen Soldaten zu behandeln, nicht besser, aber auch nicht schlechter."[423] Dieser Fortschritt wird dem System der Lohnarbeit angepasst. Solange der Gefangene als Sklave zur Arbeit angehalten werden konnte, wurde sein Leben zu diesem Zwecke ebenso geschützt. Die Haager Konferenz verlieh dem Staate das Recht, die Gefangenen während der Dauer des Krieges gegen Sold als Lohnarbeiter zu verwenden.[424]

---

[423] "Kriegsbrauch im Landkrieg", herausgegeben vom Großen Generalstab. [Anmerkung Josef Strasser]

[424] Dass diese Regeln im Kolonialkrieg nicht gelten, wurde bereits gezeigt. Wir erinnern hier an die Rede Wilhelms II. im Boxerfeldzug, in der es ausdrücklich hieß: "Pardon wird nicht gegeben." Im Kriege zwischen modern gerüsteten Staaten wird es sich überdies nur noch selten um die Ergebung oder Gefangennahme einzelner handeln, dazu sind die Entfernungen zwischen den Kampfparteien zu groß. Es kommen eher ganze Heere in Betracht, wie zum Beispiel bei Sedan. [Anmerkung Josef Strasser]; Boxerfeldzug: chinesische Bewegung gegen den europäischen, nordamerikanischen und japanischen Imperialismus um 1900. Sedan: Die *Schlacht von Sedan* fand am 1. September 1870 im Deutsch-Französischen Krieg statt. Sie endete mit der Kapitulation der französischen Truppen und der Gefangennahme des französischen Kaisers Napoléon III. und war vorentscheidend für den Ausgang des Krieges.

Das ist die Summe jener humanitären Verfügungen des modernen Kriegsrechtes, die der Kapitalismus aus der nahen und ferneren Vergangenheit zum Teil fertig übernehmen konnte und deren Wortlaut reale Tatsachen deckt. Während des Krieges selbst kennt auch das kapitalistische Kriegsrecht keine Humanitätsrücksicht, diese erschöpft sich in den Phrasen, mit denen die Monarchen die internationalen Abkommen einleiten und – die Härten der Wahrheit verschleiern. In seinem Handbuch "Kriegsgebrauch im Landkrieg" beklagt der Große Generalstab ausdrücklich die "der Natur des Krieges widersprechende" Sentimentalität des achtzehnten bis neunzehnten Jahrhunderts, welche jedem zeitgenössischen Offizier direkt gefährlich werden könnte: "Das Vertiefen in die Kriegsgeschichte wird den Offizier vor übertrieben humanitären Anschauungen bewahren." Lueder stellt desgleichen ausdrücklich fest, es könne "von der Beachtung von Humanitätsrücksichten und von der Humanisierung des Kriegsrechtes keine Rede sein, soweit dadurch der Kriegszweck irgend beeinträchtigt und die für ihn nötige Gewalt irgend beschränkt würde".[425] Diesen aufrichtigen Standpunkt hat auch Moltke gegen die liberalen Jesuitenkünste eines Bluntschli vertreten.[426]

2. Massenheere und moderne Waffentechnik.

Die Haager Friedenskonferenz verwarf bekanntlich auch den russischen Antrag, der eine teilweise Festlegung der Präsenzstärke der Heere anregte. Diese Ablehnung kennzeichnet die Unaufrichtigkeit der Humanitätsphrasen, die in den Einleitungen der Haager Konventionen die milden Absichten der Regierungen dartun sollten, entscheidet doch die Heereszahl in erster Reihe die Blutigkeit der Kriege. Nichts ist lächerlicher als die wohlbekannte Entschuldigung, dass in den modernen Kriegen "*verhältnismäßig*", prozentuell annähernd kaum höhere Verluste nachgewiesen werden als in den Kriegen der Vergangenheit. In der Schlacht bei Lützen[427] fielen von 45.000 Mann rund 8.000, also etwa 18 Prozent; bei Mukden[428] verloren die Japaner nur 13 Prozent, aber von 314.000 Mann, also 41.000! Nun ist aber die Steigerung der Truppenzahlen eine allgemein enorme, am enormsten wohl im Deutschen Reiche: die preußische Armee allein verfügt heute über eine mehr als zehnmal so hohe Truppenzahl wie zur Zeit des Großen Kurfürsten und über eine rund sechsmal so hohe Mannschaftsziffer als zur

---

[425] Lueder, Kriegsrecht. [Anmerkung Josef Strasser]

[426] Briefwechsel zwischen Bluntschli und Moltke. Mitgeteilt in der "Gegenwart". [Anmerkung Josef Strasser]; die deutsche Zeitschrift *Gegenwart* erschien von 1872 bis 1931 als *Wochenschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben*. Die *Gegenwart* erlangte einige Bedeutung als bürgerliches Forum der Kritik an Faschismus und deutschem Nationalsozialismus. Helmuth Karl Bernhard von Moltke (1800-1891); preußischer Generalfeldmarschall. Dazu passt auch das bekannte Zitat von Moltke: "*Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ist ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Mut und Entsagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne den Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen.*" – Brief vom 11. Dezember 1880 an Johann Caspar Bluntschli. – in: Bluntschli, Johann Caspar: Denkwürdiges aus meinem Leben, 3. Band. – Nördlingen 1884

[427] Die Schlacht bei Lützen (auch: Schlacht bei Großgörschen, 2.5.1813), erste Schlacht nach der katastrophalen Niederlage Napoleons im Russlandfeldzug, die mit einem – mit hohen Verlusten erkämpften – Sieg Napoleons endete.

[428] Schlacht bei Mukden (20.2.-10.3.1905, heute Shenyang), die letzte größere Feldschlacht des russisch-japanischen Krieges in der Mandschurei.

Zeit des Regierungsbeginns Friedrichs des Großen.[429] Es kämpften in den Schlachten der letzten drei Jahrhunderte über 100.000 Mann miteinander: im siebzehnten Jahrhundert in 12 Schlachten, im achtzehnten Jahrhundert in 34 Schlachten, im neunzehnten Jahrhundert in 83 Schlachten.

Dabei ist die Grenze von 100.000 Mann zu tief gegriffen, um ausreichend illustrativ wirken zu können. Im Dreißigjährigen Krieg kämpften nur in einer Schlacht mehr als 100.000 Mann, im Siebenjährigen Krieg bei Hochkirch 107.000, bei Torgau 110.000 Mann. Erst die Napoleonischen Kriege erinnern an moderne Schlachten: bei Borodino, bei Wagram standen mehr als dritthalbhunderttausend Mann im Feuer, bei Leipzig 500.000.[430]

Der Russisch-Japanische Krieg hat die Leipziger Völkerschlacht *überboten*: an der Schlacht bei Mukden waren 624.000 Mann beteiligt, mehr als dreimal so viel, wie die Kriegsarmee Friedrichs des Großen insgesamt umfasste. Die große Armada Philipps von Spanien zählte kaum 9.000 Mann Besatzung, in der Schlacht bei Trafalgar[431] fochten 36.000 Mann, bei Tsuschima[432] – wo nur Seemächte zweiten Ranges aufeinandertrafen – standen 30.000 Mann im Feuer auf Schiffen, die eine ganz andere Kraftentfaltung bedeuteten als jene 86.000 auf den Holzschiffen der englischen und französischen Flotte sie entwickelten.[433] Bei der Belagerung Port Arthurs betrug die

---

[429] Das Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874 stellte die Präsenzstärke des Reichsheeres im Frieden mit 401.659 Mann fest. Im Jahre 1911 umfasste die Präsenzstärke bereits 504.446 Mann. Dabei handelt es sich hier nur um Gemeine und Gefreite! Daneben zählte man noch 85.228 Unteroffiziere und 25.718 Offiziere. In Österreich-Ungarn erfolgt durch die neueste Heeresreform eine Erhöhung des Kriegstandes durch Reserven um 300.000 Mann: Eine Erhöhung des Friedensstandes musste im Rahmen einiger Zehntausende bleiben, weil das geltende Rekrutenkontigent bereits *das ganze Kontingent* der Tauglichen umfasst. Die russische Regierung ist im Begriff, einen großen Teil ihrer Reserven in ständige Truppen umzuwandeln usw. Nach Bloch würden im Falle eines Krieges zwischen Frankreich-Russland und Österreich-Deutschland-Italien ins Feuer treten: auf russisch-deutsch-österreichischem Gebiet 1,669.000 + 2,589.001, auf deutsch-französischem Gebiet 2,035.000 + 2,126.000, auf französisch-italienischem Gebiet 700.000 + 500.000 Kombattanten. Zusammen rund 9 Millionen Mann. (Bloch, Der Krieg, 6. Band.) Bloch rechnet zu bescheiden. In Wirklichkeit verfügen Deutschland und Frankreich allein über Kriegsarmeen von mehr als 8 Millionen Mann, nämlich das Deutsche Reich an 4,750.000, Frankreich über 3,500.000 waffengeübte Männer. Die Friedensstärke betrug im Jahre 1910 in den Heeren der europäischen Großmächte rund 8 Millionen Mann. [Anmerkung Josef Strasser]

[430] Die *Schlacht von Borodino* (7.9.1812), eine der blutigsten Schlachten des 19. Jahrhunderts, die keine der beiden Seiten im Russlandfeldzug von Napoleon klar für sich entscheiden konnte; in der *Schlacht bei Wagram* (5. und 6. Juli 1809, in der Nähe von Wien) besiegten die französischen Truppen unter Napoleon die österreichische Armee unter Erzherzog Karl; die *Schlacht bei Leipzig* (16.-19.10.1813, die "*Völkerschlacht von Leipzig*") war die Entscheidungsschlacht der antinapoleonischen Kriege. Dabei kämpften die Truppen der Verbündeten Österreich, Preußen, Russland und Schweden gegen die französischen Verbände. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts war sie die größte Feldschlacht der Weltgeschichte, in der etwa 90.000 Soldaten getötet oder verletzt wurden.

[431] Seeschlacht von Trafalgar (21.10.1805); der Sieg über die verbündeten französischen und spanischen Verbände besiegelte die britische Vorherrschaft auf den Weltmeeren.

[432] Seeschlacht bei Tsushima (27.-28.5.1905); endete mit einer völligen Niederlage der russischen Flotte gegen Japan und gilt als erste moderne Seeschlacht der Weltgeschichte.

[433] Man denke an die Konzentriertheit der modernen Fortbewegungs- und Waffenmaschinen. Bei Trafalgar hatte die Mannschaft die schwere Aufgabe der Segelbedienung zu lösen, die bei Tsuschima

Belagerungsarmee mit 140.000 Mann dreimal so viel, als die weltberühmten Belagerungsarmeen von Stralsund und La Rochelle[434] zusammen betragen haben. Wir zeigten, dass dieses gewaltige Anwachsen der Heere auf die Zeit der Napoleonischen Kriege zurückgreift. Das neue bürgerliche Staatswesen war reich an billigem Menschenmaterial, denn es brauchte den Verlust des kostspieligen Söldners nicht zu fürchten, es hatte diesen durch die allgemeine Wehrpflicht mit kostenlosem Kanonenfutter überflüssig gemacht. Das Soldatenpressen wurde aus einer gesetzwidrigen Tyrannenmaßregel in ein legitimes System des bürgerlichen Staates umgewandelt. Dementsprechend stiegen auch die absoluten Verlustzahlen in den Kriegen der bürgerlichen Ära. Die verlustreichsten Schlachten in den letzten drei Jahrhunderten sind in der Reihenfolge der Verluste in absoluter Zahl: 1. Leipzig (Völkerschlacht), 2. Mukden, 3. Sedan, 4. Port Arthur, 5. Borodino, 6. Wagram, 7. Schlacht am Schaho, 8. Königgrätz. Dann folgen Dresden, Plewna, Austerlitz, Eylau; *die Grenze von über 50.000 Mann Verlust wurde überhaupt erst im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert überschritten*. Zweifellos fällt bei dieser Steigerung der Verlustzahlen der massenmörderischen Wirkung moderner Waffen ihre Rolle zu; dennoch ist eine *prozentuelle* Steigerung der Verlustzahlen nicht festzustellen. Die höchsten Verlustprozente sind im Siebenjährigen Krieg und in den Napoleonischen Kriegen festzustellen, also in den Kriegen, wo durch Soldatenpressen oder allgemeine Wehrpflicht das Söldnersystem praktisch ausgeschaltet und der Kriegskunst somit die Aufgabe gestellt war, den Feind nicht bloß finanziell zu erschöpfen, sondern *physisch* niederzubrechen, zu zermalmen.[435] Die Schlachten von Kolin, Kunersdorf, Wagram, Borodino mit Verlustziffern zwischen 30 und 50 Prozent sind richtunggebend für die blutig verrohende Wirkung, die die allgemeine Wehrpflicht unter der Herrschaft des Kapitals heraufbeschwören musste und weiter heraufbeschwört, verloren doch zum Beispiel die Russen bei Mukden 24 Prozent, bei der Belagerung Port Arthurs 75 Prozent ihrer Mannschaft, während die Japaner ebendort 57 Prozent ihrer Leute einbüßten. Bei den Vergleichen ist die fortlaufende Verkürzung[436] der Kriege in Betracht zu ziehen, denn nur einer intensiveren Aus-

---

angesichts der Dampfmaschinen entfiel. Bei Trafalgar musste die Mannschaft 5.146 Geschütze bedienen, bei Tsuschima nur 1.809 bei viel leichteren Hantierungsmöglichkeiten. Eine entscheidende Seeschlacht zwischen England und Deutschland würde heute voraussichtlich an 100.000 Mann Schiffsbesatzung beschäftigen! [Anmerkung Josef Strasser]

[434] Die *Belagerung von Port Arthur* (1.8.1904 bis 2.1.1905), das längste und eines der verlustreichsten Gefechte des Russisch-Japanischen Krieges, endete mit der Kapitulation der russischen Truppen. Militärhistorisch gesehen war sie ein Wendepunkt der Kriegsführung, da hier erstmals im großen Stil Waffen und Taktiken eingesetzt wurden, die prägend für die militärischen Strategien der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts werden sollten, so Maschinengewehre und schwere Belagerungsgeschütze in großen Stückzahlen. Die *Belagerung von Stralsund* (20.9. bis 15.10.1678) war Bestanteil des Krieges zwischen Schweden und Brandenburg-Preußen. Das brandenburg-preußische Heer mit ca. 21.500 Mann übernahm die wichtige schwedische Festung. Die *Belagerung von La Rochelle* durch Truppen des französischen Königs Ludwig XIII. begann am 4. August 1627 und endete am 28. Oktober des Folgejahres mit der Kapitulation der Hugenott/inn/en.

[435] Roloff, Der Menschenverlust usw. "Preußische Jahrbücher" 1910. [Anmerkung Josef Strasser]

[436] Es währten von den 20 Kriegen des siebzehnten Jahrhunderts: 1 Krieg 30 Jahre, 14 länger als 5, darunter länger als 20 Jahre, 4 weitere Kriege dauerten mehr als 2 Jahre. Von den 23 Kriegen des achtzehnten Jahrhunderts dauerten 12 weniger, 11 mehr als 5 Jahre, ein einziger länger als 20 Jahre. Von den 44 Kriegen des neunzehnten Jahrhunderts dauerten nur 4 länger als 5 Jahre und 32 weniger

nutzung der Waffen und einer stärkeren Zusammendrängung der Schlachten[437] "dankt" der moderne Krieg die Tatsache, dass seine Verlustziffern prozentuell auch nicht hinter den Kriegen der Vergangenheit zurückbleiben.

Und hier tritt der Hauptfaktor des modernen Krieges in Erscheinung: die moderne Waffentechnik, deren Bedeutung in der kürzeren Zeitfolge der Verluste zu erkennen ist.[438] Zur Zeit Friedrichs des Großen fielen auf eine Stunde des Feuergefechtes 2 bis 4 Prozent Verlust. Völlig anders heute. "Solange die fechtende Truppe in Deckung liegt, sind die Verluste meist gering, beim Vorgehen jedoch und beim Heranziehen der Reserven können in wenigen Minuten ganz enorme Verluste eintreten", so resümiert der reichsdeutsche Stabsarzt Boerner das Ergebnis der im ostasiatischen Kriege (1905) gemachten Erfahrungen. In ungedeckter Stellung wurden in wenigen Minuten oft 60 bis 70 Prozent Verluste verzeichnet, eine Tatsache, die ganz besonders im Sturme auf befestigte Stellungen zutage tritt.[439] *Die Kriegsziele sind demnach nur durch Aufwen-*

---

als 1 Jahr, 5 dauerten 1 bis 2 Jahre. Die kürzesten Kriege fallen in die Zeit von 1848 bis 1905. Bodart, Militärhistorisches Kriegslexikon. [Anmerkung Josef Strasser]; Gaston Bodart (1867–1940), Militärhistoriker; gemeint ist sein *Militär-historisches Kriegs-Lexikon (1618–1905).* – Wien, Leipzig 1908.

[437] Es fielen pro Monat Kämpfe: im Dreißigjährigen Krieg 0,24, im Deutsch-Französischen Krieg 9,00, im Italienischen (1866) Krieg 10,00. Bodart, a.a.O. [Anmerkung Josef Strasser]

[438] "Die vermehrte Feuergeschwindigkeit hat zweifellos den Vorteil, dass die Wirkung auf einen kleinen Zeitraum zusammengedrängt wird und die Entscheidung schneller fallen kann, was auch die moralische Wirkung des Feuers erheblich steigert." Major Berlin, Waffenlehre. [Anmerkung Josef Strasser]

[439] Hier ein Beispiel, dass wir einer keinesfalls übertriebenen Berechnung Blochs ("Der Krieg", I.) entnehmen: 1.000 Mann Verteidiger erwarten 1.000 Angreifer in gedeckter Stellung auf 2.000 Meter Entfernung. Laufgeschwindigkeit der Angreifer 80 Meter pro Minute, die Strecke von 2.000 bis 800 Meter wird ohne Pause durchlaufen. Feuergeschwindigkeit (nach General Rhone) bei Entfernungen bis 1.500 Meter 1½ Schuss, dann bis auf 1.200 Meter 2½ Schuss, dann bis 1.000 Meter 3 Schuss, bis auf 800 Meter 3½ Schuss pro Minute.
Das Ergebnis stellt sich also:

Vorlauf in Metern	in Minuten	Zahl der in der Minute	Schüsse zusammen	Zahl der Treffer	Zahl der außer Gefecht Gesetzten
2.000 bis 1.800	2½	1.500	3.750	2,6%	97
1.800 bis 1.500	3⅔	1.500	5.500	3,3%	181
1.500 bis 1.200	2½	2.500	6.250	4,8%	310
1.200 bis 1.000	2½	3.000	7.500	6,1%	457
1.000 bis 800	2½	3.500	8.750	7,6%	665

Es wären also bei Vormarsch bis auf 1.000 Meier Entfernung mehr als die gesamten 1.000 Mann, bei 800 Meter Entfernung aber bereits 710 Mann von dem Ersatztausend außer Gefecht gesetzt. Militärische Berechnungen gehen über diese Berechnung, wie wir zeigen werden, weit hinaus. [Anmerkung Josef Strasser]; Johann von Bloch (1836-1902), Bankier und Industrieller in Polen und Russland, Autor der fünfbändigen Studie *Die Zukunft des Krieges in technischer, wirtschaftlicher und politischer Relation* (1899). Band I befasste sich mit Kavallerie, Artillerie und Infanterie, Band II mit der Stärke der Armee und deren Führung auf beiden Seiten des potenziellen Konflikts und Partisanenkampf, dann folgten Seekrieg und Kriegsschiffe (Band III), Kriegsökonomik sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen der Kriegsvorbereitungen und der Kriegshandlungen (Band IV). In Band V diskutierte Bloch Möglichkeiten der friedlichen Lösung internationaler Streitigkeiten.

dung gewaltiger Massen zu erreichen, die massenmörderische und blitzschnelle Wirkung des modernen Feuers würde kleinere Heereskontingente in kurzen Stunden aus dem Weg räumen! Wie die allgemeine Wehrpflicht die unentgeltliche Einstellung der Massenheere ermöglichte, so ist in der modernen Waffentechnik die treibende Kraft zur Organisation solcher Massenheere zu erblicken.

3. Die moderne Waffe und das internationale Kriegsrecht.

Der Große Generalstab stellt in seinem Buche über den Kriegsbrauch ausdrücklich fest, "dass alle Mittel, welche die moderne Technik erfunden, *auch die vollendetsten, gefährlichsten und am massenhaftesten tötenden, anzuwenden gestattet ist*", die Anwendung der letzteren sei direkt unerlässlich. Dann heißt es weiter: "Die Fortschritte der modernen Technik haben das Verbot gewisser älterer … Kriegsmittel überflüssig gemacht, da diese durch wirksamere ersetzt sind." Diese "älteren" Waffen wurden auf der Haager Konferenz unter feierlicher Berufung auf die Forderungen der Menschlichkeit im Namen der gekrönten und ungekrönten Staatsoberhäupter der kapitalistischen Welt vom Gebrauch ausgeschaltet. Der zielbewusste Schwindel wird offenbar, sobald wir die humanen Verbote mit den inhumanen Errungenschaften der einzelnen Waffen vergleichen.

Die Haager Konferenz untersagt den Gebrauch von "Gift und vergifteten Waffen", wobei man an vergiftete Pfeile, Lanzen und andere Stich- und Hiebwaffen denken muss, also an Waffen, die schon durch die überwältigende Fernwirkung des modernen Feuergeschosses nahezu völlig ausgeschaltet erscheinen. Im Österreichisch-Preußischen Krieg wurden auf preußischer Seite nur 5 Prozent, auf österreichischer nur 4 Prozent aller Verluste durch blanke Waffe verursacht, auf deutscher Seite im Deutsch-Französischen Krieg nur 1 Prozent. Und auf ebenso unergiebigem Gebiet bewegt sich die Konvention, wenn sie den Gebrauch von Geschossen untersagt, "deren einzigen Zweck die Ausströmung würgender oder tödlicher Gase bildet"; in den Tagen des Melinits, Ekrasits, Lyddits[440] usw. ein genug komisches Verbot. Was bedeutet denn die Betäubung durch giftige Gase gegen die massenmörderische Wirkung der modernen Sprengstoffe? Auf diesem Gebiet aber hat die Haager internationale "Humanität" völlig versagt.

Die Haager Konferenz hat jede Einschränkung des Gebrauchs neuer Sprengstoffe ausdrücklich abgelehnt.[441] Und doch wurde durch die bloße Einführung des rauchlosen Pulvers die Treffsicherheit des Gewehrfeuers um 20 Prozent bei Einzelschüssen, um 16 Prozent bei Salvenschüssen erhöht. Die Siebenunddreißigkilogramm-Sprenggranate warf mit gewöhnlicher Pulverladung 42 Splitter, mit Pyroxylin wirft sie nach Bloch 1.204 Splitter.

Wie betätigte sich die "Humanität" auf dem Gebiet der Artilleriewaffe? Das Verbot der ersten Haager Konferenz, dass den Gebrauch von Sprengmitteln und Geschoßen aus Luftschiffen untersagte, wurde auf der zweiten Haager Konferenz fallengelassen,

---

[440] Melinit, Ekrasit, Lyddit: Explosivstoffe, die in den im 19. Jahrhundert entwickelten Geschoßen Verwendung fanden.

[441] Bericht Den Beer Portugaels an die Haager Konferenz. [Anmerkung Josef Strasser]

und heute werden bereits in allen Staaten bewehrte Luftschiffe und Flugmaschinen konstruiert. Eine Einschränkung der artilleristischen Technik wurde im Haag nicht durchgeführt, ein Antrag auf Beibehaltung des zur Zeit der Konferenz dominierenden Geschütztypus wurde abgelehnt.[442] Es empfiehlt sich, den Zustand der Artilleristik von heute zu skizzieren, das eingestandene Bestreben, diesen Zustand noch fortzuentwickeln, lässt am besten auf die "Humanitätsgefühle" der kapitalistischen Staaten schließen.

Die Artillerie in ihrer entscheidenden Bedeutung ist ein Werk des neunzehnten Jahrhunderts. Zur Zeit Ludwigs XIV. kam auf 50.000 Mann ein Geschütz, heute wird im Friedensstand auf 200 Mann ein bespanntes Geschütz gerechnet. Dabei war bis zur Zeit Napoleons noch wirksames Artilleriefeuer nur bis auf 750 Schritt möglich, von den Kugeln der Kartätschen wurde kaum ein Sechstel in die Richtung des Laufes geworfen, zehnpfündige Granaten trafen auf 100 Schritt Entfernung nur einen Mann. Nach dem bekannten französischen Militärschriftsteller Oberst Langlois ist das Feuer der französischen Geschütze im Zeitraum 1870 bis 1891 um das Zehnfache an mörderischer Wirkung gestiegen, im Zeitraum 1891 bis zur Gegenwart um mehr als das Zwölffache. Das Schrappnell gab im Jahre 1870 etwa 37 Teile, heute 840, die Granate gab damals 80 Splitter, heute mehr als 240. Die Anfangsgeschwindigkeit[443] der Neunzentimeter-Stahlkanone C/61 betrug 332 Meter, im Jahre 1884 betrug die Anfangsgeschwindigkeit der Stahlkanone bereits 340 Meter. Die Feldkanone zählte im Jahre 1891 noch 442 Meter Anfangsgeschwindigkeit, im Jahre 1906 bereits 465 Meter. Das Feldschrappnell 96 zählt 300 Füllkugeln, das Schrappnell 98 bereits 500 Füllkugeln.

Die Wirkung moderner Artilleriegeschosse auf lebendes Ziel sei an den Hauptgeschoßen der reichsdeutschen Artillerie nachgewiesen. Das Schrappnell, eigentlich für lebendes Ziel bestimmt, bildet das Hauptgeschoß der Feldkanone 90 n/d, die über eine Gesamtschussweite von 8.000 Metern verfügt.

In der Schießvorschrift für Feldartillerie heißt es: "Über 80 Prozent der durch Sprengstücke und Kugeln von Schrappnells verursachten Verletzungen von Menschen führen bei Sprengweiten von 30 bis 150 Meter Kampfunfähigkeit herbei." Der Kugelregen, der dem Schrappnell entströmt, beherrscht auf 2.000 Meter Entfernung noch eine Breite von 14 Meter. Bei einer Sprengweite von 50 Meter stellt sich nach Rhone[444] das Wirkungsergebnis folgendermaßen. Es werden getroffen auf eine Entfernung:

	von stehenden	knieenden Schützen[445]	liegenden
von 500 Meter	18,4 Mann	10,6 Mann	6,4 Mann
1.000	14,2	8.2	4,9
4.000	10,2	5,8	3,5

[442] Conférence Internationale de da Paix." Ausgabe des niederländischen Auswärtigen Amtes. [Anmerkung Josef Strasser]

[443] Die "Anfangsgeschwindigkeit" bezeichnet die Schnelligkeit des Geschoßflugs unmittelbar vor der Mündung des Geschützes. Sie verzeichnet in Metern den Weg, den das Geschoß unmittelbar vor der Mündung in einer Sekunde zurücklegt. [Anmerkung Josef Strasser]

[444] "Taktik der Feldartillerie." Von Rhone. [Anmerkung Josef Strasser]

[445] Ein Mann auf den Meter gerechnet. [Anmerkung Josef Strasser]

Dabei verfügt heute jedes Geschütz bei der Feuereröffnung bereits über 124 Schrappnells, das Geschütz aber gibt 20 Schüsse pro Minute.

Die Granate, die eigentlich der Zertrümmerung toter Ziele durch explosive, erschütternde Wirkung dient, bewirkt durch Splitter "bis zu dem Gewicht von 0,15 Gramm herab"[446] Kampfunfähigkeit. "Im Allgemeinen führen etwa 75 Prozent aller von der Granate 96 und über 80 Prozent von der Granate 98 hervorgerufenen Verletzungen zur Kampfunfähigkeit."[447]

Die im Japanisch-Russischen Feldzug neu eingeführte Handgranate hat im Nahkampf furchtbare Ergebnisse gezeitigt, sie darf auf Aufnahme in alle Armeen der kapitalistischen Welt rechnen. Angesichts dieser Tatsachen ist es begreiflich, dass Lueder die Schale seines Spottes über jenes internationale Kriegsrecht ausgießt, welches das Schießen mit Glassplittern untersagt, dabei aber zum Beispiel eine Einschränkung des Schießens mit Granatsplittern ablehnt. Das schlagendste Beispiel für die Heuchelei des ganzen Humanisierungsschwindels liefert jedoch die Geschichte der Handfeuerwaffen, obzwar gerade die Handfeuerwaffe das ergiebigste Gebiet für Humanisierungsbestrebungen böte. Im Deutsch-Französischen Kriege verlor die deutsche Armee 94 Prozent aller Verluste durch Gewehrfeuer, im Ostasiatischen Kriege (1905) wurden bei den Russen 83,5 Prozent aller Verluste durch Handfeuerwaffen herbeigeführt, in einzelnen Schlachten, zum Beispiel bei Sandepu,[448] über 90 Prozent. So erscheint die Handfeuerwaffe als Hauptwaffe des modernen Krieges, was sie keinesfalls vor der Herrschaftsära der Bourgeoisie gewesen ist.

Noch im sechzehnten Jahrhundert erfolgte das Laden der Waffe so umständlich,[449] dass der Gebrauch von Handfeuerwaffen nur unter bestimmten Voraussetzungen, in komplizierten Formationen, in Frage kommen konnte. Im Simplicissimusroman fühlt sich der Reiter über den Schützen noch so erhaben wie der "Stoßfalke" gegenüber der Taube; wenn Simplicius den Deckel auf der Zündpfanne mit Unschlitt verschmiert, "wie vorsichtige Musketiere zu tun pflegen", um das Pulver vor Regenwasser zu schützen, so entscheidet noch in der Völkerschlacht bei Leipzig das Feuchtwerden des Pulvers über das Schicksal ganzer Truppenteile. Als im Jahre 1848 Dreyses Zündnadelgewehr[450] zum ersten Mal, und zwar gegen sächsische und badische Aufständische, Verwendung fand, war eine Feuergeschwindigkeit von fünf Schuss pro Minute erzielt. Vom Jahre 1866 an fand nahezu in allen Heeren das Magazingewehr Aufnahme, dessen Vorzüge gegenüber dem Zündnadelgewehr Bloch also berechnet: Treffweite 300

---

[446] "Schießvorschrift für die Feldartillerie." [Anmerkung Josef Strasser]

[447] ebendort. [Anmerkung Josef Strasser]

[448] Schlacht von Sandepu (auch Schlacht von Heikoutai); Landschlacht im Russisch-Japanischen Krieg (Januar 1905).

[449] Der Schütze entnahm erst die Kugel dem Beutel, hielt sie im Munde, bis er Pulver in den Lauf gebracht und mittels Ladestocks mit einem Pfropfen versehen hatte. Dann erst stieß er die Kugel in den Lauf, setzte noch einen Pfropfen darauf und brachte nun sein Gewehr mit Hilfe der in den Boden gesteckten Musketengabel in Horizontlage. Nun wurde die Pfanne geöffnet, ausgewischt, mit frischem Pulver versehen und mit der brennend mitgeführten Lunte Feuer gegeben. [Anmerkung Josef Strasser]

[450] Zündnadelgewehr: von Johann Nikolaus von Dreyse (1787-1867) entwickelter Gewehrtyp mit Zündnadelpatronen.

Prozent, Zielweite 416 Prozent, Feuergeschwindigkeit 300 Prozent, Durchschlagskraft 300 Prozent. Auf die in den achtziger Jahren eingeführten Stahlmantelgeschoße kommen wir unten zurück. Hier sei noch der Entwicklungsweg der deutschen Handfeuerwaffe skizziert (nach Major Berlin, Waffenlehre):

	Zündnadelgewehr M 41	Zündnadelinfanteriegewehr 71	Infanteriegewehr 71/84	Gewehr 88	Gewehr 99
Durchmesser des Laufes . .	15,43 mm	11,10 mm	11,00 mm	7,9 mm	7,9 mm
Gewicht des Gewehres . .	5,083 kg	4,5 kg	4,5 kg	3,8 kg	4,1 kg
Verschluß und Schloß . . .	nicht Selbstspanner	Selbstspanner	Selbstspanner	Selbstspanner	Selbstspanner
Magazin (Zahl der Patronen)	—	—	8 Patronen unt. d. Schaft	Fest im Mittelschaft 5 Patronen	
Anfangsgeschwindigkeit . .	285 m	430 m	430 m	620 m	860 m
Größte Schußweite	562 m	1600 m	1600 m	2050 m	2000 m
Gezielte Schüsse pro Minute	5	12	—	20—25	20—25
Bestrichener Raum für 1,8 m Zielhöhe auf Entfernungen					
von 300 m	93 m	300 m	300 m	300 m	300 m
" 600 m	39 m	52 m	52 m	110 m	600 m
" 1200 m	—	15 m	15 m	20 m	40 m

Die Tabelle zeigt eine fortschreitende Abnahme des Gewehrgewichtes und eine Verkleinerung des Kalibers, die es eigentlich erst ermöglichte, fünf Patronen fest im Schafte unterzubringen. In der Vergleichszeit hat sich die Schussweite vervierfacht und die Zahl der gezielten Schüsse pro Minute verfünffacht. Von entscheidender Wichtigkeit ist die Steigerung der Anfangsgeschwindigkeit auf nahezu das Dreifache. Daraus folgt nicht nur eine enorme Vergrößerung der Durchschlagskraft, sondern auch die auf der Tabelle bezeichnete Vergrößerung des bestrichenen Raumes. Damit ist eine größere Zielsicherheit verbunden, denn infolge der größeren bestrichenen Räume führt die fehlerhafte Abschätzung der Entfernungen nicht mehr so leicht zum Überschießen des Zieles als bisher. Eine Tatsache, die gerade in der Panik des Feuers große Bedeutung gewinnt, weil sie die Wirksamkeit des Feuers *unabhängig* von der Geistesgegenwart des Soldaten sichert. Alle diese mörderischen Vorzüge der modernen Handfeuerwaffe reichen nicht aus, um die weitere Ausgestaltung dieser Waffe international einzuschränken. Im Gegenteil! Mit der Einführung der Maschinengewehre ist nur ein neuer Fortschritt der Handfeuerwaffe zu verzeichnen. Bei einem Gewicht von nur 27,5 Kilogramm gibt das Maschinengewehr 400 bis 500 Schüsse pro Minute, und zwar auf 4.000 Meter Schussweite.

Die "Humanisierungsbestrebungen" der kapitalistischen Staaten setzten nicht bei der Waffe, sondern bei dem Geschoß ein.

4. Das "humane" Mantelgeschoß.

Die Bleigeschoße ebenso wie die nur teilweise mit Stahl bedeckten Bleigeschoße platten sich an harten Widerständen leicht ab, sie verlieren die Spitze und breiten sich pilzartig aus, sie verlieren die Form, sie "deformieren" sich beim Aufschlagen. Dadurch gewinnen diese Geschoße breitere Berührungsflächen, sie wirken vielfach sprengend auf die Knochen und bleiben in den ersten Widerständen stecken.[451] Gegen die "überflüssigen" Schmerzen, die dieses Sprengen und Steckenbleiben verursacht, richtete sich die Petersburger und Haager Konvention.

Die Petersburger Konvention vom Jahre 1868 erklärt sich für berufen, "die technischen Grenzen zu fixieren, *an denen die Notwendigkeiten des Krieges vor den Forderungen der Humanität zurückweichen müssen*". Die Konvention untersagt den Gebrauch von Spreng- und Zündgeschoßen, sobald diese ein Gewicht von 400 Gramm nicht übersteigen. Die moderne Artillerie ist über den Humanismus dieser Konvention weit hinweggeschritten, und die Haager Konvention füllte die alte Form mit neuem Sinn. In direkter Berufung auf das Humanitätsgerede der Petersburger Konvention verboten die im Haag vertretenen Monarchen den Gebrauch von Kugeln, "die sich im menschlichen Körper leicht ausbreiten oder ausdehnen, wie die mit hartem Mantel versehenen Kugeln, deren Hülse den Kern nur teilweise deckt oder mit Einschnitten versehen ist".

Damit war die internationale Einführung des Mantelgeschoßes "aus humanen Rücksichten" gesichert, um "günstigere Wunden zu erzielen".

Waren es wirklich humane Momente, die zur Einführung des Mantelgeschoßes geführt haben? In dem Werke des preußischen Kriegsministeriums[452] über die Wirkung der neuen Handfeuerwaffen heißt es mit klassischer Schärfe:

"Betrachtet man die Geschichte der Gewehrtechnik in ihren Hauptzügen, wie es soeben in Kürze geschehen, so drängt sich immer die Tatsache auf, dass als einziger oder wenigstens hauptsächlicher Beweggrund zur Verbesserung und Änderung der Gewehrkonstruktionen das Bestreben galt, die Treffgenauigkeit zu erhöhen und größere Geschwindigkeit und eine größere Rasanz des Geschoßes zu erzielen. *Niemals aber waren es – und das kann nicht genug hervorgehoben werden – humanitäre Gedanken oder die Absicht, günstigere Wunden oder besseren Heilverlauf zu erzielen, die zur Verkleinerung der Kaliber … führten.*" Auch das moderne Mantelgeschoß wurde "*unabhängig von jedwedem humanitären Gesichtspunkt, ausschließlich aus praktischen Gründen in die Gewehrtechnik eingeführt*".

---

[451] "Eine erhebliche Dicke der Knochen war, selbst bei geringer Härte derselben, für die äußeren Geschoße ein wesentliches Hindernis." Bardeleben, Über die kriegschirurgische Bedeutung der neuen Geschosse. [Anmerkung Josef Strasser]; Heinrich Adolf von Bardeleben (1819-1895), führender deutscher Chirurg; gemeint ist seine Rede: Ueber die kriegschirurgische Bedeutung der neuen Geschosse. – in: Deutsche Medizinische Wochenschrift, 18 Jahrgang (1892), Heft 23, S.560ff.

[452] "Über die Wirkung und kriegschirurgische Bedeutung der neuen Handfeuerwaffen." Im Auftrag des preußischen Kriegsministeriums von der Medizinalabteilung des Ministeriums herausgegeben. [Anmerkung Josef Strasser]; Ueber die Wirkung und kriegschirurgische Bedeutung der neuen Handfeuerwaffen. Bearbeitet von der Medicinal-Abtheilung des königl. preuss. Kriegsministeriums. – Berlin 1894.

Völlig im gleichen Sinne erklärte der Generalarzt v. Bardeleben in einem im Auftrag des Generalstabsarztes vor Generälen usw. veranstalteten Vortrag: "Die Einführung des Gewehrs mit kleinem Kaliber und hartem Geschoß wird allgemein von allen Nationen erstrebt, *und zwar sicher nicht aus Humanität*." Hatten die gekrönten Häupter im Haag ihren Namen vor eine Heuchelei gesetzt? Haben die Untersuchungen des Kriegsministeriums und des Generalarztes *gelogen*? Sehen wir mit eigenen Augen, worin die Unterschiede zwischen Weich-, Halbmantel- und Mantelgeschoß bestehen!

Das Mantelgeschoß der deutschen S-Patrone führt den Bleikern in einem aus Flusseisenblech konstruierten Mantel, die Geschoßführung wird durch eine Aushöhlung am Geschoßboden begünstigt, das geringe Gewicht der Patrone gestattete es, die Munition des einzelnen Mannes von 120 auf 150 Patronen zu erhöhen. Das Geschoß durchschlägt noch auf 1.800 Meter Entfernung 10 Zentimeter dickes, trockenes Kiefernholz, 7 Millimeter dicke Eisenplatten werden bis auf 350 Meter Entfernung glatt durchschlagen. Die "humanen Vorzüge" des Geschoßes gegenüber dem Weichbleigeschoß sind angeblich: günstigere Verwundung, keine sprengende, zerreißende Wirkung, kein Mitreißen von Stoffteilen, keine Verbrennung durch Schmelzen des Bleikerns, kein Steckenbleiben des Geschoßes, keine Deformierung. *Und die Wirklichkeit?*

Alle diese "Vorzüge" sind eine Folge der enorm gesteigerten Durchschlagskraft des modernen Geschoßes, die "durch den kleinen Querschnitt und die günstige Gestalt der Geschoßspitze" enorm gesteigert wird. "Der Stahlmantel bewirkt, dass der Bleikern beim Durchbohren von Weichteilen und Knochen nicht zerspritzt. *Daher* kann das Geschoß mehrere hintereinander stehende Leute durchdringen und außer Gefecht setzen."[453] In der oben bezeichneten Untersuchung des preußischen Kriegsministeriums werden Fälle mitgeteilt, in denen das Mantelgeschoß auf 2.000 Meter Entfernung den Schädel durchschlägt, während das alte Geschoß bereits auf 800 Meter Entfernung im Einschuss stecken blieb. Das Geschoß durchschlägt den Schädel eines Selbstmörders, durchschlägt dann die Zimmerdecke und verletzt einen ober dieser stehenden Mann. Ein anderes Geschoß fliegt durch die Brust des Selbstmörders, durchschlägt die obere Bodenwand, den Strohsack, den auf diesem ruhenden Mann und bleibt in 7 Zentimeter Tiefe in der Wand stecken. Ein Geschoß durchschlägt auf 350 Meter Entfernung einen 180 Zentimeter dicken Erdwall und tötet den dahinter stehenden Mann.[454]

Schon die quantitative Wirkung des Geschoßes wird demnach durch Massenverwundungen und -tötungen erheblich fürchterlicher erscheinen als die Wirkungen der inhumanen Geschoße, die es ersetzt. Und qualitativ? Das Mantelgeschoß wirkt auf Kno-

---

[453] Major Berlin, Waffenlehre. Bardeleben bemerkt a.a.O. hierzu: "Auf Entfernungen, bei denen eine Kugel sonst am Brustbein oder an den Rippen abprallte, wird das heutige Geschoß diesen Widerstand mit Leichtigkeit überwinden. … Es wird gewiss nicht zu den Seltenheiten gehören, dass dieselbe Kugel drei Menschen durchbohrt. ... [Anmerkung Josef Strasser]; Berlin (Major): Handbuch der Waffenlehre für Offiziere aller Waffen zum Selbstunterricht, besonders zur Vorbereitung für die Kriegsakademie. – Berlin 1908²

[454] Schon das Achtmillimetermantelgeschoß durchschlägt einen Menschen der ganzen Körperlänge nach, ein Umstand, der meistens die liegengebliebenen Verwundeten betrifft. (Dr. Habart, Die Geschoßwirkung der Achtmillimeterhandfeuerwaffen usw.) Selbstverständlich spielt bei der Erhöhung der Durchschlagskraft des Geschoßes auch die "treibende Kraft" ihre Rolle: Pulver- und Geschütztechnik. [Anmerkung Josef Strasser]

chen in weniger Fällen sprengend als das alte Geschoß, weil es kraft seiner gewaltigen Durchschlagskraft glatte Wundkanäle schafft, also bei Knochenschüssen leichter heilbare Verletzungen. Allerdings wirkt das Geschoß bei Nahschüssen und Querstellungen auch auf Knochen sprengend. Die Wirkung des Geschoßes ist umso fürchterlicher, wenn es Adern, Nervenstämme oder mit Flüssigkeit gefüllte edlere Teile trifft und durch den hydrodynamischen Druck, durch Mitteilung der Geschwindigkeit an die umgebende Flüssigkeit zu inneren Explosionen führt. Das moderne Geschoß wird im Vordringen durch Rippen und Brustbein nicht gehindert, es wird keinesfalls, wie das alte Geschoß, die Pulsader zur Seite schieben, *ohne diese zu zerreißen*. "Auch die streifende Bewegung wird hinreichen, die Ader zu öffnen", sie "wie ein scharf schneidendes Messer" zu durchschneiden, ohne durch Quetschung der verletzten Ader eine spontane Blutstillung herbeizuführen.[455] Die explosive Wirkung auf unzusammendrückbare Flüssigkeitsteile bringt das Geschoß besonders "in solchen Organen hervor, die stark mit Flüssigkeit gefüllt und ringsherum eingeschlossen sind (Gehirn, Herz, Magen usw.), Markknochen werden meist zersplittert".[456] Es ist demnach die Explosivwirkung des Geschoßes nicht aufgehoben, *sondern von den minder gefährlichen Gebieten auf das gefährlichere verschoben*, an die Stelle der Verkrüppelung ist die Verblutung getreten. Das Mantelgeschoß trägt eine um 33 Prozent höhere Temperatur als das alte Bleigeschoß, es kann infolge rascher Schussfolge bis zum Schmelzen des Kernes erhitzt werden;[457] das Geschoß zerspringt an den Mittelstücken der Röhrenknochen auf 1.200 Meter Entfernung in 58 Prozent der Schüsse noch in kleinste Partikelchen, von denen einzelne im Schusskanal haften bleiben,[458] während der Mantel in vielen Fällen abgestreift und zerrissen wird. In 21.5 Prozent aller Treffer tritt Deformierung des Geschoßes ein! *So bleibt als der wesentlichste und eigentlich einzige Unterschied zwischen Bleigeschoß und Mantelgeschoß nur die enorm gesteigerte Gefährlichkeit und die massenhaftere Wirkung des letzteren bestehen.*[459]

---

[455] Bardeleben, a.a.O. [Anmerkung Josef Strasser]

[456] Berlin, a.a.O. nach der amtlichen Schießvorschrift [Anmerkung Josef Strasser].

[457] Über die Wirkung und kriegschirurgische Bedeutung der neuen Handfeuerwaffen" usw. [Anmerkung Josef Strasser]

[458] ebendort. [Anmerkung Josef Strasser]

[459] "Das preußische Kriegsministerium teilt in seinem Sammelwerk zum Überfluss mit, dass in 12 Prozent der untersuchten Fälle ein Mitreißen von Kleiderfetzen festgestellt wurde. Das Mantelgeschoß schützt also auch keinesfalls gegen Infektion. Wir illustrieren schließlich die Wirkung des Mantelgeschoßes durch den gerichtlichen Leichenöffnungsauszug eines Falles, den wir dem oben bezeichneten Sammelwerk des preußischen Kriegsministeriums entnehmen:
Schuss in den Kopf auf 15 Meter Entfernung.

Äußere Besichtigung.

Oberer Augendeckel bläulich verfärbt, rechte Augenhöhle ohne Augapfel, Augenbraue zerrissen, der knöcherne obere Rand der Augenhöhle liegt bloß. An der äußeren Seite des rechten Nasenflügels eine trichterförmige Wunde..., an der rechten Oberlippe... eine 1 Zentimeter große rundliche Öffnung. Die rechte Wange größtenteils zerstört. Jochbein und äußerer Teil des Kiefers fehlen gänzlich, die rechte Ohrmuschel ist nicht mehr vorhanden. Bei Betastung des Kopfes ist zu fühlen, dass der Unterkiefer in der Mitte gebrochen und der ganze rechte Oberliefer breiig zermalmt, das Nasen- und Stirnbein und das Schädeldach rechts in größere und kleinere Stücke zersplittert sind. ...

Der Russisch-Japanische Krieg hat diese Annahme völlig gerechtfertigt. Angesichts der Tatsache, dass 90 Prozent der Schrappnellverletzungen, dass der größte Teil der Artillerieverletzungen infiziert waren, erschien es lächerlich, gerade das Mantelgeschoß noch mit dem Vorwand zu decken, dass es gegen Infizierungen schütze. Heimgekehrt von den mandschurischen Schlachtfeldern, lehnte es der russische Generalchirurgus v. Wreden rundweg ab, das Mantelgeschoß als humane Einrichtung zu preisen. Das wirkliche Ergebnis der im Russisch-Japanischen Kriege gesammelten Erfahrungen zieht Boerner in den Worten: "*Das moderne Infanteriegeschoß … ist inhuman, weil es mehr sofort tödliche Verletzungen schafft und die ärztliche Hilfeleistung im Gefecht sehr erschwert.*"[460]

Nach alledem wird man das phrasenhafte Humanitätsgerede auf das Maß reduzieren müssen, auf das es die militärische und medizinische Fachwissenschaft an amtlicher Stelle reduzierte. Die "Humanisierung des Kriegsrechtes" soll nur dazu dienen, die fürchterlichen Neuerungen der Waffentechnik vor der Volksmasse gefällig zu verkleiden.

In der trefflichen Studie Boerners wird die leichtere Heilbarkeit der durch Mantelgeschoße herbeigeführten Wunden in der Mehrzahl *jener* Fälle hervorgehoben, *die "dem Arzte zu Gesichte" kommen*, gleichzeitig wird jedoch bemerkt, "dass das moderne Geschoß die ärztliche Hilfeleistung im Gefecht sehr erschwert". Indem wir diesem Widerspruch nähertreten, ziehen wir die Schleier der Phrase von der letzten "Humanisierung" des Krieges hinweg: von dem angeblichen Schutze der Verwundeten, von der vielberühmten Heiligung des Roten Kreuzes.

Innere Besichtigung.

Der große Längsblutleiter ist leer ... zerrissen. ... Nach Herausnahme des Gehirnes erscheinen die Blutleiter auf dem Schädelgrund zerrissen; breiig zermalmte Gehirnmassen, Knochenbrei und dunkelrotes Blut bedecken denselben.... Die Kolben der Geruchsnerven und die darüber liegenden Hirnwindungen sind breiig zermalmt, dazwischen zahlreiche kleinere und mittelgroße Knochenstücke…. Das Stirnbein ist in zahllose kleinere und drei größere Stückchen zertrümmert, die ganze rechte knöcherne Nasenhöhle zersplittert..., der rechte Oberkiefer, mit Ausnahme des Zahnfortsatzes, zeigt sich gänzlich zermalmt.

So schauen in Wirklichkeit die "humanen" Geschoßwirkungen aus. In einem anderen Falle zeigt sich bei einem auf 350 Meter Entfernung getroffenen Musketier ein Einschussquerschnitt von 5 Zentimeter infolge "Querschusses", die Leber wurde teilweise als schmierige und zerdrückbare Masse zwischen den Dünndarmschlingen aufgefunden... [Anmerkung Josef Strasser]

[460] Boerner, Der Einfluss der modernen Kriegsfeuerwaffen auf den Sanitätsdienst bei der Feldarmee. [Anmerkung Josef Strasser]; Boerner, E.: Der Einfluss der modernen Kriegsfeuerwaffen auf den Sanitätsdienst bei der Feldarmee unter Berücksichtigung der Erfahrungen im Russisch-Japanischen Krieg. – Leipzig 1909

V. Der Schutz und die Pflege der Verwundeten im Kriege.

1. Von Genf bis London.

Der Schutz und die Pflege der Verwundeten im Kriege ist älteres Kriegsrecht, dessen Spuren in zwischenstaatlichen Verträgen bis ins sechzehnte und siebzehnte Jahrhundert zurückzuführen sind. Gab es auch kein Staatssanitätswesen, so hatten doch die Städte, wie Nürnberg, Spandau usw., für Sanitätstrains und Lazarette zur eigenen Entlastung gesorgt, während die Söldner oft genug auf eigene Rechnung ihren Feldscher hielten. Doch alle diese staatlichen oder privaten Einrichtungen galten nicht für die Zeit der Schlacht. Noch in Friedrich Wilhelms I.[461] "Reglement vor die Infanterie" heißt es: "Solange aber die Schlacht währt, darf kein Verwundeter vom Schlachtfeld fortgeschafft werden", es sei denn, dass "ein Offizier seinen Bedienten befiehlt, ihn (den Offizier) fortzubringen". So blieben noch unter Friedrich dem Großen die Verwundeten unbetreut liegen, in der kalten Novembernacht nach der Schlacht bei Torgau zum Beispiel 9.742 Mann. Erst der Generalchirurgus Napoleons, Larrey,[462] begann die Aufstellung "fliegender Ambulanzen" und eine intensivere Pflege während der Schlacht.

Erst die großen Kriege des neunzehnten Jahrhunderts, die die Straßen Europas mit verkrüppelten Invaliden füllen, mit Menschen, die, zur Ausbeutung durch das Kapital unbrauchbar, die Armenpflege des Staates, der Gemeinden und Privaten belasten, erst diese Kriege der Massenheere regen eine Besserung der Verwundetenpflege im Felde an. Während die Dichter Europas das Lied vom bettelnden Invaliden anstimmen, erscheinen Dunants "Andenken an Solferino",[463] die angesichts der Gräuel dieser Schlacht die Besserung der Verwundetenpflege anregen. In dem Werke Dunants finden wir folgende Schilderung des Abends nach einer Schlacht vor der Genfer Konvention:

In der Stille der Nacht ward ein Ächzen hörbar, man hörte erstickte Seufzer, leidensvolle und furchterfüllte und herzzerreißende Hilferufe. Wer vermöchte jemals die Todeskämpfe dieser fürchterlichen Nacht zu schildern! Die Sonne des folgenden Tages beleuchtete eines der grässlichsten Bilder, die sich die Phantasie zu bilden vermag. Das Schlachtfeld ist überall mit Leichen bedeckt, mit Menschen- und Pferdeleichen, die Wege, die Gräben, die Schluchten, die Büsche, die Wiesen sind mit toten Körpern bestreut, die Wege nach Solferino buchstäblich mit Leichen erfüllt, in kurzen Abständen findet man Blutpfützen. Die während des Tages aufgelesenen unglücklichen Ver-

---

[461] Friedrich Wilhelm I. (1688-1740); aus dem Haus Hohenzollern, König in Preußen (1713-1740), bekannt als „Soldatenkönig“.

[462] Dominique Jean Larrey (1766-1842); französischer Militärarzt und Chirurg.

[463] Henry Dunant (1828-1910); Schweizer Geschäftsmann und christlich-bürgerlicher Humanist; Autor von: *Eine Erinnerung an Solferino* (Originaltitel: *Un souvenir de Solférino*), mit ausschlaggebend für die Gründung des *Komitees der Hilfsgesellschaften für die Verwundetenpflege*, eines Vorläufers des Rotes Kreuzes. Schlacht von Solferino (24.6.1859): im Rahmen der italienischen Unabhängigkeitsbewegung kam es bei Solferino zu einer Schlacht zwischen den Truppen Sardinien-Piemonts / Frankreichs und Österreichs, die mit der Niederlage der österreichischen Armee endete und damit den Weg zur Gründung eines italienischen Nationalstaats ebnete.

wundeten sind bleich, bleifarbig, gänzlich erschöpft. Einzelne, besonders die Schwerverletzten, stieren blöde und scheinen nicht zu verstehen, stumpfsinnig blicken sie, doch ihre Hinfälligkeit hindert nicht die Schmerzgefühle. Andere werden durch nervöse Erschütterungen und konvulsivisches Zittern in Unruhe und Bewegung gehalten; andere, mit klaffenden oder sich entzündenden Wunden, sind toll vor Schmerz, sie flehen, dass man sie töte, und bleiben mit verzerrtem Gesicht in den letzten Zuckungen der Agonie.

Dunant bezeichnete in einem Londoner Vortrag als die Tendenz seines Werkes "den Gedanken einer dauernden Unverletzlichkeitserklärung *der Verwundeten und deren Pfleger*". Eine solche Erklärung sollte das Auslesen der Verwundeten und deren Verbindung in nahen Lazaretten ermöglichen. Die internationale Genfer Konvention vom Jahre 1864 entsprach diesem Bestreben.

Um "die vom Kriege unzertrennlichen Leiden zu mildern, unnötige Härten zu vermeiden und das Los der auf dem Schlachtfeld verwundeten Soldaten zu verbessern",[464] werden in der Genfer Konvention die leichten und die Hauptfeldlazarette als neutral erklärt, sie müssen demgemäß von den Kriegführenden geschützt und geachtet werden. Das Personal der leichten und Hauptfeldlazarette, inbegriffen die mit der Aufsicht, der Gesundheitspflege, der Verwaltung, dem Transport der Verwundeten betrauten Personen sowie die Feldprediger nehmen so lange an der Wohltat der Neutralität teil, als sie ihren Verpflichtungen obliegen und als Verwundete aufzuheben und zu verpflegen sind.[465]

Bevor wir in die kritische Beleuchtung dieser Reformen eintreten, sei festgestellt, dass sich die Genfer Konvention *erst seit der zweiten Haager Konferenz auf den Seekrieg erstreckt*, trotzdem der Seekrieg infolge der Explosions- und Ertrinkungsgefahren seit jeher vernichtender erscheint als der Landkrieg.[466] Auch diese Ausdehnung der Konvention ist unzureichend, denn die Schiffe, die unter dem Neutralitätszeichen des Roten Kreuzes die Verwundetenaufnahme versehen sollen, dürfen nur mit Erlaubnis der Flottenkommandanten, jedoch auf eigene Gefahr, am Schauplatz der Schlacht erscheinen, sie müssen dem Winke des Kriegskommandanten gehorchen und auf dessen Befehl den Schauplatz der Schlacht *verlassen*. Hierzu tritt die Verfügung der Londoner Seekriegsrechtskonferenz, die "Gegenstände und Stoffe, die ausschließlich zur Pflege der Kranken und Verwundeten dienen", der Wegnahme unterwirft, sobald die Zufuhr dieser Gegenstände zum Feinde nicht ausschließlich auf Lazarettschiffen erfolgt.[467]

---

[464] Wortlaut der ersten Genfer Konvention. [Anmerkung Josef Strasser]

[465] Artikel 2 der ersten Genfer Konvention. Die Ergänzung der Konvention im Jahre 1906 hat nur auf dem Gebiet sorgfältigerer Totenschau Neues gebracht. [Anmerkung Josef Strasser]

[466] Während im Landkrieg das Verhältnis der Toten zu den Verwundeten wie 1:5 steht, steht es im Seekrieg etwa wie 1:2, bei Trafalgar und Abukir sogar wie 2:1 auf französischer Seite. [Anmerkung Josef Strasser]

[467] "Das deutsche Weißbuch über die Londoner Konferenz. Artikel 29 und Begründung. Lazarettschiffe "dürfen in keiner Weise die Bewegungen der Kriegsschiffe behindern. Während und nach dem Kampfe handeln sie auf eigene Gefahr. ... Die Kriegsparteien ... können ihre Hilfe ablehnen ... und sie auch zurückhalten". Dritte Haager Konvention, Artikel 4. [Anmerkung Josef Strasser]

Bleiben im Seekrieg spärliche Reste einer Verwundetenfürsorge während der Schlacht noch bestehen, so erscheinen auf dem Wirkungsfeld der Kleinkalibrigen, in der Landschlacht, *alle* Ausübungsmöglichkeiten der Genfer Konvention aufgehoben.

2. Waffentechnik und Barmherzigkeit.

Das moderne Mantelgeschoß ruft befehlend nach *augenblicklich* während der Schlacht eingreifender Verwundetenpflege, weil das Durchschlagen von Adern und die Sprengung innerer Flüssigkeitsteile die Gefahren der Verblutung erhöht und vermehrt. Ebenso fordert die in nahezu allen Fällen der Artillerieverletzungen eintretende Infizierung dringend *sofortige* Hilfe, oft genug operative Eingriffe. Trotzdem ist die Kranken- und Verwundetenpflege gerade unter dem Einfluss der modernen Waffe vom Schlachtfeld verschwunden.

Das moderne Gewehrfeuer führt infolge der niederen Schussbahn und der gewaltigen Feuergeschwindigkeit zur Verhinderung jedes aufrechten Vorrückens. "Nur ein Mensch, der das Leben für nichts mehr achtet, ist fähig, unter dem jetzigen Feuer, zu Pferde oder auch zu Fuß, aber ohne Deckung lange auszuhalten."[468] Und v. Schlieffen schreibt:[469]

Eine völlige Änderung der Taktik stellt sich als notwendig heraus. Es ist nicht möglich, wie im achtzehnten Jahrhundert in zwei Linien gegeneinander aufzumarschieren und bei nicht allzu großer Entfernung Salven auf den Feind abzugeben. Innerhalb weniger Minuten würden beide Armeen durch Schnellfeuer vom Erdboden vertilgt sein. Es ist ausgeschlossen, Napoleonische Kolonnen, so tief wie breit, gegen die feindlichen Stellungen anstürmen zu lassen. *Ein Schrappnellhagel würde sie zerschmettern.* Es ist auch nicht angebracht, wie noch vor kurzen beabsichtigt wurde, durch das Feuer direkter Schützenschwärme den Feind überwältigen zu wollen. *Die Schützenschwärme würden baldigst niedergemacht werden. Nur unter Benutzung von Deckungen, von Bitumen und Häusern, von Mauern und Gräben, von Erhöhungen und Vertiefungen vermag der Infanterist an den Feind heranzukommen, bald liegend, bald kniend, bald stehend muss er suchen ... , durch sein Feuer dasjenige des Feindes zu dämpfen, dann schnell nach vorwärts, eine neue Deckung zu gewinnen. ...* Um eine genügende Deckung zu gewinnen, muss der Infanterist Ellenbogenfreiheit haben – etwa ein Mann auf den Meter. Eine unmittelbare Folge der verbesserten Schusswaffe ist also *eine größere Ausdehnung der Gefechtsfront*. So ist es gekommen, dass während in den Schlachten der letzten zwei Jahrhunderte, alle Waffen und Reserven eingeschlossen, im ganzen zehn bis fünfzehn Mann auf den Meter der Schlachtlinie gerechnet wurden und noch vor vierzig Jahren zehn Mann auf den Schritt als Norm galten, in dem Ost-

---

[468] Von der Goltz, Das Volk in Waffen. [Anmerkung Josef Strasser]; Wilhelm Leopold Colmar Freiherr von der Goltz (1843-1916), preußischer Generalfeldmarschall und Militärhistoriker. Colmar Freiherr von der Goltz: Das Volk in Waffen. Ein Buch über Heerwesen und Kriegführung unserer Zeit. – Berlin 1883

[469] Von Schlieffen, Der Krieg in der Gegenwart. "Deutsche Revue", 1909. Die Studie v. Schlieffens hat im preußischen Generalstab bekanntlich die Autorität eines "allerhöchsten Befehls" angenommen. [Anmerkung Josef Strasser]; Alfred Graf von Schlieffen (1833-1913), Generalfeldmarschall und Chef des Generalstabs

asiatischen Kriege von 1904/05 drei Mann auf den Meter üblich waren, unter welches Maß nach Bedürfnis noch heruntergegangen wurde. ... Armeen in der Stärke derjenigen von Gravelotte und St. Privat[470] werden den vierfachen Raum von damals umspannen.

Aus dem Umstand aber, dass sich das moderne Geschoß auf 700 Meter Entfernung noch über Manneshöhe nicht erhebt, dass es überwiegend ungezielt und durch die Massenhaftigkeit der Schüsse wahllos wirkt, aus alledem folgt, dass auch der Sanitätsdienst im Felde entfallen muss. Der Russisch-Japanische Krieg, in dessen Schlachten die Japaner verhältnismäßig mehr Sanitätstruppen einbüßten als Kavallerie und Artillerie, und die Russen eine große Zahl von Ärzten verloren, hat diese Annahme so sehr bestätigt, dass noch im Laufe des Krieges der Sanitätsdienst *während des Gefechtes ausdrücklich verboten wurde*! Auf Grund dieser Erfahrungen stellt Dr. Boerner[471] fest:

Eine ärztliche Hilfeleistung ist im feindlichen Feuer unmöglich und opfert das Sanitätspersonal ohne Nutzen auf. ... Wo die rasante Kugel herrscht, darf sich niemand ungestraft vom Erdboden erheben. Wollten wir dem nicht Rechnung tragen, so würden uns die Verwundeten auf der Trage erschossen werden, und bald hätten wir keine Krankenträger mehr. ... Die nicht marschfähigen Verwundeten, insbesondere mit Schussbrüchen der unteren Gliedmaßen, müssen also liegen bleiben.

Sie blieben denn auch liegen, *wie sie nach Solferino, und noch früher, wie sie nach Torgau liegen blieben*; nach der Schlacht bei Mukden fand man die Verwundeten, die sich 100 Stunden im offenen Felde im eigenen Blute wälzten, ohne dass sie ausgelesen wurden, schließlich erfroren und erstarrt auf. So schützt die Genfer Konvention die Verwundeten und das Sanitätspersonal!

Und die Verbandstellen, die Feldlazarette? Sie wurden im letzten Krieg (1904/05) vielfach mit einem Kugelregen überschüttet und mussten in wilder Flucht geräumt werden.[472] Boerner erklärt daher, dass im künftigen Krieg die ersten Verbandplätze 1 bis 4 Kilometer hinter der Gefechtsfront etabliert werden müssten. Die Länge einer fechtenden Brigade beträgt nach Schlieffen 6.000 Meter, erst 3 bis 4 Kilometer hinter dieser findet der Verwundete Hilfe – *wenn er diese Hilfe eben aufzusuchen vermag*. So hebt denn Boerner mit Recht hervor:

Noch in anderer Hinsicht macht sich die größere Wirkung der modernen Feuerwaffen bemerkbar: in einem Anwachsen der Zahl jener Gefallenen, die auf der Walstatt sterben, *ehe ihnen überhaupt ärztliche Hilfe gebracht werden kann*.

Die "Humanisierung" der Geschoße und der daraus folgende Zusammenbruch der Genfer Konvention führen demnach zum gleichen Ergebnis: *Mehr Tote, weniger Schwerverwundete*, besser: weniger Verkrüppelte."[473] Diese Tatsache geht auch daraus

---

[470] Schlacht bei Gravelotte (in Frankreich: *Bataille de Saint-Privat*), Schlacht im Deutsch-Französischen Krieg (18.8.1870)

[471] Dr. E. Boerner. Der Einfluß der modernen Kriegsfeuerwaffen auf den Sanitätsdienst bei der Feldarmee. Leipzig 1909. [Anmerkung Josef Strasser]

[472] Boerner, a.a.O. [Anmerkung Josef Strasser]

[473] Koike, Übersicht über die Erfolge des Sanitätsdienstes. Im Russisch-Japanischen Kriege zählten die Japaner 220.812 Verwundete, dazu 47.387 Gefallene, die auf der Walstatt blieben. Von den Ver-

hervor, dass das Verhältnis der Totenzahl überhaupt zur Zahl der Verwundeten in den neueren Kriegen eine Zunahme der ersteren ergibt. Dabei ist noch zu bedenken, dass im modernen Kriege die durch Krankheit verursachten Todesfälle an Zahl verhältnismäßig abgenommen haben, dass weiter eine wissenschaftliche Chirurgie in den Spitälern erst jetzt zur Geltung kommt.[474]

Damit ist der letzte Teil des kapitalistischen Kriegsrechtes der irreführenden Phrase entkleidet: die Errungenschaft der Genfer Konvention, der wirklich neue Teil der Konvention erscheint auf das glatte Nichts reduziert.

1. Weltkrieg

---

wundeten starben noch rund 11.000 Mann. Das Verhältnis der Toten zu den Verwundeten war demnach wie 1:4, ein im Landkrieg nahezu unerhörtes Ergebnis. [Anmerkung Josef Strasser]

[474] Das Mittelalter und das sechzehnte, siebzehnte, achtzehnte Jahrhundert sind von Klagen gegen die tödliche Unwissenheit der Kriegschirurgen erfüllt. Noch an der Schwelle des achtzehnten Jahrhunderts schreibt Godofred Purmanus in der "Chirurgia curiosa": "Und muss man sich über alle Maßen wundern, dass auch nach so langer Zeit noch itzo solche elende Salbader gefunden werden, die dieser alten Methode (Ausbrennen der Wunden mit heißem Öl) folgen und ganz garnicht davon abweichen wollen ... , sagende man hätte es vor vielen Hundertjahren getan, würde also wohl recht seyn und bleiben ..." (Generalstabsarzt Dr. Köhler, Historische Untersuchungen.) [Anmerkung Josef Strasser]

VI. Schluss.

Es gibt kaum ein Gebiet des Rechtes, auf dem klarer und unverhüllter die rechtsbildende Gewalt kapitalistischer Interessen hervorträte als auf dem Gebiet des Völkerrechtes. Da treten die Regierungen *als abgeklärte Gesetzgeber* selbst hervor, Geist vom Geiste ihrer Bourgeoisie, und dabei völlig unbeeinflusst von allen parlamentarischen Rücksichten. So zeigt auch das internationale Kriegsrecht vor allem die charakteristische Zwieschlächtigkeit der kapitalistischen Rechte: Es schützt das Privateigentum der Bourgeoisie im Landkrieg und gibt das Privateigentum der Eingeborenen im Kolonialkrieg dem kapitalistischen Räuber preis, es schützt das Leben des wehrlosen Nichtkombattanten, aber es liefert den waffenlosen Revolutionär, dessen Weib und Kind, der Schärfe des Schwertes aus. Die politische Herrschaft der Bourgeoisie setzt ein mit der Befreiung des bürgerlichen Eigentums von Kriegslasten, und diese Lasten werden auf das "Eigentum" des Proletariats in der Form indirekter Steuern überwälzt. So wenig hat diese Heiligung des Privateigentums im Kriege mit dem "Fortschritt der Kultur" zu tun, dass im Seekrieg der Raub weiter herrscht, weil das anarchische Rivalisieren der Bourgeoisien die Schaffung eines Rechtszustandes auf diesem Gebiet verhindert. Und ebenso wenig darf in den kapitalistischen "Humanisierungsbestrebungen" zur Milderung der Kriegsgräuel mehr als billige Heuchelei gesehen werden. Die Massenwirkung der modernen Waffe fordert zur Erzielung kapitalistischer Kriegszwecke die Heranziehung gewaltiger Truppenkörper, wodurch der Krieg somit quantitativ und qualitativ blutiger gestaltet wird. Auch die Errungenschaften der Verwundetenpflege wurden von diesen Fortschritten der Waffentechnik ausgeschaltet, die Zahl der die Armenfürsorge belastenden Verkrüppelungen wird nicht mehr durch das rasche Eingreifen der Feldsanitätspflege, sondern durch die tödliche Wirkung des Mantelgeschoßes herabgemindert.

Beide Gebiete des Kriegsrechtes, das persönliche und das materielle, sie sind eingegliedert in das *ganze* politische Herrschaftssystem der Bourgeoisie. Nicht als *besondere* Bestrebung, nur als Bestrebung einer umfassenden, das ganze System wandelnden Bewegung kann das Streben nach Beseitigung der Kriegslasten und Kriegsgräuel auf Erfolg rechnen. Das hat Moltke beiläufig auch gemeint, als er den liberaltheologischen Humanitätsdusel eines Bluntschli mit den Worten ablehnte, dass die Beseitigung der Kriegsgräuel nur von einer besser gesitteten Gesellschaft zu erwarten stehe, von einem neuen, besseren, edleren Typus Mensch. Das moderne Proletariat, der neue Typus Mensch, der an den Toren der kapitalistischen Zwingburgen dröhnend hämmert, er wird die kapitalistische Lüge vom kultivierten und humanen Kriege durch die Wirklichkeit der krieglosen Humanität und Kultur ersetzen.

Nationalismus und Sozialismus (1911)[475]

Genosse Pernerstorfer[476] behauptet in seinem "kurzen Wort zur Frage des Sozialismus und Nationalismus" (Kampf, V, 2),[477] dass "der Internationalismus den Nationalismus zur Voraussetzung hat". Diese Auffassung beruht auf einer wunderlichen Begriffsverwechslung. Der Internationalismus setzt nicht den Nationalismus, sondern die Nationen voraus: Wenn es keine Nationen gäbe, so könnte es natürlich auch nichts zwischen den Nationen, nichts Internationales und keinen Internationalismus geben. Aber aus dieser sehr bescheidenen Wahrheit den kühnen Schluss zu ziehen, dass der Nationalismus eine Voraussetzung des Internationalismus ist, vermag nur derjenige, der unter *Internationalismus* die *Summe aller Nationalismen* versteht.

Ein solcher Pannationalismus, wie das Ding im "Kampf" und auf dem Innsbrucker Parteitag treffend genannt worden ist, wäre eine ganz schöne Sache, wenn er nicht voraussetzte, dass jede Nation die Möglichkeit hat, sich zu entwickeln, ohne dadurch die Entwicklung anderer Nationen zu stören. Diese Voraussetzung ist nämlich falsch. In der menschlichen Gesellschaft bestehen neben den Gegensätzen, die wir sofort als Klassengegensätze erkennen, auch noch andere, die vielleicht markierte, vielleicht – wir wollen die Frage offen lassen – überhaupt keine Klassengegensätze sind. Zu diesen schwer zu klassifizierenden Gegensätzen gehören vor allem die nationalen. So stehen wir vor der Frage: Wie verhalten sich Klasseninteresse und nationales Interesse zu einander? Die Frage ist von der höchsten Wichtigkeit, denn jeder von uns gehört sowohl einer Klasse als einer Nation an. Ich bin ein deutscher Arbeiter. Ich habe proletarische Interessen und deutsche Interessen. Sind sie von einander unabhängig? Kann ich die einen durchsetzen, ohne die Durchsetzung der anderen in Frage zu stellen? Modifiziert vielleicht mein Klasseninteresse mein nationales Interesse oder umgekehrt? Widersprechen sie einander am Ende gar? Gibt es eine Rangordnung der Interessen? Geht das Klasseninteresse dem nationalen Interesse vor oder steht die Nation über der Klasse?

Das "Kommunistische Manifest" sagt uns: "Proletarier aller Länder vereinigt euch!" Alle Arbeiter gehören zusammen, gleichviel ob sie Deutsche oder Franzosen, Kathoti-

---

[475] Strasser, Josef (Reichenberg): Nationalismus und Sozialismus. – in: Der Kampf, Jg. 5, Nr. 3, 1.12.1911, S.109ff.

[476] Engelbert Pernerstorfer (1850-1918); österreichischer Sozialdemokrat und Vertreter des rechten Parteiflügels. Er gehörte ursprünglich dem deutschnationalen Kreis um Georg Ritter von Schönerer an, auf seine Initiative entstand 1880 der *Deutsche Schulverein*, 1882 war er an der Erstellung des deutschnationalen *Linzer Programms* beteiligt. Von 1885 bis 1897 und von 1901 bis 1918 war er Reichsratsabgeordneter, ab 1896 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Pernerstorfer vertrat als Parteiführer der Sozialdemokratie die deutschnationale Richtung der Arbeiter/innen/bewegung.

[477] Pernerstorfer, Engelbert: Ein kurzes Wort zur Frage des Sozialismus und Nationalismus. – in: Der Kampf, Jg. 5, Nr. 2, 1.11.1911, S.56ff.

ken oder Protestanten, Männer oder Frauen, qualifizierte oder unqualifizierte Arbeiter sind. Diese Wahrheit wird sehr oft missverstanden. Sie wird so aufgefasst, als ob es im Proletariat keine gegensätzlich interessierten Gruppen und Individuen gäbe, als ob alle Arbeiter dieselben Interessen hätten. Aber das ist falsch. *Nur* das *Klasseninteresse* ist *allen* Arbeitern gemein. Im übrigen bestehen im Proletariat, wie in jeder anderen Klasse, sehr viele Gegensätze. Aber die Entwicklung dieser inneren Widersprüche nimmt einen anderen Verlauf in den besitzenden Klassen, einen anderen im Proletariat. Je weiter sich der Kapitalismus entwickelt, desto stärker empfinden die verschiedenen Fraktionen des Bürgertums die Notwendigkeit, die berühmte "eine reaktionäre Masse"[478] zu werden, desto mehr zerreißen aber auch innere Gegensätze das Bürgertum – ein tragischer Widerspruch, der so possierliche Erscheinungen zeitigt, wie den Deutschen Nationalverband.[479] Das Gruppeninteresse, ja das persönliche Interesse gewinnt in der Seele des Bürgerlichen immer mehr die Oberhand über das Klasseninteresse. Im Proletariat geht die Entwicklung in der entgegengesetzten Richtung, vom Sonderinteresse zum Klasseninteresse. Sie muss so gehen, nicht weil die Arbeiter sittlich höher stehen als die Kapitalisten, sondern weil die wirtschaftlichen Verhältnisse ihnen eine höhere Moral aufzwingen. Nehmen wir ein ganz einfaches Beispiel: In einer Fabrik wird eine Arbeitsstelle frei. Es melden sich mehrere Bewerber. Der Interessengegensatz ist da: Jeder Arbeitslose hat das Interesse, die anderen niederzukonkurrieren. Wie vollzieht sich dieser Konkurrenzkampf? Die Arbeiter unterbieten einander. Die Stelle bekommt derjenige, welcher für den geringsten Lohn die meiste und beste Arbeit zu liefern verspricht. Er hat sein persönliches Interesse durchgesetzt, aber zugleich sein Klasseninteresse preisgegeben. Denn indem er mehr arbeitet und weniger verlangt als sein Vorgänger, hat er die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse verschlechtert. Und diese Verschlechterung bedeutet schließlich auch die Verschlechterung seiner persönlichen Verhältnisse. Darum kann die Lohndrücker- und Streikbrechermoral auf die Dauer nicht die allgemeine proletarische Moral bleiben. Nur einzelnen Individuen kann sie nützen, die Masse verelendet sie. Der Arbeiter muss erkennen, dass er, wenn er sein persönliches Interesse über das Klasseninteresse stellt, auch sein persönliches

---

[478] Das *Gothaer Parteiprogramm* wurde bei der Vereinigung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht mit dem *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein* (ADAV) unter dessen letztem Präsidenten Wilhelm Hasenclever (1837-1889) auf dem Gothaer Kongress vom 22. Mai bis 27. Mai 1875 vereinbart. Die These 4 des neuen Parteiprogramms lautete: "*Die Befreiung der Arbeit muss das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle andren Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.*" In seiner vehementen Kritik des *Gothaer Programms* kritisierte Marx unklare Formulierung von einer *Befreiung der Arbeit*, vielmehr müsse die Befreiung des Proletariats nach Marx die Tat der Arbeiter selbst sein. Ebenfalls kritisierte er die Darstellung aller anderen Klassen als der Arbeiterklasse als eine reaktionäre Masse ("*Hat man bei den letzten Wahlen Handwerkern, kleinen Industriellen etc. und Bauern zugerufen: Uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse?*") und forderte eine Differenzierung. – vgl. dazu: Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms. - in: MEW 19, S.23

[479] *Deutscher Nationalverband*: loser Dachverband und Bündnis der 104 deutschnationalen und deutschliberalen Abgeordneten des Reichsrats nach dessen letzter Wahl 1911, in verschiedene Parteien und Gruppierungen gespalten. Der *Deutsche Nationalverband* bildete vor dem Ersten Weltkrieg die stärkste politische Gruppe im Reichsrat, spaltete sich aber im Krieg in eine Vielzahl von Parteien und Organisationen.

Interesse schlecht versteht, dass er den Ast absägt, auf dem er sitzt, wenn er sich durch den Kampf mit seinen Arbeitsgenossen, nicht im Verein mit ihnen zu helfen sucht. Diese Erkenntnis wird dem Proletariat freilich nicht über Nacht, es muss blutiges Lehrgeld für sie bezahlen. Es dauert sehr lange, bis es begreift, dass gegenüber dem Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat alle Gegensätze innerhalb des Proletariats belanglos sind, dass jeder Streit im Proletariat, mag er sich um wirtschaftliche, konfessionelle, nationale Dinge drehen, eine Schwächung des Proletariats und eine Stärkung seiner Gegner bedeutet. Das Proletariat kommt spät, durch eine langwierige und schmerzliche Entwicklung, zu dieser Einsicht, aber es kommt zu ihr. Es versteht schließlich, dass der Proletarier alles nur vom proletarischen Standpunkt betrachten darf, dass er sich unter keiner Bedingung auf einen anderen (religiösen, nationalen etc.) Standpunkt stellen darf. Für den aufgeklärten Proletarier ist *der Proletarier das Maß der Dinge, nicht der Deutsche, nicht der Katholik usw.*

Ist das richtig, so kann der proletarische Internationalismus unmöglich das bedeuten, was sich Genosse Pernerstorfer unter ihm vorstellt. Pernerstorfer meint: "Der moderne Sozialismus ist so national, dass er die Rechte aller Nationen anerkennt. Er tritt direkt und einmütig für alle unterdrückten Nationen ein." Das ist eine sehr unbestimmte Ausdrucksweise. Was ist das Recht der Nation? Und was ist unter dem direkten und einmütigen Eintreten für die unterdrückten Nationen zu verstehen? Setzen wir den Fall, eine unterdrückte Nation rafft sich zum Kampf gegen ihre Herren auf, und nehmen wir weiters an, die allgemeine politische Situation ist eine derartige, dass dieser Befreiungskampf eine Stärkung der Reaktion zur Folge haben muss. Wie werden wir uns verhalten? Werden wir direkt und einmütig für die unterdrückte Nation eintreten oder werden wir die schwere Schädigung des Proletariats, die ihre Erhebung zur Folge haben müsste, mit aller Kraft abzuwehren suchen? Werden wir das Recht der Nation anerkennen oder werden wir erklären: Dem Recht des Proletariats muss jedes andere Recht weichen? Pernerstorfer müsste, um seiner Auffassung des Internationalismus treu zu bleiben, für die Unterstützung des um sein nationales Recht kämpfenden Volkes eintreten, ein konsequenter Sozialdemokrat aber dürfte es nicht. Für den Sozialdemokraten gibt es nur eine Frage: Wie kommt das Proletariat am raschesten ans Ziel? Und alles, was den Emanzipationskampf des Proletariats stört und aufhält, muss er, gleichviel was es sei, abzuwehren versuchen. Sein Internationalismus kann nicht Pannationalismus sein, er bedeutet nicht die Anerkennung der Ansprüche aller Nationen auf eine freie, ungehemmte Entwicklung, denn eine solche Entwicklung ist unmöglich, er bedeutet etwas ganz anderes: dass die Proletarier aller Länder zusammengehören, dass *die proletarischen Interessen über den nationalen stehen*, dass nationale Gegensätze die Einheit des Proletariats nicht stören dürfen.

Genosse Pernerstorfer ist allerdings der Meinung, dass Klasseninteressen und nationale Interessen einander nicht widersprechen und er behauptet: "Man kann ein sehr guter Deutscher, ein ausgezeichneter Tscheche, ein vortrefflicher Italiener und dennoch ein leidenschaftlicher internationaler Sozialdemokrat sein." Die Frage, ob man zugleich ein "guter Deutscher" und ein guter Sozialdemokrat sein kann, will ich nicht untersuchen, denn es ist mir trotz einem mehrjährigen eifrigen Nachforschen nicht gelungen herauszubekommen, was das eigentlich ist: ein guter Deutscher – und unsere guten

Deutschen haben sonderbarerweise den Versuch, sich selber zu definieren, noch nicht unternommen. Aber ich behaupte, dass Klasseninteressen und nationale Interessen einander widersprechen. Jede Klasse gerät in diesen Widerspruch, allerdings jede an einem anderen Punkt. Ich bin ein Deutscher. Als solcher habe ich das Interesse, dass die deutsche Sprache, die deutsche Kultur, deutsche Art, deutsche Sitte möglichst weit verbreitet sind, denn je deutscher die Welt, je grösser das Bereich des Deutschtums ist, desto leichter und bequemer wird mir das Leben. Ich kann in einem fremden Land um so leichter fortkommen, je besser man meine Sprache dort versteht, und ich werde mich dort um so rascher einleben, je mehr die Bewohner dieses Landes von deutschem Wesen beeinflusst sind. Als Deutscher hätte ich also eigentlich das Interesse, die ganze Welt zu germanisieren. Aber ich kann dieses Interesse nicht durchsetzen, denn ich habe noch andere stärkere Interessen. Ich muss von irgendetwas leben. Ich muss entweder arbeiten in der Fabrik oder am Schreibtisch oder auf dem Feld – oder ich muss andere für mich arbeiten lassen, sie ausbeuten. Das nimmt meine Kraft so in Anspruch, dass mir für meine nationalen Interessen wenig übrig bleibt. Ich kann nur so weit deutsch sein, so weit ich nicht Proletarier, Kapitalist, Spracharbeiter bin. Als Kapitalist werde ich tschechische Arbeiter ins deutsche Land ziehen, weil sie billiger arbeiten als die deutschen, und mich den Teufel darum kümmern, dass ich dadurch ein Stück deutscher Welt entdeutsche, obwohl ich als Deutscher an der Ausbreitung des Deutschtums interessiert bin. Als Spracharbeiter werde ich für deutsche Ämter und Schulen kämpfen, aber meine Frau wird ein tschechisches Dienstmädchen halten und bei tschechischen Geschäftsleuten einkaufen. Wieder anders werde ich mich als Proletarier verhalten. *Jede Klasse stellt ihr Klasseninteresse über das nationale Interesse, jede Klasse ist nur so weit national, als es ihre Klasseninteressen erlauben.* Warum soll es gerade das Proletariat anders machen? Warum soll es, wo sein Klasseninteresse mit dem nationalen Interesse in Konflikt kommt, dieses über jenes stellen? Das nationale Interesse muss dem proletarischen Interesse untergeordnet werden, sobald es ihm widerspricht, sonst opfert sich der Proletarier – und zwar nicht für die Nation, sondern für die anderen Klassen. Er macht dann nicht mehr proletarische, sondern bürgerliche Politik.

Wenn also Genosse Pernerstorfer sagt: "Aus der nationalen Betätigung einer sozialdemokratischen Partei ist ihr also ein Vorwurf nicht zu machen", so ist dieser Satz mit Vorsicht aufzunehmen. Es kommt alles darauf an, was man unter "nationaler Betätigung" versteht. Meint Genosse Pernerstorfer mit der nationalen Betätigung eine proletarische Betätigung, die nationale Konsequenzen hat, so werden wir ihm natürlich beipflichten müssen. Meint er aber etwas anderes, so müssen wir ihm widersprechen. Jede "nationale" Betätigung, die uns nicht das proletarische Interesse diktiert, ist verwerflich, weil nationalistisch.

Genosse Pernerstorfer unterscheidet allerdings verschiedene Arten von Nationalismus. Er unterscheidet zwischen national und nationalistisch. Aber worin besteht der Unterschied dieser beiden Begriffe? Was unterscheidet den Nationalen vom Nationalisten? Der Nationale ist ein gestutzter Nationalist, nicht wesentlich, nicht prinzipiell, nur quantitativ, nur graduell etwas anderes als der Nationalist. Es gibt keinen guten und schlechten, keinen wahren und falschen Nationalismus. Oder bedeutet der Sozialismus

etwa den wahren Nationalismus, wie er nach der Meinung mancher Sozialisten das "wahre" Christentum bedeutet? Diese Auffassung müssen die Arbeiter ablehnen, denn sie ist nur ein kümmerlicher Notbehelf jener Agitatoren, die die Vorurteile der Gegner nicht widerlegen können, weil sie sich selber von ihnen noch nicht ganz frei gemacht haben. Sie ist nur ein Versuch, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, und solche Versuche nehmen immer ein schlechtes Ende. Wir können dem Nationalismus der Gegner nicht einen anderen, "wahren", "guten" Nationalismus entgegenstellen, nicht einen Nationalismus "in der edelsten Bedeutung des Wortes", sondern nur den intransigenten Internationalismus, der alle nationalen Dinge mit proletarischen Augen ansieht.

Wohin wir mit dem Nationalismus kommen, der angeblich die Voraussetzung des Internationalismus ist, zeigt der Artikel des Genossen Pernerstorfer sehr deutlich. Pernerstorfer ist mit den Separatisten nicht zufrieden, weil er kein rabiater, sondern ein zivilisierter Nationaler ist, aber er kann nicht genug Milderungsgründe für die Separatisten geltend machen, weil er eben doch ein Nationaler und kein Internationaler ist. Wenn wir dem Genossen Pernerstorfer folgten, so könnten wir an die Stelle der durch Separatismus gesprengten Gesamtpartei sehr bald eine separatistische Internationale setzen, also ein Unding, das das Ende nicht nur des Internationalismus, sondern des proletarischen Sozialismus überhaupt bedeuten würde.

Genosse Pernerstorfer macht zum Schluss den Anhängern des "alten" Internationalitätsgedankens den Vorwurf der "Welt- und Lebensfremdheit". Wir kennen diesen Vorwurf. Die Revisionisten machen ihn den Radikalen ja überall. Aber sie befinden sich dabei in einer kleinen Selbsttäuschung. Wie die "neuen" Ideen, mit denen sie unsere "veralteten" Theorien modernisieren wollen, nur die allerältesten bürgerlichen Vorurteile sind (der Revisionismus hat nicht einen einzigen originellen Gedanken gehabt), so sind es auch nicht die Radikalen, sondern die Revisionisten, die den Vorwurf der Welt- und Lebensfremdheit verdienen. Denn wenn sie von Welt und Leben reden, haben sie immer nur die bürgerliche Welt, das bürgerliche Leben vor Augen, sie ignorieren die Tatsache, dass das Proletariat seine eigene Welt hat und sein eigenes Leben führt. Und in dieser proletarischen Welt, aus den Notwendigkeiten des proletarischen Lebens ist der Internationalismus entstanden, und er wird darum noch leben, wenn die Episoden des rabiaten Separatismus und des humanen Pannationalismus längst der Geschichte angehören werden.

Der Arbeiter und die Nation

(1912)[480]

Die Frage

Der Mensch ist ein Bündel von Widersprüchen. Das Individuum, das "gesellschaftliche Atom", ist selber eine ganze Gesellschaft – eine Gesellschaft, in der es meist sehr lebendig, oft unfriedlich zugeht, in manchen Fällen unfriedlich bis zum Selbstmord. Nicht zwei, hundert Seelen wohnen in der Brust auch des armseligsten Menschen und jede strebt nach der Alleinherrschaft, die sie doch nicht erringen kann, ohne die ganze Gesellschaft zu zerstören. Jeder einzelne liegt, wie mit seiner Umwelt, so auch mit sich selber beständig im Kampf, und die Geschichte eines Menschen ist nur zu verstehen als die Entwicklung der Widersprüche, die sein Ich ausmachen. Interessengegensätze bestehen nicht nur zwischen verschiedenen Individuen, *jeder Mensch hat gegensätzliche Interessen.* Wie in jeder anderen Gesellschaft entwickelt sich auch im Individuum eine Verfassung. Wir nennen sie gemeinhin Vernunft. Wie die Verfassung eines Staates, wenn schon nicht formell, so doch nach ihrem Inhalt nichts anderes ist als ein Kompromiss zwischen den Klassen, die in diesem Staate leben, so ist die Vernunft, die Verfassung des einzelnen, ein Kompromiss zwischen seinen verschiedenen Begierden. Dieser entwickelt sich erst allmählich. Niemand bringt seine Vernunft mit auf die Welt, jeder muss Lehrgeld für sie zahlen. Zuerst lassen wir allen unseren Neigungen freien Lauf, wir gehen ohne alle Rücksicht auf den größtmöglichen Lustgewinn aus. Dabei stoßen wir auf Widerstände – in der Außenwelt und in uns selber. Unserer Habsucht z.B. werden Grenzen gesetzt sowohl durch äußere Hindernisse, als auch durch unseren Ehrgeiz, unsere Genusssucht, unsere Liebe zu anderen usw. Wir begreifen, dass sich nicht alle unsere Triebe ungehemmt entwickeln dürfen, weil die Widersprüche zwischen ihnen, voll entfaltet, unseren Untergang herbeiführen müssten. Aus den zuwideren Erfahrungen, die wir machen, lernen wir unsere Neigungen zügeln, unsere Widersprüche fruchtbar machen, uns auf eine praktische Weise widersprechen. Wir verzichten auf einiges, auf vieles, auf das meiste, um nicht alles zu verlieren. Wir bescheiden uns, wir treffen ein Abkommen mit uns selber, wir werden vernünftig. Vernunft ist die rechtzeitige Erinnerung an empfangene Prügel.[481]

Nicht alle haben dieselbe Vernunft, können sie nicht haben. Was für den einen das Vernünftige ist, kann für den anderen aberwitzig sein. Der Mann hat eine andere Vernunft als die Frau, der Greis eine andere als der Jüngling, der Künstler eine andere als der Bürokrat. Jede Verschiedenheit unserer Veranlagung und unserer Verhältnisse be-

[480] Strasser, Josef: Der Arbeiter und die Nation. – Reichenberg 1912

[481] Das ist auch die Volksmeinung. Beweis dessen die Nebenbedeutung der Wörter: gerissen, gerieben, abgebrüht, g'haut, 'brennt usw. Auch das Sprichwort: "Das gebrannte Kind fürchtet das Feuer" zeigt, dass das Volk sehr wohl weiß, auf welchen Wegen wir zur Vernunft kommen. [Anmerkung Josef Strasser]

dingt eine Abweichung unserer Vernunft von der der anderen. Wer nicht *seine* Vernunft hat, der hat überhaupt keine.

Was vom Individuum gilt, das gilt auch von jeder Gruppe von Individuen, von einem Kaffeekränzchen, einem Schachklub, einer philosophischen Gesellschaft so gut wie von einem Stand, einer Kaste, einer Religionsgenossenschaft, einer Nation. Auch in jeder *Klasse* bestehen, wie in jedem Individuum, Interessengegensätze, und die Klasse kann sich nur behaupten, wenn sie dieser Gegensätze Herr wird, wenn sie ihre Widersprüche überwindet. Und es ist ein verlässliches Zeichen des Verfalls, wenn eine Klasse ihre Ideologie preisgibt, d.h. mit ihren inneren und äußeren Widersprüchen nicht mehr fertig werden kann.

Wie jedes Individuum, so muss auch jede Klasse ihre Vernunft selbst hervorbringen. Und wie der einzelne nicht aus Moralpredigten, sondern nur aus seinen unangenehmen Erlebnissen lernt, so die Klasse nur aus ihren Niederlagen. Nehmen wir das *Proletariat.* Kein Sozialdemokrat fällt vom Himmel. Wohl sagen wir: Der Sozialismus ist die proletarische Weltanschauung, aber das bedeutet nicht, dass die sozialistischen Ideen dem Arbeiter angeboren sind. Er muss sich sein Klassenbewusstsein mühsam erarbeiten. Nichts ist dem Proletariat in seinen Anfängen fremder als sein Ureigenstes, die proletarische Denkweise: behaftet mit allen bürgerlichen Vorurteilen tritt es in die Geschichte ein; die Klasse, die berufen ist, die gewaltigste aller gesellschaftlichen Revolutionen zu vollziehen, hängt lange Zeit an kleinbürgerlich-reaktionären Idealen. Erst im Laufe einer ebenso langwierigen als schmerzhaften Entwicklung bringt die kapitalistische Wirklichkeit den Arbeitern die schreienden Widersprüche zwischen ihren überkommenen bürgerlichen Anschauungen – also ihrer proletarischen Unvernunft – und ihrer gesellschaftlichen Lage zum Bewusstsein. Das Proletariat muss ungeheures Leid erdulden, ehe es sich von seinen unproletarischen Traditionen freimacht, sich auf die eigenen Füße stellt, "seinen eigenen Kopf aufsetzt", seine eigene, die proletarische Vernunft entwickelt.

Dass die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein muss, erscheint uns heute als eine Binsenwahrheit. Aber wie lange hat das Proletariat gebraucht, bis es die Notwendigkeit des Klassenkampfes erkannte! Wie schwer ist ihm die Einsicht in diese Notwendigkeit geworden, mit welcher Leidenschaft hat es seinen Aberglauben verteidigt, ja wie oft erleben wir es noch heute, dass große Schichten des Proletariats zu Meinungen zurückkehren, die längst als abgetan gegolten haben! Was ist der Revisionismus anderes als ein Rückfall in bürgerliche Anschauungen, ein Versuch, in die proletarische Weltanschauung dieses oder jenes bürgerliche Vorurteil einzuflicken? Ist die Blockpolitik nicht die alte Harmonieduselei? All der Unsinn, der heute hochnäsig den Anspruch erhebt, für das Ergebnis der neuesten wissenschaftlichen Forschung genommen zu werden, steht bereits in einem ehrwürdigen Alter, er stammt aus den Kinderjahren des Proletariats. Der Revisionismus hat nicht einen einzigen originellen Gedanken gehabt, seine Lehren sind nur die "wissenschaftliche" Formulierung der kindlichen Irrtümer, in denen das Proletariat am Beginn des kapitalistischen Zeitalters befangen war. Wie hat es denn damals ausgesehen? Der Klassenkampf, den der Revisionismus, wenn er konsequent sein will, verpönen muss, weil ein "Zusammenarbeiten" des Proletariats mit anderen Klassen, wie die Erfahrung lehrt,

nur möglich ist, wenn die Arbeiter den proletarischen Standpunkt verlassen, dieser Klassenkampf erscheint dem naiven Proletarier als ein Ding der Unmöglichkeit, besser gesagt: er denkt überhaupt nicht an seine Möglichkeit. Er sucht sein Heil in einem guten Einvernehmen mit dem Kapitalisten. Er arbeitet für seinen Ausbeuter wie ein Pferd, liest ihm jeden Wunsch von den Augen ab, ist unterwürfig, kriecherisch, vernadert[482] seine Mitarbeiter, kurz er sucht eine bessere Stellung zu ergattern, indem er alle Sklavenlaster übt. Er weiß nichts von Solidarität. Er sieht in seinem Mitarbeiter nicht den Genossen, sondern den Konkurrenten. Nicht im Verein mit den anderen Arbeitern und im Kampf gegen den Unternehmer will er vorwärts kommen, sondern im Kampf gegen die Klassengenossen und im Frieden mit dem Kapitalisten. Die Fehlerhaftigkeit seiner Logik liegt auf der Hand: seine Rechnung kann nur richtig sein, so lange nur einzelne so rechnen wie er; tun es alle, wird das Schuften, das Schweifwedeln, das Denunzieren allgemeiner Brauch, so entfällt für den Unternehmer jeder Grund, die "Bravheit" zu belohnen – Musterknaben werden nur prämiert, wenn sie Ausnahmen sind. Mit anderen Worten: die Lohndrücker- und Streikbrechermoral kann auf die Dauer nicht die allgemeine proletarische Moral sein, denn gerade durch ihre Verallgemeinerung macht sie sich unmöglich. So kommen die Arbeiter zu der Erkenntnis, dass sie ihre Lage nur verbessern können, wenn sie sich zum Kampf gegen die Ausbeutung zusammenschließen. Von da bis zum ausgereiften Klassenbewusstsein führt freilich noch ein sehr langer und beschwerlicher Weg. Wenn der Arbeiter auch schon weiß, dass er allein nichts ausrichten kann, so ist er doch noch weit entfernt von der Auffassung, dass alle Arbeiter zusammengehören. Von Klassenbewusstsein ist auf dieser Stufe der Entwicklung noch keine Rede, nur von dessen ersten dumpfen Regungen. Noch sieht der Proletarier über seine Fabrik, seine Stadt, seine Branche nicht hinaus, noch blickt der gelernte Arbeiter mit aristokratischem Hochmut auf den ungelernten herab, noch betrachtet der Einheimische missgünstig den zugewanderten "Fremden". Aber die Wahrheit, dass sich die Arbeiter *ohne Rücksicht auf irgendwelche zwischen ihnen bestehende Gegensätze* vereinigen müssen, ist nun einmal auf dem Marsch. Zwar sucht die Bourgeoisie die Entwicklung des proletarischen Klassenbewusstseins mit allen Mitteln zu verhindern. Es gibt keinen Gegensatz, keinen Unterschied zwischen den Arbeitern, den sie nicht auszunützen bemüht wäre. Sie nährt den Künstlerstolz, der gewissen Arbeitergruppen eigen ist, sie hetzt den qualifizierten Arbeiter gegen den unqualifizierten, sie fruktifiziert[483] die in der Arbeiterschaft noch lebendigen religiösen und nationalen Vorurteile. Aber sie vermag die Entwicklung nur zu verzögern, nicht ihr Halt zu gebieten. Es kommt die Zeit, in der der Mahnruf des Kommunistischen Manifestes: "Proletarier aller Länder vereinigt euch!" in tausend und abertausend Proletarierherzen ein Echo weckt. Das Proletariat hat sich sein Klassenbewusstsein erarbeitet. Noch sind nicht die Arbeiter aller Berufe, aller Nationen dazu erwacht, noch kann es einzelnen, selbst großen Gruppen von Arbeitern wieder getrübt werden, ja verloren gehen, aber für die Klasse ist die Erkenntnis der Zusammengehörigkeit aller Arbeiter zum Kampfe gegen den Kapitalismus ein unverlierbarer Besitz geworden.

---

[482] vernadern: preisgeben, verraten
[483] fruktifizieren: Früchte bilden, nutzbar machen

Was bedeutet nun die Aufforderung des Kommunistischen Manifestes? Will Marx sagen, dass das Klasseninteresse des Arbeiters dessen sämtliche Interessen einschließt, sodass z.B. Arbeiter verschiedener Nationalität keine gegensätzlichen Interessen haben können? Oder meint er, dass Interessenverbände, auch nationale, innerhalb des Proletariats möglich sind, dass aber alle derartigen besonderen Gruppeninteressen unberücksichtigt bleiben müssen, wenn nicht das proletarische Gesamtinteresse zu kurz kommen soll? Oder ist er am Ende gar der Meinung, dass die Arbeiter überhaupt keine nationalen Interessen haben, dass also, was man so nennt, nur bürgerliches Interesse ist, das aus demagogischen Gründen unter einem irreführenden Namen auftritt?

Dass es innerhalb des Proletariats Interessengegensätze gibt, ist evident. Wenn sich zwei Arbeiter um dieselbe Arbeitsstelle bewerben, so sind sie schon gegensätzlich interessiert. Erringt nun der eine diese Stelle, indem er überdurchschnittliche Leistungen anbietet und unterdurchschnittliche Forderungen stellt, so hat er wohl sein momentanes persönliches Interesse durchgesetzt, aber er hat zugleich die allgemeinen Arbeitsbedingungen verschlechtert, also seine Klasse geschädigt und damit auch seine eigenen Aussichten vermindert. Er hat, wie alle schlechten Wirte, der Gegenwart die Zukunft geopfert. Die Versuchung zu solcher Wirtschaft tritt an die Arbeiter täglich heran, aber je öfter sie ihr erliegen, desto rascher erkennen sie, dass diese Wirtschaft unvernünftig ist, dass die Masse der Arbeiter auf keinen grünen Zweig kommen kann, wenn sie nicht ihre persönlichen Interessen dem Klasseninteresse unterordnen. Nicht anders verhält es sich mit den Brancheninteressen. Ein Blick in die englische Gewerkschaftsgeschichte zeigt uns, wohin die Arbeiter kommen, wenn sie sich zünftlerisch gegeneinander abschließen und in der Verfolgung ihrer beruflichen Interessen das Klasseninteresse außer acht lassen.

Wie steht's nun mit den nationalen Interessen? Begeben sich die Arbeiter nicht auf einen Irrweg, wenn sie eine nationale Politik anstatt einer Klassenpolitik treiben? Die nationalistischen Demagogen bestreiten das. Nach ihrer Lehre ist nicht die Klasse, sondern die *Nation* die höchste, die wichtigste Interessengemeinschaft. Sie erklären: Die Nation ist ein Organismus, und die Klassen, in die sie zerfällt, sind voneinander ebenso abhängig, wie die einzelnen Organe eines Lebewesens miteinander in Wechselwirkung stehen. Darum müssen sich die deutschen Arbeiter mit den deutschen Fabrikanten, Handwerkern, Bauern vereinigen, wenn sie etwas erringen wollen, nicht mit den tschechischen, polnischen, italienischen Arbeitern. Nicht alle Klassengenossen, sondern alle Volksgenossen gehören zusammen.

Diese Theorie ist nur eine Modernisierung des Märchens von der Interessenharmonie. Dennoch ist die Arbeiterklasse von ihr nicht unberührt geblieben. Die tschechoslawische "Sozialdemokratie" ist durch die eigenartigen Verhältnisse, unter denen die tschechischen Arbeiter leben, ganz in den Bann nationalistischer Anschauungen geraten. Sie glaubt dem Nationalismus die rührende Geschichte des Menenius Agrippa,[484]

[484] Agrippa Menenius Lanatus (auch *Menenius Agrippa*) (* vor 540 v.u.Z.; †493 v.u.Z.), Politiker der Frühzeit der Römischen Republik, der 494 v. Chr. durch eine Parabel die Plebejer/innen angeblich zum Abbruch ihrer ersten Sezession bewog. Als im Rahmen der Ständekämpfe die Plebejer 494 v.u.Z. aus der Stadt auszogen, um gegen ihre ungerechte Behandlung durch die Patrizier zu protestieren, schickte der Senat Agrippa aus, um sie zu überzeugen, wieder zurückzukehren. Dies soll ihm

dass die unteren Klassen einer Nation nur gedeihen können, wenn sie der Nation, wie die herrschenden Klassen sich zu nennen belieben, mit Hingebung dienen, genauso, wie der menschliche Organismus nur gesund bleiben kann, wenn dem Magen die anderen Organe genug Nahrung zuführen. Aber auch die deutsche Sozialdemokratie hat sich von nationalistischen Anwandlungen nicht ganz frei zu erhalten vermocht. Freilich, zu den Kräften, die in ihr wirken, gehört der Nationalismus noch nicht. Die Masse der deutschen Arbeiterschaft ist von Haus aus international gestimmt, und so ist der Nationalismus in unserer Partei bis heute nicht viel mehr gewesen als eine persönliche Schrulle einzelner Genossen. Aber ein prinzipieller Gegensatz besteht zwischen den Anschauungen des Separatisten *Nemec*[485] und denen des nationalen Sozialdemokraten *Pernerstorfer* nicht. Beide wollen dasselbe, und wenn der Nationalismus des einen rabiat und stößig, der des anderen zivilisiert und temperiert ist, so erklärt sich das nicht aus einem Gegensatz ihrer Grundanschauungen, sondern aus der Verschiedenheit ihrer historischen Situation. Gingen die deutschen Arbeiter den Weg, den Pernerstorfer für den rechten hält, so müssten sie früher oder später dorthin kommen, wo Nemec und die Majorität der tschechischen Arbeiterschaft heute stehen.

Bisher haben die deutschen Proletarier keine Lust gezeigt, diesen Weg einzuschlagen. Das hat die nationalistische Demagogie, die seit einigen Jahren verzweifelte Anstrengungen macht, das Proletariat "zu seiner nationalen Pflicht zurückzuführen", bewogen, ihre Lehren sozialistisch aufzuputzen. Sie versucht ihr Glück mit einer Melange von Sozialismus und Nationalismus. Danach ist der Mensch ein Amphibium: er gehört einmal einer Klasse und einmal einer Nation an. Er ist einmal ein Deutscher, ein Franzose, ein Engländer und einmal ein Fabrikant, ein Bauer, ein Arbeiter. Er hat Klasseninteressen und er hat nationale Interessen. Und diese haben mit jenen gar nichts zu tun. Den nationalen Kampf also muss die deutsche Arbeiterklasse, wie immer sie für ihre Klasseninteressen kämpft, im Verein mit den anderen Klassen des deutschen Volkes führen. Der deutsche Proletarier mag als Proletarier machen, was er will, als Deutscher ist er an den heiligen Gütern der deutschen Nation ebenso interessiert wie der deutsche Kapitalist, und darum muss er mit diesem zusammengehen, wenn es sich um nationale Fragen handelt.

Diese Theorie, die natürlich niemals klar formuliert worden ist, hat bei unseren national gestimmten Genossen Anklang gefunden, und auch in der Masse der deutschen Arbeiter besteht, trotz der entschiedensten Ablehnung des Nationalismus, keine Klarheit darüber, wie es sich eigentlich mit den diversen heiligsten Gütern der Nation verhält. Sehen wir sie uns also einmal an. Wie verhalten sich Klasseninteressen und nationale Interessen zueinander? Sind sie wirklich voneinander unabhängig? Und wenn

---

gelungen sein, indem er ihnen eine Parabel vortrug: Danach hätten die Glieder des Körpers ihre Tätigkeit eingestellt, um nicht immer nur dem faulen Magen dienen zu müssen. Dadurch hätten sie sich aber selbst geschwächt und so eingesehen, dass in einem gegliederten Ganzen wie dem Körper oder eben dem Staat jeder Teil eine für das Ganze sinnvolle Funktion ausübt. Dies hätten die Plebejer/innen eingesehen und ihre Sezession beendet. – Titus Livius: Ab urbe condita. 2. Buch, Kapitel 32/9

[485] Antonín Němec (1858-1926), führender tschechischer Sozialdemokrat. Vorsitzender der tschechischen Sozialdemokratie von 1904 bis 1915 und erneut von 1916 bis 1925. Zwischen 1907 und 1914 war er in der Führung der Zweiten Internationale und Vertreter des rechten Parteiflügels.

das nicht der Fall sein sollte: Modifiziert das Klasseninteresse das nationale Interesse oder ist es vielleicht umgekehrt? Widersprechen Klasseninteressen und nationale Interessen einander? Und wenn dem so sein sollte: Wie ist dieser Widerspruch zu lösen? Durch einen Kompromiss? Oder wenn ein solcher nicht möglich oder nicht zweckmäßig sein sollte: Welches Interesse ist das höhere, das nationale oder das proletarische?

Die Größe und Macht der Nation[486]

"Das Ziel aller nationalen Politik ist die Größe und Macht der Nation."

Die naiven Nationalen glauben das und die wissenden, denen der Nationalismus nur ein demagogisches Werkzeug ist, behaupten wenigstens, dass sie es glauben. Die sozialistischen Nationalen gehören, als "Realpolitiker", natürlich zu den naiven, ihre Begeisterung für die Größe ihrer Nation ist echt. Kein Wunder also, dass die Separatisten, die Naivsten unter den Naiven, eine Politik machen, als wäre das Ziel der Arbeiterbewegung nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern die Erhöhung des tschechischen Volkes zur Nation der Nationen. Die Massen der deutschen Arbeiterschaft freilich haben die Größe ihrer Nation noch nie als ein Ziel der proletarischen Politik angesehen. Immerhin durfte Pernerstorfer in Versammlungen, ohne auf Widerspruch zu stoßen, die Behauptung wagen: "Schade um jeden Mann, den die deutsche Nation an eine andere verliert!"

Aber mitnichten verschonen uns die Nationalen um dieses einen Gerechten willen mit ihrem Zorne. Sie behaupten, dass wir uns einen blauen Teufel um die Größe der deutschen Nation kümmern. Dieser Vorwurf hat nun auch Genossen gekränkt, die sonst nationalen oder nationalistischen[487] Regungen unzugänglich zu sein scheinen, und sie bemühen sich, ihn – wie sie glauben, beileibe nicht als Nationalisten, sondern als Sozialdemokraten – zu entkräften. Den Schimmel für diese Widerlegung finden sie bereits vor. Wo die religiöse Ideologie in den Massen noch so stark war, dass sie unserer Agitation Schwierigkeiten machte, da haben findige Genossen entdeckt, dass wir Sozialdemokraten eigentlich viel bessere Christen sind als die Leute, die den Namen Christi beständig im Munde führen, und dass das Christentum – das wahre Christentum – mit dem Sozialismus viel mehr gemein hat als mit dem offiziellen Christentum. Nach dieser Methode werden nun auch die Nationalen abgetrumpft. Es wird ihnen entgegengehalten, dass wir durch unsere politische, gewerkschaftliche und sonstige Arbeit für das deutsche Proletariat und damit für die deutsche Nation viel mehr leisten als alle nationalen Parteien zusammengenommen; dass wir uns also gute Deutsche nennen dürfen, ja sogar – siehste! – bessere Deutsche als die Nationalen; dass wir national im edelsten Sinne des Wortes sind.

---

[486] Von der Macht einer Nation kann, streng genommen, überhaupt nicht gesprochen werden, weil keine Nation als Nation organisiert ist. Wir wollen es aber, zur Vereinfachung der Diskussion, nicht streng nehmen. [Anmerkung Josef Strasser]

[487] Die Unterscheidung zwischen nationaler und nationalistischer Gesinnung ist mir zu fein. Ich finde, dass sich Nationale und Nationalisten nicht wesentlich voneinander unterscheiden: der Nationale ist nur ein gestutzter, ein gemäßigter Nationalist, aber doch ein Nationalist. [Anmerkung Josef Strasser]

Was man sich unter einem guten oder gar unter einem besseren Deutschen vorzustellen hat, ist dabei freilich ein dunkles Geheimnis geblieben, denn unsere Parteisachverständigen im Deutschtum bewahren ein hartnäckiges Stillschweigen darüber und wir profanen Internationalen verstehen nichts von der Sache. Davon aber später. Jetzt interessiert uns eine andere Frage: Die Genossen, die die Angriffe der Nationalen auf unser unzulängliches Deutschtum so eifrig abwehren und uns durchaus als gute Deutsche erscheinen lassen wollen, machen – sonst wäre ja ihr Beginnen völlig unverständlich – die Voraussetzung, dass einem Sozialdemokraten die Größe und die Macht seiner Nation nicht gleichgültig sein darf. Wie kommen sie zu dieser Annahme? Meinen sie etwa, dass die Richtigkeit des Satzes: "Es ist schade um jeden Mann, den wir Deutsche an eine andere Nation verlieren", jedem von selber, ohne Beweis einleuchten muss? Der erdrückenden Majorität der deutschen Arbeiter leuchtet sie nicht ein. Die glaubt, die Aufgabe der Arbeiter bestehe einzig und allein darin, ihre Klasse so groß und mächtig zu machen, dass sie die bürgerliche Gesellschaft überwinden kann. Wenn diese Ansicht veraltet ist, wenn die Arbeiter nun glauben sollen, dass das Proletariat jeder Nation auch noch für die Größe und Macht seiner Nation zu kämpfen hat, so müssen die nationalen Reformatoren des Sozialismus doch den Versuch machen, für die Richtigkeit ihrer Auffassung einen Beweis zu liefern. Also: Welches Interesse hat die deutsche Arbeiterklasse daran, dass die deutsche Nation möglichst groß und mächtig wird, dass es möglichst viele Deutsche gibt? U.A.w.g.[488] Nehmen wir, bis zum Eintreffen dieser Antwort, an: ein solches Interesse ist vorhanden. Dann stehen wir vor einer neuen Frage. Wenn sich die Sozialdemokraten jeder Nation möglichst viele Landsleute wünschen müssen, wie soll sich dann das Proletariat einer Nation zum Wachstum und zum Machtstreben der anderen Nationen verhalten? Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder die deutschen Sozialdemokraten haben ein Interesse daran, dass sich auch die anderen Nationen entwickeln – dann ist es ein Rätsel, warum wir gerade unser Interesse für die Entwicklung des deutschen Volkes betonen sollen. Oder das Wachstum der anderen Nationen schädigt uns deutsche Sozialdemokraten, dann müssen die Arbeiter verschiedener Nationen einander bekämpfen, dann ist das "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" ein heilloser Unsinn, dann hat der Separatismus recht. Man sieht:

Der Fall, der so einfach sich präsentiert, ist sehr verwickelt und kompliziert – und unsere deutschnationalen Genossen haben auch bisher mit weiser Selbstbeschränkung darauf verzichtet, sich auf die Erörterung dieser kitzlichen Fragen einzulassen.

Viel einfacher als für die sozialistischen Nationalen steht die Sache für die bürgerlichen. Sie können sagen: An der Tafel des Lebens ist nicht für alle gedeckt. Und wie nicht alle Individuen dazu gelangen können, sich zu eigener und fremder Lust zu entwickeln, ja wie sogar sehr viele verkümmern, in Not und Elend umkommen müssen, so können auch nicht alle Völker einen Platz an der Sonne einnehmen. Darum ist der Kampf zwischen ihnen unvermeidlich, und jedes muss trachten, möglichst groß und mächtig zu werden. Wer von diesem Kampfe nichts wissen will, wer von Völkerverbrüderung schwatzt, der ist ein Narr, wenn nicht gar ein schlechter Kerl. Das sollen sich ganz besonders die Arbeiter gesagt sein lassen. Wohl muss sich, die Welt ist eben unvollkommen, der Proletarier mit einem bescheideneren Lose begnügen als der Fab-

[488] U.A.w.g.: Um Antwort wird gebeten

rikant, aber wenn sich eine Nation in Respekt zu setzen weiß, so profitiert davon nicht nur ihre Bourgeoisie, sondern auch ihr Proletariat. Beweis: England. Nur weil England die Werkstatt der Welt war, konnten die englischen Kapitalisten ihren Arbeitern so günstige Arbeitsbedingungen gewähren. Also war der englische Arbeiter daran interessiert, dass England der Lieferant des Auslandes, der Herr großer Kolonien bleibe. Bedarf es noch eines weiteren Beweises, dass nicht der Internationalismus, sondern der Nationalismus auch für die Arbeiterklasse die beste Politik ist, dass nicht der Klassengegensatz, sondern der nationale Gegensatz von größerer Bedeutung ist? Gemach. Gerade das Beispiel Englands beweist das Gegenteil von dem, was es beweisen soll. Dabei sehen wir ganz davon ab, dass die Erzählungen von der glänzenden Lage der englischen Arbeiterklasse ins Reich der Fabel gehören. Wir wollen annehmen, dass die englische Kapitalistenklasse wirklich väterlich für das englische Proletariat gesorgt hat. Dann müssen wir aber fragen: Warum tut sie es denn nicht mehr? Die Antwort ist sehr einfach: Weil sie es nicht mehr kann. England hat seine dominierende Stellung auf dem Weltmarkt verloren, und damit ist auch der alte Tradeunionismus,[489] der nur unter ganz außergewöhnlichen Bedingungen möglich war (weswegen ihn manche bürgerlichen Gelehrten für die normalste und vernünftigste Arbeiterpolitik halten), unmöglich geworden. Der Kapitalismus hat sich über die ganze Erdkugel ausgebreitet, und die Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen den Bourgeoisien der verschiedenen Staaten hat eine Verschärfung der Klassengegensätze in allen kapitalistischen Ländern, auch in England, zur Folge gehabt. Spät, aber doch muss das englische Proletariat dahinterkommen, dass es sich nur durch den rücksichtslosesten Klassenkampf aus seiner Lage befreien kann, und der als vorbildlich gepriesene Tradeunionismus macht Bankrott. Die sozialistischen Nationalen können sich übrigens auf England schon darum nicht berufen, weil sie jede Ausbeutung, nicht nur die einer Klasse durch die andere, sondern auch die einer Nation durch die andere, ablehnen müssen, wenn sie nicht ihre sozialistischen Grundsätze preisgeben wollen.

Ebenso wenig können sie als Sozialisten mit dem malthusianischen Argument[490] Staat machen, dass zu wenig Nahrungsmittel für alle Menschen und alle Nationen vorhanden sind und dass darum der Kampf, wie zwischen den Individuen, so zwischen den Nationen unvermeidlich ist und jede Nation die anderen niederzuringen trachten muss. Denn die Entwicklung der Technik hat die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit so gesteigert, dass wir behaupten können: In einer vernünftig eingerichteten Gesellschaft, in einer Gesellschaft, in der die Produktion nicht mehr durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln eingeengt ist, in einer solchen Gesellschaft wird kein Individuum und kein Volk zum Elend verdammt sein. Das Spießersprüchlein, dass es immer Arme und Reiche geben wird, ist abgetan, und am allerwenigsten, sollte man meinen,

---

[489] Trade-Unionismus (vom englischen "trade union", deutsch für Gewerkschaft) bezeichnet in der marxistischen Literatur eine Gewerkschaftsbewegung, die sich auf eine an Reformen orientierte (gewerkschaftliche) Vertretung von Arbeiter/innen/interessen beschränkt. Auch Arbeiter/innen/parteien, die sich auf gewerkschaftliche Reformpolitik beschränken, werden (unter anderem von Lenin) als *tradeunionistisch* bezeichnet.

[490] Für Thomas Robert Malthus war es eine Notwendigkeit, dass sich die Menschen in geometrischer Progression (1:2:4:8:16) vermehren und die Lebensmittel nur in arithmetischer Progression (1:2:3:4:5) zunehmen. Die *malthusianische Katastrophe* ist damit vorprogrammiert.

können sich Sozialisten, die den Sozialismus modernisieren wollen, auf solche "Wahrheiten" aus der guten alten Zeit berufen.

Die Nationalen – aber wieder nur die bürgerlichen, nicht die sozialistischen –könnten uns einwenden: Auch wenn Ihr mit Eurer Ablehnung des Malthusianismus recht hättet, wäret Ihr noch immer im Unrecht. Selbst wenn die Mittel vorhanden wären, alle Nationen groß zu machen, wäre der Internationalismus eine Irrlehre. Denn die Menschen sind von Natur aus nicht gleich. Es gibt Edelvölker und minderwertige Nationen. Den letzteren fehlen die geistigen und sittlichen Fähigkeiten zu aller höheren Entwicklung, und alle Mühe, die man an sie wendet, ist umsonst. Und wenn diese niedrigen Rassen schon fähig sind, sich die Errungenschaften der Kultur zu eigen zu machen, so verstehen sie nicht, die Kulturgüter richtig zu gebrauchen. Sie wären also eine beständige Gefahr für die Edelvölker.

Das ist Schwatz, und die Anhänger der Lehre von den Edelvölkern und den minderwertigen Nationen sind auch bisher alle Beweise schuldig geblieben. Keine einzige von den Tatsachen, auf die sie sich berufen, ist eindeutig, aber viele Tatsachen sprechen unzweideutig gegen sie.[491] Wir haben gesehen, dass sich "minderwertige" Völker, sobald der Kapitalismus bei ihnen eingezogen war, in moderne Kulturnationen verwandelten. Das schlagendste Beispiel bieten uns die Japaner, die zu der so verachteten gelben Rasse gehören. In wenigen Jahrzehnten haben sie die Entwicklung vom verrotteten Feudalstaat zum Kapitalismus und Parlamentarismus durchgemacht. Wenn übrigens unsere guten Deutschen von der deutschen Geschichte eine Ahnung hätten, so müssten sie wissen, dass ihre Nation nicht immer als ein Edelvolk gegolten hat, ja, dass sie z.B. einmal von den Italienern als barbarisch, als "dummes deutsches Vieh" verachtet wurde. Hat uns das gehindert ein Kulturvolk zu werden? Und hindert uns der Hass der französischen Chauvinisten gegen die "schmutzigen Preußen" und der Spott der Engländer über die "deutschen Würste", kulturell immer höher zu steigen? Werden die Tschechen ihre kulturellen Bestrebungen als utopisch aufgeben, weil Herr Karl Hermann Wolf sie zur minderwertigen Nation ernannt hat? Aber wozu unter Sozialisten über die Theorien des Herrn Wolf viele Worte verlieren? Auch unsere Parteinationalen wollen ja von seinem brutalen Nationalismus nichts wissen. Sie missgönnen den anderen Nationen ihre Größe und Macht nicht, sie wollen nur auch das eigene Volk groß und mächtig sehen. Aber warum, warum? Nochmals: Welches Interesse hat das deutsche *Proletariat* an der Größe und Macht der deutschen Nation? Ist es am Ende die geistige, die kulturelle Macht, ist es die nationale Kultur, die die Angehörigen eines Volkes zu einer Interessengemeinschaft vereinigt?

---

[491] Es ist mir natürlich nicht ganz unbekannt, dass es Rassen und infolgedessen auch Rassenunterschiede gibt. Auch erlaube ich mir nicht zu bestreiten, dass die Rasseneigentümlichkeiten die gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen. Ich sage nur, dass die Rassentheoretiker noch keine einzige Tatsache festgestellt haben, die die nationalistische Politik rechtfertigen würde. [Anmerkung Josef Strasser]. Strasser grenzt sich zwar klar vom *Rassismus* ab, bleibt aber doch Gefangener der Rasseneideologie, indem er die Unterscheidung von Menschenrassen unhinterfragt übernimmt. Die Gliederung der Menschheit in homogene und gegeneinander abgrenzbare *Rassen* hat sich aber als unhaltbar erwiesen. Die genetische Vielfalt der Menschheit ist gradueller Natur, die Unterteilung der Menschheit in Rassen ist daher als falsch abzulehnen.

Wir wollen erst gar nicht in Betracht ziehen, dass alle Kultur immer internationaler wird, sodass die "nationale" Kultur immer weniger geeignet erscheint, nationalistische Anschauungen und Forderungen zu stützen. Nehmen wir an, es gibt eine nationale Kultur in jenem Sinne, in dem die Nationalen, wenigstens bei feierlichen Anlässen, von ihr reden.

Also: verbindet die deutsche Kultur die verschiedenen Klassen des deutschen Volkes zu einer Interessengemeinschaft? Gibt es auf kulturellem Gebiet oder wenigstens auf einem Teile dieses Gebietes, und sei er noch so klein, keinen Klassengegensatz und keinen Klassenkampf?

Schon die flüchtigste Betrachtung der bürgerlichen Kulturpolitik zwingt uns, diese Frage zu verneinen. Gewiss, das Bürgertum stemmt sich nicht prinzipiell aller kulturellen Entwicklung entgegen. Wenn eine kulturelle Errungenschaft profitsteigernd oder profitschützend wirkt oder die Annehmlichkeiten des Profitkonsums vermehrt, so gerät das Bürgertum in einen förmlichen Freudenrausch. Aber eine kulturelle Tat, die keine der angeführten Wirkungen hat oder gar die Mehrwertaneigner zu ängstigen geeignet ist, erscheint dem Bürgertum als eine traurige Verirrung des menschlichen Geistes, ja als ein ruchloser Anschlag auf die höchsten Güter der Nation. Es widersetzt sich mit Zähnen und mit Klauen jeder Demokratisierung der Kultur, weil sie das Proletariat begehrlicher und wehrhafter machen kann. Und es wird immer gleichgültiger gegen alle Kulturgüter, die die Profitmacherei zwar nicht gefährden, aber auch nicht fördern. Wie überall, so haben wir auch auf kulturellem Gebiet Klassengegensätze und Klassenkämpfe. Was die Proletarier an Kultur besitzen, hat ihnen entweder die Bourgeoisie gegeben, um die kapitalistische Ausbeutung rentabler zu machen (Volksschule!), oder sie haben es ihren Ausbeutern in hartem Kampfe abtrotzen müssen. Die Arbeiterklasse hat andere kulturelle Interessen als das Bürgertum. Der Bourgeois will eine Kultur, die auf der Arbeit und Kulturlosigkeit anderer beruht und diese anderen im Zustande der Sklaverei und Kulturlosigkeit erhält. Die Arbeiter streben einen Gesellschaftszustand an, in dem Arbeit und Kulturgenuss vereinigt, Ausbeutung und Kulturlosigkeit verschwunden sind. Bürgerliche und proletarische Kulturpolitik müssen ebenso verschiedene Wege gehen wie bürgerliche und proletarische Wirtschaftspolitik.

Um aber auf die Größe und Macht der Nation im landläufigen Sinne dieser Redensart zurückzukommen: Was interessiert den Bourgeois Größe und Macht seines Volkes, was versteht er überhaupt darunter? Will z.B. der reichsdeutsche Bourgeois, dass der Deutsche gesund, kräftig, mutig, intelligent, gebildet sei? So etwas fällt ihm nicht im Traume ein. Es ist ihm egal, dass der deutsche Arbeiter durch Überarbeit und Unterkonsum geschwächt und allen möglichen Krankheiten preisgegeben wird, dass er kränkliche, ja lebensunfähige Kinder in die Welt setzt und vorzeitig stirbt. Intelligenz und Bildung verlangt er vom Arbeiter allerdings, aber nur so viel, als zur Bedienung der Maschine notwendig ist – was darüber ist, das ist vom Bösen. Und vollends Arbeiter, die ihren eigenen Kopf haben, sind dem deutschen wie jedem anderen Kapitalisten ein Gräuel. Er will ein anspruchsloses und unterwürfiges deutsches Volk. Die Herren, die nur mit von Rührung erstickter Stimme von der Größe der deutschen Nation reden können, haben nichts dagegen, dass die Majorität des deutschen Volkes durch den Ka-

pitalismus körperlich, geistig und sittlich gefährdet wird, dass es verkommt, ja sie wollen, dass es verkommt, wenn's fürs Geschäft gut ist.

Unter der Größe des deutschen Volkes verstehen diese Deutschnationalen die Größe des Profits der deutschen Kapitalistenklasse. Ihr Nationalismus bedeutet Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Imperialismus – Dinge, die das Proletariat verwerfen muss.

Auch in Österreich unterstützt das Bürgertum den Imperialismus. Aber dieser kann in einem von mehreren Völkern bewohnten Lande nicht, wie im Nationalstaat, als Nationalismus auftreten. So militärfromm unsere Deutschnationalen auch sind, sie können die Dreadnoughts nicht, wie die reichsdeutschen Nationalisten, zu den heiligsten Gütern der deutschen Nation rechnen. Der österreichische Nationalismus ist nicht großbürgerlich, sondern mittelständlerisch und kleinbürgerlich. Nicht Heer und Rotte[492] interessieren ihn, sondern ganz andere Dinge, vor allem die Sprache.

Die Sprache

Der österreichische Nationalitätenstreit stellt sich in der Hauptsache als Sprachenstreit dar. Die meisten nationalen Fragen sind Sprachenfragen, und wenn man das Treiben der Nationalisten beobachtet, könnte man zu dem Schluss kommen, es sei ihnen auf dieser Welt nichts wichtiger als ihre Muttersprache. Die kleinste Sprachenfrage kann Parlament und Regierung in die größten Verlegenheiten stürzen: Straßentafeln und Stationsaufschriften haben in unserem teueren Vaterlande schon wildere Stürme hervorgerufen als die ernstesten sozialen Dinge. Unter den heiligsten Gütern der Nation scheint die Sprache das Allerheiligste zu sein.

Aber recht seltsam kontrastiert mit der glühenden Begeisterung der Nationalisten für ihre Sprache ihre – rohe Gleichgültigkeit gegen ihre Sprache. Nirgends wird ein schlechteres Deutsch gesprochen und geschrieben als im nationalen Lager. Man wird unter den führenden Persönlichkeiten des Nationalverbandes[493] nicht allzu viele finden, die einen geraden deutschen Satz bauen können, und die Schreibknechte des Nationalismus, die Schriftleiter, ringen mit der so heiß geliebten Muttersprache wie mit einem Todfeind. Sie denken deutsch, sie fühlen deutsch, aber sie können nicht Deutsch. Und was hat der Nationalismus getan, um die Kenntnis der deutschen Sprache im deutschen Volke zu verbreiten und zu vertiefen? Nichts, absolut nichts. Mit seiner Liebe zur deutschen Sprache scheint es also eine ganz eigene Bewandtnis zu haben.

Und in der Tat: diese Liebe ist genau so groß *wie die wirtschaftliche Bedeutung der Sprache* für jene Bevölkerungsschichten, aus denen sich die Kerntruppen des Nationalismus rekrutieren.

---

[492] Rotte: Im Militär eine kleine Gruppe, die bis zu 8 Kämpfer umfasst.

[493] *Deutscher Nationalverband*, loser Dachverband und Bündnis der sich auf verschiedene Parteien und Gruppierungen verteilenden 104 deutschnationalen und deutschliberalen Abgeordneten des Reichsrats nach der Wahl von 1911. Bis 1917 zerfiel der *Nationalverband* auf 17 Parteien.

Aber ist das möglich? Ist die Sprache nicht ein "ideales" Gut? Was hat sie mit der Ökonomie zu schaffen? Und selbst angenommen, die Sprache hätte eine wirtschaftliche Bedeutung, müsste diese nicht für alle Volksgenossen dieselbe sein?

Wir wollen sehen.

Im Produktionsprozess des Kapitals, in der Fabrik, in der industriellen Arbeit spielt die Sprache eine ganz untergeordnete Rolle. Der tschechische Proletarier kann in einer deutschen Stadt Arbeit finden, auch wenn er des Deutschen nur sehr mangelhaft mächtig ist, ja selbst wenn er kein Wort Deutsch versteht. Der Handarbeiter, ausgenommen allenfalls der Schriftsetzer, arbeitet nicht in einer Sprache, sondern in Holz, Metall, Garn usw. Das Gebiet seiner Muttersprache ist nur ein kleiner Teil des Gebietes, in dem er Arbeit finden kann. Seine Freizügigkeit wird durch seine Sprachkenntnisse nicht eingeschränkt, er ist auf kein bestimmtes Sprachgebiet angewiesen. Die Sprache hat also für ihn als Arbeiter sehr wenig zu bedeuten, sie gehört nicht zu seinen Erwerbsmitteln.

Es gibt aber Arbeitsprozesse, die ohne Sprache schlechthin undenkbar sind, in denen die Sprache *die Rolle des wichtigsten Arbeitsmittels* spielt, weil die Arbeit in diesen Arbeitsprozessen großen-, wenn nicht größtenteils in Hören und Reden, in Lesen und Schreiben besteht. Hierher gehören die Arbeiten im Zirkulationsprozess des Kapitals, in Handel und Verkehr, in den Amtsstuben, in den Schulen usw. Alle diese Arbeiten können nur in einer bestimmten Sprache verrichtet werden. Der Lehrer kann die Kinder nur in einer bestimmten Sprache zu Gottesfurcht, Patriotismus und anderen Tugenden erziehen. Der Bürokrat muss die Parteien, die seine Ruhe stören, in einer bestimmten Sprache anschnauzen – unartikulierte Laute könnten ja die Autorität beeinträchtigen. Die Sprache ist also für die *Spracharbeiter*, wie man Beamte, Lehrer, Advokaten etc. zusammenfassend nennen kann, von der eminentesten Wichtigkeit. Ein Reichenberger Weber kann in Lodz[494] oder Moskau mit ein paar polnischen und russischen Brocken sein Fortkommen finden, ein deutscher Lehrer aber mag der genialste Pädagoge sein, er ist ganz unbrauchbar, wenn er das deutsche Sprachgebiet verlässt, ohne die Sprache des Landes, das er aufsucht, vollständig zu beherrschen. Der Spracharbeiter ist, im Gegensatz zum industriellen Arbeiter, an das Sprachgebiet gebunden. Die Größe des Sprachgebiets hat also eine wirtschaftliche Bedeutung für ihn. Denn je größer das Gebiet seiner Sprache ist, desto mehr Arbeitsgelegenheiten hat er.

Nun leben die österreichischen Völker nicht in geschlossenen Territorien, und das gibt den Spracharbeitern verschiedener Nationalität die Möglichkeit, einander die Posten in Schule und Amt streitig zu machen, eine Verschiebung der Sprachgrenze zu versuchen. Da hat das Kapital in eine deutsche Stadt tschechische Arbeiter gebracht, tschechische Handwerker, Krämer, Gastwirte sind nachgekommen, und auch ein paar tschechische Ärzte und Advokaten haben sich eingefunden. Ist die Stadt nun noch deutsch oder ist sie gemischtsprachig? Soll jetzt nach wie vor nur deutsch oder deutsch und tschechisch amtiert und unterrichtet werden? Der Kampf um Amt und Schule entbrennt. Am hitzigsten führen ihn die Spracharbeiter und das Kleinbürgertum, aus dessen Nachwuchs sich die Spracharbeiterschaft ergänzt. Die Deutschen wollen, dass nur

[494] polnischer Name: Łódź

deutsch, die Tschechen, dass auch tschechisch amtiert und unterrichtet wird, denn jedes Amt, jede Schule bedeutet Arbeitsgelegenheit für soundso viele Spracharbeiter, und je nachdem eine bestimmte Sprachenfrage gelöst wird, verbessern sich die wirtschaftlichen Existenzbedingungen der einen Spracharbeitergruppe auf Kosten der anderen. *Der Sprachenstreit ist ein wirtschaftlicher Streit zwischen den Spracharbeitern und Kleinbürgern verschiedener Nationen.*

Die ökonomische Bedeutung der Sprache für den Spracharbeiter wird noch gesteigert durch die bürgerliche, ja kleinbürgerlich-künstlerische Denkweise der Spracharbeiterschaft. Der manuelle Arbeiter führt, sobald er klassenbewusst geworden ist, den Kampf um die Verbesserung seiner Lage nicht, indem er seine Arbeitskollegen niederzutrampeln sucht, sondern indem er im Verein mit ihnen den Anteil seiner Klasse am Arbeitsprodukt zu vergrößern bemüht ist. Anders der Spracharbeiter. Ihm widerstrebt es noch, sich eine bessere Existenz durch die Anwendung proletarischer Methoden zu erkämpfen. Er kämpft um die Vergrößerung seines individuellen Anteils am Arbeitsprodukt, er will vorwärtskommen auf Kosten seiner Kollegen. Das führt zum Streberturn und zur Cliquenbildung. Cliquenbildend kann nun alles Mögliche wirken: Adelstitel, Vermögen, Beziehungen, Bildung, Religion, "Rasse" und natürlich auch die Nationalität. Die deutschen Spracharbeiter begnügen sich nicht mit der Forderung: In dem Gebiet, das wir als deutsch ansehen, darf nur deutsch amtiert und unterrichtet werden. Sie verlangen nicht bloß, dass in diesem Gebiet Lehrer und Beamte des Deutschen vollkommen mächtig sein sollen. Nicht die Sprachkenntnis, die *Nationalität* soll dem Beamten und dem Lehrer die Qualifikation geben. Diese Forderung zeigt deutlich, dass die Begeisterung der Nationalen für die deutsche Sprache Humbug ist, dass es ihnen nicht um die Sprache, sondern nur um die wirtschaftlichen Interessen der Spracharbeiterschaft und ihres kleinbürgerlichen Anhangs zu tun ist. Denn wäre es anders, wäre die Liebe unserer Nationalen zur deutschen Sprache wirklich so heiß, wie sie vorgeben, so müssten sie es mit Freuden begrüßen, wenn Angehörige anderer Nationen die deutsche Sprache so weit erlernen, dass sie in ihr Unterricht erteilen oder Recht sprechen können, und diesen von der deutschen Sprache eroberten Nichtdeutschen dürfte das Fortkommen in deutschen Landen nicht erschwert werden. Aber unsere guten Deutschen sind Sprachzünftler. Nur der Deutsche soll seine Kenntnis der deutschen Sprache in Amt und Schule verwerten dürfen, und will der Tscheche deutsch amtieren oder unterrichten, so ist das – mag er auch das beste Deutsch sprechen und schreiben – unlauterer Wettbewerb. Bedarf es eines Beweises, dass ein Sozialist eine solche Politik nicht mitmachen kann? Wir lachen die Nationalen aus, wenn sie uns erzählen, sie würden sich dafür einsetzen, dass die Fabrikanten im deutschen Sprachgebiet nur deutsche Arbeiter beschäftigen, und wir würden die Vertreibung der nicht-deutschen Arbeiter aus dem deutschen Sprachgebiet, selbst wenn sie möglich wäre, als unsozialistisch verwerfen. Warum sollten wir den Spracharbeitern eine Extrawurst braten?[495]

[495] Unsere Genossen im Parlament haben es getan. In der Debatte über den Dringlichkeitsantrag Körner gab Genosse *Seliger* am 20. März 1912 im Namen der Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: "Der Grundsatz: 'Deutsche Richter für die deutschen, tschechische Richter für die tschechischen Bezirke' würde dann (wenn das Volk die Richter wählte) ganz selbstverständlich gelten. Wir

Wenn wir behaupten, dass der Sprachenstreit ein wirtschaftlicher Streit zwischen den Spracharbeitern verschiedener Nationen ist, so bedeutet das natürlich nicht, dass er das Industrieproletariat, überhaupt die anderen Schichten der Bevölkerung nichts angeht. Auch der Handarbeiter hat sprachliche Interessen, aber sie sind ganz anderer Art als die des Spracharbeiters. Für diesen ist die Sprache ein Arbeits- und Erwerbsmittel, für den Industriearbeiter nur ein Mittel des Verkehrs und ein Bildungsmittel wie für jeden anderen auch. Die Spracharbeiter stehen, natürlich nicht eingestandenermaßen, auf dem Standpunkt, dass sich die Bevölkerung nach Amt und Schule, das heißt nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Spracharbeiterschaft richten muss. Das Proletariat aber muss erklären: Umgekehrt! Amt und Schule haben sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu richten, das Publikum ist nicht für die Spracharbeiter, die Spracharbeiter sind für das Publikum da, und der Standpunkt der Spracharbeiter ist genauso verrückt, wie es verrückt wäre, wenn die Schuster erklärten: die Bevölkerung muss gezwungen werden, mehr Schuhe zu konsumieren, damit mehr Schuster beschäftigt werden können.

Das industrielle Proletariat ist also an der Sprache ganz anders interessiert als die Spracharbeiterschaft, und wenn die Nationalen behaupten, die Sprache sei ein gemeinsames Gut aller Volksgenossen, und die Sprachenfragen müssten darum von allen Klassen der Nation in derselben Weise behandelt werden, so ist das nur ein Versuch, die Arbeiter fremden Interessen dienstbar zu machen.

Aber wenn auch nicht zu bezweifeln ist, dass verschiedene Klassen derselben Nation verschiedene sprachliche Interessen haben, so ist noch nicht bewiesen, dass die sprachlichen Interessen der Arbeiterklassen verschiedener Nationen miteinander harmonieren. Es wäre möglich, dass die sprachlichen Interessen des deutschen Proletariats nicht nur andere sind als die der deutschen Spracharbeiterschaft, sondern dass sie auch mit denen des tschechischen Proletariats kollidieren. Wie stehts damit?

Nehmen wir die Schulfrage. In irgendeiner deutschen Stadt kämpft die tschechische Minorität um eine Schule. Wie sollen sich die deutschen Arbeiter dazu stellen? Sie müssen selbstverständlich verlangen, dass die tschechischen Kinder in der Schule ebensoviel lernen können wie die deutschen. Je besser die Schulbildung, mit der der

---

erkennen daher den Grundsatz, dass für die deutschen Bezirke deutsche, für die tschechischen Bezirke tschechische Richter ernannt werden sollen, während für die gemischten Bezirke Richter aus beiden Nationen zu bestellen sind, auch unter der heutigen Gerichtsverfassung als berechtigt an." Dagegen wäre zu bemerken: Es ist durchaus nicht selbstverständlich, dass in einem deutschen Gerichtsbezirk nur ein deutscher, in einem tschechischen nur ein Tscheche gewählt werden würde. Im Jahre 1897 haben die deutschen Sozialdemokraten im dritten Wiener Wahlkreis den Tschechen Nemec, der damals noch Sozialdemokrat war, ins Parlament schicken wollen. Warum sollten deutsche Sozialdemokraten nicht auch bei einer Richterwahl einem Tschechen ihre Stimme geben dürfen? Wir können nur verlangen, dass ein Richter die Sprache, in der er amtieren soll, vollkommen beherrscht. Die Forderung aber, dass diese Sprache auch seine Muttersprache sein muss, lässt sich vom sozialistischen Standpunkt nicht begründen, und die Fraktion ist die sozialistische Begründung ihrer Anschauung auch schuldig geblieben. [Anmerkung Josef Strasser]; Josef Seliger (1870-1920), sozialdemokratisches Mitglied des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrats und sudetendeutscher Politiker, erster Vorsitzender der *Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik* (DSAP).

Proletarier in die Fabrik kommt, desto leichter wird er für den Klassenkampf gewonnen werden. Steckt man nun die tschechischen Kinder in die deutschen Schulen, in denen sie, da sie des Deutschen nicht mächtig sind, dem Unterricht nicht folgen können, so lernen sie nicht nur selber nichts, sie hindern auch die deutschen Kinder, denen nun der Lehrer weniger Sorgfalt widmen kann, so viel zu lernen, als sie sonst hätten lernen können. Schon aus diesem Grund, den auch einsichtigere Deutschnationale gelten lassen, müssen die deutschen Arbeiter die Forderung nach der Errichtung tschechischer Minoritätsschulen unterstützen. Sie müssen das aber auch darum tun, weil sie nicht wollen können, dass eine ungenügende Schulbildung die tschechischen Schulkinder in die Gefahr bringt, dass sie Lohndrücker und Streikbrecher werden.

Und wie die Schulfrage, so müssen wir auch die Ämterfrage behandeln. Gericht, Polizei, jedes Amt spielt im Klassenkampf eine Rolle, in neunundneunzig von hundert Fällen eine für die Arbeiter nicht sehr angenehme Rolle. Sie wird noch unangenehmer, wenn der Arbeiter im Verkehr mit den Behörden nicht nur durch das gegen ihn gemachte und durch das Klassenbewusstsein der Beamten noch verschärfte Gesetz, sondern auch noch durch seine (oder, was dasselbe ist: der Beamten) Sprachunkenntnis benachteiligt wird. Wir müssen darum fordern, dass die Ämter auch den sprachlichen Bedürfnissen der Minoritäten Rechnung tragen.

Solange also Arbeiter die Frage der Schul- und Amtssprache vom *Arbeiterstandpunkt* behandeln, *können nationale Zwistigkeiten zwischen ihnen nicht entstehen.* Solche Differenzen können sich erst dann entwickeln, wenn sich Arbeiter vom proletarischen Standpunkt abdrängen lassen.

Die heimatliche Scholle

Die heimatliche Scholle gehört zu jenen Dingen, von denen die Schriftleiter und Versammlungsbarden ganz besonders gerne singen und sagen. Aber vergeblich wird man in ihren weitschweifigen und bombastischen Deklamationen über dieses Thema einen positiven Inhalt suchen. Man wird nichts finden als die Behauptung: der Boden, auf dem wir sitzen, gehört uns; die Nation hat ein Recht auf ihren Boden, und dieses Recht müssen alle Volksgenossen, auch die Arbeiter, verteidigen, weil es für alle gleich wertvoll ist.

Also auch der deutsche Boden stellt angeblich eine Interessengemeinschaft zwischen dem deutschen Proletariat und der deutschen Bourgeoisie her.

Wie sieht es mit den Beweisen für diese Behauptung aus? Vor allem: Was ist unter dem Recht der Nation auf ihren Boden zu verstehen? Kann man der nationalen Terminologie schon im Allgemeinen nichts weniger nachrühmen als Klarheit, so gehört im Speziellen das Wort von der heimatlichen Scholle und den Rechten, die mit ihr verbunden sind, zu den allerunbestimmtesten nationalen Phrasen. Es kann alle möglichen Bedeutungen annehmen. Aber was immer es bedeuten mag, das Vorhandensein einer Interessengemeinschaft zwischen dem Proletariat und den anderen Klassen einer Nation kann man damit, wie wir sehen werden, nicht beweisen.

Eine Nation muss, wenn sie überhaupt sein soll, irgendwo sein. Aber läßt sich daraus ein Recht der Nation auf ein bestimmtes Gebiet ableiten, gleichviel welchen Inhalt dieses Recht hat?

Faktisch kann natürlich jede Nation so viel Recht in Anspruch nehmen, als sie durch Waffengewalt oder auf andere Art behaupten kann. Aber davon sprechen wir jetzt nicht. Es handelt sich uns hier um die ideologische Ableitung des Rechtes.

Setzen wir den Fall, die ganze menschliche Gesellschaft ist zu einer einzigen Gemeinschaft, einer Weltrepublik vereinigt. Dann bestimmt die Gesamtheit im Interesse der Gesamtheit über die Besiedlung und Bebauung des Bodens, und das Recht einer einzelnen Gruppe auf ein bestimmtes Territorium leitet sich von dem Rechte der Gesamtheit her und kann, wenn's nottut, auf ihren Schutz rechnen.

Aber wie steht's heute? Heute kann keine Nation ihr Recht auf ein bestimmtes Gebiet von dem Rechte der Gesamtheit ableiten. Sie muss nach einem anderen Rechtstitel suchen, wenn es ihr nicht genügt, dass sie ihren Boden mit Gewehren und Kanonen behaupten kann.

Solcher Rechtstitel gibt es verschiedene. Uns interessiert aber hier nur einer, nämlich der historische, und zwar deshalb, weil sich die Nationalen, wie alle Leute, die unhistorisch denken, hauptsächlich auf ihn stützen. Die Logik der Anhänger des historischen Rechtes ist von einer erhabenen Einfachheit: Weil eine Sache schon gestern so war, wie sie heute ist, soll sie auch morgen so sein; weil sich auch die ältesten Leute nicht erinnern können, dass Krähwinkel jemals tschechisch gewesen wäre, muss der deutsche Charakter von Krähwinkel immerdar unangetastet bleiben.

Dass der Streit über solche historischen Rechte in pure Kinderei ausarten muss, zeigen uns die Katzbalgereien der Deutschnationalen mit den Tschechischnationalen (z.B. über die bange Frage: soll man Teplitz oder Töplitz schreiben?) Tag für Tag in der ergötzlichsten Weise. Versteht sich, dass auch die Separatisten gern von Hus[496] und Zizka[497] reden – sie haben eben das proletarische Bewusstsein verloren. Denn das Proletariat kann als eine revolutionäre Klasse überhaupt keinen historischen Rechtstitel anerkennen. Es sucht die Begründung seiner Rechtsanschauungen nicht in verstaubten Archiven, sondern in der lebendigen Wirklichkeit. Die wirtschaftliche Entwicklung hat die Arbeiterseele umgemodelt, sie hat in den Arbeitern Bedürfnisse geweckt, denen alle herkömmlichen Rechtsbegriffe in der lächerlichsten Weise widersprechen, und so hat sich das Rechtsbewusstsein, wie überhaupt die ganze Ideologie des Arbeiters von Grund auf gewandelt. Recht ist dem klassenbewussten Arbeiter, was den Klasseninteressen des Proletariats entspricht, ein anderes Recht erkennt er nicht an. Das heißt natürlich nicht, dass er die bestehenden Rechtsverhältnisse einfach ignoriert, denn sie sind Tatsachen und der Sozialdemokrat rechnet mit den Tatsachen. Aber die Frage,

---

[496] Jan Hus (um 1369-1415); auch Johannes Huss, christlicher Theologe, Prediger und Reformator. Starb während des Konzils von Konstanz, als er seine Lehre nicht widerrufen wollte, den Feuertod.

[497] Jan Žižka von Trocnov (um 1360-1424); auch *Žižka der Einäugige*, *Jan Žižka vom Kelch*, tschechisch: *Jan Žižka z Trocnova*, *Jan Žižka z Kalicha*; bedeutendster hussitischer Heerführer. Unter Hussiten werden verschiedene reformatorische beziehungsweise sozialrevolutionäre Bewegungen in Böhmen im 15. Jahrhunderts zusammengefasst, die sich ab 1415 nach der Verbrennung von Jan Hus herausbildeten.

wie wir uns zu den durch die bürgerliche Rechtsordnung geschaffenen Verhältnissen stellen, ist für uns eine Frage nicht des Rechtes, sondern der Taktik oder, wie es in unserem Programm heißt: wir suchen mit allen zweckmäßigen, dem natürlichen Rechtsbewusstsein des Volkes entsprechenden Mitteln ans Ziel zu kommen.[498]

Wie verhalten wir uns also zu dem Recht der Nation auf ihren Boden, das in den geltenden Gesetzen begründet ist oder durch eine Änderung der Gesetze begründet werden soll? Ein solches Recht an und für sich kennen wir nicht. Es hängt von seinem konkreten Inhalt ab, ob wir es billigen oder verwerfen. Wir werden es verteidigen, wenn das proletarische Interesse das erheischt, sonst werden wir es bekämpfen. Damit sind wir wieder bei der Frage angelangt: Was bedeutet das Recht der Nation auf ihren Boden?

Es kann, wie bereits gesagt, sehr verschiedenes bedeuten. Nehmen wir an, eine Nation macht den Versuch, ein anderes Volk zu unterwerfen oder gar aus seinem Gebiet zu vertreiben. Wie soll sich das Proletariat der angegriffenen Nation verhalten? Es wird zu den Waffen greifen, aber nicht, weil die Angreifer ein nationales oder staatliches Recht, sondern weil sie ein proletarisches Recht verletzen. Kann man, weil sich auch die Bourgeoisie des überfallenen Volkes zur Wehr setzen wird, von einer Interessengemeinschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat sprechen? Nein, diese Gemeinschaft besteht nur zufällig, nur scheinbar: die Bourgeoisie kämpft für bürgerliche, das Proletariat für proletarische Interessen. Mit dem Recht der Nation auf ihren Boden, was immer es bedeuten mag, hat der Krieg nichts zu tun. Ganz deutlich wird uns das, wenn wir noch zwei andere Fälle ins Auge fassen: Eine Nation lässt ihr Heer in ein fremdes Gebiet einmarschieren, um einen Aufstand der unterdrückten Klassen in diesem Gebiet niederzuwerfen. Oder die Invasion hat den Zweck, den Unterdrückten die Freiheit zu bringen. Wie steht's in diesen beiden Fällen mit dem Recht der Nation auf ihren Boden? Sie zeigen uns, dass dieses Recht nur eine Demagogenphrase ist.

Aber die angeführten Möglichkeiten haben für uns hier nur akademisches Interesse. Die Deutschnationalen prügeln zwar tschechische Turner und Sänger, die einen "Eroberungszug" in deutsches Land unternommen haben, für ihr Leben gern aus diesem Gebiet wieder hinaus, aber dass die Tschechen sie mit Krieg überziehen könnten, ist ihnen auch in ihren tollsten chauvinistischen Träumen noch nicht eingefallen. Wenn sie darüber jammern, dass die Tschechen das Recht der deutschen Nation auf ihren Boden verletzen, so meinen sie nicht eine kriegerische Expedition, sondern die friedliche Einwanderung von Tschechen in deutsches Land. Die Herren tun, als ob diese Einwanderung der schrecklichste der Schrecken für das deutsche Volk wäre, und während der Krisenjahre, die wir hinter uns haben, sind sie, um die deutschen Arbeiter einzufangen, an die Fabrikanten mit dem Verlangen herangetreten, wo Entlassungen

---

[498] Im Hainfelder Programm von 1888/1889, dem Gründungsprogramm der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs* (SDAP), hatte es geheißen: "*Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewusste und als politische Partei organisierte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewusstsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewusstsein des Volkes entsprechenden Mitteln bedienen wird.*"

notwendig wären, vor allem die tschechischen Arbeiter zu entlassen. Die Fabrikanten begriffen den demagogischen Wert dieser Forderung auch und erfüllten sie, soweit es ihre geschäftlichen Interessen erlaubten. Die nationalen Blätter konnten in dieser Zeit des Öfteren mit Genugtuung melden, dass in Betrieben, die ihre Produktion einschränken mussten, zunächst tschechische Arbeiter entlassen worden seien. War diese "Säuberung" des deutschen Bodens nicht im Interesse der deutschen Arbeiter gelegen?

Nein. Das Proletariat muss Freizügigkeit fordern. Nicht aus irgendeiner nebelhaften Freiheitsvorstellung heraus. Die Freizügigkeit ist ja eine sehr fadenscheinige Freiheit. Nur scheinbar gibt sie dem Arbeiter die Möglichkeit, seinen Aufenthaltsort nach seinem Belieben zu wählen. In Wirklichkeit bedeutet sie, dass die Bewegung des Proletariers nur durch das Verwertungsbedürfnis des Kapitals bestimmt werden darf und dass er sich diesem unterordnen muss, wenn er nicht verhungern oder verkommen will. Eben darum aber ist die vollkommenste Freizügigkeit in einer Gesellschaft, in der in der Produktion die vollkommenste Anarchie herrscht, eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Will man aber die Freizügigkeit, so muss man auch ihre Konsequenzen wollen, also z.B. den Zuzug tschechischer Arbeiter in deutsches Gebiet. Ein Recht der Nation auf ihren Boden als Recht auf die Ausschließung Fremder von der Arbeitsgelegenheit auf diesem Boden muss in der kapitalistischen Gesellschaft als ein Unding erscheinen, und der erbitterte Protest der Nationalen gegen die slawische "Hochflut" ist eine Donquichotterie oder ein frecher Schwindel, solange sie kein Mittel gegen die Einwanderung von tschechischen Proletariern wissen. Und wenn sie eines wüssten, so müssten die deutschen Arbeiter gegen dessen Anwendung protestieren, und zwar in ihrem ureigensten Interesse. Denn was wäre die Folge, wenn kein tschechischer Fuß mehr durch seinen profanen Tritt die heilige deutsche Erde entweihen könnte? Kommt der Berg nicht zum Propheten, so kommt der Prophet zum Berg: könnten die tschechischen Arbeiter nicht mehr ins deutsche Gebiet einwandern, so würde das deutsche Kapital ins tschechische Gebiet auswandern. Solche Dinge sind schon dagewesen. Die deutschen Arbeiter könnten zwar von ihrem Standpunkt gegen solche Wanderlust des Kapitals nichts einwenden, aber sie müssten dagegen protestieren, dass sie künstlich geweckt werde. Der deutsche Arbeiter hat kein Interesse daran, gegen die tschechische Einwanderung anzukämpfen.

Wie steht's aber mit den anderen Klassen, vor allem mit der industriellen Bourgeoisie? Hat der deutsche Arbeiter keinen Grund, dem tschechischen Arbeiter, wie es die Nationalen gern sähen, den Krieg zu erklären, wenn er auf deutscher Erde Arbeit sucht, so hat der Fabrikant im deutschen Gebiet sogar allen Grund, die tschechische Einwanderung zu fördern, und diese ist ja auch vor allem durch das Bedürfnis des Kapitals nach Arbeitskräften hervorgerufen worden. Und das deutsche Kleinbürgertum? Der Krämer, der Handwerker, der Gastwirt, so gute Deutsche sie auch sind, haben nichts gegen den Zuzug von Tschechen einzuwenden, so lange diese Tschechen Arbeiter – das heißt für die deutschen Kleinbürger: Konsumenten, Käufer, Kunden – sind. Sie schreien erst, wenn auch der tschechische Krämer, der tschechische Schneidermeister im deutschen Gebiet erscheinen, wenn also die Tschechen nicht mehr bloße Ausbeutungsobjekte für sie sind, sondern ihnen auch als Konkurrenten gegenübertreten und ihnen am Ende gar auch noch in der Gemeindestube Scherereien verursachen. Der

deutsche Handwerker holt seine Lehrbuben am liebsten aus dem Tschechischen, er zieht den tschechischen Gehilfen dem deutschen vor; sein nationales Gewissen erwacht erst, wenn sich der tschechische Gehilfe selbständig macht und mit ihm rivalisiert. Und nicht anders steht's mit den deutschen Beamten, Advokaten, Ärzten, mit dem ganzen neuen Mittelstand. Der deutsche Intellektuelle macht seine Einkäufe gern bei tschechischen Geschäftsleuten, wenn sie billiger verkaufen als ihre deutschen Konkurrenten, er hält gewöhnlich ein tschechisches Dienstmädchen, weil es anspruchsloser und gefügiger ist als ein deutsches, auch er wird erst national, wenn der Tscheche mit ihm konkurriert. Das gesamte deutsche Bürgertum hat gegen die tschechische Einwanderung nichts, solange sie eine Arbeitereinwanderung ist. Sein Nationalgefühl wird erst rege, wenn dem tschechischen Arbeiter der tschechische Geschäftsmann, Beamte, Arzt, Rechtsanwalt folgt. Und weil den deutschen Spießbürgern ihre tschechischen Konkurrenten zuwider sind, soll der deutsche Arbeiter gegen die tschechische Einwanderung protestieren, und er wird des Verrats an der eigenen Nation beschuldigt, weil er nicht albern genug ist, das Recht der Nation auf ihren Boden, das dem Bürgertum gleichgültig ist, solange es nur durch tschechische Proletarier "verletzt" wird, zu verteidigen, das heißt, sich gegen seine tschechischen Klassengenossen aufhetzen zu lassen.

Es könnte noch in einem anderen Sinne von einem Recht der Nation auf ihren Boden gesprochen werden. Soll eine Nation nicht verlangen dürfen, dass die in ihr Gebiet einwandernden Fremden sich *assimilieren?* Unsere Nationalen stehen wirklich auf diesem Standpunkt – was sie natürlich nicht hindert, alles zu tun, um den Tschechen im deutschen Gebiet die Assimilation zu erschweren und zu verekeln. Aber wie soll die Pflicht zur Assimilation vom sozialdemokratischen Standpunkt begründet werden? Was lässt sich vom sozialdemokratischen Standpunkt gegen die völlige Tschechisierung einer deutschen, die völlige Germanisierung einer tschechischen Stadt einwenden – vorausgesetzt natürlich, dass sich eine solche Entnationalisierung ohne Zwang und Gewaltanwendung vollzieht?

Ludo *Hartmann* hat in einem Artikel zur Frage der nationalen Minoritätsschulen[499] den sehr interessanten Versuch unternommen, die Pflicht zur Assimilation vom sozialistischen Standpunkt zu begründen. Er meint, dass man die Sprache, unbeirrt von aller nationalen Ideologie, nur als ein Verkehrs- und Verständigungsmittel betrachten darf; tue man dies, so erscheine die Assimilation vom Standpunkte der Gesamtheit aus als das Zweckmäßige und daher das Erstrebenswerte. Hartmann verwirft darum die von *Bauer* vorgeschlagene Minoritätsschule (in der auch die Sprache der Mehrheit gelehrt werden soll), denn er findet, dass Bauer nicht vom kollektivistischen, sondern vom individualistischen Standpunkt ausgeht, und dass dessen Minoritätsschule ihren Zweck – Erleichterung der Assimilation ohne Zwang zur Assimilation – zu erreichen kaum geeignet sein dürfte; er empfiehlt eine Schule, in der die nichtdeutschen Kinder als (wegen ihrer mangelhaften Kenntnis des Deutschen) minderbefähigte Schüler behandelt werden sollen.

---

[499] Ludo M. Hartmann: Zur Frage der nationalen Minoritätenschulen; Der Kampf, Jahrgang 3, Heft 2, 1. November 1909. Ludo Moritz Hartmann, auch Ludwig Moritz Hartmann (1865-1924); sozialdemokratischer Politiker, Historiker und Diplomat.

Bauer behandelt also die Nationalität als Privatsache, Hartmann nicht. Wer hat recht?

Auf den ersten Blick könnte man versucht sein, Hartmann beizupflichten, denn er geht von Voraussetzungen aus, deren Richtigkeit auf der Hand liegt. Prinzipiell ist, wie dem Liberalismus alles, so dem Sozialismus nichts Privatsache. Er betrachtet alles vom Standpunkt der Gesamtheit. Also muss er, was auf die Gesellschaft wirkt, der Leitung durch die Gesellschaft zu unterwerfen suchen. Und da die Sprache gesellschaftlich nicht gleichgültig, vielmehr höchst wichtig ist, so werden in der sozialistischen Gesellschaft die sprachlichen Verhältnisse als eine Angelegenheit der Gesamtheit behandelt werden. Diese Behandlung wird auch zweifellos die sein, die Hartmann wünscht. Das sozialistische Weltparlament wird erklären: Die Sprache ist ein Verkehrs- und Verständigungsmittel, aber die Sprachen sind ein Verkehrshindernis, die Vielsprachigkeit widerspricht der Sprachfunktion, und dieser Widerspruch wird um so fühlbarer, je mehr Sprachen sich zu Kultursprachen entwickeln. Er müsste also in der sozialistischen Gesellschaft, in der jede Sprache eine Kultursprache werden würde, unerträglich werden. Machen wir also der Vielsprachigkeit ein Ende, erheben wir eine Sprache zur allgemeinen Vermittlungssprache, lassen wir sie in allen Schulen der Welt lehren, und sie wird sehr bald die alleinige Sprache werden, also den Zweck der Sprache, ein Mittel der Verständigung und des Verkehrs zu sein, in der vollkommensten Weise erfüllen.[500]

So könnte das sozialistische Weltparlament reden. Aber wer kann heute, in der bürgerlichen Gesellschaft, die in zwei große Klassen zerrissen ist und in zahllose Staaten zerfällt, eine solche Sprache führen? Nicht einmal wir Sozialisten. Denn, das übersieht Hartmann, der Sozialismus an der Macht und der Sozialismus in der Opposition sind nicht dasselbe und müssen sich darum verschiedener Methoden bedienen. Allerdings bestimmt unsere Aktion auch heute das Gesamtinteresse der Zukunft, darin hat Hartmann recht. Aber wir haben nur eine Möglichkeit, das Gesamtinteresse der Zukunft zu vertreten: indem wir das gegenwärtige Interesse des Proletariats, als der Klasse, der die Zukunft gehört, verfolgen. Hartmann hat also unrecht, wenn er sagt: "Die Arbeiterschaft darf bei der Beurteilung der deutsch-tschechischen Frage nicht von der Tatsache ausgehen, dass in den deutschen Gebieten Böhmens und Wiens die Minoritäten größtenteils aus Proletariern bestehen, die in erster Linie von den Beschwerden, welche die Assimilation mit sich bringt, betroffen werden." Wir müssen vielmehr diese und überhaupt jede nationale Frage genau so behandeln wie alle anderen Fragen: ausschließlich vom Standpunkt des Proletariats aus. Um das zu erkennen, braucht man nur die Gedanken Hartmanns zu Ende zu denken. Setzen wir den Fall, wir wollten die Sprachenfrage nach seinem Rezept lösen, also die Sprache lediglich als ein Verkehrs- und Verständigungsmittel behandeln. In einer sozialistischen Gesellschaft könnten wir das,

[500] Wenn ich von einer Weltsprache rede, so denke ich natürlich nicht an Volapük und Esperanto. Aber der Spott, mit dem man die Vorkämpfer dieser "Weltsprachen" überhäuft, scheint mir doch übers Ziel zu schießen. Ihr Grundgedanke, dass eine bewusste Sprachentwicklung möglich sein muss, ist richtig. Wenigstens ist nicht einzusehen, warum wir nicht, wie andere gesellschaftliche und natürliche Prozesse, auch die Entwicklung der Sprache sollten bewusst leiten können. Freilich müssten wir, um es zu können, erst hinter das Entwicklungsgesetz der Sprache gekommen sein, und der wesentliche Irrtum der Esperantisten usw. besteht darin, dass sie das nicht begreifen. Sie sind "überspannt", aber nur so, wie es auch die utopistischen Sozialisten waren. [Anmerkung Josef Strasser]

wie gesagt, tun: sobald Ausbeutung und Unterdrückung aufgehört haben, kommt die Sprache wirklich nur noch als ein Verkehrs- und Verständigungsmittel in Betracht. Aber heute ist dem nicht so. Heute ist es für die besitzenden Klassen der Nation nicht gleichgültig, wie groß die Nation ist. Je mehr Tschechen es gibt, desto selbstbewusster kann das tschechische Bürgertum auftreten, desto eher wird es sich bei der deutschen Bourgeoisie und bei der Regierung in Respekt setzen. Die Sprache hat also heute nicht bloß die Bedeutung eines Verkehrs- und Verständigungsmittels, sie ist eine Quelle politischer Macht. Darum wird jede Bourgeoisie, wo sie kann, auf nationale Eroberungen ausgehen. Sie wird keinesfalls geneigt sein, die Minoritäten ihrer Nation preiszugeben, wohl aber wird sie für die Assimilation der Fremden in ihrem Gebiet schwärmen. Unter diesen Umständen ist der Weg, den uns Hartmann weist, ungangbar, denn er führt nicht ans Ziel: die Pflicht zur Assimilation würde nicht die Assimilation bewirken, sie würde nur zur Schikanierung der Minorität durch die Majorität und der Majorität durch die Minorität führen. Darunter hätte vor allem das Proletariat zu leiden. Die Arbeiter würden – ganz wie es die Bourgeoisie wünscht – national erregt werden, und diese Erregung müsste ihr Klassenbewusstsein trüben, ihre Tauglichkeit zum Klassenkampf vermindern.

Wir können also den von Hartmann gezeigten Weg nicht einschlagen. Nun gibt es aber, solange eine Regelung der sprachlichen Verhältnisse, die dem Gesamtinteresse Rechnung trägt, nicht durchführbar ist, nur zwei Möglichkeiten: entweder wir geben die nationalen Minoritäten den Majoritätsnationen, das heißt deren besitzenden Klassen, preis, oder wir suchen die Behandlung der Nationalität als Privatsache zu erzwingen. Wir können natürlich nur das letztere tun. Der Vorschlag Bauers, dessen Verwirklichung den Tschechen im deutschen Sprachgebiet die Möglichkeit der Assimilation ohne Nötigung zur Assimilation schaffen würde, ist darum der korrektere, denn er behandelt die Nationalität als Privatsache.

Aber haben wir nicht gesagt: dem Sozialismus ist prinzipiell nichts Privatsache? Sehr wohl. Wir haben aber auch gesagt, dass der Sozialismus in der Opposition etwas anderes ist als der Sozialismus an der Macht. Wenn wir heute an den Staat die Forderung richten, dass er die Nationalität, wie manches andere, als Privatsache behandeln solle, so bedeutet das nicht, dass wir unsere Prinzipien aufgegeben haben. Es bedeutet auch nicht, dass wir die Nationalität für gesellschaftlich gleichgültig halten. Es bedeutet vielmehr, dass wir der Meinung sind: die Zeit, in der die Gesamtheit die nationalen Verhältnisse im Interesse der Gesamtheit regeln kann, ist noch nicht gekommen, wohl aber ist die Zeit vorüber, in der die besitzenden Klassen sie entsprechend ihren Herrschaftsinteressen reglementieren konnten.

Also auch ein Recht der Nation auf ihren Boden, dem die Pflicht der Nationsfremden zur Assimilation entsprechen soll, kann der Sozialdemokrat nicht anerkennen, wenn er nicht allen seinen Prinzipien zum Trotz ein Recht auf Vergewaltigung der nationalen Minoritäten statuieren will.

Den ärgsten Spektakel über die Verletzung des nationalen Rechtes auf den Boden machen die Nationalisten, wenn ein "deutsches" Haus oder Grundstück in tschechische Hände übergeht. Sie meinen also, das Privateigentum an Grund und Boden müsse im deutschen Land ein Privilegium der Deutschen sein. Solche Privilegien hat es gege-

ben: Klassen, Nationen, Rassen usw. sind vom Grundeigentum ausgeschlossen gewesen. Aber der Gleichmacher Kapitalismus hat mit diesen Privilegien aufgeräumt. Er kennt nur *ein* Privileg, das des Geldsacks. Wer ein Grundstück, ein Haus oder irgendeine andere Sache bezahlen kann, der darf sie auch erwerben. Wer dieses Privileg einschränken will, wer die Gleichheit alles dessen, was zahlungsfähig ist, bekämpft, der will aus der kapitalistischen Gesellschaft zu vorkapitalistischen Zuständen zurückkehren, er ist ein Reaktionär, und die Arbeiter, die über den Kapitalismus hinauswollen, können keine Gemeinschaft mit ihm haben. Aber auch abgesehen davon ist es für den Arbeiter gleichgültig, in wessen Händen sich der Hausbesitz befindet, denn er ist an dem Haus, in dem er wohnt, nur als Mieter interessiert, und den geht es sehr wenig an, welcher Nation der Hausagrarier, der ihn ausbeutet, angehört. Übrigens verkaufen auch die besten Deutschen ihre Häuser, wenn sie es mit Vorteil tun können, mit der größten Gemütsruhe an Tschechen. Auch hier sehen wir, dass die wirtschaftlichen Interessen stärker sind als die nationalen Interessen. Die Begeisterung für den heimatlichen Boden kühlt sich ab, sobald er mit Profit losgeschlagen werden kann. Ja, diese Begeisterung ist unter den Hausagrariern so schwach, dass die Begeisterung der anderen der Häuserspekulation ein ergiebiges Feld der Tätigkeit eröffnet hat. Und die deutschen Schutzvereine, zu deren vornehmsten Aufgaben die Erhaltung des deutschen Bodens in deutschen Händen gehört, verfluchen heute nicht nur jene Deutschen, die ihre Häuser statt an sie an Tschechen verkaufen, sondern auch diejenigen, die ihnen durch den Hinweis auf das Vorhandensein generöser tschechischer Käufer die höchsten Preise für ihre Chaluppen[501] abpressen. Das ist die Dialektik des Nationalismus. Er führt sich immer selbst ad absurdum.

Was immer man sich unter dem Recht der Nation auf ihren Boden vorstellen mag, eine Interessengemeinschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat stellt die heimatliche Scholle nicht her.

Der Nationalcharakter

Zu den höchsten Gütern der Nation rechnen die Nationalen als "Ethiker" und "Idealisten" natürlich auch den Nationalcharakter, ja sie erklären ihn für *das* nationale Gut – alles andere erhält ja, sagen sie, erst als Mittel zur Erhaltung der deutschen "Edelart" Sinn und Wert. Und nun will es ihr Pech, dass gerade der Nationalcharakter das fragwürdigste aller nationalen Güter ist. Nämlich, er existiert gar nicht.

Was ist denn unter Nationalcharakter zu verstehen? Gewöhnlich definiert man ihn als die Summe aller körperlichen, geistigen und sittlichen Eigenschaften, die allen oder doch den meisten Angehörigen der Nation gemein sind. Angenommen, es gibt einen Nationalcharakter in dieser Bedeutung des Wortes – was sollen wir in der Politik, der er, wenn die Nationalen recht hätten, Ziel und Inhalt geben müsste, mit ihm anfangen? Setzen wir den Fall: alle Deutschen sind blond, und die Blondheit gehört also zum deutschen Nationalcharakter. Was soll es uns? Die Blondheit ist und bleibt für die Politik ganz gleichgültig. Oder: zum deutschen Nationalcharakter rechnet man auch eine Eigenschaft, die die Deutschen selbst Gründlichkeit, die anderen Völker Schwerfällig-

[501] Chaluppen: Hütten

keit oder Umständlichkeit nennen. Was soll der Politiker mit ihr machen? Hat man schon je etwas von einer Aktion zur Erhaltung der so viel gerühmten deutschen Gründlichkeit gehört?

Aber das nur nebenbei, denn es ist keine Frage, dass es einen Nationalcharakter in dem Sinne, in dem man das Wort gewöhnlich gebraucht, überhaupt nicht gibt. Keinem Zweifel unterliegt es natürlich, dass die Tendenz zur Entwicklung eines solchen Nationalcharakters immer vorhanden ist. Von den Einflüssen, denen eine Nation ausgesetzt ist, sind wenigstens einige für alle Nationsangehörigen gleich oder doch ähnlich, und Gleiches bewirkt Gleiches, Ähnliches Ähnliches. Aber gewiss ist auch, dass sich die Tendenz zur Bildung eines Nationalcharakters in der bürgerlichen Gesellschaft nur sehr unvollkommen durchsetzen kann, weil ihr da andere Tendenzen entgegenwirken, und zwar umso stärker entgegenwirken, je weiter die Entwicklung des Kapitalismus fortschreitet. Die Spaltung der Nation in Klassen, von denen jede dieselben Ereignisse anders erlebt, anders empfindet, anders wertet, anders verarbeitet, hindert die Entwicklung neuer Nationalcharaktere und zerstört die alten. Dazu kommt, dass der Kapitalismus jede Nation mit fremden Elementen durchsetzt, und zwar jeden Teil der Nation mit anderen: der Elsässer hat andere Eigentümlichkeiten als der Deutschböhme. Nicht zu vergessen, dass auch nicht alle Angehörigen einer Nation unter denselben natürlichen Verhältnissen leben, dass auch die Verschiedenheit des Klimas, der Bodenbeschaffenheit usw. innerhalb der Nation differenzierend wirkt: der Deutsche an der Waterkant und der Deutsche in den Tiroler Bergen sind verschiedene Menschen. Was bleibt unter solchen Umständen vom Nationalcharakter übrig? Man versuche doch einmal, jene Eigenschaften anzugeben, die dem Wiener Kaffeehausliteraten, dem Ostseefischer, dem Finanzmann in Berlin W., dem Reichenberger Weber – die Reihe lässt sich beliebig verlängern – gemein sind. Die Mühe wird umsonst sein. Wenn es aber auch einen Nationalcharakter im gebräuchlichen Sinne des Wortes entweder gar nicht oder nur in Anfängen oder Resten gibt, so kann man doch von einem Charakter des Nationsganzen, einem *Nationscharakter* sprechen. Man hebt z.B. als unterscheidendes Merkmal der französischen Nation ihren Geist hervor. Das bedeutet aber nicht, wenn es auch oft so aufgefasst wird, dass alle oder die meisten Franzosen geistreich sind, sondern nur, dass wir im französischen Volke mehr Menschen von Geist finden als bei anderen Völkern, wobei sie aber immer noch eine kleine Minorität des französischen Volkes ausmachen können. Wenn in Deutschland erst jeder tausendste, in Frankreich aber schon jeder hundertste Mensch Esprit besitzt, so werden wir von den Franzosen, obwohl neunundneunzig Prozent, also die erdrückende Majorität, von ihnen nicht geistreich sind, sagen, sie sind ein geistreiches Volk. Durch eine liederliche Logik ist aus diesem Charakter der Nation der typische Charakter der Nationsangehörigen geworden. Man drückt die Ansicht, dass es im französischen Volk mehr geistreiche Menschen gibt als unter anderen Völkern, salopp so aus: die Franzosen sind geistreich. Natürlich kann man dann auch sagen: der Franzose ist geistreich. Im Handumdrehen ist aus dem Nationscharakter, dem Charakter des Nationsganzen, der Nationalcharakter, der gemeinsame Charakter der Nationsangehörigen geworden.

Der Nationscharakter ist veränderlich. Seine Struktur entspricht der sozialen Struktur der Nation, seine Entwicklung ist abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung. Die

Forderung nach seiner Erhaltung ist also eine Utopie, und zwar eine reaktionäre Utopie. Unsere Nationalen deklamieren so gerne von der deutschen Art – wobei sie allerdings nicht die heutige deutsche Art meinen, sondern eine, die schon der Vergangenheit angehört und nur noch in kümmerlichen Resten in die Gegenwart hineinragt. Sie stellen sich unter dem idealen Deutschen den klassischen Kleinbürger vor, dessen Handwerk noch einen goldenen Boden hatte und der, bei aller Engherzigkeit und Beschränktheit, in seiner Welt ein ganzer Kerl war. Diesen Kleinbürger kostümieren sie à la Siegfried, drücken ihm den Balmung[502] in die Faust, setzen ihn unter bengalische Beleuchtung, und der Deutsche, wie er sein soll, ist fertig. Aber der deutsche Kleinbürger, nicht nur der, den sich unsere Nationalen zurechtgemacht haben, auch der, der wirklich einmal existiert hat, existiert in unserer Welt nicht. Mit dem Verkommen des Handwerks ist natürlich auch die Handwerkerart verkommen. Sie erhalten, oder besser gesagt, zu neuem Leben erwecken zu wollen, heißt: ihre wirtschaftlichen Voraussetzungen wiederherstellen zu wollen. In der Praxis läuft das hinaus auf die Forderung nach der Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung durch zünftlerische Schikanen, in der Theorie auf die Forderung nach der Rückkehr zu einer vorkapitalistischen Produktionsweise. Es ist kleinbürgerlich, reaktionär, keineswegs sozialistisch, revolutionär. Wie sollen sich also Proletarier, Sozialdemokraten für die Erhaltung des Nationalcharakters begeistern?

Noch mehr: Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur die heutigen Nationscharaktere nicht erhalten, wir arbeiten geradezu an ihrer Zerstörung. Und zwar nicht nur, indem wir ihre sozialen Voraussetzungen, den Kapitalismus und die Reste vorkapitalistischer Produktionsweisen, beseitigen wollen. Wir nehmen die Zerstörung des heutigen Nationscharakters nicht etwa als zwar ungewollte, aber unvermeidliche Folge unserer revolutionären Aktion mit in den Kauf. Wir arbeiten bewusst und mit Absicht an ihr. Was bedeutet denn der Satz: die Sozialdemokratie will das Proletariat erziehen? Nichts anderes als dass die Sozialdemokratie jedes Landes die spezifischen Unzulänglichkeiten und Laster ihres Proletariats bekämpft. Und da die Schwächen und Fehler des deutschen, tschechischen, italienischen Proletariats zum deutschen, tschechischen, italienischen Nationscharakter gehören, so bedeutet das Ankämpfen gegen sie das bewusste Arbeiten an der Ummodelung des deutschen, tschechischen, italienischen Nationscharakters.

Aber wir arbeiten auch noch in einer anderen Richtung an der Änderung des Nationscharakters. Nicht nur durch die Erziehung des deutschen Proletariats verändert die Sozialdemokratie den deutschen Nationscharakter, sie wirkt auch auf die anderen Klassen der deutschen Nation. Freilich nicht erzieherisch, wie auf die Arbeiterklasse, sondern auf ganz andere Art. Vor zwanzig Jahren hat man in unseren Versammlungen allerdings noch oft die Redensart gehört: Wir müssen unsere Gegner zur Vernunft und zur Anständigkeit erziehen. Dieser Satz war ein Nachhall der utopistischen Auffassung, dass die sozialistische Gesellschaft das Werk der Edlen und Einsichtigen sein werde. Viele Genossen glaubten damals noch den Sozialismus rascher durchsetzen zu können, wenn es ihnen gelänge, die Gegner "aufzuklären" und zu "bessern". Wir sind aber von dieser Auffassung ganz abgekommen. Heute weiß jeder Sozialdemokrat, dass

[502] Balmung: Name von Siegfrieds Schwert im *Nibelungenlied*.

keine Klasse einen Selbstmord begeht und dass es darum unmöglich ist, die an der Erhaltung der Privateigentumsgesellschaft interessierten Klassen zur "Vernunft" und zur "Anständigkeit" zu erziehen,[503] weil eben für sie etwas anderes vernünftig und anständig ist als für uns. Wir haben erkannt, dass wir einen ganz anderen Einfluss als einen pädagogischen auf die Gegner nehmen müssen. Wir wissen, dass im Klassenkampf, wie im Krieg, sehr viel darauf ankommt, den Feind zu demoralisieren, und wir wirken auch Tag für Tag demoralisierend auf die Feinde der Arbeiterklasse ein. Nicht in dem Sinne natürlich, dass wir sie schlecht, feig, brutal machen wollen. Wir beweisen, dass die Argumente, mit denen sie die bürgerliche Gesellschaftsordnung verteidigen, nicht stichhaltig sind. Sie müssen dazu schweigen oder mit Lügen antworten – in jedem Fall verlieren sie ihr gutes Gewissen. Wir zeigen den Widerspruch zwischen ihren Theorien und ihrer Praxis auf, und sie müssen wieder schweigen oder wieder lügen. Jede Niederlage im wirtschaftlichen Kampfe demütigt sie, jede Wahlschlacht, die sie verlieren, schwächt ihr Selbstbewusstsein. Der unaufhaltsame Aufstieg des Proletariats macht sie unsicher. Sie werden an sich irre, sie verkommen. Aus den auf ihr Recht und ihre Macht stolzen Herren werden brutale Feiglinge. Auch dadurch ändert das kämpfende Proletariat die Nationscharaktere.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Wenn wir durch die Erziehung des deutschen Proletariats und durch die Demoralisierung seiner Ausbeuter und Unterdrücker bewusst an der Änderung des deutschen Nationscharakters arbeiten, so tun wir das selbstverständlich nicht aus irgendwelchen nationalen Gründen, sondern nur aus proletarisch-sozialistischen. Die Erziehung des deutschen Proletariats durch die Sozialdemokratie hat auch nicht bloß eine nationale, sondern eine internationale Bedeutung. Nicht bloß weil unter den deutschen Arbeitern soundso viele nichtdeutsche Proletarier leben. Auch wenn im deutschen Sprachgebiet kein einziger nichtdeutscher Arbeiter wäre, würde jede Hebung des deutschen Proletarierbewusstseins eine Hebung des Proletarierbewusstseins überhaupt sein. Und natürlich ändert jeder Sieg des russischen, französischen, englischen Proletariats auch den deutschen Nationscharakter, indem er den deutschen Proletarier aufrichtet und den deutschen Spießbürger niederdrückt.

Hinter der Forderung der Nationalen nach der Erhaltung des Nationalcharakters verbirgt sich – ganz genauso, wie hinter der Forderung der Klerikalen nach der Erhaltung der christlichen Moral – *nur der Wunsch der herrschenden Klassen, nach wie vor ihre "Herrentugenden" betätigen zu können und dem Proletariat die Sklavenlaster, die Anspruchslosigkeit, die Unterwürfigkeit* (die die Nationalen deutsche, die Klerikalen christliche Tugenden nennen) *zu erhalten, das heißt den wirtschaftlichen und politischen Status quo, das kapitalistische Eigentum und den bürgerlichen Staat, zu konser-*

[503] In einem sehr bescheidenen Sinne kann von einer Erziehung der Kapitalistenklasse durch die Arbeiter gesprochen werden. Die Arbeiter können es dahin bringen, dass die Unternehmer gewisse Forderungen bewilligen, ohne es auf einen Kampf ankommen zu lassen: wenn sich z.B. der Arbeiter, weil eine starke Organisation hinter ihm steht, eine unanständige Behandlung nicht gefallen lassen muss, so sieht der Fabrikant ein, dass auch der Arbeiter ein Mensch ist. Aber diese Einsicht ist Einsicht nicht in die Bedürfnisse, sondern in die Macht des Proletariats, und die Arbeiter haben sie den Kapitalisten beigebracht, nicht indem sie ihnen von der Schönheit der sozialistischen Idee vorschwärmten, sondern durch den Klassenkampf; nicht durch die Stärke ihrer Argumente, sondern durch das Argument ihrer Stärke. [Anmerkung des Herausgebers]

vieren.
Auch der Nationscharakter stellt keine Interessengemeinschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat her, auch an ihm haben diese beiden Klassen entgegengesetzte Interessen, auch er ist ein Objekt des Klassenkampfes.

Das Nationalgefühl

Wenn den Nationalen gar nichts mehr einfällt, so berufen sie sich auf das Nationalgefühl. Man beweise ihnen, dass die Gegensätze, die die Nation in verschiedene Klassen zerreißen, stärker sind als alle nationalen Gemeinsamkeiten, und sie werden sich hinter dem Nationalgefühl verschanzen. Genaueres über Inhalt und Funktion dieses Gefühls ist von ihnen allerdings nicht zu erfahren. Nach ihren Reden zu schließen ist es eine geheimnisvolle, mit dem plumpen Verstand nicht zu begreifende Kraft, die die Angehörigen einer Nation trotz allem, was sie auseinander und gegeneinander treibt, zusammenzwingt.

Das Argument vom Nationalgefühl ist allerdings schon in dem Augenblick widerlegt, in dem es notwendig wird. Muss ich mich gegenüber einem Volksgenossen, den ich für den Nationalismus gewinnen will, auf das Nationalgefühl berufen, so ist auch schon bewiesen, dass er entweder kein Nationalgefühl hat, oder dass es zu schwach ist, seine politische Haltung zu beeinflussen. Es geht mir in diesem Falle wie dem Pfaffen, der sich gegenüber dem Atheisten, dem gar kein Beweis vom Dasein Gottes imponiert, zuletzt auf die "unleugbare Tatsache" beruft, dass jedem Menschen eine innere Stimme sagt: Es gibt einen Gott. Was gegenüber einem Menschen, der nun einmal so pervers ist, dass er nicht einmal national empfindet, der Hinweis auf das Nationalgefühl soll, ist schlechterdings nicht einzusehen. Aber nehmen wir an, dass Gefühle nach Belieben hervorgerufen und reguliert werden können, nehmen wir an, dass der Hinweis auf die Kraft des Nationalgefühls imstande ist, diese Kraft zu erzeugen, dann wäre immer noch zu beweisen, dass das Nationalgefühl eine politische Gemeinschaft herzustellen vermag.

Sehen wir uns daraufhin einmal unsere Deutschnationalen an. Wäre es wahr, dass das Nationalgefühl die breite Kluft überbrücken kann, die das Bürgertum und die Arbeiterschaft einer Nation voneinander trennt, so müsste es die verschiedenen Schichten des Bürgertums einer Nation, zwischen denen doch keine so großen Gegensätze bestehen, erst recht verbinden und zusammenhalten können. Aber das ist, wie wir wissen, nicht der Fall. Den deutschen Fabrikanten hindert sein Nationalgefühl nicht, tschechische Arbeiter ins deutsche Land zu ziehen. Die besten Deutschen verkaufen um des schnöden Mammons willen ihre Häuser an Tschechen. Wie viele gute Deutsche gibt es, die ihre Einkäufe in deutschen Geschäften besorgen, wenn die Tschechen billiger verkaufen? Der deutsche Handwerker, der keinen tschechischen Lehrbuben mag, und die deutsche Hausfrau, die ein deutsches Dienstmädchen einer "Libuschatochter"[504] vorzieht, können sich als Raritäten ausstellen lassen. Usw. usw. Das schwächste öko-

[504] Libuše (deutsch Libussa) ist die mythische Stammmutter der Přemysliden-Dynastie in Böhmen. Ironisch für Dienstmädchen tschechischer Herkunft.

nomische Interesse vermag über den Bürgerlichen mehr als das Nationalgefühl mit all seiner unwiderstehlichen Gewalt.

Begeben wir uns vom ökonomischen auf das politische Gebiet, so zeigt sich uns dasselbe Bild. Die besten deutschen Männer können durch die lächerlichsten, kleinlichsten Bagatellen so gegeneinander aufgebracht werden, dass sie, ihr allmächtiges Nationalgefühl in der zottigen Mannsbrust verbergend, auf einander losdreschen, als hätten sie den slawischen Erbfeind vor sich. Z.B.: In der "Metropole von Deutschböhmen", in Reichenberg, ist ein Landtagsmandat freigeworden. Als Kandidaten treten zwei Nationale auf. Politisch gleichen sie einander wie ein faules Ei dem andern, beide sind anerkanntermaßen gute Deutsche. Über Prinzipien kann also im Wahlkampf nicht gestritten werden. Unglücklicherweise hat auch keiner von den Wahlwerbern silberne Löffel gestohlen, beide sind untadelige Ehrenmänner, es kann also auch keiner die Wähler für sich gewinnen, indem er die persönliche Integrität des andern bestreitet. Nichtsdestoweniger entwickelt sich eine hitzige Wahlkampagne, denn der eine Kandidat – wohnt nicht in Reichenberg, sondern in Ruppersdorf, einem Vorort von Reichenberg. Unerhört: so ein Mensch will Reichenberg im Landtag vertreten! Ja, kann er sich denn in die Weltanschauung eines Reichenbergers hineindenken, vermag er, der, wenn er auch aus einer alten Reichenberger Familie stammt, zum Ruppersdorfer herabgesunken ist, noch zu begreifen, was in der Seele eines Reichenbergers vorgeht? Ist seine Kandidatur nicht eine Unverschämtheit? Die Reichenberger brauchen keinen Ruppersdorfer! Durch ganz Reichenberg gellt dieser Schlachtruf, und der Ruppersdorfer fällt, wie sich's gebührt, mit Schimpf und Schande durch. Und solche Geschichten haben wir nicht bloß einmal, wir haben sie hundertmal erlebt, sie wiederholen sich immer wieder. Alle Deutschen gehören zusammen, "das Vaterland muss größer sein", aber wenn irgendwo bei einer Wahl einem einheimischen Kandidaten ein "Fremder" (und für die Oberkrähwinkler fängt die Fremde, die Wildnis schon in Unterkrähwinkel an) gegenübertritt, dann wird auf sein Deutschtum gepfiffen, mag es auch von anerkannt vorzüglicher Qualität sein. Dann heißt es: Reichenberg den Reichenbergern! Dann kann das Vaterland nicht klein genug sein. Nicht nur die Klasseninteressen, auch die kleinlichsten Cliqueninteressen vermögen über unsere Nationalen mehr als ihr Nationalgefühl. Oder ist dieses am Ende überhaupt kein Nationalgefühl? Sind die Leute, die sich gute Deutsche nennen, am Ende nur "gute" Reichenberger, Linzer, Grazer, Kemmelbacher? Verwechseln sie nicht vielleicht Nationalgefühl mit Bezirksmeierei und Lokalpatriotismus? Was ist denn das Nationalgefühl überhaupt?

Legt man einem Nationalen die Frage vor, woran er denn eigentlich merkt, dass er national empfindet, so bekommt man die Antwort: "Ich fühle mich unter Deutschen wohler als unter Nichtdeutschen." In dieser Behauptung mengt sich Wahrheit und Irrtum. Der Mann müsste sagen: "In einer Umgebung, an die ich gewöhnt und angepasst bin, fühle ich mich wohler als in einer fremden." Er verwechselt das Gewohnte mit dem Deutschen, er übersieht, dass nicht alles, woran er sich gewöhnt hat, deutsch ist, und dass er an sehr viel Deutsches nicht gewöhnt ist. Einen Deutschnationalen, der in einem deutsch-böhmischen Städtchen aufgewachsen ist und die dort ansässige tschechische Minorität grimmig hasst, verschlägt irgendein Zufall in ein gottverlassenes Nest in der deutschen Schweiz. Wie wird sein Nationalgefühl diese Probe bestehen?

Es ist sehr wahrscheinlich, dass er, trotzdem er nun unter lauter Deutschen lebt und ihm kein Tscheche mehr den Grimm weckt, gar bald Heimweh bekommen wird; dass ihm das "Schwyzer Dütsch" viel härter ans Ohr schlagen wird, als das "Böhmakeln", das er daheim oft verspottet hat. Wenn der gute Mann denkt, wenn er sich von dem, was er erlebt, Rechenschaft zu geben bemüht ist, so könnte er die Entdeckung machen, dass, was er für Nationalgefühl gehalten hat, Liebe zur Heimat, also etwas ganz anderes ist. Er könnte dahinterkommen, dass das Nationalgefühl ein sehr schwaches Band ist, und dass wir uns der Täuschung, es könne alle Volksgenossen miteinander verbinden, nur hingeben können, wenn wir es infolge irgendwelcher Umstände mit stärkeren Gefühlen verwechseln können, das heißt: wenn ihm irgend ein starkes wirtschaftliches oder politisches Interesse Nahrung gibt.

Immerhin: es gibt ein Nationalgefühl, und wenn es auch nicht, wie viele, wie die meisten Nationalisten glauben, dasselbe ist wie die Lust am Gewohnten, so ist es doch die Lust an einer bestimmten Art von gewohnten Dingen. Es ist also eine bestimmte Art von Denkfaulheit, von geistiger Trägheit – *wie geschaffen zur Stütze einer konservativen, ja reaktionären Politik.*

Eine solche Politik kann nicht die Politik der Arbeiterklasse sein. Freilich ist auch dem Proletarier das Behagen am Gewohnten nicht fremd, auch ihm fehlt das Nationalgefühl nicht ganz. Aber es ist durch die Verhältnisse, unter denen er lebt, dafür gesorgt, dass es nicht allzu sehr erstarkt, dass sein Konservativismus nicht die Oberhand über seinen Revolutionarismus bekommt. Ausnahmen kommen freilich vor, auch als Massenerscheinung, aber sie können, wie wir am Separatismus sehen werden, nicht von Dauer sein; sie müssen mit den außerordentlichen Umständen, unter denen allein sie entstehen können, wieder verschwinden. Die Existenzbedingungen des Proletariats sind weniger stabil als die irgendeiner anderen Klasse. Der Arbeiter ist heute hier, morgen dort, er arbeitet im Winter am Webstuhl, im Sommer als Maurer, seine Existenz ist nie gesichert, jeder Tag kann eine radikale Änderung seiner Verhältnisse bringen. Er ist gezwungen, fortwährend umzulernen, fortwährend neue Eindrücke zu verarbeiten. Dazu kommt, dass das Gewohnte für ihn – anders als für den Bourgeois – sehr oft das Unerfreuliche ist, also ihn nicht gerade zu behaglichem Verweilen einzuladen geeignet erscheint. Kurz, alles vereinigt sich, um seinen Geist beweglicher zu machen, als den anderer Menschen, und die Freude am Gewohnten, die Beschaulichkeit in ihm nicht aufkommen zu lassen. Alles züchtet in ihm die Lust an der Veränderung. Natürlich nicht die Lust an der Veränderung schlechthin, am Abenteuern und an der Landstreicherei (der verfällt nur der entgleiste Proletarier), sondern die Lust an der rationellen, den Bedürfnissen des Proletariats entsprechenden Veränderung, an der revolutionären Betätigung. Mögen die Nationalen noch so radikal fortschrittlich tun, mögen sie noch so große Worte gebrauchen, die Politik des Nationalgefühls erscheint schon dem naiven Arbeiter kleinlich und reaktionär. Er lacht über den Nationalismus, wie man in der Zeit der nationalen Einheitsbewegungen über die Kleinstaaterei, über den Kantönligeist gelacht hat. Die Welt des Nationalismus ist dem Arbeiter von Haus aus zu eng, zu armselig. Er ist ein naturwüchsiger Internationaler, und wer gegen seinen Internationalismus das Nationalgefühl ausspielt, der ist ihm ebenso komisch wie

ein Verehrer der guten alten Zeit, der heute, in der Ära der rapidesten technischen Entwicklung, den Handwebstuhl wieder zu Ehren bringen möchte.

Wie gesagt: das Nationalgefühl, wie so manches andere Gefühl, das die Bourgeoisie in der Arbeiterschaft großziehen möchte, ist dem Arbeiter nicht völlig fremd. Aber es ist verkümmert. Ebenso wie der Bourgeois seine Gefühle zu zügeln weiß, wie er z.B. nur so weit für den Fortschritt schwärmt, als es der Profitmacherei nützlich ist, hat auch der Arbeiter gelernt, jene Gefühle zu unterdrücken, die seinen Klasseninteressen widersprechen. Er mag eine überkommene Abneigung gegen Juden haben, aber der Antisemitismus erscheint ihm nichtsdestoweniger als eine Albernheit. Er mag das Deutsch des Tschechen komisch finden, dessen Temperament und Lebensgewohnheiten mögen ihm fremd anmuten, er ist doch international. Er weiß, dass Vorurteile, die unser Verstand längst überwunden hat, in unseren Gefühlen noch lebendig sein können, und er steht darum seinem Gefühlsleben kritisch gegenüber. Weil etwas für sein Gefühl fremd ist, ist es für sein Urteil noch nicht schlecht. Der Versuch der Nationalen, das Nationalgefühl des Arbeiters demagogisch auszunutzen, muss ebenso scheitern wie ihre übrigen Versuche, den Arbeitern das Märchen von der Harmonie der kapitalistischen und proletarischen Interessen in einer nationalen Verkleidung glaubhaft und sympathisch zu machen.

Die nationale Autonomie

Nach der Meinung vieler Genossen ist die nationale Autonomie berufen, dem Nationalitätenstreit ein Ende zu machen und den Völkerfrieden herbeizuführen. Diese Auffassung ist aber ebenso falsch wie der Glaube an die Allmacht des Parlamentarismus, an die Möglichkeit der Durchsetzung unserer letzten Forderungen in den bürgerlichen Parlamenten. Warum also verlangen wir die nationale Autonomie?

Eine Vorfrage: Was ist nationale Autonomie? Wenn die Separatisten dieses Wort gebrauchen, so meinen sie die völlige Souveränität der tschechoslawischen "Sozialdemokratie". Das ist aber ein Doppelmissverständnis, denn es gibt außer den Separatisten auch noch einige andere Tschechen und Souveränität ist nicht dasselbe wie Autonomie. Die Souveränität, die Selbstherrlichkeit, die die Separatisten für sich verlangen, ist mit dem Sozialismus überhaupt nicht vereinbar. Der Sozialist kennt nur *eine* Souveränität: die der Gesamtheit. Wir haben keinen Grund anzunehmen, dass die sozialistische Gesellschaft in souveräne nationale Gruppen zerfallen wird, dagegen haben wir die triftigsten Gründe zu der Annahme, dass in der sozialistischen Gesellschaft, auch solange sie aus verschiedenen Völkern bestehen wird, nicht die Nation, sondern der Bund der Nationen die höchste Instanz sein wird: nicht alle Teile der Erde sind von derselben Beschaffenheit, wir haben nicht überall dieselben Tiere, dieselben Pflanzen, dieselben Kohlen- und Erzlager usw., und schon das drängt zur Schaffung eines einzigen großen Wirtschaftsgebietes. Wir wollen aber zugeben, dass es sich da um eine Frage handelt, die wir uns noch reiflich überlegen können. Keine Frage aber ist es, dass wir heute in der sozialdemokratischen Partei keiner Gruppe eine Autonomie nach dem Geschmack der Separatisten, d.h. die völlige Selbständigkeit gewähren können, wenn wir nicht einen Selbstmord begehen wollen. Gegenüber dem Kapitalismus haben alle Arbeiter dasselbe Interesse, und darum müssen alle proletarischen

Kräfte zu einer einheitlichen Aktion zusammengefasst werden. Das ist aber nur möglich in einer einheitlichen Partei, und die nationale Autonomie, die der Separatismus meint, ist darum ein Unding. Damit ist natürlich nicht gesagt, dass wir jede Autonomie in der Partei verwerfen. Wie jede Organisation, jeder einzelne Vertrauensmann einer gewissen Selbständigkeit bedarf, so kann auch den nationalen Gruppen der Partei eine gewisse Autonomie, d.h. die Selbstverwaltung innerhalb der durch die Gesamtpartei im Interesse der Gesamtpartei gezogenen Grenzen nötig sein. Wie weit diese Autonomie gehen darf, darüber später. Vorher ein paar Worte über die nationale Autonomie im Staate. Warum verlangen wir sie, da sie doch nichts spezifisch Sozialistisches ist und auch, wie gesagt, keineswegs die Lösung der nationalen Frage bedeutet?

Wir müssen wiederholen: Der Sozialismus an der Macht ist etwas anderes als der Sozialismus in der Opposition, die sich selbst regierende kollektivistische Gesellschaft etwas anderes als das in der bürgerlichen Gesellschaft um die Macht ringende Proletariat. Wenn wir von dieser bürgerlichen Gesellschaft die nationale Autonomie fordern, so bedeutet das noch nicht, dass wir in der sozialistischen Gesellschaft den Nationen Autonomie gewähren werden. Wir verlangen vom heutigen Staat sehr viele Dinge, für die wir uns nach der Sozialisierung der Produktionsmittel sehr energisch bedanken würden. Z.B.: Wir verlangen heute die Einführung der obligatorischen Zivilehe, damit ist aber über die Frage, ob wir in der sozialistischen Gesellschaft auf dem Standesamt heiraten werden, noch gar nichts gesagt. Oder: Wir verlangen, dass der Unternehmer ins Loch wandert, wenn er ein Arbeiterschutzgesetz gröblich verletzt hat. Darf man daraus folgern, dass es in der sozialistischen Gesellschaft Zuchthäuser geben wird? Und solcher Beispiele ließen sich hundert und aberhundert anführen. Die Forderungen, die wir an die heutige Gesellschaft richten, sind nicht sozialistisch in dem Sinne, dass ihre Erfüllung uns schon ans Ziel führt, sondern nur in dem Sinne, dass sie die gesellschaftliche Entwicklung auf dem Wege zu unserem Ziel vorwärts treibt. Und auch nur in diesem Sinne ist die Forderung nach der nationalen Autonomie sozialistisch. Aber wieso? Kann uns die nationale Autonomie, wenn sie uns schon selbst kein Ziel ist, doch unseren Zielen näherbringen?

Ich muss mir hier eine kleine Abschweifung von unserem Thema erlauben. Wie stellen wir uns zu Religion und Kirche? Wie uns unsere Gegner des Verrats an unserer Nation bezichtigen, so machen sie uns auch den Vorwurf, dass wir die Religion "abschaffen" wollen. Das ist natürlich Unsinn. Aber nicht, weil es absolut falsch wäre, sondern weil es einen geschichtlichen Vorgang, der aus der bürgerlichen Welt hinausführt und darum über den bürgerlichen Horizont geht, in die Enge der bürgerlichen Weltanschauung zwängen will. In einer sozialistischen Gesellschaft ist, wenn Marx recht hat, für Religion und Kirche kein Platz; es fehlten dort die Voraussetzungen für die Erhaltung der alten und für die Entstehung neuer Religionen und Kirchen. Gerade aber weil wir wissen, dass Religion und Kirche soziale Ursachen haben, können wir, solange diese Ursachen noch wirken, die Religion unmöglich abschaffen wollen. Dennoch bereiten wir ihren Untergang vor, weil wir ihr – selbstverständlich nicht als werktätige Atheisten, sondern als Sozialisten – den Boden abgraben (und abgraben müssen), auf dem allein sie gedeihen kann. Es nützt der Religion nichts, dass wir nicht daran denken, sie abzuschaffen – ihr Untergang würde sich auch als ungewollte und

unvorhergesehene Folge der Sozialisierung der Produktionsmittel und der damit verbundenen Aufhebung aller Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen durch Menschen einstellen. Andererseits würde es sie nicht schädigen, wenn wir sie mit den Freidenkern (die zur Religion ein rationalistisches, also unrationelles Verhältnis haben wie Hartmann zur Nation) abschaffen wollten, denn sie kann nicht um einen Tag früher verschwinden als ihre sozialen Voraussetzungen. Die Einsicht in diesen Sachverhalt kommt in unserem Programm klar zum Ausdruck. Wir fordern vom Staat die Erklärung der Religion zur Privatsache, das heißt: das Proletariat, das berufen ist, eine gesellschaftliche Umwälzung zu vollziehen, die der Religion den Nährboden nehmen muss, fordert die vollkommenste Religionsfreiheit, die religiöse Autonomie. Ist das nicht ein schreiender Widerspruch? Einen solchen muss jeder annehmen, der in der bürgerlichen Denkweise befangen ist; auch der Sozialist, der nicht dialektisch denkt, wird unsere Stellung zur Religion missverstehen. Beweis dessen die wunderlichen Auslegungen, die sich der Satz: Erklärung der Religion zur Privatsache, schon hat gefallen lassen müssen. Der Schein des Widerspruchs muss für jeden entstehen, der rationalistisch denkt, der also die Menschen für logische Automaten hält und darum nicht weiß, dass ein Ding noch lange nicht abgetan ist, wenn er beweisen kann oder beweisen zu können glaubt, dass es "unvernünftig" ist, das heißt, wenn es sein allerhöchstes Missfallen erregt; dass wir die Dinge nicht willkürlich machen können, weil jedes Ding das Resultat eines Prozesses ist, und das Resultat ohne den Prozess, die Wirkung ohne die Ursachen, nicht zu haben ist.

Unser Verhältnis zur Nation ist dem zu Religion und Kirche in gewisser Beziehung analog. Es ist zunächst gleichgültig, ob wir die Nation wegen ihrer Vorzüge lieben oder ob sie uns vielleicht wegen ihrer Beschränktheiten zuwider ist. Es gilt nicht, der Nation eine Zensur zu erteilen, auf dass sie sich bessere, wir müssen ihr Entwicklungsgesetz suchen. Haben wir dieses gefunden, so wissen wir, dass die Nationen, wie die Religionen und Kirchen, gesellschaftliche Erscheinungen sind, dass sie in der bürgerlichen Gesellschaft verschiedene Wandlungen durchgemacht haben und den Kapitalismus in ihrer heutigen Gestalt nicht überdauern werden. Die Nation muss sich weiterentwickeln. Man mag sich nun diese Entwicklung vorstellen wie Otto Bauer, der glaubt, dass sich die Nationen in der sozialistischen Gesellschaft erst recht differenzieren werden, oder mit anderen Sozialisten annehmen, dass der Kollektivismus uns die Einheitssprache bringen wird; in jedem Fall nehmen wir an, dass die sozialistische Produktionsweise die Nationen verändern wird, dass sich die künftige Menschheit auch national von der heutigen ebenso sehr unterscheiden wird wie der Kollektivismus vom Kapitalismus. Und wir arbeiten, wie gesagt, bewusst und mit Absicht an der Veränderung der Nation. Wir wollen aus den Deutschen etwas Undeutsches oder meinetwegen Überdeutsches machen. Wen Wortspielereien zu ergötzen vermögen, der mag mit Nietzsche sagen: "Gut deutsch sein heißt sich entdeutschen." [505] Wer sich aber nicht in dieser Lage befindet, für den hat das Wort: "Wir sind gute Deutsche" jeden Sinn verloren. Vielleicht wird jemand einwenden wollen: Just weil wir die nationale Autonomie fordern, sind wir gute Deutsche, gute Tschechen usw., denn kann man als

[505] Friedrich Nietzsche: Menschliches, Allzumenschliches II. Ein Buch für freie Geister (1879), §323.

Sozialist für die Nation noch mehr verlangen als die Autonomie? Worauf zu erwidern wäre: Wir verlangen auch die religiöse Autonomie, sind wir deswegen gute Katholiken, Lutheraner oder Juden? Die Forderung nach der religiösen Autonomie bedeutet keine Konzession an die religiös Gesinnten, nicht einmal die Toleranz gegen Andersdenkende oder religiösen Indifferentismus; sie bedeutet natürlich noch weniger, dass wir die Religionen erhalten oder gar ihre Macht befestigen wollen. Die religiöse Autonomie gibt der Religion nur, was sie kraft ihrer Tatsächlichkeit beanspruchen kann, sie ist nur die Anerkennung dieser Tatsächlichkeit. Sie gibt den Kirchen die Möglichkeit der Selbstbestimmung, aber sie nimmt ihnen zugleich die Möglichkeit, als Kirche zu herrschen. Genauso verhält es sich mit der nationalen Autonomie. Sie bedeutet nicht nur das Recht der nationalen Selbstbestimmung, sondern auch und vor allem die Aufhebung aller Herrschaft, die sich auf einen nationalen Titel stützt. Die Autonomie läßt den Kirchen und Nationen nur den Platz, der ihnen vermöge ihrer Realität eingeräumt werden muss, wenn sie nicht im gesellschaftlichen Leben die schwersten Störungen hervorrufen, insbesondere auf das im Klassenkampf stehende Proletariat hemmend und verwirrend einwirken sollen – den Platz, den sie brauchen, nicht um sich zu erhalten, sondern um sich auszuleben. Wenn die vorstehenden Ausführungen richtig sind, so ist ohne weiteres klar, dass der Versuch, die nationale "Gliederung" unserer Organisationen als eine selbstverständliche Konsequenz des Prinzips der nationalen Autonomie hinzustellen, auf einem grotesken Missverständnis beruht. In den Gewerkschaften gibt es auch, abgesehen von den Separatisten, keinen Menschen, der das bestreiten würde. Die nationale Autonomie in der politischen Organisation dagegen verteidigen auch Genossen, die des Separatismus gänzlich unverdächtig sind. Sie erklären: "Wir müssen innerhalb der Partei nationale Autonomie gewähren, weil wir sie im Staate verlangen". Aber wir verlangen vom Staate auch die religiöse Autonomie, dennoch ist es uns darum noch nie eingefallen, uns in der Partei nach Religionsbekenntnissen zu sondern. Also ist auch unsere Forderung nach nationaler Autonomie im Staate kein Grund, die nationale Autonomie in der Partei zu verwirklichen.

In seinem Buche über die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie hat Genosse Otto *Bauer* die Notwendigkeit der nationalen Gliederung unserer politischen Organisationen mit einigen anderen Argumenten zu beweisen versucht. Vor allem verweist er auf die Bedürfnisse der Agitation: die Partei "muss zu den Arbeitern jeder Nation in der Versammlung, in der Presse, in der Organisation in ihrer Sprache sprechen. So braucht sie für die Arbeiter jedes Volkes besondere Redner, besondere Agitatoren, besondere Schriftsteller. Dadurch gliedert sich der Körper der Partei naturgemäß in sprachliche, also national differenzierte Gruppen." Wort für Wort dasselbe könnte aber auch von den Gewerkschaften behauptet werden. Entweder müsste also auch die Gewerkschaftsorganisation in nationale Gruppen zerrissen werden, oder die sprachliche Verschiedenheit ist auch in der Partei kein Grund zu nationaler "Differenzierung", zur Zertrümmerung der einheitlichen Organisation.

Genosse Bauer fährt fort: "Wenn auch die gesamte Arbeiterklasse mit gleichen Mitteln zu gleichem Ziele strebt, so stehen doch die Arbeiter der verschiedenen Nationen verschiedenen Parteien gegenüber. Dadurch sind den Arbeitern der verschiedenen Nationen auch verschiedene Kampfaufgaben gestellt". Wenn das ein Grund zur Zerstörung

der einheitlichen internationalen politischen Organisation ist, so dürfen auch die Arbeiter einer Nation nicht in einer Partei vereinigt sein. Die deutschen Arbeiter haben im Sudetengebiet andere Gegner zu bekämpfen als in den Alpenländern. Hat es jemals auf die Kämpfe, die sie zu führen hatten, nachteilig eingewirkt, dass sie derselben Partei angehören?

Am wichtigsten aber erscheint dem Genossen Bauer folgender Grund für die nationale Gliederung der Partei: "Der Sozialismus tritt bei jeder Nation, von der er aufgenommen wird, zu den überlieferten Ideologien der Nation in Gegensatz und wird gerade durch den Kampf mit ihnen zur ganzen Geschichte der Nation in Beziehung gesetzt. Daher ist die sozialistische Gedankenwelt der Deutschen bei aller Übereinstimmung doch im Einzelnen verschieden von der Gedankenwelt der polnischen oder der italienischen Genossen." Das ist richtig, aber auch die Gedankenwelt des deutschen Holzhauers und des deutschen Bauernknechts ist eine ganz andere als die des deutschen Fabrikarbeiters, ja man darf wohl behaupten, dass sich das geistige Leben des deutschen Industrieproletariers von dem des deutschen Landarbeiters in vielen Beziehungen stärker unterscheidet als von dem des tschechischen Industrieproletariers. Noch mehr. "Ihren Gedanken, ihren Stimmungen, ihrem Temperament nach" sind die deutschen Schmiede den deutschen Webern, die deutschen Maurer den deutschen Mechanikern weniger ähnlich als ihren tschechischen Berufsgenossen. Nichtsdestoweniger haben alle deutschen Arbeiter in einer Partei Platz, warum sollen gerade die nationalen Unterschiede die Arbeiterpartei in mehrere Parteien zerreißen dürfen?

In dem einen Punkt haben die Separatisten recht: Wenn die Zerreißung der österreichischen Sozialdemokratie in mehrere nationale Parteien ein Fortschritt war, dann ist nicht einzusehen, warum nicht neben der Wiener Gewerkschaftskommission die Prager Kommission als vollkommen ebenbürtige Körperschaft stehen soll. Der gewerkschaftliche Separatismus ist nur eine Konsequenz des politischen, logisch und auch historisch. Denn es ist nicht richtig, dass der Separatismus seinen Reformeifer ursprünglich auf die Gewerkschaften beschränkt und erst später die politische Organisation in den Bereich seiner segensreichen Tätigkeit gezogen hat. Die Dinge liegen gerade umgekehrt. Seinen ersten Triumph hat der Separatismus auf dem Wimberger Parteitag 1897 gefeiert,[506] die Gliederung der österreichischen Sozialdemokratie in nationale Gruppen war seine erste Großtat.

Freilich wurde das damals nicht erkannt. Auch Genossen, die über den Verdacht nationalistischer Neigungen erhaben sind, haben die nationale Gliederung der Partei für einen Fortschritt gehalten. Wie es möglich war, dass der gewerkschaftliche Separatismus sofort als solcher erkannt und bekämpft wurde, der politische aber nicht? Dieser Unterschied erklärt sich daraus, dass die Aufgaben der politischen Organisation viel

[506] Der *Wimberger Parteitag* (auch: *Wiener Parteitag*) war der sechste Parteitag der SdAP, der österreichischen Sozialdemokratie (6. bis 12. Juni 1897) im Hotel Wimberger in Wien. Der Parteitag war geprägt von der Nationalitätenfrage innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung, besonders vom Konflikt zwischen tschechischen und deutschen Delegierten. In der Folge kam es zur Bildung von sechs nationalen Sektionen innerhalb der Partei (Deutsche, Tschech/inn/en, Pol/inn/en, Italiener/innen, Ruthen/inn/en und Südslaw/inn/en), die in der Folge immer mehr als eigenständige Parteien auftraten.

komplizierter sind als die der Gewerkschaft. Ob eine bestimmte Taktik, eine bestimmte Organisationsform zweckmäßig ist oder nicht, muss in der Gewerkschaft viel früher offenbar werden als in der politischen Organisation, denn es handelt sich in der Gewerkschaft um viel einfachere, klarere Verhältnisse. Das Übergehen der Tschechoslawen von der zentralistischen zur separatistischen Gewerkschaftsorganisation muss zur Folge haben, dass sie nicht die kleinste Lohnerhöhung, nicht die unbedeutendste Arbeitszeitverkürzung durchsetzen können, und dass infolgedessen ihre "Gewerkschaften" die Arbeiter nicht anziehen. Das ist ein klarer Misserfolg, und die Separatisten können das vor Leuten, deren Gehirne der Nationalismus noch nicht vollständig verwüstet hat, unmöglich in einen Erfolg umdichten. Nicht so einfach liegen die Dinge in der Politik. Da ist die Möglichkeit von Scheinerfolgen viel größer als auf wirtschaftlichem Gebiet. Zum Beispiel: Die Separatisten können behaupten, dass sie ohne die Bewegungsfreiheit, die sie der nationalen Gliederung der Partei verdanken, den großen Wahlsieg im Jahre 1907 nicht hätten erringen können. Dieses Argument der Notwendigkeit der nationalen Selbständigkeit macht gewiss einen großen Eindruck auf viele Genossen. Vor allem natürlich auf jene, die der Meinung sind, dass die Macht unserer Partei von der Anzahl ihrer Mandate abhängt, und dass es gleichgültig ist, wie man die Mandate bekommt; aber auch auf andere: ein großer Wahlsieg kann ja auch aus dem Erstarken der Organisation zu erklären sein. Freilich kann er auch andere Ursachen haben: Es ist möglich, dass viele sozialdemokratische Stimmen von Mitläufern herrühren, denen die Partei sympathisch ist, nicht weil sie sich in ihren Anschauungen dem Sozialismus nähern, sondern weil sich die Partei vom Sozialismus entfernt, indem sie z.B. dem Nationalismus Konzessionen macht. Wahlziffern lassen immer verschiedene Deutungen zu, und die richtige findet auch der gründlichste Kenner aller in Betracht kommenden Verhältnisse nicht in jedem Falle sofort. Auch er kann für einen ersten Erfolg halten, was sich nach einigen Jahren als Scheinsieg erweist. Es gibt auch in der Politik Arsenik-Esser-Erfolge.[507] Eine Partei kann sich scheinbar kräftig entwickeln, während sie in Wirklichkeit dem Verfall zutreibt. Der Separatismus hat es uns gezeigt. Es dauert in einem solchen Falle natürlich immer ein Weilchen, bis der wahre Sachverhalt erkannt wird. In der Politik haben wir eben mit viel verwickelteren Verhältnissen zu tun als in der Gewerkschaft.

Und so wird der Separatismus wohl noch eine geraume Zeit sein Unwesen treiben können, in der gewerkschaftlichen und erst recht in der politischen Organisation. Aber schließlich werden wir doch zu der Auffassung zurückkehren müssen, dass die nationale Autonomie in der Parteiorganisation, wie wir sie seit dem Wimberger Parteitag haben, ein Unding ist.

Damit wollen wir keineswegs sagen, dass die Umstände, auf die Bauer hinweist, um die nationale Gliederung der Partei zu rechtfertigen, gleichgültig sind. Die Partei muss ihnen vollkommen Rechnung tragen, sie muss den Genossen jeder Nation die für die

[507] *Arsenik-Esser* waren Personen, die regelmäßig kleine Mengen Arsenik als Droge zu sich nahmen. Vor allem im 19. Jahrhundert in den österreichischen Berggebieten üblich, wo die Droge unter den Namen *Hüttrach* bekannt war. Arsenik wirkte appetitanregend und hatte leistungssteigernde Effekte. Strasser spielt darauf an, dass Pferdehändler die Wirkung von Arsenik nutzten, um mageren, ausgezehrten Pferden durch kleine Arsenikgaben einen gesunden, feurigen Anschein zu verleihen.

Propaganda notwendige Bewegungsfreiheit gewähren. *Aber das ist möglich auch innerhalb einer einheitlichen, geschlossenen Partei.* Die Zerreißung der Partei in autonome nationale Gruppen hat ihr den schwersten Schaden zugefügt, und sie wird uns noch viel mehr schädigen, wenn wir nicht den Weg einschlagen, der zur Einheit der Organisation führt. Nur in einer straff zentralisierten internationalen Organisation ist auf die Dauer eine Politik des Internationalismus möglich.

Der Internationalismus

Wir sind ausgegangen von der Feststellung, dass jeder Mensch gegensätzliche Interessen hat und dass, wer nicht im Widerstreit seiner Interessen verkümmern oder gar untergehen will, zwischen ihnen einen Ausgleich zustande bringen muss. Peter z.B. ist Fabrikant, Sportsmann, Deutschnationaler und noch vieles, vieles andere. In jeder Eigenschaft hat er bestimmte Interessen, und diese geraten miteinander in Widerspruch. Als guter Deutscher kann er keinen Tschechen sehen, aber als Fabrikant mag er die tschechischen Arbeiter nicht missen. Der Sport erfordert viel Zeit und noch mehr Geld, das Geschäft aber verlangt einen Mann, der den zur Aneignung und Akkumulation von Mehrwert erforderlichen sittlichen Ernst besitzt, also mit Zeit und Geld nicht wie ein Kavalier, sondern wie ein Krämer umgeht. Wie soll Peter diese – und tausend andere – Widersprüche lösen? Soll er, wenigstens soweit es die Rücksicht auf seinen Profit erheischt, seinen Tschechenhass unterdrücken, oder soll er nur deutsche Arbeiter beschäftigen, also eine Schmälerung seines Einkommens riskieren? Soll er als Automobilist seine Fabrik vernachlässigen oder als solider Geschäftsmann seine sportlichen Neigungen, wenn schon nicht aufgeben, so doch zügeln? Und solcher Alternativen gibt es, wie gesagt, unzählige. Jeder Tag stellt den Menschen vor ein Entweder-Oder, täglich und stündlich geraten wir in Widersprüche.

Hier interessiert uns nur einer von diesen Widersprüchen, der zwischen Klasseninteresse und nationalem Interesse.

Aber besteht ein solcher Widerspruch? Was ist Klasseninteresse? Gibt es überhaupt ein besonderes Klasseninteresse? Diese Frage soll nicht bedeuten, ob die verschiedenen Klassen der Gesellschaft verschiedene Interessen haben, ob es also besondere kapitalistische, proletarische, kleinbürgerliche Interessen gibt, sondern: Hat eine Klasse neben ihren Klasseninteressen noch andere Interessen? Hat das Proletariat neben seinen proletarischen noch nationale, künstlerische, sportliche und sonstige Interessen? Oder ist es die Summe aller Interessen, die die Klasse hat?

Die letzte Frage ist zu bejahen. Ein Mensch gehört nicht nur mit einzelnen Seiten seines Wesens, sondern in seiner Totalität zu einer Klasse. Er ist nicht nur auf wirtschaftlichem und politischem, sondern auch auf jedem anderen Gebiet Proletarier oder Bourgeois, Großgrundbesitzer oder Parzellenbauer, kurz Angehöriger irgendeiner Klasse. Er hat kein Interesse, das von seiner Klassenlage unberührt bleibt, der Klassengegensatz zieht sich durch das ganze gesellschaftliche Leben, nicht nur durch einzelne Sphären desselben. Die Fragestellung: Wie verhalten sich Klasseninteressen und nationale Interessen zueinander? ist also falsch. Sie setzt als bewiesen voraus, was erst zu beweisen wäre: dass die nationalen Interessen nicht zu den Klasseninteressen gehören, dass also verschiedene Klassen dieselben nationalen Interessen haben und dass

darum die Arbeiterklasse einer Nation im Nationalitätenstreit mit den anderen Klassen dieser Nation, nicht mit den Arbeiterklassen der anderen Nationen gemeinsame Sache machen muss.

Wir müssen also anders fragen: Wie verhalten sich die nationalen Interessen eines Menschen zu seinen übrigen Interessen, das heißt, wie verhält er sich in dem Widerstreit, in den seine nationalen Interessen mit den übrigen geraten?

Ich bin ein Deutscher. Als solcher habe ich das Interesse, dass die deutsche Sprache, die deutsche Kultur, die deutsche Sitte möglichst weit verbreitet sind, denn je deutscher die Welt, je größer der Bereich des Deutschtums, desto leichter und bequemer wird mir das Leben. Ich kann in einem fremden Land umso leichter fortkommen, je besser man meine Sprache dort versteht, und ich werde mich dort umso rascher einleben, je mehr die Einwohner dieses Landes von deutschem Wesen beeinflusst sind. Als Deutscher hätte ich also eigentlich das Interesse, die ganze Welt zu germanisieren.

Aber ich kann dieses Interesse nicht zu meiner alleinigen Richtschnur machen, denn ich habe noch andere, stärkere Interessen. Welcher Art diese sind, das hängt von meiner wirtschaftlichen Lage ab. Als Fabrikant werde ich meinen deutschen Interessen zum Trotz tschechische Arbeiter ins deutsche Land ziehen. Als Händler werde ich mich im Verkehr mit Tschechen der tschechischen Sprache bedienen. Bin ich Hausherr, so werde ich einen guten Zahler einem schlechten als Mieter vorziehen, mag auch dieser ein Deutscher und jener ein Tscheche sein. Muss ich eine Hypothek aufnehmen, so werde ich zu einer tschechischen Bank gehen, wenn sie mehr borgt und weniger Zinsen nimmt als die deutsche Sparkasse. Will ich mein Haus verkaufen, so wird mir der meistbietende Käufer der liebste sein, auch wenn er ein Tscheche ist; ja wenn's geht, werde ich trotz meinem Deutschtum aus der Angst der guten Deutschen vor der slawischen Hochflut Kapital schlagen, also irgendeiner deutschnationalen Schutz- und Abwehrorganisation mein Haus zu einem sonst nicht zu erzielenden Preise anzuhängen versuchen. Als Handwerker werde ich mit Vorliebe tschechische Lehrlinge und Gehilfen beschäftigen. Als Beamter werde ich trotz meiner Begeisterung für die deutsche Sprache meiner Frau ein tschechisches Dienstmädchen halten. Rentiert sich's, so werde ich meine Einkäufe bei tschechischen Geschäftsleuten machen.

Das heißt: Geraten die nationalen und die wirtschaftlichen Interessen eines Menschen miteinander in Widerspruch, so erweisen sich die wirtschaftlichen Interessen als die stärkeren. Vereinzelte Ausnahmen können vorkommen. Einzelne Individuen können sich von ihrer Klasse loslösen, die Masse kann es nicht. Und die Klasse stellt ihre wirtschaftlichen Interessen über die nationalen Interessen, jede Klasse ist nur soweit national gesinnt, als es ihre wirtschaftlichen Interessen erlauben. Warum soll gerade das Proletariat die nationalen Interessen den wirtschaftlichen voranstellen? Würde es etwa besser fahren, wenn es, wo seine wirtschaftlichen Interessen mit den nationalen in Widerspruch geraten, diese über jene stellte? Wir haben bei der Betrachtung der diversen nationalen Güter gesehen, dass das nicht der Fall ist. Wir haben gesehen, dass, was das Bürgertum nationales Interesse nennt, nur bürgerliches Interesse ist. Für dieses kann der Arbeiter ebenso wenig kämpfen wie für Lohnverkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen. Allerdings sind Nationalität und Sprache auch dem Arbeiter nicht gleichgültig. Aber er begibt sich, wie wir gesehen haben, auf einen Irrweg, wenn

er den nationalen Dingen eine höhere Bedeutung beimisst als der Klassenkampf erfordert. Für den klassenbewussten Proletarier ist der Proletarier das Maß der Dinge, nicht der Deutsche, der Katholik usw. Er beurteilt alles vom proletarischen, nichts vom nationalen, religiösen oder irgendeinem anderen Standpunkt. Wo nationale Streitigkeiten entstehen, da ergreift er als Proletarier, nicht als Angehöriger dieser oder jener Nation Partei. *Das bedeutet der proletarische Internationalismus.* Nicht mehr, nicht weniger – nicht Gleichgültigkeit gegen die nationalen Dinge, aber auch nicht deren unproletarische Überschätzung.

Wie alles Proletarische wird in der bürgerlichen Welt auch unser Internationalismus nicht verstanden. Und zwar missdeuten ihn nicht nur unsere bürgerlichen Gegner, sondern auch unsere bürgerlichen Freunde, die Revisionisten. Jene meinen, dass der sozialistische Internationalismus eine Konsequenz unserer "rohen Gleichmacherei" ist; nach ihrer Ansicht sind uns, wie überhaupt alle Differenzierung, so auch die nationalen Unterschiede ein Gräuel, und wir wollen sie darum natürlich "abschaffen". Über diese Auslegung des Internationalismus braucht man kein Wort zu verlieren; wer nicht zu begreifen vermag, dass die sozialdemokratische Gleichheitsforderung nichts anderes bedeutet als die Forderung nach der Aufhebung der Klassenunterschiede, mit dem kann man nicht reden. Umso mehr ist über die Missdeutung des Internationalismus durch die Revisionisten zu sagen. In ihnen hat die proletarische Ideologie die bürgerliche erschüttert, und sie statten dem Proletariat den Dank dafür ab, indem sie seine Ideologie durch die bürgerliche zu erschüttern bemüht sind. Ihr Internationalismus ist also etwas ganz anderes als der des Proletariats, aber er entspricht auch nicht den unverfälscht bürgerlichen Vorstellungen vom Internationalismus. Ganz im Gegenteil: Erblicken die vom Sozialismus unberührten Bürgerlichen im Internationalismus den grimmigsten Widersacher des Nationalismus, so sind die revisionistischen Sozialdemokraten Freunde jedes Nationalismus, versteht sich: nur jedes "wahren", jedes "echten" Nationalismus. Sie sind national "im edelsten Sinne des Wortes". Der Internationalismus ist ihnen die Summe aller Nationalismen. Sie meinen: Jede Nation kann sich frei und ungehemmt entwickeln, keine braucht die anderen in ihrer Entwicklung zu stören oder sich von ihnen stören zu lassen. Der Internationalismus ist nach dieser Anschauung ein sittlich geläuterter Nationalismus, des Nationalismus höchste Vollendung und Superlativ. Der Nationalismus widerspricht nach der Meinung unserer Parteinationalen dem Internationalismus nicht nur nicht, er ist ihnen vielmehr dessen logische Voraussetzung. Die beiden gehören zusammen, sie ergänzen einander, einer ist die Korrektur des andern.

Dieser Internationalismus wäre ganz schön, aber er fußt auf einer falschen Voraussetzung. Es ist nämlich nicht ganz richtig, dass die Nationen unter allen Umständen nebeneinander leben können, ohne einander ins Gehege zu kommen. In der bürgerlichen Gesellschaft hat jede Nation die Tendenz zur Ausdehnung, also, wo sich dieser Tendenz Hindernisse entgegenstellen, zum Angriff. Und jeder nationale Kampf muss den revisionistischen Internationalismus ad absurdum führen. Denn was soll das Proletariat mit ihm anfangen, wo es zum Nationalitätenstreit kommt? Soll es, wenn zwei Nationen aneinander geraten, beiden Recht geben? Nach der Logik des nationalistelnden Sozialismus wäre das eigentlich das einzig Mögliche, nach der gemeinen Logik aber

ist es das Unmöglichste. Sollen also die Arbeiter beiden Parteien unrecht geben? Es ist denkbar, dass beide unrecht haben, aber die Behauptung, dass im Nationalitätenstreit beide Teile unter allen Umständen im Unrecht sein müssen, wäre doch ein bisschen zu kühn. Doch die Arbeiter hätten noch andere Möglichkeiten: Im deutsch-tschechischen Streit könnte sich das deutsche Proletariat zur deutschen, das tschechische zur tschechischen Bourgeoisie schlagen. Aber in diesem Falle kämen die national fühlenden Sozialisten nicht nur mit ihrer eigenen Theorie in Widerspruch, sie müssten auch den nationalen Streit ins Proletariat tragen, also die Einheit und Einigkeit des Proletariats zerstören. Bleibt nur noch eins: Sie müssten den Nationalitätenstreit nach den Grundsätzen der nationalen "Gerechtigkeit" zu schlichten suchen. Aber was ist national gerecht? Kein Mensch weiß es, das heißt jeder Nationale hält seine persönlichen nationalen Vorurteile für die lauterste nationale Gerechtigkeit. Der nationale Internationalismus oder internationale Nationalismus müsste also auch in diesem Fall zur Fortsetzung des nationalen Streites führen. Er würde sich zwar vom bürgerlichen Nationalismus durch seine Zahmheit unterscheiden, aber auch das nur am Anfange, später jedoch, wie uns das Beispiel des Separatismus zeigt, die bürgerliche Konkurrenz an Wildheit und Skrupellosigkeit noch überbieten. In jedem Falle wäre das Ergebnis eines solchen Internationalismus der nationale Hader im Proletariat.

Für das Bürgertum ist das natürlich ein Ziel, aufs Innigste zu wünschen. Eben darum kann das Proletariat diesem Ziele nicht zustreben, und nicht schroff genug kann es einen Internationalismus ablehnen, der zum Völkerstreit führt, das heißt zu einem Streit, in dem sich die Bürgerlichen jeder Nation von ihren proletarischen Volksgenossen die Kastanien aus dem Feuer holen lassen wollen. Das Proletariat kann sich nur zu einem Internationalismus bekennen, der die Überwindung der nationalen Gegensätze im Proletariat bedeutet, wie der Sozialismus überhaupt die Erkenntnis bedeutet, dass die Gegensätze zwischen einzelnen Proletariern oder zwischen verschiedenen Proletariergruppen belanglos sind gegenüber dem Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Der Kampf gegen den Nationalismus

Das Bürgertum hat in seiner revolutionären Zeit die Gottesidee aus der Naturerklärung verbannt, aber die bürgerliche Geschichtsauffassung ist ohne den lieben Gott nie ausgekommen. Freilich betrachtet sie die historischen Ereignisse nicht als Schickungen des Himmels, sondern als Werke der bedeutenden Männer[508] – aber der bedeutende Mann, der große Denker ist ihr eine Art kleiner Gott, sein Werk etwas "restlos nicht zu Erklärendes", eine Schöpfung aus Nichts, eine Wirkung ohne Ursache, ein Wunder, kurz etwas Göttliches.

Eine andere Auffassung von der Rolle des Genies in der Geschichte haben wir. Wir nehmen mit Marx an, dass nicht unser Bewusstsein unser Sein, sondern umgekehrt unser Sein unser Bewusstsein bestimmt, dass die "Idee" in der Wirtschaft wurzelt. Alle

[508] "Kain hätte anstatt des Abel den Bebel erschlagen müssen." In dieser Antwort auf die bekannte Scherzfrage: "Wie hätte die Entstehung der Sozialdemokratie verhindert werden können?" hat die bürgerliche Geschichtsauffassung ihren klassischen Ausdruck gefunden. [Anmerkung Josef Strasser]

Geschichte ist uns Massengeschichte, nicht nur die Masse bestimmend, sondern auch von ihr bestimmt, von ihr gemacht. Sie ist nicht das Werk von Heroen, der große Mann ist nicht der Zauberer, der aus Nichts etwas macht, er hat vor den gewöhnlichen Menschen, dem "Herdenvieh", nur eines voraus: dass er selbsttätig ins Bewusstsein heben kann, was im Unterbewusstsein auch der anderen vorbereitet daliegt, von ihnen aber nicht selbständig bewusst gemacht werden kann. Allerdings bringt der geniale Mensch etwas Neues, aber seine Bedeutung besteht darin, dass dieses Neue den anderen nicht fremd ist, dass es sie wie etwas Altes anmutet, dass sie es schon in sich hatten und nur nicht so ausdrücken, d.h. aus dem Unterbewusstsein herausdrücken konnten wie er.

Die Leistung von Marx und Engels besteht also nicht, wie die Bürgerlichen glauben, darin, dass sie dem Proletariat ihre Gedanken aufgedrängt, sondern darin, dass sie aus dem Proletariat seine Gedanken herausgeholt haben. Sie haben ausgesprochen, was in Millionen Gehirnen bewusst werden wollte, sie haben dem Proletariat zum Bewusstsein seiner selbst verholfen. Nichts anderes als das Bewusstsein des Proletariats von sich selbst ist der Sozialismus.

Aber der Arbeiter ist darum nicht von Haus aus Sozialdemokrat, sein Selbstbewusstsein muss sich erst entwickeln. Das proletarische Denken muss erlernt werden. Das ist eine langwierige und mühsame Arbeit, nicht nur für den Intellektuellen,[509] den seine Verhältnisse zu unproletarischen Anschauungen drängen, sondern auch für den Arbeiter, den alles zum Sozialismus disponiert. Da man sich aber als Sozialdemokrat umso besser betätigen kann, je mehr man Sozialdemokrat ist, so ist die erste und wichtigste Aufgabe der Partei die Agitation, die Aufklärung der Massen.

Aber wie leiten wir den Prozess ihres Bewusstwerdens, wie agitieren wir?

Es ist, nach dem Gesagten, nicht Aufgabe des Agitators, in die Masse etwas ihr Fremdes hineinzutragen. So agitiert der Demagoge. Er will dem Proletarierhirn bürgerliche Anschauungen aufpfropfen und die proletarischen Gedanken, die es zu denken geneigt ist, im Keime ersticken. Er will dem Arbeiter etwas einreden und etwas ausreden, ihn sich selbst entfremden. Der sozialdemokratische Agitator aber will den Arbeiter zu sich selbst bringen. Er will ihm nicht etwas, das ihm wesensfremd ist, oktroyieren, sondern sein Eigenstes aus ihm herausholen. Aber wie fängt er das an?

Er darf es natürlich nicht machen wie jener guesdistische Student,[510] der eine Bauernversammlung durch einen Vortrag über die dialektische Methode für die Partei gewinnen wollte und von den Bauern, die sich natürlich für gefoppt hielten, hinausgeworfen

---

[509] Die Intellektuellen beschweren sich über Hochnäsigkeit oder Demagogie, wenn man ihnen sagt, dass der "einfache" Arbeiter für den Sozialismus mehr Verständnis besitzt als der graduierteste Akademiker. Die guten Leutchen sind genauso geistreich wie jener Wiener, der sich nicht genug darüber wundern kann, dass in Paris "jeder Hausmeister" französisch redet. [Anmerkung Josef Strasser]

[510] Nach Jules Bazile, genannt Jules Guesde, (1845-1922), französischer Sozialdemokrat. Jules Guesde verbreitete durch seine Zeitung *L'Égalité* (1877-1883) die marxistischen Ideen in Frankreich. Er gründete 1882 zusammen mit Paul Lafargue die *Parti ouvrier*, die sich 1893 in *Parti ouvrier francais* umbenannte. Viele Jahre war Guesde Führer des revolutionären Flügels der französischen sozialistischen Bewegung und stand im Kampf gegen den Opportunismus; ging während des Ersten Weltkriegs auf sozialchauvinistische Positionen über.

wurde. Will ich mit jemandem diskutieren, so muss ich an Vorstellungen anknüpfen, die ihm geläufig sind. Aber hier entsteht eine große Gefahr. Wie sieht es in der Seele des Indifferenten aus? Der Inhalt seines Bewusstseins ist fast ganz bürgerlich. Das Proletarische in ihm ist unbewusst, halbbewusst, unklares, dumpfes Gefühl, unsichere Sehnsucht. Wie groß ist da für den Agitator die Versuchung, die bürgerlichen Vorurteile dadurch zu bekämpfen, dass er ihnen eine proletarische Deutung gibt, die proletarischen Anschauungen zu propagieren, indem er sie bürgerlich deutet, also den Indifferenten nicht zum Verstehen, sondern zum Missverstehen des Sozialismus zu erziehen! Denn schwer, ja unmöglich scheint es zu sein, auf einem anderen Wege ans Ziel zu kommen.

Aber es gibt einen anderen Weg. Setzen wir den Fall, wir wollen eine ganz indifferente, strenggläubige, überhaupt in allen Arme-Leut'-Vorurteilen befangene Arbeiterschichte aufklären. Sollen wir ihr – was z.B. unsere Freidenker für das Zweckmäßigste halten – die Widerlegungen der Beweise vom Dasein Gottes vorsetzen? Es würde uns ergehen wie dem erwähnten Bauernaufklärer, wir könnten nur Misstrauen und Schläge ernten. Oder sollen wir die Sache am anderen Ende anpacken und den Leuten erzählen, dass Christus "eigentlich ein Sozialist" war und dass das "wahre" Christentum dem Sozialismus eng verwandt ist? Das hieße den Sozialismus missdeuten. Was sollen wir also tun? Wir werden Theorie und Praxis der Ausbeuter miteinander konfrontieren. Wir werden zeigen, dass die Taten dieser Christen den christlichen Anschauungen widersprechen, dass ihnen das ganze Christentum nur ein Herrschaftsmittel ist. Des weiteren werden wir dem naiven Proletarier an Tatsachen zeigen, dass sein Glaube an die Ewigkeit der bürgerlichen Gesellschaft (denn nichts anderes ist sein Glaube, dass die Erde ein Jammertal ist) auf falschen Voraussetzungen beruht. Ohne ihn in seinen Empfindungen nutzlos zu verletzen, aber auch ohne seinen Vorurteilen irgendeine Konzession zu machen, werden wir ihn so in eine Stimmung versetzen, die ihn für unsere Wirtschaftslehre empfänglich macht und ihn in unsere Organisation treibt. Aus dem Widerstreit, in den diese proletarische Stimmung mit seiner Arme-Leut'-Ideologie gerät, muss sich schließlich sein proletarisches Selbstbewusstsein entwickeln.

Genauso wie jede andere unproletarische Ideologie müssen wir auch den Nationalismus behandeln. Wir müssen zeigen, dass die Taten der Nationalen mit ihren Reden in Widerspruch stehen. Wir müssen zeigen, dass der Arbeiter, der ein nationales Ideal hat, nicht nur dieses Ideal, sondern auch die Ziele, auf die ihn seine Klassenlage hinweist, nie erreichen kann. Besonders wir deutschen Sozialdemokraten hätten, selbst wenn die opportunistische Taktik im allgemeinen richtig wäre, keinen Grund, dem Nationalismus auch nur das kleinste Zugeständnis zu machen, denn wir befinden uns ihm gegenüber in einer überaus günstigen Situation: Der deutsche Proletarier ist dank den besonderen historischen Bedingungen, unter denen er lebt, vom Nationalismus fast unberührt geblieben, er ist sozusagen ein geborener Internationaler. Dennoch sind wir seit einiger Zeit "gute Deutsche". Früher waren wir bloß internationale Sozialdemokraten. Der Fortschritt zum Deutschtum ist eine Errungenschaft der letzten Jahre. Wie kommen wir zu ihr? Wir verdanken sie einer ungeheuerlichen, grotesken Überschätzung der Werbekraft des nationalen "Gedankens". Die Wahlreform hat das nationale Bürgertum so erschreckt, dass es die fast schon aufgegebenen Versuche, wenigstens

einen Teil der Arbeiterschaft national zu "organisieren", mit dem Mut der Verzweiflung wieder aufgenommen hat. Dazu kommt, dass der Separatismus die Stellung der internationalen Sozialdemokratie gegenüber den nationalen Parteien verschlechtert hat. Wie soll man den wütigen Ansturm des Nationalismus abschlagen? Von unseren führenden Genossen scheinen manche der Meinung zu sein, dass der intransigente Internationalismus dem Nationalismus nicht standzuhalten vermag, dass den Nationalismus nur der Nationalismus schlagen kann. So sind wir, förmlich über Nacht, aus Respekt vor den Nationalen gute Deutsche geworden. Es ist ihnen gelungen, uns eine Konzession abzupressen. Allerdings sieht diese Konzession, das ist das Bestechende an ihr, wie eine Abfertigung aus. "Ihr beschuldigt uns des Verrats an der Nation? Lächerlich. Wir sind gute Deutsche, ja wenn wir's recht bedenken, sogar bessere Deutsche als ihr." So wird der Teufel wieder einmal mit dem Beelzebub ausgetrieben.

Gute Deutsche. Gegen die Anwendung dieser Redensart spricht, abgesehen von allem anderen, schon der Umstand, dass sie dem Wortschatz des Nationalismus entlehnt ist. Solche Anleihen bei einer fremden Terminologie haben unter allen Umständen etwas Missliches. Sie wirken verwirrend, und zwar nicht auf unsere Gegner – die lachen uns ja nur aus, wenn wir als gute Deutsche auftreten –, sondern auf unsere Genossen. Das Wort von den guten Deutschen ist ihnen als der Schlachtruf eines Feindes verdächtig geworden, es gilt ihnen fast für ein Schimpfwort, und nun soll es auf einmal unsere Parole sein. Der "schlichte" Arbeiter, dem "staatsmännische" Erwägungen fremd sind, begreift das umso weniger, als er mit dem vertrackten Wort nicht einmal den klaren Sinn verbinden kann. Und unsere guten Deutschen haben es bisher, wie bereits erwähnt, ängstlich vermieden, sich selber zu definieren. Wir sind gute Deutsche, aber wir wissen nicht, was das ist.

Und wir werden es schwerlich jemals erfahren. Denn es scheint, dass das ominöse Wort alle möglichen Bedeutungen annehmen kann, nur gerade eine sozialistische nicht. Soll es die Besitzer jener Vorzüge bezeichnen, die das deutsche Volk nach der Behauptung der Nationalen vor allen anderen Völkern der Erde voraus hat, dann sind die deutschen Arbeiter keine guten Deutschen, denn der Kapitalismus hat sie körperlich heruntergebracht, er hat sie ausgeschlossen vom Genusse der deutschen Kultur, er lässt sie nicht einmal die Muttersprache ordentlich erlernen. Wie kann man sie gute Deutsche nennen? Aber vielleicht soll dieses Wort etwas anderes bedeuten, vielleicht soll es besagen: Wir sind alle deutsch gesinnt. Aber was heißt das? Wer ist deutsch gesinnt? Wer es mit dem deutschen Volke gut meint? Aber wir meinen es mit ganzen Klassen des deutschen Volkes, mit allen Ausbeutern und Unterdrückern, gar nicht gut. Und auch wenn als deutsches Volk nur die ausgebeuteten und unterdrückten Deutschen zu betrachten sein sollten, dürften wir uns bloß deswegen, weil wir ihre Interessen vertreten, noch lange nicht gute Deutsche nennen. Denn wir bekämpfen Ausbeutung und Unterdrückung nicht nur, weil und soweit Deutsche unter ihnen leiden. Wir kämpfen auch gegen die Ausbeutung und Unterdrückung von Tschechen, Ruthenen, Italienern, nach der Logik unserer guten Deutschen wären also wir deutschen Sozialdemokraten nicht nur gute Deutsche, sondern auch gute Tschechen, Ruthenen, Italiener. Warum also sollten wir gerade unser Deutschtum betonen? Etwa, weil wir meist

mit Deutschen zu tun haben? Der organisierte Schuhmacher arbeitet natürlich in der Schuhmacherorganisation, nennt er sich darum einen guten, überzeugten Schuster?

Wir können uns drehen und wenden wie wir wollen, es wird uns nicht gelingen, mit der Phrase: "Wir sind gute Deutsche" irgendeinen vernünftigen Sinn zu verbinden. Nichtsdestoweniger scheinen manche Genossen im Kampf gegen den Nationalismus von ihr Wunder zu erwarten. Genosse *Renner* hat es in seiner Broschüre: *Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus*[511] fertiggebracht, sie auf siebzig Seiten zwar nicht zu erklären, aber zu begründen. Diese Schrift enthält sehr viel Wertvolles. Renner zeigt, wie sehr die Praxis der Nationalen mit ihrer Ideologie im Widerspruche steht, er zeigt, dass sich hinter den nationalen Phrasen bürgerliche Interessen verstecken. Aber er denkt: Doppelt hält besser, und so lässt er neben einer durchaus sozialistischen Widerlegung des Nationalismus eine durchaus unsozialistische herlaufen. Er meint freilich, dass er sich nur einer "ungewohnten Terminologie" bedient, nur den "Ton" der Ideologie der Gegner, an die er sich wendet, "etwas angepasst" hat. Aber er hat mehr getan. Er hat die nationalistische und die sozialistische Ideologie einander angleichen wollen. Er hat Wein in Jauche geschüttet, aber dadurch nicht, wie er wollte, die Jauche veredelt, sondern nur den Wein verdorben. Er redet z.B. von der "Gefahr", die dem heutigen Wien von der tschechischen Zuwanderung droht! Oder er sagt: "Alle gewerkschaftliche Organisation hat als erste Aufgabe, jeden Arbeiter in seiner Arbeitsstelle gegen Maßregelung zu schützen, also an seinem Wohnort in seiner Stellung zu erhalten, damit jeder in seinem Lande bleiben und dort sich und seine Familie redlich ernähren könne." Was soll das Kleinbürgersprüchlein: "Bleibe im Lande und nähre dich redlich" im Munde eines Sozialdemokraten? Hindert man den Arbeiter nicht geradezu, das Wesen der Gewerkschaft zu erfassen, wenn man ihm erzählt, dass die Gewerkschaft kleinbürgerliche Ideale hat? Wenn wir sagen dürfen, dass die Gewerkschaften dem Arbeiter ermöglichen sollen, im Lande zu bleiben und sich redlich zu nähren, dann dürfen wir auch behaupten, dass wir Monarchisten sind, weil wir nicht den Königsmord predigen, dass wir gut kapitalistisch gesinnt sind, weil wir jede Hemmung des Kapitalismus durch zünftlerische Schikanen bekämpfen, dass wir religiös sind, weil wir die Erklärung der Religion zur Privatsache verlangen, usw. Aber wo kommen wir da hin? Wird es uns, wenn wir diesen Weg einschlagen, gelingen, auch nur aus einem einzigen Arbeiter einen wirklichen Sozialdemokraten zu machen?

Nochmals: Was soll die Phrase, dass wir gute Deutsche sind? Den, der national, d.h. bürgerlich denkt, werden wir auch durch die leidenschaftlichsten Beteuerungen unseres Deutschtums nicht überzeugen, er wird sich über uns nur lustig machen. Zu gewinnen haben wir als gute Deutsche also nichts. Wohl aber zu verlieren. Wir verwirren den Arbeiter, wenn wir ihm jetzt auf einmal entdecken, dass er "ein treuer Sohn seines Volkes" ist, den Gegnern aber können wir mit unserem Deutschtum nichts anhaben. So wenig ihnen das Sozialisteln nützt, so wenig uns das Nationalisteln. Wir können die Nationalen nicht aus dem Felde schlagen, indem wir es ihnen gleich zu

[511] Renner, Karl: Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus. Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus. Untersuchungen über die Grösse und Macht der deutschen Nation in Oesterreich und das nationale Programm der Sozialdemokratie. – Wien 1910

tun, oder gar sie zu überbieten suchen. Wir können nur eines: der nationalistischen Ideologie die Ideologie des intransigenten Internationalismus entgegensetzen.

Literarische Rundschau.

Josef Strasser, **Der Arbeiter und die Nation.** Reichenberg i. B. 1912, Druck und Verlag von Runge & Co. 61 Seiten. Preis 40 Heller.

In dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie muß es das emsigste Bestreben unserer Gegner sein, Interessen zu finden oder zu erfinden, die dem Proletariat mit dem Bürgertum oder doch wenigstens mit Teilen des Bürgertums gemeinsam und die daher geeignet sind, eine mehr oder weniger allgemeine Interessenharmonie zwischen Proletariat und Bourgeoisie vorzutäuschen. Als solches Mittel, um den Klassenkampf zu schwächen und zu verwirren und zugleich das Proletariat zu spalten, kommt in vielen Ländern vor allem die Religion in Betracht. In Österreich sowie auch in anderen von verschiedenen Nationalitäten bewohnten Staaten aber sind es vor allem die nationalen Fragen, die in der demagogischsten Weise zur Spaltung und Verwirrung des Proletariats ausgenützt werden. Und von allen Seiten wird hier der Vorwurf erhoben, die Sozialdemokratie habe kein Verständnis für die Nation, sie vernachlässige, sie verrate die Interessen des eigenen Volkes. Dieser Vorwurf hat in Österreich eine ganz andere Bedeutung als etwa in Deutschland die Behauptung, die Sozialdemokratie habe kein Gefühl für nationale Ehre und nationale Größe. Während die demagogische Mache hier sehr durch-

[1] Siehe meinen Artikel: „Die Eifelbauern" im 30. Jahrgang, Band I der „Neuen Zeit".

Rezension von Gustav Eckstein in der *neuen Zeit*. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. 30. Jahrgang, 1911-1912, 2. Band (1912), Heft 41, S.562

Ein Revolutionsroman

(1914)[512]

Unter den merkwürdigen Büchern, die das neue Russland hervorgebracht hat, ist eines der merkwürdigsten W. *Ropschins* Roman aus der russischen Revolution "*Als wär' es nie gewesen*".[513] Das Werk hat schon während seines Erscheinens (es ist in einer angesehenen sozialrevolutionären Zeitschrift veröffentlicht worden) großes Aufsehen gemacht. Vor allem, weil der Verfasser die Menschen und die Dinge, die er schildert, genau kennt: hinter dem Decknamen Ropschin verbirgt sich ein Mann, der in der sozialrevolutionären Bewegung eine große Rolle gespielt hat. Dann aber noch viel mehr, weil das Buch den Erwartungen des Publikums, des revolutionären wie des spießbürgerlichen, so gar nicht entsprach. Sein Inhalt ist – ja, was ist sein Inhalt? Immer wieder muss man sich diese Frage vorlegen. Enthält der Roman Bekenntnisse einer mehr oder minder schönen Seele? Die Beichte eines Toren, halb reuig, halb ironisch? Den Versuch einer Selbstkritik, eine kühle, ruhige Nachprüfung dessen, was man in den heißen, stürmischen Tagen der Revolution getan hat? Eine befreiende Abrechnung mit der Vergangenheit? Eine Anklage? Eine Verhöhnung? Ist das Buch eine Schmähschrift?

So sehr wir uns gegen diese letzte Annahme sträuben mögen, sie drängt sich uns immer wieder auf. Nicht als ob sich Ropschin an der gemeinen Wahrheit versündigte. Auch wer die Geschichte der russischen Revolution nur aus den Darstellungen begeisterter Revolutionäre kennt, wird bei keiner Stelle seines Buches den Eindruck haben: Das kann nicht so gewesen sein. Die Menschen Ropschins können aus dem Leben gegriffen sein, und die Dinge, die er schildert, können sich wirklich so zugetragen haben, wie er sie schildert. Und doch: Auch wenn wir jede Einzelheit der Darstellung Ropschins gelten lassen können, das Ganze erscheint uns als Irrtum, Lüge, Zerrbild. Und wieder fragen wir: Was will, was ist Ropschin? Wie hat ein Revolutionär dieses Buch schreiben können? Sicherlich: Von den Fehlern des Romans lassen sich, wie wir sehen werden, viele auch ohne die Annahme erklären, dass sich der Verfasser bewusst oder unbewusst von einer (wählen wir den mildesten Ausdruck) heftigen Gereiztheit gegen die Revolution hat leiten lassen. Ropschin ist ein Wirrkopf, er hat sich zum theoretischen Verständnis der Revolution nicht durchgearbeitet – das zeigen nicht nur seine absonderlichen geschichtsphilosophischen Betrachtungen, auch die ganze Anlage des Romans beweist es. Aber wenn wir auch die theoretische Unklarheit Ropschins

---

[512] Strasser, Josef: Ein Revolutionsroman. – in: Der Kampf, Jg. 7, Nr. 10, 1. Juli 1914S.477ff.

[513] In deutscher Übersetzung erschienen bei Rütten u. Loening in Frankfurt a.M. [Anmerkung Josef Strasser]; W. Ropschin (eigentlich: Boris Wiktorowitsch Sawinkow; 1879-1925); russischer sozialrevolutionärer Schriftsteller. Stand der Oktoberrevolution 1917 und dem Sowjetsystem feindlich gegenüber. Als eines der maßgeblichen Mitglieder des bewaffneten Arms der Sozialrevolutionären Partei war er zur Zarenzeit an mehreren Attentaten auf politische Gegner beteiligt. – Ropschin, W.: Als wär' es nie gewesen. – Frankfurt/Main 1913

als einen gewichtigen Milderungsgrund gelten lassen müssen, eine Entschuldigung ist sie nicht. Die Mängel seines Buches lassen sich nicht ganz aus seiner mangelhaften Einsicht erklären; eine Absicht, und nicht die edelste, muss tüchtig nachgeholfen haben.

Die Revolution hat Ropschin enttäuscht. Sie hat nicht gehalten, was er sich von ihr versprochen hat, und er empfindet das, man kann es nicht anders sagen, als eine Schlechtigkeit von ihr, für die ihm Genugtuung werden muss. Er ist, dieser Schluss lässt sich nicht abweisen, einer von jenen Gelegenheitsrevolutionären, die wir in allen revolutionären Bewegungen antreffen, die mitunter Bedeutendes leisten, denen aber nichts genügt, die nie auf ihre Rechnung kommen; Leute, die in der Revolution etwas anderes suchen als die Revolution: einen Kitzel für ihre müden Nerven, das "Wunderbare", einen Rettungsanker; Romantiker, die nirgends zu Hause sind, die in der Welt der herrschenden Klassen keine Befriedigung finden, aber sich auch nicht herzhaft, ganz der Revolution zu eigen geben können. Ihr Ende ist, je nachdem, Selbstmord (mitunter maskiert als revolutionäre Tat), Trübsinn, Stumpfsinn, Jagd nach neuen Sensationen, Heimkehr aus [dem] Wolkenkuckucksheim in die Welt bürgerlicher Solidität, oder auch der brennende Wunsch, dem Ärger über die erlittene Enttäuschung um jeden Preis Luft zu machen, also zu entwerten, herabzusetzen, zu bespötteln, was man früher angebetet hat – wie der Wilde, der seinen Fetisch prügelt. Für dieses letzte hat sich Ropschin entschieden. Dass er keine vereinzelte Erscheinung ist, beweist die bereits erwähnte Tatsache, dass sein Roman in einer führenden sozialrevolutionären Zeitschrift erschienen ist. Dieser ist nicht bloß eine individuelle Kundgebung, sondern ein soziales Dokument, nämlich eine Art Manifest der Malkontenten[514] der Revolution.

Was an dem Buch Ropschins vor allem befremden muss, ist die Auswahl des Stoffes. Ropschin entwirft kein Bild der Revolution, er gibt Bilder aus der Revolution. Nicht einen geschichtlichen Prozess lässt er sich vor unseren Augen abwickeln, er stellt nur einige individuelle Schicksale dar. Welche gesellschaftlichen Ursachen hatte der Terrorismus? In welchem Zustand befand sich Russland zur Zeit des Krieges in Ostasien? Wie lebten damals die Massen des russischen Volkes? Wie entwickelte sich die Stimmung, deren unausbleibliche Folge Attentate, Straßenkämpfe, Expropriationen waren? Was hat die terroristische Bewegung demoralisiert und korrumpiert? Wie haben sich die furchtbaren Verhältnisse entwickelt, unter denen schließlich mancher auf die Fragen: Bin ich ein Revolutionär oder ein Spitzel? Stehle und raube ich für die Partei oder für mich? sich selber die Antwort schuldig bleiben musste? Das alles und vieles andere, was in einem Revolutionsroman dargestellt werden müsste, interessiert Ropschin nicht. Die konterrevolutionären Mächte zeigt er uns überhaupt nicht! Wir sehen die Revolutionäre und ihren Kampf, aber wir sehen nicht den Feind. Wie steht es im feindlichen Lager? Was denkt, was fühlt, was will man dort? Was zwingt die freiwilligen und unfreiwilligen Verteidiger des Zarismus, so zu sein, wie sie sind? Wir möchten in ihre Seelen blicken. Aber das geht Ropschin nichts an. Nur von weitem lässt er uns bei einem Barrikadenkampf Offiziere und Soldaten sehen, wir dürfen auch bei der Ermordung des Gendarmerieobersten Sljoskin zuschauen und ab und zu in das Haus

[514] Malkontente: veraltet für Unzufriedene, Missvergnügte

eines auf die Revolution schimpfenden alten Generals eintreten. Sonst lernen wir von der drüberen Seite außer ein paar Lockspitzeln nur einen armseligen Polizeischreiber kennen, der den Revolutionären Amtsgeheimnisse verkauft. Ropschin will uns ein Revolutionsdrama geben, ohne den Gegenspieler der Revolution auf die Bühne zu bringen.

Und wie schildert er die Revolution? So etwas gibt es für ihn eigentlich gar nicht. Die Revolution ist ihm nur die Summe aller einzelnen Revolutionäre. Er kennt keine Massenstimmung, keinen Massenwillen, keine Massenaktion, nur das Denken, Fühlen, Wollen von einzelnen. Die Vereinigung vieler Einheiten ergibt ihm keine neue höhere Einheit. Also interessieren ihn auch nur Individuen und schildert er nur Einzelschicksale.

Sein Hauptinteresse gehört dem Intellektuellen Bolotow und den seelischen Beschwerden, die diesem der Terrorismus verursacht. Darf man töten? Die "Selbstverständigung" Bolotows über diese Frage macht den eigentlichen Inhalt des Buches aus. Sie zeigt, was für eine ungeheure Verwirrung in dem Kopf Ropschins herrscht. Er lässt seinen Helden über die Frage nachgrübeln, ob er sich als Sozialist über den Sieg Japans über Russland freuen dürfe: Die Niederlage Russlands bedeutet eine Niederlage des Zarismus, und aus der wird die Revolution Vorteil ziehen, also muss sich jeder Revolutionär über sie freuen; aber der Krieg bedeutet Massenmord und Massenelend, wie soll sich also ein Revolutionär über seinen Ausgang freuen können? Bolotow begreift nicht, dass die Revolutionäre durchaus nicht sich selber widersprechen, wenn sie, obwohl Gegner des Krieges, eine Situation ausnützen, die sich infolge eines Krieges einstellt. Eine einfache politische Frage wird ihm zu einem unentwirrbaren ethischen Problem. Noch schlechter ergeht es ihm mit dem Terrorismus. Für den wirklichen Revolutionär ist die Frage, ob er terroristische Mittel anwenden darf oder nicht, nur eine Frage nach der Zweckmäßigkeit des Terrorismus. Er wird sie, je nach seiner Einsicht, bejahen oder verneinen und dann danach handeln. Nicht so Bolotow. Er ist Terrorist und kann nicht mit der Frage fertig werden, ober er ein Recht hat, es zu sein. Keinen Augenblick lässt sie ihn los, nicht auf der Barrikade, nicht da er eine Bombe werfen geht, nicht auf dem Weg zum Galgen. "Ich kann eines nicht begreifen," sagt er dem davongelaufenen Soldaten Sjeroscha, mit dem er den Wachtdienst bei der Barrikade versieht, "man erschießt uns, man hängt uns, man erdrosselt uns. Gut. Wir hängen, morden und sengen. Gut. Warum bin ich aber, wenn ich Sljoskin erschossen habe, ein Held, während er, wenn er mich hängen lässt, ein Schurke und ein Unmensch ist? Das ist ja wirklich Hottentottenlogik.[515] Eins von beiden: Entweder darf man nicht töten, und dann verletzten wir beide, Sljoskin und ich, das Gesetz; oder man darf töten, und dann sind wir beide weder Helden noch Schurken, sondern einfach Menschen und Feinde." "Können Sie sich die Möglichkeit denken, dass dieser von uns getötete

[515] *Hottentotten* war eine in der Kolonialzeit von den burischen Siedler/inne/n verwendete Sammelbezeichnung für die in Südafrika und Namibia lebende Völkerfamilie der Khoi Khoi. Die holländische Bezeichnung *Hottentot* wurde seit ihrer Einführung meist abwertend rassistisch und diskriminierend verwendet. Außerdem wurde das Wort auf Menschen mit vermeintlich unterlegener Kultur und Mangel an intellektuellen Fähigkeiten übertragen. Der unreflektierte Gebrauch durch Strasser zeigt, wie weit rassistische Terminologie um 1900 in die Alltagssprache auch von Exponent/inn/en der Arbeiter/innen/bewegung eingedrungen war.

Sljoskin uns nicht aus gewinnsüchtigen Absichten, sondern aus innerer Überzeugung verfolgte? Können Sie die Möglichkeit zugeben, dass er uns nicht aus eigenem Interesse bekämpfte, sondern weil er es für seine Pflicht hielt und weil er glaubte, auf diese Weise dem Volk – ja dem Volk! – zu dienen? Können Sie diese Möglichkeit zugeben? Ja? Es ist doch durchaus möglich. Es ist ja möglich, dass sich unter hundert, unter tausend Sljoskins so einer findet. Es ist doch möglich? Ja? Worin besteht dann der Unterschied zwischen ihm und mir? Worin? Warum ist er ein Schurke? Meine Ansicht: Entweder man darf in jedem Fall töten ... oder man darf in keinem Falle töten!" "Folglich ist es erlaubt und verboten zugleich! Wo bleibt dann das Gesetz? Ist es im Parteiprogramm? In Marx, in Engels, in Kant? Das ist ja Unsinn. Marx, Engels und Kant haben doch nie einen Menschen getötet ... folglich können sie gar nicht wissen, was ich weiß." Mit wachsender Unruhe sucht Bolotow nach einer obersten sittlichen Instanz, die ihn von seinen Zweifeln befreien könnte, er weiß nicht, dass diese Instanz nur das eigene Gewissen, die eigene feste Überzeugung sein kann; dass sich die Fragen, die ihn quälen, für jeden, der weiß, was er will, sehr rasch so oder so lösen. Er grübelt und grübelt, bis er mystisch-religiöse Anwandlungen bekommt. Seine krause Logik führt ihn zu dem Schluss, dass es seine Pflicht und sein Recht ist, zu töten und zu sterben, aber das hindert ihn nicht, über dieses Recht und diese Pflicht weiter zu grübeln bis zum letzten Atemzug. Vor seiner Hinrichtung sagt er: "Ich habe getötet, und man wird mich töten. Alle sind im Recht, und alle sind im Unrecht. Es gibt weder Schuldige noch Gefechte. Es gibt nur zwei ewige Todfeinde und kein Irdischer darf sie richten. Es ist uns nicht gegeben zu wissen." Also eine Bankrotterklärung, nach der die Worte: "Es lebe die Freiheit, es lebe die Partei, es lebe das große Russland, es lebe die Revolution und das, was die Menschen Sozialismus nennen!" jeden vernünftigen Sinn verlieren.

Es hat in der russischen Revolution gewiss Menschen gegeben, die töteten und in den Tod gingen, ohne zu wissen warum, und gewiss ist es das Recht des Dichters, solche Menschen zu schildern. Aber Ropschin verkehrt dieses Recht durch den Gebrauch, den er davon macht, in Unrecht. Er macht Bolotow zum Helden seines Romans, so dass eine Episode des revolutionären Kampfes als das Drama der Revolution, ein kranker Grübler als der typische Revolutionär, die Fragen, die Bolotow beschäftigen, als die Probleme der Revolution erscheinen. Freilich lässt uns Ropschin auch andere Revolutionäre kennen lernen. Aber wie schildert er sie! Er behandelt sie mit einem überlegenen Lächeln, das nicht selten von einem höhnischen Grinsen nur schwer zu unterscheiden ist. Er macht nicht den leisesten Versuch, die Schwächen der revolutionären Bewegung, die Irrtümer und Fehler ihrer Führer mit der ganzen geschichtlichen Situation in einen ursächlichen Zusammenhang zu bringen. Wo geschichtliche Notwendigkeiten aufzuzeigen wären, sieht er nur zufällige individuelle Unzulänglichkeiten. Er übt nicht Kritik an der Revolution, er zensuriert sie mit der Verständnislosigkeit und dem Unfehlbarkeitsdünkel eines verknöcherten Schulmeisters.

Der Schluss des Romans steht in einem seltsamen Widerspruch zu allem Vorangegangenen. Ropschin präsentiert sich mit einer neuen Geschichtsauffassung und neuen Hoffnungen. Der Terrorist Wanja sieht plötzlich "das ganze arbeitende Russland" vor sich, "nicht das Land der Studenten, Offiziere, Programme, Versammlungen, Komi-

tee-Sitzungen, nicht das müßige, leichtfertige, geschwätzige Russland, sondern das Land der Pflüger und Mäher, das arbeitende, unbesiegbare, große Russland". Er begreift, dass die ganze Revolution "nur der Schaum des sturmgepeitschten Volksmeeres" war und dass niemand "den Gang der Ereignisse aufhalten konnte". "Und er fühlte in der Tiefe seiner ermüdeten Seele das helle Feuer eines neuen Glaubens erwachen, des Glaubens an das Volk, an die Revolution, an eine neue auf Liebe errichtete Welt, des Glaubens an eine ewige Wahrheit." Was für eine ewige Wahrheit? Fragt nicht! Es handelt sich nur um einen effektvollen Aktschluss, ein paar klingende Worte, den berühmten "Ausblick".

Ropschin ist ein sehr gewandter Schriftsteller, Sauberkeit und Knappheit zeichnen seine an Tolstoi geschulte Technik aus. Setzt man sich auch sehr bald in Widerspruch zu ihm, so folgt man ihm doch bis zum Schluss mit Interesse. Aber er entlässt uns unbefriedigt. Einen wirklichen Revolutionsroman könnte uns nur schenken, wer mit der Revolution lebt, mit ihr eins ist. Man kann nur im Rausch dichten, nicht im Katzenjammer.

Boris Wiktorowitsch Sawinkow

Josef Strasser: Ein Revolutionsroman

Unter den merkwürdigen Büchern, die das neue Russland hervorgebracht hat, ist eines der merkwürdigsten W. Ropschins Roman aus der russischen Revolution „Als wär' es nie gewesen".[1] Das Werk hat schon während seines Erscheinens (es ist in einer angesehenen sozialrevolutionären Zeitschrift veröffentlicht worden) grosses Aufsehen gemacht. Vor allem, weil der Verfasser die Menschen und

[1] In deutscher Uebersetzung erschienen bei Rütten u. Loening in Frankfurt a. M.

Eine Bismarckiade

(1915)[516]

Am 1. April 1915 wäre Bismarck hundert Jahre alt geworden. Das ist für den Dichter Gustav *Frenssen*[517] ein zureichender Grund gewesen, sich als deutscher Homer[518] zu etablieren und seinem Volke das Nationalepos, das (da die Nibelungen ja doch nichts taugen) immer noch fehlende und heiß ersehnte zu schenken.[519]

Der alte Homer soll blind gewesen sein, der neue ist es bestimmt. Sonst hätte er sehen müssen, dass das, was er wollte, unmöglich ist – unmöglich selbst unter der Voraussetzung, dass er ein größerer Dichter ist als Homer.

Vor allem fehlt uns zu einem Heldengedicht, das das ganze Volk ergreifen soll, der Held. Ein Nationalepos ist in einer in Klassen gegliederten Gesellschaft nur möglich, wenn Ausbeuter und Ausgebeutete, Herren und Beherrschte doch noch etwas gemein haben: die Weltanschauung, die Wertmaßstäbe. Das ist heute nicht der Fall. Mögen die einen Bismarck[520] noch so sehr bestaunen und verehren, die ändern hassen und verachten ihn. Es kann heute keinen Nationalhelden geben und darum auch kein Nationalepos.

Weiter. Ein Nationalepos verdankt seine Bedeutung nicht allein, ja sogar am allerwenigsten seinem poetischen Wert. Homer war den Griechen in erster Linie nicht Dichter, sondern Bewahrer ihres religiösen, geschichtlichen und sonstigen Wissens. Das kann heute, in der Zeit des Konversationslexikons, der Volksschule, der zweimal täglich erscheinenden Zeitungen kein Dichter mehr sein.

Aber, könnte man einwenden, ergötzen uns nicht auch wir noch an den Gesängen Homers, trotzdem wir an seine Götter nicht glauben und seine Helden uns nicht begeistern? Warum sollte also nicht auch heute ein Homer möglich sein? Und müssten seine Lieder, die moderne Stoffe modern behandeln würden, nicht stärker auf uns wirken als die Ilias und die Odyssee?

---

[516] Strasser: Josef: Eine Bismarckiade. – in: Der Kampf, – in: Jg. 8, Nr. 4, 1. April 1915, S.181ff.

[517] Gustav Frenssen (1863-1945); deutscher Schriftsteller, völkisch-national, ab 1932 Nationalsozialist. Schrieb Massenliteratur des Kaiserreiches und der NS-Zeit, die die damals verbreiteten kolonialistischen, rassistischen und antisemitischen Vorurteile und Werthaltungen vermittelte.

[518] Homer gilt als Autor der Ilias und der Odyssee und damit als erster Dichter der klassischen Antike. Geburtsort und Lebensdaten sind nicht zweifelsfrei bekannt, ebenso ist nicht einmal sicher, ob es eine Dichterpersönlichkeit namens Homer überhaupt gegeben hat.

[519] "Bismarck". Epische Erzählung von Gustav Frenssen. G. Grotesche Verlagsbuchhandlung, Berlin im Kriegsjahr 1914. [Anmerkung Josef Strasser]

[520] Otto Eduard Leopold von Bismarck-Schönhausen (1815-1898); deutscher bürgerlicher Politiker. 1862-1890 (mit einer kurzen Unterbrechung 1873) preußischer Ministerpräsident, 1867-1871 auch Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes, 1871-1890 erster Reichskanzler des Deutschen Reiches, dessen Gründung er entscheidend vorangetrieben hatte.

Ganz gewiss, Homer gefällt uns noch heute. Aber anders, als er den Griechen gefiel. Ihnen waren die Dichtungen Homers heilig, uns entzücken sie, wie uns Kinder entzücken können, durch ihre Naivität. Aber eben darum können wir sie nicht nachahmen. "Ein Mann kann nicht wieder zum Kinde werden oder er wird kindisch", sagt Marx in der "Einleitung zu einer Kritik der politischen Ökonomie"[521] über das Homer-Problem und er sagt damit alles. Wer heute homerisch dichten will, der gleicht der Salondame, die die Jugendfrische auf ihren Wangen aus ihren Schminktöpfen bezieht.

Frenssens Bismarck-Epos ist also schon in der Anlage verfehlt. In der Ausführung aber erst recht. Um zunächst vom Formalen zu reden: Es ist unbegreiflich, dass ein Mann, dem doch immerhin der "Jörn Uhl"[522] gelungen ist, eine solche Geschmacklosigkeit wie diese Bismarck-Dichtung auf sein Gewissen laden konnte. Nicht weniger als 14.000 Hexameter hat er geschrieben, und nicht *einer* ist darunter, den man wegen seiner Schönheit behalten möchte. Die Sprache dieses Heldengedichts ist ein greulicher Mischmasch von plattestem Zeitungsdeutsch, das offenbar die Homerische Einfachheit, und stelzbeinigen Redensarten, die die hohe poetische Stimmung markieren sollen. Die Hexameter sind holprig wie das Wiener Straßenpflaster, sehr oft unskandierbar,[523] mitunter auch fünf- oder siebenfüßig. Es ist eine Qual, sich durch diese Verse durchzulesen.

Aber vielleicht entschädigt uns der Inhalt? Vielleicht macht, was der Dichter verbrochen, der Historiker, der Politiker, der Mensch halbwegs wieder gut, obwohl der Leser des Buches, der eine Dichtung erwartet hat, auch dann noch immer ein Niete gezogen hätte?

Vor allem: Was will Frenssen?

Hier fängt schon die Stümperei an. Frenssen will uns – in einer erzählenden Dichtung! – nicht die Taten seines Helden erzählen, sondern den Charakter, die ganze Persönlichkeit dieses Helden erklären. Denn das Volk versteht ihn noch immer nicht und "grübelt und rätselt am Spiel seiner Seele". Also springt Herr Frenssen dem unverstandenen Helden bei, denn ihm, "dem Dichter, gab Gott die Gabe heimlicher Augen und den spähenden Willen heiliger Wahrheit und Bildung".

Wie erklärt uns nun Frenssen Bismarck? Was für eine Geschichtsauffassung hat er? Eine so einfache, so homerisch-naive, dass sich heute, ohne ausgelacht zu werden, höchstens der kleine Moritz zu ihr bekennen darf:

> "Einer war's, der ersann und tat, was die Stunde bedurfte"

und:

> "Menschen machen Geschichte, aus dem Stoff und Gewirre der Dinge
> weben wohl drei oder vier, es sei geschickt oder wirrig,
> ihres Staates Kleid."

Wie hat Bismarck seines Staates Kleid gewebt?

---

[521] Das Zitat findet sich in: Marx, Karl: Einleitung [zur Kritik der politischen Ökonomie]. – in: MEW 13, S.641

[522] Roman von Gustav Frenssen: Jörn Uhl. – Berlin 1901

[523] Skandieren: Rezitieren eines Textes mit besonderer Betonung und Hervorhebung der Versfüße im jeweiligen Versmaß. Hexameter: klassisches Versmaß der epischen Dichtung.

Auf diese Frage gibt uns Frenssen die verblüffende Antwort: Aus Lug und Trug. Er schildert uns Bismarck als den vollkommensten Gauner, den die Erde getragen. "Verschlagenheit", "schleichende Tücke" sind die Haupteigenschaften dieses Bismarck, sein Urbild ist nicht Siegfried, sondern Hagen.[524] Wo er mit List nichts ausrichtet, greift er zur Gewalt und geht unbedenklich durch Ströme von Blut und über Berge von Leichen. Er ist auch sonst ein recht angenehmer Mensch: "Es klang sein Beten wie Bellen und wie im Winterwald das Schreien eines hungrigen Wolfes." Außerdem ist er ein verrücktes Huhn, von bösen Geistern besessen, namentlich von einer Herrschsucht, die ihn sein Leben lang nicht von dem Gedanken loskommen lässt, dass er nach Krone und Szepter greifen könnte. Er ist so toll-bös, dass der pastoral-milde Frenssen mit ihm gar nicht fertig werden kann, sondern, um ihn zu bändigen, zweimal den lieben Gott persönlich intervenieren lassen muss. Trotz alledem nennt er ihn einen "herrlichen Helden". Ist er moralisch eben so irre wie sein herrlicher Held? Ist der Herr Pastor[525] der Meinung, dass die Politik mit der Moral nichts zu schaffen hat? Darüber lässt er sich folgendermaßen vernehmen:

"Wenn er aber einst seine grimmigen Werke vollendet
und mit böser Gewalt und List meine Völker vereinigt
und die mächtigen Stürme seines düstern Lebens geendet:
dann erweck' meinem Volke, nach Hagens Tagen und Taten,
lichte und klare Männer von Siegfrieds Adel und Ehre,
dass ein Volk an Wahrheit und Treue das erste auf Erden!"

Das heißt: Erst die Arbeit, dann das Vergnügen. Oder: Man ist ein Lump, wenn man muss, und ein anständiger Mensch, wenn man kann. Diese Auffassung ist ja nicht neu, aber in einem Nationalepos, in einem Volksbuch nimmt sie sich doch etwas ungewöhnlich aus. Will Frenssen sie dem deutschen Volke einimpfen? Es so zum Verständnis der imperialistischen Politik erziehen?

Die Bismarckiade liest sich wie ein Verbrecherroman. Die Geschichte der Bismarckschen Zeit ist für Frenssen lediglich eine Geschichte von Bismarckschen Schurkenstreichen. Dass sie eine Geschichte von Klassenkämpfen war, ahnt er nicht. Darum hat er auch kein Auge für geschichtliche Größenverhältnisse. Als das Größte erscheint ihm, was in den Zeitungen die größte Sensation macht. Die Arbeiterbewegung tut er also nebst verschiedenen anderen Bewegungen in ein paar Zeilen ab:

Aber ebenso viele mit liebender glühender Seele
glaubten ein Reich unter Brüdern hier unten auf irrender Erde;
alle der Erde froh und gleich an jeglichen Gütern ...
Bismarck hörte das alles und sah es alles mit Augen.
Aber er achtete nicht darauf und es ging nicht zu Herzen ...
Also quälte er sie und schlug sie mit harten Gesetzen.
Sie aber widerstanden ihm, wie hart er auch zuschlug.
Ja sie wurden nur stärker und gewannen leicht und in Eile
größere Mengen des Volkes. Und siehe: er schlug mit dem Schwerte

[524] Siegfried: Figur in verschiedenen Werken der Nibelungensage und mit ihr verwandter Sagen.
[525] Anspielung darauf, dass Gustav Frenssen seit 1890 Pastor war.

nach Gespenstern und Geistern; doch Geister bändigt ein Geist nur
und er wunderte sich, dass er dieser Feinde nicht Herr ward,
da er doch alle besiegt; und er schämte sich herzlich und heimlich,
kam in Sorgen hinein und wollte es nimmermehr
zeigen und schlug heftiger zu. Und er wurde störrer und steiner,
meinte nur immer noch mehr, dass er allein auf der Erde
alles wisse und könne. Und er fragte nicht nach den Menschen;
und geriet ins Rasen hinein, wenn sie hart widerstanden.

Noch possierlicher zeigt sich die Unfähigkeit Frenssens, Inhalt und Bedeutung politischer Tatsachen zu erkennen, in folgenden Versen:

Welch ein Zorn bei den Junkern, dass er der Menge des Volkes
Bänke im Reichstag gegeben, des Reiches Wohl zu beschließen!
Welch ein Hass bei den Bürgern, dass er dem Reichstag des Volkes
nicht allein die Macht überließ, des Staates zu walten,
sondern dem Thron seine Rechte bewahrte und dem Schwerte des Kaisers!
Welch ein heftiger Widerstand und heimlich Umlauern
von den Frauen des Hofs, den alten Gegnern und Feinden!

Also: zwei Zeilen dem Zorn der Junker über das allgemeine Reichstagswahlrecht (das sonst in dem ganzen Buch nirgends auch nur erwähnt wird), drei Zeilen dem Hass der Bürger und wieder zwei Zeilen den intrigierenden Hofdamen. Und man muss Herrn Frenssen noch dafür danken, dass er den Frauen des Hofes keine größere Wichtigkeit beimisst als dem Reichstagswahlrecht, denn man hat, nach zwei langen Gesängen über Bismarcks Studentenstreiche, eine etwas ausführlichere Behandlung des Hofdamenkrieges befürchtet.

Von der Bismarckschen Sozialpolitik ist Herr Frenssen natürlich begeistert:

Was er aber geschaffen: an guten und starken Gesetzen,
dass er das Reich nun vollende, das er so mühsam begründet,
wie er auch dem einzelnen Mann in der Masse der Menschen
Freiheit und Sicherheit gab, und Arbeit und Ruhe und Ehre,
wie er mit all den anderen Staaten der menschlichen Erde
kluge Verträge schuf, um Handel und Wandel zu mehren
und für die wachsende Menge des Volkes Arbeit zu schaffen
und durch Arbeit Brot und Mehrung jeder Gesittung ...
Alles das zu erzählen vergingen die Tage des Winters
und die Lüfte des Frühlings und schelmisch lockender Star-Ruf
scheuchten hinweg vom Buch, es läge am Bord und verstaubte.

Sehr lustig liest sich die Frenssensche Darstellung der Entstehung des deutsch-englischen Konflikts: Bismarck findet, nachdem er alle Welt betrogen hat, seinen Meister und wird übergaunert:

Und auch England im Meer, germanische Brüder und Vettern,
das er freundlich umwarb, vom Stammesblute getrieben,
redete herzlich mit Deutschland und mit dem Kaiser der Deutschen,
sandte auch Grüße herüber und tat, als begehrte es Freundschaft.

Aber das Volk von England, einstmals mutige Kaufherren,
da sie um Macht und Ehre noch rangen und Shakespeare gebaren,
aber allmählich, durch reichen Besitz und beengt durch die Wogen,
am Gemüte und Geist verdorrt, und Krämer geworden,
kurzsichtig, eng und bequem, und Gottes Wort auf der Zunge,
graute sich über die Massen vor seinem jüngeren Bruder,
seinem Ernste und größeren Fleiß und höh'rer Gesittung,
und beschloss im geheimen, seine germanischen Brüder
von den Höhen der Alpen herab bis zum eisigen Nordkap,
ihre hohen und gütigen Herzen und reinlichen Häuser,
ihre blonden Kinder, ihre frommen, gütigen Frauen
an die Herden und Horden des russischen Zaren zu geben,
dass sie mit schmutzigen Sohlen die Zukunft der Erde zerträten.
Aber wer im Lande des edlen Glaubens und Trauens
dachte an solchen Verrat! Ja selber der klügste der Menschen
traute dem gleichen Blut und glaubte an englische Wahrheit,
und bemühte sich ehrlich und gut um die Liebe der Brüder. ...

Im offiziellen Deutschland hat Frenssens Bismarck trotz seiner patriotischen Tendenz das peinlichste Aufsehen erregt. Die Nationalen haben aufgequietscht wie eine Katze, der ein Tölpel auf den Schwanz getreten ist. Im Weltkrieg so ein Buch zu veröffentlichen! Dem Volke den Helden, den man gerade jetzt so gerne in bengalischer Beleuchtung zeigen möchte, in seiner ganzen "Verschlagenheit" und "schleichenden Tücke" zu zeigen! Alte Geschichten auszugraben, an die man gerade heute nicht erinnert sein möchte, zum Beispiel den ganzen Zank und Stank, der sich aus den Differenzen zwischen dem alten Kanzler und dem jungen Kaiser ergaben!

Konfisziert!

Und über den armen Frenssen ist ein Hagelschauer von Verdammungsurteilen und Beschimpfungen niedergegangen. Wenn er durch seinen Bismarck seinen im Laufe der Zeit etwas schäbig gewordenen Ruhm wieder auf den Glanz herrichten wollte, so war er auf dem Holzweg. Das Buch ist spurlos aus dem Buchhandel verschwunden. Der Verlag hat mitgeteilt, dass die erste Auflage vergriffen ist und eine zweite vorläufig nicht erscheint.

Wie wär’s, wenn Herr Frenssen seinen Bismarck umdichtete? Er ist doch ein Mann, der schon gezeigt hat, dass er in verschiedenen Sätteln reiten kann. Und im Weltkrieg lernen doch auch die bockbeinigsten Doktrinäre um.

Von der grauen Theorie zur feldgrauen (1915)[526]

Der Weltkrieg ist schrecklich, aber es lässt sich doch auch einiges zu seinem Lobe sagen. So hat er, um nur eines anzuführen, auf manche Leute, denen vor Welt und Leben schon sehr mies war, ungemein anregend und erfrischend gewirkt. Zum Beispiel auf Professor Werner *Sombart*.[527] Und das will schon etwas sagen. Denn Sombart ist eine repräsentative Persönlichkeit. Er verkörpert, wie kein anderer in deutschen Landen, alle Laster der Intellektuellen. Seine hervorstechendste Eigenschaft ist eine unermessliche Eitelkeit. Daher, auch in seinen ernstesten Schriften, das Unernste und Spielerische, das Geistreicheln und Parodoxeln, das ewige Radschlagen, das den braven deutschen Professoren früher ganz unbekannte Philosophieren vor dem Spiegel. Daher auch – ein spaßiger Widerspruch – die unersättliche Gier nach dem Beifall der Menschen und die souveräne Verachtung der Menschen, der blöden Masse, die nicht zu begreifen vermag, was sie an einem Sombart hat. Daher, in durchaus folgerichtiger Entwicklung, die absolute Charakterlosigkeit, das heißt, der immer wieder, aber jedesmal mit anderen Mitteln, unter Vortäuschung einer anderen Persönlichkeit erneute Versuch, die verfrachtete und ach! doch über alles geschätzte Masse zur Anbetung auf die Knie zu zwingen, das ängstliche Hinhorchen auf die kuranten Stimmungen und Meinungen,[528] die geschmeidige Anpassung an die Mode des Tages, das Anstreben der Herrschaft über die Menge durch die Unterwerfung unter dem Willen der Menge. Daher endlich ein chronischer Riesenkatzenjammer: weil die Menschen nicht hielten, was er sich von ihnen versprochen hatte, weil er nicht der Jahrhundertmensch, nur der wissenschaftliche Amüsierfritze des "gebildeten" Deutschland (um nicht zu sagen: von Berlin W),[529] nicht König, sondern Hofnarr geworden war, verzweifelte Sombart an der Menschheit und jammerte über die Sinnlosigkeit des Lebens. Kurz, er machte die typische Entwicklung des Intellektuellen durch, der sich mit dem, was ihm die Bourgeoisie bieten kann, nicht zufrieden geben will, zum Kampf gegen die Bourgeoisie aber nicht den Mut findet, also der Querulant der bürgerlichen Gesellschaft werden

[526] Strasser, Josef: Von der grauen Theorie zur feldgrauen. – in: Der Kampf, – in: Jg. 8, Nr. 7/8, 1. August 1915, S.297ff.

[527] Werner Sombart (1863-1941); zeitweise von sozialistischen Ideen beeinflusster deutscher bürgerlicher Soziologe, Professor für Staatswissenschaften.

[528] kurant: Synonym für gängig

[529] 1873 wurden die Berliner Postbezirke festgelegt. Das damalige Stadtgebiet von Berlin wurde in neun Postbezirke eingeteilt, die nach Himmelsrichtungen der jeweiligen Bahnhöfe benannt wurden – Berlin W = Westen = Potsdamer Bahnhof. Berlin-West war ein besonders guter Wohnbezirk, das anschließende Potsdam mit seinen zahlreichen Schloss- und Parkanlagen ehemalige Residenzstadt des Königreichs Preußen.

muss. Von diesem lieblichen Ergebnis der Entwicklung der Intellektuellen hat Sombart in seiner neuesten Schrift[530] folgende ergreifende Schilderung gegeben:

> *Zweck- und sinnlos erschien das ganze Leben*. Und das Schreckbild der Verameisung tauchte vor dem geistigen Blicke Weiterschauender auf. Man sah die Menschheit im Wohlleben verkommen, sich paaren, den Bauch vollschlagen und den Darm entleeren und sinnlos Hin- und Wiederrennen. Man glaubte, dass man dem Zustand nahe wäre, den Mephisto dem alten Faust so verführerisch schildert als den höchsten:
>
> "Ich freute mich an Rolle kutschen,
> Am ewigen Hin- und Wiederrutschen,
> Am ewigen Hin- und Wiederlaufen
> Zerstreuter Ameis-Wimmelhaufen."[531]
>
> Zweck- und sinnlos schien alles geworden zu sein, was wir taten.
>
> Wir häuften Reichtümer auf Reichtümer und wussten doch, dass aus ihnen kein Segen flösse; wir schufen Wunder der Technik und wussten nicht: warum? Wir trieben Politik, haderten miteinander, bewarfen uns mit Schmutz: warum?
>
> Wir schrieben und lasen Zeitungen; Berge von Papier türmten sich täglich vor uns auf und erdrückten uns mit wertlosen Nachrichten und noch wertloseren Meinungsäußerungen: Niemand wusste, wozu?
>
> Wir schrieben Bücher und Theaterstücke, und Kritiker in Scharen taten ihr ganzes Leben nichts als kritisieren, und Cliquen bildeten sich und befehdeten sich, und niemand wusste, wozu?
>
> Wir schwärmten für den "Fortschritt", damit das sinnlose Leben noch weitergesteigert würde; mehr Reichtum, mehr Rekord, mehr Reklame, mehr Zeitungen, mehr Bücher, mehr Theaterstücke, mehr Bildung, mehr Technik, mehr Komfort. Und der Bedächtige musste immer wieder fragen: wozu? wozu?
>
> Das Leben war wirklich, wie es einer seiner besten Schilderer ausgesprochen hat, *eine Rutschbahn* geworden. Ein Leben ohne Ideale, das heißt also ein ewiges Sterben, ein Faulen, ein Gestank, da alles Menschentum in Verwesung übergeht, aus dem der Idealismus verschwunden ist, wie ein Körper, aus dem die Seele entweicht.

Aber nun kam – Gott sei Dank! – der Weltkrieg und pulverte unseren Pessimisten wieder auf. Nämlich, als der Krieg ausbrach, stellte sich Sombart vor den Spiegel und fragte (eine andere Frage an die Dinge hat dieser Forscher nicht): "Wie steht mir das Zeug?" Die Musterung hatte ein befriedigendes Ergebnis: Im Feuerschein schmückt ja auch die welksten Wangen eine schöne martialische Röte. Also hatte der Weltbrand eine Daseinsberechtigung. Er ließ Sombart das Leben wieder lebenswert erscheinen, der Mann, der schon alles zweck- und sinnlos gefunden, sah auf einmal eine große,

---

[530] *Händler und Helden*. Patriotische Besinnungen. Von Werner Sombart. München und Leipzig, Verlag von Duncker und Humblot. [Anmerkung Josef Strasser]

[531] Mephisto und Faust sind literarische Figuren bei Goethe. Das Zitat aus *Faust, Der Tragödie zweiter Teil* lautet genau: "Da freut' ich mich an Rollekutschen / Am lärmigen Hin- und Wiederrutschen, / Am ewigen Hin- und Wiederlaufen, / Zerstreuter Ameis-Wimmelhaufen."

eine erhabene Aufgabe vor sich: dem Krieg als Animiermädchen zu dienen. "Das Leben ist der Güter höchstes nicht!" ruft er nun mit neuerwachter Lebensfreude aus seiner Villa in Schreiberhau in die Schützengräben und auf 145 Seiten – wer hat vor Sombart solche Feuilletonkolosse in die Welt gesetzt? – bemüht er sich, den deutschen Soldaten von dem Kampf, den sie führen, einen möglichst hohen Begriff beizubringen. Er hat einmal gegen einen Marxkritiker die spöttische Bemerkung gemacht, dieser betrachte die sozialen Dinge vom Standpunkt des preußischen Reserveleutnants. Heute betrachtet er selbst sie vom Standpunkt des jüngsten preußischen Kadetten, er sieht alles feldgrau in feldgrau – wie es ja überhaupt, wir haben es bereits gesagt, seine Gewohnheit ist, von allem, was er einmal behauptet hat, ein andermal mit edlem Freimut das Gegenteil zu behaupten, ja zu überbieten, was er verworfen und verhöhnt hat.

Der Weltkrieg erscheint ihm also als der vorläufig letzte Sinn und Zweck der Entwicklung des Menschengeschlechtes, als eine höchste Erfüllung. Wörtlich erklärt er:

> Weil aber im Kriege erst alle Tugenden, die der Militarismus hoch bewertet, zur vollen Entfaltung kommen, weil erst im Kriege sich wahres Heldentum betätigt, für dessen Verwirklichung auf Erden der Militarismus Sorge trägt: darum erscheint uns, die wir vom Militarismus erfüllt sind, *der Krieg selbst als ein Heiliges, als das heiligste auf Erden. ...*
>
> Aber der Krieg ist uns nicht nur darum heilig, weil in ihm selbst die edelsten Zuge des menschlichen Wesens zur Blüte getrieben werden: Wir halten ihn nicht minder für heilig, weil er uns als *die größte sittliche Macht erscheint, deren sich die Vorsehung bedient*, um die Menschen auf Erden von Verlotterung und Fäulnis zu bewahren....
>
> Dass wir auch die Zwecke des Krieges heilig halten und ihn *nicht dazu missbrauchen, wie die Händlervölker, um eitlen Güterkram zu verteidigen*: das ergibt sich mit ebensolcher zwingender Notwendigkeit aus *unserer Ehrfurcht vor diesem höchsten Zucht- und Bildungsmittel Gottes*.

Ja, ja: nicht um die Verteidigung eitlen Güterkrams handelt es sich, ob ihr's glaubt oder nicht. "Nicht wer die Meere beherrschen soll, ist die wichtige Menschheitsfrage, die jetzt zur Entscheidung steht." Sondern der Weltkrieg ist ein *Kampf der Geister und der Weltanschauungen*. Wie überhaupt alle großen Kriege. Haben wir nämlich bisher geglaubt, dass alle Kriege, auch die Religionskriege, Wirtschaftskriege waren, so verrät uns jetzt Sombart, dass umgekehrt alle großen Kriege, auch die Handelskriege "Glaubenskriege" sind. Zwar "mögen" – Sombart hat weitherziger Weise nichts dagegen – "reines Machtstreben oder ökonomische Interessen" in jedem Krieg die "treibenden Kräfte" sein, aber hinter ihnen muss, wer nicht kurzsichtig ist, "die tieferen Gegensätze erkennen, die im Kampfe liegen", eben die "Glaubensgegensätze", die "Gegensätze der Weltanschauung".

Im Weltkrieg nun handelt es sich um den Gegensatz zwischen Deutschland und England. Die Kriege zwischen Deutschland und Frankreich, Russland und der Türkei usw. sind nämlich, zur Vereinfachung der Sache, nur "Nebenkriege". Der Gegensatz zwischen Deutschland und England aber ist ein Gegensatz zwischen Helden und Händlern. Natürlich fasst Sombart die Bezeichnung Händler und Held nicht "im beruflichen Sinne". Sonst müsste er ja die Deutschen, unter denen die Händler von Beruf immer

zahlreicher werden, als ein Händlervolk hinstellen. Da sie aber, wie Sombart ausdrücklich feststellt, ein Heldenvolk sind, so ist klar, dass die Klassifizierung von Menschen und Völkern nicht nach dem Beruf, sondern nach der Gesinnung, dem Geist, der Weltanschauung erfolgen muss, und die sind eben in England händlerisch und in Deutschland heldisch.

Wie aber kennt man händlerische und heldische Gesinnung auseinander? Sehr einfach. Der Händler, immer schofel,[532] fragt das Leben: "Was kannst du, Leben, mir geben?" Hingegen der Held, immer in Spendierhosen, fragt: "Was kann ich, Leben, dir geben?" Der Händler will nehmen, der Held schenken. Der Unterschied ist so groß, dass eine Verwechslung von Helden und Händlern, von freigebigen Deutschen und knauserigen Engländern wohl nicht leicht vorkommen kann. Um sie aber ganz unmöglich zu machen, gibt uns Sombart eine mit liebevoller Sorgfalt auf die kleinsten Einzelheiten eingehende Darstellung des "alle Tiefen und alle Weiten der Welt umspannenden" Gegensatzes zwischen deutschem und englischem, heldischem und händlerischem Wesen.

Er verfährt, offenbar aus pädagogischen Gründen, bei dieser "schlichten Beschreibung" des deutschen und des englischen Geistes nicht streng wissenschaftlich. Zunächst zieht er das englische Volk in "den" Engländer, die Deutschen in "den" Deutschen zusammen – was die Übersicht über die verwirrende Fülle des zu bewältigenden Stoffes ungemein erleichtert. Dann streicht er den Engländer schwarz, den Deutschen weiß an. Auch das ist genau genommen nicht wissenschaftlich, dafür aber sehr patriotisch; es muss also den Leser riesig freuen, wenigstens den deutschen (und Sombart erklärt ausdrücklich, dass er nur für Deutsche schreibt). Überdies erhöht das Schwarzweißverfahren die Anschaulichkeit. Und wenn auch der englische Händler und der deutsche Held Fiktionen sind, so doch brauchbare Fiktionen und als solche, nach Vaihinger,[533] schließlich und endlich auch wissenschaftlich wertvoll. Es verlohnt sich also der Mühe, die beiden anzusehen, wenn sie auch gar nicht existieren.

"Der" Engländer ist durch und durch schlecht, weil durch und durch Händler. Händler sogar, wenn er Philosophie treibt! Die englischen Philosophen sind "alle recht gute, zum Teil vorzügliche – Nationalökonomen gewesen", und das ist doch wohl (Sombart, der selbst ein recht guter, zum Teil vorzüglicher Nationalökonom gewesen ist, muss es wissen) ein schlagender Beweis händlerischer Gesinnung. Dazu kommt die "Ausrichtung alles englischen Denkens auf praktische Zwecke", eine "ausgeprägte Neigung für körperliches Behagen, für materielles Wohlsein, für Komfort", ein "ausgesprochen starker Erwerbstrieb", also lauter Dinge, die im modernen Deutschland immer unbekannter werden, und ein "Dünkel", **Zensur!**

Zensur!

Und erst die englische Ethik und Staatslehre! "Der infamste[534] Spruch, den je eine Händlerseele hat aussprechen können: Handle gut, damit es dir wohlergehe und du

[532] kleinlich, geizig

[533] Hans Vaihinger (1852-1933); deutscher Philosoph und Kant-Forscher.

[534] Über dieses heftige Wort werden sich manche Leser wundern. Sie mögen bedenken, dass Sombart nicht mehr Ästhet, sondern Krieger ist, also kernige Ausdrücke gebrauchen darf, ohne stilwidrig zu handeln. Auch ist zu erwägen, dass starke Worte die Kraft der Überzeugung nicht nur zum Ausdruck

lange lebest auf Erden, ist der Leitspruch aller Lehren der englischen Ethik geworden". Hier hätte Sombart, aus Gründen der historischen Gerechtigkeit, doch darauf hinweisen sollen, dass sich, wie das vierte Gebot klärlich zeigt, auch die jüdische und die christliche Religion von den Einflüssen des "Händlergeistes" nicht ganz freizuhalten vermocht haben; zwar könnte das die Engländer nicht entschuldigen, es würde ihnen aber immerhin als mildender Umstand zustatten kommen. Aber weiter: "Das 'Glück' ist (in England, versteht sich) oberstes Ziel des menschlichen Strebens. 'Das größte Glück der größten Anzahl', so hat Jeremias Bentham[535] dieses hundsgemeine 'Ideal' für ewige Zeiten in Worte geprägt." "In diesen Niederungen der sozialen Gegenseitigkeitsethik werden auch die Vorstellungen des Händlers von 'Gerechtigkeit' und 'Freiheit' geboren." Sombart verweilt nicht lange in diesen Niederungen, denn "*was weiß der Engländer von Freiheit!*"

Zensur!

Auch die Vertragstheorie der englischen Staatslehre[536] behandelt Sombart mit der größten Verachtung. Zwar haben sich zu dieser Händlertheorie auch Angehörige des deutschen Heldenvolkes, hervorragende Männer und ganze Parteien bekannt. Aber Sombart weiß sich zu helfen: "Es hieße denn doch, das Gedächtnis der Pufendorff, Thomasius, Wolff, Kant[537] entweihen, wollten wir sie, weil sie der herrschenden Mode der Vertragstheorie huldigten, mit den Krämerseelen gleichsetzen, die den Staat in ihren Theorien in ein allgemeines Handelsgeschäft aufzulösen beflissen waren." Und gegen Lassalle, der den deutschen Liberalismus wegen seiner "Nachtwächteridee"[538]

---

bringen, sondern auch ersetzen. Zum Beispiel: "Als die gefangenen Engländer aus der Festung Lüttich abzogen, streckten sie unseren Feldgrauen die Hände entgegen: wie der Fußballspieler nach vollendetem Match! Und waren sehr erstaunt, als man ihnen die gebührende Antwort gab: nämlich Fußtritte in einem gewissen Körperteil". [Anmerkung Josef Strasser]

[535] Jeremy Bentham (1748-1832); englischer Philosoph, Jurist und Sozialreformer. Bentham, einer der wichtigsten Sozialreformer Englands im 19. Jahrhundert und ein Vordenker des modernen Wohlfahrtsstaats, gilt als Begründer des klassischen Utilitarismus.

[536] *Vertragstheorien* begründen die staatliche Rechtsordnung moralisch und institutionell und verstehen den Staat von einer fiktiven *Rechtsvereinbarung* her. Thomas Hobbes (1588-1679) leitete den Gesellschaftsvertrag in seinem *Leviathan* aus dem Naturzustand des Kriegs aller gegen alle ab; aus der Vernunft heraus entsteht freiwillig ein Vertrag der Menschen untereinander, in dem sie sich verpflichten, ihre persönliche Freiheit zu beschränken und bestimmte Rechte auf einen Souverän zu übertragen. Die Vertragstheorie von John Locke (1632-1704) fußte darauf, dass die ursprüngliche Regellosigkeit auch zu Instabilität geführt habe. Die geringe Sicherheit des Lebens sei der Grund der Einigung auf ein Gewaltmonopol gewesen.

[537] Strasser zählt hier einige der bedeutendsten deutschen Aufklärer neben Immanuel Kant auf. Samuel Freiherr von Pufendorff (1631-1694), Natur- und Völkerrechtler, deutscher Staatsrechtler der frühen Aufklärung; Christian Thomasius (1655-1728), als deutscher Jurist und Philosoph Wegbereiter der frühen Aufklärung, trug durch sein Eintreten für eine humanere Strafordnung wesentlich zur Abschaffung der Hexenprozesse und der Folter bei; Christian Wolff (auch: Christian Wolf und: Christian von Wolff, 1679-1754), zählt zu den bedeutendsten Vertretern des Naturrechts.

[538] *Nachtwächterstaat* ist eine auf Lassalle zurückgehende polemische Bezeichnung für einen Staat, der im Sinne des wirtschaftsliberalen Staatsverständnisses nur den Schutz der persönlichen Freiheit und des Eigentums garantiert, sich aus dem Wirtschaftsleben aber weitestgehend heraushält – in Anspielung auf die Aufgabe eines Nachtwächters. Lassalle selbst forderte zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitenden, dass der Staat, statt passiv zu bleiben, die Selbsthilfeeinrichtun-

vom Staat, eben wegen dieser "Händlertheorie", bekämpft, erklärt Sombart einfach: "Es mag zugegeben werden, dass die Klasseninteressen der Bourgeois der staatsfeindlichen Philosophie am ehesten entgegenkommen; aber die beiden decken sich keineswegs. Es gibt auch Bourgeoisie mit einem stark ausgeprägten Staatsgefühl ... Anderseits gibt es auch antikapitalistische Bestrebungen in Hülle und Fülle, die aus eudämonistisch-individualistisch-manchesterlichem Geiste geboren sind."[539] Und Lassalle ist abgetan. Also weiter: "Die theoretische Stellung des Händlers zum Kriege ergibt sich ohne weiteres aus seinen Grundansichten: Sein Ideal muss der allgemeine 'ewige' Frieden sein." So drückt Sombart, um den englischen Geist verächtlich zu machen, die Tatsache aus, dass jede Kapitalistenklasse auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung und unter bestimmten äußeren Verhältnissen friedliebend ist. Und selbstverständlich erklärt er auch das eigenartige englische Heerwesen nicht aus den besonderen Verhältnissen Englands, sondern aus der englischen Händlergesinnung. Ein anderes Verfahren wäre ja angesichts des Zweckes, dem die patriotischen Besinnungen dienen sollen, sehr unbesonnen. Eine ganz unpatriotische Unbesonnenheit wäre es auch, anzuerkennen, dass sich England mit seiner Verfassung und Verwaltung neben anderen Staaten, sogar neben Deutschland, zur Not noch sehen lassen darf. Sombart erklärt "mit höflicher Bestimmtheit, dass wir selber am besten wissen, was für uns in politischer Beziehung taugt, und dass wir alles, was westlich von der deutschen Grenze an Verfassungen sich im Augenblick zu Tode rennt, als *höchst minderwertig* erachten". Auch die kulturellen Leistungen Englands imponieren Sombart nicht. Den fatalen Shakespeare freilich kann er nicht zur größeren Schande Englands expatriieren. Aber triumphierend fragt er: "Was ist denn, wenn wir von der Missgeburt des Staates und einer Hypertrophie des wirtschaftlichen Apparates[540] absehen, *in diesem Warenhaus England an Kulturwerten seit Shakespeare hervorgebracht worden?*" Byron und Shelley[541] braucht man nicht als Engländer gelten zu lassen, weil sie das Vaterland mit einem Fluch auf den Lippen verlassen haben. Andere bedeutende englische Schriftsteller waren – *erfreulicher Weise*, sagt Sombart – nicht nur keine Engländer, sondern sogar Iren, also "Anti-Engländer". Carlyle[542] hinwiederum wird man überhaupt nicht als einen englischen Geist ansprechen dürfen, da er von früh auf nur deutsche geistige Nahrung zu sich genommen hat. Die Maler Gainsborough und Reynolds[543] erledigt Sombart mit dem Ausdrucke "Süßigkeiten" usw. Und jene hervorragenden Engländer,

---

gen der Arbeiter/innen, wie zum Beispiel Produktionsgenossenschaften, durch Kapitalgewährung unterstützt.

[539] Eudämonismus: von altgriechisch ευδαιμονια *Glückseligkeit*; ethische Lehre, welche das Glück, das schöne Leben als Ziel allen Strebens betrachtet. *manchesterlich* ist eine Anspielung auf den Manchesterliberalismus, also jene kapitalistische Politik, die als wirtschaftlicher Liberalismus so weit wie möglich auf den Markt vertraut und den Staatseinfluss zurückdrängen möchte.

[540] Hypertrophie: Übermaß, übermäßige Größenzunahme

[541] George Gordon Noel Byron (1788-1824), britischer spätromantischer Dichter; Percy Bysshe Shelley (1792-1822), britischer romantischer Dichter. Strasser bezieht sich darauf, dass Byron am griechischen Freiheitskampf teilnahm und in Griechenland, Shelley in Italien starb.

[542] Thomas Carlyle (1795-1881); einflussreicher Essayist und Historiker. Strasser bezieht sich auf seine schottische Herkunft.

[543] Thomas Gainsborough (1727-1788) und Joshua Reynolds (1723-1792) gehören mit William Hogarth (1697-1764) zu den bedeutendsten englischen Malern des 18. Jahrhunderts.

die sich weder verkleinern noch entnationalisieren lassen, nennt er einfach überhaupt nicht. So kann er zusammenfassend erklären: "Kein geistiger Kulturwert kann aus Händlertum erwachsen. Nicht jetzt und nicht in alle Ewigkeit. Aber sie wollen auch keine geistige Kultur. Alle geistigen Werte bedrücken sie. Und deshalb haben sie aus ihrem innersten Wesen zwei Lebensformen geboren, die als Ersatz geistiger Werte dienen können, die aber durch ihre Verallgemeinerung auch dazu verhelfen, den letzten Rest geistigen Lebens aus dem Volke auszumerzen: Ich meine den Komfort und den Sport." In den letzten Zeilen seiner vierzig Seiten langen Anklageschrift gegen England erklärt Sombart dann noch, dass die Engländer "unseren Vorrat an technischem und ökonomischem Können in früherer Zeit wesentlich bereichert haben". Ein Angehöriger des deutschen Edelvolkes kann eben nicht ganz ungerecht sein, selbst wenn er sich's fest vorgenommen hat.

Gehen wir nach Deutschland. Dass der Deutsche ein lichter Helde ist, wissen wir bereits. Nun erfahren wir, dass er noch viel mehr ist. Nämlich in jedem Deutschen steckt ein Sombart: "Vielleicht ist das einzige, was man an allem deutschen Wesen wiederfindet, das ewig Wechselnde, das immer Anderssein." Ein weiteres Kennzeichen deutschen Denkens und deutschen Empfindens ist "die einmütige Ablehnung alles dessen, was auch nur von fern englischem oder insgesamt westeuropäischem Denken und Empfinden nahekommt". Also vor allem die Verwerfung des Händlerischen, die Unterordnung des Individuums unter ein "Überindividuelles", die Heilighaltung der Pflicht. Der Deutsche betrachtet das Leben als eine Aufgabe, das heißt, als etwas, das ihm aufgegeben ist und worin er sich aufgibt. "Also ist Lebensüberwindung, Lebensaufgabe das, was wir vollbringen sollen." Darum "heißt deutsch sein ein Held sein". Da aber "kein Heldentum ohne Vaterland", so "mündet die heldische Auffassung des Lebens unmittelbar und mit Notwendigkeit in eine vaterländische Gesinnung ein". Deutschland, Deutschland über alles, ist somit das eigentliche Heldenprogramm. Was aber ist Deutschland? Die deutsche Staatsidee, nämlich die Idee: "der Staat sei weder von Individuen begründet oder gebildet, sei kein Aggregat von Individuen, noch habe er den Zweck, irgendwelche Interessen von Individuen zu fördern. Vielmehr sei der Staat die zur Einheit zusammengefasste Volksgemeinschaft, sei er die bewusste Organisation eines Überindividuellen, dem die einzelnen Individuen als Teile zugehören". Da man diese Staatsauffassung "häufig als reaktionär brandmarkt", so beruft sich Sombart für sie nicht nur auf Adam Müller und Novalis,[544] sondern auch auf die Sozialisten Lassalle und Fichte![545] Nach dieser Leistung fährt er wohlgemut fort: "Diese Staatsauffassung *lehnt in folgerichtiger Durchführung ebenso die schematische, rein quantitative Gleichbewertung der Individuen ab* und stellt als Ideal hin, die einzelnen nach ihren Fähigkeiten und Leistungen verschiedenen Individuen in einer im Erfolge für das Ganze nutzbringenden Weise zur Entfaltung ihres Wesens kommen zu lassen."

---

[544] Adam Heinrich Müller (geadelt als Ritter von Nitterdorf; 1779-1829), gehörte als deutscher Philosoph, Staatstheoretiker und Diplomat dem Wiener Romantikerkreis an; Novalis (eigentlich Georg Philipp Friedrich Freiherr von Hardenberg, 1772-1801), deutscher Jurist, Schriftsteller der frühen Romantik und Bergbauingenieur.

[545] Johann Gottlieb Fichte (1762-1814); deutscher Erzieher und Philosoph. Er gilt neben Friedrich Wilhelm Joseph von Schelling (1775-1854) und Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831) als wichtigster Vertreter des Deutschen Idealismus.

Das heißt in ein ehrliches Deutsch übersetzt: Der berühmte schlichte Mann aus der Werkstatt braucht das gleiche Wahlrecht und andere demokratische Faxen nicht.

Zensur!

Zensur!

Denn es "fordert die Natur jeden Staat unaufhörlich dazu auf, sich als ein lebendiges Wesen geltend zu machen, sich beständig mit anderen Staaten zu vergleichen und zu messen. Zur Betätigung eines Lebendigen gehört aber vor allem auch seine organische Ausweitung". Also "bildet der Völkerkrieg eine unvermeidliche Begleiterscheinung alles Staatslebens, so lange es ein Leben ist". Der Held muss darum ein Krieger sein. Und *der deutsche Militarismus ist nichts anderes, kann nichts anderes sein, als der deutsche Geist "in seiner lebendigen Betätigung*, in seiner Ausgestaltung zu äußeren Lebensformen. Militarismus ist die Sichtbarwerdung deutschen Heldentums. Militarismus ist die Verwirklichung heldischer Grundsätze, insonderheit soweit es sich um Vorbereitung und Durchführung von Kriegen handelt. Militarismus ist der zum kriegerischen Geist hinaufgesteigerte heldische Geist. *Er ist Potsdam und Weimar in höchster Vereinigung*.[546] *Er ist 'Faust' und 'Zarathustra'*[547] *und Beethoven-Partitur* in den Schützengräben. Denn auch die *'Eroika'- und die 'Egmont'-Ouvertüre*[548] *sind doch wohl echtester Militarismus*." Und den Weltkrieg kann man ebenso gut wie den Krieg Nietzsches, auch den Krieg Friedrich des Großen oder Goethes oder Schillers oder Beethovens oder Fichtes oder Hegels oder Bismarcks nennen. Im Einzelnen wird man unter Militarismus verstehen müssen "das, was man den Primat der militärischen Interessen im Lande nennen kann". "Das zweite Merkmal des Militarismus ist die Hochhaltung und Pflege aller kriegerischen Tugenden; vor allem der beiden Grundtugenden des Kriegers: der Tapferkeit und des *Gehorsams*: der wahren Tugenden des freien Mannes." Endlich das Schönste, das Erhabenste am Militarismus ist, dass er den Krieg will: "Der Krieg, der die *Vollendung der heldischen Weltanschauung* bildet, der aus ihr herauswächst, ist *notwendig*, damit diese heldische Weltanschauung selber nicht den Mächten des Bösen, nicht dem kriechenden Händlergeist zum Raub werde." Dieser Meinung waren alle großen deutschen Männer, die Weimarer genau so wie die

---

[546] Die Einheit von Weimar und Potsdam ist einer von den wesentlichsten "Gedanken" der patriotischen Besinnungen. Potsdam und Weimar sind "zusammen recht eigentlich des deutschen Geistes Heimstätten". Alle Weimaraner, alle deutschen Dichter und Denker sind gute Potsdamer gewesen. Es bedeutet "eine Herabwürdigung eines Dichters, ihm pazifistische Gefühle unterzulegen". Zwischen Potsdam und Weimar bestehen geradezu mystische Zusammenhänge : "Beachtenswert: die Ähnlichkeit der Väter unseres größten Weimarers und unseres größten Potsdamers." [Anmerkung Josef Strasser]. Mit unserem *größten Weimarer* weist Strasser ironisch auf Goethe hin, mit dem *größten Potsdamer* auf Friedrich II.

[547] *Also sprach Zarathustra* (Untertitel *Ein Buch für Alle und Keinen*, 1883–1885), dichterisch-philosophisches Werk von Friedrich Nietzsche, das meist als sein Hauptwerk angesehen wird.

[548] Werke von Ludwig van Beethoven **(**1770-1827). Die *Eroica* trug ursprünglich den Titel *Sinfonia grande, intitolata Bonaparte* (benannt nach Napoleon). Nachdem Beethoven erfahren hatte, dass Napoleon sich am 18. Mai 1804 zum französischen Kaiser gekrönt hatte, radierte er in großer Wut den Namen aus dem Titelblatt. In der Schauspielmusik zu Goethes Trauerspiel *Egmont* mit der besonders bekannten *Egmont-Ouvertüre* wird der Aufstand der Niederlande gegen Spanien geschildert. Dabei wird Egmont, Anführer der Niederlande, zum Tode verurteilt. Am Ende wird er gefangen und hingerichtet.

Potsdamer. "Die traurige Schrift des alten Kant über den 'Ewigen Frieden', in der nicht der große Philosoph, sondern nur der über den Tod Lampes vergrämte, gnittrige und verärgerte Partikulier Kant aus Königsberg zu Worte kommt,[549] bildet die einzige unrühmliche Ausnahme." Weil eben "*deutsch empfinden und deutsch denken den Krieg segnen heißt*". Natürlich nur (es ist immer gut, sich ein Hintertürchen offen zu halten) "den wahrhaftigen Krieg, wie Fichte ihn nannte: den Krieg, der das gesamte Volk bewegt und vom gesamten Volk getragen wird und der geführt wird für die Erhaltung des Staates". Vielleicht beweist uns Sombart gelegentlich auch noch, dass Fichte der erste deutsche Imperialist war.

Vorläufig hat er freilich andere Sorgen. Er kann sich und, was schlimmer ist, seinen Lesern nicht verhehlen, dass "die händlerische Kultur vor dem Krieg drauf und dran war, die Welt zu erobern", und dass "die englische Krankheit" insbesondere auch schon den deutschen Volkskörper befallen hatte. Wohl oder übel muss er feststellen, dass es in Deutschland nicht ganz heldisch, sondern auch ein bisschen händlerisch zuging. Wie tut er das? Hält er eine Philippika[550] gegen den deutschen "Händlergeist", das heißt gegen brutale Profitwut und charakterloses Strebertum? Ach nein, er wettert gegen – *Komfort und Sport*. Denn "in Wirklichkeit, haben wir schon feststellen können, verfügt die neuenglische 'Kultur' (von Wirtschaft und Technik, die heutigen Tags internationales Gepräge tragen, abgesehen) überhaupt nur über zwei Güter, die sich als englisches Originalerzeugnis darstellen, und *nur um die Übernahme dieser beiden handelte es sich*: Komfort und Sport waren zu uns herübergekommen". Das deutsche Volk braucht sich also nur vom Komfortismus und Sportismus zu befreien, um wieder ganz auf der Höhe des heldischen Idealismus zu stehen. Aber wie soll es sich dieser beiden Todfeinde erwehren? Die bisherigen Abwehrversuche sind gescheitert. So die ethische Bewegung. So auch der Sozialismus. Ja, der ganz besonders. Denn erstens ist sein Ideal ein Zukunftsideal, und die Deutschen sind solche Idealisten, dass sie ein kurzfristiges Ideal haben müssen. Zweitens ist das eigentliche sozialistische Ideal "nichts weniger als erhaben", vielmehr verfügt der Sozialismus nur über "echte und rechte Händlerideale". Und endlich ist die sozialistische Bewegung ganz versumpft, "völlig mit händlerischem Geist angefüllt". Kurz, es war, wie wir bereits wissen, vor dem Krieg zum Verzweifeln. "Da ereignete sich das Wunder. Der Krieg kam." Und mit ihm der seelische Aufschwung. "Hat sich nun aber die Flamme der Vaterlandsliebe erst in die Herzen eingebrannt und hat der Staatsidealismus die Köpfe erleuchtet, so hat das Leben wieder Sinn bekommen." Es ist alles wieder gut. Wir wissen wieder, was wir sollen. Wir brauchen "breithüftige Frauen, um tüchtige Krieger zu gebären, starkknochige, sehnige, ausdauernde, mutige Männer, damit sie tauglich zu Kriegern seien". (Sombart zitiert fortwährend Nietzschesche Gedanken und Redensarten. Nur gerade das für sein Thema sehr wichtige Wort "gut deutsch sein, heißt sich entdeut-

---

[549] gemeint ist Immanuel Kants Altersschrift *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf* (1795); gehört zu seinen bekanntesten Werken. Martin Lampe (1734-1806); langjähriger Diener Immanuel Kants, dem unter anderem von Heinrich Heine nicht unerheblichen Einfluss auf Leben und Philosophie Kants zugeschrieben wird. Ein *Partikulier* ist eigentlich ein selbständiger Schiffseigentümer. Im übertragenen Sinn soviel wie Rentier oder Privatier, ein einzeln ohne Beruf oder Amt lebender Mann, der über ausreichende Einkünfte aus seinem Vermögen verfügte.

[550] Philippika: Angriffs-, Brand- oder Kampfrede

schen"[551] beschweigt er hartnäckig.) Zweitens tut uns not: "keine allzu starke Begünstigung der spezifisch englischen Spiele Tennis, Fußball, Cricket, die recht eigentlich Händlersport sind, weil ihnen die kriegerische Spitze abgebrochen ist". Wir wollen doch den Weltkrieg nicht umsonst geführt haben! Drittens brauchen wir, natürlich, "*in großer Menge, um der Notdurft des Lebens willen und auch, damit das deutsche Wesen in Wirtschaft und Technik reich zur Entfaltung komme, praktische und zu nützlicher Verrichtung im Leben geeignete junge Leute*". Doch wollen wir ihnen, damit sie nicht Händler werden, "ein Stück Heldentum mit auf den Weg geben". Und im übrigen soll, "*soweit es irgend die Notdurft des Lebens erlaubt*, unsere Erziehung erdenfreie Menschen heranbilden, die in der Welt der Ideale besser zu Hause sind, wie in den Gassen der großen Stadt". Die Politik muss "sich aus den Niederungen des kleinlichen Interessenstreites und der haarspalterischen Prinzipienreiterei erheben". Das ist ja ganz leicht: "Nicht von den Ansprüchen einzelner Gruppen oder Klassen der Bevölkerung, nicht von den Rechten der Individuen, nicht von den Interessen der Kaufleute oder der Gutsbesitzer, der Produzenten oder der Konsumenten, der Unternehmer oder der Arbeiter sollte je die Rede sein, in den Forderungen der Parteien, sondern immer nur von der *Salus rei publicae*, vom Interesse des Reiches (Staates), vom Gemeinwohl." "Die Grundzüge aller deutschen Politik liegen gewiss auch für die Zukunft fest; ein *stahlgepanzerter, mächtiger Staat* und in seinem Schutz ein freies, tüchtiges Volk sind das Ideal." "Und dass jeder einzelne *im Verhältnis seiner Kräfte und Fähigkeiten* an der Verwaltung des Gemeinwesens Anteil nehme." "Alle wirtschaftliche Tätigkeit wird verrichtet, damit der Organismus der deutschen Volkswirtschaft gedeihe; die deutsche Volkswirtschaft aber ist dazu da, dem Staat zu dienen." "Und nun möge auch die Technik ihren Eroberungszug ruhig fortsetzen: nun bangen wir uns nicht mehr. *Jetzt wissen wir: wozu. Die 42-Zentimeter-Mörser, die feldgrauen Uniformen, die bombenwerfenden und auskundschaftenden Flugapparate haben uns wieder einen Sinn des technischen Fortschritts offenbar gemacht.*" "*Es ist zu wünschen*, dass unser geistiges Leben, unsere Wissenschaft und unsere Kunst ebenfalls an diesem Segen, den die vaterländische Idee verbreitet hat, teilhabe. Möchten aller Snobismus, alle Ausländerei, alle *l'art pour l'art*-Faxerei,[552] alle Geistreichelei, alle literarische Blasiertheit, alles kalte Können (Sombart gibt da eine prächtige Charakterisierung des Sombartismus) von dem Sturmwind, der unser Land durchbraust, mit fortgefegt werden. Und möchte vor allem drei Viertel unserer 'Intellektuellen', vor allem unserer 'Schaffenden' bei dieser Gelegenheit gleich der Teufel holen. Damit wir etwas weniger 'Geist' in Zukunft um uns herum verspüren und dafür ... 'mehr Haltung' bekommen." Und möge das deutsche Volk umrungen von Gefahr leben. "Aber nur eine Gefahr gibt es, die eine Gemeingefahr ist: das ist die Bedrohung des Vaterlandes durch auswärtige Feinde. *Sie also gehört notwendig zu dem Idealbild*, das wir uns von dem zukünftigen deutschen Volk machen." Internationalismus? Wir brauchen ihn nicht, wenn wir stark sind. "*Oderint, dum metuant.*" (Mögen sie uns hassen, wenn sie uns nur fürchten.)[553]

---

[551] Das Zitat findet sich in: Friedrich Nietzsche: Menschliches, Allzumenschliches II. Ein Buch für freie Geister (1879) in §323.

[552] L'art pour l'art: wörtlich "die Kunst für die Kunst", sinngemäß "die Kunst um der Kunst willen".

[553] Aus einer römischen Tragödie, zitiert bei Cicero. Ausspruch Bismarcks über das preußisch-französische Verhältnis.

Im übrigen können wir ja auf dem wirtschaftlichen Gebiet den Internationalismus "immer in dem Maße haben, als wir seiner bedürfen; denn hier entscheidet das rein geschäftliche Interesse, das ja bei unserem ärgsten Feinde das einzige ist". Da aber alle internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein notwendiges Übel sind, wird unsere Volkswirtschaftspolitik nach dem Krieg Mittel und Wege finden müssen, auf denen wir zu einer möglichst großen wirtschaftlichen Autonomie Deutschlands gelangen. Der Rechtsinternationalismus "hat zweifellos viel Gutes geleistet und mag in Zukunft sich ungestört weiterentwickeln". Vom politischen Internationalismus wird sich nun hoffentlich auch die deutsche Arbeiterschaft freimachen usw. usw. "*Wir müssen auch die letzten Reste des alten Ideals einer fortschreitenden 'Menschheits'-Entwicklung aus unserer Seele austilgen* ... In jedem Volke wirkt eine bestimmte Lebenskraft, die nach Entfaltung strebt und die Eigenart *dieses* Volkes in seiner Geschichte verwirklicht ... Die Idee der Menschheit, also die Humanitätsidee, in ihrem tiefsten Sinn kann nicht anders verstanden werden als dahin: dass sie in einzelnen Edelvölkern zu ihrer höchsten und reichsten Auswirkung gelangt. Das sind dann jeweils die Vertreter des Gottesgedankens auf Erden: das sind die auserwählten Völker. Das waren die Griechen, das waren die Juden. Und *das auserwählte Volk dieser Jahrhunderte ist das deutsche Volk.*" "Aber dass Adel verpflichtet, gilt auch hier. ... Wir müssen uns vor allem in der Welt als ein starkes Volk erhalten. Nicht auf Eroberung der Welt ziehen wir aus. Habt keine Angst, ihr lieben Nachbarn, verschlingen werden wir euch nicht. Was sollen wir mit diesen unverdaulichen Bissen im Magen? Wir Deutsche werden ... immer schlechte Kolonisatoren bleiben ... Und wenn es notwendig ist, dass wir unseren Länderbesitz ausweiten, damit der größere Volkskörper Raum bekomme sich zu entfalten, *so werden wir so viel Land an uns nehmen, als uns notwendig erscheint.* Wir werden auch unseren Fuß dorthin setzen, wo es uns aus *strategischen Gründen* wichtig dünkt, um unsere unantastbare Stärke zu erhalten: werden also, wenn es unserer Machtstellung auf der Erde frommt, *Flottenstationen* anlegen etwa *in Dover, in Malta, in Suez*. Weiter nichts. 'Expandieren' wollen wir uns ganz und gar nicht. Denn wir haben Wichtigeres zu tun. Wir haben unser eigenes geistiges Wesen zu entfalten, haben die deutsche Seele rein zu erhalten, haben achtzugeben, dass der Feind, der Händlergeist, nirgends in unsere Sinnesart eindringe."

Das also ist der neueste Sombart. Der Mann hat sich gewaltig verändert. Ein großer Herr, einer, der den Ton angibt, wollte er einmal werden, und heute ist er ein Schreibknecht der herrschenden Tagesmeinung. Ein König der Wissenschaft, der reinen, voraussetzungs- und tendenzlosen Wissenschaft hoffte er zu werden, und heute macht er, wie der letzte Klopffechter, im Dienste der unsaubersten Tendenzen die unsaubersten Voraussetzungen. Er hat mit Sozialismus und Demokratie geliebäugelt und redet jetzt der schäbigsten Reaktion das Wort. Er ist ein "guter Europäer" gewesen, der Westen war ihm, was den Juden das gelobte Land, und nun spielt er sich auf den waldursprünglichen Deutschtümler hinaus. Er war ein Mensch von Verstand und Geist und redet jetzt ungescheut das hirnrissigste Zeug zusammen. Der Mann, der einmal so viel von sich und auf sich hielt, leistet auf alle Selbstachtung Verzicht. Es macht ihm förmlich ein Vergnügen, sich durch ausgeklügelte Albernheit und Ordinärheit selbst zu erniedrigen. Beim Lesen seiner patriotischen Besinnungen hat gewiss mancher Leser ausgerufen: Tiefer geht's nimmer. Aber das ist ein Irrtum. Sombart hat noch eine große

Zukunft unter sich. Die feldgraue Theorie wird nicht seine letzte sein. Denn, das darf man nicht vergessen, die Grundfarbe seiner Theorie ist überhaupt nicht Grau, sondern Changeant.[554]

300 Von der grauen Theorie zur feldgrauen

„Der" Engländer ist durch und durch schlecht, weil durch und durch Händler. Händler sogar, wenn er Philosophie treibt! Die englischen Philosophen sind „alle recht gute, zum Teil vorzügliche — Nationalökonomen gewesen", und das ist doch wohl (Sombart, der selbst ein recht guter, zum Teil vorzüglicher Nationalökonom gewesen ist, muss es wissen) ein schlagender Beweis händlerischer Gesinnung. Dazu kommt die „Ausrichtung alles englischen Denkens auf praktische Zwecke", eine „ausgeprägte Neigung für körperliches Behagen, für materielles Wohlsein, für Komfort", ein „ausgesprochen starker Erwerbstrieb", also lauter Dinge, die im modernen Deutschland immer unbekannter werden, und ein „Dünkel", **Zensur!**

Zensur!

Und erst die englische Ethik und Staatslehre! „Der infamste[1] Spruch, den je eine Händlerseele hat aussprechen können: Handle gut, damit es dir wohlergehe und du lange lebest auf Erden, ist der Leitspruch aller Lehren der englischen Ethik geworden". Hier hätte Sombart, aus Gründen der historischen Gerechtigkeit, doch darauf hinweisen sollen, dass sich, wie das vierte Gebot klärlich zeigt, auch die jüdische und die christliche Religion von den Einflüssen des „Händlergeistes" nicht ganz freizuhalten vermocht haben; zwar könnte das die Engländer nicht entschuldigen, es würde ihnen aber immerhin als mildender Umstand zustatten kommen. Aber weiter: „Das ‚Glück' ist (in England, versteht sich) oberstes Ziel des menschlichen Strebens. ‚Das grösste Glück der grössten Anzahl', so hat Jeremias Bentham dieses hundsgemeine ‚Ideal' für ewige Zeiten in Worte geprägt." „In diesen Niederungen der sozialen Gegenseitigkeitsethik werden auch die Vorstellungen des Händlers von ‚Gerechtigkeit' und ‚Freiheit' geboren." Sombart verweilt nicht lange in diesen Niederungen, denn „was weiss der Engländer von Freiheit!" **Zensur!**

Auch die Vertragstheorie der englischen Staatslehre behandelt Sombart mit der grössten Verachtung. Zwar haben sich zu dieser Händlertheorie auch Angehörige des deutschen Heldenvolkes, hervorragende Männer und ganze Parteien, bekannt. Aber Sombart weiss sich zu helfen: „Es hiesse denn doch, das Gedächtnis der Pufendorff, Thomasius, Wolf, Kant entweihen, wollten wir sie, weil sie der herrschenden Mode der Vertragstheorie huldigten, mit den Krämerseelen gleichsetzen, die den Staat in ihren Theorien in ein allgemeines Handelsgeschäft aufzulösen beflissen waren." Und gegen Lassalle, der den deutschen Liberalismus wegen seiner „Nachtwächteridee" vom Staat, eben wegen

Artikel *Von der grauen Theorie zur feldgrauen* mit Zensurstellen

[554] Changeant: Gewebe, das bei Lichteinfall in verschiedenen Farben schillert.

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE MONATSSCHRIFT

JAHRGANG 8 SEPTEMBER 1915 NUMMER 9

An unsere Leser!

In dieser Nummer des „Kampf" wurden von der Zensur folgende **drei Artikel vollständig unterdrückt.**

Rudolf Hilferding: Machtpolitik oder Demokratie.

Friedrich Adler: Die Wandlungen in der auswärtigen Politik der französischen Sozialisten.

Josef Strasser: Der deutsche Professor auf dem Kriegspfad.

Die Beschlagnahme erstreckt sich auf **18½ Seiten.** Um den Lesern des „Kampf" in diesem Monat wenigstens ein Lebenszeichen der Zeitschrift zusenden zu können, lassen wir die Ausgabe in dem stark reduzierten Umfang erscheinen.

Die Redaktion und Verwaltung „Der Kampf".

Adolf Braun (Nürnberg): Kriegspsychologie und Gewerkschaften

Ein gewaltiges, die ganze Menschheit erschütterndes Ereignis, wie es der Weltkrieg ist, wird der Gegenstand vieler und mannigfaltiger Untersuchungen sein. Wir wissen, dass im Verlauf des Russisch-Japanischen Krieges viele Geistesstörungen ausbrachen und als Nachwirkungen festgestellt wurden. Der gegenwärtige Krieg dauert weit länger als der Russlands mit Japan, er hat infolge der grossartigen Entwicklung der Kriegstechnik nicht nur zu Lande und zu Wasser, sondern auch unter dem Wasser und über dem Lande gewaltige Erschütterungen der Umwelt aller im Kriegsbereich stehenden Menschen zur Folge gehabt. Aus den Betrachtungen angesehener Nervenärzte kann man aber heute schliessen, dass die europäische Menschheit diesen Krieg viel nervenstärker durchlebt, ja aktiv an ihm mitgewirkt hat, als man das von ihr annehmen konnte. Ein alter, sehr erfahrener Physikus sagte mir, dass er niemals vermutet hätte, dass die deutschen Soldaten die körperliche und seelische Ausdauer besitzen würden, die sie während des Krieges bewiesen haben, dass er aber noch weit weniger das gleiche von den Franzosen als Arzt erwartet hätte. Wir werden glücklich sein, wenn sich diese günstigen Wirkungen auch am Ende dieses unabsehbaren Krieges feststellen lassen werden.

Nehmen wir also an, dass die Tätigkeit der Psychiater infolge dieses Krieges nicht aussergewöhnlich ausgedehnt war, so werden sehr viele Gelegenheit zu neuen Forschungen erhalten die Psychologen, das heisst die Beobachter des Seelenlebens der Menschen, wie man früher sagte oder, wie Natorp sie bezeichnet, die Beobachter des Inhalts des menschlichen Bewusstseins, vor allem hinsichtlich seiner mannigfachen Verbindungen. Eisler sagt in seiner Geschichte der Wissenschaften von der Psychologie der neuesten Zeit, sie betrachtet wesentlich das seelische Leben in seiner Bedeutung als Moment des Weltprozesses, aus dessen Gesetzlichkeit sie es zu begreifen, abzuleiten sucht. Wenn der Weltprozess aus seiner Ruhe gebracht ist, und das ist

Zum ewigen Burgfrieden
(1915)[555]

Der liebe Gott hat sehr verschiedene Kostgänger: Es gibt also nicht nur, was durchaus verständlich ist, im bürgerlichen, sondern auch im sozialdemokratischen Lager Leute, denen die Weltkriegsidylle des Burgfriedens so außerordentlich wohl gefällt, dass sie von ihr möglichst viel in die Zeit nach dem Krieg hinüberretten möchten. Diesem innigen Wunsch nach dem stillen Glück eines ins Unendliche verlängerten Burgfriedens verdanken wir das im Verlag von S. Hirzel in Leipzig erschienene Buch: *Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland*.[556] Es enthält je einen Aufsatz von zehn Sozialdemokraten und zehn Bürgerlichen. Über den Zweck des Buches sagen die Herausgeber – Dr. Friedrich *Thimme*,[557] Bibliotheksdirektor des preußischen Herrenhauses, und Karl *Legien*,[558] Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion – folgendes:

> Immer wieder ist in dieser Zeit der Wunsch ausgesprochen worden, dass es gelingen möge, die *Einheit* und *Einigkeit des ganzen deutschen Volkes*, die sich im Weltensturm so herrlich offenbart hat, aus der Kriegszeit *hinüberzuretten* in die Zeit des künftigen Friedens. Aber auch der *Zweifel* ist laut geworden, ob eine solche fortdauernde Einheit des Volkstums bei den vielfachen wirtschaftlichen und sozialen Gegensätzen, den Unterschieden der Klassen und Parteien, vor allem auch der *tiefen Kluft zwischen den bürgerlichen Klassen und der Sozialdemokratie* überhaupt möglich sei. Über Hoffnung und Zweifel wird letzten Endes erst die Zukunft entscheiden können. Aber nichts kann wichtiger sein, als sich heute schon *über die Möglichkeit und die Bedingungen einer geistigen Arbeitsgemeinschaft zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Geisteswelt* klar zu werden. Dieser Erkenntnis verdankt die vorliegende Schrift ihre Entstehung.

Geistige Arbeitsgemeinschaft. Hm. Warum geistig? Dass keine körperliche Arbeitsgemeinschaft gemeint sein kann, versteht sich von selbst. Warum steht also das Wort geistig da? Offenbar als Gegensatz von praktisch, politisch. Das ist eine starke Einschränkung der Arbeitsgemeinschaft. Aber auch eine ziemlich unverständliche. In dem Sammelwerk ist nämlich nur von sehr praktischen, sehr politischen Dingen die Rede. Wir stehen also vor einer hochpolitisch-nichtpolitischen Arbeitsgemeinschaft. Eine

---

[555] Strasser, Josef: Zum ewigen Burgfrieden. – in: Der Kampf, Jg. 8, Nr. 9, September 1915, S.342ff.
[556] Thimme, Friedrich und Legien, Carl (Hrg.): Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. – Leipzig 1915
[557] Friedrich Wilhelm Karl Thimme (1868-1938); bürgerlicher deutscher Historiker und politisch einflussreicher Publizist.
[558] Carl Rudolf Legien (1861-1920); deutscher Gewerkschaftsfunktionär, ab 1913 Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Seine politische Einstellung wird in Wikipedia treffend umschrieben: "Es gelang ihm, den Gewerkschaftsbund von radikalen sozialistischen und kommunistischen Gruppen frei zu halten." – http://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Legien

verzwickte Sache. Sie wird noch verwickelter, wenn wir sie weiter untersuchen. Jede Arbeitsgemeinschaft setzt eine Zielgemeinschaft voraus. Eine politische Arbeitsgemeinschaft also, auch wenn sie nichtpolitisch ist, ein gemeinsames politisches Ziel. Haben die Zwanzig so etwas? Können sie es haben? Die Vorrede spricht von der Einheit und Einigkeit des ganzen deutschen Volkes, und auch an vielen anderen Stellen des Buches geschieht ihrer lobende Erwähnung. Aber vorläufig ist diese gerühmte Einheit und Einigkeit des ganzen deutschen Volkes ein Wort, bei dem sich jeder etwas anderes denkt – um von jenen Dickköpfen ganz abzusehen, die sich gar nichts dabei denken können. Eigentlich besteht also die Aufgabe der Zwanzig darin, sich darüber zu einigen, was unter der besagten deutschen Einheit und Einigkeit zu verstehen ist, und dann diesen Begriff, scharf umschrieben, zur Diskussion zu stellen. Aber sie gehen, offenbar um sich unnütze Streitigkeiten zu ersparen, an dieser Aufgabe vorbei, so dass wir eine Arbeitsgemeinschaft ohne Zielgemeinschaft vor uns haben, also etwas ganz Unmögliches. Auch sonst hat die geistige Arbeitsgemeinschaft der Zwanzig ihre Merkwürdigkeiten. Jeder lehnt die Verantwortung für seine neunzehn Arbeitsgenossen ausdrücklich ab. Ja es weiß auch keiner, was die ändern wollen und tun.

Dennoch haben die Zwanzig von ihrer Arbeitsgemeinschaft eine sehr hohe Meinung. "Von beiden Seiten", sagt die Vorrede, "ist man bemüht gewesen, ein *klassisches Beispiel* dafür aufzustellen, wie solche Probleme (nämlich: die Probleme der künftigen Stellung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland) nach den Erfahrungen und Lehren des Krieges in der Zukunft von einzelnen wie von ganzen Parteien behandelt werden sollten." Natürlich entpuppen sich die zwanzig Klassiker als mehr oder weniger schwere Romantiker. Aber davon später. Hier sei nur noch erwähnt, dass die Herausgeber glauben, sie hätten "darauf gehalten, dass die Polemik gegen andere Parteien oder einzelne Personen möglichst vermieden ist." Das ist nicht ganz richtig. Vermieden ist in dem Buch im allgemeinen nur die Polemik gegen die bürgerlichen Parteien und einzelne Bürgerliche. Dagegen fehlt es nicht an recht lebhaften Polemiken gegen Marx und den Marxismus. Ja, der Sozialdemokrat Heinemann[559] findet es nicht unpassend, zur höheren Ehre der Arbeitsgemeinschaft gegen die radikalen Sozialdemokraten loszugehen, und zwar ganz in der von Heine[560] so treffend charakterisierten Spießbürgerart:

> Ausländer, Fremde sind es meist,
> Die unter uns gesät den Geist
> Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
> Gottlob! sind selten Landeskinder.[561]

---

[559] Hugo Heinemann (1863-1919); rechter Sozialdemokrat, Rechtsanwalt und einflussreicher Rechtsberater für die Freien Gewerkschaften des Deutschen Reiches. Einer der ersten deutschen Sozialdemokraten, die in Regierungsverantwortung eintraten – seit November 1918 stellvertretender preußischer Justizminister und Unterstaatssekretär.

[560] Christian Johann Heinrich Heine (eigentlich: Harry Heine, 1797-1856); einer der bedeutendsten deutschen Dichter ("*letzter Dichter der Romantik*"), kritischer, politisch engagierter Journalist und Satiriker, freundschaftliche Beziehungen mit Marx und Engels.

[561] Heine, Heinrich: Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen. Nachgelassene Gedichte 1853/1954. – http://www.staff.uni-mainz.de/pommeren/Gedichte/HeineNachlese/kraehw.htm

Natürlich können die Herausgeber unter solchen Umstanden die Behauptung wagen: "Im ganzen ergibt doch ... die zum ersten Mal in solchem Umfang versuchte Arbeitsgemeinschaft zwischen bürgerlichen und sozialistischen Schriftstellern ein solches Maß gegenseitigen Verständnisses, bei aller natürlichen Verschiedenheit der Auffassungen, dass die Hoffnungen auf ein gemeinsames, gedeihliches Zusammenwirken im und am neuen Deutschland nur neu belebt werden können." Das gegenseitige Verständnis scheint ihnen sogar so weit gediehen zu sein, dass sie es für notwendig halten, ausdrücklich festzustellen, wer von den Zwanzig Sozialdemokrat, wer Bürgerlicher ist. Diese Orientierungstafel wird hoffentlich unliebsame Verwechslungen und Missverständnisse hintanhalten.

* *
*

Auf die Aufsätze der zehn Sozialdemokraten – Gustav *Noske*,[562] August *Winnig*,[563] Philipp *Scheidemann*,[564] Paul *Hirsch*,[565] Karl *Legien*, Dr. Hugo *Heinemann*, Dr. Paul *Lensch*,[566] Robert *Schmidt*,[567] Paul *Umbreit*[568] und Heinrich *Schulz*[569] – im einzelnen

[562] Gustav Noske (1868-1946); Vertreter des rechten SPD-Flügels und erster sozialdemokratischer Minister mit Zuständigkeit für das Militär in der deutschen Geschichte. Gustav Noske wurde bekannt durch seine reaktionäre Rolle in der Novemberrevolution 1918.
[563] August Winnig (1878-1956); deutscher Gewerkschafter und Sozialdemokrat; entwickelte sich über die Burgfriedenspolitik des Ersten Weltkriegs und konterrevolutionäres Engagement nach der Novemberrevolution zum Nationalisten und Antisemiten, um bei einer konservativen, christlichen Grundhaltung zu landen – 1945 Mitbegründer der CDU.
[564] Philipp Heinrich Scheidemann (1865-1939); deutscher Sozialdemokrat, Nach dem Tod von August Bebel (1913) übernahm Scheidemann gemeinsam mit Hugo Haase (1863-1919) den Vorsitz der SPD-Fraktion. Er unterstützte die Bewilligung der Kriegskredite im Ersten Weltkrieg, wandte sich aber gegen die Propaganda für einen Siegfrieden und trat für einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen ein.
[565] Paul Hirsch (1868-1940); deutscher Sozialdemokrat. Ministerpräsident des Freistaates Preußen von 1918 bis 1920.
[566] Paul Lensch (1873-1926); deutscher Sozialdemokrat, Journalist und Professor für Nationalökonomie. Als SPD-Reichstagsabgeordneter war er im August 1914 zunächst Gegner der Bewilligung der Kriegskredite. Ab 1915 versuchte er aber, die Haltung der Parteimehrheit zum Thema Kriegskredite marxistisch zu begründen und entwickelte die Theorie des *Kriegssozialismus* für die rechte Mehrheits-SPD. November 1918 wurde Lensch wichtiger Kontaktmann zur militärischen Führung. 1922 trat Lensch aus der SPD aus und wurde ein dem rechtskonservativen Lager nahestehender Gegner der Sozialdemokratie.
[567] Robert Schmidt (1864-1943); deutscher Sozialdemokrat und Gewerkschafter. In der Weimarer Republik Ernährungsminister, Wirtschaftsminister, Minister für Wiederaufbau und Vizekanzler.
[568] Paul Umbreit (1868-1932); deutscher Gewerkschaftsfunktionär und Wortführer des rechten Flügels der Sozialdemokratie. Er leitete das Zentralorgan der Freien Gewerkschaften, das *Correspondenzblatt*, und später die Gewerkschaftszeitung. Während des Ersten Weltkrieges auf Seiten der Befürworter von Burgfrieden und Kriegskrediten. Für ein hartes Vorgehen gegen die kriegskritischen Kräfte in der SPD. Er sah die Rolle der Gewerkschaften während des Krieges als staatserhaltende Organisation.

hier einzugehen ist nicht notwendig. Die Anschauungen, zu denen sich die Zehn bekennen, sind allgemein bekannt und in diesen Blättern auch schon des Öfteren kritisch untersucht worden. Wir können uns also auf ein paar allgemeine Bemerkungen beschränken.

In jenen Kreisen unserer Partei, denen die zehn Mitarbeiter an dem großen Verständigungswerk angehören, wird jetzt sehr viel von der Notwendigkeit eines vollständigen Umlernens, einer gründlichen Neuorientierung gesprochen. Dabei wird der Marxismus als altväterisch überholt, ja beinahe als reaktionär behandelt. Die Propheten der Neuorientierung tun, als ob sie etwas ganz Neues, Nochniedagewesenes in die Welt gebracht hätten. Besieht man sich aber ihre funkelnagelneuen Wahrheiten etwas genauer, so erkennt man lauter gute alte, sehr alte Bekannte. Das jetzige Hinauswollen über den Marxismus ist nur ein Zurückwollen. Wie der Revisionismus nichts anderes war als der Versuch, bürgerliche Vorurteile, die das Proletariat längst überwunden hatte, in seinem Bewusstsein wieder lebendig zu machen, so wollen auch die heutigen Umlerner und Neuorientierer, natürlich im besten Glauben, nichts anderes als ein solches Vorurteil – das nationale – in der Arbeiterklasse zu neuem Leben erwecken. Was sie uns bringen, das ist nur eine neue Spielart des nationalen Revisionismus, der Anschauung, dass die nationalen Interessen für die Arbeiterschaft wichtiger sind als ihre Klasseninteressen. Freilich sieht dieser neue nationale Revisionismus ein bisschen anders aus als der alte. Das macht die Verschiedenheit der Herkunft: Der alte nationale Revisionismus bedeutet die Unterwerfung des Sozialismus unter die Nationalismen, die aus den bescheidenen nationalen Gegensätzen innerhalb eines wirtschaftlich und politisch rückständigen Staates entsprungen sind. Der neue dagegen unterwirft sich einem Nationalismus, der aus dem Gegensatz zwischen den größten und mächtigsten Staaten der Welt entspringt. Hat sich der alte von einem Greißler[570] imponieren lassen, so musste, dem neuen zu imponieren, der Chef eines Welthandelshauses kommen. Das ist gewiss ein Unterschied, aber im wesentlichen sind die beiden doch ein und dasselbe: beide haben sich einem fremden Willen unterworfen. Und müssen sich immer mehr unterwerfen. Wer die Nation für eine wichtigere Gemeinschaft hält als die Klasse, der muss in irgendeiner Form, bestimmt oder unbestimmt, bewusst oder unbewusst, das Prinzip des Klassenkampfes preisgeben. Er muss in irgendeiner Form das berühmte Zusammengehen, die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien verlangen. Mag die Erfahrung auch tausendmal den Beweis erbracht haben, dass die Sozialdemokratie mit anderen Parteien nur so zusammengehen kann wie der Delinquent mit dem Henker zum Galgen oder das Lamm mit dem Fleischer zum Schlachthaus "zusammengeht" – die utopistische Sehnsucht nach solchem Zusammengehen stirbt im Proletariat nie ganz aus, sie lebt in einzelnen, je nach den allgemeinen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen bald größeren, bald kleineren Schichten der arbeitenden Klasse immer wieder auf. So oft das Proletariat der

---

[569] Heinrich Schulz (1872-1932); deutscher Pädagoge und SPD-Politiker. Von 1906 bis 1919 Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses der SPD. Ursprünglich dem linken Parteiflügel um Rosa Luxemburg zugerechnet, schloss er sich im Ersten Weltkrieg der SPD-Rechten um Friedrich Ebert (1871-1925) an.

[570] (ost-) österreichisch für: kleiner Lebensmittelhändler.

Zweifel an seiner Kraft zur Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft beschleicht, wird in ihm der Wunsch lebendig, sich der bürgerlichen Gesellschaft einzuordnen, in sie aufgenommen zu werden. Und dieser Wunsch erzeugt immer wieder den Glauben an die Möglichkeit seiner Erfüllung. Die heutigen Burgfriedensschwärmer im sozialdemokratischen Lager zum Beispiel glauben, die bürgerliche Gesellschaft habe sich nun endlich zu der Anschauung bekehrt, dass die Sozialdemokraten keine vaterlandslosen Gesellen, sondern gute Patrioten sind – haben denn nicht viele angesehene, einflussreiche, hochstehende Persönlichkeiten der Sozialdemokratie während dieses Krieges die glänzendsten Sittenzeugnisse ausgestellt? – und infolge dieses Umschwunges in der Denkungsart der bürgerlichen Gesellschaft stehe der Aufnahme der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft kein Hindernis mehr im Wege. Also, wie man sieht, lauter olle Kamellen. Die sozialdemokratische Burgfriedensbereitschaft ist nichts anderes als die alte Sehnsucht nach dem Zusammengehen, nichts anderes als die alte Blockpolitik, nur großzügiger als je zuvor. Die Umlerner sind Zurücklerner, die Neuorientierer Romantiker ältesten Stils, trotz ihrem hochmodernen und realpolitischen Gehaben nur Spätutopisten.

* *
*

Blättern wir ein bisschen in den Aufsätzen der Bürgerlichen.

Die zehn Herren sind sehr verschieden geartet, und es war recht gut, dass sie in einiger Entfernung voneinander zusammengearbeitet haben. Wären sie, ehe sie an die gemeinsame Arbeit gingen, zu einer gemeinsamen Beratung zusammengetreten, so würden sie noch heute beisammensitzen – vorausgesetzt, dass nicht eine männermordende Feldschlacht zwischen ihnen entbrannt wäre.

Gemeinsam ist ihnen nur eins: die Romantik. Aber auch diese Gemeinsamkeit würde eine Ursache der Zwietracht zwischen ihnen werden, wenn sie nicht nebeneinander, sondern miteinander arbeiten wollten. Denn sie sind auf sehr verschiedene Arten romantisch, es gibt Vollblutromantiker unter ihnen, aber auch Sonntagsromantiker.

Ein Nurromantiker zum Beispiel ist Professor Paul *Natorp*,[571] der zu dem Sammelwerk einen Aufsatz über die Wiedergeburt unseres Volkes nach dem Kriege beigesteuert hat. Er erhebt im Interesse des Volksganzen sehr weitgehende Forderungen. Insbesondere verlangt er eine durchgreifende Schulreform: "die Einheitsschule bis zum zwölften Jahr, dann erst Scheidung der Schüler in besondere Anstalten, nicht nach bedingungsloser freier Wahl, sondern in strengster Rücksicht auf die Begabungsrichtung und ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Eltern; dem begabten Proletarierkind sollen alle Schulen offenstehen." Dazu "eine erweiterte und vertiefte Lehrerausbildung und eine gerade für die besten Kräfte anziehende Lebensstellung des Lehrers". Das ist sehr schön, aber wer soll es machen? Diese Frage macht Natorp keine Sorgen. Denn: "Was die Kosten betrifft, sie dürften, möchte ich sagen, nur je höher,

[571] Paul Gerhard Natorp (1854-1924); deutscher Philosoph und Pädagoge, Mitbegründer der Marburger Schule des Neukantianismus.

desto besser sein; denn sie würden Wucherzinsen tragen, indem sie eine Organisation der nationalen Arbeit nach allen Richtungen zur Wahrheit machen würden, die den Ertrag vervielfältigen müsste. Es handelt sich ja nicht um eine Luxusausgabe, sondern um die denkbar produktivste Anlage des nationalen Kapitals an Menschenkräften wie an äußeren Hilfsmitteln." Dass sich der praktische Bourgeois Wucherzinsen und produktive Kapitalanlagen etwas anders vorstellt als er, weiß Natorp gar nicht. Und so ist für ihn die Schulfrage schon gelöst, wo erst die Schwierigkeiten ihrer Lösung anfangen.

Sehr radikale Anschauungen trägt auch, wie nicht anders zu erwarten, Professor Ferdinand *Tönnies*[572] in seinem Aufsatz über die Sozialpolitik nach dem Kriege vor. "Wir glauben nicht, wir wünschen nicht einmal, dass die Parteikämpfe verschwinden, dass der Klassenkampf aufhören oder auch nur lahm und zahm werden möge." "Die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens muss als Zeichen der Rüstigkeit und Heilheit gedeutet werden, als eine Gegenwirkung gegen die verwüstenden Folgen der großen bürgerlich-kapitalistischen Umwälzung." "Nach dieser wissenschaftlichen Erkenntnis muss sich alle zukünftige Sozialpolitik richten." Tönnies erschrickt auch vor dem Wort Kommunismus nicht. Aber wo sind die bürgerlichen Parteien, die das Gespenst des Kommunismus nicht erschreckt? Und die bereit wären, für die sozialpolitischen Forderungen Tönnies' einzutreten? Er erwartet alles vom seelischen Aufschwung oder, wie er das Ding nennt, vom guten Willen, von der Sozialethik. Einige Zweifel an der Wunderkraft der Ethik scheint er aber doch zu hegen. Er schreibt: "Freilich dürfen wir uns nicht verhehlen, dass *die ersten Jahre, vielleicht die ersten Dezennien nach dem Kriege, selbst wenn dieser den erhofften günstigen Ausgang nimmt, uns und unseren Nachkommen außerordentlich große Lasten auflegen*, dass sie von uns, dass sie auch *von der Menge des werktätigen Volkes Opfer und Entsagung fordern* werden. Die Sozialpolitik nach dem Kriege wird nur *im engen Zusammenhänge mit der gesamten Volkswirtschaftspolitik, mit der Handels- und der Finanzpolitik ihr Programm* entfalten können." Im engen Zusammenhang, das heißt: die Sozialpolitik wird *nach* der Wirtschaftspolitik, nach der Handelspolitik, nach der Finanzpolitik kommen, wenn nur die sozial-ethischen Elemente und nicht kräftige Proletarierfäuste sie in den Vordergrund schieben. Es wird also alles beim alten bleiben, beim Klassenkampf. Aber welchen Wert hat dann der Burgfriede, die geistige Arbeitsgemeinschaft, die gegenseitige Verständigung?

Auch die Professoren Ernst *Francke* und Waldemar *Zimmermann*[573] zeigen sich in ihren Aufsätzen als sehr wohlmeinende Männer. Aber auch sie kümmern sich nicht um die Frage, wer ihre guten Absichten in Taten umsetzen soll. Es heißt nur immer: Das und das muss geschehen, das und das wird geschehen. Das ist sogar richtig, aber in

---

[572] Ferdinand Tönnies (1855-1936); Nationalökonom und Soziologe, der mit *Gemeinschaft und Gesellschaft* (1887) das erste deutsche explizit soziologische Werk veröffentlichte; schloss sich 1930 als Gegner Hitlers der SPD an.

[573] Ernst Francke (1852-1921), deutscher bürgerlich-liberaler Journalist, Staatswissenschaftler und Sozialpolitiker; Waldemar Zimmermann (1876-1963), deutscher bürgerlicher Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker, im Ersten Weltkrieg im *Volkswirtschaftlichen Beirat* im Kriegsausschuss für Konsumenten-Interessen tätig.

einem anderen Sinne, als die Romantiker meinen: Das und das wird und muss geschehen, weil die Arbeiter dafür kämpfen werden.

Wir haben bisher nur von jenen bürgerlichen Mitarbeitern an dem großen Verständigungswerk gesprochen, die den Arbeitern etwas geben wollen. Es sind aber auch andere da, die den Arbeitern vor allem mit Forderungen kommen.

So der in Arbeiterkreisen durch seine Lassalle-Biographie bekannte Historiker Hermann Oncken.[574] Er betrachtet in seinem Aufsatz die Deutschen auf dem Wege zur einigen und freien Nation. Für die Arbeiter muss dieser Weg nach seiner Meinung ein Rückweg sein. Sie sollen auf Lassalle zurückgehen. Nämlich: "Jetzt handelt es sich darum, dass nach den deutschen Stämmen auch die deutschen *Klassen zu einer einzigen sozialen und nationalen Gemeinschaft sich für immer verschmelzen*. In ihren führenden Männern haben der Staat auf der einen und die Sozialdemokratie auf der anderen Seite diese Aufgabe begriffen, aber wir dürfen uns nicht verhehlen, dass auch Elemente an der Arbeit sind, die den Zustand vor dem Krieg aus persönlichen oder prinzipiellen Gründen lieber wieder hergestellt als dauernd überwunden sehen möchten." Diese Elemente, die der Klassenverschmelzung widerstreben, sind die Marxisten mit ihrer Klassenkampflehre. Von dieser Doktrin (die auch dem Professor *Jaffé*[575] so gefährlich erscheint, dass er in seinem Aufsatz über "Die Vertretung der Arbeiterinteressen im neuen Deutschland" ein Langes und Breites gegen den historischen Materialismus zusammenzuschreiben für notwendig hält), also von dieser Doktrin müssen sich die Arbeiter freimachen und auf "die vertiefte Staatsidee" Lassalles – also auf das Toteste in der Lehre Lassalles – zurückgehen. "An diesem Feuer mag sich auch heute im sozialdemokratischen Lager alles entzünden, was unter dem ungeheuren Erlebnis dieses Weltkrieges an der antistaatlichen Denkweise und an der internationalen Orientierung des reinen Marxismus kein Genüge mehr findet." Dann werden die Arbeiter auch verstehen, dass "eine Macht wie die deutsche ... nicht die Summe ihrer Kulturgüter und ihrer Arbeit allein mit kosmopolitischen Ideen sicherstellen kann". Sie werden auch verstehen, dass "hier und da die Bastionen der deutschen Festung aus Gründen der Lebensnotwendigkeit hinausgeschoben werden müssen", dieweil ja solches "nicht Eroberung, sondern Verteidigung". Kurz, die Arbeiter müssen sich vom Marxismus zum Imperialismus bekehren. Dafür sollen sie auch was kriegen. Jedennoch ist dabei zu beachten: "Das Problem ist ja nicht so, dass die eine Seite für ihre Leistung während des Krieges von der anderen Seite nach dem Krieg einen verdienten Lohn einzufordern hätte; so wenig der Staat als solcher eine Gegengabe dafür verlangt, dass er seinen einzelnen Gliedern Schutz gewährt, können diese eine Gegengabe dafür in Anspruch nehmen, dass sie sich mit Gut und Blut in seinen Dienst stellten; die tiefe Zusammengehörigkeit des Ganzen und aller seiner Teile, die unsere Nation erlebt hat, kann nicht in der Form eines Handels ihren Abschluss finden. *In freiem Entschluss* sollen die Leiter des Staates und auch die Klassen, die sich bisher in wirtschaftlicher Abhängigkeit als Bürger des minderen Rechtes betrachteten, einander zu finden su-

[574] Hermann Oncken (1869-1945); deutscher Historiker, politischer Publizist und nationalliberaler Politiker.

[575] Edgar Jaffé (1866-1921); deutscher Nationalökonom und USPD-Politiker. Von 1918 bis 1919 war Jaffé Finanzminister der Bayerischen Räterepublik unter Kurt Eisner (1867-1919).

chen." Wie aber, wenn es die Leiter des Staates und die Bourgeoisie an solchem freien Entschluss fehlen lassen? Darauf geht Oncken nicht ein, der freie Entschluss ist ihm eine Selbstverständlichkeit. Und getrost fährt er fort:

"Überall da, wo die Struktur des Staates in Deutschland und Preußen allzu arg mit dem klassenmäßigen Aufbau der Gesellschaft verknüpft und an örtlichen und wirtschaftlichen Lebensbedürfnissen der Minderbesitzenden entgegengesetzt ist, muss ein Umbau einsetzen." Natürlich, dieser Umbau "kann sich nicht von heute auf morgen überstürzt vollenden". Die Arbeiter werden das Ihrige kriegen, aber sie dürfen nicht drängen, nicht sekkant[576] werden, sondern hübsch manierlich warten, bis sie drankommen und bis dahin ihre Begierden im Zaum halten. So ganz für Lassalle ist also Professor Oncken doch nicht. Lassalles Ausfälle gegen die verdammte Bedürfnislosigkeit findet er jedenfalls stark übertrieben.

Der Historiker Friedrich *Meinecke*[577] traut dem Burgfrieden nicht recht, will ihn aber trotzdem, weil er auf gewissen Gebieten ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie für möglich halt. Zum Beispiel "in dem Kampf gegen nationalistische und chauvinistische Volksströmungen und gegen jegliche ungesunde Überspannung der Machtpolitik (was für eine klare Ausdrucksweise!) können wir (wer?) recht wohl ein gutes Stück Weges mit ihr zusammengehen". Wo die sozialdemokratischen Forderungen "mit den nationalen Interessen unserer Politik, wie wir sie verstehen, unvereinbar sind", will er die Sozialdemokraten bekämpfen, "aber wir werden diesen Kampf ohne aufreizenden Argwohn fortan führen können, weil wir wissen, dass wir uns in der Stunde der Gefahr auf unsere sozialdemokratischen Volksgenossen verlassen können." Also: Burgfriede = Bekämpfung der Sozialdemokratie ohne aufreizenden Argwohn. Meinecke gibt wenig, aber von Herzen. Dafür verlangt er aber auch etwas: "Insofern die Sozialdemokratie fordert, dass wir keinen einseitig von militärischen Wünschen diktierten Frieden schließen, und dass wir grundsätzlich unsere ganze Machtpolitik wie vor so auch nach dem Krieg auf ein Nebeneinander freier und selbstständiger Nationen einrichten, begrüßen wir sie als Bundesgenossin. Aber wir hoffen und wünschen dabei allerdings zugleich, dass sie vorurteilslos *auch die andere Seite der Dinge* durchdenke." Diese andere Seite bedeutet, wenn schon nicht die Annexion, so doch "eine gewisse Luxemburgisierung" Belgiens,[578] eine Demütigung Englands, eine Demütigung Russlands. Und zum Schluss: "Die Sozialdemokratie folgt diesem Leitstern (kein Volk zu demütigen) in erster Linie aus humanitären Idealen, wir folgen ihm in erster Linie aus realpolitischer Erwägung, aber vergessen dabei keinen Augenblick, dass auch das Ideal unserer Kultur darauf hinstrebt. Möchte nun auch die Sozialdemokratie die Forderungen einer gesunden und maßvollen Realpolitik nicht übersehen." Meinecke ist also für Realpolitik in den Grenzen der Humanität, wofern sich die Humanität in den Grenzen der Realpolitik hält. Wie ja die Bürgerlichen jederzeit für den

---

[576] sekkant: lästig, zudringlich

[577] Friedrich Meinecke (1862-1954); führender bürgerlicher deutscher Historiker, gilt als Begründer des Ansatzes der "Ideengeschichte". Gegen einen *Siegfrieden*, für einen *Verständigungsfrieden* im Ersten Weltkrieg, 1917 an der Gründung des *Volksbundes für Freiheit und Vaterland* beteiligt.

[578] Gemeint ist die formale Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens, das allerdings im Ersten Weltkrieg besetzt und dessen Territorium zum Durchmarsch im Krieg gegen Frankreich genutzt wurde.

Sozialismus zu haben sind, wenn er sich in bürgerlichen Grenzen hält. Sie verstehen unter Zusammenarbeit die Abhaltung des Proletariats von seiner Arbeit.

Professor Gerhard *Anschütz* [579] will vor allem, "dass der deutsche Name wachse in der Welt, nicht nur an furchtgebietender Stärke, sondern auch an Ansehen und Vertrauen". Dazu sind auch innere Reformen notwendig. Um so notwendiger, als die letzten Jahrzehnte, von dem "allerdings großartigen" Werke der Sozialversicherung abgesehen, "keine wesentlichen, in Preußen überhaupt keine innerpolitischen Fortschritte" mehr gebracht haben. Das Versäumte muss nun nachgeholt werden. Aber wie und in welchem Umfang, darüber schweigt Anschütz zunächst. Er hat über wichtigere Dinge zu reden, nämlich: "Wer heute über die Zukunftsaufgaben unserer inneren Politik, über die Richtlinien und Zielpunkte deutscher Staatsreform nachdenkt, der muss *beginnen* mit dem *unumwundenen Bekenntnis zu den obersten aller Staatsnotwendigkeiten, zu den Machtmitteln*, die unser Vaterland braucht, um seine Unabhängigkeit und Stärke, um sein Ansehen und seine Bedeutung in der Welt aufrecht zu halten. ... Wer dieses Bekenntnisses nicht fähig ist, dem können wir *nicht das Recht zugestehen, über Weiteres mitzureden*" (was sich die sozialdemokratischen Mitglieder der geistigen Arbeitsgemeinschaft hoffentlich gesagt sein lassen werden). Darf auch der nicht mitreden, der sich zu den annoch ungenannt sein wollenden sozialen Reformen Anschütz' nicht bekennen will? Diese Frage bleibt offen. Anschütz hat keine Zeit für solche Kleinigkeiten, er hat ernstere Sorgen: "Die Sorge für die stärkste aller staatlichen Gewalten, für die bewaffnete Macht, für Heer und Flotte muss auch weiterhin, sie muss und wird künftig mehr denn je im *Mittelpunkt unseres inneren Staatsprogramms* stehen." Militarismus, Marinismus, immer mehr Militarismus und Marinismus! Deutschland muss so stark werden, dass es alle anderen, auch vereint, fürchten müssen. Freilich: "Eine höchstgesteigerte Wehrpflicht, eine nicht minder starke Steuerpflicht im Dienste der Wehrpflicht, der Kriegsbereitschaft und der Grundlagen der Kriegsbereitschaft, das sind Lasten, wie sie in diesem Ausmaß kaum irgendeinem Kulturvolk auferlegt sind und auch künftig auferlegt werden müssen. Viel fordert unser Staat von seinem Volke, darum muss er ihm viel geben." Wie stellt sich Anschütz dieses Geben vor? Er verlangt zunächst einen Ausbau des Reiches. Dieser soll bestehen in einer Stärkung der Reichsgewalt auf Kosten der Einzelstaaten und in einer Mehrung der kaiserlichen Gewalt. Dann soll – nun fängt das Geben an – das preußische Landtagswahlrecht reformiert werden. Wie? "*Bestimmte und formulierte Vorschläge zur Besserung wird an dieser Stelle niemand erwarten wollen*."[580] Doch erklärt Anschütz wenigstens, "das erste und mindeste, was verlangt werden müsse", sei die Abschaffung der indirekten und öffentlichen Wahl. "Was sich darüber *hinaus unter den obwaltenden politischen Machtverhältnissen in absehbarer Zeit wird durchsetzen lassen, ist zweifelhaft*. Das *letzte* und eigentliche Reformziel muss sein die Ausdehnung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen." Die Sache sei gar nicht gefährlich, denn die Sozialdemokraten konnten selbst bei radikalster Gestaltung der Wahlreform den bürgerlichen Parteien des

[579] Gerhard Anschütz (1867-1948); bedeutender deutscher bürgerlicher Jurist und Staatsrechtler.

[580] Ähnliche Äußerungen finden sich auch in den meisten anderen Aufsätzen, wo die Rede auf volkstümliche Reformen kommt. "*Es ist hier nicht der Ort*...", "*Es würde zu weit führen*, an dieser Stelle Vorschläge zu machen" usw.

preußischen Abgeordnetenhauses niemals ihren Willen aufzwingen, und ganz abgesehen davon, seien ja auch noch Herrenhaus und Reichsregierung da. Überdies müsste die Wahlreform, namentlich in Verbindung mit einer demokratischen Verwaltungsreform, "in Preußen Staat und Staatsgewalt erhöhen."

In meines Vaters Hause sind viele Wohnungen: in dem Buch der Zwanzig ist nicht nur für den gewalttätigen Realpolitiker *Anschütz* Platz, sondern auch für den milden und weltfremden Religionsphilosophen Ernst *Troeltsch*.[581] Er untersucht die Stellung der Sozialdemokratie zu Religion und Kirche. Dabei findet er, übrigens in Übereinstimmung mit manchen Sozialdemokraten, dass der Satz "Religion ist Privatsache" (der in dieser Fassung im Parteiprogramm gar nicht vorkommt), einen Widerspruch enthält; und verlangt, dass die Sozialdemokraten gegen Religion und Kirche Toleranz üben sollen, wie er auch anderseits den Religionsgenossenschaften die Toleranz gegen Andersgläubige und Ungläubige zur Pflicht machen will. Diese seine Burgfriedensbedingungen sind eigentlich die interessantesten von allen, die in der geistigen Arbeitsgemeinschaft ausgeheckt worden sind. Denn sie sind die bescheidensten von allen, und doch wird es nicht viele Leute geben, die bezweifeln, dass ihnen die Erfüllung versagt bleiben wird. Wenn aber der Burgfriede nicht einmal auf diesem Gebiet möglich ist, wie soll er auf anderen möglich sein?

Das Schlusswort hat der eine Herausgeber, Friedrich *Thimme*. Er kommt zu folgenden Schlüssen: "Wenn aber die Sozialdemokratie sich in der großen Probe dieses Krieges bis zum Schluss als eine nationale bewährt, so darf selbstverständlich im künftigen Frieden zwischen ihr und den übrigen nationalen Parteien nicht der geringste Unterschied mehr gemacht werden; der Staat und die bürgerlichen Parteien müssen sie in vollem Umfange als gleichberechtigt anerkennen." Ja, die Sozialdemokratie darf jetzt "wahrlich verlangen, ernst genommen zu werden". Auch das demokratische Prinzip muss ernster genommen werden als bisher. Desgleichen das Sozialprinzip: "So drängen die Erfahrungen des Krieges mit aller Macht dahin, dass aus ihm und nach ihm eine neue Ära sozialer Reformen erwachse." Aber nicht nur Staat und bürgerliche Gesellschaft allein, auch die Sozialdemokratie wird aus dem Kriege lernen müssen. Wohl darf sie "aus den sozialistischen Errungenschaften des Krieges (was ist das?) neue Hoffnungen auf die Herbeiführung des Zukunftsstaates schöpfen." Aber zweierlei bleibt dabei wohl zu beachten: Erstens hat der Kapitalismus im Krieg gezeigt, dass er noch sehr lebendig ist, und die Sozialdemokratie wird darum sehr wohl daran tun, auf revolutionäre Phrasen, die keinerlei praktischen Wert haben, zu verzichten. "Zweitens hat der Krieg gezeigt, dass die Sozialdemokratie, wenn sie die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung anstrebt, auch im Zusammengehen mit dem Staat und mit den starken sozialen Triebkräften, die ihr mitten aus der bürgerlichen Gesellschaft entgegenkommen, angewiesen ist. Wer anders hat denn die sozialistischen Errungenschaften des Krieges, die die Sozialdemokratie als einen Wegweiser in die Zukunft auffasst, mit starker Hand ein- und durchgeführt als der Staat?" Also kann die Sozialdemokratie "*nicht mehr bei der prinzipiellen Negation des Staates verharren*".

---

[581] Ernst Troeltsch (1865-1923); deutscher Theologe, Kulturphilosoph und bürgerlich-liberaler Politiker.

Dieser letzte Satz ist das Leitmotiv, das sich, bald leiser, bald lauter, durch das ganze Buch zieht. Gott strafe England, aber er schenke uns eine *Labour Party*! Auch dieser Wunsch ist nicht neu, es ist die alte Sehnsucht nach der Mauserung der Sozialdemokratie. Dieses Verlangen nach dem Abbau des proletarischen Klassenkampfes ist genau so alt wie der proletarische Klassenkampf selbst. Die geistige Arbeitsgemeinschaft hat nicht einen einzigen neuen Gedanken hervorgebracht, sie hat den allerältesten Trödel auf den Markt geworfen. Sie hat auch gar keinen Versuch gemacht, zu zeigen, warum die Anschauungen, die sie vertritt, jetzt zeitgemäßer sein sollen als zu irgendeiner anderen Zeit. Mag sein, dass die Zwanzig glauben, ihr Buch werde zur Neuorientierung des einheitlichen und einigen deutschen Volkes etwas beitragen, in Wirklichkeit wird es aber nur Wasser auf die Mühle jener sein, die nichts sehnlicher wünschen als die Desorientierung der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterschaft
im neuen Deutschland

Herausgegeben
von
Friedrich Thimme und Carl Legien

Verlag von S. Hirzel in Leipzig
1915

links:
Thimme, Friedrich und Legien, Carl (Hrg.): Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. – Leipzig 1915

unten:
Mitteilung der Redaktion. – in: Der Kampf, Jg. 8, Nr. 11/12, November-Dezember 1915, S.416 (Ende des Artikels *Ein Brevier für Umlerner*)

Mitteilung der Redaktion.

Wir mussten den Umfang dieses Heftes um einen Bogen reduzieren, da

Zensur!

Verlag: Georg Emmerling. — Verantwortlicher Redakteur: Friedrich Adler. — Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Swoboda & Co., Wien V Rechte Wienzeile 97.

Ein Brevier für Umlerner

(1915)[582]

Je größer und stärker die Sozialdemokratie wird, je mehr Bedeutung neben der Agitation die Aktion, neben der Verbreitung der sozialistischen Grundsätze deren Erprobung in der täglichen Praxis gewinnt, je mehr also die Übung einer strengen Selbstkritik Lebensbedingung der Partei wird, desto weniger können ihre Grundsätze zu Dogmen erstarren, desto weniger Raum bleibt in der proletarischen Welt für sektiererische Bestrebungen. Nichtsdestoweniger sterben die Sektengründer und Religionsstifter im Proletariat nicht aus. Aber ihre Erfolge werden immer geringer. *Eugen Dühring*,[583] der in den Siebzigerjahren den Versuch machte, die deutsche Sozialdemokratie in eine religiöse Sekte umzuwandeln, in der er persönlich das Amt des lieben Gottes zu versehen bereit war, konnte noch einen nicht unbeträchtlichen Wirrwarr hervorrufen. *Eugen Dietzgen*[584] dagegen, der in unseren Tagen eine sozialdemokratische Religion erfinden möchte, hat, obwohl er es an Eifer wahrlich nicht fehlen lässt, viel weniger Glück als sein Vorgänger. Er ist übrigens bescheidener als dieser. Er tritt nicht selbst als Bringer des Heils auf, er verkündet keine eigene Religion, es ist vielmehr die philosophische Lehre seines Vaters Josef Dietzgen,[585] die er religiös verabsolutieren will. Nicht der Messias will er sein, nur der vornehmste Apostel. Als solcher geht er hin in alle Welt und lehrt alle Völker, besonders die deutschen Sozialdemokraten, dass sie sich von Kant und Marx zu Josef Dietzgen bekehren müssen. Oder genauer gesagt: dass Kant und Marx nur kleinere Propheten waren, Josef Dietzgen aber der eigentliche, der große Prophet, der vollendete, was jene nur begonnen hatten. Der junge Dietzgen schätzt Kant und Marx und verachtet nur die Kantianer und Marxisten, ungefähr so wie der Moslem Moses und Christus gelten lässt, aber Juden und Christen als ungläubige Hunde traktiert.

Es versteht sich von selbst, dass ein solcher Mann den Weltkrieg nicht vorübergehen lassen kann, ohne den Kantianern und namentlich den Marxisten, auf die er es noch viel schärfer hat, mit Donnerworten ins Gewissen zu reden. Er hat also bald nach dem

---

[582] Strasser, Josef: Ein Brevier für Umlerner. – in: Der Kampf, Jg. 8, Nr. 11/12, November-Dezember 1915, S.411ff.

[583] Karl Eugen Dühring (1833-1921); Philosoph und Nationalökonom im Deutschen Kaiserreich. Nach dem politisch motivierten Verlust seiner Lehrbefugnis näherte er sich der Sozialdemokratie an, wobei sich Eduard Bernstein für ihn einsetzte. Auf Anregung Wilhelm Liebknechts verfasste Engels 1877/1878 seine Gegenschrift *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, kurz *Anti-Dühring*, um dem zunehmenden Einfluss Dührings etwas entgegenzusetzen.

[584] Eugen Dietzgen (1862-1929); Sohn von Joseph Dietzgen, Herausgeber der Schriften von Joseph Dietzgen.

[585] Peter Joseph Dietzgen, bekannt als Joseph Dietzgen (1828-1888); materialistischer Philosoph, Mitglied des *Bundes der Kommunisten*, sozialistischer Theoretiker und Journalist der deutschen Arbeiter/innen/bewegung bzw. der deutschsprachigen Arbeiter/innen/bewegung in New York und Chicago

Ausbruch des Krieges ein fünfhundert Seiten starkes Buch[586] erscheinen lassen, das diesen "beiden Hauptwidersachern der Erkenntnislehre Dietzgens" eine neue Möglichkeit bietet, leicht und geschwind umzulernen und sich neu zu orientieren. Da, wenigstens nach der Meinung Eugens, Josef Dietzgen wie über alle anderen Dinge dieser Welt, so auch über den Weltkrieg in seinen erkenntniskritischen Arbeiten bereits alles Wesentliche gesagt hat, so konnte der größte Teil des Buches, über vierhundert Seiten, mit Auszügen aus diesen Arbeiten gefüllt werden. Eugen hat nur ein Vorwort von achtzig Seiten beigesteuert, eine letzte Mahnung an die unbotmäßigen Kantianer und Marxisten. Den letzteren sagt er: "Wir hegen die Erwartung, dass das Fazit aller gegenwärtigen Kriegsgräuel vornehmlich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands den Weg leichter finden lässt zu der Taktik, welche *nicht, wie bislang, von utopistischen Wünschen ausgeht*, sondern auf organisierte Erfahrungserkenntnis der Vergangenheit und Gegenwart zumeist sich stützt, indem endlich die gegebenen Verknüpfungen des Gesamtzusammenhanges in Gesellschaft und Natur als einzig maßgebend, wie für jede Theorie, so auch für alle Taktik anerkannt werden. Und *solche Mauserung zu beschleunigen*, ist der Hauptzweck der Herausgabe des vorliegenden Dietzgen-Breviers." Es wäre unrecht, an einem Mann, der so sprechen darf, achtlos vorüberzugehen. Sehen wir uns also sein Vorwort an.

Was er über Kant und die Neukantianer sagt, geht uns, als "orthodoxe" Marxisten, nichts an. Wir überschlagen also diesen Teil des Vorwortes. Nur ein paar Sätze seien aus ihm angeführt, weil sie den Ernst und die Wissenschaftlichkeit des jungen Dietzgen in das hellste Licht rücken: "Des Lesers Zustimmung zu unserer Widerlegung Kants hoffen wir sicher zu sein, sobald er unsere Sätze *an seinen eigenen Erfahrungen* mit unbefangener Kritik prüft. Ja, wir glauben ihn für unsere Erkenntniskritik gewonnen zu haben, sobald er keine stichhaltigen Argumente gegen *unsere ersten vier Paragraphen* zu finden weiß." Unser Mann hat also die Erkenntniskritik in geradezu verblüffender Weise vereinfacht. Und dabei durchaus nicht verflacht: Er kann seinen Lesern "mit einer *Gemüt und Verstand gleich befriedigenden Antwort auf die religiöse Hauptfrage* nach unserem Zusammenhang mit dem Absoluten von Gott, Freiheit und Unsterblichkeit" dienen, so dass "dem erhabenen und unvermeidlichen monistischen Trieb, das Absolute zu finden", volle Befriedigung wird. Nämlich, wie es nikotinfreie Zigarren gibt, die Gemüt und Verstand gleichermaßen befriedigen, indem sie, wie es das Rauchergemüt verlangt, das Rauchbedürfnis stillen, ohne, was der Verstand verbietet, die Rauchergesundheit zu schädigen, so predigt der junge Dietzgen, übrigens durchaus nicht als erster, eine gottlose Religion: die Gottlosigkeit befriedigt den Verstand, die Religion das Gemüt. Eines solchen Tausendsassa Marx-Kritik kennen zu lernen, wird gewiss jedem Marxisten erwünscht sein.

Eugen Dietzgen beginnt mit der Feststellung, dass Marx und Engels "in ihrem Fache der politischen Ökonomie und der Gesellschaftswissenschaft nicht minder bleibende Verdienste erworben haben wie Kant auf philosophischem Gebiet". Zwar haben sie nichts Ganzes, nichts Vollkommenes zustande gebracht, aber ihr Kritiker ist gerecht genug, ihnen mildernde Umstände zuzuerkennen: "Dass sie alle nur verbesserungsbe-

[586] *Dietzgen-Brevier für Naturmonisten*. Herausgegeben und bevorwortet von Eugen Dietzgen. München 1915. Verlag der Dietzgenschen Philosophie. [Anmerkung Josef Strasser]

dürftiges Stückwerk hinterlassen konnten, liegt *gemäß der Erkenntnislehre Dietzgens* an der abseitigen Begrenztheit auch der bedeutendsten Einzelerscheinung durch das absolute Ganze der evolvierenden Zusammenhänge in Gesellschaft und Natur." Dass also Marx und Engels überhaupt unvollkommen waren, hat, Gott sei Dank, Gründe allgemeiner Art. Dass sie aber im besonderen "ungeachtet ihres großen Wissens zu unlogischen Anwendungen ihrer eigenen Fachwissenschaft sich verleiten ließen", hat drei besondere Gründe: "Einmal ihr rheinländisches Naturell, denn der impulsive Rheinländer ist eine ausgeprägte Art von deutschem Gaskogner,[587] während die stolzbescheidene Selbstbeschränkung des Rheinländers Dietzgen eine Ausnahme überall und für Deutschland vornehmlich am Rhein ist; zweitens die Kritiklosigkeit der meisten ihrer Anhänger und Gegner ... und schließlich der Hauptumstand, dass Marx und Engels keine eingehende Erkenntniskritik geübt hatten, das heißt, *sich nicht klar genug geworden waren über die Relativität des Denkens und des davon abhängigen planmäßigen Wollens*. Daher blieb ihnen die Bedeutung der logischen Orientierung mittels des Universalbegriffes beziehungsweise des Begriffes der absoluten Wahrheit selbst dann noch fremd und befremdlich, nachdem Dietzgen diesen Kardinalbegriff für alle und jede Erkenntniswissenschaft in seinen Briefen über Logik mit ungewöhnlicher Klarheit entwickelt hatte." Oder, um es ganz kurz zu sagen: Sie begriffen nicht oder berücksichtigten nicht genug, dass "die Natur ein aus sich selbst heraus organisierter Universalzusammenhang" ist – da liegt der Hase im Pfeffer.

Über Grund 1 und 2 ist nichts zu sagen. Also nur ein Wort über den dritten. Marx und Engels sollen sich über die Relativität des Denkens und Wollens nicht genug klar geworden sein. Diese Behauptung ist so erstaunlich, dass man, sie zu erklären, annehmen möchte, das absolute Ganze der evolvierenden Zusammenhänge[588] in Natur und Gesellschaft habe Eugen Dietzgen so allseitig begrenzt, dass noch keine Kunde vom historischen Materialismus zu ihm gedrungen ist. Denn Marx und Engels haben – durch die Aufdeckung des wirklichen Zusammenhanges zwischen Bewusstsein und Sein, ideologischem Überbau und ökonomischer Grundlage – als die ersten die Relativität des Denkens und Wollens der Massen klargestellt. Erst diese Leistung hat eine wissenschaftliche Massenpsychologie ermöglicht. Allerdings, was Marx und Engels gegeben haben, ist nur "Stückwerk", aber da noch keiner was anderes gegeben hat, ist es eine unfruchtbare Beschäftigung, darüber die Nase zu rümpfen, besonders solange wir noch auf den Mann warten müssen, der dieses Stückwerk ergänzt. Nun behauptet Eugen Dietzgen freilich, sein Vater habe durch seinen Universalbegriff diese Ergänzung geliefert. Aber den Beweis für diese Behauptung bleibt er schuldig, er kommt nirgends über das allgemeine Gerede vom Universalzusammenhang hinaus. Er begreift nicht, dass, wie Josef Dietzgen sagt, "in der Nacht abstrakter Allgemeinheit alle Katzen grau sind", das heißt, dass uns der bloße Hinweis auf den Universalzusammenhang, selbst

---

[587] Gascogne, historische Provinz im Südwesten Frankreichs. In Meyers Großem Konversationslexikon (1905-1909) heißt es dazu: "*Der Gascogner ist klein und mager, aber nervig, hat seine Züge, heißes Blut und eine lebhafte Einbildungskraft. Er besitzt Ehrgeiz, Geistesschärfe und Unternehmungsgeist, ist aber aufbrausend, eitel und sehr zur Übertreibung geneigt; daher das Wort Gaskonade als Bezeichnung für eine harmlose Aufschneiderei.*" – http://www.zeno.org/Meyers-1905. 1905–1909.

[588] sich entfaltende Zusammenhänge

tausendmal wiederholt, nie zur Erkenntnis auch nur des kleinsten Teilzusammenhanges verhelfen kann, sondern dass umgekehrt die Lehre vom Gesamtzusammenhang durch die Erforschung der besonderen Zusammenhänge immer aufs neue erhärtet werden muss. Marx und Engels haben darum auch, statt in der verzückten Anbetung des allerheiligsten Universalzusammenhanges zu schwelgen, ihr Leben lang an der Aufhellung von Teilzusammenhängen gearbeitet. Der Universalzusammenhang war ihnen kein Gegenstand der religiösen Erbauung, sondern[589] ein ganz prosaischer Arbeitsgegenstand. Man denke, um nur ein Beispiel anzuführen, an die glänzenden psychologischen Analysen im "Kapital", in denen Marx schlagend nachweist, dass den Veränderungen der technischen und wirtschaftlichen Arbeitsbedingungen Veränderungen in der geistigen und seelischen Verfassung der Arbeiter folgen, also die Relativität des Denkens und Wollens an einem konkreten Material aufzeigt. Mit dieser, sagen wir: Kleinarbeit hat er die Lehre vom Universalzusammenhang mehr gefördert, als er es durch die ewige Ableierung der Gebetsformel: "Die Natur ist ein aus sich selbst heraus organisierter Universalzusammenhang" hätte tun können. Welcher Unsinn also, zu behaupten, er habe den Universalzusammenhang nicht genug ästimiert.[590] Was ist denn die Marxsche Dialektik anderes als eine neue, materialistische Fassung der (übrigens nicht erst von Dietzgen, sondern schon von den alten griechischen Denkern begründeten) Lehre vom Universalzusammenhang? Waren es nicht Marx und Engels, die der undialektischen oder metaphysischen Denkweise in der Gesellschaftswissenschaft den Garaus machten? Freilich taten sie das nicht, indem sie morgens, mittags und abends mit frommem Augenaufschlag das Wort Universalzusammenhang aussprachen, um so im allgemeinen der metaphysischen Denkweise ihre Geringschätzung zu bezeigen, sondern indem sie im einzelnen deren Unrichtigkeit nachwiesen. Hat zum Beispiel Marx nicht immer wieder gezeigt, zu welchen Albernheiten die metaphysische Denkungsart in der Politik fuhrt? Dass er dabei das Wort metaphysisch nicht gebraucht, sondern von parlamentarischem Kretinismus spricht, sollte doch einen Mann, der mit dem Universalzusammenhang auf du und du steht, nicht über Inhalt und Bedeutung dieser Polemiken täuschen können. Gerechterweise könnte Eugen Dietzgen den radikalen Relativisten Marx und Engels höchstens den Vorwurf machen, dass sie keinen Geschmack daran finden konnten, dem Universalzusammenhang als Pfaffen zu dienen.

Er ist übrigens nicht der einzige Gegner der Marxschen Dialektik. Auch die Revisionisten, Reformisten, Opportunisten und wie sie sich sonst nennen, wollen von ihr nichts wissen. Die einen, die auf Kant zurückgehen, betrachten sie als einen verhängnisvollen Irrtum, den anderen, die auf Theorien im allgemeinen und auf "philosophische" Theorien im besonderen pfeifen, ist sie ein sinnloser Hokuspokus. Eugen Dietzgen aber findet, dass Marx nicht zu viel, sondern zu wenig Dialektiker ist. Man sollte also glauben, er müsse in seiner weiteren Marx-Kritik zu anderen, aber schon

---

[589] Wer auch nur ein paar Seiten von Josef Dietzgen gelesen hat, muss begreifen, dass zwischen seiner Erkenntniskritik und dem, was sein Sohn aus ihr machen will, ein logischer Zusammenhang ebenso wenig besteht wie zwischen seinen proletarischen Anschauungen, seiner ökonomischen Einsicht, die er "fix und fertig von Marx erhalten" hat, und dem Bourgeois-Sozialismus Eugens. [Anmerkung Josef Strasser]

[590] ästimieren: veraltet für *wertschätzen*

ganz anderen Schlüssen kommen als die Kantianer und die Theorieverächter. Aber das tut er nicht. Das Herumreiten auf dem Universalbegriff ist seine einzige originelle Leistung. Was er sonst gegen den Marxismus zu sagen hat, haben die Revisionisten ohne die geringste Einsicht in die Bedeutung des Universalbegriffes schon in den Neunzigerjahren gesagt. Es scheint also, dass dieser Universalbegriff nicht das geeignete Mittel ist, die Marx-Kritik zu vertiefen. Eugen Dietzgens Ehrfurcht vor dem Universalzusammenhang ist nur eine philosophische Vermummung der alten, wohlbekannten revisionistischen *Ehrfurcht vor dem Kapitalismus*.

Diese Ehrfurcht vor dem Kapitalismus ist das Um und Auf des proletarischen Opportunismus. Er gibt das natürlich nicht zu. Er sagt: Ich trage den Verhältnissen Rechnung. Aber was er den Umständen Rechnung tragen nennt, ist etwas ganz anderes, nämlich ein alle Umstände, die das Proletariat als Widerstände gegen seinen sozialistischen Willen empfindet, als unabänderlich, von unserem Willen unabhängig Hinnehmen. Der Opportunismus überschätzt alle Schwierigkeiten des Sozialismus und unterschätzt die Leistungsfähigkeit des Proletariats, beides in der maßlosesten Weise. So muss er natürlich dazu kommen, den "revolutionären Klassenkampfstandpunkt" zu verwerfen. Er bescheidet sich. Er glaubt, dass die Arbeiter höchstens die Stellung gut genährter und nicht allzu schlecht behandelter Sklaven erreichen können, und empfiehlt ihnen eine dementsprechende Taktik. Das ist ja schließlich und endlich auch ein Weg zum Sozialismus! Wenn Nahrung und Behandlung immer kesser werden, so müssen sich schließlich die Klassengegensätze verwischen, und der Sozialismus ist da. Und zwar auf eine ganz gefahrlose Weise. Die Opportunisten halten diesen Gedankengang für eine Weiterentwicklung des Sozialismus, er bedeutet aber einen Rückfall in den seelischen Urzustand des Proletariats, in jene ehrfürchtige Scheu vor dem Kapitalismus, die den unorganisierten, unwissenden, schwachmütigen Proletariern vergangener Zeiten ihre Brotherren einflößten. Diese Scheu ist nie ganz überwunden worden. Sie ist immer da. Vor allem lebt sie in jedem Arbeiter, in dem das Klassenbewusstsein noch nicht erwacht ist; sie gerade hindert ja dieses Erwachen. Aber auch das klassenbewusste, organisierte, kämpfende Proletariat ist vor ihr nicht sicher, besonders nicht in Zeiten großer kapitalistischer Machtentfaltung. Dann werden oft sehr große Schichten der Arbeiterklasse von ihr befallen.

Sehen wir uns die Einwände Eugen Dietzgens gegen die marxistische "Katastrophentaktik" an, so ist das ein fröhliches Wiedersehen mit guten alten Bekannten aus dem opportunistischen Lager. Wir finden da:

Die Überschätzung des Kapitalismus. "Offenbar ist der Kapitalismus noch in aufsteigender Entwicklung allenthalben begriffen. Deshalb ist es wissenschaftlich unhaltbar, dem derart geschichtlich noch notwendigen Kapitalismus die Todfeindschaft zu erklären, denn verständiger Weise können wir nur überlebten und sofern giftigen kapitalistischen Formen unsere Todfeindschaft ansagen." Es sind "bislang keine überzeugenden Zeichen für die Überlebtheit des Kapitalismus sichtbar geworden". "Noch sind wir von der Ausreifung des Kapitalismus und einer internationalen Wirtschaftsausgleichung, diesen Grundbedingungen für eine 'umwälzende' Befolgung des Marx-Engelsschen Rufes: 'Proletarier aller Länder, vereinigt euch!' um einige Generationen entfernt. Noch bleibt dem Kapitalismus viele zeitraubende Pionierarbeit für die Weg-

räumung eines Berges von feudalen und kleinbürgerlichen Rückständigkeiten in Wirtschaft und Gesinnung, von Rückständigkeiten, die sogar noch lebendig sind bis tief in die Arbeitermassen hinein. Noch ist die ökonomische Entwicklungshöhe des Riesenreiches Russland um etwa ein halbes Jahrhundert hinter der heutigen von Deutschland, der amerikanischen Union und England zurück, während Österreich-Ungarn, Frankreich und Italien um etwa ein Vierteljahrhundert hinter den genannten führenden Nationen herhinken. Wir müssen daher als wahrscheinlich annehmen, dass die Bedingungen für das sozialistische Wirtschaftssystem vor Ende dieses Jahrhunderts nicht gegeben sind."

Die Unterschätzung des Proletariats. "Dann jedoch ist die Aufhebung beider Klassen durch den Sozialismus nahegerückt, sofern sich mehr als neunundneunzig Prozent der Menschen durch die kleine Zahl von hervorragenden Organisatoren nicht weiter 'ausbeuten' lassen werden, als in ihrem eigenen Interesse geboten ist." Die auf den großen Kladderadatsch zugespitzte Taktik hätte noch Sinn, wenn neben zwei anderen Bedingungen auch die der "Gewinnung der großen Mehrzahl des Volkes für die sozialistische Produktionsform, mit vornehmlichem Einschluss der Kopfarbeiter", erfüllt wäre. "Wohl sind die solidarisch organisierten Fabrikarbeiter die wichtigsten Anhänger des Sozialismus. ... Indes, allein für sich genügen sie auf absehbare Zeit nicht, weder in geistig produktiver noch in numerischer Beziehung."

Das Anlehnungsbedürfnis. Es ist ein Hauptfehler der Marxisten, "der Bündnispolitik mit den nächststehenden bürgerlichen Parteien eine ohnmächtige Isolierungstaktik vorzuziehen". Ein nicht minder grober Fehler auch, "sich nicht auf den einzig gegebenen, nämlich den kapitalistischen Boden zu stellen und diesen mittels möglicher Reformen für die sozialistische Umwandlung vorzubereiten helfen, sondern die einzige Grundlage zu leugnen, unter anderem zum Beispiel durch stereotype Budget-Ablehnung". Militarismus und Marinismus sind nicht mit den bisherigen "utopistischen" Methoden zu bekämpfen, da sie ja "infolge des bestehenden internationalen Wirtschaftsstreites im Wirtschaftsleben zur nationalen Abwehr noch unentbehrlich sind". Sondern es soll "die Erhaltung der nötigen Verteidigungsmittel zu Wasser und zu Lande den besitzenden Klassen zur Pflicht gemacht werden", was auch den Vorteil haben würde, dass die indirekten Steuern und die Zölle beseitigt werden konnten. Ferner soll die Partei anerkennen, "dass bis zur Ausreife des Kapitalismus die Weltwirtschaft einer Nation auch notwendig deren Welt- und Kolonialpolitik bedingt".

Die Abneigung gegen den Kampf. Eugen Dietzgen findet, dass die marxistische Praxis der marxistischen Theorie widerspricht. Denn obwohl nach Marx die einzelnen Kapitalisten an den Schattenseiten des Kapitalismus gänzlich unschuldig sind, ja obwohl vorläufig, das heißt bis zu der Zeit, in der wir dem Kapitalismus auch auf Grund des Universalzusammenhanges die Todfeindschaft werden ansagen können, die Mehrwertaneignung durch die Einzelkapitalisten historisch berechtigt ist, führen die Marxisten den wildesten und gehässigsten Kampf gegen den Kapitalismus. "Statt eines sachlich berechtigten unpersönlichen Klassenkampfes ... nähren sie in der Agitation mittels zweideutiger Phrasen einen historisch verwerflichen, persönlichen Klassenhass." In der marxistischen Agitation werden die armen Kapitalisten "so hingestellt, als ob sie nicht hauptsächlich aus notwendigem Wirtschaftszwang für ihren Profit

sorgten, sondern nur aus Böswilligkeit, niederster Machtgier und Ausbeutungslust den Mehrwert den Arbeitern vorenthielten". Und solche Abscheulichkeit wird "so beschönigend wie zweideutig revolutionärer Klassenkampfstandpunkt getauft". "Nicht selten sind die Übertreibungen so maßlos, dass *der nicht fanatische Sozialdemokrat* sich der Gemeinschaft mit solcher Utopisterei oder Demagogie schämen muss", ja "dass nicht einmal die nahestehenden Liberalen der freisinnigen Volkspartei ihre sozialdemokratischen Reichstagskollegen der orthodoxen Observanz ernst zu nehmen vermögen". Damit will Eugen Dietzgen keineswegs gegen den proletarischen Kampf etwas gesagt haben. Im Gegenteil, er ist für den Kampf des Proletariats, die Arbeiter sollen sogar energisch kämpfen, so energisch, "als dies die internationale Lage des bezüglichen Faches zulässt". Sie sollen sich hüten vor dem "erkenntniskritischen Mangel" der Marxisten, "welcher die nationalen Erscheinungen der Gesellschaft nicht bewusst genug in ihrer Abhängigkeit vom internationalen Gesellschaftskörper und vom organisierten Naturzusammenhang untersucht". "Viele Gegenwartsforderungen der marxistischen Doktrinäre an ihre Nation sind deshalb illusorisch, weil sie internationale Konkurrenzverhältnisse und damit verbundene, noch widerstreitende Naturverhältnisse, wie zum Beispiel solche der geographischen Lage und der Rasse, ungenügend berücksichtigen." Die Marxisten stellen an die Einzelnation Forderungen, die allein international zu verwirklichen sind, nämlich "durch eine solidarische Aktion der führenden Großmächte". Die ist natürlich erst möglich, wenn "die wirtschaftliche Entwicklungshöhe eine annähernd gleiche unter den Großmächten geworden". Also nach einigen Generationen, in hundert Jahren, bis der Kapitalismus die "Vollreife" erlangt hat und auch vom Standpunkt des Universalzusammenhanges der Todfeindschaft des Proletariats würdig geworden ist. Bis dahin sollen die Arbeiter Reformarbeit verrichten.

Man sieht, Dietzgen unterscheidet sich, von seiner sektiererischen Vorliebe für den Universalzusammenhang abgesehen, in keiner Weise von anderen Marx-Kritikern. In der Marx-Kritik kehren, auf einer höheren Stufe der Entwicklung, stets dieselben Vorstellungen, Wünsche und Ängste wieder, die die Kindheit, also die Schwäche des Proletariats kennzeichnen. Bei Eugen Dietzgen ist die Sache nur lustiger als bei anderen Marx-Kritikern, weil er immer wieder auf den besagten Hammel, den Universalzusammenhang, zurückkommt, ohne dass zu begreifen wäre, welcher besondere Zusammenhang zwischen dem Universalzusammenhang und der sozialdemokratischen Politik besteht. Das Dietzgen-Brevier wird der Religion des Universalzusammenhangs sehr wenige Anhänger zuführen. Schließlich muss ein Sektengründer doch mehr zu sagen haben als: Ich habe einen Vater Zephises[591] und habe dir nichts zu sagen als dieses!

[591] Zephises ist eine Gestalt aus Ferdinand Raimunds Zauberspiels *Der Diamant des Geisterkönigs*. Gegen Ende lässt Raimund den verzweifelten Eduard nach seinem verstorbenen und zum Geist verwandelten Vater Zephises rufen: "Geist meines Vaters, rate deinem unglücklichen Sohne! Was soll ich beginnen?" Zephises kommt aus der Erde und spricht mit ernster Stimme: "Ich bin dein Vater Zephises und habe dir nichts zu sagen als dieses."

Ein Jubiläum mit Hindernissen (1916)[592]

Der 15. Jänner dieses Jahres ist der hundertfünfundzwanzigste Geburtstag Franz Grillparzers.[593] Für die literarischen Wortführer des offiziellen Österreichs eine fatale Bescherung. Was sollen sie tun? Den Tag ohne Sang und Klang vorübergehen zu lassen, wäre wider den literarischen und patriotischen Anstand. Ihn aber festlich zu begehen, hat seine Schwierigkeiten; eine Grillparzerfeier ist, wenigstens in Österreich und für Österreich, keine so einfache Sache. Der Kerl hat seine Nücken und Tücken.[594] Man muss ihn, wenn kein Malheur passieren soll, so behutsam anfassen wie eine Dynamitbombe. Und dabei darf – o du Luder! – das Publikum von dieser Behutsamkeit nichts merken, sonst argwöhnt es gleich, dass irgend etwas nicht in Ordnung ist. Es geht zum Beispiel durchaus nicht an, Grillparzer nur als großen Dichter, jenseits von Zeit, Raum und Kausalität, zu feiern. Es wäre zu wenig und würde Verdacht erregen. Das Werk eines Dichters, der noch keine fünfzig Jahre tot ist, muss der Gegenwart noch etwas anderes bedeuten als einen ästhetischen Besitz, wenn sie es als groß gelten lassen soll. Mit schöngeistigen Schmusereien allein wird also am 15. Jänner nicht viel anzufangen sein. Man wird sich nicht damit begnügen können, Grillparzer als Ding an sich zu preisen, man wird ihn in einem bestimmten geschichtlichen Zusammenhang betrachten müssen, man wird nicht verschweigen können, dass er ein Österreicher war. Ihn nur als deutschen Dichter zu feiern, ist nämlich auch nicht möglich. Hat er denn nicht noch am Spätabend seines Lebens gesagt: "Ich bin kein Deutscher, sondern ein Österreicher, ja ein Niederösterreicher und vor allem ein Wiener!"? Hat er nicht die unfreundlichsten Äußerungen über Deutschland und deutsches Wesen getan und die Deutschösterreicher beinahe für eine besondere Nation gehalten? Nein, als deutschen Dichter schlechtweg kann man ihn nicht feiern. Um so weniger, als mit ihm in der Literatur die berühmte Scheidung Österreichs von Deutschland beginnt. Aber auch auf die kann man sich heute, im Weltkrieg, der Mitteleuropa einigen soll, in der Zeit des innigsten Bündnisses mit dem Deutschen Reich, nichts zugute tun. Sie ist jetzt allenfalls ein Thema für tiefgründige historische Arbeiten, aber nicht für Jubelaufsätze. Bleibt also noch der Patriot Grillparzer. Das wäre nun, meint ihr, der geborene Jubiläumsartikel, namentlich unter den gegenwärtigen hochpatriotischen Umständen. Aber ihr irrt euch. Der Patriot Grillparzer ist erst recht keinen Schuss Pulver wert.

Nicht als ob an der Vaterlandsliebe des größten österreichischen Dichters auch nur der leiseste Zweifel möglich wäre. Wenn je ein Mensch sein Vaterland geliebt hat, so Grillparzer. Sein Patriotismus war etwas Naturwüchsiges, um nicht zu sagen: etwas

---

[592] Strasser, Josef: Ein Jubiläum mit Hindernissen. – in: Der Kampf, Jg. 9, 1916, S.42ff.

[593] Franz Grillparzer (1791-1872); österreichischer Schriftsteller, vor allem Dramatiker. Vor allem nach 1945 gilt er auch als *österreichischer Nationaldichter*.

[594] vor allem in Norddeutschland gebräuchlich, bezeichnet eine unvorhergesehene unangenehme Eigenheit oder Schwierigkeit, die Unangenehmes mit sich bringt.

Organisches. Die viel und heiß umstrittene Frage nach dem sittlichen und politischen Wert der Vaterlandsliebe, diese Frage, über die ganze Bibliotheken geschrieben worden sind, hat ihm niemals das geringste Kopfzerbrechen verursacht. Dass der Mensch sein Vaterland lieben muss, war ihm so selbstverständlich, wie dass er essen und trinken muss. Vaterlandslosigkeit war ihm vollkommen unverständlich. Dafür haben wir einen sehr interessanten Beleg. In seinen "Studien zur deutschen Literatur" notiert er sich, eben weil er ihm ganz unbegreiflich vorkommt, folgenden Satz aus einem Briefe Lessings[595] an Gleim:[596] "Ich habe überhaupt von der Liebe des Vaterlandes – es tut mir leid, dass ich Ihnen vielleicht meine Schande gestehen muss – keinen Begriff, und sie scheint mir aufs höchste eine heroische Schwachheit, die ich wohl gerne entbehre." Und er fügt bei: "Ein *merkwürdiges* Geständnis, das viele andere entbehrlich macht." Es war ihm ein unlösbares Rätsel, wie einem normal empfindenden Menschen das Gefühl der Vaterlandsliebe fremd sein kann. Damit ist freilich über die Art seines Patriotismus noch nichts gesagt. Es gibt sehr verschiedene Patriotismen. Erzählt uns die Geschichte nicht sogar von Patrioten, die aus Patriotismus ihre legitimen Fürsten ermordet haben? Was für ein Patriot war denn Grillparzer? Nun, sein Patriotismus war Patriotismus in dem besonderen österreichischen Sinn des Wortes: nicht nur Liebe zu Land und Leuten, zur Nation, zum Staat, sondern auch und vor allem Liebe zum Herrscherhaus. Die Dynastie repräsentierte ihm das Vaterland. Er war der loyalste Untertan. In "Ottokars Glück und Ende"[597] verherrlichte er Rudolf von Habsburg.[598] Bei der Thronbesteigung Ferdinands,[599] wie auch Franz Josefs[600] dichtete er das Kaiserlied um. Vermählungen, Geburten, Erkrankungen und andere Ereignisse im Kaiserhaus gaben ihm Anlass, seinen patriotischen Gesinnungen dichterischen Ausdruck zu verleihen. Nach einer Audienz bei Kaiser Franz[601] schrieb er in sein Tagebuch: "Es ist eigentlich zu wenig Ehrfurchtgebietendes in seinem Äußeren." Kann die Loyalität weiter gehen als bis zu dem Wunsch, der Monarch solle schon durch sein Aussehen Ehrfurcht einflößen? Muss, wer ihn äußert, nicht ein überzeugter Anhänger des Absolutismus sein? Grillparzer war es, trotz allem, was dieser Auffassung zu widersprechen scheint. Wie ja überhaupt unser Bürgertum trotz Revolution und Parlament in seinen Wünschen nie über den aufgeklärten Absolutismus hinausgekommen ist. Grillparzers

---

[595] Gotthold Ephraim Lessing (1729-1781); bedeutender Dichter der deutschen Aufklärung.

[596] Johann Wilhelm Ludwig Gleim (1719-1803); Dichter der deutschen Aufklärung. Lessing und Gleim führten einen sich über mehrere Jahrzehnte hinziehenden Briefwechsel. Der zitierte Brief stammt aus dem Jahr 1759.

[597] *König Ottokars Glück und Ende***,** Trauerspiel (1825) von Franz Grillparzer – bezieht sich auf König Ottokar Přemysl von Böhmen (um 1232-1278)

[598] Rudolf von Habsburg (auch auch Rudolf I. und Rudolf IV., 1218-1291); Als Rudolf I. ab 1273 der erste römisch-deutsche König der Habsburger.

[599] Ferdinand I. Karl Leopold Joseph Franz Marcellin, genannt *der Gütige* 1793-1875); 1835 bis 1848 Kaiser von Österreich und König von Böhmen, als Ferdinand V. seit 1830 auch König von Ungarn und Kroatien.

[600] Franz Joseph I. (1830-1916); nach der Abdankung seines Onkels Ferdinand I. von 1848 bis 1916 Kaiser von Österreich, König von Böhmen etc. und Apostolischer König von Ungarn.

[601] Franz II. bzw. Franz I. Joseph Karl (1768-1835); von 1792 bis 1806 als Franz II. letzter Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, von 1804 bis 1835 als Franz I. Kaiser von Österreich.

Ideal war der weise Despot. Wohl begrüßte er in den Märztagen des Jahres 1848 Österreich in einem Gedicht auf seinen "neuen Wegen", aber zugleich warnte er es vor dem Missbrauch der Freiheit, "besonders vor der Nachahmung der Albernheiten und Schlechtigkeiten Frankreichs und des übrigen Deutschlands". Und schon im Juni, als ihn die selbständigen Regungen des Proletariats und die nationalen Erhebungen erschreckten und für die Einheit der Monarchie fürchten ließen, schrieb er das bekannte Gedicht "Feldmarschall Radetzky",[602] das also anhebt:

Glück auf, mein Feldherr, führe den Streich!
Nicht bloß um des Ruhmes Schimmer,
In deinem Lager ist Österreich,
Wir andern sind einzelne Trümmer.

Er verstand die Revolution einfach nicht. In seinen "Erinnerungen aus dem Jahre 1848" redet er von dem "Krawall des 13. März", von "albernen Jungen", von einer "Gassenbüberei", die erst das Eingreifen der bewaffneten Macht "zu einer Revolution stempelte", von einer "lächerlichen Nationalitätsfrage", von der Nützlichkeit "hartnäckigen Petitionierens" usw. Kurz, der Untertan Grillparzer hat unbedingt einen Einser in Sitten verdient, namentlich in der Zeit, da Metternich[603] die Noten austeilte.

Und doch und doch: Gerade die Leute, die ein Interesse daran hätten, Grillparzers Vaterlandsliebe als vorbildlich hinzustellen, haben allen Grund, nicht viel Aufhebens von ihr zu machen. Denn redet man einmal davon, wie sich Grillparzer zu Österreich gestellt hat, so muss man wohl oder übel auch sagen, wie sich Österreich zu Grillparzer gestellt hat. Und da genügt es nicht, zu erzählen, dass zu seinem fünfzigsten Geburtstag eine Medaille ausgeprägt wurde, dass er 1861 ins Herrenhaus kam und dass man seinen achtzigsten Geburtstag wie einen Nationalfeiertag beging. Man muss schon etwas mehr sagen, und das ist äußerst peinlich. Schon ein paar flüchtige Blicke in die Geschichte des Dichters zeigen es.

Er wurde 1791 geboren, in der Zeit, da nach dem Tode Josefs II.[604] die schäbigste Reaktion anhob. Die Regierung war durch die französische Revolution so verängstigt, dass sie – Schreckensherrschaft ist die Herrschaft von Erschrockenen, sagt Engels[605] –

---

[602] Johann Joseph Wenzel Anton Franz Karl Graf Radetzky von Radetz (tschechisch: Jan Josef Václav hrabě Radecký z Radče; 1766-1858); böhmischer Adeliger und bedeutendster Heerführer Österreichs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

[603] Klemens Wenzel Lothar (eigentlich Clemens Wenceslaus Nepomuk Lothar) von Metternich-Winneburg zu Beilstein (1773-1859); reaktionärer Staatsmann der Restaurationszeit vor 1848, vor allem auf dem *Wiener Kongress* führende Rolle bei der politischen und territorialen Neuordnung Europas. Als politischer Ausgestalter der *Heiligen Allianz* stand Metternich für das monarchische Prinzip und bekämpfte die nationalen und liberalen Bewegungen.

[604] Joseph II. Benedikt August Johann Anton Michael Adam (1741-1790); Sohn Maria-Theresias, 1764 römisch-deutscher König, aufgeklärt-absoluter Monarch, mit dessen Namen viele Reformen verbunden sind.

[605] Das Zitat von Engels lautet: "*Man bekommt bei diesen ewigen kleinen panics der Franzosen - die alle aus der Angst vor dem Moment hervorgehn, in dem man endlich die Wahrheit erfahren muss - eine viel bessere Idee von der Schreckensherrschaft. Wir verstehn darunter die Herrschaft von Leuten, die Schrecken einflößen; umgekehrt, es ist die Herrschaft von Leuten, die selbst erschrocken sind.*" - Engels an Marx. 4. September 1870. - MEW 33, S.53

das Volk durch Brutalität zu ängstigen suchte. Die Polizei wurde die wichtigste Behörde. Es entwickelte sich ein heimtückisches Spitzeltum. Jedes unbedachte Wort konnte einen in den Verdacht des Jakobinertums, ins Zuchthaus, an den Galgen bringen. Das Misstrauen aller gegen alle war die Folge. Selbst im engsten Familienkreise wagte man nicht mehr, frisch von der Leber weg zu reden. Jeder Mensch war geistig ein Robinson.[606] Wirksam ergänzt wurde die Nadererwirtschaft durch die Zensur. Diese entfaltete eine fieberhafte Tätigkeit. Eine 1801 eingesetzte Zensurkommission verbot 2.500 Bücher. Noch strenger als Literatur und Presse wurde, als das letzte Mittel geistigen Zusammenhalts und Verkehrs, das Theater, überwacht. Im Jahre 1795 ließ sich der Zensor Hägelin in einer Denkschrift über die Aufgaben der Theaterzensur folgendermaßen vernehmen: "Es verstehet sich von selbst, dass die Theaterzensur viel strenger sein müsse als die gewöhnliche Zensur für die bloße Lektüre der Druckschriften ... Zu beobachten, dass keine Gegenstände auf das Theater gebracht werden dürfen, die lediglich und unmittelbar die Religion betreffen ... Dass der Tod Cäsars, dass der Römer Brutus, die Verjagung des Königs Tarquinius[607] und dergleichen Stoffe dermal nicht zulässig seien, versteht sich von selbst. Es können auch keine Begebenheiten aus der Geschichte des Erzhauses aufgeführt werden, deren Ausschlag diesen Regenten nachteilig war. Zum Beispiel die Empörung der Eidgenossenschaft ...; item der Schweizerheld Wilhelm Tell, item die Rebellion der Vereinigten Niederlande ... – Der geistliche Stand darf schon gar nicht auf dem Theater berührt werden, wenn er auch tugendhaft geschildert werden sollte ... Nach diesem ist der Militärstand besonders zu schonen ... Die Gesetzgebung eines Staates oder dessen bestehende Gesetze können überhaupt in keinem Stoffe mit Tadel aufgeführt werden ... Die Zensur hat auch darauf zu sehen, dass nie zwei verliebte Personen miteinander allein vom Theater abtreten ... Charaktere von Ehebrecherinnen können ebenso wenig aufs Theater gebracht werden ... Außerordentliche Flüche und Verwünschungen müssen entweder vermieden oder gemildert werden ... Die Ausdrücke: Tyrann, Tyrannei, Despotismus, Unterdrückung der Untergebenen müssen auf dem Theater so viel als möglich vermieden werden ... Von dem Worte Aufklärung ist auf dem Theater ebenso wenig Erwähnung zu machen als von der Freiheit und Gleichheit."

Und das war das Österreich, in dem Grillparzer aufwuchs, in dem seine Seele die ersten, stärksten, alles weitere entscheidenden Eindrücke empfing. Er hat dieses Vaterland sein Leben lang in allen Knochen gespürt. Der Polizeistaat quälte und misshandelte ihn nicht nur, er brachte ihn so weit, selbst den Zensor gegen sich zu spielen. Trug zur Zeit Napoleons jeder französische Soldat den Marschallstab im Tornister, so hatte damals jeder ordentliche Österreicher den Zensurstift in der Tasche. Konnte im revolutionären Frankreich jeder wachsen, so musste sich im verrotteten Österreich jeder selbst klein machen. Zwar der sechzehnjährige Grillparzer war noch so "rebel-

---

[606] Robinson Crusoe; Roman von Daniel Defoe (1660-1731); 1719 erschienen, gilt als der erste englische Roman.

[607] *Tod Cäsars* (100-44 v.u.Z.), ermordet am 15. März 44 v.u.Z.; *Römer Brutus* (85-42 v.u.Z.), Mörder und einer der Verschwörer beim Tyrannenmord an Cäsar; *Verjagung des Königs Tarquinius*, Lucius Tarquinius Superbus (gestorben um 495 v.u.Z.), der Sage der siebente und letzte König von Rom. Er regierte seit 534 und wurde der Überlieferung nach im Jahr 509 v.u.Z. aus Rom verbannt.

lisch" gesinnt, dass er eine Nachahmung des "Don Carlos" schrieb.[608] Und noch der Achtzehnjährige wollte seiner Empörung über die Erniedrigung Österreichs durch Napoleon in einer Dichtung Ausdruck geben. Aber der Plan wurde nicht ausgeführt. Was dem Preußen Kleist[609] gelungen war, gelang dem Österreicher Grillparzer nicht. Sowohl die Tragödie "Spartakus" als das Schauspiel "Alfred der Große" blieb unvollendet, und einige Jahre später machte sich der Dichter, noch immer ein Jüngling, das bezeichnende Geständnis: "Mit einer unendlich traurigen Empfindung denke ich der Pläne, die ich einst in besseren Tagen machte. Wenn ich mir jetzt die Idee, die mich bei der Ausarbeitung der "Spartakus" begeisterte, bedenke, so *schaudre* ich, und es ist mir kaum begreiflich, sie je gehabt zu haben." Er verstieg sich auch nie wieder zu einer so vermessenen Idee. Er hatte das Gruseln erlernt und wurde vorsichtig bis zur Ängstlichkeit. Er wollte mit dem Staat – zum Überfluss war er 1813 auch noch Beamter geworden – seinen Frieden machen, bevor es zum Kampfe gekommen war.

Denn zum Kampfe kam es. Trotz aller Untertanentreue, trotz der strengsten Selbstzensur hatte Grillparzer die heftigsten Konflikte mit der Zensurbehörde zu bestehen. Den ersten im Jahre 1819 wegen eines "gottlosen" Gedichtes, das bei Hof Ärgernis erregt hatte. Dem Dichter wurde von der Polizei das allerhöchste Missfallen angedeutet, und überdies musste er eine Rechtfertigungsschrift einreichen. Weitere Folgen hatte die Sache zunächst nicht. Als sich aber Grillparzer 1822 um die Skriptorstelle in der Privatbibliothek des Kaisers bewarb, erklärte dieser: "Ja, er taugte wohl dazu, wenn er nur die Geschichte mit dem Papst nicht gehabt hätte." Und Grillparzer bekam die Stelle nicht. Es schrieb damals in sein Tagebuch: "*Hier Landes scheint kein Platz für mich zu sein* und doch wollte ich lieber alles tun und leiden, als es verlassen." Den Gedanken auszuwandern, hat er überhaupt nie ernst erwogen, obwohl sonst der Auswanderungslustigen so viele waren, dass Metternich einmal die tiefsinnige Bemerkung machte : "Merkwürdig, dass alle brauchbaren Leute auswandern wollen." Grillparzer wurde nach und nach in jeder Beziehung ein müder Mann, nur österreichmüde ist er niemals geworden.

Er hat sein Vaterland so sehr geliebt, dass es ein Wunder gewesen wäre, wenn er nicht den heißen Wunsch gehabt hätte, den Österreichern die historische Tragödie zu schenken, die ihnen fehlte. Aber schon der erste Versuch, den er in dieser Richtung machte, nahm einen bösen Ausgang. Er sollte die Erfahrung machen, dass auch die patriotischeste Behandlung geschichtlicher Stoffe "in österreichischen Landen höchst gefährlich" war. Im Jahre 1823 legte er der Zensur "Ottokars Glück und Ende" vor. Aber die konnte sich die längste Zeit nicht entschließen, das patriotische Stück freizugeben, weil sie befürchtete, es würde die Tschechen verletzen. Erst auf Anordnung des Kaisers, der anderer Meinung war als die Zensur, kam es 1825 auf die Bühne. Es hatte einen ungeheuren Erfolg, verschwand aber trotzdem auf Betreiben der böhmischen Kavaliere sehr bald vom Spielplan, und Grillparzer war auch noch Gegenstand heftiger Angriffe in den Regierungsblättern.

Ein tragikomisches Erlebnis hatte er in folgendem Jahre: Er, der verlässlichste aller Patrioten, kam in den Verdacht des Hochverrats. Einzig und allein aus dem Grunde,

---

[608] Gemeint ist Grillparzers Jugenddrama *Blanka von Kastilien* (1807-1809)

[609] Bernd Heinrich Wilhelm von Kleist (1777-1811); deutscher Dramatiker, Erzähler und Lyriker.

weil eine gesellige Verbindung von literarisch und künstlerisch interessierten Leuten, der er angehörte, den Behörden plötzlich als eine Verschwörerbande erschien. Die Untersuchung brachte zwar nur die Dummheit der Polizei an den Tag, aber sie verstimmte Grillparzer aufs tiefste. "Wer mir die Vernachlässigung meines Talents zum Vorwurf macht," schrieb er in sein Tagebuch, "der sollte vorher bedenken, wie *in dem ewigen Kampfe mit Dummheit und Schlechtigkeit endlich der Geist ermattet*. Wie, um nicht immerfort verletzt zu werden, endlich kein Mittel übrig bleibt, als sich unempfindlich zu machen, wie kein Aufschwung möglich ist, wenn man bei jeder Flügelbewegung an den *Plafond der Zensur* anstößt und die Arbeit aufhört, ein Vergnügen zu sein, wenn das Hervorgebrachte die Quelle tausendfältiger Unannehmlichkeiten wird."

Um nicht wieder an den Plafond der Zensur zu stoßen, wählte Grillparzer für sein nächstes Stück von den Stoffen, die gerade sein Interesse hatten, den, wie er glaubte, am wenigsten bedenklichen: die Geschichte des Musteruntertanen Bancbanus. Aber die Tragödie "Ein treuer Diener seines Herrn",[610] die er aus ihr formte, hatte eine ganz unerwartete Wirkung. Zwar die Zensur war dem Dichter diesmal gnädig, aber am Tage nach der ersten Aufführung des Stückes machte Sedlnitzky,[611] der Präsident der Polizeihofstelle, dem Dichter die überraschende Mitteilung, es habe dem Kaiser so gut gefallen, dass er es allein zu besitzen wünsche; Grillparzer solle die Bedingungen angeben, unter denen er diesen Wunsch zu erfüllen bereit sei. (Das bedeutete, dass dem Kaiser das Stück, in dem die Liberalen "ein hohes Lied des Servilismus" erblickten, zu wenig loyal war.) Da der Kaiser sehr sparsam war, hielt es Grillparzer, der sein Werk der Öffentlichkeit erhalten wollte, für das klügste, eine hohe Summe zu verlangen. Aber Sedlnitzky fand seine Forderung mäßig. "Ich muss nun abwarten, was weiter erfolgt", schrieb Grillparzer in sein Tagebuch. "Ende die Sache aber auch wie immer, *die unsichtbaren Ketten klirren an Hand und Fuß*. Ich muss meinem Vaterlande Lebewohl sagen oder die Hoffnung auf immer aufgeben, einen Platz unter den Dichtern meiner Zeit einzunehmen. Gott! Gott! wird es denn jedem so schwer gemacht, das zu sein, was er sein könnte und sollte?"

Dass der Kaiser schließlich auf die Erfüllung seines Wunsches verzichtete, konnte Grillparzer nicht beruhigen. Er wurde noch vorsichtiger, noch verzagter. Er wollte keine Aufregungen, keinen Kampf mehr. Die Streitigkeiten mit der Zensur, die Schikanen, Zurücksetzungen und Demütigungen, die er trotz der korrektesten Pflichterfüllung als Beamter erduldet hatte – und erduldet hatte, während protegierte Talentlosigkeiten und korrumpierte Talente im Staatsdienst mühelos emporgestiegen waren – dieses materielle, moralische und geistige Elend hatte ihn zermürbt. Ruhe! Friede! wurde die Losung des Vierzigjährigen. In dem Märchendrama "Der Traum ein Leben"[612] ließ er den Helden zu folgenden philiströsen Schlüssen kommen:

---

[610] *Ein treuer Diener seines Herrn*; Trauerspiel von Franz Grillparzer (1830); Bancbanus ist hier die Figur des Dieners.

[611] Josef Sedlnitzky Odrowąż von Choltitz (1778-1855); Hofbeamter und Leiter der Polizei- und Zensurhofstelle unter Staatskanzler Metternich

[612] *Der Traum ein Leben*; Märchendrama von Franz Grillparzer (1834)

Eines nur ist Glück hienieden,
Eins: des Innern stiller Frieden
Und die schuldbefreite Brust!
Und die Größe ist gefährlich
Und der Ruhm ein leeres Spiel;
Was er gibt, sind nicht'ge Schatten,
Was er nimmt, es ist so viel.

Eine förmliche Scheu vor der Öffentlichkeit bemächtigte sich des Dichters. Seine letzten Dramen ließ er gar nicht mehr drucken, und in einem Alter, in dem andere Große erst ihre reifsten Werke schufen, hörte er überhaupt zu dichten auf. Österreich hatte seinen größten Dichter endgültig besiegt.

Und das alles sollen die Jubiläumsartikelschreiber erzählen? Unmöglich! Man kann doch – Diskretion Ehrensache – Grillparzer nicht als Vormärzgefallenen besingen. ...

Josef Strasser: **Ein Jubiläum mit Hindernissen**

Der 15. Jänner dieses Jahres ist der hundertfünfundzwanzigste Geburtstag Franz Grillparzers. Für die literarischen Wortführer des offiziellen Oesterreichs eine fatale Bescherung. Was sollen sie tun? Den Tag ohne Sang und Klang vorübergehen zu lassen, wäre wider den literarischen und patriotischen Anstand. Ihn aber festlich zu begehen, hat seine Schwierigkeiten; eine Grillparzerfeier ist, wenigstens in Oesterreich und für Oesterreich, keine so einfache Sache. Der Kerl hat seine Nücken und

Strasser, Josef: Ein Jubiläum mit Hindernissen. – in: Der Kampf, Jg. 9, 1916, S.42;
Beginn des Artikels

Der Sohn
(1917)[613]

Walter *Hasenclever*[614] behandelt in dem Drama, das am Donnerstag zum ersten Mal in der *Volksbühne* aufgeführt worden ist, einen uralten Vorwurf: den Kampf zwischen Vater und Sohn. Dieser Kampf – man braucht bei dem Worte nicht gleich eine Messerstecherei zu denken – hat natürliche und gesellschaftliche Ursachen. Das Kind, das vom ersten Tage seines Lebens an seine Kraft an seiner Umwelt messen muss, fühlt sich schwach, minderwertig und will stark werden. Es stellt sich zu seiner Umgebung in einen Gegensatz, aus dem Feindschaft wird, wenn sich das Minderwertigkeitsgefühl verschärft. Der Gründe zu solcher Verschärfung gibt es viele. Das Kind befindet sich meist nicht unter Seinesgleichen, sondern unter Erwachsenen, neben denen es sich klein, albern unnütz vorkommt; es lebt in einer Gesellschaft, deren Einrichtungen ganz auf die Bedürfnisse der Großen zugeschnitten sind, so dass es sich leicht zurückgesetzt fühlen kann. Zu diesen Übelständen, die nur die *gesellschaftliche Erziehung* beseitigen kann, gesellt sich oft noch die Verständnislosigkeit und Härte der Erzieher, vor allem der Eltern. Der Spießbürger zitiert zwar gern das Sprüchlein von Busch:

Vater werden ist nicht schwer,
Vater sein doch umso mehr...[615]

aber nichts kann ihm den Wahn rauben, dass die körperliche Eignung zur Vaterschaft die geistige und sittliche nach sich zieht. Er fühlt sich nicht veranlasst, über Erziehungsfragen nachzudenken, er hält sich für einen geborenen Jugendbildner. Seine Erziehungslehre ist sehr einfach: Die Jugend ist die Zeit der Vorbereitung auf das eigentliche Leben, und alles, was nicht dieser Vorbereitung dient, ist Unsinn; wobei er unter dem eigentlichen Leben in der Regel nur den Gelderwerb versteht. Aber der gute Mann ist auf dem Holzweg. Das eigentliche Leben, der berühmte Ernst des Lebens fängt nicht erst im Geschäft an, sondern beim ersten Atemzug. Kein Tag unseres Lebens dient nur der Vorbereitung auf die folgenden, jeder hat seine eigenen Bedürfnisse und Forderungen. Und wir Alten müssen die Forderungen der Jugend ebenso ernst nehmen wie unsere eigenen; wir dürfen sie umso weniger geringschätzig behandeln, als unser Nachwuchs nicht zur Selbsthilfe greifen kann, ohne an seiner Seele Schaden zu nehmen. Im Katechismus des gewöhnlichen Erziehers steht freilich nichts davon,

---

[613] j.str.: Der Sohn. – in: Arbeiter-Zeitung, 28. Jänner 1917, S.9f.

[614] Walter Hasenclever (1890-1940); expressionistischer deutscher Schriftsteller. *Der Sohn* (1914) gilt als sein bedeutendstes Drama und als eines der wichtigsten Dramen des Expressionismus. Gezeigt wird die innere Reifung eines Heranwachsenden, thematisiert wird ein Generationenkonflikt. Beginnend als private Auseinandersetzung zwischen Vater und Sohn, entwickelt sich das Drama zu einem gesellschaftlichen Konflikt, der sich in einem revolutionären *Kampf gegen die Väter* entlädt, bevor am Schluss wieder die private Ebene überwiegt.

[615] Das Zitat von Wilhelm Busch stammt aus *Julchen* (1877) und lautet genau: "Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr."

dass die Jugend denselben Anspruch auf Achtung vor ihrer Besonderheit haben soll wie die anderen Lebensalter. Dort heißt es nur: Ehre Vater und Mutter, auf dass du lange lebest auf Erden! Aber wir müssen sagen: Ehre deine Kinder, auf dass sie lange leben und es ihnen wohlergehe auf Erden! Sie brauchen die Achtung ihrer Umgebung, sie brauchen sie mehr als der Erwachsene, weil ihr Selbstwertgefühl noch nicht gefestigt ist. Der Vater, der seinen Kindern die Achtung versagt, gibt ihrem Minderwertigkeitsgefühl die kräftigste Nahrung. Er zwingt sie, ihm, wenn sie sich seelisch behaupten wollen, zu widersprechen, bewusst oder unbewusst gegen ihn zu protestieren, offen oder versteckt den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Sie werden, je nachdem, trotzig oder kriecherisch, gewalttätig oder hinterlistig, sie bedienen sich unbedenklich jedes Mittels, um sich das Gefühl der Überlegenheit zu verschaffen, sie geraten in eine seelische Verfassung, in der ihnen die Opposition, der Kampf Selbstzweck wird, nur das Verbotene begehrenswert, das Erlaubte schal und nichtig erscheint. Die Fehler, die der Erzieher macht, können schwere Störungen im Seelenleben des Kindes zur Folge haben.[616] Am meisten gefährdet erscheint jener junge Mensch, der am spätesten ins Erwerbsleben tritt. Das ist der Intellektuelle. Der Proletarier ist gewöhnlich noch ein halbes Kind, wenn er wirtschaftlich selbständig wird. Im Jünglingsalter, in dem das Verlangen nach Freiheit am stürmischsten auftritt, bevormundet ihn niemand mehr. Der Intellektuelle aber muss sich nicht selten noch in einem Alter gängeln lassen, in dem der Arbeiter schon ein fertiger Mensch ist. Darum begehrt die Jugend in keiner Bevölkerungsschicht so sehr nach Ungebundenheit, führen die Jungen den Kampf gegen die Alten nirgends mit einer solchen Nervosität wie in den sogenannten gebildeten Ständen. Die Rebellion gegen den Vater wird dort ein Programm, eine Weltanschauung, was umso leichter ist, als in keiner Klasse so viel von dem Rechte des Individuums auf Ausleben und Eigenleben geschwätzt wird, nirgends die eigene Persönlichkeit mit einer solchen Ehrfurcht behandelt wird wie unter den Intellektuellen. Nicht zufällig ist das Stück Hasenclevers ein Intellektuellenstück.

Der Dichter glaubt allerdings, dass er uns den Kampf zwischen "dem" Vater und "dem" Sohn schildert, tatsächlich aber zeigt er uns zwei typische Intellektuelle. Der Vater, er ist Arzt und Geheimrat, tut für den Sohn alles, was Gesetz und Sitte verlangen. Er hält ihn standesgemäß, er lässt ihn sorgfältig auf einen Intelligenzberuf vorbereiten, wenn der Junge krank ist, pflegt er ihn gewissenhaft, kurz, er tut alles, was man von einem korrekten Vater verlangen kann. Er übersieht nur das eine, dass der Sohn eine Seele hat, die nach Liebe und Verständnis lechzt. Und darum erntet er statt der Verehrung, auf die er einen wohlbegründeten Anspruch zu haben glaubt, Hass und Verachtung, und wieder versteht er den Sohn nicht. Er sieht nicht, dass er einen Gemütskranken vor sich hat, er erblickt in dem Sohn einen Verworfenen, einen angehenden Verbrecher. Die Gegensätze zwischen den beiden spitzen sich so zu, dass eine Katastrophe nicht ausbleiben kann.

Der Sohn fällt bei der Maturitätsprüfung durch. Fällt durch nicht aus Unwissenheit, sondern aus Protest gegen den Vater. Aber nun, da er vor dem Vater den Misserfolg verantworten soll, verliert er den Mut. Er denkt an Selbstmord – das Äußerste liegt

[616] Wen dieser Zusammenhang interessiert, der sei auf die Arbeiten des Wiener Nervenarztes Alfred *Adler* verwiesen. [Anmerkung Josef Strasser]

ihm immer am nächsten –, aber ein Freund , eine symbolische Figur, die Verkörperung seiner neurotischen Oppositionslust, bringt ihn rasch in eine andere, lebensbejahende Stimmung. Die nun folgende Szene mit dem Fräulein, in der diese Stimmung ihren Ausdruck findet, ist von der zartesten Schönheit.

Der Vater erscheint und es kommt zu einer heftigen Auseinandersetzung. Der Sohn verlangt Achtung vor seiner Persönlichkeit, die Freiheit, nach seinem Kopf zu leben. Der Vater schlägt ihm ins Gesicht und sperrt ihn ein.

Der Freund befreit ihn und bringt ihn in einen Klub zur Erhaltung der Freude, eine Gesellschaft, in der junge Leute blutrünstige Reden halten und noch manches andere tun, was nach ihrer Meinung zur Ausübung der Freiheit gehört. In diesem Kreise verkündet er nun sein Programm; er predigt die Rrrevolution gegen die Väter. Alles jubelt ihm zu, er kostet zum ersten Mal die Wonne des Erfolges.

Noch in derselben Nacht nimmt er bei einer gefälligen Dame Unterricht in der Liebe. Nach dem Abgang des Mädchens kommt der Freund (der, wie gesagt, nur die Rebellenkühnheit des Sohnes vorstellt) und erklärt, er habe dem Alten verraten, wo er seinen Sohn finden könne. Und er steckt diesem für den zu erwartenden Auftritt mit dem Vater einen Revolver zu.

Gleich darauf wird der Sohn verhaftet und dem Vater gefesselt zugeführt. Der Polizeibeamte, der die Überstellung besorgt, redet dem Vater ins Gewissen: Er sei viel zu streng gewesen, viel zu weit gegangen. Unter dem Eindruck dieser Worte reicht der Vater dem Sohne die Hand, aber dieser ergreift sie nicht. In drohenden Worten verlangt er wieder seine Freiheit, bis der Vater, aufs äußerste gereizt, nach einer Peitsche greift. Da zieht der Sohn den Revolver. Zum Schießen kommt er nicht, denn der Vater fällt, vom Schlag getroffen, tot um. Der Sohn hat die heiß ersehnte Freiheit...

Das Stück schildert die neurotischen Träume des Sohnes als wirkliche Geschehnisse. Der Polizeikommissär, der mehr Verständnis für die Vorgänge in einer jungen Seele zeigt als der Vater, der Arzt, ist nur ein Traum, ein Traum, durch den der Sohn sich selbst das Unrecht des Vaters ins hellste Licht rücken will; nur Traum ist auch alles andere: der Freund, das Fräulein, die Dirne, der Verein zur Erhaltung der Freude. Und in allem, was der Sohn träumt, zeigt sich deutlich der nervöse Charakter. Vor allem in seiner beständigen Furcht vor Herabsetzung: die Ohrfeige, die Handfessel, die Peitsche sind nur Angstvorstellungen. Nervös ist auch das ungestüme, maßlose Verlangen nach Erfolgen, das Träumen von einem radikalen Umsturz, wo es sich in Wirklichkeit um keineswegs sehr hoch gesteckte Ziele handelt. Sehr interessant ist auch die letzte Szene: Der Sohn will den Tod des Vaters. Aber nicht eine Revolverkugel führt diesen Tod herbei, der Schlag rührt den Vater. Der Sohn erreicht im Traume, was er will, aber er erreicht es nicht durch die Tat, die er doch für gerecht hält. Er predigt den Kampf mit den äußersten Mitteln, aber er schreckt doch vor dem Äußersten zurück.

Der Dichter hat uns eine Krankheitsgeschichte gegeben. Aber er weiß das nicht, er glaubt, ein Programm zu geben, er will nicht schildern, sondern agitieren. Das muss viele Bedenken gegen sein Stück wachrufen, auch wenn man den Revolver nicht buchstäblich nimmt. Aber die Redlichkeit des jungen Dichters, sein Ernst, seine Leidenschaft, die Schönheit und Kraft seiner lyrischen Szenen (ein Drama im strengen Sinne des Wortes ist ja "Der Sohn" nicht) müssen einen starken Eindruck machen.

Und so wird das Stück, wenn auch in ganz anderer Art, als der Dichter will, der Sache dienen, der es dienen soll. Es wird sich als ein Stück für Elternabende erweisen.

Die von Direktor *Rundt* vorbereitete Aufführung war vortrefflich. Vor allem als Ganzes: Das Unwirkliche, Traumhafte der Vorgänge kam voll zur Geltung. Von den Darstellern ist vor allem Herr *Wolfgang* zu nennen; er bot in der Rolle des Sohnes eine wertvolle Charakterstudie. Sehr gut war auch Herr *Barnay* als Vater; er gab ihn ganz den Vorstellungen des Sohnes entsprechend. Mit rührender Innigkeit spielte Agnes *Straub* das Fräulein. Herr *Marlitz* hätte die Gestalt des Freundes schärfer umreißen können. Die Besetzung der kleineren Rollen ließ nichts zu wünschen übrig. Die Zuschauer zeigten anfangs ein Erstaunen, in das sich etwas Verlegenheit mengte. Aber dann riss die Dichtung sie mit, und der Beifall steigerte sich von Akt zu Akt. Im Namen des Dichters dankte Direktor Rundt.

12 Heller für die Provinz. Montagmittagsblatt 10 h

Redaktion, Administration und Inseraten-Aufnahme: V. Rechte Wienzeile 97. Stadt-Expedition und Kleiner Anzeiger: I. Schulerstraße 13.

Telephone: Redaktion 880, Administration 900, Inseraten-Aufnahme 900, Stadtexpedit. u. Kleiner Anzeiger 9191, Filiale II 40228, X 58244, XIV 83126, XVI 84146, XVII 17126

Telegramm-Adresse: Arbeiterzeitung Wien. Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 19210.

Inserate übernehmen: Bock & Herzfeld, L. Braun, A. Donnenberg, M. Dukes, Haasenstein & Vogler, R. Mosse, J. Rasofsky, H. Schalek in Wien sowie alle Inseraten-Büros des In- und Auslandes.

Morgenblatt.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

10 Heller für Wien. Montagmittagsblatt 8 h

Abonnementsbedingungen: Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 60 h, monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.80. Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Zeitungsverschleißstellen: Monatlich K 2.60. Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.— bei freier Zustellung durch die Post. Deutschland: Vierteljähr. K 12.—, für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 15.—. Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen: I. Schulerstraße 13, Telephon 9191. II. Taxamintengasse 30, Tel. 40228. X. Wielandplatz 5, Telephon 58244. XIV. Vieringerplatz 6, Tel. 83126. XVI. Kleinsgasse 34, Telephon 84146. XVII. Lackenergasse 22, Telephon 17178. XXI. Angererstraße 14. Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie. Offene Reklamationen sind portofrei.

Nr. 26. Wien, Sonntag, 28. Jänner 1917. XXIX. Jahrgang.

Der amtliche Schlachtbericht.

Amtlich wird verlautbart:
27. Jänner.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen des Feldmarschalleutnants v. Ruiz brachten bei ihren Streifungen im Putna- und Cafinutal hundert Gefangene ein. Sonst im Bereich österreichisch-ungarischer Streitkräfte nichts von Bedeutung.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Geschützkampf und Fliegertätigkeit waren im Görzischen lebhafter als gewöhnlich. In der Gegend des Doberdosees hielt das Artilleriefeuer in unverminderter Stärke bis gegen Mitternacht an.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der deutsche Schlachtbericht.

Berlin, 27. Jänner. Das Wolffsche Büro meldet: Großes Hauptquartier, 27. Jänner.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg. Südwestlich von Dixmude wurde ein englischer Posten von zehn Mann ohne eigenen Verlust aufgehoben.

Das „Hinterland".

Niemand redet mehr von der „großen Zeit", da sein Blick auf das „Hinterland" fällt; es ist grauenhaft, was er da wahrnimmt. Was haben sie uns in den Traktätlein, mit denen die Legende vom Kriege erzeugt und verbreitet wurde, von den herrlichen Wirkungen des Krieges auf das so benannte Hinterland erzählen wollen! Wenn die Geschichte nach ihnen geschrieben würde, so wäre das Hinterland als eine Gesellschaft edelster Menschen dagestanden, als eine Versammlung von hochgemuten Charakteren, die nichts im Sinne haben als das allgemeine Beste, und die für das Gemeinwohl alles zu opfern bereit seien, denen sich Selbstsucht nie naht, die der edelsten Gesinnungen voll sind. Der Krieg, so hieß es einstmals, habe alles Niedrige und Gemeine weggeschwemmt, vor seinem Gewittersturm sei alles Häßliche und Egoistische versunken; er habe seine läuternde Kraft an allen bewährt, die feinsten Tugenden zum Blühen gebracht; sein sittlicher Einfluß sei geradezu mit Händen zu greifen. Eine förmliche Wiedergeburt des in Egoismus erschlafften, in Materialismus entarteten Menschengeschlechts gehe von ihm aus; der moralische Ertrag sei so groß, so eindringlich, daß er selbst die Opfer wettmache, die der Krieg der Volksgesamtheit auferlegt. So wurde es geweissagt, in Vers und Prosa verkündet, und wer in die große moralische Reinigung durch den Krieg Zweifel setzte, wer es nicht glauben wollte, daß die Menschheit veredelt wird, indem sie sich

Und dieses Geschlecht von Unredlichen und Skrupellosen aller möglichen Beschaffenheiten wird die Bourgeoisie der künftigen Tage sein! Es ist nicht wahr, daß dem Gewinn und Besitz ein Geruch bleiben wird, der die Menschen zurückschreckt; Geld ist und bleibt der kapitalistischen Gesellschaft die Beglaubigung des Ansehens, der Geltung, ihrer Ehre, und selbst der zweideutigste Profit heischt keine lange Verjährungsfrist, um den Aufstieg in der bürgerlichen Welt vollenden zu können... Man wird schon wahrnehmen, was der Krieg in der Welt angerichtet, was er zerstört, was er hervorgebracht hat. Sie alle, die ihn gepriesen haben, werden vor seinem Grauen noch erschrecken.

Wilsons Friedensprogramm und die Nationalitäten.

Der beliebteste Kriegsvorwand und der geläufigste Rechtfertigungsgrund für den Kriegswillen der Entente ist das Nationalitätenprinzip. Dürfte man den Versicherungen ihrer Staatsmänner Glauben schenken, so würde der Krieg nicht aus wirtschaftlichen Gründen, nicht wegen des imperialistischen Wettstreites der Kapitalisten, noch aus politischen Herrschaftsabsichten geführt, sondern bloß zur Befreiung geknechteter Nationen oder Nationsteile. Die jahrelangen Exzesse des nationalen Chauvinismus auf der einen Seite und die system- und grundsatzlose, zum Teil verkehrte Haltung der Regierenden zum nationalen Problem

Arbeiter-Zeitung, 28. Jänner 1917, S.1

Was ist der Arbeiterrat?

(1919)[617]

Die Arbeiterräte werden wieder gewählt. Diese Wahlen können eine besondere Bedeutung erlangen, denn sie geben den Arbeitern die Möglichkeit, ihre Meinung über die neue Koalition und verschiedene andere politische Neuheiten zum Ausdruck zu bringen. das wird aber nur geschehen, wenn eine in alle Arbeiterviertel, in jeden Betrieb eindringende Agitation über das Wesen der Arbeiterräte Klarheit schafft. Denn heute besteht diese Klarheit in weiten Schichten der Arbeiterschaft noch nicht. Es gibt noch viele Proletarier, die der Anschauung sind, der Arbeiterrat sei eine Organisation unter vielen anderen Organisationen und durchaus keine von den wichtigsten. Ja, es gibt sicherlich Arbeiter genug – organisierte Arbeiter! –, denen ein Sportverein interessanter ist als der Arbeiterrat.

Diesem Vorurteil, dem die Sozialdemokraten durch ihre Gleichgültigkeit, ja ihre Abneigung gegen die Arbeiterräte Vorschub leisten, muss eine tatkräftige, unermüdliche Aufklärungsarbeit entgegenwirken. Die Räteorganisation ist berufen, in den gewaltigen Kämpfen, die der Arbeiterklasse bevorstehen, eine große, eine entscheidende Rolle zu spielen. Der Arbeiterrat wird sich als die wichtigste aller proletarischen Organisationen erweisen. Vor allem hat er vor allen anderen Organisationsformen das eine voraus. dass er auch den letzten, indifferentesten Proletarier erfassen kann. Das hat bisher keine Organisation fertig gebracht. Alle alten Organisationen, die gewerkschaftliche, die politische, die genossenschaftliche, haben immer nur eine Auslese der Arbeiterschaft erfassen können und so, wenn auch nicht absichtlich, einen Keil in die Arbeiterschaft getrieben, eine Arbeiteraristokratie gezüchtet. Die Räteorganisation kann an jede Gruppe des Proletariats, an jeden einzelnen Arbeiter herankommen. Erst dadurch ist die Möglichkeit geboten, die Gegensätze innerhalb des Proletariats zu überwinden, erst dadurch werden die notwendigen Voraussetzungen für die proletarische Demokratie, für die Verwirklichung des Sozialismus geschaffen.

Aber weiter! Wie viele gewerkschaftlich, politisch, genossenschaftlich organisierte Arbeiter nehmen politisch am Leben ihrer Organisation teil? Wie viele besuchen die Versammlungen ihrer Organisation, und wie viele von diesen Besuchern beteiligen sich an den Verhandlungen, die da geführt werden? Wie viele lesen ihr Fachblatt? Viele Organisierte sind nur maskierte Indifferente. Sie bezahlen ihre Beiträge und gehen wählen, wenn ihre Organisation sie ruft – das ist alles. Von der geistlichen und sittlichen Kraft, die sie ihrer Organisation zur Verfügung stellen können, geht der größte Teil verloren. Anders im Arbeiterrat. In ihm hat sich die Arbeiterklasse ein Organ geschaffen, das nicht nur jeden Arbeiter ergreifen kann, sondern auch jeden, den es ergriffen hat, zwingt, das Leben seiner Klasse bewusst mitzuerleben, auf ihr Schicksal

[617] Was ist der Arbeiterrat? – in: Die Rote Fahne, 10. Oktober 1919, S.1

gestaltend einzuwirken. Der Arbeiterrat überlässt seine Arbeiter nicht einer Bürokratie, die sich früher oder später von der Masse absondern, ihr fremd werden, ja sich ihr zuletzt entgegenstellen muss, er nötigt die Masse, selbst zu tun, was ihr Interesse erheischt. Auch der proletarische Klassenkampf hat seine Drückeberger – der Arbeiterrat zwingt sie zum Kampf. Er bedeutet die Generalmobilmachung des Proletariats, die Zusammenfassung und Entfaltung aller proletarischen Kräfte.

Das heißt aber: Erst der Arbeiterrat macht die Arbeiter reif zur Lösung ihrer geschichtlichen Aufgabe. Die Befreiung der Arbeiterklasse muss das Werk der Arbeiter selbst sein. Der Arbeiter selbst – nicht einzelner Schichten des Proletariats, nicht einzelner Führer, denen eine bewusstlose Masse folgt. In den bürgerlichen Revolutionen war es freilich anders. Aber die proletarische Revolution unterscheidet sich sehr wesentlich von allen früheren Revolutionen. Diese hatten in der Hauptsache nur zu zerstören, sie brauchten nur das Überlebte wegzuräumen, das dem Neuen Licht und Luft nahm. Die proletarische Revolution aber muss nicht nur den alten Herrschaftsapparat zertrümmern, sie hat auch eine ungeheure, schwierige, verwickelte Aufbauarbeit zu verrichten, Diese Arbeit, die Sozialisierung, kann nur geleistet werden, wenn die proletarischen Massen – "die Arbeiter selbst" – ihr gewachsen sind, wenn sie jeder einzelne Arbeiter versteht, machen kann und machen will. Sie setzt Fähigkeiten voraus, die den Arbeitern nicht angeboren sind, die sie erst erwerben müssen. In den sozialdemokratischen Organisationen erwerben sie sie nicht: Die sozialdemokratische Bürokratie geht ja, bewusst oder unbewusst, darauf aus, sie im Zustande der Unmündigkeit zu erhalten. Der Arbeiterrat aber muss, aus seinen innersten Notwendigkeiten heraus, alle proletarischen Kräfte zur Entfaltung bringen. Er wird *der Träger der proletarischen Revolution*.

Es gibt allerdings Ungeduldige und Schwärmer, die sich diese Revolution einfacher vorstellen. Sie sagen zwar: "Alle Macht den Räten!", aber sie glauben, es sei nicht notwendig, der Revolution durch die Schaffung einer starken Räteorganisation vorzuarbeiten; sie meinen allen Ernstes, erst müsse Revolution gemacht werden, die zur Ausübung der Diktatur erforderlichen Arbeiterräte würden sich dann schon finden. Die Torheit dieser Auffassung liegt auf der Hand. Aus nichts wird nichts. Die Eigenschaften, die das Proletariat braucht, um seine Aufgaben zu lösen, können nicht über Nacht erworben werden. Darum ist die vornehmste Aufgabe der Revolutionäre die Arbeit im Arbeiterrat.

Freilich, eine Revolution müsste auch kommen, wenn es keinen Arbeiterrat gäbe. Aber wie würde sie verlaufen? Sie würde ein mangelhaft vorbereitetes Proletariat vorfinden und ihm große und nutzlose Opfer auferlegen. Sie würde eine ebenso schmerzhafte als überflüssige Vergeudung proletarischer Kräfte bedeuten. Nur wer sehr übel beraten ist, kann eine solche Revolution wollen. Der ernste Revolutionär bereitet die Revolution vor, und er kann sie vor allem vorbereiten im Arbeiterrat.

Dass die Sozialdemokraten den Arbeitern das sagen, ist natürlich nicht zu erwarten. Sie wollen ja überhaupt keine Revolution, sie glauben, dass wir schön langsam ganz von selbst in den Zukunftsstaat hineinwachsen, dass sich die Sozialisierung automatisch vollzieht. Wer so denkt, der braucht natürlich keinen Arbeiterrat. Die ganze Aufklärung über die Bedeutung dieser Organisationsform muss also von den Kommunis-

ten ausgehen. Mögen das alle Genossen beherzigen und jeder in seinem Kreis unermüdlich für den Arbeiterrat arbeiten!

Die soziale Revolution.

Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschösterreichs.

Redaktion: Wien, I., Stubenring 2. — Telephon 22.7.98.
Administration: Wien, IX., Pulverturmgasse 7.

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.
Preis der Nummer 20 Heller.

Abonnementsbedingungen.
Für Wien: Monatlich zum Abholen K 1.40. — Mit Postversendung K 1.70.
Provinz: Einzelnummer 25 Heller — Monatlich K 1.80.

II. Jahrgang. Wien, 25. Jänner 1919. Nr. 22.

Proletarier, Ihr habt von der Nationalversammlung nichts zu erwarten!

Die „konstituierende Nationalversammlung.

Von Leo N. Trotzky.

Man sagt uns Kommunisten: „Ihr richtet die Macht nicht auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes ein, nicht in der Gestalt einer konstituierenden Versammlung! Ihr waret doch selbst für die „konstituierende Versammlung". Das ist richtig, wir waren dafür. Wir waren immer der Ansicht, daß die konstituierende Versammlung bei weitem besser sei als die zaristische Ordnung, bei weitem besser als die Selbstherrschaft, als die Herrschaft von Plehve, der Stolypinschen Männer, des Adels, — die konstituierende Versammlung ist bei weitem besser als Dies alles. Aber was ist eine konstituierende Versammlung, was ist das allgemeine Wahlrecht? Es ist ein Befragen der gesamten Bevölkerung, eine allgemeine Abstimmung darüber, wer wer will. Alle im Lande werden aufgerufen, die Reichen und die Unterdrückten und die daß die Arbeiterklasse als ein Ganzes, Einheitliches, wie ein Herr über das ganze Land sein soll, daß sie wissen möge, wieviel Land sie habe, wieviel natürliche Reichtümer, Erze, Kohlen, wieviel Maschinen, wieviel Rohstoff, wieviel Arbeitskräfte, wieviel Saatkorn, — daß dies alles eingetragen sei, damit man dies alles genau wissen und die Arbeit planmäßig einteilen könnte. Und zwar wie ein guter Herr: er selbst ist Arbeiter, er selbst ist auch Herr. Seht, so eine kameradschaftliche Genossenschaft ist die kommunistische Wirtschaft.

Ich kehre zur konstituierenden Versammlung zurück. Was ist überhaupt das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht? Was ist lediglich eine Umfrage, eine Abstimmung? Wenn wir hier versuchen würden, namentlich abstimmen? Der eine Teil würde sich für die eine Entscheidung entschließen, der andere Teil aber für eine andere Entscheidung. Wir müssen aber etwas tun! Da aber etwas getan werden muß, so ist es klar, daß diese beiden Teile in der Auffassung auseinandergehen würden, der eine

Die Wahlen in Deutschland und ihre Folgen.

Die Wahlen in Deutschland und zur gesetzgebenden Nationalversammlung sind vorbei und haben das Ergebnis gezeitigt, das wir vorausgesagt haben und das wir auch für Deutschösterreich voraussagen: eine bürgerliche Mehrheit. Allerdings wenn es eine Mehrheit der Scheidemänner gewesen wäre, so hätte dies im Grunde auch nichts an der Sache geändert. Diese Sozialdemokraten haben ja mit der sozialistischen Demokratie nichts als die Bezeichnung ihres Namens gemein und wirken für dasselbe, wofür nun der geeinigte bürgerliche Mehrheitsblock wirkt: für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung des Privateigentums. Im Rahmen der bürgerlichen Gesetzgebung werden in der Nationalversammlung manncherlei „soziale Reformen" gemacht werden, aber die durchgreifende Sozialisierung der Produktion und Grund und Boden [illegible]

Die soziale Revolution, 25. Jänner 1919, S.1 mit einem Artikel von Leo Trotzki

Kommunisten und Arbeiterräte (1919)[618]

Unser Aufsatz "Was ist der Arbeiterrat?" (erschienen am 25. Oktober) hat in der Partei nicht überall Anklang gefunden. Nicht nur einzelne Genossen, auch ganze Organisationen haben gegen ihn erklärt, dass sie der Anschauung, die Kommunisten müssten in den Arbeiterräten die Mehrheit erobern, durchaus nicht beipflichten können. Wir gestehen, dass uns diese Verwahrungen höchlich überrascht haben. Nämlich: In dem angeführten Aufsatz ist die von den Genossen angefochtene Meinung überhaupt nicht ausgesprochen! Aber das macht nichts. Denn wir sind wirklich der festen Überzeugung, dass der Kommunismus erst möglich wird, wenn die Mehrheit der Arbeiter zum Bewusstsein ihrer Lage gekommen ist, also kommunistisch denkt, was natürlich darin zum Ausdruck kommen muss, dass die Kommunisten in den Arbeiterräten die Mehrheit werden.

Um nicht in den Verdacht des Menschewismus zu kommen, wollen wir gleich feststellen, dass unsere Auffassung *auch die Auffassung der dritten Internationale* ist. Die erste Konferenz der dritten Internationale, die im März in Moskau tagte, hat ausdrücklich erklärt,

> dass die *Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern, wo die Rätemacht noch nicht aufgerichtet ist*, in Folgendem besteht:
>
> 1. In der Aufklärung der breiten Massen der Arbeiterklasse über die historische Bedeutung der politischen und praktischen Notwendigkeit einer neuen proletarischen Demokratie, die an Stelle der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus gesetzt werden muss;
> 2. in der Ausbreitung und dem Ausbau der Räte in allen Gebieten der Industrie, beim Militär, in der Flotte, wie auch bei den Landarbeitern und Kleinbauern; und
> 3. in der *Eroberung einer sicheren, bewussten, kommunistischen Mehrheit innerhalb der Räte*.

Das ist klar und deutlich. Und es ist nicht etwa bloß die Meinung der Genossen, die an der Konferenz teilgenommen haben, sondern die in allen kommunistischen Parteien herrschende Ansicht. So heißt es zum Beispiel in der von *Rosa Luxemburg* verfassten Programmbroschüre "Was will der Spartakusbund?" wörtlich: "Die sozialistische Revolution ist die erste, die im Interesse der großen Mehrheit und *durch die große Mehrheit der Arbeitenden allein zum Siege gelangen kann.*" Und an einer anderen Stelle noch schärfer: "*Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen, als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu*

[618] Kommunisten und Arbeiterräte. – in: Die Rote Fahne, 6. November 1919, S.3f.

den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes." Auch *Marx* und *Engels* haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die kommunistische Revolution nur als Revolution der Mehrheit des Proletariats siegreich sein kann.

Dass wir die Diktatur einer Minderheit wollen, ist eine Erfindung der Sozialdemokraten. Sie gibt keinen Anlass des Staunens: Die Not macht erfinderisch. Sonderbar aber ist es, dass es Kommunisten gibt, die den Sozialdemokraten aufsitzen und die sozialdemokratischen Märchen glauben und nacherzählen.

Sie werden vielleicht zu ihrer Rechtfertigung sagen: Seitdem das Privateigentum besteht, hat immer die Minderheit geherrscht. Mitunter sogar eine sehr kleine Minderheit. Auch die Bourgeoisie bildet bei weitem nicht die Mehrheit der Bevölkerung, und doch herrscht sie – und wie sie herrscht! Warum soll es gerade nur einer Minderheit des Proletariats unmöglich sein, sich an der Macht zu behaupten?

Darauf Folgendes: Die Bourgeoisie ist allerdings nur eine kleine Minderheit. Aber sie hat in den anderen Klassen, und zwar nicht nur in den besitzenden, sondern auch im Proletariat, eine starke Gefolgschaft. Es gibt unzählige Menschen, die nicht Ausbeuter, sondern Ausgebeutete sind, aber trotzdem nicht proletarisch, sondern bürgerlich kapitalistisch, ausbeuterisch denken, fühlen und handeln. Haben es denn die klassenbewussten Arbeiter nicht oft erlebt, dass ihnen im wirtschaftlichen und politischen Kampf nicht nur die Bourgeoisie, überhaupt die Besitzenden, sondern auch unaufgeklärte Klassengenossen feindlich gegenüberstanden? Diese Indifferenten und Gelben[619] machen die Bourgeoisie politisch zur Mehrheit; sie ermöglichen es ihr zu herrschen, obwohl sie der Kopfzahl nach eine Minderheit ist. Wie gestalten sich die Dinge aber, wenn irgend eine besondere Situation eine proletarische Minderheit zur Herrschaft bringt? Sie hat sofort die besitzenden Klassen geschlossen gegen sich. Ein Spießbürger kann noch so stumpfsinnig sein – wenn es ihm an den Geldsack geht, so versteht er, was los ist, und setzt sich wütend zur Wehr. In der Bourgeoisie gibt es keine Indifferenten und Gelben, und ihr Widerstand wird verstärkt dadurch, dass sich ein Teil des unaufgeklärten Proletariats gleichgültig, ein anderer sogar feindlich verhält. Das heißt aber: Die Bourgeoisie bleibt politisch nach wie vor die Mehrheit und muss sehr bald wieder zur Macht gelangen.

Man könnte die Frage aufwerfen, ob die proletarische Minderheit ihre Herrschaft nicht durch Gewaltanwendung zu behaupten vermag. Ist nicht ein bewaffneter Mann zwei, drei, zehn Unbewaffneten überlegen? Jawohl, das ist er, aber nur unter ganz bestimmten Umständen. Die Gewalt zeigt sich überall überlegen, wo es nur auf Gewalt ankommt. Aber beim Sozialisieren kommt es eben nicht auf die Gewalt an. Sozialisieren heißt beweisen, dass man ohne die Kapitalisten imstande ist, die Erzeugung und Verteilung der Güter zu leiten und alle anderen Aufgaben der Gesellschaft zu lösen. Dazu gehört nicht Gewalt, dazu gehören ein entwickelter Verstand, Kenntnisse aller Art, alle möglichen Tugenden. Woher soll die proletarische Minderheit sie nehmen? Die Sozialisierung ist ein so ungeheures, so schwieriges Werk, dass alle proletarischen Kräfte

[619] Unter *Gelbe* werden zum Beispiel gewerkschaftliche Organisationen verstanden, die den proletarischen Organisationen feindlich gegenüberstehen, ein freundschaftliches Verhältnis zu den Unternehmer/inne/n anstreben und von diesen im Gegenzug meist auch unterstützt werden. Gelbe hier im allgemeineren Sinne als unternehmer/innen/freundliche Arbeiter/innen.

entwickelt sein und planmäßig zusammenwirken müssen, wenn es gelingen soll. Mit Maschinengewehren kann man nur zerstören, aber nicht das kleinste Bisschen Aufbauarbeit leisten. Wer mit Gewalt sozialisieren wollte, der würde also sehr bald dahinter kommen, dass er ein armer Teufel ist, hätte er auch alle Maschinengewehre der Welt. Wobei noch anzumerken ist, dass sich eine proletarische Minderheit, die den Produktionsprozess nicht zu leiten versteht, selbst im Besitz der physischen Gewalt nur kurze Zeit zu behaupten vermöchte, weil eben auch Maschinengewehre nicht fertig vom Himmel fallen, sondern produziert werden müssen.

Wien, Mittwoch 29. Oktober 1919.
Nr. 141. — 2. Jahrgang.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Die Rote Fahne

Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschösterreichs.

Erscheint außer Montag täglich 6 Uhr früh. Einzeln 14 Heller.

Redaktion u. Expedition: Wien, VI. Neubaugasse 68. — Tel. 32.4.88. Verwaltung: VII. Kaiserstraße 60. — Tel. 11.1.60.

Bedingungen: Monatlich z. abholen K 3.20. Mit Zustellung ins Haus K 3.40. Provinz: Einzeln 18 h. Monatlich mit Postversendung K 3.80.

Vormarsch der Roten Truppen an allen Fronten.

Moskau, 28. Oktober. (Funkspruch des T.-K.-B.) Bericht über die Lage von St. Petersburg vom 27. Oktober: Der dritte Tag des Angriffes der Roten Truppen hat mit der Eroberung von sechs Ortschaften 10 Werst südöstlich von Krasnoje Selo, das sich seit 25. d. abends in unserer Hand befindet, und mit der Gewinnung einiger Positionen sechs Werst nordwestlich von Gatschina geendet. Einige hundert Gefangene, mehrere Geschütze, über 20 Maschinengewehre und viel Kriegsmaterial sind in unsere Hand gefallen. Die Angriffe der Weißen Truppen haben an Stoßkraft bedeutend nachgelassen.

Von den anderen Fronten nichts Wesentliches. Der Vormarsch der Roten Truppen dauert überall an.

Nach gestern eingelaufenen genaueren Nachrichten wurden im Gebiet von Orel während der kurzen Besetzung durch die Denikinschen Truppen von diesen über 5000 Juden getötet.

Judenitsch gesteht seine Niederlage.

Berlin, 28. Oktober. Die „Voss. Ztg." gibt folgende dem Blatte „Prisyw" zugekommene Kampfberichte von der russischen Front, unter dem 27. d. eingetroffen, wieder:

Front des Generals Judenitsch: Die Unternehmung gegen Petersburg hat wegen Mangels an der notwendigen Unterstützung nicht den erhofften Erfolg gefunden. Der Feind ist zum Gegenangriff übergegangen.

Gegen Kronstadt, das schon die weiße Flagge gehißt hatte, ist nicht rechtzeitig ein Landdetachement ausgesetzt worden. Die Festung hißte darum wieder die rote Flagge und bildet eine ständige Bedrohung unserer linken Flanke.

Bereitet die Reichskonferenz vor!

Die Reichskonferenz, die am 7. und 8. Dezember in Wien tagen soll, wird in den Organisationen mit Ungeduld erwartet und viele Genossen sind sogar der Meinung, daß es gut wäre, sie um ein paar Wochen früher abzuhalten. Diese leidenschaftliche Teilnahme an den Parteiangelegenheiten ist sehr erfreulich, aber wir dürfen uns von ihr nicht verleiten lassen zu überhasten, was Bedachtsamkeit erfordert. Machen wir uns doch klar, was die Konferenz soll. Sie ist berufen, die Klarheit zu schaffen, an der es bisher in der Partei fehlt hat. Sie soll Klarheit schaffen in jeder Beziehung, über die Grundsätze, über die Taktik, über die Organisationsarbeit der Partei. Denn über alle diese Dinge haben verschiedene Genossen verschiedene, ja entgegengesetzte Meinungen. Wir haben uns bisher über diese Gegensätze hinweggetäuscht — es ist allgemein bekannt, mit welchem Erfolg. Wollen wir in Zukunft andere Erfolge erzielen, so müssen wir zu einer Klärung kommen. Die Konferenz soll sie schaffen. Aber das kann sie nur, wenn wir sie gründlich vorbereiten.

Mancher Genosse wird fragen: Nun, warum hat sie denn der Parteivorstand noch nicht vorbereitet? Aber mit dieser Frage kommen wir schon auf den Holzweg. Selbstverständlich: der Parteivorstand muß an den vorbereitenden Arbeiten in hervorragender Weise beteiligt sein — wir werden darüber noch sprechen —, aber allein kann er die Vorarbeiten zur Konferenz nicht leisten. Jede Organisation, jeder einzelne Parteigenosse muß sich an ihnen beteiligen. Wir müssen mit dem sozialdemokratischen Vorurteil, daß die Parteiarbeit in der Hauptsache eine Angelegenheit der Führer sei, endlich einmal, wenigstens in unseren Reihen, aufräumen. Der Satz von Marx, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein muß, bedeutet nicht, daß die Arbeiter nichts anderes zu tun haben, als sich für den Augenblick, in dem der große Kladderadatsch kommt, bereitzuhalten, und daß alles übrige nur die Führer angeht. Diese Auffassung ist zwar sehr bequem, aber grundwollen nicht streiten und zanken, wir wollen uns auseinandersetzen, um zu einer Einigung zu gelangen. Ist dieser Wille zu Einigkeit bei allen vorhanden, dann werden gerade die schärfsten Diskussionen die zweckdienlichsten sein.

Selbstverständlich werden sich Parteivorstand und Presse, und zwar von Anfang an, an der Diskussion beteiligen. Aufgabe des Parteivorstandes wird es sein, seine Anschauungen über alle Fragen, die auf der Konferenz besprochen werden müssen, in Resolutionen und Anträgen auszusprechen und zu den Anträgen, die aus den Organisationen kommen, rechtzeitig Stellung zu nehmen. Ebenso wird sich die Presse über alle Fragen, die auf der Tagesordnung der Konferenz stehen, äußern und auch Meinungen, die von den übrigen abweichen, zum Wort kommen lassen.

Das alles braucht aber Zeit. Und vielleicht wäre es deswegen gut gewesen, die Konferenz später abzuhalten. Jedenfalls müssen wir aber die wenigen Wochen, die uns von der Konferenz trennen, sinnvoll ausnützen, wenn wir ganze Arbeit machen wollen.

Die Krise in der deutschösterreichischen Kommunistischen Partei.

Von Arnold Struthahn.

3. Die ungarische Putschtaktik in Wien.

Die revolutionären Arbeiter Wiens waren durch diese Ereignisse elektrisiert. Nicht nur die kommunistischen, sondern auch die sozialdemokratischen. Die kommunistischen Führer hielten sich für verpflichtet, mit aller Kraft für die Proklamierung der Räterepublik zu agitieren. Sie hatten vollkommen Recht, wenn sie den Sozialdemokraten entgegenhielten, daß die Errichtung der Räterepublik in Wien das Kampffeld ausbreiten und dadurch auch die Möglichkeit schaffen würde, die großen Lebensmittelschwierigkeiten zu über-

Die Rote Fahne, 28. Oktober 1919, S.1

Die Reichskonferenz.
Das Referat über die Richtlinien der kommunistischen Politik.
(1919)[620]

Strasser:

Es kann nicht bestritten werden, dass die Gründung der kommunistischen Partei verfrüht war. In der letzten Zeit des Krieges war ein großer Teil der Arbeiterschaft, der unorganisierten, wie auch der organisierten, mit der sozialdemokratischen Partei außerordentlich unzufrieden. In den sozialdemokratischen Organisationen ist damals fürchterlich geschimpft worden: "Der Seitz ist bestochen", "der Renner hat sich kaufen lassen" usw. Diese Missstimmung der Massen gegen die sozialdemokratischen Führer hat manche Genossen zu dem Glauben verleitet, es sei der Zeitpunkt nahe, in dem sich die Massen von der sozialdemokratischen Partei lossagen würden. Diese Hoffnung war eitel. Das ließ schon der Jännerstreik erkennen, wo die Sozialdemokraten ohne besondere Anstrengung obsiegen konnten und von dem nichts übrig blieb, als jener sogenannte Arbeiterrat, der nichts anderes war als eine etwas erweiterte sozialdemokratische Lokalkonferenz. Trotzdem glaubten die Genossen, die Arbeiter würden sich in Massen der kommunistischen Partei anschließen. Einen weiteren Irrtum zeugte die sogenannte Novemberrevolution. Man glaubte, es könne ihr sofort die Errichtung der Rätediktatur folgen, obwohl für diese alle Voraussetzungen fehlten. Die falsche Abschätzung der Verhältnisse beeinflusste die Politik der Partei in der nachhaltigsten Weise. Die Partei ging von der Voraussetzung aus, sie werde nach nunmehr kurzem Kampfe die Macht an sich reißen und dauernd behaupten können. Niemand glaubte, dass die soziale Revolution ein Prozess ist, in dem auf Siege Niederlagen folgen, Rückschläge und Stockungen eintreten können.

Die Führung der Partei wurde in ihrer Auffassung bestärkt durch die Stimmung der Massen, die der Partei folgten. Vor allem waren es die Heimkehrer aus Russland, die, noch ganz unter dem Eindruck ihres gewaltigen Erlebnisses in der Sowjetrepublik, die Fähigkeit verloren hatten, die österreichischen Verhältnisse zu sehen, wie sie waren. Dazu kam, dass sich der Partei fast nur die verelendetsten, am schwächsten organisierten und am schlechtesten geschulten Schichten des Proletariats anschlossen, die aus der Unerträglichkeit ihrer Lage den Schluss zogen, so sei eine baldige radikale Änderung der Verhältnisse zu ihren Gunsten möglich: die Not am höchsten, die Hilfe am

[620] Strasser: Die Reichskonferenz. Das Referat über die Richtlinien der kommunistischen Politik. – in: Die Rote Fahne, 12. Dezember 1919, S.2. Das Referat ist auch abgedruckt in: Protokoll der 3. Reichskonferenz der KPdÖ am 7. und 8. Dezember 1919, Wien 1920, S.65ff. Der hier wiedergegebene Text folgt der *Roten Fahne*.

nächsten. Auch waren diese verelendetsten und schwächsten Schichten der Arbeiterschaft keineswegs die erprobtesten und tüchtigsten Kämpfer. Endlich kommt in Betracht, dass die Führung der Partei einer Gruppe von jungen Intellektuellen zufiel, die weder theoretisch noch praktisch auf ihre Aufgabe vorbereitet war. Diese Umstände erklären alle Fehler, die die Partei in ihrem ersten Jahr gemacht hat, insbesondere der Verzicht auf eine gründliche Aufklärungsarbeit und auf den Aufbau einer starken Organisation, auch der Gründonnerstag und der 15. Juni.[621] Es waren die Fehler der *Unreife*.

Unsere Aufgaben

Heute glaubt in der Partei niemand mehr, dass die soziale Revolution eine Sache von vierzehn Tagen ist. Niemand denkt an eine Wiederholung des 15. Juni. Wir wissen, unsere Aufgabe ist die *revolutionäre Massenaktion*, eine Massenaktion, die wir, so gut wir können, durch agitatorische und organisatorische Arbeit vorbereiten müssen. Die Aufklärung muss im Kampfe und durch den Kampf erfolgen. Wir müssen den in Bewegung geratenen Massen zeigen, woher ihr Elend kommt, welche Waffen ihnen zur Verfügung stehen und insbesondere, welche Waffen unwirksam sind. Die Auffassung, dass wir zur Aufklärung keine Zeit mehr haben, weil der Kommunismus vor der Tür steht, gehört der Vergangenheit an. Ebenso die Meinung, dass wir uns mit einem Organisationsersatz begnügen können und müssen.

Der Parteivorstand hat auf Grund der Erfahrungen, die wir gemacht haben, in seinen Richtlinien verschiedene Formen des Kampfes abgelehnt. So vor allem die *Einzelaktion*, das Attentat und die sogenannte individuelle Expropriation.[622] Das Attentat, das

---

[621] Am *Gründonnerstag*, 17. April 1919, kam es vor dem Wiener Parlament zu einer Demonstration von Arbeiter/inne/n, Arbeitslosen und Kriegsheimkehrern gegen die schlechte Versorgungslage. Eine linksradikale Strömung um Franz Koritschoner und ungarische Emissäre in der KPÖ hatte versucht, die geplante Demonstration zu weitergehenden Aktionen und zur Machtergreifung einer *aktiven Minderheit* auszunützen. Staatskanzler Renner befürchtete einen Sturm auf das Parlament und ließ die Volkswehr aufmarschieren. Die Kundgebung wurde mit Gewalt aufgelöst, was zu sechs Toten und ungefähr fünfzig Verletzten führte. Am *15. Juni 1919* war eine Demonstration von Arbeitslosen, Heimkehrern und Invaliden geplant, die vom linksradikal dominierten *Direktorium* der KPÖ zur Machtergreifung benützt werden sollte. Die Polizei hatte bereits am Vorabend 130 Kommunist/inn/en, die an einer Vertrauensmännerkonferenz teilgenommen hatten, verhaftet; die führerlose Menge versuchte am Folgetag die Verhafteten zu befreien – auf der Strecke blieben 12 Tote und 80 Schwerverletzte, von denen 8 in der Folge starben.

[622] Unter *individuelle Expropriation*, auch *individuelle Wiederaneignung* (französisch: *reprise individuelle*), wird eine Form der (individual-) anarchistischen *direkten Aktion* verstanden, die auf die Entwendung des Besitzes Wohlhabender abzielt. Unternehmer/innen, Politiker/innen und kirchliche Würdenträger sollten über Diebstahl, Einbruch oder Raub direkt enteignet werden. Die *individuelle Expropriation* wird dabei als Widerstand gegen eine ungerecht empfundene Sozialordnung betrachtet. Mit *den individuellen Expropriationen* waren die Aktionen des Floridsdorfer Arbeiterratsmitglied Johann Lumpi gemeint. Dieser wollte nicht nur mit seiner Gruppe in der Nacht vom 27. zum 28. Juli 1919 die Nordbahnbrücke sprengen, sondern er plünderte mit zwei weiteren Genossen auch, als die Parteikasse leer war, im Herbst 1919 kurzerhand die Opferstöcke der Kirchen und Kapellen im umliegenden Niederösterreich. – Starch, Die KPÖ und die Komintern, a.a.O, S.143; Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich. 1918-1924. – Wien 1987, S.551

ein einzelner, von der Masse losgelöster Mensch begeht, ist zwecklos, weil es nicht das System trifft, gegen das wir kämpfen, sondern nur eine einzelne Person. Es ist auch geeignet, in den Massen den Glauben zu erzeugen, der revolutionäre Kampf sei Sache einzelner hervorragender Persönlichkeiten. So hörte man nach dem Attentat Friedrich Adlers[623] von sozialdemokratischen Arbeitern sofort die Äußerung: "Zehn solche sollte es geben", eine Massenbewegung aber haben die Schüsse auf den Grafen Stürgkh nicht hervorgerufen. Die Privatexpropriation lehnen wir ab, weil sie, um von ihrer Wertlosigkeit erst gar nicht zu reden, die Gefahr mit sich bringt, dass sich lumpenproletarische Elemente in die Bewegung einschleichen und sie demoralisieren und zersetzen.

Nun zur Frage des *Putschismus*. Ich habe schon festgestellt, dass niemand unter uns heute an einen Putsch denkt. Keineswegs ist aber die Theorie des Putschismus schon ganz überwunden, die Auffassung, dass es einer kleinen Anzahl beherzter und zielbewusster Männer möglich ist, die revolutionäre Massenaktion zu ersetzen. Diese Auffassung ist falsch und kann, auch wenn sie nicht zu putschistischen Abenteuern führt, nur schädlich wirken. Denn die Bedingungen der proletarischen Revolution sind andere als die der bürgerlichen Revolution. Die proletarische Revolution ist nur möglich als das Werk zielbewusster, organisierter Massen, weil nur solche Massen die Arbeit der Sozialisierung leisten können. Darum muss die kommunistische Partei ihr Hauptaugenmerk darauf richten, Einfluss auf die Mehrheit der Arbeiterschaft zu gewinnen, sie von der Richtigkeit der kommunistischen Anschauungen zu überzeugen. Das heißt natürlich nicht, dass jeder Arbeiter ein geprüfter Marxist sein muss. Es gilt aber, endgültig mit der Anschauung zu brechen, dass die proletarische Revolution das Werk einer erlesenen Minderheit sein kann und muss. Man wird mich wegen dieser Äußerung wieder Menschewik nennen. Demgegenüber weise ich darauf hin, dass ich nicht der Einzige in der kommunistischen Partei bin, der auf diesem "menschewikischen" Standpunkt steht. Auf ihn hat sich in seinem von Rosa *Luxemburg* verfassten Programm auch der *Spartakusbund* gestellt, der über den Verdacht des Menschewismus wohl erhaben ist. (Der Redner verliest mehrere Stellen aus dem genannten Programm, unter anderem die folgende: "Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit des Proletariats Deutschlands, die sich zu seinen Kampfmethoden bekennt.") Die deutschen Kommunisten sind auch in ihrer Praxis vom Putschismus ganz abgekommen. Die Arbeit der Partei muss vor allem darauf gerichtet sein, die Massen zusammenzufassen und zum *organisierten* Kampf zu führen. Dabei müssen wir uns die Vorstellung aus dem Kopf schlagen, dass es bei jeder Aktion gleich ums Ganze geht. Wie haben es denn unsere deutschen Genossen gemacht? Sie haben unermüdlich agitiert, organisiert, in jede spontane, in den Massen entstandene Bewegung eingegriffen und erst

[623] Friedrich Adler (1879-1960), sozialdemokratischer Politiker und Sohn des Parteigründers der österreichischen *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (SdAP) Viktor Adler. Am 21. Oktober 1916 erschoss er den österreichischen Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh, "um gegen Krieg und Ausnahmezustand zu protestieren". Zunächst zum Tod verurteilt, wurde er zu 18 Jahren Kerkerhaft begnadigt und 1918 nach dem Zusammenbruch der Monarchie amnestiert. 1923 bis 1940 (General-) Sekretär der *Sozialistischen Arbeiterinternationale* (SAI).

dann den Kampf um die ganze Macht aufgenommen, als sie die Massen hinter sich wussten.

Wir müssen damit rechnen, dass die nächste Zeit sehr bewegt sein wird. Es werden Streiks ausbrechen. Die Arbeiter werden höhere Löhne verlangen. Wir wissen, dass die [Preise der] Lebensmittel rascher steigen als die Löhne, dass also bloße Lohnerhöhungen die Verschlechterung der Lebenshaltung des Proletariers nicht verhindern können. Wie stellen wir uns nun zu Lohnbewegungen? Sollen wir es machen wie die Sozialdemokraten, die solche Bewegungen hintanzuhalten oder so rasch als möglich mit einem "billigen" Kompromiss abzuschließen suchen? Nein. Aber wir müssen den Arbeitern immer wieder erklären, dass Lohnerhöhungen *allein* ihnen heute wenig nützen können. Dass die Verteilung nach anderen Grundsätzen geschehen muss als bisher. Heute bekommt einer umso mehr, je weniger Arbeit er leistet. Demgegenüber muss die Arbeiterschaft fordern, dass aus dem wenigen, was vorhanden ist, vor allem die arbeitende Bevölkerung befriedigt wird. Wenn die Sozialdemokraten sagen: Das wichtigste ist heute die Produktion, so muss man ihnen antworten: Gerade deswegen muss vor allem die Arbeitsfähigkeit der Arbeiter erhalten werden. Gerade deswegen müssen ihre Ansprüche zuerst befriedigt werden durch eine Änderung der Verteilung. Weiter: Mit dem Vorhandenen könnte, so wenig es ist, viel mehr erreicht werden. Es wird ungeheuer viel vergeudet. Der Kleinbetrieb, in der Produktion und in der Haushaltung, bedeutet eine sinnlose Verschwendung. Ihr kann entgegengearbeitet werden. Freilich, die Sozialdemokraten behaupten, dass uns nichts anderes übrig bleibt als die Ergebung in unser Schicksal. Das ist aber nur richtig, so lange die Arbeiter an der Koalition festhalten, es wird falsch, sobald sie zum Kampf übergehen, sobald sie nicht Reformen in der bürgerlichen Gesellschaft verlangen, sondern sozialistische, kommunistische Forderungen erheben. Es wird dann nicht gleich alles gut werden, aber es wird besser werden. Vor allem werden die Arbeiter das Vertrauen zu der eigenen Kraft, proletarischen Trotz und Stolz wiederfinden, was unvergleichlich mehr wert ist, als alle "Erfolge" der Bettelpolitik, die die Koalition treibt. Überhaupt können wir vom Parlamentarismus nichts erwarten, ausgenommen den einzigen Fall, dass eine Situation eintritt, in der der Parlamentarismus allein dem Proletariat die Möglichkeit bietet, sich auf legale Weise zu betätigen.

Der Redner bespricht nun die Frage der *Arbeiterräte*. Er entwickelt die aus der "Roten Fahne" bekannten Anschauungen und fährt dann fort: Wenn wir sagen, dass die Arbeiterräte die natürlichen Träger der Revolution sind, so heißt das natürlich nicht, dass wir den Arbeiterrat für ein Wunderwesen halten, dem geheimnisvolle revolutionäre Kräfte innewohnen. Der Arbeiterrat kann nur revolutionär wirken im lebendigen Zusammenhang mit den Massen der Arbeiterschaft. Wer da glaubt, dass Arbeiter nur ihre Räte zu wählen brauchen und dass diese dann allein, isoliert eine revolutionäre Tätigkeit entfalten können, der ist natürlich auf dem Holzweg. Die Arbeiterräte können nur wirken als Vollstrecker des Massenwillens, also wenn sie in der engsten Fühlung mit den Massen stehen. Die Frage: Was tun wir, wenn die Masse revolutionär ist, der Arbeiterrat aber nicht oder umgekehrt? beruht auf der unmöglichen Voraussetzung, dass der Arbeiterrat von der Masse abgesondert und unabhängig existiert. Wo der Arbeiterrat seinen Namen verdient, kann dieser Fall nicht eintreten: ein wirklicher Arbeiterrat

kann nur die Stimmungen und Anschauungen der Massen zum Ausdruck bringen. Er kann und soll die Aktion der Massen leiten, aber er kann nicht an die Stelle der Massen treten. Die Befreiung der Arbeiterklasse muss das Werk der Arbeiter selbst sein: Der Arbeiterrat ist nur das wichtigste Werkzeug der revolutionären Massenaktion.

Der Redner bricht ab. Es tritt die Mittagspause ein. In der Nachmittagssitzung führte Genosse Strasser seine Ausführungen zu Ende. Er besprach die Richtlinien des Genossen Friedländer und die Anträge, die sich gegen die politische Haltung der "Roten Fahne" richten.[624]

Josef Strasser (dritter von rechts, stehend) auf dem 2. Kongress der kommunistischen Internationale in einer Diskussion mit Lenin und italienischen Delegierten (Juli/August 1920)[625]

[624] Paul Friedländer war seit März 1919 im Parteivorstand der KPDÖ für die Rätearbeit verantwortlich. Am 3. Parteitag ging er davon aus, dass sich die revolutionäre Krise von Tag zu Tag weiter zuspitze, und positionierte sich als Gegner der von Strasser befürworteten geduldigen Aufklärungsarbeit in den Arbeiterräten und in der Arbeiter/innen/klasse. In seinen Positionen kamen die nach wie vor starken voluntaristischen Tendenzen der frühen KPÖ zum Ausdruck.

[625] vgl. dazu: Strasser, Der Arbeiter und die Nation [1982], a.a.O., S.109

Der fünfte Reichsparteitag der K.P.Ö.

[Referat Gen. Strasser]

(1922)[626]

Vorsitzender *Wertheim*: Es wurde gestern beschlossen, die Debatte in zwei Teilen abzuführen, heute werden wir zunächst die *Generaldebatte* hören und verlegen die Spezialdebatte auf einen späteren Zeitpunkt. Zuerst bitte ich Sie, dem Gen. Strasser zu gestatten, hier ausführlicher zu sprechen, da er bis jetzt noch keine Gelegenheit ergriffen hatte, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Das Wort hat

Gen. Strasser:

Werte Genossen und Genossinnen! Wir haben aus dem Munde des Gen. Frey[627] ein leidenschaftliches Bekenntnis zum Zentralismus vernommen. Gestatten Sie, dass nunmehr ich, weniger leidenschaftlich, aber nicht weniger bestimmt, ein Bekenntnis zur Demokratie ablege. Es ist dies allerdings unter den Verhältnissen, die gegenwärtig in unserer Partei herrschen, keine ungefährliche Sache. Wenn früher in der Partei jemand eine abweichende Meinung aussprach, pflegte man ihm Argumente entgegenzuhalten. Heute tut man das, offenbar um Zeit zu ersparen, nicht mehr. Er ist ein Schurke oder: er ist ein Idiot. Wenn das nicht geht, sagt man: Es ist noch viel ärger, er ist ein Sozialdemokrat, ein Lewit,[628] ein Menschewik, ein Saboteur, ein Liquidator. Er ist alles mögliche, nur kein Kommunist. Genossen! Es ist notwendig, zwischen uns vollständige Klarheit zu schaffen. Das System der schleichenden Verleumdung muss verschwinden. Es ist notwendig, dass klar und offen gesprochen wird, dass wir alle Farbe bekennen. Ich werde den Anfang machen.

---

[626] Der fünfte Reichsparteitag der K.P.Ö. – in: Die Rote Fahne, 31. März 1922, S.3f.

[627] Josef Frey (1882-1957), Redakteur der *Arbeiter-Zeitung*, ab November 1918 Vorsitzender des Wiener Soldatenrates. 1920 Bruch mit der Sozialdemokratie, 1921 Eintritt in die KPÖ. Führende Persönlichkeit der österreichischen Linksopposition, 1934 treibende Kraft in der Gründung des illegalen *Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse*. 1938 Flucht und Emigration.

[628] Gemeint sind die Anhänger/innen von Paul Levi (1883-1930). Neben Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gehörte er zu den Gründer/inne/n der KPD, deren Vorsitz er von März 1919 bis Februar 1921 innehatte, als er nach Ablehnung der *Offensivstrategie*, die in der Leitung der Partei eine Mehrheit hatte, zurücktrat. In der Broschüre *Unser Weg. Wider den Putschismus* kritisierte Levi die putschistische Taktik der KPD beim Märzaufstand 1921 öffentlich. Nachdem er diese Kritik aufrechterhielt, wurde er auf Betreiben der Mehrheit der Komintern-Führung um Sinowjew aus der KPD ausgeschlossen. Levi schloss sich daraufhin den Resten der *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (USPD) an und kehrte wenig später wieder in die SPD zurück. *Lewit* war zu dieser Zeit ein Synonym für Sympathisant/inn/en des rechten Flügels innerhalb der Parteien der Kommunistischen Internationale.

Ich erkläre Ihnen: Wenn wirklich ein Kommunist all die Anschauungen haben muss, die Gen. Frey jeweils als kommunistisch bezeichnet, dann bin ich ganz bestimmt kein Kommunist, dann muss ich mir sagen, ich habe mich 34 Jahre lang irrtümlich für einen Kommunisten gehalten, und es ist die große Tragödie meines Lebens, dass Frey erst vor einem Jahr Kommunist geworden ist und mich erst jetzt im ABC des Kommunismus unterweisen kann. Denn jetzt gehen in meinen alten Schädel seine Gedanken nicht mehr hinein. Ich bleibe Demokrat. Damit nicht meinen Freunden Gelegenheit zu erwünschten Missverständnissen geboten werde, will ich feststellen: Wenn ich jetzt von Demokratie rede, so ist nicht die Rede von dem Verhältnis zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft, nicht davon, ob die Proletarier nur durch die Diktatur oder auch, wie die Sozialdemokraten behaupten, durch die bürgerliche Demokratie siegen können. Ich stehe natürlich auf dem Standpunkte, dass nur die Diktatur des Proletariates den Sieg verbürgt. Hier handelt es sich aber um eine andere Frage: ob innerhalb der Kommunistischen Partei irgendeiner Körperschaft diktatorische Befugnisse über Proletarier zugestanden werden können. Wie stehen also wir Demokraten zur Frage des demokratischen Zentralismus? Ob demokratischer Zentralismus notwendig ist, darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit zwischen uns. Es ist nicht die Frage, soll er sein oder nicht, sondern, wie muss sich das Verhältnis zwischen Demokratie und Zentralismus gestalten. Ich sage: Zentralismus ist notwendig, ein sehr straffer Zentralismus sogar, aus dem einfachen Grunde, weil es die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist, die vielen Tausend Einzelwillen ihrer Mitglieder zu einem Gesamtwillen zusammenzuschweißen, aber der Zentralismus darf nicht die Demokratie erschlagen, und ich habe den Eindruck, dass in diesem Organisationsstatut ein solcher Mordanschlag versucht wird. (Zwischenruf Ferschitz.) Ah, der Genosse Ferschitz meldet sich. Sie sind mir schon abgegangen! (Antwort: Freut mich!) Sie werden fragen, warum wir einen so großen Wert auf die Demokratie legen. Eben deswegen, weil die Demokratie das zweckmäßigste Mittel ist, die Selbsttätigkeit des Proletariats zu entwickeln. Und diese ist notwendig, denn wie Marx sagt, kann die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein, sie kann nur durch ihre geschichtliche Selbsttätigkeit erreicht werden.

Die Demokratie innerhalb der Partei gibt den Massen der Arbeiter, die ihr angehören, die größte Möglichkeit, sich zu betätigen, und sie übt zugleich die größte Nötigung zur Selbstbetätigung. Wir meinen: Die Führer der Partei sind Organe des Massenwillens. Nach der Auffassung der andern soll die Masse ein Werkzeug sein, das die Führer handhaben, das Schwert in der Hand der Führer.

Lassalle sagte: der Hammer in seiner Hand.[629] Diese Auffassung ist unrichtig, denn praktisch angewendet unterbindet sie die Selbständigkeit der Massen, sie hindert die

[629] Lassalle hielt für den *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein* (ADAV) eine "diktatorische" Organisation für notwendig, da er auf einen schnellen politischen Erfolg setzte und eine Anhänger/innen/schaft für nötig hielt, die ihm blind vertraute. Als Präsident des ADAV konnte Lassalle alle Entscheidungen allein treffen, er musste sie nur innerhalb eines Vierteljahres nachträglich vom Vorstand genehmigen lassen. "Gleichwie Lassalle später den Ausspruch tat, dass die angebliche Willenlosigkeit des Fräulein von Doenniges eine wesentliche Bedingung seines Wohlgefallens an ihr sei und dass seine Frau sein sollte wie die Flöte in der Hand des Künstlers: So auch sollte der Allgemei-

Proletarier, das so notwendige Werk der Selbsterziehung zu vollbringen. Sie setzt an die Stelle der Selbsterziehung den alten militärischen Drill, aber ohne die Machtmittel des alten Militarismus. Der alte Militarismus hatte es ja leicht. Der Führer befiehlt, und der Untergebene gehorcht, denn hinter dem Befehl steht der Profoss[630] und das Standgericht. Über solche Machtmittel verfügen wir nicht. Haben wir einen Ersatz für sie? Untersuchen wir das an einem Beispiel, am Vetorecht. Ich sage nicht, dass das Vetorecht schlecht ist. Ich behaupte nur, dass es bei uns in Österreich undurchführbar ist. Warum? Auch der begeistertste Verehrer des Vetorechtes wird nicht leugnen, dass das Vetorecht an Voraussetzungen gebunden ist. Die wichtigste von diesen ist, dass die Körperschaft, die das Vetorecht ausüben soll, eine große Autorität besitzt, eine Autorität weit hinaus über den Kreis der Organisierten. In Russland ist eine solche Autorität vorhanden. In Russland gibt es eine große Anzahl Genossen, die in jahrelanger Arbeit bewiesen haben, dass sie alle Eigenschaften besitzen, die man von einem Kommunistenführer verlangen kann: Mut, Entschlossenheit, Scharfsinn, Umsicht, Opferwilligkeit. Wie steht es aber bei uns? Setzen wir den Fall: In jedem Mitglied unseres Parteivorstandes steckt ein Lenin und ein Trotzky. Dann müssen wir sagen: Sie haben bis heute noch keine Gelegenheit gehabt, es zu zeigen. Sie sind Prinzen aus Genieland, aber sie haben sich bei der Weltgeschichte noch nicht als solche angemeldet, sie leben im strengsten Inkognito unter uns und genießen darum auch nicht das Ansehen von Prinzen. Die notwendige Autorität ist nicht vorhanden, und das Vetorecht ist nicht möglich. Aber ein umgekehrtes Vetorecht ist möglich – ein Vetorecht der Parteiorganisationen gegen den Parteivorstand. Ein Beispiel: Der Parteivorstand hat vor einiger Zeit den Beschluss gefasst, einen Genossen zu suspendieren; es wurde ihm verboten, an den Veranstaltungen einer Organisation teilzunehmen. Seine Lokalorganisation berief darauf eine Versammlung ein. In dieser wurde zunächst beschlossen, den suspendierten Genossen teilnehmen und sprechen zu lassen. Dann erklärte der Referent unter allgemeinem Beifall: "Wenn der Parteivorstand diese Suspendierung nicht aufhebt, dann suspendieren wir unsere Ortsgruppe. Das heißt aber nicht, dass wir unsere Tätigkeit einstellen. Wir werden den Weg zu den anderen Organisationen, in die Vertrauensmännerkonferenzen und in den Parteitag finden. Und wir werden erforderlichenfalls auch den Weg in die Alserstraße[631] finden." bei diesen Worten machte der Redner eine Gebärde, als ob er eine Strafexpedition hätte in Aussicht stellen wollen. In diesem Fall hat also eine Organisation, und zwar mit Erfolg, das Vetorecht gegen den Parteivorstand ausgeübt.

---

ne Deutsche Arbeiterverein nach Lassalles Ausdruck 'der Hammer in der Hand eines Einzigen' werden". Bernhard Becker, von dem das Zitat stammt, war Mitbegründer des ADAV und wurde später, nach Lassalles Tod, dessen Vorsitzender. Der Ausspruch ist zitiert in: Meurer, Bärbel: Bürgerliche Kultur und Sozialdemokratie. Eine politische Ideengeschichte der deutschen Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1875. – Berlin 1988, S.160

[630] Profoss (auch Profos) – für Strafsachen zuständiger Militärbeamter. In der österreichischen Armee wurde die Stellung der Profosse bis 1867 von altgedienten Unteroffizieren (der "Herr Vater") ausgeübt, für die *Steckenknechte* die ehrenrührige Ausführung der Körperstrafen besorgten.

[631] In der Alserstraße 69 in Wien befand sich die Administration der Roten Fahne und die Zentrale der KPÖ. *Alserstraße* war in der Zwischenkriegszeit ein Synonym für KPÖ und Kommunismus.

Und nun frage ich Sie, ob Sie sich vorstellen können, dass ein solcher Parteivorstand die Möglichkeit hat, das Vetorecht auszuüben? Es ist ausgeschlossen. Man kann nicht dadurch, dass man es in einen Paragraphen hineinschreibt, die Autorität erzeugen. Aber es gibt auch noch andere Voraussetzungen für das Vetorecht. Es ist möglich, es ist wahrscheinlich, vielleicht sogar notwendig, dass sich das Vetorecht mit oder ohne Statut durchsetzt in einer ganz jungen und unentwickelten Arbeiterbewegung. In einer Zeit, in der das Proletariat noch nicht allein gehen kann, greift es nach der Hand des Führers. In einer solchen Zeit konnte Lassalle das Wort wagen: "Ihr Arbeiter sollt der Hammer in meiner Hand werden!" Heute kann man zu deutschen Arbeitern nicht mehr so sprechen. (Sehr richtig!) Es ist das größte Verdienst der K.P., dass sie Schichten des Proletariats zum Klassenbewusstsein erweckt hat, die, ganz verelendet und von der autokratischen Sozialdemokratie vernachlässigt, bis zum Zusammenbruch indifferent geblieben waren. Ist gegenüber diesen jungen, unerfahrenen Klassenkämpfern das Vetorecht nicht am Platz? Nein, denn heute stützt sich die K.P.Ö. nicht mehr ausschließlich auf diese Schichten des Proletariats. (Zwischenruf: Sehr richtig!) Wir haben heute viele Arbeiter in unseren Reihen, die qualifiziert und längst organisiert sind, die schon vor vielen Jahren den Gedanken des Sozialismus in sich aufgenommen haben und von der Sozialdemokratie zu uns gestoßen sind, als sie fanden, dass die Sozialdemokratie nicht mehr revolutionär ist. Und denen gegenüber ist das Vetorecht nicht möglich, weil bei ihnen die Voraussetzungen der Unreife nicht gegeben sind.

Es ist gesagt worden, dass das Vetorecht und verschiedene andere zentralistische Bestimmungen notwendig sind, wenn sich eine Periode der Illegalität einstellt. Und für einen solchen Fall kann man das Vetorecht und andere diktatorische Maßnahmen festlegen. Es ist aber nicht notwendig, weil sie sich dann ganz von selbst durchsetzen. Ich kann die Sache drehen und wenden, wie ich will, ich bin nicht in der Lage, ein Argument für das Vetorecht zu finden. Ebenso geht es mir mit den anderen Bestimmungen des Statuts, die eine Einschränkung der Selbsttätigkeit der Massen bedeuten. Nehmen wir zum Beispiel den § 46. Der bestimmt, dass alle Funktionäre durch die vorgesetzten Instanzen abgesetzt werden können. Hier tritt dieselbe Frage auf wie beim Vetorecht. Was wird also geschehen, wenn ein Vertrauensmann abgesetzt wird? Es wird zu den heftigsten Streitigkeiten und Katzbalgereien kommen, die keineswegs die Geschlossenheit der Organisation festigen werden, wir werden nicht die Revolution in Permanenz, sondern den Wirbel in Permanenz haben. (Sehr richtig!) Ein Genosse hat nun gesagt: Die zentralistischen Maßnahmen sind notwendig, aber der Masse bleibt gegen sie natürlich das Insurrektionsrecht. Ich muss sagen, dass mir diese Auffassung etwas seltsam erscheint. Denn auf diese Weise würden wir die Desorganisation, den inneren Parteistreit organisieren.

Nun ist die Meinung laut geworden: "Und wenn wir vier Fünftel unserer Mitglieder verlieren, wir müssen auf allen zentralistischen Bestimmungen bestehen." Ich möchte die Frage aufwerfen, wie sollen wir dann die Losung befolgen: Heran an die Massen? Ein kleines Häuflein kann auf die Massen, besonders auf Massen, die in der gut organisierten Sozialdemokratischen Partei sind, keinen Einfluss gewinnen. Man wird sagen: Ja, das mag schon sein, aber die Thesen des dritten Kongresses verpflichten uns. Darauf antworte ich Ihnen mit einem Satz aus diesen Thesen. Er lautet: "Soll die Zent-

ralisation nicht nur auf dem Papier stehen, sondern tatsächlich durchgeführt werden, so muss ihre Durchführung derart erfolgen, dass sie von den Mitgliedern als eine sachlich begründete Verstärkung und Entfaltung ihrer gemeinsamen Tätigkeit und Kampfkraft empfunden wird. Andernfalls erscheint sie den Massen als eine Bürokratisierung der Partei, die dann eine Opposition heraufbeschwört gegen alle Zentralisation, gegen jede Führung, gegen jede straffe Disziplin. Der Anarchismus ist der Gegenpol des Bürokratismus." Mit diesem Satz scheint mir das Problem für Österreich erledigt zu sein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass sich die Massen ein solches Organisationsstatut nicht gefallen lassen werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass das Organisationsstatut die Mehrheit auf dem Parteitag erhalten wird. Sie wissen ja, wie es mit solchen Beschlüssen steht. Sie werden mit großer Begeisterung gefasst, aber nicht durchgeführt.

Gen. Frey hat als besonderes Kennzeichen der wankenden und schwankenden Gestalten, zu denen er auch mich rechnet, wenn er meinen Namen auch nicht genannt hat, hervorgehoben, dass sie die Unabhängigkeit von Moskau verlangen. Ich muss, soweit sich das auf meine Person bezieht, feststellen, dass der Gen. Frey nicht ganz richtig zitiert hat. Ich habe niemals von der Unabhängigkeit von Moskau gesprochen, ich habe, ich erinnere Sie daran, auf der Vertrauensmännerkonferenz, die zum Fall Levi Stellung nahm, erklärt, dass die Dritte Internationale eine straff zusammengefasste zentralistische Organisation sein muss, dass sie eine einheitliche Zentralleitung braucht, die nur in Moskau ihren Sitz haben kann. Aber das schließt nicht aus, dass wir die finanzielle Unabhängigkeit verlangen, und es schließt weiter nicht aus, dass wir auch die geistige Unabhängigkeit von Moskau anstreben und dass wir uns nur als organisatorisch abhängig erklären.

Wenn es richtig ist, dass diejenigen, welche die finanzielle Unabhängigkeit von Moskau verlangen, Liquidatoren sind, dann bin ich schon als Liquidator in die Partei eingetreten. Denn ich habe schon bei den Verhandlungen, welche ich vor meinem Eintritt in die K.P. mit dem Parteivorstand geführt habe, die Forderung gestellt: Wir müssen alles tun, um nicht auf die materielle Hilfe der Bruderparteien angewiesen zu sein. Warum? Es war von jeher Brauch in den proletarischen Parteien, dass sie sich gegenseitig unterstützen, aber es war niemals Brauch und es geht nicht an, dass eine Organisation von einer anderen erhalten wird. Wenn Sie sehen wollen, wie notwendig die finanzielle Unabhängigkeit ist, so brauchen sie nur an alle jene Erscheinungen zu denken, welche die finanzielle Abhängigkeit von den Bruderparteien gebracht hat. Es sind dadurch Leute zu uns gekommen, die gar keinen inneren Zusammenhang mit der K.P. hatten, die in der Partei herumabenteuerten, die wir dann nur sehr schwer herausbringen konnten, gegen die wir einen jahrelangen Kampf führen mussten. Und noch eins: In dem Augenblick, in dem wir wissen, dass wir die Mittel zu unserer Existenz von unseren Bruderparteien bekommen, sind wir gewisse Sorgen los und glauben, uns mit gewissen Fragen nicht befassen zu müssen.

Die Aktivität der Genossen wird nach einer sehr wichtigen Richtung hin nicht entwickelt. Vor 25 Jahren war ich bei der "Arbeiterzeitung" beschäftigt. Sie hatte damals mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Administrator hatte bei Tag und Nacht nur einen Gedanken: Wie überwinden wir die Schwierigkeiten? Und er gab

seine Sorgen weiter, sie wurden Sorgen der ganzen Partei. Bei uns in der K.P. hat dieser Antrieb gefehlt. Es war zwar ein Defizit da, aber auch die Deckung. Der Administrator hatte es nicht notwendig, die Genossen anzutreiben, die Aktivität der Genossen konnte sich nicht entwickeln. Es ist notwendig, dass sich zu der finanziellen Unabhängigkeit auch die geistige gesellt. Es muss jeder die Möglichkeit haben, sich eine eigene Meinung zu bilden und sie in der Partei zu äußern. Das hindert in keiner Weise die Einordnung in eine straff zentralisierte Organisation der Disziplin. Wenn der Freysche Statutenentwurf die Mehrheit auf dem Parteitage bekommt, so ist es selbstverständlich, dass ich mich demselben organisatorisch unterordnen werde, aber ich werde nicht auf das Recht verzichten, bei jeder passenden Gelegenheit meine Meinung über das Statut zu äußern und dessen Abänderung zu verlangen. Der Zentralismus ist notwendig, aber er darf nicht die Demokratie aufheben. Nur durch die Demokratie in der Partei werden die Arbeiter reif zur Diktatur über die Bourgeoisie. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Gen. *Wertheim* schlägt vor, die Statutenkommission zu wählen.

[...]

WOCHENAUSGABE.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 1. 3. Januar.

5. Jahrgang. 1925.

für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung.

Redaktion und Zentralversand: Wien, IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, IX., Postamt 66, Schließfach 213. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Nr. 194.914.

Aus dem Inhalt:

Radek: Der englisch-amerikanische Imperialismus am Ende des Jahres 1924.
Pegelmann: Der revolutionäre Aufstand in Estland.
Novice: Triumph der Henker des estländischen Proletariats.
Cosma: Das Wüten des weißen Terrors in Rumänien.
Ludwig: Die Meistbegünstigung als Mittel des imperialistischen Machtkampfes.
Die Erklärung der englischen Gewerkschaftsdelegation in London.
Rosenör: Die Lebensversicherung der Arbeiter.

Rückblick auf das Jahr 1924.

Von R. Albert.

** Das Jahr 1923, das Jahr, das im Zeichen des Wirtschaftskrieges der Ruhr stand, hätte beinahe in Deutschland eine proletarische Revolution gebracht. Das Zeichen wurde von der kapitalistischen Welt verstanden. Selbst Amerika trat aus seiner Neutralität heraus.

Das Jahr 1924 mußte nach jener Erschütterung ein Jahr der Anstrengungen zur kapitalistischen Konsolidierung der Welt werden.

Internationale Pressekorrespondenz (deutschsprachige Ausgabe – Wochenausgabe), Nr.1/1925

Die Musterpartei der internationalen Sozialdemokratie (1925)[632]

So nennen sich heute mit Stolz die österreichischen Sozialdemokraten, und sie nennen sich nicht nur so, sie benehmen sich auch danach: Haben sie sich früher oft und gern als Schüler der "vorbildlichen" deutschen Sozialdemokratie bekannt, so treten sie nun ihr gegenüber als gestrenge Schulmeister auf, ja, sie zeigen nicht übel Lust, auch die übrigen Parteien der II. Internationale in die Lehre zu nehmen, sich als Vorbild für die ganze reformistische Welt zu etablieren. Das ist keineswegs ein Symptom von Größenwahn, nur der Ausdruck eines durchaus berechtigten Selbstbewusstseins. Wer die Ansichten und Methoden des Reformismus für richtig hält, der wird der österreichischen Sozialdemokratie zugestehen müssen, dass die Ansprüche, mit denen sie nun in ihrer Internationale auftritt, wohlbegründet sind. Ist denn diese Partei nicht in der Tat eine ganz einzig dastehende Erscheinung? Man vergleiche sie mit irgendeiner von ihren Bruderparteien, gleichviel ob es die Sozialdemokratie des besiegten Deutschlands oder die Sozialistische Partei eines Siegerstaates oder eines neutralen Staates ist – der Vergleich wird stets zu ihren Gunsten ausfallen. Nicht nur sind die Nöte der Kriegs- und Vorkriegszeit an ihr anscheinend spurlos vorübergegangen, sie ist in diesen Nöten sogar stark gewachsen. Im Dezemberheft der Hilferdingschen *Gesellschaft*[633] hat Robert Danneberg[634] zu Nutz und Frommen der reformistischen Parteien, denen es nicht gelungen ist, den Kriegs- und Nachkriegsgefährlichkeiten auch nur mit heiler Haut zu entrinnen, eine Darstellung dieser erstaunlichen Entwicklung gegeben. Danneberg ist kein Leichtfuß, keine Phantast, sondern der solideste und bedächtigste Mann in der österreichischen Sozialdemokratie. Er gibt keine pathetische Schilderung, er will nur durch trockene Zahlen und Tatsachen eine entsprechende Wirkung erzielen. Diese sind in der Tat respektabel:

Die österreichische Sozialdemokratie hatte am 30. Juni 1913 89.628, am 30. Juni 1919 332.391, am 30. Juni 1924 566.124 Mitglieder. Sie hat die Zahl ihrer Mitglieder in wenigen Jahren versechsfacht. Von der Gesamtbevölkerung Österreichs (6,3 Millionen) steht heute jeder elfte, von der männlichen Bevölkerung jeder siebente Mensch in der sozialdemokratischen Organisation. Vergleicht man die Zahl der organisierten So-

[632] Die Revolution von 1905 und der österreichische Wahlrechtskampf. – in: Internationale Pressekorrespondenz der Kommunistischen Internationale (deutschsprachige Ausgabe), Nr. 2/1925

[633] Rudolf Hilferding (1877-1941), deutscher Politiker, Publizist und Ökonom österreichischer Herkunft. Während der Weimarer Republik 1923 und 1928/1929 Reichsfinanzminister. Sein Hauptwerk ist *Das Finanzkapital* (1910). Von 1904 bis 1925 gemeinsam mit Max Adler Herausgeber der *Marx-Studien*. *Hilferding* fungierte 1924 bis 1933 als Herausgeber der sozialdemokratischen theoretischen Zeitschrift *Die Gesellschaft*.

[634] Robert Danneberg (1885-1942 im KZ Auschwitz), sozialdemokratischer Politiker und Jurist.

zialdemokraten mit der Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften, so ergibt sich, dass die sozialdemokratische Organisation 50,46 Prozent aller Männer und 75,61 Prozent aller Frauen, insgesamt 63,13 Prozent des Mitgliederbestandes der Gewerkschaften erreicht. Bei den letzten Nationalratswahlen (21. Oktober 1923) bekamen die Sozialdemokraten bei einer Wahlbeteiligung von 86,95 Prozent 1.311.870 Stimmen, d.i. 39,6 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Auf die Kommunisten entfielen nur 22.164 Stimmen, d.i. 0,67 Prozent der abgegebenen Stimmen. In Wien (1,8 Millionen Einwohner) hat die Sozialdemokratische Partei 266.415 Mitglieder. Von der männlichen Bevölkerung Wiens entfällt ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ungefähr auf je fünf, von der weiblichen auf je zwölf Personen. Bei den Nationalratswahlen bekamen die Wiener Sozialdemokraten bei einer Wahlbeteiligung von 91,16 Prozent 571.464 Stimmen, d.i. 54,88 Prozent, 57,48 Prozent der männlichen, 52,82 Prozent der weiblichen Stimmen. Nach einer Statistik des Wiener Magistrats (eine Statistik für das ganze Reich liegt nicht vor) machen die Arbeiterwähler nur ungefähr ein Drittel der Wiener Wählerschaft aus. Die Wiener Sozialdemokratie ist also "bei den Wahlen über den Kreis der Privatarbeiter weit hinausgedrungen". Sie hat viele Angestelltenstimmen bekommen, auch wie Danneberg verschämt sagt, "eine Anzahl" bürgerlicher Stimmen. Jedenfalls darf sie behaupten, dass die Masse der österreichischen Arbeiter in ihrem Lager steht. In Österreich hat es keine USP[635] und keinen Spartakusbund gegeben, und der KPÖ ist es nicht gelungen, auf größere Massen Einfluss zu gewinnen oder gar solche Kämpfe zu entfesseln, wie sie Deutschland gesehen hat. Deshalb ist es der österreichischen Sozialdemokratie nicht schwergefallen, ohne die Herren Noske mit den Arbeitern fertig zu werden, sie hat die bürgerliche Ruhe und Ordnung mit ziemlich pazifistischen Mitteln aufrechtzuerhalten verstanden. Und sie ist dabei, wie die angegebenen Zahlen zeigen, gewaltig in die Breite gegangen, dick und fett geworden.

Wie erklärt sich das?

Legt man diese Frage einem gläubigen österreichischen Sozialdemokraten vor, so bekommt man die Antwort: "Ja, wenn eine Partei solche Führer hat, wie wir, dann – !" Danneberg sagt, wenn auch nicht in so naiven Worten, dasselbe. Trotzdem ist es der Mühe wert, auf seine Darlegungen einzugehen, denn es fehlt auch nicht an Kommunisten, die der Meinung sind, dass sich die österreichischen Sozialdemokraten durch eine diabolische Schlauheit auszeichnen. Man frage einen österreichischen Genossen, warum sich die KPÖ so langsam entwickelt. Die Antwort wird in neun von zehn Fällen mit den Worten beginnen: "Erstens steht keine andere kommunistische Partei einer so abgefeimten sozialdemokratischen Führerschaft gegenüber wie wir." Auch nichtösterreichische Kommunisten sind geneigt, die österreichischen Sozialdemokraten für eine wegen ihrer Gerissenheit ganz besonders gefährliche Gesellschaft zu halten. Se-

[635] Die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (USPD) war eine sozialistische Partei, die 1917 als Reaktion auf die Burgfriedenspolitik und die Revision zentraler Beschlüsse der Vorkriegs-SPD gegründet wurde. Sie knüpfte programmatisch und personell vor allem an der ehemaligen Mehrheitsströmung der SPD, am *Zentrum* an. Von 1917 bis 1920 löste die USPD als Massenpartei in einer Reihe städtischer Zentren die SPD als Mehrheitspartei der Arbeiter/innen/bewegung ab. Am Parteitag von Halle (12.-17. Oktober 1920) spaltete sich die USPD: 236 Delegierte stimmten für, 156 gegen den Antrag der Parteilinken auf Anschluss an die Komintern. Große Teile der Rest-USPD vereinigten sich in der Folge mit der Sozialdemokratie.

hen wir uns also die Dannebergsche Erklärung der Erfolge des österreichischen Reformismus an.

"Diese gewaltige Leistung", so beginnt er seine Ausführungen, "ist nicht von ungefähr zustande gebracht worden, sondern das Ergebnis einer mühevollen Arbeit." Und nun schildert er – die sozialdemokratische Parteiorganisation: wie sie dem amtlichen Wahlsprengel angepasst ist, wie sie dementsprechend ihre Kräfte verteilen, wie die Parteibeiträge eingehoben werden, was für Zeitungen und Schriften die Parteimitglieder bekommen, auf welchem Wege die Parteipresse an die Massen herangebracht wird, wie neben der Parteiorganisation noch verschiedene Kulturorganisationen arbeiten usw. Dann erklärt er, diesen Teil seiner Ausführungen abschließend: "So umfasst heute die Organisation die ganze Familie, zieht das ganze Leben der Arbeiterklasse in ihren Bann. Die Massen der Arbeiter und Angestellten und die Partei sind aufs engste miteinander verbunden. So ist die Partei auf festem Grund gebaut." Wie denn "so"? Alle die Künste, von denen Danneberg redet, verstehen und praktizieren auch die Sozialdemokraten anderer Länder. Warum mit einem viel schwächeren Erfolg?

Danneberg sieht, dass er sein Problem nicht gelöst, nur hinausgeschoben hat. "Das ist natürlich vor allem deshalb gelungen, weil in Österreich glücklicherweise die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung erhalten blieb." Warum blieb sie erhalten? "Die Gegensätze während der Kriegszeit konnten in Österreich nicht so tiefgreifend wirken wie in Deutschland, weil der Absolutismus fast drei Jahre lang die politische Tätigkeit lahmlegte." Diese Erklärung findet Danneberg so einleuchtend, dass es ihm überflüssig erscheint, sich die Frage vorzulegen, warum Zentristen und Reformisten in Österreich schon vor dem Krieg einträchtig zusammenarbeiteten,[636] in Deutschland aber in derselben Zeit Kautskyaner und Bemsteinianer wie Hund und Katze miteinander lebten. "Die kommunistische Bewegung nach dem Krieg ist unbedeutend geblieben." Warum? Nun, die Sozialdemokratische Partei "schuf den Arbeiterrat als Boden, auf dem sozialdemokratische und kommunistische Vertreter der Betriebe miteinander den Kampf der Meinungen ausfochten und so trotz aller Erbitterung einander nie ganz entfremdet worden sind!" Warum sind die Sozialdemokraten in Österreich überhaupt über "alle Schwierigkeiten der Politik der Nachkriegszeit" glücklich hinweggekommen? "Nicht zum wenigsten" dank der "politischen Erziehungsarbeit", die die sozialdemokratischen Vertrauensmänner unverdrossen geleistet haben. Doch auch in andern

[636] Der Austromarxismus hat seine Aufgabe stets darin erblickt, zu der reformistischen Praxis der österreichischen Sozialdemokratie die theoretische Begründung zu liefern und die Arbeiter mit "marxistischen" Argumenten für seine opportunistische Politik zu gewinnen. Der österreichische Zentrist Bauer behandelte z.B. die nationalen Dinge viel weniger marxistisch als der in Deutschland lebende Zentrist Kautsky, und noch größere Konzessionen machte dem Reformismus Renner. Der Austromarxismus ist nämlich, abgesehen von seiner Begeisterung für seine reformistische Praxis, durchaus nichts Einheitliches: die Verworrenheit und Zerfahrenheit der österreichischen Verhältnisse spiegelte sich ab in der, sagen wir, Mannigfaltigkeit und Buntheit der austromarxistischen Lehre. Jeder Austromarxist unterscheidet sich in seinen Grundanschauungen wesentlich von den anderen (man denke nur an die Eigenbrötelei des kantianisch-marxistischen Gottsuchers Max Adler), aber das hindert sie nicht, miteinander und mit den Reformisten die beste Freundschaft zu halten. In der österreichischen Sozialdemokratie nennt man das, um ein Wort Dannebergs zu gebrauchen, Treue zur Partei. [Anmerkung Josef Strasser]

Ländern, besonders in Deutschland, haben die Sozialdemokraten unverdrossen "politische Erziehungsarbeit" geleistet, warum ist ihnen das Glück nicht so hold gewesen wie ihren österreichischen Genossen? "Die Treue zur Partei und der Wille, sie groß und stark zu machen, waren in den Vertrauensmännern immer so lebendig, dass die Partei trotz der heftigsten Auseinandersetzungen niemals Schaden gelitten hat." Also, die österreichischen Sozialdemokraten sind beisammengeblieben, weil sie nicht auseinandergegangen sind. Danneberg erklärt die Dinge wie der Molieresche Kandidat: "Warum ist das Opium ein Schlafmittel? Weil es eine einschläfernde Kraft besitzt."

Außerdem bringt er noch folgenden Erklärungsgrund vor: Victor Adlers Schule wirkt in der Partei weiter. Nämlich: Victor Adler hat immer nach dem Grundsatz gehandelt, dass der Vertrauensmann den Mut haben muss, der Masse, wenn er es notwendig findet, auch das Gegenteil von dem zu sagen, was sie gerne hören möchte. Und "so halten es", sagt Danneberg, "tausend Vertrauensmänner, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Masse den größten Anprall auszuhalten haben, wenn die Politik der Partei nicht ohne weiteres auf Verständnis stößt." Das ist sehr schön, aber die Einheit der österreichischen Sozialdemokratie erklärt es nicht. Denn auch außerhalb Österreichs haben tausende Vertrauensmänner es so gehalten, wie es nach Victor Adler ein Vertrauensmann halten soll, aber es führte dort nicht zur Befestigung der Einheit, sondern zum Unfrieden, zur Verschärfung der Gegensätze, zur Parteispaltung. Warum verliefen die Dinge gerade in Österreich anders? Warum hat sich die Sozialdemokratische Partei dort nicht nur behauptet, sondern auch noch, wenigstens, soweit die Mitgliederzahl in Betracht kommt, kräftig entwickelt? Danneberg meint zu guter Letzt: "Das stolze Bewusstsein der großen Leistungen der Partei in den Gemeindeverwaltungen Wiens und der Industriestädte, die fast ausnahmslos von sozialdemokratischen Mehrheiten verwaltet werden, beflügelt die agitatorische Kraft jedes einzelnen und weckt Energien, denen die größten organisatorischen Aufgaben zugetraut werden können. So ist das beispiellose Wachsen der Partei in Österreich zu erklären." Nein, so ist es nicht zu erklären. Denn die "großen Leistungen" können, von allem anderen abgesehen, schon deswegen die Erfolge der Sozialdemokraten nicht erklären, weil sie jünger sind als diese Erfolge. Kurz, Danneberg erklärt überhaupt gar nichts, kann nichts erklären, denn er erklärt alles aus den guten Eigenschaften der österreichischen Sozialdemokraten, wie man früher alles aus den Herrschertugenden der Kaiser und Könige erklärt hat. Aber die Sache wird dadurch nicht besser. Man weiß, nachdem man den Aufsatz Dannebergs gelesen hat, von den Ursachen, aus denen die österreichische Sozialdemokratie das Prunkstück der reformistischen Internationale geworden ist, nicht mehr, als man vorher gewusst hat. Daran sind nicht etwa individuelle Unzulänglichkeiten Dannebergs schuld. Andere Austromarxisten, z.B. Otto Bauer in seinem Buch über die österreichische Revolution, gelüstet es ebenso wenig, den Gründen der Herrlichkeit des österreichischen Reformismus nachzuspüren. Sie fühlen, dass ihnen bei einer solchen Untersuchung angst und bange werden könnte.

Die Musterpartei verdankt nämlich ihre Musterhaftigkeit nicht, wie sie sich einreden möchte, den Zauberkünsten ihrer Führerschaft, sondern den Illusionen der Masse. Fester als im Bewusstsein eines jeden anderen Proletariats haften in den Köpfen der österreichischen Arbeiter die demokratischen Illusionen, nicht dank einer besonderen de-

mokratischen Veranlagung dieser Arbeiter, sondern dank der Eigenart des Staates, in dem sie lebten und leben. Jedes andere Proletariat führte seinen Kampf in einem Staate, dessen Lebensfähigkeit und Zukunft niemand anzweifelte. Das österreichische Proletariat aber musste in einem langsam zugrunde gehenden, verfaulenden Staate kämpfen. Hier haben wir den Schlüssel zu allen Rätseln der österreichischen Arbeiterbewegung, den Grund, aus dem Österreich das Musterland des Reformismus geworden ist.

Vierzig Jahre haben die österreichischen Arbeiter um die Wahlreform gekämpft, vierzig Jahre hat der Wahlrechtsgedanke das Bewusstsein des österreichischen Proletariats ausgefüllt, die Geschichte dieses Proletariats ist im wesentlichen die Geschichte seines Wahlrechtskampfes. Diese Tatsache allein könnte schon erklären, dass die österreichischen Arbeiter die Demokratie stärker überschätzen als ihre Klassengenossen in anderen Ländern. Doch noch bedeutsamer ist eine andere Erscheinung. Noch im Wahlrechtskampf begann die Anpassung der österreichischen Arbeiterbewegung an den österreichischen Staat, ihre freiwillige Unterwerfung unter diesen Staat. Die nationalistischen Parteien rüttelten immer stärker an seinen Grundlagen, die Sozialdemokratie wurde immer mehr Staatspartei. Damals schon entwickelte sich in Österreich jene reformistische Staatsauffassung, zu der sich die Sozialdemokraten heute überall bekennen. Man betrachtete alle Dinge vom Standpunkte des Staates und gab das für die allein richtige proletarische Methode aus. Die Wahlreform wurde nun im Interesse des Staates als das Hauptmittel seiner Kräftigung verlangt. Lassalle war in den achtziger und neunziger Jahren in Österreich sehr populär, mehr noch vielleicht als in Deutschland. Seine Schriften wurden eifrig gelesen, aber einer seiner Gedanken ging sehr bald vollständig verloren: der Gedanke, dass das allgemeine Wahlrecht *keine* Wünschelrute ist, mit der man alle Schätze der Erde heben kann. Man hielt das allgemeine Wahlrecht für den Zauberstab, man glaubte, nicht nur das Proletariat, auch alle anderen Klassen, alle Nationen und ganz besonders der Staat würden durch die Wahlreform gewinnen. Kurz, die Sozialdemokratie ließ sich vollständig verstaatlichen.

Jeder Reformismus bedeutet die Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter den "über den Klassen stehenden" Staat. Aber der österreichische Reformismus bedeutete die Unterwerfung unter einen zerfallenden Staat. In anderen Ländern leitete sich das Selbstbewusstsein der reformistischen Arbeiteraristokratie vom Selbstbewusstsein des Imperialismus her, wenn die Arbeiter auch glaubten, es stamme aus dem Klassenkampf. In Österreich war eine solche Entwicklung nicht möglich. Dort konnte der Gang der staatlichen Dinge in den Arbeitern nicht Hoffnungen, nur Hoffnungslosigkeit erzeugen. Ein Gegengewicht gegen diese fanden die nichtdeutschen Arbeiter in den nationalistischen Hoffnungen ihres Bürgertums, die deutschen hatten auf ein solches Gegengewicht verzichtet, denn der großdeutsche Gedanke gewann, da er in der deutsch-österreichischen Bourgeoisie nicht lebte, auf die deutsch-österreichischen Arbeiter keinen Einfluss, erst jetzt im neuen Österreich bemühen sich die Reformisten, ihn der Arbeiterschaft einzuimpfen. Es entwickelte sich also folgender Zustand: Die nichtdeutschen Arbeiter nahmen teil an den nationalen Bewegungen ihrer Bourgeoisie, von den deutschen hielt ein kleiner Teil, der sich vom Reformismus nicht unterkriegen ließ, am Internationalismus, überhaupt an der Marxschen Lehre fest (das war ein Teil der deutsch-böhmischen Arbeiter, vor allem die Reichenberger, die dann auch folge-

richtig zum Kommunismus übergingen). Die übrigen aber, also vor allem die Arbeiter des Gebiets, das das neue Österreich umfasst, sahen um so weniger einen Ausweg aus der österreichischen Misere, je österreichischer sie wurden. Sie, die einst selbstbewusst und kampflustig gewesen waren, verloren den Glauben an sich. Die Hoffnungslosigkeit wurde Tradition.

Die liebevolle Pflege dieser aus dem Jammer des alten Österreich entstandenen Tradition ist eine Hauptbeschäftigung der Reformisten im neuen Österreich. Der Zustand dieses jungen Staates scheint diese seltsamste Politik, die eine Arbeiterpartei je getrieben hat, zu rechtfertigen. Nach dem Willen der Entente sollte Österreich ein Staat werden ohne jede Möglichkeit einer Eigenbewegung, den Siegern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Das war gerade das, was der österreichische Reformismus brauchte, um sein System noch zu festigen. Man lese die Reden, die Renner gehalten hat, als er an der Spitze der Regierung stand: er konnte sich in der Lobpreisung der Weisheit und der Tugenden Clemenceaus[637] gar nicht genugtun. Und Bauer bewies Tag für Tag, dass in Österreich keine andere Politik möglich sei als die reformistische; welchen Beweis er sich durch die Fälschung des Begriffs der revolutionären Politik erleichterte, indem er zu beweisen suchte, dass sie nur im Augenblick der Machteroberung möglich sei, woran ja in Österreich nicht zu denken wäre. Durch Begriffsfälschung wurde die Hoffnungslosigkeit der Massen künstlich genährt. Natürlich konnte davon allein der Reformismus wie im alten, so auch im neuen Österreich nicht leben. Er musste auch auf Erfolge verweisen können. Und an solchen fehlte es nicht. Im alten Österreich waren alle Parteien, so intransigent sie sich gebärdeten und so wütig sie zeitweilig aufeinander losschlugen, sehr kompromisslustig. Das erklärte sich aus der Unsicherheit und der Verworrenheit aller österreichischen Verhältnisse. Man wusste nie, ob der Feind von heute nicht morgen ein Bundesgenosse sein werde. Es war also allgemeiner Grundsatz, nie die Brücken abzubrechen, die ins andere Lager führten. Man konnte jeden gelegentlich brauchen, also durfte man es sich mit keinem ganz verderben. So konnte der Reformismus nicht selten Klein- und Scheinreformen durchsetzen, und diese machten auf die von ihrer Partei systematisch zur Anspruchslosigkeit erzogenen österreichischen Arbeiter den stärksten Eindruck.[638] Diese traditionelle Ausgleichsmeierei hat sich im neuen Österreich, dessen Verhältnisse ja auch sehr prekär sind, erhalten. Hier sehen wir den Grund, aus dem die österreichische Sozialdemokraten so zähe an ihren Führern hängen. Die besondere Art, in der die österreichische Sozialdemokratie seit langem um ihre Erfolge ringt, erfordert eine besondere Gewandtheit und Erfahrung im parlamentarischen Ränkespiel, Eigenschaften, die der Masse abgehen und sie von den politischen Routiniers abhängig machen. Diesen folgt sie noch, selbst wenn sie schon bezweifelt, dass sie auf dem rechten Weg sind. Wie oft haben unsere österreichischen Genossen folgendes Geschichtchen erlebt: Im Arbeiterrat oder in der

---

[637] Georges Benjamin Clemenceau (1841-1929), französischer bürgerlicher Politiker, einer der führenden Vertreter des bürgerlich-liberalen *Parti radical*. Setzte nach dem Ersten Weltkrieg als Ministerpräsident harte Vertragsbedingungen für die Mittelmächte durch.

[638] Nach dem Umsturz konnten die österreichischen Sozialdemokraten monatelang als eine der Haupterrungenschaften der Revolution die Abschaffung des Arbeitsbuches preisen, eine Reform, die in Deutschland Bebel im Jahre 1869 ohne Umsturz, auf ganz friedlichem Wege, durchgesetzt hatte. [Anmerkung Josef Strasser]

Gewerkschaft bekämpft ein Kommunist einen sozialdemokratischen Antrag, aber er bekommt für seinen Gegenantrag auch nicht eine sozialdemokratische Stimme. Nachher kommen ein paar Sozialdemokraten zu ihm und sagen: "Du hast ja ganz recht gehabt. Aber du wirst einsehen: Wir können nicht gegen den (es folgt der Name des sozialdemokratischen Antragstellers) stimmen. Das dürfen wir dem Mann, der sein Leben lang für uns gearbeitet hat, nicht antun."

Man sieht: Der österreichische Reformismus weist dieselben charakteristischen Züge auf wie seine nichtösterreichischen Brüder, aber dank den besonderen österreichischen Verhältnissen sind sie viel stärker ausgeprägt. Das Gefühl der Unsicherheit, der Abhängigkeit vom Führer, der Mangel an Selbstvertrauen konnten in keinem Proletariat so groß gezogen werden wie in der einst so selbstbewussten, kampflustigen österreichischen Arbeiterschaft.

Darauf setzt die österreichische Sozialdemokratie ihre Hoffnungen, doch sie wird durch die wirtschaftliche Lage der letzten Zeit und den ganzen Gang der Arbeiterbewegung zweifellos enttäuscht sein. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse lässt immer deutlicher erkennen, dass der Genfer Vertrag[639] die erhoffte Sanierung nicht gebracht hat und nicht bringen kann. Es fällt der Sozialdemokratie immer schwerer, die Massen, so intensiv sie sie auch mit ihrem vielbewunderten Apparat bearbeitet, im Zaume zu halten. Die sozialdemokratischen Traditionen fangen an, ihre die proletarische Energie lähmende Kraft zu verlieren, und wir dürfen hoffen, dass die Zeit nicht mehr fern ist, wo breite Schichten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft von diesem eingewurzelten Übel sich ganz befreien werden.

[639] Mit den *Genfer Protokollen* vom 4.10.1922, einem Staatsvertrag zwischen der Republik Österreich sowie Großbritannien, Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei im Rahmen des Völkerbundes, erhielt Österreich auf 20 Jahre eine Völkerbundanleihe von 650 Millionen Goldkronen, um die Hyperinflation nach dem Ersten Weltkrieg durch Einführung des Schillings zu beenden. Die Genfer Protokolle beinhalteten eine internationale Garantie der Souveränität Österreichs. Als Gegenleistung verpflichtete sich das Land, selbständig zu bleiben, also sich nicht Deutschland anzuschließen. Die Anleihe war an eine Finanzkontrolle der Geberländer und einen restriktiven Budgetkurs mit einem Ausgleich der Staatsfinanzen gebunden.

Die Revolution von 1905 und der österreichische Wahlrechtskampf (1925)[640]

In seiner Züricher Rede über die Revolution von 1905 sagte Lenin: "Auf indirekte Weise hat die russische Revolution auch ihren Einfluss auf die westlich gelegenen Länder geübt. Es darf nicht vergessen werden, dass, als am 30. Oktober 1905 das Telegramm von dem konstitutionellen Manifest des Zaren nach Wien kam, diese Nachricht dort zu dem definitiven Siege des allgemeinen Wahlrechts in Österreich beitrug."[641]

Das ist nicht zu viel gesagt. Die Kunde von dem Manifest des Zaren wirkte auf die österreichischen Arbeiter aufrüttelnd. Hatte die Endlosigkeit des Wahlrechtskampfes, das schreiende Missverhältnis zwischen der in diesem Kampfe verausgabten Energie und seinen Ergebnissen viele österreichische Arbeiter, und nicht die schlechtesten, verdrossen, skeptisch, müde gemacht, so gab das Bekenntnis des Zaren zum Konstitutionalismus, dieser handgreifliche Beweis, dass das Proletariat auch unter den allerschwierigsten, scheinbar ganz aussichtslosen Verhältnissen mit Erfolg zu kämpfen vermag, dem österreichischen Proletariat mit einem Schlage seinen alten Elan wieder. Und dieser Elan erzwang die Wahlreform.

Es gibt allerdings Leute, die es anders wissen, die beschwören können, dass es die staatsmännische Klugheit der führenden Sozialdemokraten gewesen ist, die das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Österreich eingeführt hat. Sind ja die österreichischen Sozialdemokraten heute durch die Bank der Überzeugung, dass die Methoden des Klassenkampfes nicht nur barbarisch, sondern auch veraltet, unwirksam und schädlich sind; dass man den Gegner nicht schlagen, sondern überzeugen muss und dass die Sozialdemokratische Partei ihre Erfolge vor allem der praktischen Anwendung dieser Erkenntnis zu verdanken hat.

Entstanden ist dieser Aberglaube während der Wahlrechtsbewegung. Nicht gleich in ihren Anfängen. Noch um die Mitte der neunziger Jahre würden die sozialdemokratischen Arbeiter Österreichs jeden ausgelacht haben, der ihnen gesagt hätte, in der Wahlreformbewegung komme es nur darauf an, dem Gegner die Richtigkeit der Wahlreformidee zu beweisen. Denn damals fühlten sie noch ihre Kräfte wachsen, und sie im Kampfe zu erproben, war ihr heißester Wunsch. Die Wahlrechtsbewegung war in

---

[640] Die Revolution von 1905 und der österreichische Wahlrechtskampf. – in: Internationale Pressekorrespondenz der Kommunistischen Internationale (deutschsprachige Ausgabe), Nr. 144/1925

[641] Das Zitat bei Lenin lautet nach den *Lenin-Werken*: "*Es darf nicht vergessen werden, dass am 30. Oktober 1905, als das Telegramm von dem konstitutionellen Manifest des Zaren nach Wien gekommen ist, diese Nachricht dort zum definitiven Siege des allgemeinen Wahlrechts in Österreich gewaltig beigetragen hat.*" – Lenin: Ein Vortrag über die Revolution von 1905. – in: Lenin Werke, Band 23, S.260

dieser Zeit ein mit Begeisterung, Wagemut, Opferwilligkeit und vor allem unerschütterlicher Zuversicht geführter Kampf. Das änderte sich aber im Laufe der Jahre. Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs hatte das Selbstbewusstsein nicht nur seines Proletariats, sondern auch seiner Nationen gewaltig gestärkt. Forderte das Proletariat immer ungestümer die politische Gleichberechtigung, so zeigten sich die unterdrückten Nationen immer weniger geneigt, einen Hehl daraus zu machen, dass sie den österreichischen Staat nicht als ihren Staat betrachteten, sondern als einen Käfig. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre spitzte sich der Nationalitätenstreit so zu, dass er das Parlament lahmlegte und den Bestand des Reiches, also auch die Durchführung der von den Arbeitern verlangten Reformen, vor allem der Wahlreform, in Frage stellte. Die österreichische Arbeiterschaft stand plötzlich vor dem nationalen Problem und vor der Frage nach ihrem Verhältnis zum Staat.

In dieser Zeit entstand die österreichische Spielart des Reformismus: der Austromarxismus. Karl Renner machte den Anfang. Er unterwarf das alte Österreich einer marxistischen Analyse – so glaubte er wenigstens. In Wirklichkeit unterwarf sich das alte Österreich seine marxistischen Analytiker. Es war alt und schwach geworden, es befand sich im Zustand der Auflösung, es ging bereits in Fäulnis über, aber so stark war es doch noch, seinen Marxisten die Courage abzukaufen. Der Austromarxismus bedeutete nichts anderes als die Kapitulation – die freudige Kapitulation! – vor Habsburg; dieser Marxismus war unheilbar an der Schwarzgelbsucht[642] erkrankt. Weil der nationale Krieg den Wahlrechtskampf störte und ins Stocken geraten ließ, verloren die österreichischen "Marxisten" den Glauben an das Proletariat. Sie glaubten nicht mehr, dass die Arbeiter die Wahlreform oder gar den Sozialismus erkämpfen könnten. Also mussten sie, wenn sie den Sozialismus und die Arbeiterbewegung nicht aufgeben wollten, hoffen, die Interessen der Arbeiterklasse mit den staatlichen Interessen in Einklang zu bringen und, indem sie das Proletariat in den Dienst des Staates stellten ("wir Sozialdemokraten sind die einzige staatserhaltende Partei in Österreich"), den Staat in den Dienst des Proletariats stellen zu können. Sie mussten auf Österreich hoffen, natürlich auf ein neues Österreich, einen Bund freier Völker.

Ein neues Österreich – das war der erste Gedanke des Austromarxismus. Aber wie es schaffen? Durch die Wahlreform natürlich. Dass der Wahlreformkampf durch den Nationalitätenstreit aussichtslos geworden zu sein schien, hatte nichts zu bedeuten. Es stand ja, abgesehen von den veralteten Schriften von Marx, nirgends geschrieben, dass das Proletariat nur durch den Kampf ans Ziel kommen kann. Man kann die Wahlreform, überhaupt jede Reform, auch erreichen, indem man ihre Gegner von ihrer Notwendigkeit, Nützlichkeit und Annehmlichkeit überzeugt. Das war der zweite Gedanke des Austromarxismus.

Es begann ein neuer Abschnitt der Wahlrechtsbewegung. Man fing an zu beweisen: das allgemeine Wahlrecht ist eine Panazee[643] (dieser Beweis wurde stets eingeleitet

---

[642] Wortspiel: Schwarz-Gelb sind die Wappenfarben der Familie Habsburg

[643] Panazee: mythisches Universal-Heilmittel. Der Name leitet sich ab von *Panakeia* (griechisch: Πανάκεια ‚alles heilend‘), einer Tochter des Asklepios, des Gottes der Heilkunst in der griechischen Mythologie. Der Begriff "Panazee” wird meist im negativen Sinne gebraucht, um eine illusorische Universal-Lösung aller Probleme zu bezeichnen.

mit der Bemerkung: wir wissen sehr wohl, dass das allgemeine Wahlrecht keine Panazee ist). Nicht nur die Proletarier brauchen es, sondern auch die anderen Klassen, die Kapitalisten, der neue Mittelstand, die Handwerker, die Bauern. Es wird allen Nationen die Entwicklungsmöglichkeit geben, die sie brauchen. Die Staatstreue, unter dem Privilegienwahlrecht bei keiner Nation zu finden, wird also für alle Nationen eine Selbstverständlichkeit sein, einfach ein Gebot der nationalen Selbsterhaltung. Österreich wird wieder groß und mächtig werden, also liegt das allgemeine Wahlrecht auch im Interesse der Krone, der ja die Größe und Macht des Staates das Höchste ist.

Dieser Beweis wurde jahrelang geführt, mit immer größerem Scharfsinn, immer zwingenderen Argumenten. Aber die Machthaber – die Krone, die Großgrundbesitzer, das deutsche Bürgertum – ließen sich absolut nicht zwingen, die Beweisführer verlegten sich schließlich aufs Bitten – wie ja auch die Utopisten nicht nur an die Einsicht, sondern auch an das gute Herz der Mächtigen appelliert hatten. Es kam so weit, dass man den Kaiser förmlich um ein Wahlreformoktroi[644] anbettelte. Alles umsonst.

Da kam am 30. Oktober 1905 – in Wien tagte gerade der Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie – die Nachricht von dem Manifest des Zaren. Die Wirkung war ungeheuer. Der Parteitag derselben Partei, deren Führer die längste Zeit unverdrossen immer wieder Majestätsgesuche um die Wahlrechtsreform eingebracht hatten, beschloss die folgende Resolution:

"Der Parteitag verlangt die sofortige Einberufung des österreichischen Reichsrates, dessen Abgeordnetenhaus in dem gegenwärtigen Augenblick keine andere Aufgabe hat, als das langjährige Unrecht seiner Existenz zu sühnen und an die Stelle eines verabscheuungswürdigen Privilegienparlaments eine wirkliche Volksvertretung, aufgebaut auf dem Grundsatz des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, zu setzen. Der Parteitag erklärt, dass nach dem glorreichen Sieg der russischen Revolution das österreichische Proletariat aller Zungen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit aller Energie fordert und entschlossen ist, allen Verschleppungsversuchen, wenn es sein muss, auch mit den äußersten Mitteln, entgegenzutreten."

Noch am selben Abend kam es in Wien zu einer gewaltigen Demonstration, ebenso in Brünn, und in den darauffolgenden Tagen demonstrierten die Arbeiter in allen Industriestädten Österreichs. Die Polizei glaubte, der Bewegung durch Brutalität Einhalt tun zu können: am 2. November attackierten in Wien Polizisten Arbeiter mit der Waffe. Aber die Regierung hatte schon erkannt, dass sich die Arbeiter nicht mehr, wie es ihre Wortführer wünschten, auf die Werbekraft des Wahlreformgedankens, sondern nur noch auf ihre Kampftüchtigkeit verlassen wollten. Am 4. November ließ der Ministerpräsident *Gautsch*, ein stockreaktionärer, klerikaler Bürokrat, ein verbissener Arbeiterfeind, der noch einige Wochen vorher gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Ungarn – mit der Begründung, es könnte nach Österreich eingeschleppt werden – protestiert hatte, die Erklärung veröffentlichen, die Regierung werde sich mit der Wahlreformfrage beschäftigen. Er verschwieg nicht einmal, was ihn so plötzlich auf andere Gedanken gebracht hatte.

---

[644] Wahlreformoktroi: einseitig durch den Monarchen erlassene und nicht durch Verhandlungen mit einer Stände- oder Volksvertretung entstandene Wahlreform.

"Es darf nicht übersehen werden, hieß es in der Erklärung, dass diese Wünsche (nach der Wahlreform) durch Vorgänge in anderen Staaten mannigfache Unterstützung erfahren haben."

Der Ministerpräsident Gautsch sagte also offen heraus, dass ihn nicht die Beweise von der Vortrefflichkeit des gleichen Wahlrechtes, sondern die Tatsache, dass die revolutionären Taten der russischen Arbeiter auf die österreichischen Arbeiter begeisternd wirkten, zur Wahlreform bekehrt hatten. Freilich ließ er zugleich erklären, die Reform bedürfe noch der "ruhigsten, reiflichsten Überlegung".

Am nächsten Tage, dem Wahlrechtssonntag, brachten die Arbeiter ihren Willen so deutlich zum Ausdruck – in Prag kam es zu einer förmlichen Straßenschlacht mit Barrikadenbau –, dass die Regierung rascher zu überlegen beschloss. Am 11. November kündigte Gautsch eine Wahlreform "auf moderner Grundlage" an, und am 28. November, dem Tage der Parlamentseröffnung, an dem das österreichische Proletariat eine gigantische Kundgebung veranstaltete (in Wien allein demonstrierten an diesem Tage über eine Viertelmillion Arbeiter), lauteten seine Erklärungen noch viel präziser. Aber allen seinen Reden und Handlungen war deutlich anzumerken, dass er innerlich der alte geblieben war, und jede Gelegenheit, die Wahlreform zu verhunzen und zu verschleppen, mit Vergnügen ergreifen würde.

Die Arbeiter mussten die Regierung und die anderen Wahlrechtsfeinde Schritt für Schritt vorwärtspeitschen. Es war eine mühsame Arbeit: erst im Mai 1907 wurde in Österreich zum ersten Mal auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählt. Die Wahlreformfeinde fügten sich, nicht weil sie sich von dem Wert der Wahlreform überzeugt hatten, sondern weil sie sich nicht der Einsicht verschließen konnten, dass das Proletariat entschlossen war, ihren Widerstand gegen die Wahlreform nötigenfalls mit Gewalt zu brechen. Nicht die Waffe der Kritik schlug die Arbeiterfeinde, sie ergaben sich nur aus Furcht vor der Kritik der Waffen.

Die österreichischen Arbeiter haben die Lehre, die ihnen die russische Revolution gegeben hat, wieder vergessen. Bald, sehr bald nach der Erkämpfung der Wahlreform ließen sie sich zu dem Aberglauben an die allein seligmachende Kraft der Demokratie verleiten. Krieg und Umsturz änderten daran nichts: Die österreichischen Arbeiter wurden während der großen Krise des Kapitalismus in der Überzeugung von dem Wert der bürgerlichen Demokratie und des Zusammenarbeitens mit den bürgerlichen Parteien noch bestärkt. Aber sie werden sich bald darauf besinnen, dass sie ihre wirklichen Erfolge immer nur im Kampf errungen haben. Denn, was die Sozialdemokraten nicht leisten: die Aufklärung ihrer Anhänger, das besorgt die Entente.

Das Ende des Austromarxismus (1933)[645]

Die österreichische Sozialdemokratie war ob ihres staatsmännischen Geistes schon vor dem Krieg bei ihren Bruderparteien hoch angesehen. "Unser Bebel",[646] sagte einmal ein Mitglied des deutschen Parteivorstandes zu österreichischen Freunden, "unser Bebel ist nur ein Reiteroberst, euer Adler aber ein Feldherr." Nach dem Kriege wurde das sozialistische Österreich noch berühmter. Wie denn auch nicht? Unternahm Stalin den Aufbau des Sozialismus in einem Lande, so machten sich die österreichischen Sozialdemokraten an eine noch verzwicktere Aufgabe, an den Aufbau des Sozialismus in einem Ländchen, ja in einer Stadt. Sie gaben dem neuen Österreich "die demokratischste Verfassung der Welt" und schufen so die Voraussetzungen einer ebenso unaufhaltsamen wie friedlichen Sozialisierung. Und diese Leistung vollbrachten sie – höchster Triumph sozialistischer Staatskunst! – im Verein mit den Christlichsozialen. Das Rote Wien aber baute Gemeindehäuser und Kinderbäder, wälzte das Schulwesen um, dass den "Schwarzen" die Haare zu Berge stiegen, und führte noch andere kühne Neuerungen durch: die dazu erforderlichen Mittel wurden durch die dem Geldsack so verhassten Breitnersteuern[647] aufgebracht. Kurz, die österreichische Sozialdemokratie steigerte sich in ihren Taten zur "Musterpartei der Zweiten Internationale", sie wurde in der sozialistischen Welt angestaunt wie ein Wunder, ihre Prominenten führten, nachdem sie auch noch die Erneuerung der Zweiten Internationale, den Block von Friedrich Adler bis Noske, zustande gebracht hatten, auf den internationalen Kongressen das große Wort, und die Lehre, die ihre Denker ausgedacht hatten, der Austromarxismus, überschritt siegreich die engen Grenzen der Heimat. Unter solchen Umständen ist es selbstverständlich, dass heute, nachdem die deutsche Sozialdemokratie im "Kampf gegen das Hakenkreuz einen in der Geschichte der Arbeiterbewegung einzig dastehenden Zusammenbruch erlitten hat, alle Sozialisten ihre Augen auf Österreich richten, das Musterländle des Sozialismus, wo eben der Faschismus, ermutigt durch

---

[645] Austriacus: Das Ende des Austromarxismus. – in: Unser Wort (Prag), Nr.6, Anfang Juni 1933

[646] Ferdinand August Bebel (1840-1913); führender deutscher Sozialdemokrat. Während der Repressionen gegen die Partei durch das *Sozialistengesetz* entwickelte er sich zur zentralen Person der deutschen Sozialdemokratie und wurde ab 1892 einer der beiden Vorsitzenden der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD).

[647] Hugo Breitner (1873-1946), österreichischer sozialdemokratischer Finanzpolitiker. Mit der Trennung Wiens von Niederösterreich am 1.1.1922 bekam die Gemeinde Wien als eigenes Bundesland die Finanzhoheit. Sie bot dem Finanzstadtrat Breitner die Möglichkeit, 1923 ein progressives Landessteuersystem einzuführen, die Steuerprozentsätze stiegen also mit zunehmender Berechnungsgrundlage stark an. Die bekannteste dieser Steuern war die am 1. Februar 1923 beschlossene *Wohnbausteuer*, die die Grundlage für den umfangreichen sozialen Wohnbau in Wien schuf. Weitere "Breitner-Steuern" waren unter anderem eine Abgabe für Angestellte im privaten Haushalt ("Hausgehilfinnensteuer"), eine Steuer auf Luxuswaren (z.B. Sekt) und auf Vergnügungen wie Bälle ("Vergnügungssteuer").

den Sieg Hitlers, den Kampf um die Macht aufgenommen hat. Alle sozialistischen Herzen und Hirne bewegt die Frage: Wie wird die österreichische Sozialdemokratie diesen Kampf bestehen? Muss sie sich nicht viel, viel besser bewähren als die deutsche Partei? Kommen ihr, abgesehen von ihren blendenden Vorzügen, nicht auch die äußeren Umstände zustatten? Die deutsche Arbeiterklasse ist unterlegen, weil sie gespalten war, die Einheit der österreichischen Arbeiterklasse aber ist durch die Dritte Internationale nie bedroht gewesen. Die Kommunistische Partei Österreichs war immer eine belanglose Größe, klein, schwach, unernst. Die österreichische Sozialdemokratie ist verhältnismäßig größer als jede andere sozialdemokratische Partei. Dazu kommt, dass der österreichische Faschismus in zwei Fraktionen zerfällt. Der Heimwehrfaschismus, mit dessen Hilfe Dollfuß[648] der Demokratie den Garaus machen und die Arbeiter niederwerfen will, wird von den Nationalsozialisten nicht unterstützt, sondern hart bedrängt. Muss sich in dieser Lage die österreichische Sozialdemokratie nicht glänzend behaupten?

Die Frage ist schon beantwortet. Es kann nicht bezweifelt werden, dass der Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie nicht lange einzig dastehen wird. Die österreichische Sozialdemokratie wird bald ebenbürtig an ihrer Seite stehen. Sie wird den Krieg gegen den verhöhnten "kleinen" Dollfuß verlieren. Sie hat ihn schon verloren. Denn sie hat ihn gar nicht aufgenommen und wird ihn nie, unter gar keinen Umständen, aufnehmen.

Um das zu verstehen, als das allein Mögliche, das Selbstverständliche zu verstehen, muss man wissen, was die vielbewunderte, in allen Tonarten gepriesene österreichische Sozialdemokratie ist, nicht in ihrer Einbildung, nicht in der Vorstellung ihrer Bruderparteien, sondern in Wirklichkeit ist.

Heinrich Unger sagte einmal: Der Liberalismus hat eine große Zukunft hinter sich. Das ist auch vom österreichischen Sozialismus zu sagen. Seine Anfänge waren vielversprechend. Unter der Führung Victor Adlers lieferte die österreichische Arbeiterklasse dem verrotteten Habsburgerstaat Schlachten, die die Bewunderung des alten Engels erregten. Aber schließlich blieb in diesem Kampf doch der österreichische Staat Sieger. Nicht in offener Schlacht: Er zermürbte seinen Gegner allmählich, er verleibte sich die österreichische Sozialdemokratie schön langsam ein. Es entstand der Austromarxismus.

Der Austromarxismus erweist sich, wenn man ihm auf die Fäuste, nicht auf das Maul sieht, als Reformismus. Er ist, wie jeder andere Reformismus, Anpassung der Arbeiterbewegung an den bürgerlichen Staat, Einordnung in den bürgerlichen Staat, Unterwerfung unter den bürgerlichen Staat. Was ihn von anderen Reformismen unterschied, was ihn lange Zeit als etwas wesentlich anderes, etwas ganz Eigenartiges erscheinen ließ, war der Umstand, dass er die Arbeiterbewegung einem zugrundegehenden Staat anzupassen hatte. Das machte seine vermeintliche Stärke aus, das gab ihm die Möglichkeit, Erfolge zu erringen, auf die er nach den Machtverhältnissen keinen Anspruch zu haben schien. Dieses Österreich, in dem anscheinend die nationalen Parteien wie

[648] Engelbert Dollfuß (1892-1934), christlichsozialer Politiker, 1931 bis 1933 Landwirtschaftsminister, 1932 bis 1934 Bundeskanzler, regierte ab 5. März 1933 diktatorisch. Dollfuß war Begründer des austrofaschistischen Ständestaates.

wilde Bestien aufeinander losgingen und täglich den Bestand des Staates in Frage stellten, war in Wirklichkeit das klassische Land der behutsamsten Ausgleichsmeierei. Alle diese Hochverräter, die so unversöhnlich taten, waren käuflich, Krämerseelen, Meister des schäbigen Kompromisses. Sie hielten der Regierung die Faust unter die Nase, um ihr dann mit Erfolg die hohle Hand hinhalten zu können. In diesem Staat, der nicht leben und nicht sterben konnte, dessen Dasein ein jämmerliches Fortwursteln war, der keinen Freund hatte, den er nicht bar bezahlte, in dieser verfaulenden Welt wurde der große austromarxistische Gedanke gedacht: Erneuerung und Befestigung des Habsburgerstaates für Zugeständnisse an die Arbeiterklasse. Dieses Programm sah sehr neu, sehr kühn aus. Wie ein schöpferischer Gedanke in einer Welt unfruchtbarer Kleingeisterei. Aber in Wirklichkeit war diese großartige austromarxistische Konzeption nur die Übersetzung des gemeinen reformistischen Programms – Kanonen für Volksrechte – ins Österreichische. Der Austromarxismus machte fortan Staatspolitik, nicht mehr Klassenpolitik. Seine Gedanken drehten sich nur noch um das Parlament. Er lernte den bürgerlichen Parteien alle die kleinen Künste des parlamentarischen Kretinismus ab. Die Marxsche Auffassung, dass die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein muss, wurde als altmodisch belächelt. Die austromarxistische Lehre kennt kein handelndes, kein kämpfendes Proletariat. Nach ihr macht der Arbeiter seine Geschichte nicht, er erfährt, er erleidet sie, wobei nach und nach, schier unmerklich, die leidende Arbeiterklasse automatisch, nach den immanenten Gesetzen des Kapitalismus, zur triumphierenden wird, der Kapitalismus sich mehr und mehr mit sozialistischem Inhalt erfüllt. Das war die Geheimlehre des Austromarxismus. Die Öffentlichkeit beschenkte er mit den gelehrtesten und scharfsinnigsten Begründungen seines Denkens und Tuns.

Es kam der Krieg, als seine nächste Folge der Umsturz. Das Habsburgerreich zerfiel, und dem Austromarxismus wurde der Boden, auf dem er stand, unter den Füßen weggezogen. Aber er merkte es nicht. Er glaubte vielmehr, dass nun seine Glanzzeit beginne. Selbstverständlich. Die Herrschaft des Kapitalismus war schwer erschüttert, und das Bürgertum konnte nicht daran denken, sie selbst wieder zu befestigen. Also übertrug es den Wiederaufbau der Wirtschaft – so hieß es statt: Wiederherstellung des alten kapitalistischen Regiments – der Sozialdemokratie. Und die machte sich mit Begeisterung an die Arbeit, denn nach ihrer Meinung war der Wiederaufbau der Wirtschaft Voraussetzung und Anfang der Sozialisierung. War denn nicht die Demokratie erobert? Und war die Demokratie etwas anderes als ein Sozialisierungsautomat? Die Dinge lagen ja ganz einfach: Entwickelt sich der Kapitalismus, so wächst die Arbeiterklasse. Mit der Arbeiterklasse aber wächst die Sozialdemokratie. Sie muss schließlich im Parlament die Mehrheit bekommen, und nun steht der Sozialisierung kein Hindernis mehr im Weg. Die Gesellschaft wächst in den Sozialismus hinein, ohne Revolution, ohne Blutvergießen, ohne Diktatur und Schreckensherrschaft.

Aber eines schönen Tages fiel ein Wermutstropfen in den Becher der Freude. Die Bürgerlichen entdeckten, dass sie es nun auch ohne die Sozialdemokraten richten können, und gaben ihren Koalitionsbrüdern den Abschied. Aber das scheuchte die Sozialdemokratie nicht aus ihrem demokratischen Wahn. Die unfreundliche Haltung der Bürgerlichen bewies ihnen nur die Richtigkeit der Theorie, dass die Sozialdemokratie

im Parlament zur Mehrheit werden müsse, um den Sozialismus verwirklichen zu können. Und im sozialdemokratischen Lager hob eine große Rechnerei über die Aussichten der Partei auf die Eroberung des Parlaments an. Während man sich dort an dieser Sozialisierungsmathematik ergötzte, leisteten die bürgerlichen Parteien eine minder romantische, aber ergiebigere Arbeit. Sie räumten mit den von den Sozialdemokraten als unverlierbar gepriesenen Errungenschaften der Revolution auf. Eine nach der anderen fiel, sodass vor kurzem eine Sozialdemokratin im Nationalrat die Klage erheben konnte: "Von dem Wohlfahrtsstaat, den wir aufbauen wollten, ist nichts übrig geblieben." Die Bürgerlichen waren allerdings anderer Meinung. Sie fanden, dass noch sehr viel "revolutionärer Schutt" wegzuräumen sei und dass diese Arbeit mit demokratischen Mitteln vielleicht überhaupt nicht, jedenfalls aber nicht schnell genug für ihren Geschmack geleistet werden könne. Der Faschismus erhob sein Haupt, und heute ist er daran, seine Herrschaft aufzurichten.

Die ältesten faschistischen Vereinigungen, die Heimwehren, entstanden in Österreich schon in der Umsturzzeit. Sie wollten ursprünglich nur eine Grenzschutzwache sein. Aber die Reaktion erkannte mit ihrem untrüglichen Spürsinn sofort, dass die Selbstorganisationen auch im Kampf gegen den inneren Feind eine Rolle spielen könnten. Die Sozialdemokraten erkannten das natürlich nicht; sie lieferten als gute Patrioten den Heimwehren sogar Waffen. Und als die Kommunisten noch in den Honigmonden der Koalition die Sozialdemokratie auf die "weißgardistische" Gefahr aufmerksam machten, wurden sie mit dem Spottwort abgefertigt, sie sähen weiße Mäuse. Weißgardisten? So etwas gab es in dem zurückgebliebenen Russland, aber nicht in einer hochzivilisierten demokratischen Republik; konnte es da umso weniger geben, als der demokratische Flügel der Christlichsozialen, der damals noch stark war, nicht die geringste Lust hatte, sich auf die Abenteuer eines Bürgerkrieges einzulassen. "Wozu Heimwehren?", sagte der Prälat Hauser,[649] "ich kann doch alles Notwendige mit dem Renner machen." Und das war die lautere Wahrheit, mit dem Renner konnte man wirklich alles Notwendige machen. Das war der Stolz der Sozialdemokraten, und dieser Stolz ließ sie über die Heimwehren hinwegsehen. Auf die Dauer ging das freilich nicht, denn die Heimwehren fingen an, sehr deutliche Lebenszeichen von sich zu geben. Bald da, bald dort ermordeten sie einen Arbeiter. Nach jedem solchen Mord erklärte die *Arbeiter-Zeitung:* wenn noch einmal so etwas vorkommt, dann... Was "dann" geschehen sollte, zeigte sich am 15. Juli 1927. Als an diesem Tage die Wiener Arbeiter, erbittert über die Freisprechung einiger faschistischer Arbeitermörder, den Justizpalast in Brand steckten, glaubten die Sozialdemokraten nichts besseres tun zu können, als den Christlichsozialen die Bildung einer Koalition vorzuschlagen. Und in diesem Stil führten sie den Kampf gegen den Faschismus weiter bis zum heutigen Tag. Die furchtbare Verschärfung der Krise führte dem Faschismus immer neue Kräfte zu, neben die Heimwehren trat der Nationalsozialismus, die Vereinigung der Arbeiterfeinde machte trotz aller Katzbalgereien im faschistischen Lager reißende Fortschritte, ihre

[649] Johann Nepomuk Hauser (1866-1927), oberösterreichischer römisch-katholischer Priester und Politiker der Christlichsozialen Partei. 1918 zweiter Präsident der Provisorischen Nationalversammlung Deutsch-Österreichs, gehörte dem bürgerlich-demokratischen Flügel der Christlichsozialen an.

Pläne wurden immer deutlicher sichtbar, aber die sozialdemokratische Partei verharrte in der vollkommensten Untätigkeit.

Sie tut auch jetzt nichts, nachdem Dollfuß, durch die Vorgänge in Deutschland ebenso ermuntert wie erschreckt, daran gegangen ist, der österreichischen Bourgeoisie die Vorteile zu verschaffen, die ihr ein faschistisches Regiment zu bieten hat, und sie zugleich vor den Unannehmlichkeiten zu bewahren, die eine faschistische Herrschaft für die besitzenden Klassen mit sich bringt. Als Dollfuß das Parlament beiseite schob, eine ständische Verfassung ankündigte und aufgrund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes die noch vorhandenen Überreste des "revolutionären Schuttes" wegzuschaffen anfing, hatte sie ihm nichts anderes entgegenzusetzen als demokratische Redensarten. Der Austromarxismus steht dem Faschismus genauso ratlos gegenüber, wie die Theoretiker und Praktiker des Reformismus dem Krieg gegenüberstanden. Er geht von der Annahme aus, dass der Normalzustand des Kapitalismus die Prosperität sei und dass bei zunehmender Prosperität durch die Zusammenarbeit der Klassen die Klassengegensätze ausgeglichen werden würden bis zum vollendeten Sozialismus. Mit Erscheinungen, die dieser Annahme widersprechen, weiß er nichts anzufangen. Auf die Frage, was gegen die Krise und ihr Kind, den Faschismus, zu tun ist, hat er ebenso wenig eine Antwort wie etwa auf die Frage, wie der Sozialismus verwirklicht werden soll, wenn die Erde mit einem anderen Himmelskörper zusammenstößt. Er ist ja nicht Astronomie, sondern Ökonomie und Politik. Er befasst sich, trotz den Waffenlagern des Republikanischen Schutzbundes, die Dollfuß jetzt so eifrig sucht, nicht mit Schießgewehren und anderen Mordwaffen, sondern mit Wahlen und parlamentarischen Verhandlungen, er ist demokratisch, und wenn die anderen sich nicht an die demokratischen Spielregeln halten, gerät er in dieselbe Lage wie der biedere österreichische General, der auf die Frage, warum er denn von Napoleon immer geschlagen werde, verzweifelt ausrief: "Wie soll man denn gegen einen Menschen Krieg führen, der sich nicht an die Regeln der Kriegswissenschaft hält?" Was soll man gegen Dollfuß machen, wenn er gegen alles menschliche und politische Recht, auf die ganze Demokratie, die demokratischste aller Verfassungen eingeschlossen, pfeift? Da gibt es nur eins: Unterwerfung. Wirklich hat die *Arbeiter-Zeitung* zu wiederholten Malen erklärt, die Partei sehe ein, dass nach der Umwälzung in Deutschland auch in Österreich manches anders werden müsste, und sie sei bereit, mit Dollfuß über die neue Verfassung zu verhandeln. Das heißt, die Sozialdemokratie hat nichts dagegen einzuwenden, dass die Demokratie erschlagen und begraben wird, nur soll dabei aus Schicklichkeitsrücksichten das demokratische Zeremoniell beachtet werden. Natürlich bringt die *Arbeiter-Zeitung* nicht nur solche Erklärungen, sondern auch andere, entgegengesetzte. Sie droht, sie spottet, sie jammert, sie heckt die lächerlichsten Pläne aus, sie schwankt zwischen Furcht und Hoffnung, wie es eben dem Zustand der Kopflosigkeit entspricht, in den der schreckliche Dollfuß den Austromarxismus versetzt hat. Worauf die Sozialdemokratie noch hofft? Selbstverständlich nicht auf die eigene Kraft, nicht auf die Arbeiterschaft, sondern auf das Eingreifen des Auslandes und auf die Streitigkeiten im faschistischen Lager. Sie sieht nicht, dass der Streit zwischen

Hahnenschwänzlern[650] und Hakenkreuzlern ein Vereinigungskrieg ist, dass er einem Liebeszwist gleicht, der mit einer heißen Umarmung endet. Sie sieht überhaupt nicht, sie versteht die Welt nicht mehr, sie ist handlungsunfähig, und darum wird sie den Weg der Erniedrigung und Entmachtung bis ans bittere Ende machen, hirn- und lendenlahm wie die deutsche Sozialdemokratie. Die österreichischen Arbeiter haben von der Musterpartei der Zweiten Internationale nichts mehr zu erwarten als Schmach und Niederlage.

Leo Trotzki: Unsere heutigen Aufgaben

„NOTRE PAROLE" Journal bi-mensuel — Preis 75 ct. Im Ausland 20 Pfg., 30 Gr., 20 Rappen, 1.20 Kč

Unser Wort

Halbmonatsschrift der Internationalen Kommunisten Deutschlands

Jahrgang 1 — Paris, Ende November 1933 — Nummer 15

Nach der „Wahl"

Was wird sich diesmal nach der «Wahl» und dem Plebiszit in Deutschland ändern? fragt sich die gleichgeschaltete Presse aus alter Gewohnheit. Und stolz antwortet sie sich: nichts! Aber das liegt nicht daran, dass es keine Opposition mehr gibt, wie sie sich und andern vormachen will, sondern dass das Antreten der deutschen Sklaven an der Wahlurne mit einer Wahl- für den Namen gemeinsam hatte. Der eigentliche Sinn war Ablenkung. Einschläferung, psychologische Kriegsvorbereitung des Inlandes und Täuschung des Auslandes. Inwieweit beides gelungen ist lässt sich heute noch nicht ganz absehen. Doch wollen wir unsere Augen nicht vor dem Anwachsen wohlwollender Auslandsstimmen verschliessen. Wohlwollend nicht nur darum, weil das Ausland sich die Natur einer solchen Wahl unter der Stahlrute der SA gar nicht vorstellen kann, sondern auch wohlwollend darum weil letzten Endes die ausländische Bourgeoisie nach Zar Nikolai auch mit Zar Hitler und jedem blutbesudelten Schweinehund sich abfinden wird, wenn es nur Profit bringt. Ausserdem muss sie ja eine solche Freiheit der Ausbeutung sympathisch berühren. Wir stellen das rechtzeitig nüchtern fest. Wir haben uns nie ...

Schluss mit dem Stalinismus!

Nach dem Briefe der Genossin Reese können wir heute ein zweites Dokument veröffentlichen, das an Wichtigkeit dem Reese-Brief nicht nachsteht.

Genosse Friedberg ist eines der ältesten Mitglieder der KPD und der Komintern. Er begleitete wichtigste und verantwortungsvollste Funktionen in der Komintern und ist ein gründlicher Kenner des Apparates der KPD und der Komintern.

Der Bruch des Genossen Friedberg mit dem stalinistischen Apparat ist ein schwerer Schlag gegen den Stalinismus. Wir sind sicher, dass der Brief des Gen. Friedberg die grösste Beachtung aller Parteimitglieder finden wird und besonders derjenigen, die mit die ersten waren bei Gründung der KPD und der Komintern.

6. November 1933.

Werter Genosse Pjatnizky.

Mir wurde eine Einladung übermittelt, nach Moskau zu kommen. Ich werde auf die Einladung verzichten. Im Gedenken an meinen Freund Max Hölz glaube ich ... viele andere Sorgen, russische Sorgen, hätten. Das wusste ich auch ohnehin. Dass das Ekki infolge dieser Sorgen vieles nicht sehen konnte, was im Auslande, besonders in Deutschland, vor sich ging, entschuldigt das Ekki nicht, — im Gegenteil die Schuld des Ekki wird dadurch grösser. Ihr hättet die Führung, die Euch schon seit Jahren nicht zukam, abgeben müssen, wenn Ihr noch einen Funken revolutionäres Verantwortungsbewusstsein gehabt hättet. Das hattet und habt Ihr nicht. (Ich lasse die S. P. ganz aus der Erörterung, weil wir unsere Kommunistische Partei und die Komintern geschaffen hatten, wissend, dass die S. P. nicht kämpfen, sondern den revolutionären Kampf nur verraten wird).

Die Komintern scheint auch jetzt nichts lernen zu wollen. Ich war einige Wochen im Saargebiet. Das ist ein Kohlen- und Eisengebiet an der Grenze Deutschland - Frankreich, östlich von Metz. Das Gebiet ist nur 1880 qkm gross und hat 782.000 Einwohner. Es ist das dichtbevölkertste Gebiet Europas. Hier residiert der bekannte Grossindustrielle Hermann Röchling. Das Saargebiet wird vom Völkerbund verwaltet, die Kohlengruben gehören Frankreich. Im Jah-

Der Reichstagsprozess

Der zweite Teil des Prozesses ist nun beendet; er wird wieder nach Leipzig zurückverlegt und dort «zu Ende geführt werden». Der Höhepunkt der berliner «Verhandlungen» war zweifellos das Auftreten der prominenten Verbrechergarnitur des «Dritten Reiches», als da sind: Mörder, Pogromisten, Kretins, Morphinisten, und alle zusammen Brandstifter. Voll Stolz blicken sie auf ihre Taten im «Dienste der Nation». Heines erklärt, er brauche im «Dritten Reich» niemand mehr umzubringen, natürlich, wo diese «Kleinarbeit» jetzt untergeordneten Organen anvertraut ist. Göbbels wiederum will von Mördern und Terroristen in der Nationalsozialistischen Partei nichts wissen, eine «Grüppchen» solcher Art sei längst ausgeschlossen worden... Aber gleichsam als elende Dilettanten nehmen sich diese doch sonst wahrlich nicht bedeutungslosen Figuren aus gegenüber dem «Zeugen» Göring. Das Rededuell Göring-Dimitroff bekam durch Dimitroff die Form und die ruhige Wucht einer klassischen Tragödie, durch Göring die Kitschigkeit und Brutalität eines italienischen Operntextes. Durch eine kleine Morphium-Spritze ins Kasernenhofmässig-«Altpreussische» umgewandelt. Als bescheidener Zeuge

Unser Wort, Exilzeitschrift der *Internationalen Kommunisten Deutschlands* (IKD)

[650] Aufgrund ihrer Kopfbedeckung, einem Hut oder einer Kappe mit einem "Spielhahnstoß" (waidmännischer Ausdruck für die Schwanzfedern des Birkhahns), wurden die Mitglieder der christlichsozialen Heimwehren auch "Hahnenschwänzler" genannt.

Anhang

Otto Bauer: Der Arbeiter und die Nation (1912)[651]

Die Entwicklung des Reformismus auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie hat überall die Bildung einer äußersten Linken innerhalb der Arbeiterbewegung zur Folge. In Frankreich ist dem Millerandismus der Syndikalismus gefolgt. In Italien, auch in England beobachten wir ähnliche Erscheinungen. Auch die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie im Reiche treibt in dieser Richtung.

Nachdem der Revisionismus die Partei nach rechts zu drängen versucht hat, scheint sich heute eine äußerste Linke innerhalb der Partei zu bilden, die Bebel und Kautsky, den Parteivorstand und den Berliner *Vorwärts* des Opportunismus anklagt. Die Absage Rosa Luxemburgs[652] an die *Neue Zeit*, die Kritik der *Leipziger Volkszeitung* an dem Verhalten des Parteivorstandes während der Marokkokrise, die Spaltung der Radikalen auf dem letzten Parteitag, die Opposition gegen das Stichwahlübereinkommen bei der letzten Reichstagswahl, schließlich der jüngste Konflikt Mehrings[653] mit Bebel und Kautsky sind Anzeichen dieser Entwicklung. Rangen bisher zwei Richtungen, Radikalismus und Revisionismus, um die Macht in der Partei, so scheint die Entwicklung jetzt zur Dreiteilung zu treiben: radikale Linke, marxistisches Zentrum, revisionistische Rechte.

Diese Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung wird auch uns nicht erspart bleiben. Auch hier scheint sich jetzt eine äußerste Linke zu bilden, die der Richtung Mehring-Luxemburg *Leipziger Volkszeitung* nahesteht. Nur ist hier nicht unser Verhältnis zum Staat, sondern unser Verhältnis zur Nation der Gegenstand des Streites. Das Organ dieser Richtung ist der Reichenberger *Vorwärts*. Ihr Manifest ist die soeben erschienene Broschüre: *Der Arbeiter und die Nation* von Josef Strasser.

Strassers Broschüre dient nicht dem Kampfe gegen den bürgerlichen Nationalismus, nicht dem Kampfe gegen den Separatismus der tschechoslawischen Sozialdemokratie, sondern der Auseinandersetzung über die nationalen Probleme innerhalb der deut-

---

[651] Bauer, Otto: Der Arbeiter und die Nation. – in: Der Kampf, Jg. 5, S.401ff.

[652] Rosa Luxemburg (1871-1919); einflussreiche Vertreterin der Linken in der deutschen Sozialdemokratie. Als Gegnerin des imperialistischen Krieges gründete sie 1914 die *Gruppe Internationale* und leitete mit Karl Liebknecht den daraus hervorgegangenen *Spartakusbund*. Nach der Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes zusammen mit Karl Liebknecht ermordet.

[653] Franz Erdmann Mehring (1846-1919); einer der bedeutendsten marxistischen Historiker seiner Zeit, Verfasser einer der bekanntesten frühen Marx-Biographien. Gegner Bernsteins, gemeinsam mit anderen führenden Linken in der Partei gründete er 1916 den *Spartakusbund*.

schen Partei. Sie richtet ihre Angriffe nicht nur gegen diejenigen Genossen, die innerhalb unserer Partei eine nationale Färbung des Sozialismus vertreten, nicht nur gegen Pernerstorfer, Hartmann, Leuthner; sie wendet sich vielmehr auch gegen die Politik unserer Reichsfraktion und unseres Zentralorgans, gegen die Theorien, die von Renner und von mir vertreten wurden. Es ist die Kritik einer äußersten Linken nicht nur gegen den nationalen Revisionismus, sondern auch gegen das marxistische Zentrum.

Der bürgerliche Nationalismus gebärdet sich als Sachwalter der ganzen Nation. Macht und Größe wolle er der Nation erstreiten. Wir haben ihm geantwortet: Wovon hängen Macht und Größe der Nation ab? Davon, dass der Volkskörper gesund und dass das ganze Volk von der nationalen Kultur erfüllt ist. Die kapitalistische Ausbeutung zerstört die Kraft der Nation, indem sie der Klasse, die die Mehrheit der Nation bildet, die Gesundheit raubt und ihr den Zutritt zu den nationalen Kulturschätzen verwehrt. Trotzdem verteidigt ihr, die Nationalisten, die kapitalistische Ausbeutung. Damit beweist ihr, dass ihr nicht die Sachwalter der Nation, sondern nur die Sachwalter der besitzenden Klassen der Nation seid. Nur im Klassenkampf gegen Kapitalisten und Grundherren kann die Arbeiterklasse sich ein Dasein erringen, das sie, die Mehrheit der Nation, stark und gesund macht, das ihr, der Mehrheit unseres Volkes, das große Erbe der Nation zu eigen gibt. Nur die endliche Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, nur der Sozialismus, eint alle Volksgenossen zur vollen nationalen Kulturgemeinschaft. Aber der Klassenkampf gegen die Kapitalistenklasse kann nur in internationaler Gemeinschaft geführt werden. Denn die deutschen Arbeiter können nicht aufwärtsdringen, solange die Arbeiter der anderen Nationen in Elend und Kulturlosigkeit verharren. Nur im internationalen Klassenkampf kann der Kapitalismus überwunden werden.

So haben wir die bürgerlichen Nationalisten beim Worte genommen. Wir haben bewiesen, dass ihre Politik nicht dem großen dauernden Interesse der Nation, sondern nur der Klasseninteressen der besitzenden Klassen dient. Wir haben gezeigt, dass die wahre Größe des deutschen Volkes – das heißt die Wohlfahrt der Volksmasse, die den Kern der deutschen Nation bildet, und die Durchdringung der deutschen Volksmassen mit den großen Schätzen deutscher Wissenschaft und Kunst – nicht im nationalen Kampf gegen andere Völker erstritten werden kann, sondern nur im internationalen Klassenkampf der Arbeiter aller Nationen gegen das internationale Kapital.

Gegen diesen Gedankengang wendet sich Strasser. Er sagt: Wir sind Sozialdemokraten, weil wir den Klassenkampf des Proletariats führen. Der Berufung auf Macht und Größe der Nation bedürfen wir nicht. Welches Interesse hat die deutsche Arbeiterklasse daran, dass die deutsche Nation groß und mächtig wird?

Strassers Argwohn gegen die Phrasen von der Macht und Größe der Nation ist leicht zu begreifen. Allzu oft mussten diese Redewendungen Klasseninteressen decken, die der Arbeiterklasse feindlich sind. Aber darum wäre es doch eine falsche und gefährliche Deutung des proletarischen Internationalismus, wenn wir seinen Sinn so auslegen wollten, dass er gleichgültig sei gegen Macht und Größe der Nation. Wer recht verstehen will, was Macht und Größe der Nation der Arbeiterklasse bedeuten, der muss erkennen, dass die Worte Macht und Größe der Nation in verschiedenen Geschichtsepochen im Munde verschiedener Klassen verschiedenes bedeuten.

In den Jahrzehnten von 1815 bis 1870 war das Ziel des deutschen Nationalismus die Bildung eines großen deutschen Reiches. Ein großes deutsches Reich – das war damals das Ziel derer, die von der Macht und Größe des deutschen Volkes sprachen. An diesem Ziel hatte auch die Arbeiterklasse das stärkste Interesse. Denn die deutsche Kleinstaaterei hemmte die Entwicklung der Produktivkräfte. Die Zersplitterung Deutschlands machte den russischen Zarismus zum Herrn Europas. Damals standen Marx und Engels, Liebknecht und Bebel im ersten Treffen der Kämpfer für die große deutsche Republik. Auch sie sprachen damals von der Macht und Größe der Nation.

Nach der Bildung des neuen deutschen Reiches gewannen die Redensarten von der Macht und Größe der Nation einen anderen Sinn. Im Reich bedienen sich ihrer die Imperialisten. Die Erschließung neuer Märkte und neuer Anlagegebiete für das deutsche Kapital, die Unterwerfung fremder Völker und Länder unter das Deutsche Reich – das ist ihnen heute die Bürgschaft der Macht und Größe der Nation. An diesem Streben hat die Arbeiterklasse keinen Teil. Sie steht im Kampf gegen den deutschen Imperialismus. Sie lässt sich von dem Gerede über Macht und Größe der Nation nicht irreführen.

Wieder anderen Sinn hatten die Worte *Macht und Größe der Nation* in Österreich. Hier kämpfen die besitzenden Klassen von acht Nationen um den Anteil an der Macht. Jede von ihnen will die Volksmassen in ihren Dienst stellen, indem sie für ein Interesse der ganzen Nation ausgibt, was nur ein Interesse der nationalen Bourgeoisie ist. Darum antworten wir ihnen: Was ihr Macht und Größe der Nation nennt, das ist nur eure, nur der Bourgeoisie Macht und Größe. Wir suchen die Macht und die Größe unseres Volkes nicht in der Macht des deutschen Kapitals, sondern in dem Wohlstand und der Kultur der Volksmasse, die das deutsche Volk bildet. Darum haben wir keinen Teil an euren Kämpfen um den Anteil an der Beute, die das Kapital der Arbeit abjagt; darum verbünden wir uns mit den Arbeitern der anderen Nationen, um uns vom Kapital keine Beute mehr abjagen zu lassen.

So sind die Worte *Macht und Größe der Nation* ein Werkzeug des Klassenkampfes geworden; wir haben sie nie anders gebraucht, als um zu zeigen, dass das Proletariat Macht und Größe der Nation an anderen Merkmalen werten, mit anderen Maßen messen, mit anderen Mitteln erkämpfen müsse als die Bourgeoisie. Sie dienten uns als Mittel, die Allseitigkeit des Klassengegensatzes zu zeigen: zu beweisen, dass auch in den Dingen, die die Bourgeoisie als nationales Interesse, als gemeinsames Interesse aller Klassen der Nation hinstellt, die Politik des Proletariats entgegengesetzt ist der Politik der Bourgeoisie. Von Macht und Größe der Nation sprachen wir, nicht um die Einheit der nationalen, sondern um die Gegensätzlichkeit der Klasseninteressen zu zeigen. In meiner Broschüre Deutschtum und Sozialdemokratie[654] (Wien 1906), die diesen Gedankengang zuerst dargestellt hat, sagen schon die Überschriften, was wir meinen. Sie heißen: *Der Klassenkampf um die Größe der Nation* und *Der Klassen-*

[654] Bauer, Otto: Deutschtum und Sozialdemokratie. – Wien 1907. Zugänglich über: Otto Bauer, Werkausgabe, Band 1. – [o.O.] 1975, S.23ff.; die beiden Zwischenüberschriften finden sich auf den Seiten 25 und 32 der Bauer-Werkausgabe. Der genaue Titel der zweiten genannten Zwischenüberschrift lautet korrekt *Der Klassenkampf und die nationale Kultur*.

kampf um die Kultur der Nation. Unsere Erörterung der Macht und Große der Nation ist Propaganda des internationalen Klassenkampfes.

Strasser gefällt unsere Propaganda des internationalen Klassenkampfes nicht. Wodurch will er sie ersetzen? Er sagt: Deutsche Fabrikanten ziehen tschechische Arbeiter ins Land. Deutsche Hausbesitzer verkaufen ihre Häuser Tschechen. Deutsche Bauern bevorzugen tschechische Dienstboten. Den besitzenden Klassen steht also ihr wirtschaftliches Interesse höher als ihr nationales Ideal: Warum sollte gerade die Arbeiterklasse die nationalen Interessen über ihre wirtschaftlichen Klasseninteressen stellen?

Ich fürchte, dass eine solche Beweisführung keinen deutschnationalen Arbeiter bekehren wird. Der redliche Deutschnationale wird ihr antworten: Wohlan, kämpft mit mir gegen den nationalen Verrat der Bourgeoisie, der ihr Mammon teurer ist als das Wohl des deutschen Volkes. Aber der nationale Verrat der Bourgeoisie kann doch euch nicht entschuldigen, wenn auch euch die Sorge um Geld und Geldeswert höher steht als das große nationale Ideal, wenn auch ihr die Nation euren wirtschaftlichen Sonderinteressen opfert, wenn auch ihr die Zukunft eures Volkes um dreißig Silberlinge verkaufen wollt. Strasser wird den Deutschnationalen antworten: Was kümmert mich die Nation? Das nationale Interesse bringt uns keine zehn Heller Lohnerhöhung. Aber dieses grobmaterialistische *Wat koof ick mir davor?* wird den nationalen Idealisten nicht überzeugen.

Die Nationen sind ein Produkt einer Jahrtausende alten Entwicklung. Seit einem Jahrhundert wecken die nationalen Kämpfe die stärksten Leidenschaften. Sie waren und sind Zehntausenden Lebensinhalt, Tausende sind für sie freudig in den Tod gegangen. Sie waren bald der Lebensquell, bald die Todesursache der gewaltigsten Revolutionen. Mit dem krämerhaften *Was habe ich davon?* wird niemand von der mächtigen Wirkung dieser großen Massenideologie befreit. Wir können den Arbeiter gegen die Verführungen dieser Ideologie nur dadurch wappnen, dass wir in ihm eine Ideologie wecken und stärken, die noch stärker ist, noch größere Begeisterung zu erwecken vermag als die Ideologie des Nationalismus.

Eine solche Ideologie war einmal die Ideologie der Menschheit, der Humanität. Sie schloss die Liebe zur eigenen Nation nicht aus; aber sie ordnete sie der Begeisterung für der Menschheit große Gegenstände unter. Ihr Gedanke war: Höher als das Interesse des einzelnen steht das Interesse der Nation, höher als das Interesse der Nation die Sache der Menschheit. Jeder einzelne hat das Recht, für seine Interessen zu kämpfen; aber sein Egoismus soll eine Grenze finden am Interesse der Nation. Ihr muss er sein persönliches Sonderinteresse opfern. Ebenso hat jede Nation das Recht, für ihre Wohlfahrt zu sorgen; aber der Nationalismus soll eine Grenze finden an dem großen gemeinsamen Interesse der Menschheit. Ihr muss jede Nation sich unterordnen, ihrem Gesamtinteresse ihr Sonderinteresse einfügen. Der Nationalismus verwehrt dem einzelnen nicht, für seine persönliche Wohlfahrt zu sorgen; er setzt nur diesem Rechte eine Grenze im Interesse der Nation. Ebenso verwehrt das Menschheitsideal der einzelnen Nation nicht, an ihrer Wohlfahrt zu arbeiten; es begrenzt dieses Recht nur, indem es jedem Volke auferlegt, seine besonderen nationalen Interessen unterzuordnen den Bedürfnissen der Entwicklung der Menschheit. Verwerflich wird der Egoismus nur, wo er den eigenen Gewinn über die Sache der Nation stellt; verwerflich wird der

Nationalismus nur, wo er den Vorteil der einzelnen Nation über die Sache der Menschheit, über die Gebote der Menschlichkeit erhebt.

Aus dem alten bürgerlichen Humanitätsideal hat sich der proletarische Internationalismus entwickelt. Der Sozialismus hat uns gelehrt, dass der Klassenkampf der Hebel der Entwicklung der Menschheit ist. Wir haben erkannt, dass der Sieg des Proletariats die Voraussetzung ist zur Erhebung der Menschheit auf eine höhere Stufe der Entwicklung. Darum tritt nun an die Stelle des Ideals der Humanität das konkrete Klasseninteresse des Proletariats. Darum steht uns das Klasseninteresse des internationalen Proletariats über dem Sonderinteresse der einzelnen Nation, wie das Interesse der Nation über dem Sonderinteresse des einzelnen. Das Interesse der einzelnen Nation ist uns nicht gleichgültig, wir stehen ihrer Entwicklung nicht teilnahmslos gegenüber. Höher aber als das Interesse der einzelnen Nation steht uns das Klasseninteresse des gesamten Proletariats, weil nur der Sieg des Proletariats der Weg ist zu höherem Dasein der ganzen Menschheit, damit auch zu höherem Dasein der Nationen, in die sich die Menschheit gliedert.

Den Kapitalisten, der seinem Profit die Interessen der Nation preisgibt, darf uns Strasser nicht als leuchtendes Beispiel vorhalten. Wir bekämpfen den Mann, dem sein individuelles Interesse höher steht als das Interesse der Nation. Aber ganz ebenso bekämpfen wir auch die Nation, der ihr nationales Sonderinteresse höher steht als das Interesse der Entwicklung der ganzen Arbeiterklasse, deren Sieg allein zur Befreiung der ganzen leidenden Menschheit führt.

Dieser Internationalismus ist nicht Gleichgültigkeit für das Schicksal der Nation. Wie jeder einzelne das Recht hat, für seine eigene Wohlfahrt zu sorgen, soweit er nur innerhalb der Grenzen bleibt, die die gemeinsame Sache der ganzen Nation ihm setzt, so soll auch jede Nation an ihrer eigenen Entwicklung arbeiten, sofern sie nur die Grenzen nicht überschreitet, die allem nationalen Egoismus das Interesse der Menschheit setzt, das sich heute zum Klasseninteresse des Arbeitervolkes verdichtet. Nicht aus der Krämerfrage, ob denn der Nationalismus dem lumpigen Individuum ein paar Heller mehr Lohn eintrage, schöpfen wir unsere internationale Überzeugung; wir schöpfen sie aus der Begeisterung für den großen Weltenbund der Arbeiterklasse, der heute die Sache der Menschheit und darum die Sache aller Nationen führt.

Strasser will den Nationalismus bekämpfen, indem er vom heißen Gefühl an den kühl rechnenden Verstand appelliert. Aber der Macht ererbter Gefühle, die der Niederschlag eines Jahrhunderts weltgeschichtlicher Stürme sind, ist die Krämerweisheit, die nur mit Kronen und Hellern rechnet, nicht gewachsen. Die sieghafte Kraft des Internationalismus sprosst aus stärkeren Wurzeln. Sie treibt aus dem heiligen Glauben der Arbeiterklasse, dass ihre Befreiung der Menschheit, ihr Sonderinteresse das wahre Gemeininteresse aller einzelnen und aller Völker ist.

Strassers Kritik wendet sich gegen unsere theoretische Auffassung. Nur an zwei Stellen greift er die praktische Betätigung unserer Ansichten an. Zunächst meint er, die Gliederung, die der Parteitag von 1897 der österreichischen Sozialdemokratie gegeben hat, sei verfehlt, sie sei die Wurzel des Separatismus. War die nationale Autonomie in der Partei notwendig, dann auch in den Gewerkschaften. Ein Schluss, den die Separatisten gerne unterschreiben werden.

Nehmen wir beispielsweise unsere polnischen Genossen. Wer entscheiden will über ihre Politik, muss die soziale Gliederung Galiziens, die Geschichte des polnischen Volkes, die Traditionen der polnischen Volksmassen, die Entwicklung der polnischen bürgerlichen Parteien genau kennen. Er muss seit Jahren polnische Zeitungen, bürgerliche und Arbeiterblätter, täglich lesen. Wer nicht so genaue Kenntnis erworben hat, kann nicht die Politik der polnischen Sozialdemokratie leiten. Er kann ja die Tragweite keiner Entschließung, die Wirkung keines Zeitungsartikels und keines Flugblattes beurteilen, wenn er den Kampfboden nicht genau kennt. Wie viele deutsche und tschechische Genossen gibt es, die unsere polnischen Arbeiterblätter kontrollieren, den Einfluss unserer Politik auf die polnischen Arbeiter beobachten könnten? Wie viele, die auch nur der polnischen Sprache mächtig sind? Wie wäre es also möglich, dass die Leitung der polnischen Arbeiterpolitik in Wien von einer Parteivertretung, in der deutsche und tschechische Vertrauensmänner die Mehrheit bildeten, besorgt würde? Darum war es notwendig, den Polen innerhalb der Partei Autonomie zu gewähren.

Ganz anders in den Gewerkschaften. Sie haben nicht gegen Parteien, Ideologien, Traditionen zu kämpfen. Der Kampf um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit ist in Galizien derselbe wie in Tirol. Hier ist die nationale Autonomie nicht notwendig; hier schadet sie, ohne nützen zu können. Dass sie und warum sie hier viel mehr schadet als dort, ist oft genug gezeigt worden. Gewiss wollen auch wir eine internationale Partei. Aber die nationale Autonomie innerhalb dieser Partei ist unentbehrlich.

Ebenso falsch ist Strassers Kritik an der Erklärung unserer Reichsratsfraktion, in der gefordert wurde, dass für das deutsche Gebiet deutsche, für das tschechische Gebiet tschechische Beamte ernannt werden sollen. Strasser sagt: Wir können den deutschen Handarbeitern nicht die Arbeitsstellen im deutschen Sprachgebiet vorbehalten; warum sollen wir für die deutschen Spracharbeiter fordern, was für die Handarbeiter zu fordern unmöglich ist?

Aber die Frage der Besetzung der Ämter darf nicht vom Standpunkt der Beamten, sie muss vom Standpunkt der Völker, deren Angelegenheiten die Behörden verwalten, beurteilt werden. Nun ist es gewiss, dass jedes Volk in Österreich wünscht, dass seine Ämter seinen Volksgenossen vorbehalten werden. Ob man dies nun bedauert oder nicht: Das Staatsbewusstsein ist in Österreich sehr schwach, das Nationalbewusstsein desto stärker. Die Deutschen sehen die Tschechen als Fremde an. Wie jeder Staat nur seine Staatsbürger zu seinen Ämtern zulässt, so wünscht in Österreich jede Nation, dass zu ihren Ämtern nur ihre Nationsbürger, ihre Volksgenossen zugelassen werden. Töricht oder nicht – das ist der Wunsch aller Nationen.

Diesem Interesse der Völker widersetzen sich die *Spracharbeiter*. Sie wollen ihren Arbeitsmarkt erweitern, ihre Beförderungsaussichten verbessern. Die tschechischen Beamten wollen auch zu den deutschen Ämtern, die deutschen Beamten auch zu den Beamtenstellen in slawischen Städten zugelassen werden. Unsere Reichsratsfraktion hatte also zu entscheiden zwischen den Wünschen der Volksmasse nach konnationalen Beamten und den Sonderwünschen der Beamten nach Ausdehnung ihres Arbeitsmarktes. Konnte sie anders entscheiden, als sie entschieden hat?

Wir fordern die Umgestaltung Österreichs in einen Nationalitätenbundesstaat. Jede Nation soll innerhalb des Bundesstaates ihr besonderes staatliches Dasein führen, wie

innerhalb des Deutschen Reiches Preußen, Bayern, Sachsen besondere Staaten sind. Wird dies verwirklicht, dann tritt neben die Staatsbürgerschaft die Nationsbürgerschaft, wie im Reich neben der deutschen Reichsbürgerschaft die preußische, bayerische, sächsische Staatsbürgerschaft besteht. Und wie im Reich jeder Staat seine Beamtenstellen seinen Staatsbürgern vorbehält, wird dann wohl auch hier jede organisierte Nation ihre Beamtenstellen ihren Nationsbürgern vorbehalten. Was natürlich nicht ausschließt, dass sie ausnahmsweise Angehörige eines anderen Volkes zu einem Amt beruft, wie auch Staaten zuweilen Bürger anderer Staaten berufen, um ihnen Amtsstellen zu übertragen.

Strasser sagt: Was kümmert es dich, welcher Nationalität ein Beamter ist? So ähnlich sprachen die Bach[655] und Schwarzenberg[656] auch. Mit dieser Begründung schickten sie die deutschen Bach-Husaren[657] nach Ungarn und Galizien. Man sollte den proletarischen Internationalismus nicht mit dem altösterreichischen absolutistisch-bürokratischen Zentralismus verwechseln.

Strassers Broschüre ist gemeinverständlich und witzig geschrieben. Sie fordert zum Widerspruch heraus; aber gerade dadurch regt sie zum Denken an. So wird auch sie zur Entwicklung und Vertiefung unserer Ansichten über die nationalen Fragen beitragen. Und dass sie im Kampf gegen den Nationalismus sehr oft über das Ziel schießt, ist uns immer noch lieber als feige Nachgiebigkeit an nationalistische Verlockungen. Trotzdem halten wir die Tendenz, die sich in dieser Broschüre ankündigt, für nicht ungefährlich. Die Übertreibung stößt ab; sie stößt ins Gegenteil. Der Internationalismus darf nicht der Verständnislosigkeit für die geschichtliche Bedeutung der Nationen und der nationalen Kämpfe schuldig werden, wenn er nicht so manchen dem Nationalismus in die Arme treiben will. Der historische Materialismus, der jede große Massenbewegung historisch begreift, darf nicht mit krämerhaftem Utilitarismus verwechselt werden.

Gerade jetzt ist der Kampf gegen den nationalen Separatismus eine unserer wichtigsten Aufgaben. Es ist unklug, unsere Kraft in diesem Kampf zu zersplittern, indem man uns zwingt, nach zwei Fronten zugleich zu kämpfen. Manche Arbeiter werden verwirrt, wenn wir zugleich gegen die Überschätzung und gegen die Unterschätzung des Nationalen, gegen die Verwischung und gegen die Übertreibung des Internationalismus Krieg führen müssen. Der nationale Revisionismus innerhalb der deutschen Partei ist heute ungefährlich; der Angriff des Separatismus hat allen deutschen Genossen die Notwendigkeit festen Beharrens auf der internationalen Grundlage unserer Partei anschaulich demonstriert. Der nationale Separatismus ist heute der Feind. Zum Kampf gegen ihn müssen heute alle Kräfte vereinigt werden.

---

[655] Alexander von Bach (1813-1893); österreichischer Jurist und Politiker. 1852 von Kaiser Franz Joseph I. mit der Neugestaltung Österreichs im konservativen zentralistischen Sinn beauftragt.

[656] Gemeint können folgende Politiker sein: Karl II. zu Schwarzenberg (1802-1858), Karl III. zu Schwarzenberg (1824-1904), Karl IV. (1859-1913); alle waren hohe kaisertreue Politiker und hohe Verwaltungsbeamte.

[657] Als *Bach-Husaren* wurden die meist deutsch-österreichischen Verwaltungsbeamten bezeichnet, die unter Aufsicht von Innenminister Alexander von Bach nach der Niederlage der Revolution von 1848/1849 das zentralistische System von Franz Joseph I. in Ungarn umsetzten. Die *Bach-Husaren* waren in Ungarn ein Symbol für Fremdherrschaft und Unterdrückung.

Gustav Eckstein:
Josef Strasser, Der Arbeiter und die Nation
(1912)[658]

In dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie muss es das emsigste Bestreben unseres Gegners sein, Interessen zu finden oder zu erfinden, die dem Proletariat mit dem Bürgertum oder doch wenigstens mit Teilen des Bürgertums gemeinsam und die daher geeignet sind, eine mehr oder weniger allgemeine Interessenharmonie zwischen Proletariat und Bourgeoisie vorzutäuschen. Als solches Mittel, um den Klassenkamps zu schwächen und zu verwirren und zugleich das Proletariat zu spalten, kommt in vielen Ländern vor allem die Religion in Betracht. In Österreich sowie auch in anderen von verschiedenen Nationalitäten bewohnten Staaten aber sind es vor allem die nationalen Fragen, die in der demagogischsten Weise zur Spaltung und Verwirrung des Proletariat ausgenützt wenden. Und von allen Seiten wird hier der Vorwurf erhoben, die Sozialdemokratie habe kein Verständnis für die Nation, sie vernachlässige, sie verrate die Interessen des eigenen Volkes. Dieser Vorwurf hat in Österreich eine ganz andere Bedeutung als etwa in Deutschland die Behauptung, die Sozialdemokratie habe kein Gefühl für nationale Ehre und nationale Größe. Während die demagogische Mache hier sehr durchsichtig ist, während es hier jedem halbwegs ausmerksamen Beobachter klar ist, dass unter "nationaler Ehre und Größe" lediglich die Profitinteressen bestimmter Klassen und Cliquen gemeint sind, liegen die Verhältnisse in Österreich wesentlich anders. Denn dort verbergen sich hinter den "nationalen" Gegensätzen innerhalb des Landes selbst oft soziale und wirtschaftliche Gegensätze. Die Fabel, dass die österreichischen Kronländer einfach zusammengeheiratet worden seien, ist eben nur eine Fabel. In der Tat waren es Blut und Eisen, war es eine meist gewalttätige Politik, die zuerst die einzelnen größeren Teile und dann diese so verschiedenartigen Länder in eine Monarchie zusammenbrachte. Wenn sie auch unfähig war, sie wirklich zu einem organischen Ganzen zu vereinigen. Es gab dabei stets herrschende und unterdrückte Völker in diesem Staat, und das lässt es begreiflich erscheinen, dass die Angehörigen der unterdrückten Völker, der Tschechen in Böhmen, der Ruthenen in Galizien, der Slowaken und Kroaten in den Küstenländern usw., gegen den jeweiligen gemeinsamen Unterdrücker, den Deutschen, den Polen oder den Italiener, zusammenhielten, dass die Klassengegensätze innerhalb dieser zunächst noch selbst wirtschaftlich wenig differenzierten unterdrückten Völker zurücktraten gegenüber dem gemeinsamen Hass gegen den unterdrückenden, ausbeutenden, herrschenden Volksstamm, wenn es auch stets nur die herrschenden Klassen jenen Herrenvölker waren, die diese Unterdrückung tatsächlich ausübten. Als sich dann auch bei diesen unterdrückten Völkern, be-

[658] Eckstein, G.: Josef Strasser, Der Arbeiter und die Nation. Reichenberg i. B. 1912, Druck und Verlag von Runge & Co. 61 Seiten. Preis 40 Heller : [Rezension] – in: Die neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. 30. Jahrgang, 1911-1912, 2. Band (1912), Heft 41, S.562ff.

sonders bei den Tschechen, eine eigene Bourgeoisie zu entwickeln begann, konnte und musste diese noch auf lange hinaus eine radikale oppositionelle Politik machen, die natürlich auch auf die Angehörigen des Kleinbürgertums, Kleinbauerntums und selbst des Proletariats eine starke Anziehungskraft ausübte. Als nun nach langen Kämpfen das allgemeine gleiche Wahlrecht für den Reichsrat endlich erkämpft war, da begannen jene nationalen Parteien erst recht, ihre demagogischen Künste spielen zu lassen, um das Proletariat in ihre Gefolgschaft zu ziehen. War ja durch die schon so lange mit größter Erbitterung geführten nationalen Kämpfe die ganze politische Atmosphäre Österreichs mit Nationalismus geschwängert, Das "Recht der Nation", die "Macht der Nation", das "Recht aus die Muttersprache", das "Recht auf die heimatliche Scholle", die "Pflicht des Festhaltens am Nationalcharakter", das alles waren politische Schlagworte geworden, über deren Herkunft, Bedeutung und Berechtigung kaum mehr jemand nachdachte.

Allerdings haben nun unsere österreichischen Genossen in einer Reihe ausgezeichneter Arbeiten die Stellung den Sozialdemokratie zu den Nationalitätenfragen erörtert und festgestellt; aber die jüngsten Ereignisse, besonders der nationale Separatismus in den Gewerkschaften und die Spaltung in der tschechischen Partei, haben doch gezeigt, dass das Gift des Nationalismus auch in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft schon weit um sich gegriffen hat, dass besonders die slawischen sozialdemokratischen Parteien in Österreich zum Teil stark nationalistisch infiziert sind.

Es ist der Zweck der Broschüre Strassers, dieser nationalistischen Denkrichtung innerhalb der Partei mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, und es ist zu hoffen, dass die frisch und anregend geschriebene Schrift, deren tschechische Übersetzung bereits in Vorbereitung ist, viel zur Erreichung dieses Zieles beitragen wird. Sie beschränkt sich nicht darauf, die nationalistischen Schlagwörter vom Standpunkt des Proletariats aus zu zergliedern, sie geht auch schonungslos auf die Fehler ein, die nach Ansicht des Verfassers bisher in der nationalen Politik der österreichischen Sozialdemokratie gemacht worden sind und weitere Gefahren in sich bergen. Er weist darauf hin, wie der Versuch, die Nationalisten mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, indem der Nachweis geführt wenden sollte, dass die Sozialdemokraten doch "eigentlich" die besten Deutschen respektive Tschechen usw. seien, allmählich dazu geführt hat, dass man sich in der Agitation immer mehr der Ausdrucksweise und zum Teil selbst der Denkweise unserer Gegner anbequemt und sie zur eigenen gemacht hat. Er weist auch darauf hin, dass der heutige nationale Separatismus in den Gewerkschaften schon vorgezeichnet war in der politischen Zersplitterung den einheitlichen Partei in nationale Parteien auf dem "Wimberger Parteitag" des Jahres 1897,[659] und er zeigt, welche Denkfehler und Irrtümer dazu geführt haben, diesen Weg einzuschlagen.

---

[659] Der *Wimberger Parteitag* (auch: *Wiener Parteitag*) war der sechste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie (SDAP) und fand vom 6. bis 12. Juni 1897 im Hotel Wimberger in Wien statt. Der Parteitag war geprägt von der Nationalitätenfrage, besonders vom Konflikt zwischen tschechischen und deutschen Delegierten. In der Folge kam es zur Bildung von sechs nationalen Sektionen innerhalb der Partei (Deutsche, Tschech/inn/en, Pol/inn/en, Italiener/innen, Ruthen/inn/en und Südslaw/inn/en), die in der Folge immer mehr als eigenständige Parteien auftraten.

Diesen nationalistischen Anwandlungen gegenüber betont Strasser den proletarischen Standpunkt: "Für den klassenbewussten Proletarier ist der Proletarier das Maß der Dinge, nicht der Deutsche, der Katholik usw. Er beurteilt alles vom proletarischen, nichts vom nationalen, religiösen oder irgend einem anderen Standpunkt. Wo nationale Streitigkeiten entstehen, da ergreift er als Proletarier, nicht als Angehöriger dieser oder jener Nation Partei. Das bedeutet der proletarische Internationalismus. Nicht mehr, nicht weniger." Das will natürlich nicht besagen, dass der einzelne Proletarier alle Fragen lediglich vom Standpunkt seiner individuellen Lohninteressen zu betrachten hat, die ja auch oft zunächst im Widerspruch zu seinen Klasseninteressen stehen können, wie im Falle des Streikbruchs; die Sache der Proletariats ist es, die seinen Leitstern abzugeben hat, und das ist die Sache der Zukunft der Menschheit. Der proletarische Standpunkt ist nicht der des kurzsichtigen materiellen Interesses des einzelnen, es ist der der idealsten und zukunftsfreudigsten Bewegung der Welt.

Strassers Broschüre ist keine gelehrte Abhandlung. Für die Agitation, für Massenwirkung geschrieben, versucht sie in packender, oft witziger Darstellung die Hauptzüge herauszuarbeiten. Sie lässt dabei nicht nur viele Detailfragen unberücksichtigt, auch prinzipiell wichtige Fragen streift sie oft nur, wenn ihre eingehende Behandlung den Verfasser zu weit von seinem Hauptthema abziehen würde, ein Verfahren, das wohl nicht zu vermeiden war, sollte diese ganze riesige Frage in so engem Rahmen behandelt werden, das aber doch manchmal Fragen einfacher darstellen lässt, als sie wirklich sind, Probleme übergeht, deren Lösung wichtig wäre.

Doch will die Broschüre jedenfalls nicht das letzte Wort in dieser Sache sein. Manche Einzelheiten erscheinen wenigstens in ihrer jetzigen Fassung recht anfechtbar, so die Behauptung (Seite 28),[660] dem Sozialismus sei prinzipiell nichts Privatsache. Auch hier dürfte der blendenden Antithese mit dem Liberalismus zuliebe, dem alles Privatsache ist, eine etwas zu schroffe Formulierung des Gedankens gewählt worden sein, wie das auch sonst an einzelnen Stellen zu bemerken ist. Jedenfalls wird aber Strassers Broschüre zu weiteren Diskussionen über das Nationalitätenproblem Anlass geben, über eine Frage, die weit über die Grenzen Österreichs hinaus für das Schicksal des proletarischen Klassenkampfes von entscheidender Bedeutung ist.

[660] S.205 unserer Ausgabe

Die "Pressefreiheit" der Demokratie.

"Die Rote Fahne" wieder konfisziert.

(1922)[661]

Die gestrige Ausgabe unseres Blattes wurde wieder einmal konfisziert. Wir begreifen ja, dass die *Schreckenskurse* und *Schreckenspreise* eine hohe Regierung und hochlöbliche Polizei nervös machen, aber wir wagen zu bezweifeln, das der freche Beschluss, *unser Blatt an diesem Tage unter allen Umständen mundtot zu machen*, den Kurs der Krone auch nur um einen Punkt heben oder auch nur einen Arbeiter zufriedener oder gar *satter* machen wird. Die Begründung der Konfiskation selbst ist ein voller Beweis dafür, *dass die Konfiskation unter allen Umständen beabsichtigt war*. Wir müssen zu unserer Schande gestehen, dass der Inhalt unseres gestrigen Blattes selbst für einen österreichischen Staatsanwalt nicht die geringste Handhabe zu einer Beschlagnahme bot und die hohe Behörde deshalb einen *rein sachlichen Bericht* über eine *Arbeitslosenversammlung* zum *Vorwand* nehmen musste, da sie beim besten Willen nichts anderes finden konnte. Weil wir berichteten, dass in dieser Versammlung ein Arbeitsloser von *Laternenpfählen* sprach, wurde unser Blatt beschlagnahmt. Selbst wenn ein solcher Ausspruch tatsächlich ein Verbrechen wäre, *wie er es selbstverständlich nicht ist*, so müssen wir doch das Recht haben, zu berichten, dass er gefallen ist, sonst müsste man nächstens alle Zeitungen konfiszieren, die etwa von einem Diebstahl berichten, ohne gleich das vorgeschriebene Maß von Entrüstung hinzuzufügen. Dabei haben wir in der Besprechung der Versammlung, soweit es uns die Rücksicht auf *die berechtigte Erbitterung der Arbeitslosen* erlaubte, ziemlich deutlich zu verstehen gegeben, *dass wir nur eine andere Kampfmethode für richtig halten*, nämlich *das Zusammenstehen von Arbeitenden und Arbeitslosen im geschlossenen und organisierten Kampfe der Massen*. Dennoch wurde unsere bloße Mitteilung zum Anlass genommen, unser Blatt zu beschlagnahmen und *finanziell schwer zu schädigen*.

Dass es sich bei dieser Beschlagnahme um eine Ausrede handelt, beweist auch folgendes: Einen ähnlichen Bericht hatte auch der "Abend"[662] gebracht. Da man für unsere Beschlagnahme keinen anderen Vorwand fand als diesen Bericht, musste auch der "Abend" daran glauben, damit der Schwindel nicht so leicht auffalle. Deshalb wurde der "Abend", der bekanntlich am Nachmittag erscheint, *am Morgen des nächsten Tages beschlagnahmt!*

---

[661] Die "Pressefreiheit" der Demokratie. "Die Rote Fahne" wieder konfisziert. – in: Die Rote Fahne, 25. Jänner 1922, S.1

[662] Die Wiener Tageszeitung *Der Abend* bestand seit 1915 und wurde 1918 als Boulevardblatt neu gegründet, das politisch oftmals linke Positionen einnahm, aber sich mehrfach umstrittener Methoden bediente. Um 1922 war *Der Abend* und sein Hauptschriftleiter Alexander Weiß in eine Erpressungsaffäre mit dem Skandalbankier Camillo Castiglione verwickelt.

Jeder Arbeiter, dem es um die Freiheit der proletarischen Presse ernst ist, muss mit uns eines sein in der Forderung strengster Bestrafung der Beamten, die für diesen *dummfrechen Polizistenstreich* verantwortlich sind. Nur so können der Regierung derartige Methoden abgewöhnt werden. *Den Arbeitern erst durch Wucherpolitik das Brot rauben und dann auch noch das Maul verbieten, ist zu viel!*

Wien, Mittwoch, 25. Jänner 1922
Nr. 829 — 5. Jahrgang.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Oesterreichs.
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Einzelpreis für Oesterreich, auch im Straßenverkauf K 20.— Erscheint außer Montag täglich 5 Uhr früh.

Redaktion: 7. Bezirk, Siebenlerg[illegible] Telephon [illegible]
Expedition: 9. Bezirk, Universitätsstraße [illegible] Telephon [illegible]
Administration: 8. Bezirk, [illegible] Telephon [illegible]

Monatlich [illegible]

Die „Pressfreiheit" der Demokratie.

„Die Rote Fahne" wieder konfisziert.

Die gestrige Ausgabe unseres Blattes wurde wieder einmal konfisziert. Wir begreifen ja, daß die Schreckenskurse und Schreckenspreise eine hohe Regierung und hochlöbliche Polizei nervös machen, aber wir wagen zu bezweifeln, daß der frechste Beschluß unser Blatt an diesem Tage unter allen Umständen mundtot zu machen, den Kurs der Krone auch nur um einen Punkt heben oder auch nur einen Arbeiter zufriedener oder geduldiger machen wird. Die Begründung der Konfiskation selbst ist ein voller Beweis dafür, daß die Konfiskation unter allen Umständen beabsichtigt war. Wir müssen zu unserer Schande gestehen, daß der Inhalt unseres gestrigen Blattes selbst für einen österreichischen Staatsanwalt nicht die geringste Handhabe zu einer Beschlagnahme bot, und die hohe Behörde deshalb einen einfachlichen Bericht über eine Arbeitslosenversammlung zum Vorwand nehmen mußte, da sie beim besten Willen nichts anderes finden konnte. Weil wir berichteten, daß in dieser Versammlung ein Arbeitsloser von Laternenpfählen sprach, wurde unser Blatt beschlagnahmt. Selbst wenn ein solcher Ausspruch tatsächlich ein Verbrechen wäre, wie es selbstverständlich nicht ist, so müssen wir doch das Recht haben, zu berichten, daß er gefallen ist, sonst müßte man nächstens alle Zeitungen konfiszieren die etwa von einem Diebstahl berichten, ohne gleich das vorgeschriebene Maß von Entrüstung hinzuzufügen. Dabei haben wir in der Besprechung der Versammlung, soweit es uns die Rücksicht auf die berechtigte Erbitterung der Arbeitslosen erlaubte, ziemlich [illegible] zu verstehen gegeben, daß wir nur eine andere Kampfmethode für zweckmäßig halten, nämlich das Zusammenstehen von Arbeitern und Arbeitslosen im geschlossenen und organisierten Kampfe der Massen. Trotzdem wurde unsere bloße Mitteilung zum Anlaß genommen, unser Blatt zu beschlagnahmen und finanziell schwer zu schädigen.

Daß es sich bei dieser Beschlagnahme um eine Ausrede handelt, beweist auch [illegible]. Einen ähnlichen Bericht hatte auch der „Abend" gebracht. Da man für unsere Beschlagnahme keinen anderen Vorwand fand als diesen Bericht, [illegible] auch der „Abend" daran glauben, damit der Schwindel nicht so leicht auffalle. Deshalb wurde der „Abend", der bekanntlich am Nachmittag erscheint, am Morgen des nächsten Tages beschlagnahmt!

Jeder Arbeiter, dem es um die Freiheit der proletarischen Presse ernst ist, muß mit uns eins sein in der Forderung strengster Bestrafung der Beamten, die für diesen dummfrechen Polizistenstreich verantwortlich sind. Nur so können der Regierung derartige Methoden abgewöhnt werden. Den Arbeitern erst durch Wucherpolitik das Brot rauben und dann auch noch das Maul verbieten, ist zu viel!

Wenn es sich um eine revolutionäre Tat handelt.

Die Sonntagsnummer der „Arbeiterzeitung" bringt unter dem Titel „[illegible] das Leben der anderen [illegible]" einen Angriff gegen unsere Partei und [illegible] die K. P. U., in welchem sie [illegible] jede Lügen zusammenhäuft, [illegible] jachen verschweigt und [illegible] Alles um die eigene Ohnmacht und die [illegible] zu verdecken. Nur [illegible] einzelne aus den von [illegible] mit Beweisen ausgerüsteten Tatbestand.

1. Es ist allbekannt, daß die [illegible] Regierung noch im Jänner 1921 ungarische Geiseln festnehmen ließ und die ungarische Regierung davon verständigte, daß, falls die Volkskommissare hingerichtet würden, [illegible] regierung mit ähnlichen Repressalien antworten [illegible]. In dieser Note war nur von Volkskommissären die Rede. Die „Arbeiterzeitung" erhoben damals ein Geschrei, weil man sich um nicht um das Schicksal [illegible] Geiseln kümmere. Schon damals wollten [illegible] die „Informatoren" verantwortlich [illegible]. Der „Proletar" befaßte sich damals mit dieser niedrigen Demagogie. Er führte aus, daß eine Politik mit solcher Forderung den Ernst der Sache [illegible] gefährden können, denn die Regierung [illegible] weißen Terrors hätte es niemals zugelassen, daß ihre inneren Angelegenheiten und ihre [illegible] von Sowjetrußland als derart entscheidend beeinflußt erscheine, es sei denn, sie verübte einen Selbstmord

Die Rote Fahne, 25. Jänner 1922, S.1

Auswahlbibliographie wichtiger Artikel Josef Strassers[663]

Vorkriegssozialdemokratie

- Reichenberg. – in: Der Kampf, Jahrgang 2, Nr.12, 1.9.1909
- Die Werbekraft des Internationalismus. – in: Der Kampf, Jahrgang 3, Nr.4, 1.1.1910
- Der Arbeiter und die Nation. – Reichenberg 1912

Antimilitarismus

- Kapitalismus und Kriegsrecht; Ergänzungsheft zur Neuen Zeit, ausgegeben am 1. Dezember 1911
- Eine Bismarckiade; Der Kampf, Jg. 8, Nr. 4, 1. April 1915
- Von der grauen Theorie zur feldgrauen (über Werner Sombart); Der Kampf, Jg. 8, Nr. 7/8, 1. August 1915
- Zum ewigen Burgfrieden; Der Kampf, Jg. 8, Nr. 9, September 1915
- Ein Brevier für Umlerner; Der Kampf, Jg. 8, Nr. 11/12, November-Dezember 1915

Psychologie / Pädagogik / Kultur

- Die Schwäche als Entwicklungsfaktor (über Alfred Adler); Der Kampf, Jg, 1, Nr.3, 1. Dezember 1907
- Was kann die "Freie Schule" noch leisten?; Der Kampf, Jg. 1, Nr. 11, 1. August 1908
- Ein Revolutionsroman (über das Buch des russischen Sozialrevolutionärs W. Ropschins *Als wär‘ es nie gewesen*); Der Kampf, Jg. 7, Nr. 10, 1. Juli 1914
- Arbeiter-Zeitung vom 28. Jänner 1917 (über Walter Hasenclever) und viele mit ‚j. str." gezeichnete Notizen zum Kulturgeschehen in der gleichen Zeitung

Kommunistische Partei Österreichs / Kommunistische Internationale

- Was ist der Arbeiterrat? – in: Rote Fahne, 25. Oktober 1919
- Kommunisten und Arbeiterrat. – in: Die Rote Fahne, 6. November 1919
- Rote Fahne, 12. Dezember 1919 (gegen den Putschismus)
- Rote Fahne, 26. Jänner 1922 (für die Meinungsfreiheit der kommunistischen Redakteure)
- Rote Fahne 28. und 31. März 1922 (für innerparteiliche Demokratie)
- Die Musterpartei der Zweiten Internationale. – in: Internationale Pressekorrespondenz [deutschsprachige Ausgabe], 1925, Nr.2
- Die Revolution von 1905 und der österreichische Wahlrechtskampf. – Internationale Pressekorrespondenz [deutschsprachige Ausgabe], 1925, Nr.144

Internationale Linksopposition

- Austriacus: Das Ende des Austromarxismus. – in: Unser Wort, Zeitschrift der IKD, Nr.6, Anfang Juni 1933

---

[663] Die Auswahlbiographie wurde übernommen aus: Auswahlbibliographie wichtiger Artikel Josef Strassers. – in: Strasser, Josef: Der Arbeiter und die Nation. – Wien 1982, S.108. Viele Artikel, auch solche, die in unsere Ausgabe aufgenommen wurden, fehlen hier.

Personenverzeichnis

Abel (biblische mythologische Figur) 223
Adams, John 133
Adler, Alfred 27-30, 78-85, 278, 327
Adler, Friedrich 45, 52, 53, 56, 58, 103, 289
Adler, Max 298, 300
Adler, Raïssa Timofejewna 16
Adler, Victor (auch: Adler, Viktor) 40, 45, 53, 78, 88, 89, 103, 289, 301, 309, 310, 327
Afritsch, Anton 33
Agrippa, Menenius Lanatus (auch: Agrippa, Menenius) 189
Ägydi 146
Ahlefeld, Hunold (siehe: von Ahlefeld, Hunold) 153
Alexander II. (eigentlich: von Romanow-Holstein-Gottorp, Alexander Nikolajewitsch) 49
Alfred der Große (literarische Figur bei Heinrich von Kleist) 274
Anschütz, Gerhard 260, 261
Aristoteles 122
Asklepios (auch: Äskulap; griechische mythologische Figur) 306
Austerlitz, Friedrich 52, 53, 95
Bach, Alexander (siehe: von Bach, Alexander) 321
Austriacus (siehe: Strasser, Josef)
Bancbanus (literarische Figur bei Franz Grillparzer) 275
Barnay, Paul 280
Bauer, Otto (auch: Mann, Karl) 10, 20-23, 25, 34, 69, 73, 74, 93, 94, 105, 115, 117, 204-206, 216-219, 300, 301, 303, 317
Bayer, Franz 31
Bazile, Jules (siehe: Guesde, Jules)
Bax, Ernest Belfort 45
Bebel, Ferdinand August 254, 303, 309, 315, 317
Beck, Konrad 31, 88, 89
Becker, Ernst Heinrich Bernhard 294
Beethoven (siehe: van Beethoven, Ludwig)
Bentham, Jeremy 243
Bernaschek, Richard 72
Bernstein, Eduard 46, 111, 263, 315
Bettelheim, Ernst 12, 61, 64
Bismarck, Otto (siehe: von Bismarck-Schönhausen, Otto)
Bissing, Moritz Ferdinand (siehe: von Bissing, Moritz Ferdinand)
Blanka von Kastilien (literarische Figur bei Franz Grillparzer) 274
Blei, Franz 7
Bloch, Johann (siehe: von Bloch, Johann)
Bluntschli, Johann Caspar 123, 125, 128, 163, 180
Bodart, Gaston 166
Boerner, E. 166, 174, 178
Bolotow (literarische Figur bei W. Ropschin) 231, 232
Bonaparte (siehe: Napoleon, Bonaparte)
Brandler, Heinrich 16, 70, 71
Branting, Hjalmar Karl 46
Braun, Heinrich 46
Breitner, Hugo 309
Broda, Christian 15
Brutus Caepio, Marcus Iunius 273
Buřival, František 100
Busch, Heinrich Christian Wilhelm 277
Büchner, Ludwig (eigentlich: Büchner, Friedrich Karl Christian Ludwig) 78
Bülow (siehe: von Bülow, Bernhard Heinrich Martin Karl)
Büsch, Johann Georg 143, 144
Byron, George Gordon Noel 244
Cäsar, Gaius Julius 273
Carlyle, Thomas 244
Castiglione, Camillo 325
Chales de Beaulieu, Martin Franz (auch: de Beaulieu, von Beaulieu) 127
Chotek, Sophie (eigentlich: Chotek von Chotkowa und Wognin, Sophie Maria Josephine Albina) 52
Christus (biblische mythologische Figur) 225, 263
Cicero, Marcus Tullius 248
Clemenceau, Georges Benjamin 303
Cohn-Eber, Michael (siehe: Kohn-Eber, Michael)
Condorcet (siehe: de Condorcet, Marie Jean Antoine Nicolas Caritat)
Cromwell, Oliver 129, 141
Crusoe, Robinson (literarische Figur bei Daniel Defoe) 273
Cunow, Heinrich 45
d'Avoût, Louis-Nicolas (auch: Davoust, Louis-Nicolas 134
Danneberg, Robert 298-301
Darwin, Charles Robert 81, 84

Davoust (siehe: d'Avoût, Louis-Nicolas)
de Beaulieu (siehe: Chales de Beaulieu, Martin Franz)
de Mably, Gabriel Bonnot (auch: Mably, Gabriel Bonnot) 133
de Vattel, Emer (auch: de Vattel, Emerich; Vattel, Emerich) 133
de Vauban, Sébastien Le Prestre (auch: Vauban) 142, 143
Defoe, Daniel 273
Demosthenes (Δημοσθένης, Dēmosthénēs) 79
di San Giuliano, Antonio 124
Dietz, Johann Heinrich Wilhelm 46
Dietzgen, Eugen (auch: Dietzgen, Eugene) 57, 58, 263-268
Dietzgen, Joseph (eigentlich: Dietzgen, Peter Joseph; auch: Dietzgen, Josef) 57, 58, 263-266
Dollfuß, Engelbert 71, 310, 313
Don Carlos (eigentlich: Don Karlos; literarische Figur bei Friedrich von Schiller) 274
Drexler, Franz 67
Dreyse, Johann Nikolaus (siehe: von Dreyse, Johann Nikolaus)
Dühring, Karl Eugen 263
Dunant, Henry (eigentlich: Dunant Jean-Henri) 48, 175, 176
Ebert, Friedrich 255
Eduard (literarische Figur bei Ferdinand Raimund) 269
Egmont (literarische Figur bei Goethe und Beethoven) 246
Eisner, Kurt 258
Ekdal, Hjalmar (literarische Figur bei Henrik Ibsen) 115
Engels, Friedrich 45, 46, 58, 224, 232, 253, 263-267, 272, 285, 310, 317
Enslein, Josef 31
Erzherzog Karl (siehe: von Österreich, Carl Ludwig Johann Joseph Laurentius; Erzherzog Karl)
Faust, Heinrich (literarische Figur bei Johann Wolfgang von Goethe) 240, 246
Ferdinand I. Karl Leopold Joseph Franz Marcellin (auch: Ferdinand V.) 271
Ferschitz 293
Fichte, Johann Gottlieb 245-247
Filangieri, Gaetano 133
Fischer, Ernst 59
Forst, Leopold 12
Fourichon, Martin 147
Francke, Ernst 257
Frank, Karl 12
Frank, Jakob (auch: Franck, Jakob; Gräf, Max; Graef, Max) 16
Franklin, Benjamin 133, 142
Franz Ferdinand (eigentlich: von Österreich-Este, Franz Ferdinand) 52, 89
Franz Joseph I. 271, 321
Franz II. Joseph Karl (auch: Franz I. Joseph Karl) 271
Frenssen, Gustav 55, 56, 234-238
Freud, Sigmund 27
Frey, Josef 13, 14, 17, 65-68, 72, 292, 293, 296, 297
Friedländer, Elfriede 60
Friedländer, Paul 60, 64, 291
Friedrich II. (eigentlich: von Baden, Friedrich) 56
Friedrich II. (eigentlich: von Hohenzollern, Friedrich; auch: Friedrich der Große) 136, 142, 151, 164, 166, 175, 246
Friedrich der Große (siehe: Friedrich II.)
Friedrich Wilhelm I. (eigentlich: von Hohenzollern, Friedrich Wilhelm) 175
Friedrich Wilhelm von Brandenburg (auch: "Der große Kurfürst") 136
Frisch 128
Frölich, Paul 16
Gainsborough, Thomas 244
Galiani, Ferdinando Coelestinus 133
Gallois, Johann Gustav134, 145
Gambetta, Léon 111
Gautsch, Paul (eigentlich: Gautsch von Frankenthurn, Paul) 89, 307, 308
Geffcken, Friedrich Heinrich 160
Gilinszki 157
Gladstone, William Ewart 157
Glass, Siegmund 12, 13
Gleim, Johann Wilhelm Ludwig 271
Glöckel, Otto 31, 35
Goethe, Johann Wolfgang (siehe: von Goethe, Johann Wolfgang)
Gorki, Maxim (eigentlich: Peschkow, Alexei Maximowitsch) 10, 20
Goschen, George Joachim 157
Grey, Edward 159
Grillparzer, Franz 59, 270-276
Grimm, Jacob Ludwig Karl (auch: Grimm, Carl) 84
Grimmelshausen (siehe: von Grimmelshausen, Hans Jakob Christoffel)
Groß von Schwarzhoff, Julius 158
"der große Kurfürst" (siehe: Friedrich Wilhelm von Brandenburg)

Grotius, Hugo (eigentlich: de Groot, Huigh; auch: de Groot, Hugo) 129, 130, 141
Guesde, Jules (eigentlich: Bazile, Jules) 46, 224
Günthari (germanische mythologische Figur) 84
Haase, Hugo 254
Hadik von Futak, Andreas 132
Hagen von Tronje (literarische Figur) 79, 236
Hägelin, Franz Karl 273
Hartmann, Ludo Moritz (auch: Hartmann, Ludwig Moritz) 31, 204-206, 216, 316
Hasenclever, Walter 59, 297, 298, 327
Hasenclever, Wilhelm 182
Hatzfeld (siehe: von Hatzfeld zu Trachenberg, Melchior Hubert Paul Gustav)
Hauser, Johann Nepomuk 312
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 58, 245, 246
Heine, Christian Johann Heinrich (eigentlich: Heine, Harry) 247, 253
Heinemann, Hugo 253, 254
Hilferding, Rudolf 46, 56, 298
Hirsch, Paul 254
Hitler, Adolf 257, 310
Hobbes, Thomas 243
Hogarth, William 244
Holtzendorff, Franz (siehe: von Holtzendorff, Franz)
Homer 234, 235
Hus, Jan (auch: Huss, Johannes) 201
Huss, Johannes (siehe: Hus, Jan)
Ibsen, Henrik 115, 160
Iglesias, Pablo (eigentlich: Iglesias Posse, Pablo) 46
Jaffé, Edgar 258
Jaurès, Jean 46
Joseph II. (auch: Josef II.; eigentlich: Joseph II. Benedikt August Johann Anton Michael Adam) 272
Juvenal (eigentlich: Iuvenalis, Decimus Iunius) 123
Kain (biblische mythologische Figur) 223
Kaiser, Georg 59
Kalischer, Eduard 14
Kant, Immanuel 110, 232, 242, 247, 263, 264, 266
Karl I. (auch: Charles I. Stuart) 129
Karl II. (auch: Charles II.) 141
Károlyi, Mihály (eigentlich: Károlyi von Nagykároly, Mihály Adam Georg Nikolaus) 12
Kautsky, Karl 10, 20, 27, 45, 46, 69, 75, 300, 315
Kautsky, Louise 34
Kindermann, Franz 100, 105
Kleist, Heinrich (siehe: von Kleist, Bernd Heinrich Wilhelm)
Klofáč, Václav Jaroslav 105
Kohn-Eber, Michael (auch: Cohn-Eber, Michael) 13
Koritschoner, Franz 13, 14, 58, 60, 65, 288
Körner 198
Kramář, Karel 89
Kreibich, Karl 8, 9, 19
Kronawetter, Ferdinand 87
Kulcsar, Leopold 58
Kun, Béla (eigentlich: Kohn, Béla) 12
Kürnberger, Ferdinand 8
Jefferson, Thomas 133
Labriola, Antonio 46
Lafargue, Paul 46, 224
Lafite, Carl (auch: Lafitte, Karl) 7
Lampe, Martin 247
Langlois 168
Lania, Leo 14
Laplace, Pierre-Simon (auch: de Laplace, Pierre-Simon) 110
Larrey, Dominique Jean 175
Lassalle, Ferdinand (eigentlich: Lassal, Ferdinand Johann Gottlieb) 137, 243-245, 258, 259, 293-295, 302
Lazarowitsch, Max 58
Legien, Carl Rudolf (auch: Legien, Karl) 57, 252, 254
Lenin, Wladimir Iljitsch (eigentlich: Uljanow, Wladimir Iljitsch) 9, 10, 14, 17, 20, 43, 66, 70, 193, 291, 294, 395
Lensch, Paul 254
Lessing, Gotthold Ephraim 271
Leuthner, Karl 89, 316
Levi, Paul 13, 14, 66, 292, 296
Libuscha (siehe: Libuše)
Libuše (auch: Libuscha, Libussa; mythologische Figur) 211
Liebermann, Wilhelm 131
Liebknecht, Karl 11, 66, 292, 315
Liebknecht, Wilhelm 182, 263, 317
Liszt, Eduard (siehe: Liszt, Eduard ; Sohn)
Liszt, Franz 36
Locke, John 243
Locki (eigentlich: Loki; germanische mythologische Figur) 84
Lombroso, Cesare 84
Ludwig XIII. 165

Ludwig XIV. (auch: Louis XIV, "Louis le Grand") 141, 142, 168
Ludwig XVI. August 143
Lueder, Karl 125, 163, 169
Lueger, Karl 54, 89
Lumpi, Johann 288
Luther, Martin 123
Luxemburg, Rosa (eigentlich: Luksenburg, Rozalia) 10, 11, 20, 46, 62, 66, 255, 284, 289, 292, 315
Mably, Gabriel Bonnot (siehe: de Mably, Gabriel Bonnot)
Malthus, Thomas Robert 84, 193
Mandel, Ernest 67
Mann, Karl (Pseudonym; siehe: Otto Bauer)
Marcu, Valeriu 14
Marcy, William Learned 146
Maria Theresia (eigentlich: von Österreich, Maria Theresia Walburga Amalia Christina) 147, 272
Maresch, Leopold 12
Marlitz, Robert 288
Marx, Jenny (eigentlich: Marx, Johanna Bertha Julie Jenny) 45, 46
Marx, Karl 11, 29, 30, 45, 46, 53, 57, 58, 83, 85, 105, 126, 182, 189, 215, 223, 224, 232, 235, 241, 253, 263-269, 285, 293, 298, 302, 306, 311, 315, 317
Marx-Aveling, Eleanor (eigentlich: Marx, Jenny Julia Eleanor, auch: Tussy) 45
Matejko, Jan Alojzy 80
Mehring, Franz Erdmann 10, 20, 46, 315
Meinecke, Friedrich 259
Mephisto (literarische Figur) 240
Metternich (siehe: von Metternich-Winneburg zu Beilstein, Klemens Wenzel Lothar)
Millerand, Alexandre 112
Molière (auch: Moliere; eigentlich: Poquelin, Jean-Baptiste) 301
Moltke, Helmuth Karl Bernhard (siehe: von Moltke, Helmuth Karl Bernhard)
Moses (mythologische Figur) 129, 263
Mozart, Wolfgang Amadeus (eigentlich: Mozart, Joannes Chrysostomus Wolfgangus Theophilus) 279
Müller, Adam Heinrich (auch: Müller von Nitterdorf, Adam Heinrich) 245
Napoleon, Bonaparte (auch: Bonaparte) 146, 163-165, 168, 175, 177, 246, 273, 274, 313
Napoléon III. (eigentlich: Bonaparte, Charles-Louis-Napoléon) 146, 162
Nathanson, Martha 16
Natorp, Paul Gerhard 256, 257
Nelson, Horatio 153
Němec, Antonín (auch: Nemec, Antonin; Němec, Anton) 190, 199
Nemetz, Alois 9
Neumann, Josef 100
Neurath, Alois 67, 68
Nietzsche, Friedrich Wilhelm 83, 216, 246, 247
Nigra, Costantino 157, 158
Noske, Gustav 254, 299, 309
Novalis (eigentlich: von Hardenberg, Georg Philipp Friedrich) 245
Novotny 13
Odin (auch: Wōdan; germanische mythologische Figur) 84
Oncken, Hermann 258, 259
Ottokar (siehe: Přemysl, Ottokar)
Paish, George 151
Palmerston, Henry John Temple 147
Panakeia (griechische mythologische Figur) 306
Pannekoek, Anton 10, 20
Pernerstorfer, Engelbert 31, 40-43, 89, 181, 183-185, 190, 191, 316
Pillet 125, 128
Plato (eigentlich: Plátōn) 122, 129
Plechanow, Georgi Walentinowitsch 45
Plenge, Johann Max Emanuel 138, 154, 156
Polgar, Alfred 31
Pollak 66
Polzer, Karl 16, 17
Popp, Adelheid 31, 34
Posa (siehe: von Posa)
Prade, Heinrich 31, 88, 109
Přemysl, Ottokar (auch: Ottokar) 271
Pufendorff, Samuel (siehe: von Pufendorff, Samuel)
Purmanus, Godofred 179
Radek, Karl Berngardowitsch (eigentlich: Sobelsohn, Karl Berngardowitsch) 14
Radetzky von Radetz, Johann Joseph Wenzel Anton Franz Karl (auch: Radecký z Radče, Jan Josef Václav) 272
Raimund, Ferdinand (eigentlich: Raimann, Ferdinand Jakob) 269
Rakus, Theodor Georg 31
Ramsay MacDonald, James 45
Reisler 13
Renner, Karl 24, 41, 52, 53, 70, 95, 103, 227, 287, 288, 300, 306, 312, 316
Reubel 144
Reynolds, Joshua 244

Rhone 166, 168
Riehs, Jakob (auch: Rieß, Jakob) 71
Rivier, Alphonse Pierre Octave 125
Rjasanow, Dawid Borissowitsch 45
Robespierre, Maximilien (eigentlich: de Robespierre, Maximilien Marie Isidore) 134
Robinson (siehe: Crusoe, Robinson)
Roland-Holst, Henriëtte Goverdine Anna 46
Ropschin, W. (Pseudonym; siehe: Sawinkow, Boris Wiktorowitsch)
Rothschild, Mayer Amschel 111
Rousseau, Jean-Jacques 133
Rudolf von Habsburg (siehe von Habsburg, Rudolf)
Rundt, Arthur 280
Sawinkow, Boris Wiktorowitsch (auch: Ropschin, W.) 55, 229-233, 327
Schacherl, Michael 90, 91, 93
Scheidemann, Philipp Heinrich 254
Schiller, Johann Christoph Friedrich (siehe: von Schiller, Johann Christoph Friedrich)
Schiller, Josef 9
Schlamm, Willi (eigentlich: Schlamm, Wilhelm Siegmund) 71
Schlieffen, Alfred (siehe: Schlieffen, Alfred)
Schmidt, Robert 254
Schopenhauer, Arthur 110
Schönfelder, Gustav 71
Schubert, Franz Peter 79
Schulz, Heinrich 254, 255
Schwarzenberg, Karel (auch: Schwarzenberg, Karl; zu Schwarzenberg, Karl) 111
Schwarzenberg, Karl II. (siehe: zu Schwarzenberg, Karl II.)
Schwarzenberg, Karl III. (siehe: zu Schwarzenberg, Karl III.)
Schwarzenberg, Karl IV. (siehe: zu Schwarzenberg, Karl IV.)
Schweinitz (siehe: von Schweinitz, Hans Herman
Sedlnitzky Odrowąż von Choltitz, Josef 275
Seitz, Karl Josef 31, 33, 90-93
Seliger, Josef 198, 199
Shakespeare, William 238, 244
Shelley, Percy Bysshe 244
Siegfried (literarische Figur) 209, 236
Sinowjew, Grigori Jewsejewitsch (eigentlich: Radomilski, Grigori Jewsejewitsch) 13, 14, 66, 67, 292
Sjeroscha (literarische Figur bei W. Ropschin) 231
Sljoskin (literarische Figur bei W. Ropschin) 230-232
Sombart, Werner 56, 239-245, 247-249, 327
Spann, Gustav 54
Spartakus (auch: literarische Figur bei Heinrich von Kleist) 274
Stagano (germanische mythologische Figur) 84
Stalin, Josef (eigentlich: Dschugaschwili, Jossip Wissarionowitsch) 14, 72, 309
Steinhardt, Karl 13
Stern, Josef Luitpold 11, 60
Stöde 84
Stransky (siehe: von Stransky-Greifenfels, Eduard)
Strasser, Isa (auch: Strasser, Klothilde, Isadora; Straßer, Isa; geboren als: von Schwartzkoppen, Klothilde Isadora) 7, 11, 12, 14-19, 26, 53, 60, 62, 68-71, 76
Strasser, Jenny 15
Strasser, Josef (auch: Straßer, Josef; Strasser, Joseph; Austriacus) 7-40, 42-49, 51-76, 95, 100, 116, 123, 129, 131, 132, 194, 219, 231, 243, 244, 246, 287, 291, 292, 315, 316, 318-324, 327
Strasser, Peter 15, 18
Straub, Agnes 280
Ströhmer, Anna (auch: Strömer) 13, 58
Strömer (siehe: Ströhmer, Anna)
Stürgkh, Karl 53, 103, 289
Tarquinius Superbus, Lucius 273
Tell, Wilhelm (auch: literarische Figur bei Friedrich von Schiller) 273
Tesarek, Anton 35
Tettenborn, Friedrich Karl (siehe: von Tettenborn, Friedrich Karl)
Thalheimer, August 16, 71
Thälmann, Ernst 16
Thimme, Friedrich Wilhelm Karl 57, 252, 261
Thomasius , Christian 243
Tittoni, Tommaso 124
Tizian (eigentlich: Tiziano, Vecellio) 80
Tober, Max 13
Tolstoi, Leo (eigentlich: Tolstoi, Lew Nikolajewitsch) 233
Tomann, Karl (auch: Toman, Karl) 12, 14
Totleben (siehe: von Tottleben, Gottlob Kurt Heinrich)
Tönnies, Ferdinand 257
Troeltsch, Ernst 261
Tromp, Maarten 140
Trotha, Adrian Dietrich Lothar (siehe: von Trotha, Adrian Dietrich Lothar)

Trotzki, Leo (auch: Trotzky; eigentlich: Bronstein, Lew Dawidowitsch) 16, 17, 45, 66, 68, 72, 75, 283,294
Trotzky, Leo (siehe: Trotzki, Leo)
Turner, Alfred Edward 152
Tussy (siehe: Marx-Aveling, Eleanor)
Tyr (germanische mythologische Figur) 84
Uhl, Jörn (literarische Figur bei Gustav Frenssen) 235
Umbreit, Paul 254
Unger, Heinrich 310
Vaihinger, Hans 242
van Beethoven, Ludwig (auch: Beethoven, Ludwig) 79, 246
Vandervelde, Émile 46
Vattel, Emerich (siehe: de Vattel, Emer)
Vauban (siehe: de Vauban, Sébastien Le Prestre
Vidar (germanische mythologische Figur) 84
Vigen, Terje (literarische Figur bei Henrik Ibsen) 160
Vigné d'Octon, Paul 126
Vogel von Falckenstein, Eduard Ernst Friedrich Hannibal (auch: Vogel von Falkenstein) 146, 147
von Ahlefeld, Hunold (auch: Ahlefeld, Hunold) 153
von Bach, Alexander (auch: Bach, Alexander) 321
von Bar 159
von Bardeleben, Heinrich Adolf 171, 172
von Beaulieu (siehe: Chales de Beaulieu, Martin Franz)
von Bismarck-Schönhausen, Otto Eduard Leopold (auch: Bismarck, Otto; von Bismarck, Otto) 55, 56, 147, 234-238, 246, 248, 327
von Bissing, Moritz Ferdinand (auch: Bissing, Moritz Ferdinand) 126
von Bloch, Johann (auch: Bloch, Johann) 164, 166, 167, 169
von Bülow, Bernhard Heinrich Martin Karl (auch: Bülow)
von der Goltz, Wilhelm Leopold Colmar 177
von Dreyse, Johann Nikolaus (auch: Dreyse, Johann Nikolaus) 169
von Goethe, Johann Wolfgang (auch: Goethe, Johann Wolfgang) 240, 246
von Grimmelshausen, Hans Jakob Christoffel (auch: Grimmelshausen) 130
von Habsburg, Otto (amtlich auch: Habsburg-Lothringen, Otto) 71
von Habsburg, Rudolf (auch: Rudolf I. und Rudolf IV.) 271
von Hatzfeldt zu Trachenberg, Melchior Hubert Paul Gustav (auch: Hatzfeld) 160
von Hock, Paul 31, 32
von Hohenzollern, Adalbert Ferdinand Berengar Viktor 139
von Hohenzollern, August Wilhelm Heinrich Günther Viktor 139
von Hohenzollern, Friedrich Wilhelm Victor August Ernst 139
von Hohenzollern, Joachim Franz Humbert 139
von Hohenzollern, Oskar Karl Gustav Adolf 139
von Hohenzollern, Wilhelm Eitel Friedrich Christian Karl 139
von Holtzendorff, Franz (auch: Holtzendorff, Franz) 122, 125, 160
von Juraschek, Franz 154
von Kleist, Bernd Heinrich Wilhelm (auch: Kleist, Heinrich) 274
von Liszt, Eduard (Vater) 36
von Liszt, Eduard (Sohn; auch: Liszt, Eduard) 35, 36, 119, 120
von Liszt, Franz 35, 128
von Metternich-Winneburg zu Beilstein, Klemens Wenzel Lothar (auch: Metternich; eigentlich: von Metternich-Winneburg zu Beilstein, Clemens Wenceslaus Nepomuk Lothar) 272, 274, 275
von Moltke, Helmuth Karl Bernhard (auch: Moltke, Helmuth Karl Bernhard) 163, 180
von Österreich, Carl Ludwig Johann Joseph Laurentius; Erzherzog Karl (auch: Erzherzog Karl) 164
von Posa (auch: Posa; literarische Figur bei Friedrich Schiller) 160
von Pufendorff, Samuel (auch: Pufendorff, Samuel) 243
von Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph 245
von Schiller, Johann Christoph Friedrich (auch: Schiller, Johann Christoph Friedrich) 41, 130, 246
von Schlieffen, Alfred (auch: Schlieffen, Alfred) 177, 178
von Schönerer, Georg 31, 41, 181
von Schweinitz, Hans Herman (auch: Schweinitz, Hans Herman) 127
von Stransky-Greifenfels, Eduard (auch: Stransky) 109
von Tettenborn, Friedrich Karl (auch: Tettenborn) 134

von Thulemeier, Friedrich Wilhelm 133
von Tottleben, Gottlob Kurt Heinrich (auch: Totleben) 132
von Trotha, Adrian Dietrich Lothar (auch: Trotha) 127, 128
von Wreden 174
Wagner, Wilhelm Richard 78, 79, 81
Wahrmund, Ludwig 32, 87, 88, 90, 91
Wakefield, Edward Gibbon 126
Walcher, Jacob 16
Waldeck-Rousseau, Pierre Marie René Ernest 112
Walkeri (germanische mythologische Figur) 84
Wallenstein (eigentlich: von Waldstein, Albrecht Wenzel Eusebius; auch: Albrecht Václav Eusebius z Valdštejna) 130
Wanja (literarische Figur bei W. Ropschin) 232
Washington, George 133
Weber, Josef 72
Weiß, Alexander (auch: Weiß, Sándor) 325
Werle, Gregor (literarische Figur bei Henrik Ibsen) 115
Werle (Konsul; literarische Figur bei Henrik Ibsen) 115
Wertheim, Johannes 12, 13, 68, 292, 297
White, Andrew Dickson 157, 158
Wieland der Schmied (germanische mythologische Figur) 84
Wilhelm II. (eigentlich: von Hohenzollern, Friedrich Wilhelm Viktor Albert) 137, 139, 162
Winnig, August 254
Wolf, Karl Hermann (auch: Wolf, Carl Hermann) 104, 109, 194
Wolff, Christian (auch: Wolf, Christian; von Wolff, Christian) 243
Wolfgang 280
Wurm, Emanuel 45, 137, 138
Xenophon (griechisch: Ξενοφῶν) 129
Zephises (literarische Gestalt bei Ferdinand Raimund) 269
Zetkin, Clara (auch: Zetkin, Klara Josephine) 13, 34, 66
Zimmermann 84, 131
Zimmermann, Waldemar 257
Žižka, Jan 201
Zorn, Philipp 157, 158
zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Konrad 89
zu Münster, Georg Herbert 157, 158
zu Schwarzenberg, Karl (siehe: Schwarzenberg, Karel)
zu Schwarzenberg, Karl II. (auch: Schwarzenberg, Karl II.) 321
zu Schwarzenberg, Karl III. (auch: Schwarzenberg, Karl III.) 321
zu Schwarzenberg, Karl IV. (auch: Schwarzenberg, Karl IV.) 321

Lieferbare Nummern von MARXISMUS

3 Österreich-Nationalismus & Arbeiterbewegung (4., erw. Aufl.), 260 S., 10 €

13 Revolutionen nach 1945 – mit Einleitung zur marxistischen Revolutionstheorie, 380 S., 13 €

17 China unter Mao – Geschichte der Volksrepublik, 232 S., 10 €

18 Balkanföderation & Arbeiterbewegung, Teil 1 – Konzeptionen der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, 284 S., 12 €

19 Balkanföderation und Arbeiterbewegung, Teil 2 – Diskussionen in der Kommunistischen Internationale, 372 S., 14 €

20 Balkanföderation und Arbeiterbewegung, Teil 3 – Projekte während und nach dem Zweiten Weltkrieg, 408 S., 15 €

21 Imperialismus & marxistische Theorie, Teil 2: von der frühen Komintern zur Vierten Internationale, 110 S., 7 €

22 Koloniale Frage und Arbeiter/innen/bewegung, 320 S., 15 €

23 Nationale Frage und marxistische Theorie Teil 1: Die "Klassiker", 224 S., 14 €

24 Nationale Frage und marxistische Theorie Teil 2: Die sowjetische Erfahrung, 646 S., 24 €

25 Revolution und Konterrevolution in Griechenland, 600 S., 18 €

27 Sozialistischer und marxistischer Feminismus, 174 S., 9 €

28 Kommunismus und Frauenbefreiung, 520 S., 18 €

29 Geschlechterverhältnisse bei Marx & Engels, 536 S., 17 €

30 CWI und IMT – Die Militant-Tendenz und ihre Nachfolger, 316 S., 11 €

31 Proletarische Frauenbewegung, 586 S., 18 €

32 Die "Frauenfrage" bei Bebel und Luxemburg, 248 S., 10 €

33 Trotzkismus in Österreich – von der Entstehung bis heute, 970 S. (in 2 Bänden), 35 €

34 Eric Wegner: Streiks in der 2. Republik, 212 S.,

Genauere Infos auf:
www.arbeiter-innen-kampf.org

Broschüren aus der Reihe MARXISMUS

1 Grundätze der Arbeitsgruppe Marxismus, 32 S., 1,5 €
2 Der Titoismus und die Ursachen der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, 20 S., 1 € (auch in Serbokroatisch)
3 Leo Trotzki: Porttät des Nationalsozialismus, 20 S., 1 €
4 Die öst. Arbeiterkammern – fortschrittliche Institutionen?, 40 S., € 2
5 Die Zivilges.m.b.H. & ihre Teilhaber – Zivilgesellschaft, NGOs und das Elend der "kreativen Protestformen", 24 S., 1,5 €
6 Der Zweite Weltkrieg – Demokratie gegen Faschismus?, 64 S., 2 €
7 Die Linke und die Beneš-Dekrete, 40 S., 2 €
8 Trotzkistische Opfer des NS-Terrors. Eine Dokumentation, 44 S., 2 €
9 Der blutige Weg in die neue Weltordnung, 64 S., € 2
10 Nationale Frage und Arbeiter/innen/bewegung in der Tschechoslowakei, 56 S., 2,5 €
11 "...wo man mit Blut die Grenze schrieb...". slowenische Frage in Kärnten, 58 S. 2,5 €
12 Der Irak im Fadenkreuz des Imperialismus, 64 S. A5, 3 €
13 US-Arbeiter/innen gegen den Krieg, 60 S., 2,5 €
14 Marxistische Staatstheorie bei Marx, Engels und Lenin, 24 S., 1 €
15 Totalitarismustheorie, 24 S., 1 €
16 Imperialismustheorie bei W.I. Lenin, 40S., 2 €
17 Imperialismustheorie bei Rosa Luxemburg, 40 S., 2 €
18 für eine Sozialistische Revolution in Venezuela, 96S., 3,5 €
19 Europäische Union, 40 Seiten A5, 2 € / 3,5 CHF
21 Marxistische Positionen zum Nahost-Konflikt, 32 Seiten A5, 2 € / 3,5 CHF
22 Hintergründe des Zypern-Konfliktes, 48 Seiten A5, 2 € / 3,5 CHF
23 Nationalismus und nationale Frage, 48 Seiten A5, 2 € / 3,5 CHF
24 Uniproteste und ÖH, 44 Seiten A5, 2 € / 3,5 CHF
27 Fußball und Klassenkampf, 60 Seiten A5, 2,5 € / 4 CHF
30 Russland im Wandel, 60 Seiten A5, 2,5 € / 4 CHF
32 Smash Racism, 48 Seiten A5, 2,5 € / 4 CHF
33 Bildung und Schule, 80 Seiten A5, 3 € / 4,5 CHF
34 eine marxistische Analyse der Prostitution, 32 Seiten, A5, 2 € / 3 CHF
35 Roma/Romnija: Geschichte, Gegenwart und Perspektiven einer unterdrückten Minderheit, 72 Seiten A5, 3 € / 4,5 SFR
36 Grundsätze der Organisation arbeiter.innen.kampf, 36 Seiten A5, 2,5 €
37 ARKA-Texte zum Organisationsaufbau, 28 Seiten A5, 2,5 €
38 Krise und Klassenkampf. Marxistische Einschätzungen der Krise, 44 Seiten A5, 3 €
39 Griechenland vor einer Revolution? 72 Seiten A5, 3,5 €
40 Sexualität, Körperlichkeit und Klassengesellschaft, 44 Seiten A5, 2,5 €
41 Geschichte der Kommunistischen Internationale, 48 Seiten A5, 2,5 €
42 Marxistische Überlegungen zum Tourismus, 24 Seiten A5, 2€
43 Thesen zum Anti-Imperialismus, 28 Seiten A5, 2,5 €
44 Der SK Rapid & seine Fans. Arbeiterverein und Kommerzialisierung. Fankultur und Repression. 62 Seiten A5, 3 €

Schulungstexte und Materialien

1 Das 19. Jahrhundert. Ein Überblick. 14S. A4
2 Das 20. Jahrhundert. Ein Überblick. 15S. A4
3 Der Kongress der Völker des Ostens in Baku (1920).Materialien und Dokumente Januar 2004, 48S. A4, 3€
4 Koloniale Frage und Kommunistische Internationale. Materialien des I. bis VII. Weltkongresses (1919/1935), Januar 2004, 52S. A4, 3€
5 Marxismus und Gewerkschaften, Sept. 2004, 50S. A4, 3€
6 Frauenbefreiung und Kommunistische Internationale. Materialien und Dokumente (1919/1928), Januar 2005, 28S. A4, 2€
7 Zur Vorgeschichte der Vierten Internationale. Einige Bemerkungen zur Geschichte der Linksopposition, Mai 2005, 18S. A4, 2€
8 Chilenische Lehren. Mit Dokumenten der linken Bewegung in Chile, Mai 2006, 58S. A4, 3€
9 Pierre Broué: Die ungarische Revolution 1956, Oktober 2006, 50S. A4, 2€
10 Stellungnahmen der Arbeitsgruppe Marxismus, Dezember 2006, 46S. A4, 3€
11 Die politische Ökonomie des Sozialismus. Zum theoretischen Standort von Marx und Engels in der Sozialismus-Diskussion des 19. Jahrhunderts. Zur Entwicklung der Marxschen Methode, Januar 2008, 66S. A4, 5€
12 Die Kraft der ArbeiterInnen: Der Streik! April 2008, 22 Seiten A4, 2 €
13 Dokumente der sozialistischen und kommunistischen Jugendbewegung (1907 / 1922), März 2010, 44S. A4, 4€ / 6 CHF
14 Die "Gruppe Oppositioneller Arbeiter" (GOA) bei General Motors in Wien-Aspern 1983/84. Ein Beispiel für revolutionäre Betriebsarbeit in österreich. Eine Dokumentation, März 2013, A4, 6€ / 9 CHF
15 Revolutionäre Betriebsintervention bei Wienstrom 2008-2012. Dokumentation und Bilanz. November 2013, A4, 7€

Kleine Schriftenreihe zur österreichischen Arbeiter/innen/geschichte

1	Josef Frey: Wie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit? (1927)	(16 S. A4, 1€)
2	Ernst Schmied (= Josef Frey): Integraler Sozialismus – ein neuer Weg? Antwort an Otto Bauer (1937)	(32 S. A4, 1,5€)
3	Die KPÖ und die Gewerkschaftsfrage in der Frühphase der 1. Republik	(vergriffen)
4	Texte zum 12. Februar 1934	(32 S. A4, 1,5€)
5	Kurt Landau: Wesen und Geschichte des Anarcho-kommunismus in Österreich (1927)	(16 S. A4, 1€)
6	Agitations- und Propagandaschriften der frühen KPÖ	(24 S. A4, 1,5€)
7	Josef Frey: Frühe Schriften (1911/19)	(32 S. A5, 1€)
8	1892 – die erste "Arbeiterinnen-Zeitung".	(32 S. A5, 1€)
9	Leo Trotzki: Österreich an der Reihe. Schriften zu Österreich	(60 S. A5, 2€)
10	Johannes Wertheim: Die Föderation revolutionärer Sozialisten ‚Internationale' (1918/1919)	(32 S. A5, 1,5€)
11	T.J. Melt (= Josef Frey): "Zur nationalen und kolonialen Frage"	(48 S. A5, 2€)
12	Freie Liebe und bürgerliche Ehe. Schwurgerichtsverhandlung gegen die "Arbeiterinnen-Zeitung" (1895)	(24 S. A5, 1€)
13	Elfriede Friedländer: Sexualethik des Kommunismus	(64 S. A5, 2,5€)
14	Donauföderation, Anschluss oder Eigenständigkeit Österreichs? (1920/1921)	(60 S. A5, 2,5€)
15	Österreich in der "Kommunistischen Internationale" (1919/1924)	(60 S. A5, 2,5€)
16	Schutzbundzeitung (1935-1937) – Ein trotzkistisches Einheitsfrontprojekt	(190 S. A4, 11€ / 16,50 CHF)
17	Arbeitermacht. Illegale Zeitschrift des "Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse". Band 1 (1934/1935)	(128 S. A4, 9 € / 13,50 CHF)
18	Arbeitermacht. Band 2 (1936)	(136 S. A4, 10 € / 15 CHF)
19	Arbeitermacht. Band 3 (1937)	(212 S. A4, 16 € / 24 CHF)
20	Arbeitermacht. Band 4 (1938-1941)	(168 S. A4, 14 € / 21 CHF)
21	Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse: Broschüren (1934-1939)	(114 S. A4, 9 € / 13,50 CHF)
22	Josef Strasser: ausgewählte Werke	(340 S., A5, 16€)